



J.P. Vigier: Der Marsch in den Dritten Weltkrieg S.43

Arbeiterkampf

Jg.10 Nr.174 24.3.80

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 2.-

Grüne in Saarbrücken Niederlage für Gruhl & Co.

Mit Erfolgen der Linken endete der Saarbrückener Programm-Parteitag der Grünen am 22./23. März. In allen strittigen Programm-Punkten setzten sich (bei kleinen Zugeständnissen) im wesentlichen fortschrittliche Vorstellungen durch. So in den Komplexen Frauen (§218), 'Minderheiten' (u.a. Homosexualität und Pädophilie), Wirtschaft, Friedenskampf.

Dieser Erfolg, der gute Signale für die anstehenden Landtagswahlen in NRW und den Bundestagswahlkampf der Grünen setzt, kam für die meisten Beobachter, auch für viele linke Grüne, zumindest in diesem Umfang unerwartet. Denn nach spektakulären Provokationen rechter Grünen um Gruhl, Springmann und Dinné mußte mit einem negativeren Verlauf des Parteiparteitags gerechnet werden. Den konservativen Grünen blieb in Saarbrücken vorerst nur der ohnmächtige Protest, verbunden mit mehr oder weniger offenen Revanche-Drohungen. Weitere Auseinan-

dersetzungen sind damit vorprogrammiert.

Aussen- und Friedenspolitik

Bei ungefähr 800 Anwesenden begann der grüne Parteitag am Freitagabend mit der Festlegung des Verfahrens für die Verabschiedung des Programms. Überraschend glatt setzte sich ein Antrag des Kreisverbandes Hamburg-Harburg durch, die Abschnitte „Frauen“ und „Soziale Randgruppen“ an 2. bzw. 3. Stelle zu behandeln. Damit wurden Pläne des konservativen Flügels der Grünen vereitelt, diese Programmpunkte so weit ans Ende zu drängen, daß sie womöglich nicht mehr behandelt worden wären. Allerdings schafften es die linken Grünen nicht, für die Vorstandswahlen einen Modus durchzusetzen, der einen Minderheitenschutz garantiert hätte.

Ohne schärfere Kontroversen und bei etwas über 1.000 Anwesenden

begann am Samstag die Behandlung des Programms mit dem Abschnitt „Außen- und Friedenspolitik“. Durch die Annahme einer Vielzahl von Zusatzanträgen gab die Versammlung der sehr allgemein gehaltenen und stark ökologisch eingefärbten Vorläge der Programmkommission eine klarere antimilitaristische Stoßrichtung:

- Auflösung der Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt.
- Abrüstung muß im eigenen Land beginnen.
- Keine Zusammenarbeit mit rassistischen und faschistischen Regimen.
- Unterstützung von Befreiungsbewegungen der 3. Welt.
- Abschaffung der Gewissensprüfung für Kriegsdienstverweigerer, Unterbindung der Bundeswehrwerbung an den Schulen.

Fortsetzung Seite 9

DGB erklärt Strauß-Gegner zu »Gewerkschaftsfeinden«!

DGB erklärt Strauß-Gegner zu »Gewerkschaftsfeinden«!

Der nachstehend abgedruckte Beschluß des DGB-Landesbezirks Nordmark vom 10.3.80 ist wohl der bisher weitestgehende (publik gewordene) Versuch, innerhalb des DGB Aktivitäten gegen den Kanzlerkandidaten der CSU/CDU zu verhindern. Heißt es da doch pauschal, daß Gewerkschafter sich öffentlich nicht als Strauß-Gegner zu erkennen geben dürfen! Ist die Formulierung „allgemeine Angriffe gegen den Kanzlerkandidaten werden nicht durchgeführt“, schon eine Frechheit in jedem Falle (kommt sie doch einem Maulkorb gleich), bekommt dieses Schreiben seine Dimension vor allem dadurch, daß hier ausdrücklich der Mann in Schutz genommen wird, dessen Programm erklärtermaßen die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften als deren Interessenvertretung zum Hauptfeind im Inneren erklärt. In grotesker Umkehrung dieser weithin bekannten Tatsache werden durch den jetzt bekanntgewordenen DGB-Beschluß die Linken, die Strauß-Gegner zu Gewerkschaftsfeinden erklärt, Strauß dagegen wird ausdrücklich in Schutz genommen. Der berühmte Unvereinbarkeitsbeschuß des DGB wird auf die Mitglieder der in der Regel pluralistisch zusammengesetzten Anti-Strauß-Initiativen ausgedehnt. Das ganze läuft unter dem Begriff, das „Selbstverständnis der Einheitsgewerkschaft“ zu erhalten. Diese „Einheitsgewerkschaft“ verkommt zunehmend zu einer wesentlichen systemstabilisierenden Säule, in der die staatskapitulierenden Parteien den Ton angeben und Franz Josef Strauß heute schon maßgeblichen Einfluß auf die Bestimmung der offiziellen DGB-Politik nehmen kann. Die CSU hat diese Strategie in ihren „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“ exemplarisch entwickelt und praktiziert sie heute erfolgreich: Zensur gegen Strauß-Gegner in den Gewerkschaften, Wohlverhalten in den DGB-Publikationen gegenüber Strauß, politische Entlassungen von Strauß-Gegnern auch im DGB sind keine Seltenheit mehr (siehe dazu auch Artikel in diesem AK). Mit einiger Sicherheit kann davon ausgegangen werden, daß der DGB-Nordmark-Beschluß Ausfluß von Absprachen ist, die DGB-

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND LANDESBEZIRK NORDMARK

Hamburg, den 10.3.1980

An die
DGB-Kreise im DGB-Landesbezirk NORDMARK
den Bezirksleitungen der Gewerkschaften
und Industrie- und Handwerksvereinigungen zur Kenntnis

Betreff: Teilnahme an Aktionen "Stoppt Strauß"

Liebe Kollegin Sommer,
Liebe Kollegen!

Der Landesbezirksvorstand hatte Veranlassung, die Frage zu diskutieren, ob der DGB - aus welchen Anlaß auch immer - eigene Aktionen gegen Strauß durchführen soll und ob Gewerkschaftsmitglieder an solchen Aktionen Dritter teilnehmen dürfen. Mit der Bitte um Beachtung teile ich Euch das Beratungsergebnis mit:

Das Auftreten von Strauß ist meistens Bestandteil des Bundestagswahlkampfes. Mit dem Selbstverständnis des DGB als Einheitsgewerkschaft und mit seiner Satzung wäre es unvereinbar, Aktionen für oder gegen bestimmte Parteien oder deren Kandidaten durchzuführen. Vertreten einzelne Politiker gewerkschaftsfeindliche Positionen, so werden sie von uns aus solchen Gründen angegriffen. Allgemeine Angriffe gegen den Kanzlerkandidaten der CSU/CDU werden nicht durchgeführt.

Niemand kann daran gehindert werden, sich an Aktionen Dritter zu beteiligen. Das kann aber in jedem Einzelfall nur als Privatperson geschehen. Die Verwendung einer gewerkschaftlichen Funktionsbezeichnung auf Flugblättern, bei der Teilnahme an Diskussionen usw. ist unzulässig. Dabei spielt es keine Rolle, wer der Veranstalter ist.

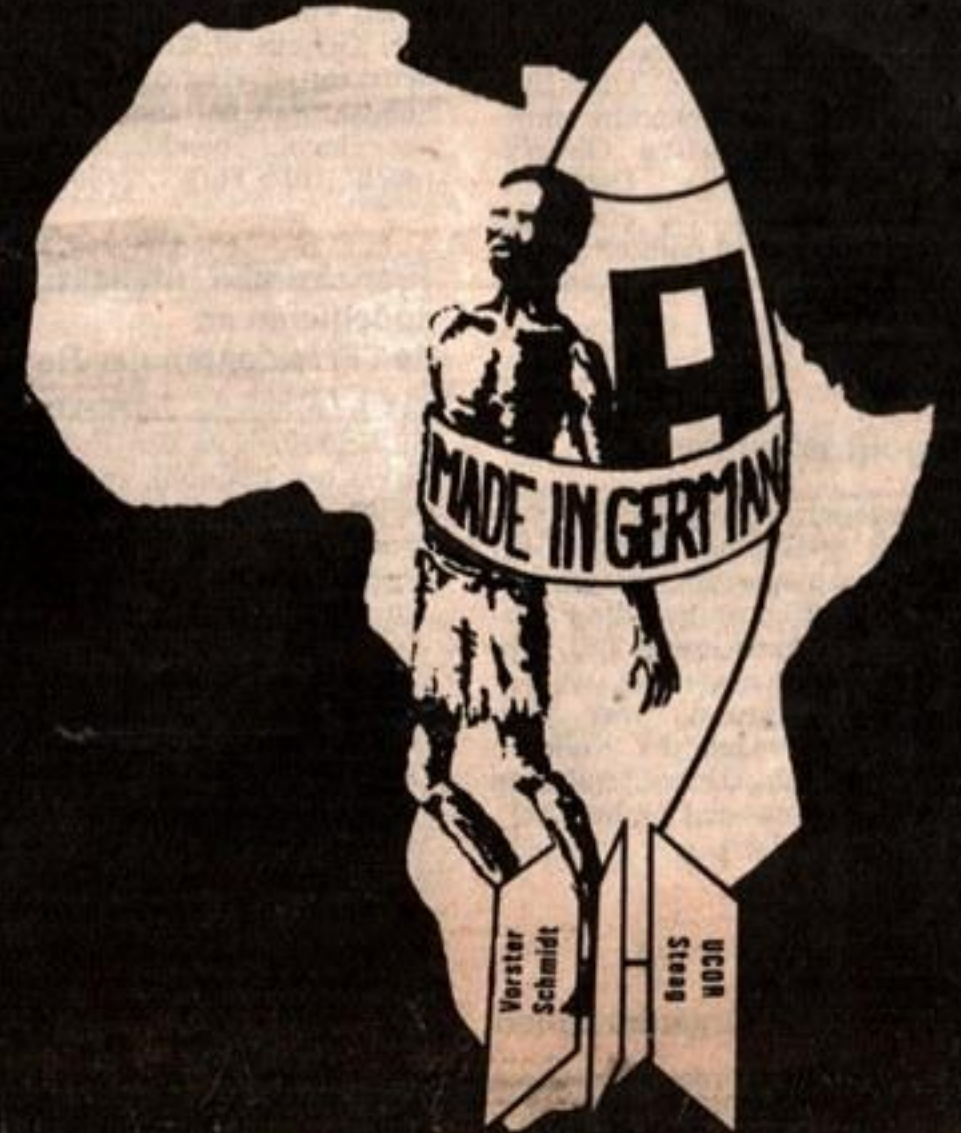
An einigen Bürgerinitiativen gegen Strauß sind Vertreter der extremen Linken beteiligt. Deren erklärtes Ziel ist die Zerschlagung der Gewerkschaften. Wer sich als Gewerkschafter - gleichwohl in welcher Form - an derartigen chaotischen Gruppierungen beteiligt und damit der zerstörerischen Absicht dieser Gruppierungen Vorschub leistet, handelt gewerkschaftsfeindlich.

Mit freundlichem Gruß

(Willi Mues)

Fortsetzung Seite 16

Kein Zweifel: Südafrika hat



die A-Bombe

die A-Bombe

Am 22. September letzten Jahres registrierte ein amerikanischer Satellit in einem Gebiet mit 5000 Kilometern Durchmesser, daß das südliche Afrika und die angrenzenden Meere umfaßt, einen für Atombombenexplosionen typischen Lichtblitz. Nach anfänglichem starken Interesse der Medien ist es um dieses Thema erstaunlich still geworden. Erstaunlich deshalb, weil es auf der Hand liegt, welche Konsequenzen Atombomben in südafrikanischer Hand für Afrika, für das internationale Kräfteverhältnis und für den Weltfrieden hätten. Als Reaktion auf die damaligen Meldungen hatte es immerhin eine bemerkenswerte „Monitor“-Sendung (ARD-Fernsehen) gegeben, in der überzeugend nachgewiesen wurde, daß sich die südafrikanischen Rassen gerade durch Importe westdeutscher Nuklearanlagen gezielt die Voraussetzungen zur eigenen Produktion von Atombomben geschaffen haben.

Heute ist das Thema lediglich ein Artikel auf der (wenig beachteten) „FR“-Wirtschaftsseite wert (Ausg. vom 11.3.: „Bisher hat sich der Satellit Vela noch niemals „geirrt““). Daraus geht jedoch zweierlei klar hervor: Erstens stammte der am 22.9. beobachtete Lichtblitz tatsächlich von einem A-Bomben-Test, und zweitens gibt es offenbar massive Vertuschungsversuche dieser Tatsache durch die US-Regierung.

Für die These, daß in der südafrikanischen Region eine Atombombe gezündet worden ist, sprechen drei unabhängig voneinander zustandgekommene Fakten, die jeden nicht-korrupten Wissenschaftler vollkommen überzeugen müssen.

1. Der Satellit „Vela“, der die Lichtblitze am 22.9. registrierte, hat in seiner „Lebensdauer“ bisher 41 Atomwaffentests richtig „beobachtet“; das ist eine Fehlerquote von 0%. Kurz vor dem „Stichtag“ war er neu geeicht worden; nach der Beobachtung vom 22.9. ergab ein weiterer Test, daß seine Instrumente fehlerfrei funktionierten.

2. Im Oktober/November wurden in Neuseeland bestimmte radioaktive Elemente im Regenwasser nachgewiesen - der für überirdische Atomtests typische „fall-out“. Der Bericht des Instituts für Nuklearwissenschaft in Wellington konnte dann aber seltsamerweise nicht „bestätigt“ werden und wurde zurückgezogen. Ein ungewöhnlicher Vorgang, daß solche wissenschaftlichen Berichte einer „Bestätigung“ bedürfen und dann „zurückgezogen“ werden....

3. Eine weitere Bestätigung fand die Satelliten-Beobachtung durch die Messung von Elektronen-Wellen in der Ionosphäre (eine elektrisch leitende Schicht der Atmosphäre) durch das Radioteleskop Arecibo in Puerto Rico. Die ebenfalls für Atomwaffentests typischen Elektronen-

Fortsetzung Seite 3

AUS DEM INHALT:

Berichte und Analysen zu den Häuserkämpfen bzw. zur Wohnungsfrage in Frankfurt, Göttingen, Hannover	Seite 4/5
Konsens und Dissens in der BuLi Hamburg	Seite 15
HOESCH: „RGO“-Betriebsräte wieder im Amt	Seite 18
Frauenbewegung in der BRD und international	Seite 25/33
§ 175 - Demnächst auch für Frauen?	Seite 34
Interviews mit Widerstandskämpfern aus El Salvador und Kolumbien ..	Seite 49/50
„Politische Lösung“ für Afghanistan?	Seite 51
„KPD“ aufgelöst	Seite 52

Liebe Freunde und Genossen!

Die nächste Ausgabe des AK wird (wegen der Osterfeiertage) erst am 21. April herauskommen. Eine Verschiebung des Erscheinungsdatums um nur eine Woche hat deshalb wenig Sinn, weil wir dann zu Pfingsten das gleiche Problem hätten.

Blick in die Welt

Türkei-Meldungen

Streik der Metallgewerkschaft

Am 11.3.80 hat die Metallgewerkschaft Maden-Is in 104 Fabriken des Kapitalistenverbandes Mess den Streik ausgerufen. Der Grund sind die neuen ökonomischen Maßnahmen der Demirel-Regierung, die zu hohen Preissteigerungen führten. Maden-Is verlangt nun höhere Löhne. Der Metallkapitalistenverband Mess warf der Gewerkschaft vor, den Streik aus politischen Motiven zu führen. Der Streik der Gewerkschaft sei nur eine Unterstützungsaktion für den Generalstreikbeschluss der revolutionären Gewerkschaftsföderation „Disk“. Diese hatte mit dem Generalstreik angesichts der ökonomischen und politischen Lage in der Türkei gedroht („Cumhuriyet“, 11.3.80).

Keine politischen Parolen

Das Kriegsgericht in Istanbul hat verboten, daß politische Parolen bei Streiks und Aussperrung ausgehängt werden. Bei Streiks werden die Fabriken und Fabrikzäune immer mit hübschen Transparenten verziert, wo vor allem der Streikgrund, aber auch politische Forderungen der Kollegen dargestellt werden. Dieses soll nun verhindert werden („Cumhuriyet“, 11.3.80).

Verbot von zwei demokratischen Organisationen

Die Kriegsrechtsbehörden verhängen immer weitere Verbote gegen demokratische Organisationen. Nach der Vereinigung der Polizeibeamten (Pol-Dev) und der Vereinigung der Lehrer (TÖB-Dev) wurden jetzt auch die Vereinigung der Angestellten im öffentlichen Dienst (TUM-Dev) und die

Der) und der Vereinigung der Lehrer (TÖB-Dev) wurden jetzt auch die Vereinigung der Angestellten im öffentlichen Dienst (TUM-Dev) und die Vereinigung Technischer Angestellter (TÜTE) verboten und ihre Akten beschlagnahmt. Der Vorsitzende der TÜTE und 13 weitere Vorstandsmitglieder wurden verhaftet („Info-Türk“, 2/80). Außerdem werden jetzt gegen 5.500 Polizisten Untersuchungen eingeleitet; 2.500 von ihnen droht die Entlassung aus dem Dienst. Bei der großen Mehrzahl der Fälle handelt es sich um die politische Betätigung in fortschrittlichen Organisationen (ebenda).

Verfolgung von Intellektuellen

Der Vorsitzende der Vereinigung türkischer Radio- und Fernsehangehöriger Erkan Oyal wurde am 9. Februar 1980 von der Kriegsrechtsbehörde in Ankara verhaftet. Er wird beschuldigt, eine Protesterklärung gegen die Verhaftung der Funktionäre einer anderen demokratischen Massenorganisation, der Vereinigung aller Lehrer, verbreitet zu haben.

Erkan Oyal war einer der bedeutendsten Sprecher des türkischen Fernsehens, aber nach dem Regierungswechsel wurde er von seinem Posten entfernt, obwohl er erst kürzlich den ersten Preis im jährlichen Pressewettbewerb der Vereinigung Fortschrittlicher Journalisten gewonnen hatte. Er konnte noch nicht einmal an der Preisverleihung teilnehmen, weil er an jenem Tag in Haft war.

Am Staatstheater der Türkei setzt die neue Theaterleitung repressive Maßnahmen gegen fortschrittliche Künstler ein. Am 13. Februar 1980 wurden drei Dramatiker (Gülen Karakatlıoğlu, Firuzan Özgen, Rıza Sahin) sowie zwei weitere Künstler (Harzem Alan und Leyla Özcan) von der Kriegsrechtsbehörde festgenommen. Später wurde bekannt, daß die fünf Künstler vom neuen Generaldirektor Cüneyd Gökcer als angebliche Unruhestifter am Theater denunziert worden waren.

Der neue Generaldirektor entließ auch die Direktoren der örtlichen Staatstheater in Istanbul, Izmir und Bursa, von ihren Posten. Gegen zahlreiche Angestellte der Staatstheater wurden Disziplinarstrafen verhängt, weil sie gegen diese Maßnahmen demonstriert hatten.

Erst kürzlich wurde auch die Aufführung des Brecht-Stücks „Der Aufstieg des Arturo Ui“ von der neuen Leitung des Staatstheaters verboten.

In Istanbul hat ein Staatsanwalt ein Ermittlungsverfahren gegen den Schriftsteller Rıza Zelyut eingeleitet, dessen Buch „Ein halber Tag ohne Ende“ Fakten über das Massaker von Kizildere im Jahre 1972 bringt. Damals waren acht Mitglieder der türkischen Volksbefreiungs-Front und ihre drei Geiseln in Kizildere von Sicherheitskräften erschossen worden. Der Staatsanwalt hat auch alle Exemplare des Buches beschlagnahmen lassen (nach „Info-Türk“, 2/80).

Französische Intellektuelle appellieren an den Präsidenten der Republik

383 französische Intellektuelle haben ein Schreiben an den Präsidenten der türkischen Republik gerichtet, in dem sie ihn auffordern, sich für eine Beendigung der Unterdrückungskampagne gegen türkische Intellektuelle einzusetzen.

Der Appell wurde u. a. von Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, den Wirtschaftswissenschaftlern Maurice Godelier und Charles Bettelheim, dem Orientalisten Louis Bazin, dem Juristen F. Demichel, dem Historiker Maxim Rodison und dem Politologen Alain Lancelot unterzeichnet.

Die französischen Intellektuellen wiesen darauf hin, daß innerhalb eines Jahres mehr als 1.000 Personen dem politischen Terror zum Opfer gefallen sind, und drückten ihre Befürchtung aus, daß diese Morde darauf abzielten, die türkische Intelligenz zum Schweigen zu bringen (aus „Info-Türk“, 2/80).

706 politische Morde in den drei Monaten der Regierung Demirel

(1) vom 13.11.79 bis 18.1.80
(2) vom 19.1.80 bis 17.2.80
(3) Gesamtzahl in 3 Monaten

PROVINZ	(1)	(2)	(3)
Adana	23	19	42
Adiyaman	3	1	4
Afyon	—	1	1
Amasya	2	1	3
Ankara	49	22	71
Antalya	8	4	12
Artvin	5	2	7
Aydin	4	—	4
Balıkesir	1	—	1
Bursa	12	1	13
Corum	1	—	1
Denizli	2	—	2
Diyarbakir	10	6	16
Edirne	2	1	3
Elazığ	6	1	7
Erzurum	2	1	3
Eskişehir	10	1	11
Gaziantep	23	16	39
Giresun	2	3	5
Gümüşane	—	2	2
Hatay	20	8	28
İzmit	12	5	17
Istanbul	112	90	202
Izmir	15	9	24
Kars	3	2	5
Kayseri	24	2	26
Kırşehir	—	1	1
Kocaeli	6	—	6
Konya	2	1	3
Kütahya	5	—	5
Malatya	10	2	12
Manisa	12	2	14
Kahramanmaraş	2	—	2
Mardin	4	—	4
Mus	2	—	2
Niğde	1	—	1
Ordu	5	—	5
Rize	5	—	5
Sakarya	1	—	1
Samsun	14	6	20
Silivri	6	3	9
Sivas	1	—	1
Tokat	5	8	13
Trabzon	5	1	6
Urfa	24	10	34
Usak	7	—	7
Van	1	2	3
Tunceli	—	1	1
Yozgat	—	1	1
Zonguldak	1	—	1
Gesamt	470	236	706

Türkei-Kommission

Nach 2 Monaten Rechts-Regierung

Ein Brief aus Portugal

Nun ist es soweit:

Knappe zwei Monate Regierungszeit der Reaktion, die aus rechten Sozialdemokraten (PPD/PSD), Christlichem Zentrum (CDS), „Reformatoren“ (fünf aus der PS ausgetretenen Figuren, wie Sousa-Traveros, Direktor der Zeitung „A Capital“ und Antonio Baretto, der das reaktionäre Agrargesetz „Lei Baretto“ beschert hat), Monarchisten und diversen extremen Rechten besteht, haben die Rechtentwicklung in Portugal weiter verschärft. Zum besseren Verständnis ein Blick zurück:

Der Präsident der Republik, Ramalho Eanes, hatte nach Rücktritt der vierten Regierung, Mota Pinto, Frau Pintasilo beauftragt, die fünfte Regierung zu bilden. Frau Pintasilo, fortschrittliche Katholikin und Botschafterin Portugals in der UNESCO, regierte mit ihrer Equipe von Technikern derart gegensätzlich, daß die Linke von ihr enttäuscht wurde, während die Rechte in Hysterie geriet. Ordinäre Witze waren an der Tagesordnung, wie z.B. die permanente Besorgnis, ob es denn keine Männer mehr mit Tomaten gebe, was soviel bedeutet, ob denn alle Männer kastriert oder impotent seien.

Neuwahlen endeten mit einem knappen Sieg der reaktionären Wahlfront A.D. Die Linke, d.h. alles, was nicht Aliança Democrática, „AD“ gewählt hatte, konnte 25.000 Stimmen mehr gewinnen. AD gewann aber trotzdem die Mehrheit der Mandate. Der Wahlsieg der Rechten ist wesentlich auf Kosten der PS errungen worden. Die PS hat 20% ihrer ehemaligen Wähler verloren, während die PCP nahezu 20% Neuwähler gewann (PS 32% - 27% PCP 15,9% - 19,1%). Die PS und Mario Soares haben hier eine „gute Arbeit“ geleistet, denn ihre Politik hat es zu verantworten, daß ein sozialistischer Weg für Portugal auf Jahre zerstört wurde. Die Rechten brauchten ja nur zu warten, bis die PS endgültig scheitern würde, um dann eine eigene kapitalistische Politik betreiben zu können.

Was waren nun die ersten Aktivitäten der Rechten nach der Wahl?

- 1) Es bestanden große Rivalitäten untereinander, wer sich welchen Posten unter den Nagel reißen.
- 2) Entlassungen der Direktoren, Journalisten, Redakteure oder sonstiger unbeliebter Mitarbeiter in ver-

- Posten unter den Nagel reißen.
- 2) Entlassungen der Direktoren, Journalisten, Redakteure oder sonstiger unbeliebter Mitarbeiter in verstaatlichten Betrieben oder in staatlich unterstützten Zeitungen und Rundfunkanstalten und deren Neubesetzung durch Lakaien, Hofkasper und Arschkriecher. Vor kurzem ließ die Regierung verlauten, daß sie die Reprivatisierung der verstaatlichten Transportgesellschaft (Rodoviária Nacional), der verstaatlichten Zeitung „Diário de Notícias“ (PS-Linie) und „A Capital“ (PS/PPD/Liberale) in Erwägung ziehe.

- 3) Als Racheakt (so interpretiert von der populären Öffentlichkeit) wurde Frau Pintasilo nach Amtsantritt der sechsten Regierung vom Außenminister Freitas do Amaral (Chef der CDS) von ihrem Botschaftsposten in der UNESCO „beurlaubt“.
- 4) Fabriken werden an alte Besitzer zurückgegeben, Arbeiter-Räte entlassen, suspendiert, verhaftet, oder es wird ihnen der Zutritt zur Fabrik durch GNR (Nationalgarde) unmöglich gemacht. Diese Maßnahmen sind nur eine Weiterführung des Regierungsprogramms der PS; das beschleunigte Tempo der Durchführung ist konsequenter und deshalb schockierender.

- 5) Die „Reserven“, die an die ehemaligen Landbesitzer zurückgegeben wurden, belaufen sich in einem Monat bereits auf 16.000 ha Land. Zwei größere Kooperativen sind dabei zerstört worden. Die „Abgabe von Reserven“ geht meist mit Gewalt von Seiten der GNR vor sich. Die Landarbeiter beginnen neuerdings mehr Widerstand zu leisten. Während der Zeit der fünften Regierung sind zwei Landarbeiter von der GNR erschossen worden.
- 6) Die passive Handelsbilanz und galoppierende Inflation versucht die sechste Regierung durch Aufwertung des Escudos zu stoppen, während gleichzeitig fast alle Konsumgüter, ebenso wie Treibstoffe, um 15% - 38% erhöht wurden.
- 7) Die Festveranstaltungen zum 25. April (Sturz des Faschismus) sollen dieses Jahr nicht stattfinden, weil die Haushaltskasse zu sehr beansprucht sei, während
- 8) mehrere Minister- und Staatssekretärs-Gehälter um etwa 27.000 Escudos (1.000 DM) angehoben wurden.
- 9) Ein internationales „Treffen der Völker im Kampf gegen Imperia-

listen und Kolonialisten“ wurde verboten. Die Verfolgung politisch aktiver Ausländer soll verstärkt werden. Die erste Probe davon bekamen zwei Frauen aus der Sowjet-Union zu spüren, denen die Einreise nach Portugal verweigert wurde. Sie waren zu einem Frauentreffen eingeladen worden.

Dergestalt nun, wie sich die nationale politische „Galaxie“ verschoben hat, gehören mit einem Mal viele Politiker und Militärs, die führend am Rechtsputsch vom 25.11.75 beteiligt waren, zur Linken, d.h. zur Opposition gegen die AD. (z.B. Vasco Lourenço, Melo Antunes, Mitglieder der Revolutions-Rates und sogar Präsident Eanes). Das ist dadurch zu erklären, daß die Rechten eine ganz klare Trennung zwischen fortschrittlichen, demokratischen und konservativen, reaktionären Interessen gezogen haben. Aus eben diesem Grund hat der Präsident Eanes die Suspendierung von Frau Pintasilo und fünf weiteren Botschaftern bisher noch nicht bestätigt. Sechs weitere Entlassungen von Botschaftern sind vorgesehen.

Im zweiten Programm des Fernsehens, wo sich politischer Sinn und Stil noch erheblich vom politischen Gedanken der AD unterscheiden, wurde vor etwa einer Woche ein Interview mit Savimbi (Chef der UNITA - eine pro-imperialistische Gruppe in Angola) gebracht, in dem Savimbi seine Zusammenarbeit mit der PIDE (faschistische Geheimpolizei) und dem faschistischen Regime Salazar/Caetano offen zugab.

Das war ein großer Skandal, wird doch Savimbi von den Rechten als „demokratischer Befreiungsführer Angolas“ ausgegeben. Aber die Regierung hüllt sich - öffentlich - in Schweigen. Ihre getreuen Blätter feiern Savimbi als intelligenten und mutigen Mann.

An Skandalen mangelt es dieser „Demokratischen Allianz“ nicht. Ein von Jimmy Carter an Eanes gerichteter Brief, in dem er zum Boykott der Olympischen Spiele in Moskau aufforderte, erreichte nicht seinen Adressaten, sondern wurde in einem rechten Wochenblatt abgedruckt. Ein anderer Brief, der von UNO-Präsident Waldheim an Eanes gerichtet war, in dem er um Mitarbeit eines Portugiesen in der UNO bat, (mit Präferenz für Melo Antunes) „verschwand“ im Waldheim an Eanes gerichtet war, in dem er um Mitarbeit eines Portugiesen in der UNO bat, (mit Präferenz für Melo Antunes) „verschwand“ im Außenministerium. „Irgendwie“ drang aber doch Information nach „draußen“, bis es zu einer Anfrage im Parlament kam.

Hatte man/frau nach dem Wahlsieg der AD angenommen, daß die Rechten eine vorsichtige, raffinierte Politik bis zum Ende 1980 (wenn erneute Wahlen anstehen) betreiben würden, daß sie gravierende, unpopuläre Maßnahmen vermeiden würden, um dann erneut die Wahlen zu gewinnen, um für vier Jahre die Regierung bilden zu können und dann ganz bestimmt die Verfassung zu ändern..... hatte man/frau das also angenommen, so muß man/frau bereits nach knapp zwei Monaten feststellen, daß die portugiesische Bourgeoisie noch nicht einmal demokratische Regeln akzeptiert, sondern sich zurückversetzt glaubt in alte faschistische Zeiten. Allerdings darf man/frau sich von diesem scheinbaren „taktischen Ungeschick“ der Regierung nicht täuschen lassen, denn entscheidende portugiesische Politik ist immer von Militärs gemacht worden. Und die rechten Militärs könnten, wenn die AD scheitert, zum altbewährten Mittel

greifen: Putsch!

Was macht nun die Linke? Die PS ist dabei, sich neu zu strukturieren. Alte Führer werden durch „dynamische“ Karriere-Typen ersetzt. Mario Soares als 1. Parteisekretär hält sich, oder wird vom Ausland (SPD!) gehalten. Die PS zeigt sich angesichts dessen, daß ihre eigene Politik von der AD konsequenter und brutaler ausgeführt wird, ganz entrüstet. Sie verliert die von ihr (mit Hilfe der SPD) geschaffene „demokratische Gewerkschaft“ UGT, die unter die zunehmende Kontrolle der PPD/PSD gerät, weshalb sich die PS mit dem Gedanken trägt, noch eine neue Gewerkschaft aufzubauen. Alle ihre aktuellen oppositionellen Attitüden verschweigen nicht die Vorbereitung auf die Wahlkampagne in acht Monaten, wo sie wohl hofft, Stimmen zurückzugewinnen.

Die PCP stabilisiert ihren Einfluß in Rathäusern, Kommunen und im Parlament. Sie greift ständig die Machenschaften der Rechten an und organisiert Demonstrationen zur Verteidigung der Agrarreform. Vor kurzem streikte die verstaatlichte Transportgesellschaft 24 Stunden lang.

Die revolutionäre Linke will mit Otelo als Gallionsfigur ein neues Projekt „UNIDADE POPULAR“ für die Präsidentschaftswahlen aufbauen. Interne Schwierigkeiten mit dem „Führungsanspruch“ der UDP (PCP/r) wiederholen sich. Die GDUP von 1976 scheiterte nicht zuletzt deshalb. Ausser MRPP (MLer-Maoisten) und Trotzisten werden wohl alle revolutionären Linken dieses Projekt unterstützen, wenn nicht - wie so oft - kurz vor der Einigung über die gemeinsame Plattform das Sektierertum sich durchsetzt. Ich habe den Eindruck, daß die revolutionäre portugiesische Linke zu begreifen beginnt, daß, wenn sie diesen gemeinsamen Zug nicht nimmt, sie einen ähnlichen Weg gehen wird, wie ihre europäischen Bruderbewegungen: Auflösung oder guerrilha. Die UEDS (PS-Abspaltung) sucht Annäherung an die PS und will eine demokratische, fortschrittliche Front mit anderen Persönlichkeiten aufbauen.

Dann gibt es noch ein Projekt, das, bis jetzt jedenfalls, mehr Spekulation als berechtigte politische Entwicklung darstellt, und zwar: Eanes stellt sich zur (Wiederwahl der Präsidentschaft, bis jetzt jedenfalls, mehr Spekulation als berechtigte politische Entwicklung darstellt, und zwar: Eanes stellt sich zur (Wiederwahl der Präsidentschaft auf und würde dieses Mal nicht von den Rechten (wie 1976) sondern von den Linken unterstützt, um nach seiner Wiederwahl Frau Pintasilo zur Bildung der Regierung aufzufordern, die dann wahrscheinlich mit der Unterstützung, oder sagen wir mit dem „Nicht-Boykott“ der Linken rechnen könnte.

Dieses Projekt, das hauptsächlich von unabhängigen linken Intellektuellen in's Leben gerufen wurde und bereits Wellen schlägt, könnte, wenn sich die Linke angesichts der Rechten einig würde, „das Schlimmste verhindern“. (Mehr wäre bei dieser Konstellation nicht zu erwarten.) Welche Gegensätze allerdings aufgehoben und Übereinkünfte abgesichert sein müßten, das ist noch gar nicht abzusehen. Deshalb bleibt dieses Projekt zunächst eine Utopie. Würde es in die Nähe der Realisierung rücken, dann würde Otelo zugunsten dieses Projekts seine Kandidatur zurückziehen. Man/frau sieht, wie sich die politische Galaxie verschoben hat.

Jochen, Portugal



Portugals Landarbeiter demonstrieren für die Verteidigung der Agrarreform. In den vergangenen zwei Monaten wurden den Kooperativen mehr als 20 000 Hektar Land entzogen.

Kein Zweifel: Südafrika hat die A-Bombe

Fortsetzung von Seite 1

wellen wurden in der gleichen Nacht zum richtigen Zeitpunkt und aus der richtigen Richtung kommend von zwei Forschern am Radioteleskop wahrgenommen.

Ihre Messungen wurden jedoch von einer von US-Präsident Carter eingesetzten Untersuchungskommission „angezweifelt“. Die beiden Wissenschaftler hätten sich erst seit zwei Wochen mit dieser Messtechnik beschäftigt; insofern sei ihren Ergebnissen kein Glauben zu schenken.

Wesentlich phantasievoller zeigen sich einige Wissenschaftler, wenn es darum geht, eine andere Erklärung für den „rätselhaften Vorgang“ zu finden:

- kosmische Strahlungen,
- Sonnenprotuberanzen,
- Blitze,
- oder die Explosion eines sowjetischen Atom-U-Boots werden als „Erklärungen“ angegeben. Die letztere Erklärung war zeitweise auch von der südafrikanischen Regierung favorisiert worden.

Diesen phantasievollen Märchen fügt die US-Untersuchungskommission nun eine weitere Story hinzu: Vielleicht sei ein Meteor oder ein Raketen-Wrackteil so seltsam in die Atmosphäre gestürzt, daß es durch Drehung und wiederholte Reflektion des Sonnenlichts einen Lichtblitz hervorgerufen habe, der demjenigen von Atomtests ähnele. — Warum dann nicht gleich ein UFO?!

Die Plumpheit der Vertuschungsversuche ist im Grunde genommen der letzte Beweis, dessen es bedurft hätte, um ganz sicher zu gehen, daß am 22.9.1979 ein Atombombentest in der südafrikanischen Region stattgefunden hat. Es bleibt lediglich die Frage, ob hier Südafrika seine erste Atombombe gezündet hat, oder ob — wie zum Teil in der Presse gemeldet — der Test von Israel in enger Zusammenarbeit mit der RSA durchgeführt wurde. So berichtete die „Bams“ (24.2.) unter Berufung auf israelische Quellen, Israel verfüge über „Dutzende von Atom- und Wasserstoffbomben“, habe bereits 1966 seine erste A-Bombe hergestellt und den Test vor der südafrikanischen Küste durchgeführt. Ein Buch („Israels Atomkraft“), das diese Informationen enthalte, sei kurz vor seiner Auslieferung von der israelischen Militärzensur beschlagnahmt worden. Der israelische Verteidigungsminister hat diese Berichte dementiert. Die enge nukleare Zusammenarbeit zwischen Israel und Südafrika ist freilich bekannt und kann kaum „dementiert“ werden.

Wie man es auch immer dreht und wendet: vor der südafrikanischen Küste hat ein Atombombentest stattgefunden, an dem Südafrika zumindest beteiligt gewesen sein muß. Von beiden Ländern, Südafrika wie auch Israel, besitzt also mindestens eine A-Bombe. Damit besteht für das andere Land aufgrund der engen Zusammenarbeit kein Problem, ebenfalls eine nukleare Aufrüstung vorzunehmen. Und wie auch immer man es dreht und wendet: An dieser weiteren Verbreitung der Atomwaffen, deren Konsequenzen noch gar nicht absehbar sind, hat die BRD maßgeblichen Anteil. Machen wir uns nichts vor: Die Gefahr atomarer kriegerischer Auseinandersetzungen ist realistischer und größer, als es mancher wahrhaben will, und die Verwicklung der Bundesregierung in die Kriegsvorbereitungen des westlichen Imperialismus erschöpft sich keineswegs in der Zustimmung zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen auf westdeutschem Territorium.

Die Medien haben allen Grund, den Mantel des Schweigens über diese Vorgänge auszubreiten. Der Dreck ist allzu groß, um ihn bekannt werden zu lassen.

Berufsverboteurteil aufgehoben

Im Fall von Sabine B., der seit 1975 vom Hamburger Schuldienst verweigert wird, hat jetzt das Bundesarbeitsgericht am 19.3. das Urteil des Landesarbeitsgerichts Hamburg aufgehoben und den Fall zur erneuten Verhandlung zurückgewiesen. Die im folgenden abgedruckte Presseerklärung erreichte uns von Sabine B. und ihrem Anwalt Uwe Maffert:

UWE MAFFERT
HARTMUT SCHARMER
RECHTSANWÄLTE
BETTINA MORIK
RECHTSANWÄLTIN

2000 HAMBURG 50
Bahrenfelder Straße 93
Telefon: 33 15 14
Geschäftszeiten: 10
Barn: Hamburger Sparkasse 1042/20 805
Arbeitskonto
Hamburger Sparkasse 1042/21 183

Hamburg, den 20.3.1980

Pressemitteilung

Berufsverbotsfall "Breustedt": Bundesarbeitsgericht entscheidet gegen Landesarbeitsgericht Hamburg und den Hamburger Senat

Im Juni 1975 lehnte der Hamburger Senat eine Bewerbung der Gymnasiallehrerin Sabine Breustedt (Fächer Englisch und Französisch) für den Schuldienst aus politischen Gründen ab. Ihre Klage auf Einstellung wurde von zwei Instanzen des Arbeitsgerichts abgewiesen. Die Ablehnung, Frau Breustedt als Lehrerin einzustellen, rechtfertigte das LAG Hamburg in seinem Urteil vom 13.12.1977 allein damit, daß sich Frau Breustedt im Jahre 1975 für eine Zusammenarbeit zwischen der "Hamburger Aktionseinheit" gegen die reaktionäre Bildungspolitik des Hamburger Senats und dem Kommunistischen Bund (KB) ausgesprochen habe. Die Aktionseinheit war ein Zusammenschluß von ca. 90 politischen Organisationen und Initiativen. Wörtlich heißt es in dem Urteil:

"Es ist nicht zu beanstanden ..., wenn die Beklagte aus dem Eintreten der Klägerin für die Mitarbeit des KB in der Aktionseinheit die Befürchtung herleitete, die Klägerin identifiziere sich mit den verfassungsfeindlichen Zielen des KB, wenn sie dessen Beteiligung an der Aktionseinheit für notwendig erklärte. Die Beklagte konnte erwarten, daß sich die Klägerin von den verfassungsfeindlichen Bestrebungen des KB auch bei ihrem Eintreten für die Aktionseinheit abgrenzte und distanzierte."

Das Bundesarbeitsgericht war anderer Ansicht und hob auf die Revision von Frau Breustedt das Urteil des LAG am 19.3.1980 nach mehrstündiger Verhandlung auf.

Die Berufsverbotspraxis in der Hansestadt erweist sich als so "liberal", daß die Kasseler Richter des Bundesland Hamburg erklären mußten, es habe in diesem Bereich die Grenzen der politischen Freiheiten seiner Bürger unzulässig eng gezogen. Dabei hat der V. Senat des BAG während der Verhandlung ausdrücklich betont, daß das BAG nicht beabsichtige, von den Grundsätzen aus dem viel kritisierten "Radikalenbeschluss" des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1975 abzuweichen.

In der nächsten Ausgabe werden wir einen Bericht über die Verhandlung geben.

Killt BILD?

Der Hauptbelastungszeuge für die zweitägige Abhöraktion der BILD gegen G.Wallraff ist tot! Noch bevor der offizielle schriftliche Obduktionsbefund vorlag, äußerten Staatsanwaltschaft und BILD-Redaktion: "Fremdverschulden sei auszuschließen"

H.W.Willmann, vor ca. einem Jahr noch selbst aktiver BILD-Reporter, war nach internen Auseinandersetzungen über einen von ihm verfaßten Artikel über den berüchtigten Richter Somoskoey bei BILD ausgestiegen. Der Kontakt, den er dann zu G.Wallraff knüpfte, sollte sich als höchst explosiv erweisen. Ein mit den Methoden des Konzerns bestens vertrauter Mann packte aus, neben der Aufdeckung der täglichen BILD-Methoden wurde er vor allem Hauptbelastungszeuge für die illegale Abhöraktion, die BILD-Köln mit Hilfe dreier BND-Agenten gegen Wallraff startete. Seine Zeugenaussage vor Fernsehkameras (Monitor, Tatort Gericht), die Veröffentlichung der zuvor notariell beglaubigten Aussagen im Buch "Zeugen der Anklage" erschütterten den Springer-Verlag, trafen ihn an seinem Lebensnerv. Die Reaktion des Giganten war entsprechend: Willmann wurde Geld und ein Flugticket ins Ausland geboten, wenn er seine Aussage widerrufen würde. Mehrfach erhielt er "Be-

such", wurde bedroht, schließlich sogar zusammengeschlagen und mit einer Zigarette verbrannt. "Wenn du so weiter machst, mußt du dich nicht wundern, wenn deine Leiche bald in Leverkusen angespült wird." Willmann bekam Angst, tauchte mehrere Monate unter. Im Alter von 39 Jahren starb er am Dienstag den 18. März, nervlich total am Ende. Sein Alkoholkonsum soll dementsprechend gewesen sein. Die Staatsanwaltschaft schloß auch sofort nach dem Tod Willmanns "Fremdverschulden" aus, obwohl die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind und in der Presse von Leberzirrhose, inneren Blutungen und äußeren Verletzungen die Rede war. Für den Kölner BILD-Chef, Heinz Hornmann, war sofort sicher, daß Willmann eines "ganz natürlichen Todes" gestorben wäre, obwohl er selbst Brandanschläge auf Willmann nicht dementieren konnte. Wie es im Konkreten auch sei, Willmann hatte es gewagt, sich gegen den Medien-Giganten zu stellen, und der hatte ihm das Leben schwer gemacht. Die Verantwortlichen sitzen in der BILD-Chefsetage, dort kann man auch - vorwärts - ein wenig aufatmen. Ein wichtiger Belastungszeuge ist tot. Tun wir alles, um die Lücke zu füllen, um anderen Menschen beim Wiedererlernen des aufrechten Gangs zu helfen. **Stoppt BILD!!!**

Günter Wallraff: Denn sie wissen, was sie tun

März 1980 - Verkaufspreis 1,50 DM
Nr. 1 - Druck in Göttingen 5 90307

Grzimeks Todeswunsch: Löwen zerissen

Stammheim: Die Diskussion wird neu eröffnet!

Im „Spiegel“ (11/80) erschien kürzlich eine Reportage über die „Selbstmord“-Nacht von Stammheim und die Widersprüche der staatlichen Untersuchungsergebnisse, für deren Veröffentlichung linke Publikationen wie z.B. der ARBEITERKAMPF noch bis vor kurzem mit Prozessen bedroht wurden. Allerdings: „Spiegel“ bleibt „Spiegel“; mehr oder weniger geschickt versucht der Artikel in einer Art Vorwärtsverteidigung einer möglicherweise neu aufblühenden Stammheim-Debatte vorzubeugen. Eine vorangestellte fiktive Beschreibung einer möglichen Ermordung der Gefangenen durch zwei BND- und einen israelischen Agenten dient nur der Behauptung, so „perfide“ und so „perfekt“ hätten BRD- und Staatsorgane die Tat garnicht ausführen können. Die Zweifel an der Selbstmord-Version werden stattdessen auf die „Schuldigkeit“ bei den Ermittlungen abgelenkt, die zu einer „linken Legendenbildung“ geführt habe. Dem Mord-Verdacht fehle, so behauptet der „Spiegel“, jegliche Grundlage.

Anlaß für den „Spiegel“-Artikel ist offenbar die bevorstehende Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse einer Gruppe um Christiane Ensslin, die seit zwei Jahren an der Aufklärung der Stammheimer Vorgänge arbeitet. In einem auf den „Spiegel“-Artikel folgenden Interview in der „taz“ erklärt ein Mitglied der Gruppe zu dem geplanten Buch: „Wir sagen vielleicht zuerst, was in dem Buch drinsteht. Zuerst was in den 6 Wochen, der Kontaktsperrezeit, der Schleyer-Entführung geschah, soweit wir es wissen, und was das für Auswirkungen auf die Gefangenen aus dem ersten Stock hatte. Was es an öffentlich geäußerten oder sonstwie bekannt gewordenen Plänen für die Liquidierung der Gefangenen gab. Und wie die angeblichen oder tatsächlichen Äußerungen über Tod/Selbstmord in diesem

Zusammenhang zu verstehen sind und inwieweit sie verfälscht worden sind, sodaß daraus eine Selbstmordabsicht herauslesbar wurde. Im zweiten Teil werden die kriminaltechnische und die gerichtsmedizinische Untersuchung, die die Staatsanwaltschaft durchgeführt hat, die Zeugenvernehmungen durch den Untersuchungsausschuß des Landtags von Baden-Württemberg überprüft, und Punkt für Punkt aufgewiesen, wo diese Untersuchungen Lücken haben, Fehler und Widersprüche enthalten und sonstige Merkwürdigkeiten, aus denen man entnehmen kann, daß eine Untersuchung des Mordvorwurfs nie stattgefunden hat. Es wird auch an diesen Stellen konkret gesagt, was man hätte machen müssen und auch hätte machen können, um die Frage zu klären: Mord oder Selbstmord. Und im dritten Teil wird alles, was an bisherigen bekanntgewordenen Aktivitäten deutscher, amerikanischer, israelischer Sicherheitsbehörden in ihrer Bekämpfung der Guerilla geplant oder wirklich gemacht haben zusammengestellt und anhand der bekanntgewordenen Zusammenarbeit von deutscher und palästinensischer Guerilla aufgezeigt, daß es rational gewesen wäre, diese gefangenen Führungskader Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader zu liquidieren. Jedenfalls war es eine Lösung, mit dem kleinstmöglichen Aufwand den größtmöglichen Effekt zu erzielen.“

Wir wünschen der Gruppe um Christiane und allen anderen, die sich mit der „Selbstmord“-Version nicht zufrieden geben wollen, daß der „Spiegel“-Artikel — entgegen der Absicht seiner Verfasser — den Boden für die Aufnahme der geplanten Veröffentlichung durch eine breitere Leserschaft mit aufbereitet.

Antifa - Kommission
und AK - Redaktion



Clement Moreau, Ein Strick, um sich selbst aufzuhängen

Hafturlaub für Werner Schlegel!

Zur Frühjahrstagung der Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage (AGAV), die vom 21. bis 23. März stattfand, gab es eine freudige Überraschung: Werner Schlegel, der seit fünf Jahren (z.T. in strenger Isolation) im Knast sitzt, bekam erstmals Hafturlaub und konnte somit an der AGAV-Tagung teilnehmen.

Dies ist ein wichtiger Erfolg der Solidaritätsarbeit und des unermüdbaren Kampfes von Werner selbst. Dem im letzten AK abgedruckten Solidaritätsaufruf hatten sich innerhalb von 10 Tagen bereits 40 Persönlichkeiten angeschlossen.

Ein ermutigendes Ergebnis, das uns anspornen sollte, in unserer Solidaritätsarbeit nicht nur nicht nachzulassen, sondern diese zu verstärken. Im nächsten AK werden wir ein Interview mit Werner Schlegel veröffentlichen, das wir mit ihm während der AGAV-Tagung machen konnten.

Katastrophale Wohnungsnot in Frankfurt

Haus besetzt!

Am 8.3. besetzten Jugendliche, Schüler, Arbeitslose und Studenten ein seit eineinhalb Jahren leerstehendes Haus in der Fechenheimerstraße 4 (Frankfurt-Bornheim). Bepackt mit sämtlichem Mobiliar zogen sie in das Haus ein und begannen sofort mit Renovierungsarbeiten. Am Zaun wurden Infotafeln über die Wohnungsnot in Frankfurt, über die Situation der Jugendlichen, die von diesen Zuständen am schlimmsten betroffen sind, und über weitere, noch leerstehende Häuser in Frankfurt angebracht. Auf der „Gass“ und auf der Bergerstraße wurden Infostände mit Flugblättern und viel Musik gemacht, um alle Nachbarn zu informieren.

Allein 22.000 beim Wohnungsamt registrierte Wohnungssuchende gibt es in Frankfurt! „Gleichzeitig beobachten wir, daß völlig intakte Wohnhäuser leerstehen ... Uns geht es darum, in dem Haus wohnen zu bleiben, da wir sonst alle wieder auf der Straße sitzen. Wir wollen das Haus selber renovieren und streben mit dem Vermieter eine friedliche Lösung an“ (Zitat aus einem der Flugblätter). Daß die Aktion im Gegensatz zu früheren Häuserbesetzungen völlig friedlich verlief — die in vier Einsatzwagen und drei PKWs angelaufenen Bullen beobachteten alles aus „sicherer Entfernung“ — ist u. a. auf folgendes zurückzuführen: Das Haus gehört einer Erbengemeinschaft, die sich über die Zukunft ihres Eigentums in die Haare geraten ist und teilweise außerhalb Frankfurts lebt. So war am Tag der Besetzung nur ein Mittelsmann zu erreichen, der die Besetzung zwar als „rechtswidrig und Störung des Hausfriedens“ bezeichnete („Neue Presse“, 10.3.), aber weder Räumungsantrag noch Strafanzeige stellte. Da wollte Horst Vogel, Leiter der Frankfurter Schutzpolizei, dann auch nichts unternehmen, da die „öffentliche Sicherheit und Ordnung nicht gestört ist“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 10.3.). Dazu kommt die große Solidarität der Bevölkerung, die die Besetzer teilweise mit Geschenken, Möbeln, Geschirr, Geld und Essen unterstützte.

Seit zehn Tagen sind die Besetzer jetzt drinnen, am „rechtlichen Schwebezustand“ hat sich bislang nichts geändert. Zahlreiche Flugblätter erschienen, und die Zeitungen berichteten relativ positiv. Täglich gibt es viel Besuch im Haus, teils von älteren Leuten, besonders jedoch von Jugendlichen, die alle von der gleichen Situation betroffen sind. Als Wohngemeinschaft eine Wohnung zu finden, ist schon fast ein utopisches Ziel. Große Wohnungen sind totale Mangelware, die Mieten sind für uns unbezahlbar. Hat man dann mal eine Wohnung in der Zeitung entdeckt, kriegt man ewig denselben Satz von gewäre, die meisten sind für uns unbezahlbar. Hat man dann mal eine Wohnung in der Zeitung entdeckt, kriegt man ewig denselben Satz von Vermietern zu hören: „An Schüler und Studenten vermieten wir nicht!“ So sind wir gezwungen, weiterhin bei den Eltern zu wohnen, leben in überfüllten Wohngemeinschaften zusammen oder sitzen auf der Straße. Unsere Lebenssituation wird von Geschäftemachern und Vermietern bestimmt! Aber genau hier haben die Leute aus der Fechenheimerstraße ein Signal gesetzt: „Hier werden wir leben und lieben, wie es uns gefällt. Wir lassen uns nicht vertreiben, falls geräumt wird, nehmen wir uns das nächste Haus“.

...

Modernisierung — ein lukratives Geschäft

In Frankfurt sind 22.000 Wohnungssuchende beim Wohnungsamt gemeldet, 4.000 davon sind absolute Notfälle. Wohnungspolitische Ziele der öffentlichen Hand sind zuletzt 1950 definiert worden, seit 1972 ist von den Parteien kein Bauland mehr ausgewiesen worden. So stellte selbst Klaus Rupp, 1. Vorsitzender des Hessischen Verbands der Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer fest, daß mindestens 10.000 Wohnungen fehlen. Trotzdem ist das in seinen Augen keine reale Wohnungsnot, nein, vielmehr liege das an „veränderten Wohngewohnheiten“. Bei 40 % liege inzwischen der Anteil der Alleinlebenden, die sich nicht mit Ein-Zimmerwohnungen begnügen und somit den Familien die Wohnungen wegnehmen würden. Fragt sich nur, mit was für einer Wohnung sich Herr Rupp und seine Hausbesitzer-Kollegen „begnügen“ ...

1978 betrug die Durchschnittsmiete bei bestehendem Mietverhältnis 5,20 bis 5,50 DM pro Quadratmeter (Steigerung gegenüber 1977 um 4 %); neue Mieter mußten schon 1978 7,00 bis 9,00 DM pro Quadratmeter hinlegen. Heute liegt die Miete bei 7,50 bis 12,00 DM. Der Hausbesitzerverband führt diese unverschämte Steigerung auf den „Wohnungsbedarf“ zurück, wobei er zynisch den „Singles“ die Schuld gibt. Niedrige Mieten liegen nicht drin, denn: „Was im Westen entsteht, das seien Spekulationsobjekte — die kann man vergessen, die wollen ihre Verluste verzinste haben. Da langen die Mieten nicht, um jeweils die Jahreskostenmiete zu decken“. Rupps Vorschlag, um aus dem Dilemma herauszukommen: „In stadtnahen Gebieten vermehrt Land für den Bau von Wohnungseigentum im Mehrfamilienhausbau auszuweisen“. Welcher Schicht damit geholfen wird, dürfte auf der Hand liegen!



„Mietermittel“ für die Modernisierungen flüssig zu machen. Diese tollen Denkmödel sollen offenbar darüber hinwegtrösten, daß die Realität z. B. so aussieht: „Hiermit kündigen wir Ihnen das Mietverhältnis auf. Begründung: Das Haus wird modernisiert. Wir hoffen, daß Sie ohne Schwierigkeiten (!) die Kündigung annehmen“. Dies ist zwar rechtswidrig, doch die meisten Betroffenen wissen das nicht. Ein paar weitere Beispiele, wie die Modernisierung aussieht, aus einem Frankfurter Stadtteil (Nordend): — Gabelsbergerstraße 3: Der Hausverwalter schickt im Auftrag der Eigentümer den Mietern im November die Kündigung zu (sechs Monate Frist). Die neuen Besitzer wollen die Wohnungen (Miete heute: 200 DM) Eigentümern den Mietern im November die Kündigung zu (sechs Monate Frist). Die neuen Besitzer wollen die Wohnungen (Miete heute: 200 DM) zusammenlegen, Zentralheizung, Warmwasserversorgung und exklusive Bäder einrichten, um die Etage später als Eigentumswohnung für 250.000 DM zu verkaufen. — Gabelsbergerstraße 9: Eine Firma „Omega — Verwaltungs- und Wertungsgesellschaft für Grundbesitz mbH“ hat das Haus gekauft. Eigentumswohnungen zum Preis von 117.000 bis 127.000 DM sollen entstehen. — Keplerstraße 7a: Eine „Atrium-Grundstücksverwaltung GmbH“ hat sich das Haus unter den Nagel gerissen. Die Kündigung kam — aber die Mieter wollen drinbleiben. — Musikantenweg 53: Noch kosten die Wohnungen 250 DM. Neue Eigentümerin ist jedoch wieder die „Omega“. Sie will modernisieren und Eigentumswohnungen installieren. Wer wolle, könne seine Wohnung ja kaufen. „Wir machen das recht billig mit der Landesbausparkasse zusammen“.

Die „Sorgen“ und Vorstellungen der SPD

Vor dem Kreis seiner Gesinnungsfreunde steuerte Dr. Sperling, Staatssekretär im Bundesbauministerium, Informationen und Denkmödel aus Bonner Sicht bei. Die größte Sorge der SPD sei die Stadtfucht und die „soziale Entmischung“, was bedeutet, daß Leute mit dem nötigen Kleingeld in die grünen Gefilde ziehen und das großstädtische Terrain sozial schwächeren Gruppen überlassen bleibt. Mit Wohnungsneubau könne die Flucht der Besserverdienenden nicht gestoppt werden, meinen die Wohnungsexperten. Die SPD hat da andere Ideen, „Stadtumbau“ nennt sich das Ganze. Dazu gehöre „Verkehrsberuhigung“, U-Bahnbau, die „Entkerkerung der Hinterhofblöcke“, vor allem jedoch die Modernisierung der Altbauten. Dabei ist sich die SPD voll bewußt, daß damit alle sozial schlechter Gestellten aus ihren Wohnungen rausfliegen. Denn Altbauten werden mehr und mehr zu Spekulationsobjekten (die Modernisierung wird natürlich vom Staat bezuschußt), so daß die Modernisierung von Altbauten lukrativer wird als der Neubau von Wohnungen.

Dessen ist sich auch die SPD bewußt. Bei ihr kursiert daher das „Denkmödel“, daß Kommunen und gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften gegenüber privaten Eigentümern als „Großmieter“ auftreten, und öffentliche Mittel in die Modernisierung fließen. Gnädigerweise will man so den bisherigen Mietern die Möglichkeit geben, nicht wegen extrem gestiegener Mieten „herausmodernisiert“ zu werden. Es ist auch in der Diskussion,

muß der Vermieter gegebenenfalls vor Gericht beweisen. Außerdem sind die Mieter zwei Monate vor der Modernisierung zu informieren, über Art, Dauer, Umfang und vor allem Kosten des Eingriffs. Legt der Mieter Widerspruch ein, entscheidet letztlich das Gericht. Gründe, die Luxusmodernisierungen nicht zu dulden, gibt es schon — wenn auch nur wenige: z. B. wirtschaftliche Umstände, Krankheit und Alter. Ferner dürfen nur 11 % der Modernisierungskosten auf die Jahresmiete umgeschlagen werden (normale Instandsetzungskosten sind durch die Miete gedeckt). Außerdem muß der staatliche Zuschuß abgezogen werden. Doch einen wirklichen Schutz der Mieter vor der Herausmo-

dernisierung gibt es nicht. Auch für Behörden „gibt es keine Möglichkeit zum Eingreifen“. Grund: „Der Zweckentfremdungsparagraph (der das Schlafzimmer vor einem Umbau in Läden oder Büroräume schützt) greift hier nicht“. So Wohnungsamts-Vize Klaus Miehrig. Ein Bundesverfassungsgerichtsbeschuß von 1975 spricht sich zwar für die Erhaltung „erschwinglicher“ Wohnungen aus — doch wen interessiert das schon.

Mittlerweile hat sich im Nordend eine 30 Mitglieder starke „Mieterinitiative im Nordend“ gegründet, denn auf Hilfe von oben kann man nicht warten! (Zitate aus „FR“, 12.3.) Schüler/innen im KB/Gruppe Frankfurt

Hausbesetzung in Hannover: Anders, aber nicht schlechter

Mitte Februar und Anfang März besetzten 20 bis 25 Arbeiter, Schüler, Lehrlinge und Arbeitslose zwischen 18 und 26 Jahren nacheinander zwei leerstehende Häuser. Während Hannovers Linke größtenteils betreten schweigt, zeigt die bürgerliche Öffentlichkeit massives Interesse: die Bundestagswahl wirft ihre Schatten voraus.

Seit dem 10. Februar überschlagen sich Hannovers Lokalzeitungen. Selten war mehr von Wohnungsempfängen und Sanierungspolitik die Rede als in den letzten fünf Wochen.

Im Zentrum des plötzlich interessierten stehen zwei Hausbesetzungen, deren Einordnung den hannoverschen Meinungsmachern offenkundig Schwierigkeiten bereitet.

Während bei den spektakulären, weil gewalttätig von der Polizei beendet Besetzungsaktionen Mitte der siebziger Jahre der moralische Zeigefinger der Öffentlichkeit vorwurfsvoll auf rote Fahnen gerichtet war, stehen die Lokalreporter heute etwas ratlos vor einer Handvoll Punks mit Irokesenputz und Sicherheitsnadel im Ohr, verstärkt durch andere, „normal“ gekleidete, die man aber ebenfalls noch nie auf den Pflicht-Konsum-Veranstaltungen der linken Szene gesehen hat. Kein Zweifel — hier handelten Leute, die einen Großteil ihrer Habe in ihren Jackentaschen mit sich führen, die sich seit Monaten die Hacken ablaufen, um billige Wohnungen zur Bildung von Wohngemeinschaften zu ergattern und die nun endgültig genug haben von den schwindelerregenden Mieten, den Moralpredigten („zieht euch erst mal ordentlich an“) und den zugeknallten Türen.

Der lange Marsch

Die erste Besetzung in der Nordstadt, Blumhagenstr. 2, traf das Eigentum eines Bilderbuchspekulanten, nämlich H.-G. Stickers Bauverwaltungs-GmbH.

Mit Geschick und Improvisationstalent organisierten die neuen Bewohner das Zusammenleben in dem Haus und ließen sich auch durch das Kappen der Stromleitung durch die Stadtwerke vier Tage später nicht aus der Ruhe bringen.

Nicht so erfolgreich waren die Bewohner in dem Bemühen, die linke Gegenöffentlichkeit zu interessieren. Das Solidaritätsfest, das in der Blumhagenstraße mit dem Ziel stattfand, eine breite Front zu mobilisieren, wurde eher zum Frust: „Die war'n hier total auf dem Konsumtrip, haben getanzt, ihr Bier getrunken, aber Gespräche mit uns haben kaum stattgefunden“.

Die Sammeldosen wogen dagegen schon schwerer, denn mancher wollte seine Solidarität offenbar auf dem weniger beschwerlichen Spendenweg ausdrücken; ca. 1.500 DM kamen bei Sammlungen auf Feten und in Kneipen zusammen, die fast ausschließlich für Instandsetzung und Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben wurden.

Der Deutschen Bank, die doch nun wirklich mit jedem Geschäft macht (Chile!), war das Geld anscheinend zu schmutzig: Sie weigerte sich nämlich, für die Hausbesetzer ein Spendenkonto zu eröffnen.

Die Hoffnung, mit der Sticker GmbH einen Nutzungsvertrag abschließen zu können, erwies sich als

Illusion. Mit Hausbesetzern macht die Geldmafia keine Verträge. Beendet wurde die Aktion elf Tage nach der Besetzung durch eine perfekt vorbereitete Aktion der Polizei, die die Bewohner morgens um sieben aus den Schlafsäcken holte.

Doch die Besetzer gaben nicht auf. Nachdem sie zunächst dem Amt für Wohnungswesen einen Freundschaftsbesuch abstatteten, besetzten sie am Sonntag, nach dem Gottesdienst, für mehrere Stunden die Marktkirche — als Intermezzo, sozusagen.

Am 3. März folgte die nächste Aktion, die völlig beabsichtigt ein Haus im Besitz der Stadt zum Ziel hatte, im alten Arbeiterviertel Linden, das immer mehr zum „Kreuzberg Hannovers“ verkommt.

Dieses baufällige Haus soll laut Stadt zu günstigen Bedingungen an Sanierungsbetroffene verkauft (!) werden, die es dann mit eigenen Mitteln wieder herrichten können. Das Angebot der Besetzer an das Stadtparlament, mit ihnen im besetzten Haus über ein längerfristiges Nutzungsrecht zu verhandeln, blieb ohne Reaktion. Trotzdem besuchten sie die Sitzungen des Bau-Ausschusses und der Sanierungskommission, wo sie die Weigerung der Politiker, ihnen zuzuhören, mit der Ankündigung quittierten: „... dann wird dieses Haus eben auch besetzt!“

Wie geht es weiter?

Die Berichterstattung in Presse und

Wie geht es weiter?

Die Berichterstattung in Presse und Rundfunk zeigt inzwischen ihre ersten Erfolge: BI's aus Sanierungsgebieten, die DKP (!), die Bunte-Liste-Initiative und die Jugendorganisationen von SPD und FDP haben sich mehr oder weniger offen mit den Zielen der Hausbesetzer solidarisiert, während ihre Mutterparteien mühsam versuchen, Haltung zu bewahren.

Immerhin — zu einer polizeilichen Räumung fehlt ihnen momentan der Schneid, wollen sie es doch mit den ohnehin schon „grün infizierten Jungwählern“ nicht endgültig verderben.

Die Besetzer haben inzwischen viel dazugelernt: Die Öffentlichkeitsarbeit läuft auf Hochtouren und Presseerklärungen geben sie allemal, als hätten sie jahrelang nichts anderes gemacht.

Trotzdem droht es wieder ruhig zu werden um das Haus in der Ricklinger Straße 46. Was fehlt, ist eine breite praktische Solidarität wie z. B. in Göttingen (AK 171, 172).

Hausbesetzungen sind aus dem linken politischen Alltag Hannovers verschwunden und das nicht ohne Grund, denn die Reaktion der Bevölkerung auf die Besetzungsaktionen war nie besonders positiv. Das scheint jetzt etwas anders geworden zu sein, denn auch in Hannover werden immer mehr und besonders alte Menschen Opfer gewissenloser Haus- und Grundstücksspekulanten und auch der friedliche Charakter dieser Besetzung hat seinen Eindruck sicher nicht verfehlt.

Wenn Hannovers Linke mitziehen, könnte diese Aktion eine neue Phase im Kampf gegen Wohnraumvernichtung einläuten. Auf eine breite Signalwirkung wäre jedenfalls zu hoffen, denn es stehen noch viele Häuser leer ...

Manfred von der Bunte-Liste-Initiative, Hannover

Göttinger Klinikbesetzung Erfolg trotz Räumung

Nach fünf Monaten harten Kampfs ist die besetzte Göttinger Augenklinik am 12.3. geräumt worden. Gestützt auf sichere Hinweise auf eine polizeiliche Räumung erst in der darauffolgenden Nacht war für diesen Morgen nicht mobilisiert worden. So räumten die durch Verreiste und den Streif der letzten Monate geschwächten Bewohner das Gebäude nach der zweiten Aufforderung ohne Widerstand.

Der Gegenseite gelang es, ein Konzept durchzuziehen, das lange Zeit als unmöglich gegolten hatte: begrenzter Polizeieinsatz, wenig grüne Präsenz in der Stadt, damit entsprechende Berichterstattung in der Presse und kein Überkochen der Empörung in der Bevölkerung. Einen angenehmen Nebeneffekt hatte dieses Konzept: ungewöhnliche Zurückhaltung seitens der Bullen, keine Personalienfeststellungen und Provokation.

Klinikums gekostet, den wir jetzt weiter drin haben. Angesichts des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses ist es ein großer Erfolg, daß wir praktisch so viel Raum, wie durch die Besetzung erkämpft worden ist, im Alten Klinikum behaupten konnten und zumindest vorläufig den Uni-Ausbauplanern entreißen konnten.

Wer dreimal lügt...

Doch noch ist dieser Erfolg nicht durchgesetzt und abgesichert: Seit dem Tage der Vereinbarungen wurden diese durch die Unileitung gebrochen. Zunächst stellte sich heraus, daß es sich statt der 85 nur um ca. 65 zumutbare Wohnplätze handelte. Dabei soll nur ein Teil des Gebäudes bewohnt werden, der Rest sei als Lager vollgestopft. Eine Behauptung entlarvte diese Behauptung

der Zimmer in der Medizinischen vorab zu vergeben, damit die Augenkliniksbewohner unterkommen können, wenigstens teilweise. (Das ist inzwischen geschehen und die Rausgeschmissenen konnten ihr Übergangslager in der Evangelischen Studentengemeinde wieder auflösen). Der Umzug hätte somit schon am Tage des letztmöglichen Umbaubeginns (14.3.) stattfinden können. Trotzdem log die Unileitung weiter vom 12.3. als letzter Möglichkeit und schuf sich damit den Vorwand, den Staatsapparat auffahren zu können. Zu allem Überfluß sickerte aus dem Staatshochbauamt durch, daß der Baubeginn auch hätte vonstatten gehen können, wenn noch nicht alle Zimmer leergeräumt worden wären. Die gewaltsame Räumung war also praktisch gar nicht begründbar, sondern schlicht überflüssig.

Nachdem während der Verhandlungs-



München, Blumenstraße 33: Dieses Haus war besetzt (aus „Blatt“, 167)



Schlechte Verlierer: Uni-Leitung rief die Bullen



Durchsuchung mit der Brechstange

nen, die ebenfalls besetzte Herz-Thorax-Chirurgie wurde in Ruhe gelassen. Beim anschließenden Umräumen des Hausrats in einen benachbarten Lagerraum packten einige Uniformierte sogar mit an. Die Zurückhaltung war die Reaktion auf die Unlust, mit der viele dieser staatlichen Fußtruppen in diesen unangenehmen Einsatz führen und der vielen von ihnen ins Gesicht geschrieben stand. Entsprechend friedlich verlief fünf Stunden später eine Demonstration von 1000 Leuten, obwohl dabei kurzfristig eine der Hauptverkehrskreuzungen besetzt wurde und am Sitz des Unipräsidenten (der das leerstehende Alte Klinikum verwaltet) einige Fenster Scheiben dran glauben mußten. Seitdem ist es vorläufig ruhig geworden um die Klinikbesetzung. Ist uns unsere Stärke damit mir nichts, dir nichts zwischen den Fingern zerronnen? Keineswegs.

Die Besetzung zieht um

Die Räumung fand statt, nachdem die Unileitung den Besetzern zugestanden hat, ein weiteres Jahr im Alten Klinikum zu wohnen, und zwar in der ehemaligen Medizinischen Klinik nebenan.

Voraussetzungen für die Verhandlungen war die Einschätzung der Gegenseite, daß ihnen der politische Preis für das tatsächliche Auf-die-Straße-Werfen von knapp 100 Personen angesichts der Popularität der Besetzung in der Öffentlichkeit zu hoch ist. Das Tauziehen um die Vereinbarungen fand unter miesen Bedingungen statt: Über zwei Wochen waren Strom und Heizung abgestellt. Die Innentemperatur glich sich bald der Außentemperatur an (nahe 0 Grad); fast jeder Bewohner erkrankte; der Kreislauf von fast allen war ziemlich kaputt, die Kinder mußten zu Bekannten gegeben werden. Ergebnis der Verhandlungen war ein Beschluß des Uni-Senats: 85 Zimmer in der Medizinischen für ein Jahr, danach Ersatzwohnraum, Belegung durch das Studentenwerk.

Trotz dieses mangelhaften Angebots gingen wir darauf ein, denn eine legalisierte Bleibe war uns trotz weitgehender Zugeständnisse auf dem Papier lieber als die Perspektive einer sicheren Räumung mit nichts mehr als großer Empörung in der Hand. Die nicht abreißende Serie gewaltsamer Räumungen in der BRD in den letzten Wochen zu ignorieren, wäre allenfalls heroisch gewesen, hätte uns aber den Fuß in der Tür des Alten

der Univerwaltung als Lüge, und der Unizepräsident gab zu, daß es sich bei dem Plan, wenige Meter neben leerstehenden Räumen 85 Leute auf dem Platz für 65 zusammenpferchen, um eine politische Entscheidung handelte und nicht um einen Sachzwang. Immerhin ließ sich die Uni breitschlagen, aus den übrigen Fluren noch fünf weitere Räume rauszurücken. Aber die Tatsache, daß die Handwerker, die angeblich die zu Wohnzwecken gedachten Flure notdürftig dafür renovieren sollten, stattdessen hauptsächlich damit beschäftigt waren, die Stromkreise dieser Flure fein säuberlich von denen zu trennen, fünf weitere Räume rauszurücken. Aber die Tatsache, daß die Handwerker, die angeblich die zu Wohnzwecken gedachten Flure notdürftig dafür renovieren sollten, stattdessen hauptsächlich damit beschäftigt waren, die Stromkreise dieser Flure fein säuberlich von denen zu trennen, die leerbleiben sollen, ist eine Einladung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt...

Den nächsten Hammer leistete sich die Uni in den Verhandlungen über die Übergabe der Medizinischen an das Studentenwerk. Schon die Einschaltung des Studentenwerks ist eine Sauerei, weil das nur an Studenten vermietet und so der große Anteil von Nichtstudenten von den Besetzern abgespalten werden soll. Von der Weigerung, sich in irgendeiner Form auseinanderzudeckeln zu lassen, sind die Besetzer aber nicht abgerückt. Im Vertragsentwurf für die Übergabe wollte die Uni plötzlich nichts mehr von ihrer Zusage wissen, nach einem Jahr für Ersatzwohnraum zu sorgen. Das Studentenwerk konnte allerdings einen Passus durchsetzen, nach dem sogar gilt, daß sich die Wohndauer in der Medizinischen verlängert, wenn nicht genügend Ersatzwohnraum da ist. Solch ein Ersatzwohnraum wird sich genau angesehen werden. Außer im Alten Klinikum wird sich kaum gleichwertiger finden lassen. Die nächste Lunte brennt schon...

Und schließlich der brutal-groteske Höhepunkt der Verletzungen der Vereinbarungen: Abgemacht war, daß aus der Augenklinik dann ausgezogen wird, wenn in die Medizinische eingezogen werden kann. Nachdem das Studentenwerk den Einzug auf den 1.4. festgelegt hatte, forderte die Uni den Auszug aus der Augenklinik bis zum 11.3. (Herz-Thorax-Chirurgie 31.3.). Wo die Leute solange bleiben sollten, war diesen Reaktionsären scheinbar egal. Begründung: Wenn der Beginn des Umbaus der Augenklinik für den Einzug des Psychologischen Seminars weiter verzögert wird, würde der Umbau um Hunderttausende teurer kommen. Daraufhin bot das Studentenwerk an, einen Teil

phase der sozialdemokratische Teil der Unileitung etwas mehr Spielraum hatte, hat jetzt die Mehrheit der Falken den Kurs umso mehr verschärft. Das Eingeständnis, daß ihre monatelangen Beteuerungen, im Alten Klinikum sei kein Wohnraum zu schaffen, nichts als Lügen waren, ist für sie eigentlich schon zuviel gewesen. Daher der Versuch, die Besetzer mit der Räumung zu demoralisieren, nachdem schon fast alles gelaufen ist. Neben diesem Aspekt des Racheakts erfüllt die Räumung vor allem die Funktion eines Warnschusses. Nachdem unsere Gegner monatelang taktisch ein klägliches Bild abgegeben und nur eine relativ miserable

wesen. Dabei der Versuch, die Besetzer mit der Räumung zu demoralisieren, nachdem schon fast alles gelaufen ist. Neben diesem Aspekt des Racheakts erfüllt die Räumung vor allem die Funktion eines Warnschusses. Nachdem unsere Gegner monatelang taktisch ein klägliches Bild abgegeben und nur eine relativ miserable Öffentlichkeitsarbeit zustande brachten, wollen sie jetzt zeigen, daß sie solch einen Erfolg für uns kein zweites Mal zulassen werden.

„Vermieten statt Vieten“

In dieser Phase der Klinikbesetzung hat der Kampf noch ganz neue kommunalpolitische Aspekte erhalten: Am 7.3. wurde vom Stadtrat als neuer Oberstadtdirektor ab Dezember der FDPler Vieten von CDU und FDP gewählt. Vorausgegangen war dem eine gekonnte Provinzintzige, in deren Verlauf die sozialliberale Stadtstratkoalition zerbrach. Danach verzog sich der noch amtierende sozialdemokratische Oberstadtdirektor, der alle Anträge der Unileitung auf eine Räumungsverfügung abgelehnt hatte, in den Urlaub. Die Unileitung nutzte die Gunst der Stunde und legte Vieten, der jetzt schon Stellvertreter des Oberstadtdirektors ist, erneut die Räumungsverfügung zur Unterschrift vor. Der ließ sich dieses elegante Dankeschön an die CDU nicht entgehen und ermöglichte damit erst den Bulleneinsatz.

So wurde den Besetzern der Augenklinik die zweifelhafte Ehre zuteil, das erste Opfer dieses neuen Rechtsrucks in der Göttinger Kommunalpolitik zu werden. Sie werden sich ihrer würdig erweisen, auch wenn die momentan schlaffe Phase der dringend nötigen Erholung sie aus den Schlagzeilen verbannt hat. Die Wohnungsnot in Göttingen spitzt sich eher weiter zu als daß sie geringer wird und setzt neue Aktionen auf die Tagesordnung. 1300 Erstsemester beginnen gerade, den Wohnungsmarkt wieder kräftig zu strapazieren.

Ein Göttinger Klinikbesetzer

„Dauerdemonstranten und Punk-Rocker“

Im letzten ARBEITERKAMPF berichteten wir von der Hausbesetzung in München, bei deren Räumung 101 Besetzer zwecks Personalienfeststellung festgenommen wurden. Inzwischen wurden zwei Besetzer zu 30 Tagessätzen a 15 Mark bzw. 10 Tagessätzen a 10 Mark verurteilt.

Zu der auch von uns verbreiteten Behauptung, es handle sich bei den Besetzern um wohnungssuchende Jugendliche, mußten wir folgende Richtigstellung von Oberbürgermeister Erich Kiesel (CSU) zur Kenntnis nehmen:

„Bei den Besetzern handelte es sich zum großen Teil um Dauerdemonstranten und Punk-Rocker – und nicht etwa, wie zunächst vermutet, um tatsächlich in Wohnungsnot befindliche Studenten. Die meisten hatten einen festen Wohnsitz. Ein Teil war von auswärts angereist. Bei den wirklich Wohnungssuchenden wäre die Besetzung zwar auch nicht rechtens, wohl aber menschlich verständlich gewesen. Und für diesen Fall hätte die Behörde durch ein sofortiges Hilfsangebot auch menschlich und sinnvoll gehandelt.“

Wie sich später herausstellte, wollten diese Besetzer aber in erster Linie für neue Wohnformen, für die sogenannten Wohngemeinschaften kämpfen. Diese Wohnform konnte sich bisher nicht durchsetzen. Viele Versuche sind gescheitert, weil sie in Kürze zu linksextremen Kollektiven umfunktioniert wurden. Die Bevölkerung begegnet diesen Wohngemeinschaften nicht zuletzt deshalb mit großer Skepsis.

Den Besetzern brannte also nicht eine aktuelle Not unter den Nägeln. Es ging ihnen um das politische Happening, um die bewußte Provokation.“

(Aus dem Kommentar des Oberbürgermeisters im „Münchner Stadtanzeiger – Heimatzeitung der Landeshauptstadt und des Landkreises München“)

Wohnungskommission

München: Wohnungsnot, Mietwucher, Spekulation

„Die Stadt München und ihre Umgebung sind in der Bundesrepublik der Teilbereich mit den schwerwiegendsten Problemen auf dem Wohnungsmarkt“ – so kommentierte die „Neue Heimat“ die Wohnungssituation in München. Und als größter Wohnungskonzern der Bundesrepublik ist sie mit dieser Einschätzung durchaus glaubwürdig.

16.000 Münchner Haushalte sind beim städtischen Wohnungsamt für eine Sozialwohnung vorgemerkt, die Hälfte davon sind Dringlichkeitsfälle, „deren gegenwärtige Wohnsituation oft als menschenunwürdig bezeichnet werden müsse“ („Süddeutsche Zeitung“, 12.12.79).

Daß die Wohnungsnot immer drückender wird und die Mieten immer höher steigen, hat zur Auswirkung, daß Eigenheime und Eigentumswohnungen trotz der erheblich gestiegenen Preise schnell verkauft werden – in der Hoffnung besser Verdienender, dadurch steigenden Mietbelastungen zu entgehen.

Nach einer Wohnungsbauprognose eines unabhängigen Instituts reichen die 5000 geplanten Wohnungen pro Jahr bei weitem nicht aus. Mindestens 10.000 Wohnungen müßten jährlich gebaut werden, um einen weiteren Nachfrageüberhang zu vermeiden.

Daß bei dieser Lage Mietwucher blüht, ist kein Wunder. Im letzten Jahr stellten die städtischen Beamten 1700 Fälle von überhöhten Mietforderungen fest („SZ“, 28.2.), was nur die Spitze der Wohnungsnot ist, da nur ein Bruchteil der überhöhten Mieten überhaupt angezeigt wird. Immerhin mußten 800 Vermieter die Miete senken und 280.000 DM an überhöhten Mietbeträgen an die Mieter zurückzahlen.

Doch nicht nur kleine Hausbesitzer machen ihr Geschäft mit den Mietern – breiten Protest erregte Anfang März die Immobilienochter der Württembergischen Kommunalen Landesbank, die in großem Stil spekuliert und auf einen Schlag 714 Wohnungen zu weit überhöhten Preisen privatisieren will.

Von dem „Wohnungs-Spekulations-Coup“ („SZ“, 10.3.) in München-Geising sind 2000 Mieter betroffen, die hier in z.T. noch gut erhaltenen Altbauten noch relativ billig wohnen. Durch „Teilsanierung“ und die Umwandlung der Miet- in Eigentumswohnungen erhofft sich diese Gesellschaft einen Gesamterlös von 50 bis 60 Millionen Mark, obwohl der Verkehrswert von Fachleuten auf höchstens 32 Millionen Mark geschätzt wird. D.h., statt realistischen 800 DM pro Quadratmeter sollen die Mieter 1600 DM und mehr bezahlen, wenn sie ihre Wohnung kaufen wollen – was die meisten ohnehin nicht können.

Diese Münchner Beispiele von Mietwucher und Wohnungsspekulation zeigen besonders drastisch die Auswirkungen einer verfehlten und gescheiterten Wohnungsbaupolitik in der BRD, die in den letzten Jahren zunehmend davon geprägt wird, daß durch die Verknappung von Wohnraum die Mieten in die Höhe schnellen und die Wohnungseigentümer immer frecher werden.

Diese Münchner Beispiele von Mietwucher und Wohnungsspekulation zeigen besonders drastisch die Auswirkungen einer verfehlten und gescheiterten Wohnungsbaupolitik in der BRD, die in den letzten Jahren zunehmend davon geprägt wird, daß durch die Verknappung von Wohnraum die Mieten in die Höhe schnellen und die Wohnungseigentümer immer frecher werden.

Wohnungskommission

Mehr Wohngeld – höhere Mieten?

Ex-Wirtschaftsminister Hans Friderichs, der seine Karriere mit dem Job des Vorstandsvorsitzenden der Dresdner Bank gekrönt hat, fühlte sich genötigt, zur Entwicklung des Wohnungsbaus Stellung zu nehmen: Er forderte den völligen Stopp des sozialen Wohnungsbaus (obwohl da nicht mehr viel zu stoppen ist: Der „soziale“ Wohnungsbau ist ohnehin drastisch eingeschränkt worden). Die dadurch freiwerdenden Gelder sollen lieber als Wohngeld eingesetzt werden. „Wenn man aber hohe Mieten durch höheres Wohngeld für breitere Bevölkerungskreise wieder erschwinglich mache, würden auch Investitionen in den freien Wohnungsbau für die Geldanleger wieder attraktiv“ („FR“, 12.3.80), spricht: Wenn das Mietniveau durch vermehrtes Wohngeld noch höher steigen kann, werden auch die Gewinne im freien Wohnungsbau höher, wovon Hausbesitzer und Bauunternehmen gleichermaßen profitieren.

Die SPD ist dem gar nicht so abgeneigt: Sie will sich vorbehalten, ob im Laufe der parlamentarischen Beratungen des Steuerentlastungs- und Wohngeldpakets die Möglichkeit einer Umverteilung zugunsten des Wohngeldpakets möglich ist. Das hätte zur Folge, daß das Mietniveau insgesamt steigt, daß die subventionierten Sozialmieten wegfallen und das Mietniveau insgesamt erhöht wird.

Wohnungskommission

Hessen: Atomaren Amoklauf stoppen!

Am 10. März hat Wirtschaftsminister Karry mit der Kompaktlagerung in Biblis das erste atomare Zwischenlager in einem westdeutschen Atomkraftwerk genehmigt. Biblis ist bloß der Anfang. Schon bald will man in anderen AKWs nachziehen, beispielsweise Esensham, Ohu. Da die französische WAA in La Hague keine abgebrannten Brennstäbe aus Westdeutschland mehr abnimmt, wußten die Atombetreiber nicht mehr, wohin mit dem Müll. In Kürze hätten sie Biblis abschalten müssen. So verfielen sie auf die gefährliche Idee, die sogenannten „Abklingbecken“ unter der Reaktorkuppel zu Zwischenlagern umzufunktionieren, indem man die verbrauchten Brennstäbe in ihren Gestellen einfach näher zusammen rückt. Das begünstigt dann noch eher die Auslösung radioaktiver Kettenreaktionen, die im Falle eines Falles nicht mehr in den Griff zu bekommen sind.

Gegen das atomare Kompaktlager hatten über 10.000 Bürger schriftliche Einwendungen erhoben. Die SPD/FDP-Mehrheit des Kreistages von Groß-Gerau (direkte Nachbarschaft von Biblis) beschloß am 17.3. eine Verwaltungsklage gegen das Kompaktlager. Hessens Atomspezi Nr. 1, Karry, hat sich bedenkenlos über diese Sorgen der Anwohner hinweggesetzt. Er ließ sich für den Genehmigungsbescheid sogar besonders viel Zeit, um ihn „prozeßsicher“ formulieren zu lassen. Voraussichtlich Anfang Mai wird das Kompaktlager gefüllt werden.

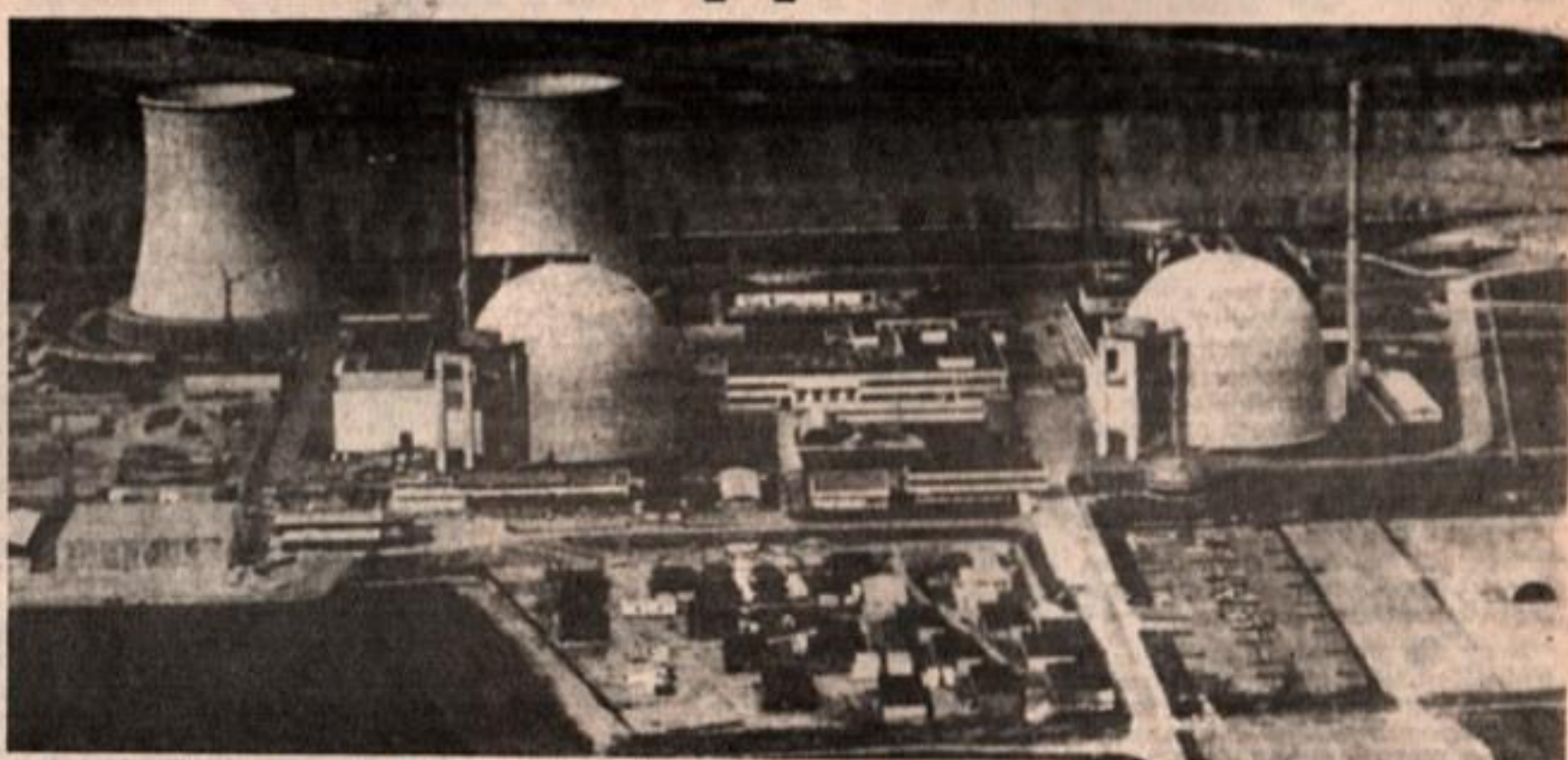
Andererseits häufen sich gegenwärtig Proteste und Erklärungen, die sich kritisch mit den atomaren Plänen der Atomindustrie und ihrer Landesregierung auseinandersetzen.

So kritisierte der Landesvorsitzende der Jusos auf dem südheßischen Bezirkstag der Jungsozialisten „die

Wahnsinnspolitik“ der Landesregierung. Börner werfen die Jusos vor, gegen die Beschlüsse des Westberliner Parteitag der SPD zu verstoßen, indem mit der WAA Voraussetzungen für die Schnellen Brüder geschaffen würden. Die Jusos sind sogar soweit gegangen, der hessischen SPD-Spitze vorzuwerfen, „die Spaltung der Partei auf rücksichtslose Weise zu provozieren“. Auch in der FDP wird Kritik laut: Nach der Kasseler FDP kritisiert man auch im Hochtaunus-Kreis, daß Karry sich ohne demokratische Konsultation mit den Gremien seiner Partei für die WAA stark gemacht habe.

Tatsache ist, daß die sozial-liberale Landesregierung bisher noch nie auf derart heftigen Widerstand innerhalb der sie tragenden Parteien gestoßen ist. Jusos und Jusos haben den Tonfall ihrer Protesterklärungen in auffälliger Weise verschärft. Ob sie allerdings auch zu entsprechenden Aktionen bereit sein werden, bleibt abzuwarten. Andererseits sind jedoch auch die Bürgerinitiativen noch nicht voll „in Fahrt“ gekommen.

Am 15.3. trafen sich in Wabern bei Borken (der bisher wahrscheinlichste Standort für die geplante hessische WAA) auf einer Landeskonzferenz hessischer Bürgerinitiativen über 100 Delegierte von ca. 40 Initiativen, um über gemeinsamen Widerstand zu beraten. Aber außer einer Erklärung, in der angekündigt wird, „den weiteren Ausbau der Atomenergie mit allen Mitteln zu verhindern“, gab es keine definitive Festlegung von Aktionen, die von allen hessischen BIs getragen werden. Verabredet wurde vielmehr, zwei Wochen nach Bekanntgabe des vorgesehenen Standortes für die WAA am Ort des Verbrechens eine zentrale Demonstration durchzuführen. Bleibt die Standortfrage bis zum 31. Mai offen, soll ein erneutes Landestreffen



Im AKW Biblis wurde am 10.3. ein Kompaktlager für abgebrannte Brennstäbe genehmigt. Biblis ist damit nicht nur mit seinen zwei Blöcken das größte AKW der Welt; es wird gleichzeitig auch zum atomaren Zwischenlager.

stattfinden. Dieser Beschluß birgt die Gefahr, daß zweieinhalb Monate lang wenig läuft und die BIs sich dann auf demselben Stand wieder treffen wie heute schon.

Ein Vorschlag von Atomgegnern und GLH-Mitgliedern aus Frankfurt, anläßlich des hessischen Landestages der FDP am 26./27. April in Darmstadt eine speziell gegen Karry und die Politik des Wirtschaftsministeriums gerichtete Demonstration durchzuführen, fand leider keine Mehrheit. Ohne der Illusion aufzusitzen, bei einer Ablösung Karrys würde sich am Pro-Atom-Kurs der hessischen Regierung etwas ändern, hätte eine solche Demonstration eine Reihe bedenkenwerter Vorteile: Karry, der Alptraum aller hessischen Umwelt-

schützer, Atomgegner und Gewerkschafter, hat sich in der Atompolitik — aber nicht nur da — am weitesten „vorgewagt“. Innerhalb der FDP ist sein Kurs aus wahltaktischen Überlegungen nicht unumstritten. Zum Einstieg ermöglichte eine solche Aktion auch oppositionellen Sozialdemokraten die Teilnahme am Protest. Es würde kommen, was kommen muß: Börner würde sich mit Karry solidarisieren, gegen viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

Eine Aktion gegen den FDP-Parteitag wäre selbstverständlich nur ein erster Schritt — sie könnte aber sehr gut geeignet sein, den Protest der Atomgegner in Bewegung zu bringen — ein Startsignal zu setzen.

Für einen Teil der Anwesenden,

insbesondere Vertreter der „Autonomen“ aus der BI Wiesbaden, war dies „ein abstruser Vorschlag“. Mit wenig intelligenten Argumenten — der Vorschlag laufe darauf hinaus, bei der FDP zu „betteln“ (...) — wurde versucht, die Demonstration madig zu machen. Die Wiesbadener waren politischen Argumenten gegenüber leider taub. Zu ihrem Unwillen „begrüßte“ dann die Versammlung doch die Initiative südheßischer Bürgerinitiativen zu einer Aktion anläßlich des FDP-Parteitages (d.h., die Demonstration wurde an die Südhessen delegiert). Es ist zu hoffen, daß dies den längst fälligen Startschuß gegen den atomaren Amoklauf in Hessen abgeben wird.

KB/Gruppe Frankfurt

Trinkt das hessische Bier solange es noch nicht radioaktiv ist

...sagten sich die Teilnehmer eines Frankfurter Anti-AKW-Plenums und zogen am späten Abend des 6. März zu den Römerhallen. Auch ein gleichzeitig in der Uni stattfindendes Spon-ti-Plenum konnte der Verlockung nicht widerstehen und schloß sich an, da in dem ehrwürdigen Gemäuer der hessische Wirtschaftsminister gerade seinen 60. Geburtstag beging. Nach dem Motto „Immer weiter gehn“ marschierten an die 80 Leute locker an der Tor-Wache vorbei und mitten hinein in die Festlichkeit. Erster Eindruck: Hessen blau. Minister, Staatssekretäre, Partei-Prominenz und Nachwuchs, der Herren aus der „Wirtschaft“ und offenbar auch die vom Staatsschutz blickten uns mit glasigen Augen entgegen. Während Börner und Gries ihr imposantes Gewicht hochwucherten, um sich gegenüber der BI-Truppe aufzubauen, wankte Jubilar Karry heran, von promille-seeligen Hoffnungen getrieben, hier würden vielleicht die verlorenen Jungdemokraten in Väterchens Arme zurückkehren. Als die AKW-Gegner ihm versicherten, Hessen werde kein Atom- und schon gar kein Wiederaufarbeitungsland werden, dies könne er sich ins nächste Jahrzehnt mitnehmen, wurde er schnell in zivile Obhut genommen. Rasch vermehrte sich im Saal die Zahl nervöser junger Herren, die augenscheinlich damit zu kämpfen

hatten, gegen Ende der netten Party auf einmal wieder voll dasein zu müssen. Aber was tun? Ein solches Jubiläum mit häßlicher Gewalt beenden?

Dazu mochte Börner sich nicht durchringen. So konnten sich die Freaks, Grünen und Roten genüßlich den kalten Buffets, Getränkständen usw. widmen — lediglich der Sekt, mit dem wir fest gerechnet hatten, war nirgends zu finden. Es wurde ein unvergeßlicher Abend. Mühsam die gefüllten Teller und Gläser balancierend hatten wir zudem noch die Gelegenheit, uns an den Geistesblitzen „unserer“ Politiker zu ergötzen. Börner: „Ein Kohlekraftwerk gibt mehr Radioaktivität als ein Atomkraftwerk“. Scheel (leider ohne Mildred): „Ich hätte nichts dagegen, neben einem AKW zu wohnen. Da wird doch ständig die Radioaktivität gemessen, da weiß ich wenigstens immer gleich bescheid“. Der größte Spaßvogel aber — das muß man der FDP lassen — war eindeutig deren Landesvorsitzender und Innenminister Gries: „Mich wundert nur, daß Sie nicht gleich am Eingang erschossen worden sind“.

Dies ist in der Tat ungewöhnlich für bundesrepublikanische Verhältnisse, aber es war ja auch ein ungewöhnlicher Abend.

KB/Gruppe Frankfurt

Es tut sich was in »WÜRG«assen!

Acht Anti-AKW-Gruppen aus dem Umkreis des Unfallreaktors Würgassen veranstalteten am 1. März mit 200 Teilnehmern eine „Müllaktion“. Sie richtete sich gegen den geplanten Bau des atomaren Trockenlagers auf dem AKW-Gelände. Die Bauarbeiten für dieses Trockenlager haben höchstwahrscheinlich bereits begonnen. Jedenfalls wird auf dem AKW-Gelände ein riesiger Platz planiert. Die Halle für das Trockenlager soll wahrscheinlich in Schnellbauweise errichtet werden. Die AKW-Betreiber PREAG beabsichtigen, hier das erste Trockenlager in der BRD gewissermaßen über Nacht zu installieren.

Die Müllaktion begann in Beverungen auf dem Marktplatz mit einem gemeinsamen Picknick. Dann ging's in einem Demonstrationszug zunächst bis Lauenförde, wo eine Zwischenkundgebung abgehalten wurde. Der Sprecher der BIs wies darauf hin, daß nur durch den Bau solcher Zwischen-

lager der Betrieb der AKWs aufrecht erhalten werden kann, da es bisher keine „Entsorgung“ vom Atommüll gibt. Mit dem Bau des Trockenlagers vervielfacht sich das Risiko für die umliegende Bevölkerung. Der Sprecher forderte: Kein Bau des Trockenlagers! Stilllegung aller Atomanlagen!

Vor dem AKW wurde der mitgebrachte Müll von einem LKW abgeladen. Der Müll wurde zu den überdimensionalen Buchstaben A K W N E E vor der Einfahrt zum Info-Zentrum aufgestellt.

In und um „WÜRG“assen geht es folgendermaßen weiter: Die beteiligten Anti-AKW-Gruppen sammeln Unterschriften auf Einspruchslisten gegen das Trockenlager. Diese müssen bis zum 30.4.80 in Beverungen vorliegen. Am 18.4. findet im Beverunger Bahnhofshotel eine Informationsveranstaltung statt. Im gleichen Zeitraum ist auch eine „Luftballonaktion“ vor dem AKW geplant.

Brokdorf-Urteil: Skandal und Auftakt

„Die Wiederholung des von der Exekutive schon durchgeführten Beurteilungsvorganges unter gerichtlicher Aufsicht würde alle zeitlichen Grenzen gerichtlicher Verfahren sprengen ... Die Verwaltungsgerichte müssen sich deshalb auf eine Rechtskontrolle der Verwaltungsentscheidungen beschränken“. Den Verwaltungsgerichten obliegt es nicht, „den der Exekutive zugewiesenen Bewertungsvorgang durch ein erneutes Verfahren zur Ermittlung und Beurteilung der unterschiedlichen Meinungen auf dem Gebiete des Strahlenschutzes und Reaktorsicherheit zu ergänzen“. Wenn sie sich so verhielten, würden sie „gestaltende Aufgaben übernehmen und die Grenzen der Rechtskontrolle überschreiten ... Das gerichtliche Verfahren ist kein zweites Genehmigungsverfahren“.

Mit diesen Sätzen begründete das Verwaltungsgericht Schleswig seine Entscheidung, daß die 1. Teilerrichtungsentscheidung für Brokdorf rechtens sei. Dies bedeutet bekanntlich den Weiterbau, da das Urteil sofort rechtskräftig wird, wenn die Betreiber einen Antrag auf Aufhebung des Baustopps stellen. Hiermit hat es ein Verwaltungsgericht zum ersten Mal abgelehnt, sich mit den von den Klägern vorgetragenen Argumenten überhaupt auseinanderzusetzen und sich ausschließlich darauf beschränkt, festzustellen, ob beim Genehmigungsverfahren irgendwelche Gesetze verletzt wurden.

Das Gericht lehnte es ab, sich mit Fragen der Reaktorsicherheit, des Strahlenschutzes usw. zu befassen, sondern prüfte nur nach, ob das sogenannte „Regelwerk“ im Sinne „der praktischen Vernunft“ beachtet wurde.

„Regelwerk“ nannte das Gericht all die bestehenden gesetzlichen Regelungen und Verordnungen sowie die Stellungnahmen der Reaktorsicherheitskommission. So kommt das Gericht dann zu solch bemerkenswerten Schlüssen, daß die geologischen Untersuchungen am Standort Brokdorf „rechtsfehlerfrei“ seien. Oder, daß „zur Zeit“ nicht „mit absoluter Sicherheit“ feststehe, „ob und wann die Entsorgung von Kernkraftwerken verwirklicht werden kann“. Doch der „politische Wille der Legislative und der Exekutive“ sei vorhanden, „das Problem langfristig zu lösen“. Schließlich sei ja auch Betreibern und Genehmigungsbehörden selbst klar, „daß ohne endgültige Lösung des Entsorgungsproblems ... das geplante Kernkraftwerk Brokdorf nicht auf Dauer betrieben werden kann“.

Für diese Art von wegweisender Rechtssprechung im Sinne der Atommafia beruft sich das Schleswiger Verwaltungsgericht auf den Kalkar-Beschluß des Bundesverfassungsgerichtes, das im August 78 schon feststellte, daß Entscheidungen über

wesentliche Fragen der Atomenergie, also auch Richtlinien für Genehmigungen, vom Gesetzgeber festzulegen seien und nicht von Verwaltungsgerichten.

Zudem war vor allem im letzten Jahr rege Aktivität hinsichtlich der Bescheidung der Befugnisse von Verwaltungsgerichten festzustellen, nachdem diese in einigen wenigen Fällen wie Brokdorf und Wyhl Baustopps verhängt hatten.

Es wurde sowohl nach einem strafrechtlichen Atomgesetz mit weniger Klagemöglichkeiten gerufen (s.a. AK 172, „Gegen die neue Offensive der Atommafia“), als auch (wie im Fall Gorleben) Gesetze schon im Vorwege so abgeändert oder außer Kraft gesetzt, daß kaum noch Klagemöglichkeiten bestehen (s.a. Kritische Justiz, 3/79 zur „Lex Gorleben“).

Hierbei ist aber zu beachten, daß zwar gegen den Bau von 7 AKW's mit Betriebsgenehmigung und 9 im Bau

befindlichen zur Zeit geklagt wird, aber nur im Falle Wyhl dadurch irgendeine Behinderung durch Verwaltungsgerichte vorliegt. So kann auch die „Atomwirtschaft“ in ihrer jüngsten Ausgabe triumphierend feststellen, daß der „Kraftwerksbau durch Prozesse nicht behindert wird“ (atw, 3/80).

Unter diesen Voraussetzungen ist das Brokdorf Urteil sicherlich als wegweisend für die Abbugelung weiterer Klagen einzuschätzen, doch birgt eine derartige Linie in der Rechtsprechung auch die Gefahr, daß sich die Justiz allzu offen als Handlangerin der Atomindustrie entlarvt.

Eine Atomrechtssprechung, die örtlichen bürgerlichen Kräften jede Chance nimmt, ihr Anliegen vor Gericht durchzusetzen, dürfte wohl eher einer Radikalisierung der Proteste an den Standorten zur Folge haben, wie es in Wyhl aber auch in Gorleben sich gezeigt hat.

Herr Minister! Wir wollen hier kein Zwischenlager

Nachdem in letzter Zeit einiges Ratselraten darüber geherrscht hatte, wie es mit dem in Ahaus geplanten Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente weitergehen solle, brachte ein Besuch des nordrheinwestfälischen Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Friedhelm Farthmann, in Ahaus Klarheit: Die schlimmsten Befürchtungen wurden bestätigt.

Auf einer gemeinsamen Sitzung des Kreistages des Kreises Borken und des Ahauser Stadtrates erklärte Farthmann, daß die Landesregierung von NRW so viel Kohle wie möglich zur Energiegewinnung einsetzen, aber auch aus „Solidarität“ einen wesentlichen Beitrag zur Lösung des Entsorgungsproblems leisten wolle. Es führe kein Weg am Zwischenlager in Ahaus vorbei. Allerdings werde es dazu ein öffentliches Anhörungsverfahren geben; obwohl dies nach dem Atomgesetz gar nicht notwendig sei. Nach dem Antrag auf ein Naßlager wurde Ende 1979 ein Antrag für ein Trockenlager gestellt, dem der Vorzug gegeben werde. Wenn im Herbst dieses Jahres die von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), die für die Genehmigung zuständig ist, angeforderten drei Gutachten vorlägen, soll bis zum Frühjahr 1981 die öffentliche Erörterung durchgeführt werden, noch im selben Jahr könnte dann der Bau beginnen.

Natürlich wurde laut Farthmann damit nicht die Zusage des ehemaligen Ministerpräsidenten Kühn gebrochen, der versprochen hatte, daß kein Zwischenlager gegen den erklärten Willen der Bevölkerung gebaut würde. Der Stadtrat und die Verwaltung von

Ahaus hätten ja ihr Einverständnis längst erklärt, bzw. Subventionen des Landes und der Steag und DWK, die das Zwischenlager bauen wollen, angenommen. (Aufgrund dieser Politik hatte im übrigen bei den letzten Kommunalwahlen die Unabhängige Wählergemeinschaft in Ahaus als „Quittung“ 25 % der Stimmen errungen).

Farthmann wußte auch die ehemalige Zusage des Landes, das Lager nur dann in Betrieb gehen zu lassen, wenn geklärt ist, daß Ahaus kein Endlager werde, geschickt umzuformulieren: „Ein Endlager muß sicher in Aussicht stehen“, heißt das nun. Die Brennelemente würden nach einer gewissen Lagerzeit wieder abtransportiert, erklärte Farthmann. Wohin, wollte ein Zwischenrufer wissen — da mußte Farthmann passen.

Bei der weiteren Diskussion wollten dann Politiker aus den Nachbargemeinden dann auch gerne etwas von dem geplanten „großen Geldsegen“ abbekommen. Die Unabhängige Wählergemeinschaft, die mit der klaren Aussage, das Zwischenlager verhindern zu wollen, gewählt worden war, stellte bedauerlicherweise nur konkrete kritische Fragen, obwohl Farthmann sich reihenweise üble Angriffe auf die AKW-Gegner erlaubte. Doch aus dem Publikum wurde Farthmann immer wieder durch Zwischenrufe, Fragen etc. aus dem Konzept gebracht. Der Saal war entsprechend mit Transparenten geschmückt worden. Rederecht hatte die Bevölkerung natürlich nicht — das blieb wieder einmal den Parlamentariern vorbehalten.

Anti-AKW-Kommission NRW

Lüchow-Dannenberg: Was lange gärt ..

„Daß die WAA hier nicht gebaut wird, kann man doch nur Leuten erzählen, die ihre Hosen mit der Kneifzange anziehen...“ heißt es in dem Leserbrief eines Landwirts aus Lüchow-Dannenberg.

Die Atomabeter von CDU und SPD brauchen nur wenige Monate, um die von Albrecht verordnete Beruhigungspille (Gorleben-Grundsatzentscheidung: „Nein zur WAA“) unwirksam zu machen: Am 5.3. beschloß der Kreistag von Lüchow-Dannenberg bei nur einer Gegenstimme und einer Enthaltung, „aus gesamt-politischer Verantwortung“, ein „Zwischenlager“ für 1.500 Tonnen verseuchter Brennelemente zu befürworten.

Nur eine Woche später faßte (ebenfalls mit überwältigender Mehrheit) der Samtgemeinderat Gartow den Beschluß, den bestehenden Flächennutzungsplan zu ändern, um auf dem bereits DWK-eigenen Gelände ein Zwischenlager auszuweisen.

Unmittelbar zuvor (am 7.3.) war dieses Gremium zu Gast bei der DWK, wobei diese zur Durchführung dieses „Informationsabends“ gleich zehn ihrer Vertreter aufbot („EJZ“, 11.3.80). Über einen Rats-herrn wurde inzwischen bekannt, daß die Koppelung des Zwischenlagers mit einer „Landessammelstelle“ für schwach- und mittelaktiven Atom-müll (konkret ist die Rede von 35.000 Fässern à 200 Liter) ebenfalls beschlossene Sache ist („EJZ“, 14.3.80).

Führende Kommunalpolitiker begleiten diese Vorstöße mit Rundumschlägen gegen alle, die sich auch nur verbal dagegen wenden: pauschal wurden die „Grünen“ als „Psychoterroristen“ abgestempelt (s. AK 173); über einzelne Persönlichkeiten wird mit übelstem Geheiß hergezogen (s. die nebenstehende Anzeige des CDU-Chef Tarrach gegen die BI-Vorsitzende Fritzen). Die ersten Folgen dieses Amoklaufs:

— ein Lüchower CDU-Stadtrat erklärt seinen Parteiaustritt, wobei er u.a. darauf hinweist, daß die CDU den Kontakt zur Basis „gar nicht zu benötigen scheint“;
— ein Vorstandsmitglied der Dannenberger SPD (hier sind ebenfalls Parteiaustritte zu verzeichnen) deckt in einem offenen Brief die undemokratischen Machenschaften in

den höheren Rängen seiner Partei auf: so habe er von dem SPD-Votum für das Zwischenlager erst aus dem Radio erfahren,
— der einzige FDP-Kreistagsabgeordnete legte bereits vor der Abstimmung über ein Zwischenlager sein Mandat nieder, weil hier „ein von den Fraktionen des Landkreises vor der eigentlichen Debatte abgestimmtes Papier“ zur Abstimmung gestellt wurde und der Kreistag „mit Sicherheit... nicht mehr die Bevölkerung repräsentiert“.

Die aktuelle Stimmung in der Bevölkerung (immerhin hatte sich diese mit weit über 50 % per Unterschrift gegen Atomanlagen jeglicher Art im Landkreis ausgesprochen) schlägt sich nicht nur in einer Flut von Protestleserbriefen, sondern auch in den Äußerungen der Kommunalpolitiker selbst nieder:

so spricht der stellvertretende Landrat Schröder „von der Streßsituation, unter der die hiesigen Kommunalpolitiker seit drei Jahren... stehen. Die physische und psychische Belastung sei oft unerträglich.“

Oberkreisdirektor Poggendorf beobachtet den „zunehmenden Druck auf die Kommunalpolitiker, der in Boykottandrohungen gegen Gewerbetreibende gipfelt“. Ursache sei eine „Verunsicherung“ der Kreisbevölkerung „durch Darstellungen der Medien Presse, Funk und Fernsehen“ („EJZ“, 7.3.80).

Bürgermeister Rathje (Gartow) „beklagt den Vertrauensschwund im Allgemeinen“ und der berüchtigte CDU-MdL Grill schießt den Vogel ab: „er wünschte sich einen Landkreis, in dem es sich leichter leben ließe“ („EJZ“, 8.3.80).

Ein Genosse aus Lüneburg

Liebe Frau Fritzen ...

jetzt können Sie schwitzen
bis es soweit ist
und das Atom Sie trotzdem nicht zerfrißt.

Da können Sie nichts gegen machen,
und die „Dummheit“ kann über Sie lachen.

Wir hatten auch nicht vor, uns mit Ihnen zu vermählen,
und legen auch keinen Wert darauf,
daß gerade Sie uns wählen.

Jochen Tarrach, Dannenberg

Am 5. März 1980 hatte unser Kreis
seinen ersten GAU.

Jetzt brauchen wir
dringend
ein Endlager
für abgebrannte
Kreistagsabgeordnete!

Rosemarie und Reinhold Waßmuth, Bösel



Dem Landesvater -
sein treues Volk?

Kennen Sie Brokdorf? Kennen Sie Grohnde? - Kennen Sie Brokdorf? Kennen Sie Grohnde? - Berufsverbot für AKW-Gegner

Erst jetzt wurde der Berufsverbote-fall eines AKW-Gegners in NRW bekannt, dem im Mai 1979 die Aufnahme in den Schuldienst verweigert wurde. Der Widerspruch gegen dieses skandalöse Berufsverboteverfahren wird demnächst vor dem Verwaltungsgericht behandelt. Genauere Informationen zur Solidaritätsarbeit sind einer Broschüre der Prozeßgruppe im AKU Münster zu entnehmen. Sie kostet 1,-DM und ist zu erhalten über:

Gaby Büscher, Uphoven 10,
4405 Nottuln

AK-Redaktion

Im Mai 1979 wurde Uwe Köhlers Antrag auf Einstellung als Lehrer im Schulbezirk Unna vom Regierungspräsidenten in Arnsberg abgelehnt, was mit der „charakterlichen Nichttauglichkeit“ des Bewerbers begründet wurde.

Hinter dieser noch sehr „harmlos“ anmutenden Formulierung verbirgt sich eine Kette von skandalösen Vorgängen, die in der Überprüfungspraxis von Lehrern ihresgleichen suchen.

Auf seinen Antrag auf Einstellung in den Schuldienst folgte für Uwe Köhler im Januar 1979 eine Vorladung nach Arnsberg zwecks politischer Überprüfung. Bei diesem Gespräch wurde ihm ein anonymer Brief vorgelegt, in dem ein angeblich „besorgter Familienvater“ Uwe K. besonderer Gewalttätigkeiten bei Demonstrationen gegen die Atomkraftwerke Brokdorf und Grohnde bezichtigte.

Der Vertreter des Regierungspräsidenten zeigte sich angesichts der anonymen Eingabe ratlos, forderte aber dennoch eine detaillierte Stellungnahme zu sämtlichen Vorwürfen. Neben Bauplatzbesetzung und deren Vorbereitung wurde Uwe K. die öffentliche Aufforderung zu Gewalttaten vorgehalten. Als „Beleg“ für seinen Versuch einer Bauplatzbesetzung in Brokdorf im November 1976 wurde die Verletzung angeführt, die sich Uwe K. damals durch die „chemische Keule“ zugezogen hatte. Sie könne nur von der gewalttätigen Auseinandersetzung mit der Polizei herrühren. Die Einstellungsbehörde verlangte von Uwe K. unter anderem, den Arzt, der damals verletzte Demonstranten behandelte, von seiner Schweigepflicht zu entbinden. Uwe K. und sein Rechtsanwalt forderten die Vernichtung des anonymen, denunziatorischen Materials. Im Gegenzug wurde Uwe K. zu einer neuerlichen Anhörung im März 1979 geladen. Ein zweiter anonymer Brief war eingetroffen, der neues Belastungsmaterial liefern sollte. Das Belastungsmaterial bestand hauptsächlich aus Notizen, die Uwe K.'s Handschrift trugen und den Hergang in Brokdorf tagebuchartig beschrieben. Wie sich herausstellte, handelte es sich um einen Vorentwurf für einen Artikel der Umweltzeitung „Grünes Blatt“, in dem mehrere Demonstranten ihre Erfahrungen in Brokdorf darstellten. Uwe K. hatte diese Notizen längst zu den Akten gelegt und wählte sie in seiner Schreibtischschublade. Durch welche Methoden dieser „besorgte Familienvater“ an das Schriftstück gelangte, blieb ungeklärt und wurde nie Gegenstand des Verfahrens. In dieser zweiten Anhörung wurde Uwe K. weiterhin mitgeteilt, man habe erfahren, daß eine Verurteilung wegen eines versuchten Kaufhausdiebstahls vorläge (die allerdings wegen ihrer Geringfügigkeit nicht ins polizeiliche Führungszeugnis aufgenommen war).

Nach seiner Stellungnahme zu diesen Vorhaltungen wurde Uwe K. am 29. Mai 1979 wegen „charakterlicher Nichttauglichkeit“ für den Schuldienst abgelehnt. Seine „Nichttauglichkeit“ wurde begründet:

1. mit dem Diebstahlsdelikt („...eine so schwerwiegende Entgleisung, daß das Vertrauen in die Vorbildlichkeit und Glaubwürdigkeit des Erziehers erschüttert ist...“),
2. mit seinen angeblichen Gewalttätigkeiten in Brokdorf („...denn die handelnde Gruppe muß sich das Geschehene insgesamt zurechnen lassen, gleichgültig, inwieweit der Einzelne diesen oder jenen Tatbeitrag für sich verwirklichte...“).

Nachdem auch der Widerspruch abgelehnt worden war, reichte Uwe K. Klage beim Verwaltungs- und beim Arbeitsgericht ein. Der Prozeß vor dem Arbeitsgericht Arnsberg wird am 7. Mai stattfinden. Auffällig ist bei diesem „Fall“, daß zunächst die politischen Vorwürfe im Vordergrund standen, die aber offensichtlich nicht so leicht verwertbar waren, wie die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen Partei“. Erst später wurde das „Diebstahlsdelikt“ angeführt, um den Vorwurf der „charakterlichen Nichttauglichkeit“ zu untermauern. Außerdem korrigierte sich die Einstellungsbehörde: Man habe sich im „Formblatt vertan“ — es handele sich nunmehr um eine charakterliche und nicht, wie zunächst, um eine politische Eignungsprüfung.

Wie paßt dieser Fall in die öffentliche Diskussion um eine „Liberalisierung“ der Einstellungspraxis von Lehrern? In NRW ist die Regelanfrage seit dem 1.1.80 abgeschafft. Im Fall Uwe Köhlers bedurfte es keiner Regelanfrage: Bespitzelung, Verwendung von anonymen Materialien, die zum Teil aus dem Privatbesitz entwendet wurden und Denunziation sind die Mittel und Methoden, die zum Berufsverbot für Uwe Köhler führten.

Ein Mitglied der AKU-Prozeßgruppe

Ohu

Hier genehmigte der bayerische Umweltminister Dick das Kompaktlager für Ohu mit der Auflage „ergänzende Entsorgungsmaßnahmen vorzubereiten“!

Würgassen

Am 10. dieses Monats trat an einer Turbine in Würgassen aufgrund einer

Bundesweites Arbeitstreffen verschoben

Das ursprünglich für Ende März geplante bundesweite Arbeitstreffen in Brunsbüttel ist auf den 19./20. 4. verschoben worden. Jan Lütjhe erklärte für die BUU Brunsbüttel, für den ursprünglich vorgesehenen Termin würde er nicht mehr den Raum anmieten, dazu gebe es auch einen Beschluß seiner BI. Als Begründung gab er an, es lägen nicht genug Anmeldungen vor; das Angebot der Vertreter des autonomen Plenums der Hamburger BUU, das finanzielle Risiko der Saalmiete zu tragen, ändere da nichts. Schon einen Tag vorher hatte Lars Hennings auf dem Hamburger BUU-Plenum verkündet, der AK Brokdorf werde nicht teilnehmen, falls die Verschiebung nicht geschluckt würde. Angesichts der Kürze der Zeit blieb den Vertretern der beiden Hamburger BUUs (Autonomen- und Delegierten-Plenum) nichts anderes übrig, als sich diesem Erpressungsmanöver zu beugen.

Kurz nach dem Termin hat die BUU Brunsbüttel und der AK Brokdorf für den ursprünglichen Termin, am 29./30.3., ein schleswig-holsteinisches BI-Treffen angesetzt (zu dem aber auch sicher andere norddeutsche BIs kommen werden).

Warum dieser Machtpoker?

Natürlich spielten organisatorische Dinge bei diesem Vorgang nur eine untergeordnete Nebenrolle. Im Hintergrund stehen unterschiedliche Konzeptionen. Die BUU Brunsbüttel und Lars Hennings für den AK Brokdorf wollten unbedingt verhindern, daß sich die Vorstellung der Hamburger Autonomen durchsetzen könnten und scheuten dabei eine offene Diskussion auf dem Arbeitstreffen und vor allem eine Abstimmung über die verschiedenen Vorstellungen, wobei sie eine Minderheit gegenüber den Autonomen riskiert hätten. Unterstützt wurde die Verschiebung außerdem von Hermann Schulz (BBU Schleswig-Holstein) und Vertretern aus Wedel.

Seit Ende letzten Jahres, seit der Verkündung des Brokdorf-Urteils, ist es nur noch eine Frage der Zeit, wann in Brokdorf weitergebaut wird. Das Gerichtsurteil hatte alle Klagen abgewiesen, und es kann nach einem Antrag der Betreiber dort weitergebaut werden. Allgemein wird damit nach den Bundestagswahlen gerechnet.

Antrag der Betreiber dort weitergebaut werden. Allgemein wird damit nach den Bundestagswahlen gerechnet. In unmittelbarer Reaktion demonstrierten Weihnachten 1979 nahezu 3.000 Menschen am Bauplatz. Von den Autonomen war der Versuch unternommen worden, ein Stück Zaun mitzunehmen, was aufgrund des Eingreifens der Bullen scheiterte; die Grünen hatten sich öffentlich davon distanziert. Seit her werben die Autonomen für eine neue Aktion am Baugelände, wozu sie bundesweite Unterstützung erhoffen. Der AK Brokdorf will hingegen eine nationale Großaktion in Brokdorf erst nach Baubeginn; andererseits werden von ihnen bundesweit Aktivitäten im Bundeswahlkampf angestrebt, die auch auf einer Bundeskonferenz vorbereitet werden sollen, wobei sie verschiedene nationale Schwerpunkte favorisieren (in der Stellungnahme der BUU Brunsbüttel und des AK Brokdorf werden Gorleben, Borken, Ahaus, Lingen, Brunsbüttel oder Brokdorf vorgeschlagen). Soweit können wir ihre Überlegungen nur teilen. Auch wir sind der Meinung, daß wir alles unterstützen sollten, um im Wahlkampf zu nationalen, von allen AKW-Gegnern getragenen zentralen Aktivitäten der AKW-Bewegung zu kommen. Die Planungen der Atomparteien laufen auf eine große Offensive nach den Bundestagswahlen hinaus. Mit den Zwischenlagern (vor allem Ahaus und Gorleben) mit den Genehmigungen der Kompakt- und Trockenlager, mit der Planung der WAA in Hessel und neuen Atom-Reaktor-Genehmigungen (vor allem Weiterbau in Brokdorf/Beginn

in Wyhl, um nur die bekanntesten zu nennen (s. ansonsten AK 172 dazu)), wollen die Atombetreiber endlich Fakten setzen, während man im Wahlkampf aus Furcht vor den Grünen sich noch etwas des Umweltschutzmantelchens bedienen möchte.

Zwar werden die Grünen den Großteil von Proteststimmen gegen das Atomprogramm sammeln können. Keineswegs haben sie aber geplant, dies durch außerparlamentarische Aktionen zu unterstreichen, im Gegenteil: sie müßten bei solchen Aktionen an den Standorten eher radikale Aktionen befürchten. Ihre Distanzierung in Brokdorf hat schon gezeigt, daß sie dort ein bürgerliches, gewaltfreies Image zeigen wollen.

Hier gilt es insgesamt für die außerparlamentarische Bewegung, Zeichen im Wahlkampf zu setzen und auch die Grünen, Jusos und andere umweltbewußte Teile mit einzubeziehen.

Allerdings teilen wir ganz und gar nicht die Konzeption von Lars Hennings oder Jan Lütjhe, auf jeden Fall vorherige Aktionen — wie von den Hamburger Autonomen vorgeschlagen —, bei denen es gar (oh Schreck) zu Schnippleien am Zaun kommen könnte, dagegen unterbinden zu wollen, und das noch mit undemokratischen Mätzchen — im Gegenteil, solchen Planungen kann man eherlicherweise nur besten Erfolg wünschen. Um radikalere Aktionen zu verhindern, wird in diesen Kreisen auch eine regionale Demonstration in Brunsbüttel (statt Brokdorf) ins Spiel gebracht. Das ist zwar kein Itzehoe, soll aber auch militante Aktionen unterlaufen helfen.

Schon in seiner Stellungnahme an den ARBEITERKAMPF (die bundesweit an die BIs inzwischen verschickt wurde) hat L. Hennings diese Konzeption erläutert: eine ähnliche Demonstration wie die seinerzeitige Brunsbüttel-Aktion sei im Wahlkampf erwägenswert, während es in Brokdorf nicht darum gehe, „vor den Wahlen zu zeigen, daß wir gegen das Bonner Atomprogramm bereit sind, auf die Straße zu gehen“. Man würde damit „die ländliche Bevölkerung hinter sich gelassen“ haben, sie „funktionalisieren“. Erinnert wird dabei an die alte Brokdorf/Itzehoe-Spaltung.

Noch deutlicher als Lars Hennings hat die „Z“-Gruppe, die die alte Brokdorf/Itzehoe-Spaltung.

Noch deutlicher als Lars Hennings hat die „Z“-Gruppe, die diese Vorschläge mitträgt, in einem Rundschreiben ihrer Gruppe erklärt, warum militante Aktionen nicht erwünscht sind. Auch die „Z“ meint, vor dem „Hintergrund der atompolitischen Wahlaussagen“ solle die Anti-AKW-Bewegung „insbesondere in der heißen Phase des Wahlkampfes selbst wiederum massiv auf dem Plan erscheinen“, wobei „allerdings die politischen Spezialinteressen der verschiedenen linken Strömungen im Auge behalten werden“ sollten.

So liege im „speziellen“ Interesse von ihnen, „einen gewissen Spannungszustand zwischen der Basisbewegung... und dem grünen Parteibildungsprozeß herzustellen, um dessen programmatische und praktische Entwicklung weiter nach links zu fördern“.

Das „vorausgesetzt“, sei es „speziell für uns derzeit ungünstig, wenn die KB-Mehrheit im Verbund mit einigen „Unorganisierten“ gegen den erklärten Willen der Kräfte vor Ort eine militante Großdemo durchsetzen könnten, ... weil so die rechten Grünen sich hinter einem Teil der Bewegung (die eher gemäßigten BIs) verstecken könnten, und umgekehrt einen Isolierungsprozeß der Linken innerhalb der „Grünen Partei“ in Gang bringen könnten“.

Was für ein Pech bloß, daß man selbst im Bundeswahlkampf mögliche militante Aktionen nur dann ausschließen kann, wenn es einem gelingt, Aktionen von Baugeländen wegzuoorientieren.

AKW-Nein-Kommission

Kurzmeldungen

defekten Schweißnaht Öl aus und entfachte einen Brand, der zu einer Schnellschaltung führte. Der bei einer solchen Abschaltung entstehende Jodausschlag fand in der Presse keine Beachtung.

Fessenheim

Ein Defekt in der Rohrleitung im Sekundärkreislauf von Fessenheim II ließ letzten Donnerstag eine derartige Dampfmenge aufsteigen, daß sie sich

über dem Reaktor zu einer Wolke verdichtete, die während des ganzen Tages über der oberrheinischen Ebene zu sehen war!

Erst vor einigen Wochen war durch eine Panne im Kühlsystem des Primärkreislaufs radioaktives Wasser ausgetreten. Bei beiden Unfällen wurde das südbadische Regierungspräsidium nicht benachrichtigt, das aber alsbald zu vermeiden wußte, daß keine Radioaktivität abgegeben worden sei!

Hoechst-Konzern kauft sich im »Umwelt«ministerium ein

Im Amt des hessischen „Umwelt“-ministers Willi Görlich (SPD) ist eine Bombe geplatzt.

Bei zwei hohen Beamten, den Leitern der Abteilung Umwelttechnik und Gewässerschutz, ist am 18.3. eine Durchsuchung sowohl ihrer Diensträume als auch ihrer Wohnungen durchgeführt worden. „Der 61 Jahre alte Ministerialdirigent Hans Hammel und der 47 Jahre alte Hans-Karl Heil sind laut richterlichem Beschluß verdächtig, Geheimnisverrat begangen zu haben, indem sie dem Chemiekonzern Hoechst AG interne Informationen zugespielt haben sollen“ (FAZ, 19.3.80). Hoechst, „und wie angenommen werden kann, die gesamte, durch den Verband der chemischen Industrie in gewisser Weise koordinierte Chemieindustrie hätte sich dadurch in die Lage versetzt gesehen, bei Verhandlungen die Position der anderen Seite des Konferenztisches vorher zu wissen, einzuschätzen und sich darauf einzustellen“ (FAZ, ebenda). Bislang unwidersprochen meldete der Hessische Rundfunk, daß dies jedoch noch nicht alles sei. Die beiden Herren haben sogar dafür gesorgt, daß neue Gesetze ganz im Sinn der Hoechst AG verabschiedet wurden. „So hat Abteilungsleiter Hammel einem ihm befreundeten Direktor einen Brief geschrieben, in dem es heißt: ‚Das Abwasserabgabengesetz ist glatt passiert. Hessen hat sein Versprechen Ihnen gegenüber gehalten‘“ (FR, 19.3.).

Für all das haben die zwei „Umweltexperten“ dann offensichtlich ganz kräftig abgesahnt. In einem Brief bedankt sich Hammel bei einem befreundeten Direktor von Hoechst für „das schöne Geschenk“. Bestimmt hat es sich dabei nicht um „ein paar Flaschen Wein“, „Wandkalender“, „Krawatten“ oder ähnliches gehandelt, wie ein Sprecher von Hoechst frech behauptete.

Dieser Gipfel der bisherigen Umweltkandale in Hessen – an die man sich fast schon gewöhnt hat, weil sie regelmäßig kommen – hat eine interessante Vorgeschichte: Im Dezember wurde bekannt, daß Hoechst monatlang hochkonzentrierte salz- und säurehaltige Abwässer in den Main geleitet hat, übrigens mit Wissen der Behörden (genauere Informationen siehe „Arbeiterkampf“ Nr. 170). Im Zuge der einsetzenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wurde eine Hausdurchsuchung bei Hoechst durchgeführt, bei der etliche Akten beschlagnahmt wurden. Aus diesen Akten kommen die Hinweise auf die beiden Beamten. Auf all diese Beweise, die die Geschäftspraktiken eines Großkonzerns und seine direkte Einflußnahme auf die Regierungspolitik belegen, reagiert dieser Konzern mit plumpen Dementis und „Gegendarstellungen“. Mit einem stattlichen Werbeetat versucht

die Hoechst AG, sich mit riesigen Anzeigen und sogar einer eigenen Zeitung (Auflage 670.000) als „die „umweltfreundliche“ Firma zu profilieren – „Aus Verantwortung für die Umwelt“ – wie ihre neueste Schlagzeile heißt.

Nach diesem Bestechungskandal dürfte ihnen diese Ungeheuerlichkeit allerdings niemand mehr abnehmen – ausgenommen natürlich die Landesregierung... Nach eigenen Aussagen bestreitet Hoechst nämlich immer noch, giftige und gefährliche Abwässer in den Main geleitet zu haben (wesentlich glaubwürdiger ist es da schon, wenn sich der Konzern darauf beruft, alles sei mit Genehmigung der Behörden passiert!). „Die Hoechst AG leitet entgegen ihren bisherigen Versicherungen, wonach keine Giftstoffe und Säuren in den Main gelassen wurden, täglich 1.800 Tonnen (!!) verdünnter Säuren in den Fluß. Das entspricht 200 Tonnen konzentrierter Schwefelsäure pro

Tag; höchstens 80 Tonnen täglich gelten nach Expertenansicht als gerade noch vertretbar“ (FR, 20.3.).

In dieser Situation hat Giftminister Görlich nichts Besseres zu tun, als nachzufragen, wer diese Informationen an Journalisten weitergegeben hat. Auch will er die beiden Beamten nicht eher vom Dienst suspendieren, als bis „nähere Erkenntnisse“ der Staatsanwaltschaft vorliegen. Es wird Zeit, daß sich Minister Görlich mal nach einer „anständigen“ Arbeit umsieht, vielleicht bei der Firma Hoechst im Bereich der Giftproduktion. Immer wieder passieren unter seiner Oberaufsicht haarsträubende Dinge, schon Anfang 1979 der Giftmilchskandal (siehe „Arbeiterkampf“ Nr. 151). Sozialdemokratische Umweltpolitik läuft halt „wie geschmiert“.

Görlich muß abdanken!
Ein Genosse der KB-Gruppe Frankfurt

Land der Geschenke

„Das gibt's ja gar nicht“, „der Mann muß weg“, „der hat sein Haus ja nicht im Griff“ – die CDU Opposition geriet im hessischen Landtag schier außer Rand und Band. Von „Glücklosigkeit“, „Führungsschwäche“ und „Unvermögen“ war die Rede. Aber ja doch! Wie gut wir diese Aufregung verstehen können! Die Geschäftspartner der hessischen Umweltbehörde dürften ja nicht gerade in der SPD organisiert sein... Görlich ist ein Sicherheitsrisiko. So ein Tolpatsch aber auch. Ministerpräsident Börner muß ja wahnsinnig sein, „die Schwäche Görlichs seit langem zu kennen“ (Kantner, parlamentarischer Geschäftsführer der CDU; zit. nach FAZ, 20.3.), und trotzdem nichts zu unternehmen. Jeder hat so seine menschlichen Schwächen, Politiker (aller Fraktionen) erst recht, aber muß man die Akten ausgerechnet der Staatsanwaltschaft unter die Nase halten?! Auch die FDP beklagte den

„Vertrauensverfall in die hessische Umweltpolitik“ (verstohlener Blick auf Karry – um Himmels willen, hoffentlich ist wenigstens das Atomministerium „sauber“!). Nur Börner schwieg und wog in seinem breiten Schädel die Vor- und Nachteile seines Ministers ab. Denn Görlichs „Ungeschicklichkeit“ stehen andererseits unschätzbare Qualitäten gegenüber: Ist er doch ein „Mann der Linken“ und als solcher vorzüglich geeignet für den Vorsitz der SPD Südhessen (die mit ihrer ewigen Nörgelei Besseres als diesen Hanswurst gar nicht verdient!). Vorgänger und Nachfolger Arndt war in Sachen „Spenden“ und „Geschenke“ ja auch nicht ohne. Warum sollte sich sein Nachfolger in spe nicht auch auf diesem Terrain rechtzeitig die Sporen verdienen? Hessische Politiker kennen keinen 24.12. Für sie ist immer Weihnachten.

Was wird denn noch alles kommen?

Das städtische Gesundheitsamt Bremerhaven sieht sich „vorsorglich“ veranlaßt, die Blutbelastung bei Kindern in Bremerhaven untersuchen zu lassen. Dies soll in Zusammenarbeit mit dem Bundesgesundheitsamt geschehen – da bleiben dann die Fakten gleich in sicheren Händen. Diese Untersuchung erfolgt im Rahmen einer „generellen Untersuchung über die Gesamtschadstoffbelastung der dortigen Bevölkerung“. Was das wohl bedeuten

mag?! Hier scheint sich ein zweiter Skandal „Goslar“ anzubahnen. Der Kreisverband der Grünen in Bremerhaven geht davon aus, daß die Bleibelastung durch den Schadstoffausstoß einer Bleihütte in Nordham am Weserufer noch über den Werten von Goslar liegen. Außerdem führen sie die hohe Säuglingssterblichkeit der Stadt, die unter den bundesdeutschen Großstädten mit an der Spitze liegt, auch auf die hohe Bleibelastung zurück („Tagesspiegel“, 6.3.80).

Spitzelanwerbung in der BBA

Folgende Presseerklärung ging uns von der BBA zu, in der es bekanntlich schon mehrere Fälle von Spitzelanwerbungen gegeben hat.

„Letzte Woche ist uns, Mitgliedern der BBA, ein weiterer Versuch der Spitzelanwerbung durch den Verfassungsschutz bekannt geworden. In diesem Fall handelt es sich um einen Mann, der früher im ‚Weißbeckerhaus‘ in Westberlin lebte und dort schon Kontakte zum VS hatte. Seine Kontaktperson, ein Herr „Richter“, gab ihm den Decknamen „Stein“ und bot ihm für Informationen mehrfach Geld an, das er auch annahm. Anfangs hoffte „Stein“ darauf, den VS austricksen zu können, verstrickte sich aber immer mehr in den Maschen des Geheimdienstes. Als „Stein“ sich weigerte, weiterhin mit dem VS zusammenzuarbeiten, drohten die Staatschützer, sein soziales Umfeld über ihn aufzuklären. Dies geschah auch, und machte ein Weiterleben in Westberlin unmöglich.“

Er floh nach Bremen in der Hoffnung, auf diesem Wege dem VS entkommen zu können. Seit dieser Zeit sind 5 Jahre vergangen, und „Stein“ glaubte sich (inzwischen verheiratet und ein „normales“ Leben führend) sicher.

Bis zur letzten Woche, als sein früherer Kontaktmann, Herr „Richter“, plötzlich wieder bei ihm auftauchte. Diesmal wurden sie schon konkreter, wollten Nägel mit Köpfen. Sie verlangten Auskunft über einzelne BBA-Mitglieder, die BI-Syke, Landkommunen und die BBA insgesamt. Er solle sich doch mal an Namen, Gerichte, Spekulationen

und Zusammenhänge erinnern. Insbesondere interessierten sie sich für die Gruppe „Feudel und Flamme“, die Mitte Januar einen Brandanschlag auf das Betonwerk „Dyckerhoff & Widmann“ in Syke gemacht hätte. Diese Firma liefert den Beton für alle bundesdeutschen AKW's.

Um diese Informationen auch zu bekommen, drohten die Staatschützer „Stein“ ganz massiv mit der Möglichkeit, eingestellte Ermittlungsverfahren jederzeit wieder aufnehmen zu können, was für ihn den Verlust seiner Bewährung und somit Knast bedeuten würde.

Es ist eine übliche Praxis der Geheimdienste, persönliche Grenzsituationen, Ängste und den Verlust von sozialen Kontakten als Druckmittel zu benutzen. Das sind Metho-

den aus der unrühmlichen Vergangenheit dieses Deutschlands!

– Laßt Euch auf keine Gespräche mit dem VS ein. Es ist eine folgenschwere Illusion, Verfassungsschützer austricksen oder gar ausfragen zu können, denn wir haben es hier mit speziell ausgebildeten Geheimdienstlern zu tun.

– Alle Anwerbungsversuche müssen an die Öffentlichkeit! Nur eine breite Öffentlichkeit kann einen wirksamen Schutz vor den Repressalien der Staatschützer bieten.

– Falls Ihr in einer ähnlichen Situation seid, oder Euch andere Fälle bekannt sind, meldet Euch bei uns!

Kontakt:

Ermittlungsausschuß in der BBA,

Ostertorsteinweg 43, 0421/327530“

PREISFRAGE

„Die Sicherheit, Zuverlässigkeit und Wirtschaftlichkeit der Atomenergie in AKW's hat sich in der Praxis erwiesen. Verglichen mit Kohle und Öl verursachen AKW's die geringste Umweltverschmutzung, und Atomenergie ist die sauberste Energiequelle. Unsere Erfahrung hat gezeigt, daß AKW's ausreichend sicher sind. Nach Daten der US Environmental Protection Agency ist die Strahlungswirkung von AKW's unerheblich. Sie ist viel geringer als die eines Kraftwerks auf Kohle-Basis...“

Frage: Woher stammt dieses Zitat?

A. Aus der Broschüre „Unser Freund, das Atom – pflegeleicht und hautsympathisch“, herausgegeben von HEW und NWK?

B. Aus dem „UZ“-Artikel „Der reale Sozialismus ist stärker als die Radioaktivität“ von Herbert Steinhäger?

C. Aus einer Rede von Vizeminister Jiang Shengjie auf dem 1. Kongreß der Chinesischen Nuklear-Gesellschaft am 22.2.80?

Alle, die die richtige Antwort einsehen, dürfen sich aus der Konkursmasse der „KPD“ etwas Schönes aussuchen.

Energiesparen – Nein danke? – Protokoll einer Diskussion –

Auf unserem Wochenende „Marxismus und Ökologie“ hatten wir zu diesem Thema eine interessante Diskussion, die ich kurz skizzieren möchte.

Vier provozierende Thesen

„1. Die Forderung nach Energiesparen ist von den ökologischen Gegebenheiten her Unsinn, weil wir genug Öl haben (s. Artikel in AK 159). Sinnvoll sind Forderungen, die auf einen besseren Umweltschutz bei der Verbrennung des Öls (Autoabgase z.B.) abzielen.“

2. Die Forderung nach Energiesparen, um damit eine Zukunft ohne Atomkraft zu ermöglichen, ist naiv. Die Entscheidung der BRD, von Öl auf Atomkraft umzusteuern, ist eine politische Entscheidung und hängt vom Energieverbrauch überhaupt nicht ab (s. Broschüre „Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke?“).

3. Die Forderung nach Energiesparen ist gefährlich, weil sie parallel läuft mit den Notwendigkeiten des Imperialismus, v.a. die Öl-Importe zu senken („Autarkie“). Verknüpft damit ist eine Stimmung des „Gürtel-enger-Schnallens“ bzw. „Bescheidener-aber-gehaltvoller-Lebens“, was die Bevölkerung dafür vorbereiten soll, künftige Krisenerscheinungen zu schlucken. Stattdessen müßten wir gerade die entgegengesetzte Stimmung schüren: „Wieso sollen sich die kleinen Leute einschränken, wenn die Reichen (Ölmultis) Extraprofite machen (s. Imperialismus und Ökologie, AK 170)?“

4. Die Forderung nach Energiesparen ist auch dann falsch, wenn sie an das Kapital gerichtet wird. Besonders in der BRD gehen die Kapitalisten immer mehr zu sparsamen Energie- und Rohstoffverbrauch (Recycling) über, um für kommende Krisen- und Kriegzeiten autark zu sein. Diese Spar-Maßnahmen sollten wir nicht fordern und nicht begrüßen, sondern als Teil einer aggressiven Politik entlarven, die Krisen und Kriege in ihre Rechnung einkalkuliert.

Gleichzeitig sollten wir fordern, daß sich die so gefallenen Energie- und Rohstoffkosten auch in fallenden Preisen ausdrücken.“

„Einseitigkeit“

und Rohstoffkosten auch in fallenden Preisen ausdrücken.“

„Einseitigkeit“

Besonders die letzte These wurde m.E. berechtigt als sehr einseitig kritisiert. Natürlich hat beispielsweise die verstärkte Anwendung von Recycling für die Kapitalisten die Funktion, im Spannungsfall von ausländischen Rohstoffen unabhängig zu sein. Sollen wir aber deswegen fordern, daß statt Recycling weiterhin Abfallstoffe Luft und Wasser verschmutzen, letztlich die Menschen ruinieren?

Es wurde eine treffende Parallele gezogen: In Preußen wurde eines schönen Tages per Gesetz die Kinderarbeit eingeschränkt. Die Herrschenden hatten gemerkt, daß die Schufte die Heranwachsenden so schädigte, daß sie zum Kriegsdienst unbrauchbar waren.

Also auch hier „Kriegsvorbereitungen“. Hätte man aber deshalb die Beibehaltung der Kinderarbeit fordern sollen?

Wieso eigentlich sparen?

Scharf wurde auch die These 1 angegriffen. So könne man das nicht stehen lassen, denn natürlich würden wir in einer Welt mit begrenzten Ressourcen leben. Schließlich sei es gerade für den Sozialismus ein Ziel, mit diesen Schätzen so umzugehen, daß sie für die kommenden Generationen auch reichen.

Dem wurde entgegeng gehalten, daß mit den Möglichkeiten der Alternativenenergie und mit den immer größer werdenden Möglichkeiten zur Rückgewinnung von Rohstoffen es auch im Sozialismus gar keinen Anlaß gebe, „sparsam“ zu sein. Es komme halt nur darauf an, diese Techniken (Sonnenenergie, Recycling z.B.) zur Vollkommenheit zu entwickeln.

„Kommunisten sind die besten Energiesparer“?

Die Mehrzahl der Teilnehmer fand, daß die Energiesparkampagne gute Ansatzmöglichkeiten für ein linkes Eingreifen bietet.

Im Wesentlichen soll dabei aufgezeigt werden, daß – die Energiesparkampagne sich nur an die kleinen Leute richtet, die Konzerne aber weiterhin aufgrund billiger Strom- und Rohstoffpreise verschwenden können. Daß also die kleinen Leute nur deshalb sparen sollen, damit die Herrschenden weiter verschleudern können;

– die Verschwendung von Energie- und Rohstoffen im Kapitalismus praktisch gar nicht abzuschießen ist. Daß wirksames „Sparen“ auf diesem Gebiet erst im Sozialismus verwirklichtbar ist.

Energiesparkampagne – einsteigen oder dagegenstellen?

Die Befürworter der „Thesen“ hielten es für unmöglich, die Energiesparkampagne der Herrschenden „umzufunktionieren“, d.h., in die Kampagne einzusteigen und aufzuzeigen, daß „wirkliches“ Energiesparen und Kapitalismus ein Widerspruch ist. Die Gefahr sei viel zu groß, hier einfach als linkes Beiboot auf der Welle der Herrschenden mitzuschwimmen.

Vergleichbar sei die Situation mit der Anti-Terror-Kampagne der Bourgeoisie nach Schleyer, wo der KB auch nicht in die Kampagne eingestiegen ist (um z.B. das Gewaltverständnis des Staates und das Gewaltverständnis der „Terroristen“ zu problematisieren, wie das in Italien von der Tageszeitung „Lotta Continua“ gemacht worden war).

Stattdessen war es damals und ist es heute richtig, sich total gegen diese Kampagne zu stellen. Konkret heißt das, in der Massenagitation Front gegen die Sparappelle zu machen und die Bevölkerung praktisch zum „guten Leben“ (= Verschwenden?) aufzufordern.

Die Gegner der „Thesen“ wollten das Beispiel der Schleyer-Kampagne nicht gelten lassen. Sie verglichen die Situation mit der antisowjetischen Hetze der Herrschenden, wo wir auch nicht auf Kritik an der Sowjetunion verzichten, nur weil Strauß und Springer ähnliches vom Stapel lassen.

Unterschiedliche Erfahrungen gab es in bezug auf alltägliche Diskussionen. Ein Genosse berichtete, durch ein Aufnehmen des Energiesparkedankens sei ihm eine gute Diskussion mit seinem Vater geglückt, wo er auch habe aufzeigen können, daß es dem Kapital nur um Sparappelle an die Adresse der Arbeiter gehe.

Von anderer Seite wurde argumentiert, daß es gerade bei „Straßendiskussionen“ wichtig sei, zuerst scharf gegen das Energiesparen aufzu-

Von anderer Seite wurde argumentiert, daß es gerade bei „Straßendiskussionen“ wichtig sei, zuerst scharf gegen das Energiesparen aufzu-

treten, weil sonst allzuleicht die Unterschiede zu dem Energiesparverständnis der Bundesregierung verschwimmen und man nicht mehr die Kurve zur Systemkritik kriegen kann. Hier wurde das Beispiel von der Kritik an der Sowjetunion wieder ins Spiel gebracht: So würde man beim AK-Verkauf oft Beifall von der falschen Seite (und in der Folge idiotische Diskussionen mit Reaktionären) bekommen, wenn man mit Kritik an den RGW-Staaten Diskussionen beginnt bzw. darauf einsteigt. Auch hier müsse man zuallererst „gegen den Strom“ schwimmen.

Die Schwäche der Debatte

Insgesamt wurde zu abstrakt debattiert. Die Diskussion ließe sich an einzelnen Sachfragen eventuell neu beleben. Zum Beispiel:

Wie verhalten wir uns dazu, wenn Glascontainer aufgestellt werden? Einerseits gibt es weniger Müll im Wald. Andererseits liefern wir den Glaskapitalisten ihren Rohstoff frei Haus, ohne daß wir die Flaschen billiger kaufen können.

Oder: Fahrradkampagne. Einerseits wird hier die individuelle Lösung von Verkehrsproblemen, das genugsame Umsteigen auf die eigene Muskelkraft propagiert. Andererseits macht ja Fahrradfahren tatsächlich Spaß, gibt es viel zu wenig Radwege etc. An diesen und vielen anderen Fragen sind wir Kommunisten gefordert: Wie können wir klare Positionen beziehen, ohne mit schematischen Antworten im sektiererischen Abseits zu landen?

Hier sollten wir weiterdiskutieren!
Ein Genosse aus Freiburg



Grüne in Saarbrücken Niederlage für Gruhl & Co.

Fortsetzung von Seite 1

Ein Antrag des Kreisverbandes Köln, der ein Bekenntnis zur „deutschen Wiedervereinigung“ enthielt, fand keine Mehrheit.

Frauen

Dramatisch entwickelte sich die Diskussion um die Frauenpolitik. Gingen Forderungen nach Verbesserung der Berufs- und Ausbildungssituation der Frauen und sogar nach Unterstützung selbstverwalteter Frauenhäuser noch relativ glatt über die Bühne, so prallten die Widersprüche beim § 218 voll aufeinander. Frauen, die abgetrieben haben, mußten sich von den Rechten übelste Angriffe gefallen lassen: Es wurde teilweise versucht, sie in die Nähe der Nazis zu rücken; ungehindert konnte ein blutrünstiges Hetzblatt der sog. „Europäischen Ärzteaktion“ im Saal verteilt werden. Andererseits setzten sich (nicht nur) linke Frauen mit Vehemenz und bewundernswertem Engagement für die Aufhebung des Abtreibungsverbots ein. Zur Debatte standen zunächst drei Anträge, zu denen die Programmkommission keine Empfehlung abgegeben hatte:

1. Keine Aussage zum Schwangerschaftsabbruch im Programm, da dies „der freien Gewissensentscheidung der Mitglieder überlassen bleiben“ müsse;
2. und 3. Anträge der GLU (keine Strafverfolgung von Frauen, die abgetrieben haben) und der Bunt/Alternativen (ersatzlose Streichung des § 218).

Zunächst wurde über diese Alternativen ein Meinungsbild erstellt, einmal nur von den Frauen, dann von allen Delegierten. Beide Abstimmungen ergaben mit Abstand die meisten Stimmen für den Antrag der Bunt/Alternativen. Damit war dieser Text jedoch keineswegs Bestandteil des Programms. Denn nun wurden mehrere Beratungspausen eingeschoben, um einen Kompromiß zu finden. Obwohl es aufgrund der Mehrheitsverhältnisse auf der Hand gelegen hätte, einen Kompromiß zwischen den Positionen 2 und 3 zu suchen, die – wie das Meinungsbild gezeigt hatte – zusammen an die 90 % der Delegierten repräsentierten, setzten die Rechten mit massivem Druck durch, ein Kompromiß müsse eine Aussage enthalten, daß Abtreibungen im Widerspruch zum „Schutz des Lebens“ stünden. Die zwei neuformulierten Entwürfe, die schließlich zur Entscheidung gestellt wurden, übernahmen daher beide einen Text des Kreisverbandes Köln, der mit dem Satz beginnt: „In der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung geraten zwei wesentliche Ziele der Grünen in Widerspruch miteinander: Einerseits entschieden für das volle Selbstbestimmungsrecht für Frau und Mann einzutreten, andererseits das menschliche Leben in allen Bereichen zu schützen.“ Dieses Zugeständnis, das die gefährliche Behauptung impliziert, Abtreibung habe etwas mit „Vernichtung von Leben“ zu tun, machte sich für die Bunt/Alternativen nicht voll bezahlt: Zur Aufnahme der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 in das grüne Programm fehlten am Ende rund ein Dutzend Stimmen. Übrigens hatten nicht nur die Hausleiter, Hasenclever, Springmann, Gruhl, Max Winkler usw. gegen die Aufnahme der ersatzlosen Streichung ins Programm plädiert, sondern zuletzt auch Heinz Brandt, Willi Hoss und Ernst Hopfischek (AL Westberlin).

Immerhin enthält die angenommene Fassung aber die Forderungen: – daß die Abtreibung nicht Gegenstand juristischer Verfolgung sein dürfte; – Übernahme der Kosten durch die Krankenkasse; – Sichere und unschädliche Verhütungsmittel für Frau und Mann und deren kostenlose Abgabe. Unterbrochen durch Auftritte der Nürnberger Indianerkommune, an der die Grünen ihre „gewaltfreie“ und „aktive Toleranz“ erprobten (nachdem am Vortag ihr Vorstand die Polizei gerufen hatte!), beriet die Versammlung als letztes Punkt dieses Tages das Kapitel „soziale Randgruppen“. Hier fanden radikaldemokratische Positionen, wie sie in diesem Teil des Abschnitts schon größtenteils in der Vorlage der Programmkommission enthalten waren, die

Mehrheit der Delegierten. Besondere Knackpunkte waren dabei natürlich die Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 175 und nach Modifikation der § 174 und 176 („... sind so zu fassen, daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt und Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind“).

Tumult der Rechten

Am Sonntag morgen verstand es wieder einmal – wie schon in Karlsruhe – Baldur Springmann, die schlaftrunken eintrudelnden Delegierten auf einen Schlag hellwach zu machen. Mit rund 100 Leuten hatte der Rechtsaußen-Flügel nach dem Vorbild der Indianer-Kommune vom Vortag das Podium besetzt, um dort ein heilloses Chaos anzurichten. Erst nach Verlesung einer Resolution erklärten sie sich bereit, die Bühne wieder zu verlassen. Darin heißt es, sie könnten „die Entwicklung, wie sie sich in unserer Partei auf den Parteitagen von Offenbach über Karlsruhe bis Saarbrücken zeigte, so nicht weiter tragen“. Die Ökologie habe auf dem Parteitag keine Rolle mehr gespielt, da es „tatsächlich zu einer sichtbaren Überfremdung durch Gruppen“ gekommen sei, „denen die ökologischen Probleme nur Nebensache zu sein scheinen. Vielleicht sind sie sogar nur Anlaß für die Deklamation der eigenen Politik“. Im Namen seiner Mitstreiter forderte Springmann, die beschlossenen Programmpunkte zum § 218 und den § 174-176 zur Diskussion an die Basis zurückzuverweisen.

Weitere Vorstöße konservativer Grüner, die das „Zukurzkommen“ der Ökologie im Programm lauthals beklagten und die Wahlchancen dahinschwinden sahen, hatten offensichtlich das Ziel, die Delegierten für die weitere Programmbehandlung beklagten und die Wahlchancen dahinschwinden sahen, hatten offensichtlich das Ziel, die Delegierten für die weitere Programmbehandlung einzuschüchtern. Angst vor der Spaltung der Partei wurde dick aufgetragen – wirkte aber wenig glaubwürdig, da insgesamt wohl nur eine sehr schwache Minderheit mitgezogen wäre, hätten die rechten Matadore zum Verlassen der Versammlung aufgefordert. Die Delegierten wehrten die Chaotisierungs-Versuche mit stattlichen Mehrheiten ab. Andererseits war auf dem rechten Flügel keine Einheit gegeben; Springmann und Gruhl operierten z.T. unterschiedlich.

Von den beiden Vorlagen der Programmkommission zu „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ wurde die fortschrittlichere (Mehrheit) zur Grundlage gemacht. Insgesamt wurden die zentralen gewerkschaftlichen Forderungen (und z.T. darüber hinausgehende) übernommen, die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich mit etwa 75 % Mehrheit. Problemlos war am Ende die Behandlung des Kapitels „Umwelt und Natur“.

Gruhl erklärte daraufhin, er sei unter diesen Umständen nicht bereit, für den Bundesvorstand zu kandidieren. Dieses Programm könne er „draußen im Lande“ nicht vertreten. Mit der Verabschiedung der Aussagen zu „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ habe sich die Mehrheit der Delegierten für das Streben nach „materiellem Wohlstand und Besitz“ entschieden. Demagogisch warf er der Mehrheit vor, der Bevölkerung ein „Schlaraffenland“ zu versprechen, wo es doch darum gehe, „das Schlimmste zu verhüten“.

Nun war die Spaltung wieder einmal in den allergresten Farben an die Wand gemalt, obwohl Gruhl und Springmann hinter den Kulissen der Presse und ihren Anhängern erklärten, man wolle die Versammlung lediglich „wahrütteln“ und es gebe keinen Grund, nervös zu werden. Prompt traten aber namhafte „Mittekräfte“ und sogar einige Linke an, um sich für eine Revision der Programmbeschlüsse ins Zeug zu legen.

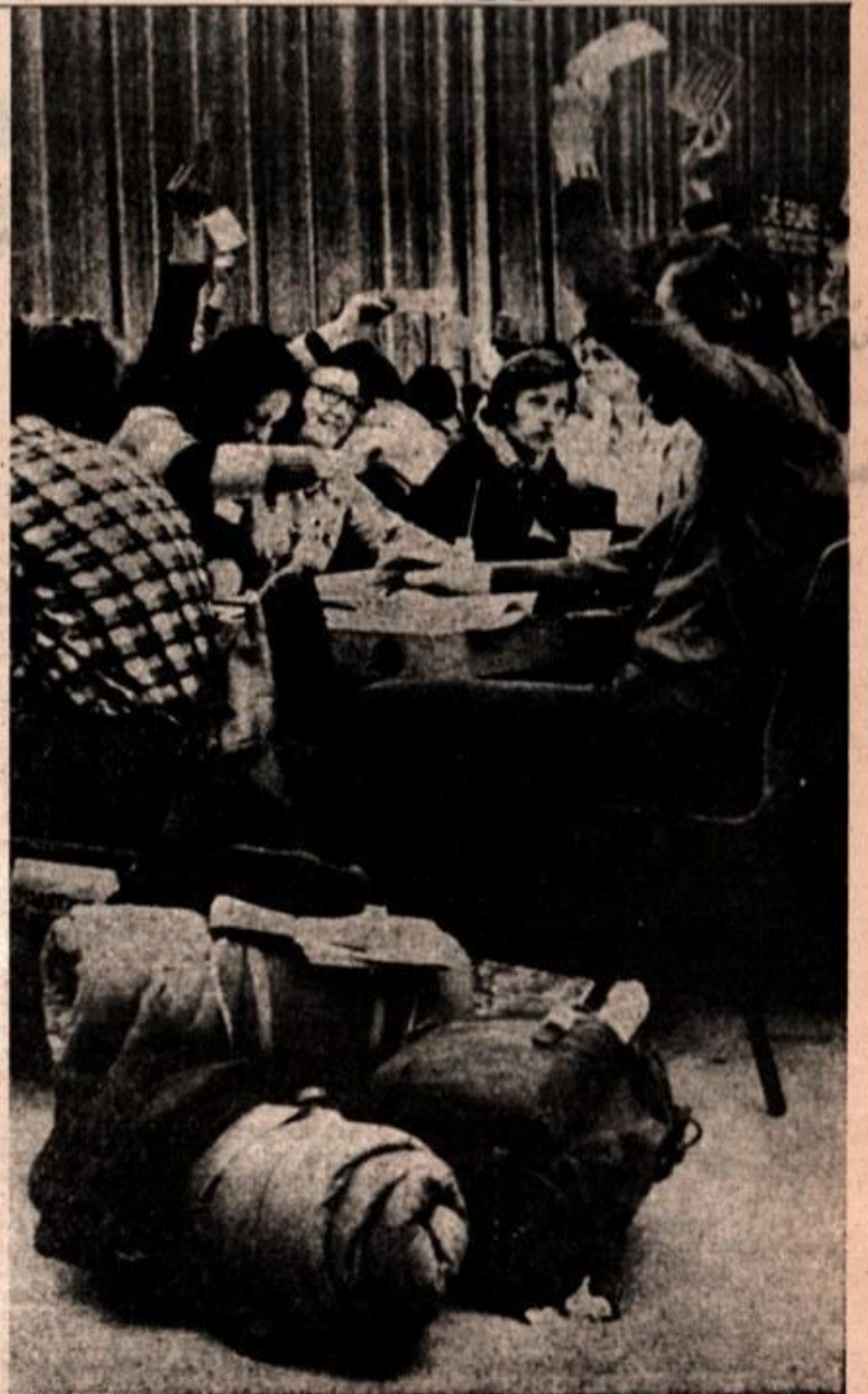
Beuys: Man solle hier „ökologische Flexibilität“ zeigen. Hoss: Er binde sein persönliches Engagement an die Person Gruhl, Gruhl habe mit seiner Lösung von der CDU „einen größeren Schritt als jeder Linke hier im Saal“ getan (das ist aber gemein gegenüber der „Z“-Gruppe – der Sätzer). Der Wirtschaftsteil solle daher an die Programmkommission zurückverwiesen werden. Holger Strohm zelebrierte einen Wutanfall auf dem Podium. Schließlich verzich-

teten Hoss, Delphin Brox, Boje Massen und Springmann ebenfalls auf eine Vorstandskandidatur.

Lippelt und Hausleiter hingegen plädierten für die Respektierung der gefaßten Beschlüsse, wobei sich Hausleiter sogar ausdrücklich für die Arbeiterforderungen aussprach. Aber die Erpressungs-Manöver der Rechten zeigten doch Wirkungen: Corny Littmann (bekannter Aktivist der Schwulenbewegung) brachte eine Resolution ein, in der die Beschlüsse zu den § 174-176 wieder abgeschwächt und relativiert werden. Springmann wird darin zugestanden, daß diese Punkte an der Basis der Grünen tatsächlich noch nicht diskutiert seien. Die dazu gefaßten Beschlüsse sollten daher nur als „Auftrag“ verstanden werden, diese Diskussion nachzuholen, deren Ergebnisse durch das Programm natürlich nicht festgelegt seien. Eine Kommission soll eingerichtet werden, um „auf einem der nächsten Parteitage“ erneut über diese Punkte abstimmen zu können. Dieser Text, der dann mit großer Mehrheit verabschiedet wurde, soll am Ende des entsprechenden Kapitels im Programm ausgedruckt werden.

Ein zweiter Antrag, der ebenfalls eine große Mehrheit fand, wurde von Johanna Mayr (Westberlin, ehem. „KPD“) und Bueb (Bayern) eingebracht. Darin heißt es, daß Mitte Juni ein neuer Bundesparteitag stattfinden solle, mit der Aufgabe, über die Bundestagswahlen zu beraten und die programmatischen Aussagen zu Ökologie und Ökonomie zu „präzisieren“. Eine neue Programmkommission wird beauftragt, dazu einen Vorschlag zu erarbeiten, für den die beschlossenen Programmpunkte „Wirtschafts- und Arbeitswelt“ sowie „Umwelt und Natur“ „Grundlage“ sein soll. Dieser Antrag könnte von den Rechten so interpretiert werden, daß die Aussagen im Wirtschaftsteil nur als vorläufige Positionen zu verstehen seien.

Die „wertkonservativen Freunde“ ließen es sich nicht nehmen, am Ende noch einige Mätzchen zu versuchen, um die Vorstandsneuwahl zu boykottieren. Unter höchstem Zeitdruck konnten schließlich nur noch die ersten drei Vorsitzenden, der Schriftführer und Kassierer gewählt werden: Es sind August Hausleiter, Petra Kelly, Norbert Mann, Rolf Scholz (Schriftführer) und Grete Thomas (Kassierer). Damit ist der Vorstand in der liberal-grünen „Mitte“ angesiedelt. Die Bunt/Alternativen brachten keine(n) eigene(n) Kandidat(in)en durch. Bettina Hoeltje von der Bunt Liste Hamburg (Parlamentsfraktion Eimsbüttel) erreichte im 1. Wahlgang die dritthöchste Stimmenzahl, im 2. Wahlgang lag sie mit 6 Stimmen äußerst knapp hinter Norbert Mann. Als schlecht er-



wies sich, daß die linken Stimmen gesplittet waren, da auch Jan Kunert (Marburg, SB) noch kandidierte.

Spalten die Rechten die Grüne Partei?

Spalten die Rechten die Grüne Partei?

Vor Saarbrücken hatten sich die rechten Grünen sehr streitlustig und stark gegeben.

– Öko-Bauer Springmann – schon vor Jahren wegen seiner freundschaftlichen Kontakte zu militanten Nazis zu zweifelhaftem „Ruhm“ gekommen – hatte sich nach dem Karlsruher Gründungsparteitag ins Zeug gelegt, um in der gesamten Grünen Partei eine „Urabstimmung“ durchzusetzen. Erreicht werden sollte, daß die in Karlsruhe beschlossene Übergangsregelung des UVB (Verbot der „Doppelmitgliedschaft“) aufgehoben wird, d.h. daß dieser UVB sofort in allen Landesverbänden (das betrifft in erster Linie Hamburg und Westberlin) in Kraft treten sollte. Zugleich sollte nach dem Willen Springmanns ein Antikommunismus-Text als „Essential“

der Grünen durchgesetzt werden. Diese Initiative Springmanns fand bei vielen rechten Grünen ein positives Echo.

– Olaf Dinné von den Bremer Grünen, der kürzlich mit seinen merkwürdigen Sparvorschlägen eines Echo.

– Olaf Dinné von den Bremer Grünen, der kürzlich mit seinen merkwürdigen Sparvorschlägen am Bremer Haushalt Schlagzeilen machte, (Artikel dazu in diesem AK), unterstützt die Springmann Aktion. Dinné's Anliegen war es schon im Bremer Wahlkampf gewesen, die „Chaoten“ und „K-Gruppen“ auf Distanz zu halten. Diese Sorge bewegt Dinné auch hinsichtlich der Grünen auf Bundesebene sehr. Man müsse sich ihrer nach den Wahlen in Baden-Württemberg entledigen – so hatte Dinné vor Saarbrücken erklärt.

– Gruhl, ehem. Bundestagsabgeordneter der CDU und Chef der konservativen GAZ, hatte vor Saarbrücken den Mund besonders voll genommen:

Das Ergebnis von Baden-Württemberg sei „Rückenwind“ für die „ökologische Linie“ bei den Grünen, d.h. gegen die Linken.

Fortsetzung nächste Seite

Redebeitrag in Saarbrücken zu §218

Der folgende Beitrag ist von Waltraud Hoven aus dem Kreisverband Aachen. Von den vielen grünen Frauen, die sich engagiert für die ersatzlose Streichung des § 218 einsetzten, hielt sie den beeindruckendsten Beitrag.

„Ich bin auch gegen Abtreibung, denn es ist ein Eingriff, der Frauen körperlich und vor allem seelisch zusetzt, und ich wollte, es gäbe eine einfachere Methode. Aber ich bin auch in jedem Fall dagegen, daß Frauen, die sich, aus welchen Gründen auch immer, zu diesem Schritt entschlossen haben, in ihrer Entscheidung eingeengt oder gar diffamiert und bestraft werden. Wenn Frauen heute keine oder nur sehr wenige Kinder haben wollen, so sollte das niemand besser verstehen als wir Grüne. Die weltweite Verwundung unserer Biosphäre, drohende Atomkatastrophen (kriegerische und sogenannte friedliche), sogar die Muttermilch ist vergiftet! Aber die Frauen sollen gebären und gebären. Wer hat denn die Welt so zugerichtet, wie sie sich uns heute darstellt? Das waren doch nicht die Frauen, das haben Männer getan. Das waren Fachmänner! Und ich bestreite den Männern, deren Beitrag zur Menschwerdung ohnehin ein sehr bescheidener ist, das Recht, über Frauen zu bestimmen. Männern z.B., die für

die Tötung von Leben, von gelebten und geliebten Leben Orden entgegennehmen, aber Frauen verurteilen, die keimendes, ungewolltes Leben in Verantwortung für dieses Leben auflösen. Und Männern, die Gottvater-ähnlich in weißen Kitteln in sterilen Krankenhäusern herrschen, die die ihnen ausgelieferten Frauen mit Hinhaltpraxis quälen und demütigen, weil sie in ihrer privilegierten Position keine Vorstellung von den Nöten dieser Frauen haben können. Und ich bestreite vor allem denjenigen Männern das Recht, über Frauen zu bestimmen, die überhaupt keine Ahnung über Frauen haben, weil sie keine Frau haben dürfen und auch keine Tochter, nämlich die katholische Geistlichkeit. Wie absurd dieser Machtanspruch von frauenlosen Männern über Frauen ist, wird Ihnen vielleicht klar, wenn Sie sich vorstellen, es ginge hier um eine ganz spezifische Frage der männlichen Zeugung und als Richter und Entscheidungsinstanz säße darüber ein Gremium von Nonnen. Falls Ihnen dies männerfeindlich erscheint: ich mag Männer, aber ich mag nicht von ihnen beherrscht werden. Männer müssen lernen, daß Frauen mündige Bürgerinnen sind, daß sie nichts geschenkt oder gnädig zugeteilt haben wollen, sondern ihr Recht verlangen. Ich selber habe 5 Kinder geboren,

alle zuhause und ohne Arzt, für mich war Kinderkriegen die natürlichste und gesündeste Sache der Welt und auch die beglückendste. Ich hätte nie eins abgetrieben, auch weitere nicht. Damals, in dem Jahrzehnt nach dem Krieg, war das Leben zwar von äußerster Kargheit, aber wir waren voller Hoffnung und Lebensmut. Heute haben wir alle materiellen Güter und Bequemlichkeiten, und die Angst vor der Zukunft schnürt uns den Hals zu. Ich glaube nicht, daß ich jetzt noch den Mut zu fünf Kindern hätte, Kinder kriegen hat auch was mit Vertrauen zu tun, mit Vertrauen zum Leben. Wir Grüne haben gelobt, gewaltfrei zu sein. Eine Frau zu zwingen, gegen ihren Willen ein Kind auszutragen, ist brutale Gewalt. Und ich behaupte, daß Männer und auch Frauen, die nie in dieser Lage waren, sich nicht vorstellen können, wie total und wie entwürdigend Frauen diese Gewalt empfinden. Wir Grüne sind angetreten, die Erde wieder lebensgerecht und wieder kinderfreundlich zu machen. Wenn uns das gelingen sollte, besteht durchaus die Möglichkeit, daß Frauen wieder gerne Kinder haben wollen.“

(Frau Hoven setzte sich für den Text der Vertreter/innen der AL Westberlin, der Bunt Liste Hamburg und der GLH in der Programmkommission ein).

Landtagswahlen in Baden-Württemberg: Großer Erfolg gegen die Atomparteien!

Mit 5,3% schafften die Grünen in Baden-Württemberg mit 6 Kandidaten den Sprung in den Landtag. Damit wurde nach Bremen zum zweiten Mal von den Grünen die undemokratische 5%-Hürde bei Landtagswahlen geschafft. Dieser Erfolg ist umso bedeutender, als erstmals in einem Flächenstaat (9,5 Mio. Einwohner) der Durchbruch auf parlamentarischer Ebene gelang. Dies ist gleichzeitig die bisher größte Niederlage für die Atomkraftwerksbetreiber und ihrer Vertreter in den etablierten Parteien.

Bei einer gesunkenen Wahlbeteiligung mußten die beiden großen Parteien, CDU und SPD, sowohl Stimmen- als auch Prozentverluste einstecken, während die FDP als einzige der etablierten Parteien zugehen konnte. Die CDU verlor 3,3%, die SPD 0,8%, die FDP gewann 0,5%. Die Grünen gewannen insgesamt 241.000 Stimmen, womit sie ihr Ergebnis von den Europaratswahlen noch um 75.000 Wähler übertrafen; damals erreichten sie 4,5%. Dieser Zugewinn ist besonders bemerkenswert, weil alle vorher veröffentlichten Meinungsumfragen zu suggerieren versuchten, die Grünen hätten keine Chance, die 5%-Hürde zu überspringen. Als Argument für diesen angeblichen Trend wurden vor allem zwei Dinge genannt:

1. Nach der „Afghanistan-Krise“ würde sich das Interesse von den Umweltproblemen wieder den „großen Fragen“ der Politik zuwenden.
 2. Die Differenzen innerhalb der Grünen, wie sie auf dem Karlsruher Parteitag ausgebrochen sind, würden viele potentielle Wähler abschrecken.
- Ihre bedeutendsten Erfolge haben die Grünen bei den Erst- und Jungwählern erreicht. 11% der Erstwähler konnten sie für sich gewinnen. Insgesamt kommen 75% ihrer Stimmen von den 18-24-Jährigen. 27.000 Stimmen holten sie von der SPD, 23.000 von der CDU und 19.000 von der

gesamt kommen 75% ihrer Stimmen von den 18-24-Jährigen. 27.000 Stimmen holten sie von der SPD, 23.000 von der CDU und 19.000 von der FDP (alles nach den ersten Umfragen). Damit ist gerade der konservative Stimmenanteil sehr gering, insgesamt weniger als 10% des Gesamtergebnisses. Dies wird auch durch die Betrachtung der regionalen Ergebnisse bestätigt. Die Hochburgen liegen in den Gegenden, wo zum einen die Bevölkerung durch umweltgefährdende Projekte gefährdet ist, und andererseits die Bevölkerungsstruktur durch einen hohen Anteil von Studenten bestimmt ist (Uni-Städte).

Spitzenreiter sind die Ergebnisse in Freiburg mit 11,2 und 11,6%; dort werden aber auch in den angrenzenden Gebieten hervorragende Ergebnisse erzielt: Breisgau 9,8%, Konstanz 7,7%, Lörrach 7,8%, Waldshut 7,4%. Es folgt Tübingen mit insgesamt 9,9% (Tübingen-Stadt 13,7%), Heidelberg mit 8,1% und Stuttgart mit 6,9 bzw. 6,6% (zwei Wahlkreise). Es schmälert den Erfolg der Grünen nicht, sondern macht nur einen wichtigen Aspekt der Protestwählerstruktur deutlich, wenn man einmal die

Einwohnerzahlen dieser Städte mit den Studentenzahlen vergleicht. Tübingen: 70.000/20.000, Heidelberg: 120.000/30.000, Freiburg: 170.000/25.000.

Die schwächsten Ergebnisse (unter 4%) erzielten die Grünen einerseits in den schwarzen Landstrichen, in denen die CDU einen Anteil von 60% und mehr hat, andererseits in reinen Industrie- und Arbeiterbezirken wie Mannheim, wo sie in einem Wahlkreis mit 3% ihr insgesamt niedrigstes Ergebnis hatten. Auch dies ist eine Parallele zu den bisherigen Wahlausgängen für die grünen, bunten und alternativen Listen.

Der Sprung über die 5%-Hürde ist somit sicherlich zum großen Teil einer noch größeren Mobilisierung in den Großstädten zu verdanken, wo durchschnittlich 1,5% zugelegt wurden. Aber die Gesamtsicht der regionalen Ergebnisse zeigt, daß die Grünen auf einen festen Wählerstamm aufbauen konnten.

Nur in 10 Wahlkreisen erhielten die Grünen zwischen 3 und 4%, in 27 zwischen 4 und 5%, in 19 zwischen 5 und 6% und in 14 sogar mehr als 6%.

Gerade die Stabilisierung des Protestwählerpotentials, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, bereitet denn auch den bürgerlichen Parteien die größten Sorgen. Waren sie vor dieser Landtagswahl noch davon ausgegangen, die bisherigen Ergebnisse seien vorübergehender Natur oder spezielle Aspekte der Großstädte, hat sich nun gezeigt, daß zumindest bei den Jugendlichen ein großer Teil auch in Zukunft alternativ wählen wird.

Die Konsequenzen der Atomparteien

Die Konsequenzen der Atomparteien

In den ersten Kommentaren von CDU und SPD sowie der bürgerlichen Presse kommt Erschrecken über das gute Abschneiden der Grünen zum Ausdruck. Wurden die bisherigen Erfolge der grünen, bunten und alternativen Listen jeweils damit abgetan, daß diese zwar „Achtungserfolge“ seien, die aber auf längere Sicht nicht zu halten seien, richten sie sich jetzt darauf ein, daß die alternativen Listen auch bei den kommenden Wahlen ein Wort mitzureden haben.

Dies wird aber kaum dazu führen, daß die bürgerlichen Parteien zum Schein auf die von der alternativen Wahlbewegung aufgeworfenen Probleme eingehen, wie dies noch nach den Wahlen 78 und 79, insbesondere bei der SPD angeklungen ist. Nicht der Weg der Integration, sondern der Weg der Konfrontation deutet sich klar erkennbar ab.

Dies wird besonders an der Reaktion der SPD deutlich. Hatte die Parteispitze es noch zugelassen, daß Eppler mit einem für sozialdemokra-

tische Verhältnisse vergleichsweise „grünen“ Programm antrat, sind jetzt die Weichen auf totalen Atomkurs gestellt worden. Dabei wird der linke und der mehr auf Integration der grünen Bewegung bedachte Flügel der SPD kaltgestellt. Erstes Opfer ist Eppler selbst, der den Fraktionsvorsitz abgeben mußte. Zynisch wird dabei Eppler die Schuld für die Wahlniederlage der SPD in die Schuhe geschoben, statt der Unglaubwürdigkeit der SPD-Politik. Gleichzeitig verabschiedete der SPD-Parteivorstand ein Bundestagswahlprogramm, das von Epplers „grünen“ Tupfern nichts mehr enthält. In Hessen wurde zum Zeitpunkt der Baden-Württemberger Wahlen die Genehmigung einer WAA beschlossen, was die südhessischen Jusos zu der Warnung veranlaßte, daß damit die „Spaltung der Partei“ provoziert werde.

Die Linken in der SPD und insbesondere die Jusos werden dadurch einen noch schwierigeren Stand bekommen. Sie werden ebenso festgelegt auf einen strammen SPD-Kurs, der ihnen nur noch das Winken mit der Strauß-Kandidatur für eine Wahlempfehlung für die SPD offenläßt. Dies wird zwar die Diskussion innerhalb der SPD anheizen, aber nach allen Erfahrungen ist dennoch nicht mit einem zählbaren Widerstand zu rechnen.

Entscheidung fällt in NRW

Für die bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen bringt der Erfolg von Baden-Württemberg einen Schub nach vorn. Ob es in NRW zum „Sprung“ über die 5% reichen wird, gehört trotzdem ins Reich der Spekulationen. Die Bedingungen sind für die Grünen dort ungünstiger als in Baden-Württemberg. Erstens steht für die bürgerlichen Parteien mehr auf dem Spiel, wodurch ein so „ruhiger“

für die Grünen dort ungünstiger als in Baden-Württemberg. Erstens steht für die bürgerlichen Parteien mehr auf dem Spiel, wodurch ein so „ruhiger“ Wahlkampf wie in Baden-Württemberg nicht wiederholbar ist, zweitens wird es ein „Kopf-an-Kopf-Rennen“ zwischen SPD und CDU geben, was insbesondere die SPD gegen potentielle grüne Wähler wenden wird, drittens wird die Frage der Strauß-Kandidatur eine größere Rolle spielen, viertens hat NRW eine für die Grünen ungünstigere Sozialstruktur (hoher Anteil der Industriearbeiterschaft). Um hier zu einem Erfolg zu kommen, müßte der Wahlkampf der Grünen anders aussehen. In Baden-Württemberg hatten sie auf die Jungwähler und die fortschrittliche Intelligenz als sichere Bank gesetzt und im Wahlkampf weitgehend um konservative Stimmen geworben. Wenn dieser Kurs für NRW nicht geändert wird und zumindest der Versuch unternommen wird, den Arbeiterinteressen gerecht zu werden, wäre für die Grünen ein Mißerfolg vorprogrammiert. Ein Mißerfolg in NRW aber könnte für die weitere Zukunft der Grünen sehr verhängnisvoll sein. Denn bei aller Genugtuung über die grünen Ergebnisse von Bremen (5,14% plus 1,36% für die AL) und Baden-Württemberg (5,3%) ist nicht zu übersehen, daß diese Ergebnisse für die Bundestagswahl kein Überwinden der 5%-Hürde signalisieren.

Denn in Bremen und Baden-Württemberg hatten die Grünen schon bei den Europa-Wahlen im Juni 79 mit 4,5% ihre besten Ergebnisse. Im Bundesdurchschnitt kamen sie damals aber „nur“ auf 3,2%. Hinzu kommt, daß bei Bundestagswahlen es die nicht-etablierten Parteien erfahrungsgemäß erheblich schwerer haben als bei Landtags- und Kommunalwahlen. Dies dürfte erst recht unter den Bedingungen der Strauß-Kandidatur gelten.

Würden die Grünen bei den bevorstehenden Landtagswahlen in NRW unterhalb der 5% bleiben, so müßte schon ein Wunder geschehen, um bei den Bundestagswahlen oberhalb der 5% abzuschneiden. Da aber mit Wundern kaum zu rechnen ist, könnten sich in einer solchen Situation bei den Grünen relevante Kräfte zu Wort melden, die mit Verweis auf die Drohung Strauß zum wirklich allerletzten Mal und laut zähneknirschend die Wahl der SPD empfehlen bzw. sich zumindest gegen eine Eigenkandidatur der Grünen stellen.

Es liegt also im Interesse der Linken, sich in NRW für einen Wahlkampf der Grünen einzusetzen, der eindeutig die Arbeiterinteressen zum Zentrum macht.

Streiflichter aus dem Wahlkampf

Zwei Dinge sind beim Wahlkampf der Grünen in Baden-Württemberg besonders aufgefallen. Einmal, daß das Programm der Partei noch nichts über die Wahlausagen zu sagen hat, zum anderen, daß manch ein Kandidat die Privatmeinung mit dem Programm verwechselt, aber mit seiner/ihre Autorität das Bild der Grünen prägt.

Programm - Wahlprogramm - Postwurfsendung

Wie schon im AK berichtet, hatte es z.B. bei der Diskussion um den § 218 heftige Kontroversen gegeben. Mit einer Erpressung erreichten die Rechten, daß die Forderung nach Streichung des § 218 nicht ins Wahlprogramm aufgenommen wurde. Zum eigenen Erstaunen mußten wenig später die Frauen feststellen, daß in dem veröffentlichten Wahlprogramm in der Zeitung die „Grünen“ aber selbst auf die Kompromißformulierung verzichtet wurde! Das Wahlprogramm selbst erreichte niemals die möglichen Wähler: Ganze 12.000 wurden davon gedruckt (bei später 240.000 Wählern). Den Wähler erreichte dagegen eine in einer Auflage von 1 Mill. gedruckte Postwurfsendung. Darin war jedoch von Berufsverboten, § 218, Arbeitslosigkeit, Kriegsgefahr und Abrüstung nicht mehr zu finden. Sie konzentrierte sich allein auf das ökologische Programm.

Demokratische Rechte

War im Esslinger Programm noch von Forderungen gegen Berufsverbote, gegen § 88 a und Kontaktsperregebot zu lesen, so spielten alle diese Punkte im Wahlkampf keine Rolle. Die Haftbedingungen politischer Gefangener im Stammheim-Lände waren ebensowenig Thema wie – und das ist eine der großen negativen Überraschungen – die Berufsverbote. In der Programm-Kurzfassung kam das „rote Reizwort Berufsverbot“ (Hasenclever) z.B. überhaupt nicht vor. Herbert Gruhl antwortete in Konstanz auf die Frage nach dem § 88 a, den er im Bundestag selbst mitbeschlossen hat, in der DDR sei alles viel schlimmer.

Und die Stuttgarter Fantasia-Druker, die als angebliche „Terror-Unterstützer“ jetzt in den Knast kommen müßten, hat, in der DDR sei alles viel schlimmer.

Und die Stuttgarter Fantasia-Druker, die als angebliche „Terror-Unterstützer“ jetzt in den Knast kommen und durch staatliche Zensur-Paragrafen mundtot gemacht werden sollen, erlebten eine Solidarität ganz eigener Art: Die „Grünen“ zogen sämtliche Druckaufträge bei Fantasia zurück...

Jugend

Der sachte Hinweis auf Gesamtschulen im Gesamtprogramm fiel in der Regel der Schere zum Opfer. Im Kurzprogramm wurde stattdessen nur ein Passus bezüglich der „Schaffung überschaubarer, lebensfähiger Schulen“ aufgenommen.

Auch eine Überraschung ist Hasenclevers „Reform des Bildungswesens, die vorsieht, daß die Schüler zwischen 13 und 15 Jahren ohne Lohn für ein Jahr oder länger auf die Bauernhöfe gehen. Zum Ausgleich könnte der Wehrdienst verkürzt werden“ (Schwäb. Zeit., 29.2.80).

Das antimilitaristische Engagement der „Grünen“ hatten wir uns allerdings etwas anders vorgestellt...

Arbeiterrechte

Erwartungsgemäß hat die „35-Std.-Woche bei vollem Lohnausgleich“ und das „Verbot der Aussperrung“ den Wahlkampf nicht überlebt.

In der Programm-Kurzfassung heißt es lediglich: „Verkürzung der Arbeitszeit und mehr Teilzeitschäftigung für Mann und Frau“.

Eine Ausnahme machten hier lediglich die Wahlkreise Karlsruhe und Heidelberg. In Karlsruhe kamen die zwei Erstkandidaten aus der Gewerkschaftsarbeit. Hier wurde die Forderung nach der 35-Std.-Woche in das eigens umgeschriebene Kurzprogramm eingebaut.

In der erdrückenden Mehrheit der untersuchten Wahlkreise dominierten Maßhalteteile: „Ich will mich dafür einsetzen, daß der materielle Fortschritt sofort gestoppt wird“ (so der Freiburger Ersatzkandidat Walter Meyer in DIE GRÜNEN, Zeitung für Breisgau, Freiburg und Hochschwarzwald).

„Baulöwen“ und Mietrechte

„Die Massenlos dieser Termiteinstadt sind die Kulissen einer Gesellschaft, über die der große Bruder wacht (...). Sie sind Bilder einer einheitlichen materialistischen Weltanschauung (...). Hätte man die Menschen in diesen sozialen Stadtteilen leben lassen, vorher gefragt, diese Städte wären nie gebaut worden.“ Der dieses in der Zeitung „Die Grünen“ schrieb, heißt Hans Dietrich Erichsen und war Erstkandidat der „Grünen“ im Wahlkreis Freiburg-Ost/Hochschwarzwald.

Indes, diese Sätze werden unglaubwürdig, schaut man sich diesen Herrn etwas genauer an: Er ist Inhaber der

SWB-Schönberg-Wohnungsbau GmbH & Co. (Einlage: 750.000 DM) und hat u.a. gebaut: ein 17-stöckiges Turmhochhaus, einen 8-stöckigen Wohnblock und mehrere kleinere Wohnblöcke mit knapp 300 Wohneinheiten (nach „ZaS“, 9.2.80).

Die „Grünen“ haben diese Beschuldigungen nicht dementieren können, sondern die Schweinereien als „Jugendsünden“ ihres Spitzenkandidaten entschuldigt.

Frauen

Was die „Grünen“ zu den Frauen zu sagen hatten, war mit das Traurigste am ganzen Wahlkampf.

In Esslingen hatten die Rechten durch Erpressungsmanöver die Forderung nach Streichung des § 218 herausgeschossen. Der zurückgebliebene Rumpf-Text war aber immer noch relativ gut: „Eine Entscheidung darüber, ob Frauen ein Kind austragen oder nicht, ist nur von diesen selbst zu lösen. Ein Schwangerschaftsabbruch ist als Folge einer Zwangslage zu ansehen und kann dementsprechend nicht Gegenstand juristischer Verfolgung und Kriminalisierung sein.“

Der Wahlkampf sah so aus: Nur 8% der grünen Kandidaten waren Frauen. Schöne Gleichberechtigung!! Die Kurzfassung des Programms führte einen Punkt „Frauen“ gar nicht erst auf, ebenso eine Programm-Sonderausgabe von „DIE GRÜNEN“ nicht. (s.AK 173).

Wurde konkret auf den § 218 angesprochen, kam Frauenfeindlichkeit en masse zum Vorschein. „Marxot von Meiningen, grüne Landtagskandidatin aus Murg, erklärte sehr entschieden, sie sei gegen jede Abtreibung, weil der Eingriff den Frauen schade. Eine „Grüne aus dem Publikum nannte Abtreibung Mord (...)“ („Badische Zeitung“, Ausgabe Lörrach, 12.3.80).

Ein Einzelfall? Offenbar nicht! Auf einer Veranstaltung im relativ „linken“ Tübingen ereignete sich Folgendes: Ein älterer Herr aus dem Publikum fragte nach der Stellung der „Grünen“ zum § 218 und meinte: „Medizinische Indikation, damit bin ich wohl einverstanden, aber der sozialen Indikation kann ich nicht zustimmen.“

Der Herr war also offensichtlich nicht nur gegen Abbruchfreigabe und Fristenregelung, sondern auch gegen die gegenwärtige gesetzliche Regelung.

Antwort von Delphin Brox: „Wir nicht nur gegen Abbruchfreigabe und Fristenregelung, sondern auch gegen die gegenwärtige gesetzliche Regelung.“

Antwort von Delphin Brox: „Wir Grüne sind für den Schutz des Lebens.“ Und: „Wissend, daß es in diesen heiklen Fragen schon einmal heftige Auseinandersetzungen bei den „Grünen“ gegeben hatte, wandte sich Hasenclever im gleichen Moment an die Presse, um auf das Programm der Grünen zu verweisen. Dort nehmen wir ganz klar Stellung.“

Also nicht einmal zur öffentlichen Verteidigung der gängigen (miserablen) Regelung sind die „Grünen“ bereit gewesen!

Wolfgang Harich plädierte dann schließlich für die Abschaffung des § 218, aber auch nur um „die Gefahren der globalen Bevölkerungsexplosion“ zu beherrschen „zu können“.

Vom Selbstbestimmungsrecht der Frau auch hier keine Spur! (Zitate und Bericht nach: Stuttgarter Zeitung, 8.3.80).

Das theoretische Gerüst für diese Frauenfeindlichkeit lieferte Delphine Brox auf einer grünen Veranstaltung in Heidelberg am 8.3. Zuerst mischte die ökologische Katastrophe gelöst werden, dahinter müßten andere Punkte wie die Frauenfrage zurücktreten. Hurra, endlich gibt es einen neuen Hauptwiderspruch, wo man die Frauenfrage unterbuttern kann...

Rühmliche Ausnahme waren hier wieder die Heidelberger und Karlsruher Frauen, die sich für eine Liberalisierung der Abtreibung stark machten.

In Freiburg unterschrieben die Zweitkandidatin Emily Meyer, und die stellvertretenden Vorsitzenden Johanne Fischer den Aufruf für ein nationales § 218 Tribunal.

Ökologie

Wenigstens im Bereich „Umweltschutz“ hatten wir ein konsequentes Auftreten der „Grünen“ erwartet. Doch selbst in diesem Punkt gab Enttäuschungen: Der Freiburger Erstkandidat Helgo Bran „stellt sich (...) nicht völlig gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie: Forschungsreaktoren hält er für sinnvoll, Leistungsreaktoren großen Stills zum Erzeugung von Atomstrom sind ihm dagegen zuwider“ („BZ“, 9./10.2.1980).

Mal sehen, wie der frischgebackene Abgeordnete Helgo Bran sich im Landtag zum „Forschungsreaktor“ in Karlsruhe verhält...

Auch Hasenclever gab sich schön gemäßigt: „Eine Abschaltung aller Kernkraftwerke in Baden-Württemberg wäre (...) bis 1984 realisierbar.“ („BZ“, 13.3.1980). Und was ist aus unserer Forderung nach „Sofortiger Stillelegung“ geworden?

Schlimm genug, daß die „Grünen“ „statt der Platzbesetzung in Wyhl die Platzbesetzung in den Parlamenten“ wollen (Erstkandidat Erichs It. „BZ“ 11.3.80). Aber wenn sie dort nicht einmal die Forderungen der Bewegung vertreten...

Ein Genosse aus Freiburg

Grüne in Saarbrücken

Fortsetzung von Seite 9

„Sonderwünsche von Minderheiten wie Homosexuellen und Abtreibungs-Freigabe“ würden in Saarbrücken unter den Tisch fallen. „Unsere Partei ist nicht für Einzelprobleme gegründet worden.“ So Gruhl laut „Welt“ vom 18.3. –

Nach Saarbrücken ist offensichtlich, daß sich Gruhl & Co sehr verrechnet hatten, was das Kräfteverhältnis angeht. Ihre Vorstellung, in der Saarbrückener Programm-Diskussion die Linken auszubooten, ließ sich nicht realisieren.

Daß die Rechten damit ihren Plan aufgegeben hätten, die Linken aus der Grünen Partei hinauszudrängen, um im Bundestagswahlkampf ein stark konservativ getöntes Konzept ohne linke „Störer“ durchzuziehen, ist allerdings nicht anzunehmen. Dazu sind die Positionen der Rechten in vielen Kreis- und Bezirksverbänden auch noch zu stark.

Nach Saarbrücken ist also mit einem Fortgang der Auseinandersetzung besonders „vor Ort“ zu rechnen. Dieser Konflikt könnte auch Formen annehmen (Abspaltung, Austritte und öffentliche Erklärungen prominenter Rechter), die das Prestige der Grünen

im Wahlkampf schwächen würden. Vor diesem Hintergrund dürfte es eine recht breite Phalanx bei den Grünen geben, die um „Kompromisse“ bemüht ist, um eine öffentliche „Selbsterleischung“ der Grünen nach Möglichkeit zu verhindern. Nach Lage der Dinge könnten solche „Kompromisse“ aber nur auf Kosten des von den Linken in Saarbrücken Erreichten gehen. Hierzu deutete sich schon in Saarbrücken bei einigen Vertretern des linken Blocks eine Bereitschaft an.

Für den KB und andere linke Kräfte, die bisher im Wesentlichen ausserhalb der Grünen Partei geblieben sind, wird nach dem Saarbrückener Parteitag erneut zu überdenken sein, ob sie jetzt durch eine Mitarbeit in der Grünen Partei und Stärkung des linken Flügels gegen die Revanche-Gelüste der Rechten und gegen allzu große „Kompromiß“-Freudigkeit einiger Linker dem Vorankommen der alternativen Wahlbewegung besser dienen können. Eine solche Entscheidung, sollte sie getroffen werden, dürfte aber auf keinen Fall im Widerspruch zur nach wie vor anzustrebenden engeren Zusammenarbeit der Bunten und Alternativen Listen – unabhängig von ihrer Haltung zu den Grünen – stehen.

Olaf Dinné fordert Einsparungen bei Bildung, Gesundheit, Umweltschutz, Jugend, Sport und Soziales



Olaf Dinné protestiert gegen Streichungen im Bildungshaushalt einstimmig (!) protestiert.

Die maßgeblichen „Macher“ der „Bremer Grünen Liste“ (BGL), die mit ihrem scharfen Abgrenzungskurs gegen Links ein Signal setzen, scheinen nun auch wirtschaftspolitisch in die Fußstapfen Herbert Gruhls treten zu wollen.

Da die BGL-Abgeordneten Olaf Dinné und Delphine Brox inzwischen allerorts (zuletzt als „Zugpferde“ im baden-württembergischen Wahlkampf) als Handelsvertreter in Sachen „Bremer Modell“ auftauchen, ist die jüngste Entwicklung „grüner“ Politik in Bremen eine genauere Betrachtung wert:

Im Rahmen der Haushaltsdebatte vor der Bremer Bürgerschaft (21.2.) ersparte sich BGL-Chef Olaf Dinné mögliche Kommentare zu den einzelnen Etatposten und konzentrierte sich stattdessen ganz auf die „Hauptauseinandersetzung“. Er legte ein Sparprogramm vor, mit dem der Maloch Wachstum und die damit auf uns zurollende Katastrophe möglicherweise abgewendet werden könnten. Für Spannung war also gesorgt.

Alles Übel kommt vom Wachstum – und das Wachstum von der SPD!

Daß „das Wachstum“ Ursache allen gesellschaftlichen Übels sei, ist als „grüne“ Doktrin inzwischen hinreichend bekannt. Neu war allerdings die historische Ableitung und die konkrete Umsetzung dieser Theorie:

Nachdem Dinné – so weit, so richtig – für Mitte der 60er Jahre eine relative Sättigung des Marktes in der BRD konstatiert, sieht er die Wirtschaftspolitik der CDU (durch „allgemeine Steuersenkungen... den Unternehmern die Lust am investieren zurückzugeben“) gescheitert, denn: „freiwillig frist niemand, von Ausnahmen abgesehen, auf die Dauer über seinen Appetit hinaus; und damit findet das normale Wachstum auch irgendwo seine natürliche Grenze...“ (Alle Zitate aus der Bürgerchaftsrede von O. Dinné).

Alles wäre wohl gut gelaufen, wenn nicht die SPD als „Retter in der Not im Sinne des weiteren Wachstums, der weiteren Verwertbarkeit einmal vorhandenen Kapitals... mit Hilfe von Steuererhöhungen staatliche Investitionen... angekurbelt“ hätte. Sprich: Das Übel in Gestalt weiteren, „künstlichen“ Wachstums über die „natürliche Grenze“ hinaus nahm seinen unheilsschwangeren Lauf.

„Künstliches Wachstum“ als Ergebnis staatlicher Mißwirtschaft? Heiliger Bimbam! Tatsächlich war Mitte der 60er Jahre der Inlandsmarkt als hervorragende Profitquelle einigermaßen erschöpft und versprach nicht mehr die hervorragenden Profitraten. Das „Erhardtische Wirtschaftswunder“ geriet ins Stocken; die Löhner, die der 2. Weltkrieg gerissen hatte, waren gestoppt. Aber „satt“ war das BRD-Kapital damit noch lange nicht – im Gegenteil: durch verstärkte Anstrengungen auf dem Exportsektor – speziell durch den Export von Kapital (Produktionsmittel) in sogenannte Billiglohnländer – sollten neue Märkte erschlossen werden; als Beispiel sei hier nur das Milliarden-Geschäft zwischen der BRD und Brasilien mit acht AKWs inklusive Uran-Anreicherungs- und Wiederaufarbeitungsanlage genannt, VW-Werke in Brasilien und den USA etc. Diese Spezialisierung auf „Know how“, also technische, exportfähige Spitzenprodukte einerseits und die Auslagerung arbeitsintensiver Wirtschaftszweige in Billiglohnländer der dritten Welt andererseits führten zu Massenentlassungen in der BRD, zu Arbeitslosigkeit und Lohnraubpolitik. Kurz: der BRD-Imperialismus schaltete sich massiv in den Kampf um neue Absatzmärkte ein.

Über den Staat als Instrument der Kapitalisten wurde dieser Kurs im Inneren durchgesetzt, um die Kosten der wirtschaftlichen Umorientierung auf die arbeitende Bevölkerung abzuladen, den „sozialen Frieden“ einigermaßen zu erhalten, und dem Kapital so den Rücken für seine expansiven Pläne freizuhalten. In diesem Sinn machte sich die SPD – zum wiederholten Mal – zum Bützel der Wertungsinteressen des Kapitals.

Zwischen CDU und SPD: Olaf und der Staat

Dinné bleibt seinem Ansatz, den Staat als überparteiliches Regulierungsinstrument für das Wirtschaftswachstum einzusetzen, treu und rechnet mit den „etablierten haushaltspolitischen Richtungen“ ab:

– CDU und FDP vertreten das wirtschaftliche Faustrecht; jede Form von planungsrechtlicher Rahmensetzung kann da natürlich nur (als) hinderlich verstanden werden.

– „Die SPD und letztlich auch die K-Gruppen wollen die so (durch das „unnatürliche Wachstum“ – Anm. d. Verf.) entstandene Mißstände durch staatliche Planung insgesamt bürokratisch regeln.“

Die „grüne Alternative“ liegt auf der Hand, nämlich dazwischen: „Grüne wollen einen restriktiven Rahmen“ und „unser Prinzip ist ein starker gesellschaftlicher Rahmen, innerhalb dessen sich die freie Initiative der Bürger einzeln oder zusammen entwickeln kann“. Wie das dann aussehen soll, verdeutlicht Dinné am Beispiel der Sanierung im Bremer Osterviertel: „Innerhalb dieser Begrenzungen (gemeint sind Flächennutzungs- und Bebauungspläne – Anm. d. Verf.) kann jeder sich sein Haus kaufen, bauen lassen, selber bauen, mieten, umbauen oder wie auch immer“. Spätestens hier wird deutlich, wohin sich Bremer „grüne“ Politik orientiert: zum Mittelstand nämlich, zum Kleinkapital, das das nötige Kleingeld zum „bauen, umbauen oder wie auch immer“ besitzt.

Grüne Sparpolitik

Dinné analysiert den von der SPD vorgelegten Haushaltsentwurf messerscharf als Wachstumshaushalt mit der dazugehörigen Staatsverschuldung. Also muß der Rotstift angesetzt werden: „Aus dem Beitrag... habe ich entnommen, daß wir längst Kostgänger auf Kosten der anderen Länder und des Bundes... und deshalb schon ein Zentrum von Sozialhilfeempfängern sind in Bremen... Deshalb sollten wir uns alle mal zusammen und überlegen, wie wir aus diesem Zentrum von Sozialhilfeempfängern wieder rauskommen. Ich will nicht verhehlen, daß wir da relativ todesmutig rangegangen sind“. Stimmt! Der Gesamtumfang der „grünen“ Sparvorschläge zur Sanierung der Bremer Finanzen umfaßt etwa 500 Millionen DM. Einige Knüller wollen wir mal herausgreifen:

– **Bildung:** In diesem Bereich sollen 55 Millionen eingespart werden, von 155 auf 100 Mio. Dem Vorwurf der „einseitigen Bildungspolitik“, sie – die „Grünen“ – hätten wohl was gegen Bildung, insbesondere gegen Bildungschancen für Unterprivilegierte, hält Dinné pfiffig entgegen: „Was die Chancen angeht, so haben wir den Eindruck, daß die Chancengleichheit insofern bereits hergestellt ist, daß niemand mehr eine ernste Chance hat, diesem Wahnsinn zu entkommen“ und „Was die Bildungsinhalte angeht, so halten wir es für an der Zeit, mal die Frage zu stellen, was nützt uns immer mehr Wissensbildung, wenn wir einen Psychiater brauchen, um sie überhaupt noch anwenden zu können. Was nützt uns ein immer größerer Kopf, wenn wir dadurch immer weniger in der Lage sind, unser eigenes Leben in die Hände zu nehmen“.

– **Universität:** „Wir halten den neu eingerichteten Fachbereich „Produktionstechnik“ einfach für unangemessen, wenn dort nur Wachstums- und Technokratiebesessene ausgebildet werden sollen“. Wupp, 17 Millionen eingespart.

– **Gesundheit und Umwelt:** „... Mammutkrankenhäuser der Neuen Heimat und Kobaltkanonen von Siemens haben sich in unseren Augen als unwirksam für eine immer kränker werdende Gesellschaft und deren sinkende Lebenserwartung erwiesen. Wenn wir nicht an die Wurzel dieses Übels ranwollen, können wir auf diese Formen von künstlichen Impulsen auf das Wachstum... auch verzichten“. Also: statt 134 nur 85 Millionen!

– **Jugend, Sport, Soziales:** Hier sollten die Bürger lieber mehr „Selbsthilfe“ üben – dann könnte

dieser Posten von 80 auf 70 Millionen gekürzt werden. In seiner offenbar durchaus ernst gemeinten Sparrede offenbarte O. Dinné stellenweise einen erschreckenden Zynismus. So forderte er den Fortfall einer Feuerweherschule (8 Millionen) mit der Begründung: „Zur Sache haben wir den Eindruck, daß angesichts der Größenordnung der auf uns zurollenden Katastrophen uns die Feuerwehr auch nicht mehr richtig helfen kann. Eher verschlimmert sie das ganze noch durch ihre Bautätigkeit, die letzten Endes nur der Neuen Heimat nutzt.“ In der Konsequenz: Wozu noch Geld rauswerfen für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Altersheime usw. – wenn die Katastrophe doch sowieso kommt und sie durch Bau-Investitionen nur beschleunigt, aber nicht aufgehalten werden kann? Der totale menschenfeindliche Nihilismus im „grünen“ Gewand!

Bleibt nur noch anzufügen, daß kapitalistische Sparpolitik, wie sie die SPD oft genug vorzeigte, eben auch zum Ziel hat, über den Abbau der Staatsverschuldung Geld auf dem freien Kapitalmarkt wieder verfügbar zu machen für Investitionen, Rationalisierungen, Kapital-export...

Betrachtet man rückblickend die Parallelität gewisser Bereiche in der Wahlkampfführung der BGL und der

Bremer CDU („Staatsverschuldung“, „keine Experimente auf Kosten unserer Kinder“ im Bildungswesen u.a.) so wundert es nicht, daß Biedenkopf für die CDU soeben eine Broschüre zur Staatsverschuldung vorgelegt hat, in der ebenfalls der „Verzicht auf künstliches Wachstum“ gefordert wird (laut „TAZ“ vom 12.3.).

Die Bremer „Grünen“ drohen zum „nützlichen Idioten“ zu werden, der über die Dämonisierung des Staatsbankrotts für verstärkte „Sparpolitik“ wirbt und damit genau jenes propagandistische Klima unterstützt, „das die Konservativen gegen kleinste Keime einer fortschrittlichen sozial-orientierten Politik verbreiten“ (Rudolf Hickel, „Was ist 'künstliches Wachstum'“, „Die Neue“, 12.3.). Und Olaf Dinné will sein „Bremer Modell“ für die Bundestagswahl erklärtermaßen exportieren. Rosige Aussichten!

Widerspruch sogar in der BGL

Olaf Dinné hat sich inzwischen – selbst in Grünen Kreisen – den Ruf eines abgehobenen Parteifunktionärs eingefangen. Ein Teil des Bremer Landesverbandes hat die Überlegung angestellt, eine Gegenerklärung zu Dinnés Rede zu veröffentlichen; eine Versammlung der Grünen in Bremen-Nord hat gegen Dinnés Forde-

Bielefelder SPD: Bündnis mit »K-Gruppen«?

Mit den Stimmen der SPD (31 Sitze) und der Bunten Liste (4) gegen die Stimmen von CDU (28) und FDP (4) hat der Bielefelder Stadtrat am 14.3. den Haushalt 1980 verabschiedet. Die SPD mußte – mehr oder weniger zähneknirschend – der Bunten Liste eine Reihe von Zugeständnissen machen, da sie alleine den Haushalt nicht hätte durchsetzen können. Das handelte der SPD prompt den Vorwurf ein, sie sei „ein Bündnis mit einer Gruppierung eingegangen, zu der auch K-Gruppenanhänger gehören“ (FDP-Fraktion lt. „Neue Westfälische“, „NW“, vom 15.3.80).

Die Bunte Liste hatte ursprünglich die Absicht, nur am Rande in die Haushaltsberatungen einzugreifen und den diesjährigen Haushalt auf jeden Fall abzulehnen. Schließlich enthielt und enthält dieser Haushalt Positionen wie den Ostwestfalendamm (Stadtautobahn) und die Innenstadtsanierung, beides Projekte, gegen die die Bunte Liste in den Wahlkampf gezogen ist. Die Bielefelder CDU, rührselig um Basis und Wählerpotential der Bunten besorgt, erinnerte diese denn auch sogleich an ihre Wahlversprechen, von denen „augenscheinlich nicht viel zu halten sei, denn... (die Bunte Liste) sei nicht zuletzt mit der Forderung angetreten, daß der Ostwestfalendamm gestoppt werden müsse. Nun aber habe sie für eine Senkung der ursprünglichen veranschlagten Geldsumme votiert“ (CDU-Wallenberg lt. „NW“ vom 7.3.).

Auch die FDP reagierte empört auf das Eingreifen der BuLi in die Haushaltsberatungen: „Starke Unmut hat... bei der FDP-Fraktion vor allem das Bekanntwerden eines Forderungskatalogs der Bunten Liste hervorgerufen, von dessen Erfüllung die Ratsneulinge ihre Zustimmung zum Gesamthaushalt abhängig machen wollen“ („NW“, 7.3.).

Der eigentliche Stein des Anstoßes: der Gewerbesteuerhebesatz

Land und Bund haben Steuererleichterungen für die Kapitalisten beschlossen. Die Lohnsummensteuer, die bisher eine wesentliche kommunale Einnahmequelle darstellte (für Bielefeld 1979 ca. 50 Mio. DM), entfällt ab 1980. Um das dadurch entstehende Loch wenigstens teilweise wieder auszugleichen, haben die Kommunen eine Anhebung der (kommunalen) Gewerbesteuer angepeilt. Um die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes hatte es eine monatelange Debatte gegeben. Während Verwaltung und SPD einen Hebesatz von 345

vH favorisierten, traten CDU und FDP für lediglich 325 bis zuletzt 335 vH ein. Der SPD-Vorschlag, der den Kapitalisten immer noch eine Entlastung von 42,2 Mio. DM einbringt („NW“ vom 16.2.80), rief bei Industrie- und Handelskammer, FDP und CDU ein Riesengeschrei hervor: Abwanderung von Unternehmen in Ortschaften mit niedrigerem Hebesatz und damit Arbeitsplatzgefährdung usw.

Die Spanne zwischen den verschiedenen Vorschlägen beträgt maximal 8 Mio. DM (pro Prozentpunkt ca. 400.000 DM): verteilt auf alle Bielefelder Unternehmen eine lächerliche Summe für den einzelnen Kapitalisten; der Stadt Bielefeld aber hätten diese 8 Mio. DM große Schwierigkeiten bereitet.

Heidi Bierbaum, die für die BuLi-Fraktion die Haushaltsrede hielt, faßte das so zusammen: „Die Bunte Liste stand vor der Frage, den Haushalt aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen und damit nicht nur einmalige Verschlechterungen in diesem Jahr hinzunehmen, sondern auch die Weichenstellung für ein rigoroses soziales Sparprogramm in den nächsten Jahren mitzuverantworten. Dieser Mechanismus wäre bei einem niedrigerem Hebesatz und einem von einer großen Koalition zwischen CDU und SPD gestalteten Haushalt zwangsläufig in Gang gesetzt worden. Eine dogmatische und unflexible Haltung zum Haushalt hätte also das Gegenteil dessen bewirkt, wofür wir angetreten sind.“

Der bunte Forderungskatalog

Die Bunte Liste konnte eine Reihe von Forderungen durchsetzen, von denen ein Teil mit dem Haushalt bereits verabschiedet ist und der andere Teil im Rahmen einer Zusatzvereinbarung mit der SPD-Fraktion erst noch realisiert werden muß:

1. Das Bielefelder Frauenhaus erhält in diesem Jahr einen Zuschuß von 20.000 DM.
2. Zwei Jugendzentren in Bielefelder Vororten erhalten zusammen drei zusätzliche Stellen bewilligt.

Das Allerletzte

Zum Schluß wird es nochmal komisch: Delphine Brox, Abgeordnete der BGL und selbsternannte Sachverständige für KB-Greueln, wußte auf einer Wahlveranstaltung in Baden-Württemberg zu berichten, daß die Alternative Liste Bremen im Wahlkampf von der SPD mitfinanziert worden sei. Die Grünen hätten Belege dafür! Auf ausdrückliche Nachfrage der TAZ-Initiative Stuttgart bestätigte sie, daß man das veröffentlichte könne... Aus Kreisen der AL Bremen wurde die Vermutung laut, daß zusammen mit den Belegen eventuell auch das Geld von der SPD bei den Grünen gelandet sein könnte?...

KB Bremen

3. Kürzung der Haushaltsansätze für den Ostwestfalendamm um 1 Mio. und für die Innenstadtsanierung um 2 Mio. DM.

Zu den Forderungen im einzelnen: zu 1.: Seit der Gründung des Frauenhauses wird die finanzielle Unterstützung durch die Stadt von der Auflage abhängig gemacht, es solle sich einem Dachverband wie Arbeiterwohlfahrt, DPWV usw. anschließen. Diese Bedingung hat das Frauenhaus immer entschieden abgelehnt, weil es damit – wohl zu Recht – eine politische Bevormundung und eine Verwässerung des Selbstverwaltungsprinzips verbunden gesehen hat. Da sich der Stadtrat bisher ebenso entschieden geweigert hatte, von seiner Vorbedingung abzurücken, mußte sich das Frauenhaus bislang durch Spenden und unermüdeten Arbeits-einsatz alleine durchschlagen, ohne darum die Forderung nach städtischer Unterstützung grundsätzlich aufzugeben. Daß die SPD bei den jetzigen Haushaltsberatungen von der Dachverbandsauflage absehen mußte, veranlaßte die FDP zu der Befürchtung, daß hier „... ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen... (werde), auf den sich auch viele „alleinstehende Splittergruppen“ berufen könnten“ („NW“, 7.3.).

Der FDP-Fraktionsvorsitzende vertrat in seiner Haushaltsrede sogar die Ansicht, „daß die Gelder für das Frauenhaus, einen sozialen Schaden anrichten“ („NW“, 15.3.).

zu 2.: Das Jöllenbecker Jugendzentrum steht seit Jahren im Zentrum der Kritik, vor allem der CDU. Unter Anleitung fortschrittlicher Sozialarbeiter haben sich Jugendliche unter weitgehender Selbstverwaltung eine ehemalige Schule zu einem gemühtlichen JZ ausgebaut. Da die Jöllenbecker Jugendlichen, um stärkere finanzielle Unterstützung sowie eine bessere personelle Ausstattung zu erhalten, nicht immer den Dienstweg einhielten – sie machten Demonstrationen, Besuche bei Ratsmitgliedern usw. –, zogen sie sich den Zorn der etablierten Parteien zu: die CDU wollte das JZ sogar schließen lassen. Die personellen Forderungen der Jugendlichen hat die Bunte Liste jetzt durchsetzen können.

zu 3.: Die durch die Kürzung der genannten Projekte freigeordneten Haushaltsmittel sollen dem Radwegbau zugute kommen.

Die Bunte Liste ist sich der Problematik, daß sie mit ihrer Haushaltszustimmung auch die von ihr grundsätzlich bekämpften Projekte Stadtautobahn und Innenstadtsanierung

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 11

mitträgt und lediglich einer Kürzung zustimmt, durchaus bewußt. Heidi Bierbaum sagte dazu in ihrer Haushaltsrede: Das „... bringt ... diese Projekte zwar nicht zu Fall, setzt aber doch Akzente.“

... Wir bleiben (trotzdem) grundsätzliche Gegner von Ostwestfalen-Land und Stadtanierung im Bahnhofsgelände. Wir haben aber nicht die Illusion, noch haben wir solche bei unseren Wählern hervorgerufen, die Fraktion der Bunten Liste könne aus eigener Kraft im Parlament diese Projekte verhindern. Wir hatten auch nicht die Illusion, die SPD im Rahmen der Haushaltsberatungen zur Aufgabe dieser Projekte bringen zu können.

Die Zusatzvereinbarung mit der SPD-Fraktion umfaßt folgende Punkte:

1. Es soll von einem unabhängigen Institut ein Energiegutachten erstellt werden, um Möglichkeiten zur Energieeinsparung zu bestimmen und festzustellen, unter welchen Bedingungen sich die Bielefelder Energieversorgung langfristig sichern läßt. Zum Hintergrund ist zu sagen, daß die Bielefelder Stadtwerke an den AKW's Grohnde und Hamm-Uentrop beteiligt sind, was mit angeblichen Stromengpässen begründet wird.
2. „Die sachlichen, personellen und finanziellen Voraussetzungen für eine siebentägige Öffnungszeit der Jugendzentren sollen durch die Verwaltung geprüft werden. Eine solche erweiterte Öffnungszeit ist eine wichtige Zielvorstellung der Jugendpolitik“ (aus der Haushaltsrede der BuLi-Fraktion).
3. Es soll ein Bedarfsplan für Krabbelstuben (für Kinder im Alter bis zu drei Jahren) erstellt werden. In Bielefeld stehen für 8.000 Kinder in diesem Alter lediglich 60 Krabbelstubenplätze zur Verfügung.
4. Mit der SPD wurde vereinbart, daß bei der Innenstadtsanierung nach dem Motto „Renovierung geht vor Abriss“ eine Reihe konkret benannter Häuser erhalten bleiben soll.

Dabei ist dies für einige Häuser (darunter auch ein von der Bielefelder Selbsthilfe besetztes Haus) definitiv vereinbart worden; eine Reihe weiterer Häuser ist Gegenstand von künftigen Verhandlungen, weil bei diesen Häusern Änderungen des Bauplanungsplans notwendig würden, worauf sich die SPD nicht ohne weiteres festlegen lassen wollte.

Die genannten Bedingungen zur Haushaltszustimmung sowie die Verhandlungen mit der SPD waren von einem Sonderplenum der Bunten Liste, wo ca. 80 Mitglieder anwesend waren (das entspricht durchaus gutem Durchschnitt), nach heftiger Diskussion gegen vier Stimmen beschlossen worden.

Sich nicht auf den

Integrationsdruck ins parlamentarische System einlassen!

Es ist klar, daß die BuLi sich jetzt auf ihrem relativen Erfolg, eine Reihe von wichtigen Forderungen durchgesetzt zu haben, nicht wird ausruhen können. Zum Einen wird sie darauf achten müssen, daß sich die SPD nicht aus ihren eingegangenen Versprechen rausmögelt, was besonders die Zusatzvereinbarungen angeht. Da muß z.B. darauf geachtet werden, daß es nicht nur bei der Erstellung von Bedarfsplänen für Krabbelstuben und Sieben-Tage-Öffnung der JZs bleibt, sondern daß dem auch konkrete Taten folgen.

Die erreichten Positionen müssen also verteidigt und nach Möglichkeit ausgebaut werden (Änderungen des Bauplanungsplans zum Erhalt weiterer Häuser, finanzielle Unterstützung auch für andere selbstverwaltete Gruppen usw.).

Vor allem aber muß die Bunte Liste der Versuchung widerstehen, angesichts des „schönen Erfolgs“ in Zukunft nur noch Politik über ihre vier Stimmen im Rathaus zu betreiben. Die Gefahr einer zu starken Fixierung auf die parlamentarischen Möglichkeiten beziehen die etablierten Parteien, allen voran die SPD, in ihr politisches (Integrations-)Kalkül gegenüber den Bunten voll mit ein, was der sozialdemokratische Lokalredakteur Günter Gerke in einem Kommentar so zusammenfaßt: „Ist nicht demokratische Integration auch von zornigen jungen Bürgern, selbst wenn sie wie Latzhosentextiles und nicht ins allgemeine Weltbild passende Protestierer daher kommen, immer noch besser als eine permanente Konfliktstrategie, die der diffusen Basis der Bunten nur recht gäbe in ihrer Ablehnung des eingefahrenen parlamentarischen Systems?“ („NW“, 8.3.).

Ein Genosse aus Bielefeld

Interview mit Birgitt Tersteegen und Anne Neugebauer

Birgitt Tersteegen ist ehemaliges Mitglied im NRW-Landesvorstand der Grünen und Anne Neugebauer ist Mitglied im Landesvorstand der Grünen und Spitzenkandidatin auf dem 2. Platz der Reserveliste für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen; beide sind auch Mitglied in der Grünen/Alternativen Liste Münster, die bei den Kommunalwahlen in das Stadtparlament einzog.

Frage: Welche Erfahrungen habt Ihr im Landesvorstand gemacht?

B.T.: Hier muß man zwei Aspekte berücksichtigen. Einmal die Erfahrungen von Linken und dann die Erfahrungen von Frauen. Von den Linken sind noch M. Schata und H. Schulz im Landesvorstand, die erstmalig entschieden besser zurechtgekommen sind als wir. Die beiden führen so eine Art Kompromißkurs, zumindest in der Art ihrer Darstellungen, d.h. sie hielten sich an Formalitäten.

Wir wurden von vornherein zusätzlich als Frauen diskriminiert: z.B., daß wir eigentlich nicht gefragt wurden bzw. nur dann, wenn es darum ging, die Bunten und Alternativen in irgendeiner Art zurückzuhalten. Z.B. damals, als es um die Delegierung für Karlsruhe ging. Bei uns bewirkte das, zumindest am Anfang, daß wir relativ wenig sagten.

A.N.: Bei der Delegierung für Karlsruhe sollte der Landesvorstand den Beschluß fassen, darauf einzuwirken, daß die autonomen Delegierten aus Hamburg, Berlin, NRW und Hessen gar nicht erst nach Karlsruhe anreisen. Dafür sollte in einem Gespräch mit Grühl die Zusage erlangt werden, daß keine Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Sitzung enthalten sein werden. Birgitt und ich lehnten einen solchen Beschluß strikt ab. Selbstverständlich waren wir für ein Gespräch zwischen Landesvorstand und Grühl, lehnten aber die unzulässige Bedingung ab. Deshalb beantragte ich getrennte Abstimmung. H. Meer zog seinen Antrag zurück und warf uns vor, falls in Karlsruhe die Versammlung platzen würde, würden Birgitt und ich allein die Verantwortung tragen. Darüber müßten wir uns klar sein. Mit unserem Verhalten würde alles zerstört.

Frage: Ihr werdet also eingeschüchtert?

A.N.: So ein bißchen, ja. Bis mir das klarer wurde und ich mir sagte, daß ich mich so nicht abspieße lassen.

Von da an waren wir dann auf Konfrontationskurs zu den anderen. Es wurde versucht, uns beide zu spalten. Bei wichtigen Angelegenheiten wurde nur noch Anne angerufen, ich wurde nicht informiert. Desweiteren wurde uns vorgeworfen, daß wir eh gegen alles wären und man deshalb nicht mit uns arbeiten könnte. Jetzt, nach meinem Rücktritt, wurde alles so hingestellt, daß es innerhalb des Landesvorstandes als Gruppe nicht hingehauen hat, also mein Rücktritt nur auf einer persönlichen Ebene gesehen wird. Dagegen bin ich der Auffassung, daß Anne und ich am weitesten links innerhalb des Vorstandes standen und deswegen versucht wurde, uns als Frauen und persönlich so darzustellen, daß man mit uns nicht zurecht kommen kann. Ich glaube, daß wir in erster Linie politische Differenzen hatten. Ein weiteres Beispiel: Auf einer Sitzung, wo inhaltliche Themen vorbereitet wurden, bekam jeder einen Punkt, nur ich nicht. Anne war nicht mehr da. Oder als ich einen GO-Antrag stellte, dieser einfach nicht registriert wurde. Erst als ein Mann ihn übernommen hatte, wurde er behandelt. Solche Kleinigkeiten haben dann ziemlich viel Frust bedeutet.

Frage: Im Landesvorstand herrschte wohl die Vorstellung, mit Euch ziemlich leicht fertig werden zu können?

B.T.: Zumindest wurde es versucht, so nach dem Motto, die „kleinen Mädchen aus Münster“.

Frage: Birgitt, kannst Du noch etwas näher auf die Gründe, die zu Deinem Rücktritt führten, eingehen?

B.T.: Das mit dem Vorstand waren nicht die Hauptpunkte. Den Ausschlag haben die Ereignisse in Wesel gegeben. Dieser Ausschlußbeschluß (Anpassung an die Bundessatzung), der wirklich gegen die Bunten Listen und fortschrittlichen Leute ist, nicht weil die Leute alle auf KPD- oder KB-Linie waren, sondern wegen das

Prinzip gerichtet ist, mit allen Leuten zu arbeiten, die mitmachen wollen, egal ob die jetzt in der SPD, AUD oder sonstwo noch sind.

Zum anderen die Art, wie mit linken Inhalten und Vorstellungen umgegangen wird. Also der Anti-Kommunismus, der rauskam, der aber nie diskutiert wurde. Nie wurden die Positionen von Kommunisten diskutiert, außer deren Organisationsform – der Zentralismus.

Es besteht eine Diskriminierung von Kommunisten von vornherein, ohne jegliche inhaltliche Auseinandersetzung mit deren Arbeit. Unkenntnis und Verwischungen bestehen zwischen KPD und DKP. Vorurteile sind zum Beispiel: „die sind alle vom Osten gesteuert“ oder „bei Wahlen haben die nie die 5% überschritten“. Diese Dinge waren mehr der Ausschlag für meinen Rücktritt.

Ein Hintergrund, der noch eine Rolle spielt, ist, daß ich in den Landesvorstand gegangen bin, um das linke Spektrum zu vertreten. Das linke Spektrum hat sich inzwischen bestimmt auf die Hälfte reduziert und ich verspürte von daher nicht mehr so einen Rückhalt, z.B. ob überhaupt noch Leute mit zu den verschiedenen Treffen kommen würden. Für den Rückzug der Linken gibt es verschiedene Gründe. Zum Einen die Beschlüsse, die in Karlsruhe gefaßt wurden; der Beschluß von Wesel mit der Anpassung an die Bundessatzung bis zum 30.4.; die Art und Weise, wie alles gelaufen ist, z.B. die autonomen Delegierten in Karlsruhe nicht zuzulassen, obwohl diese Umweltpolitik und noch wesentlich mehr betreiben. Eine Rolle in NRW spielten die ganzen Mauseleien der ehemaligen Geschäftsstelle in Marl. Von hier aus wurden ohne Befugnis ewig Rundbriefe verschickt, um Stimmungsmache gegen die Linken zu betreiben. Dadurch haben viele gesagt, wenn da so eine Uneinigkeit und so eine Diskriminierung innerhalb der Partei läuft, haben wir da nichts mehr zu suchen.

Ich selbst meine, daß ein Zurückziehen aus solchen Gründen nicht richtig ist, da es klar ist, daß die bürgerlichen Kräfte erst einmal Vorurteile gegen Linke und Kommunisten haben.

Und dann die Kungeleien mit dem Bundesvorstand, der uns nach den Karlsruher Ereignissen die Anerkennung als Landesverband aberkannt hat und nur unter der Bedingung anerkennen wollte, wenn wir unterschrieben hätten, daß wir die Bundessatzung annehmen. Diese Auseinandersetzungen liefen dann oft unter Ausschluß der Öffentlichkeit.

Wichtig ist, was sich auch in den Kreisverbänden widerspiegelt, daß bisher kaum inhaltlich gearbeitet wurde. Man hat sich mit Delegierungen, Wahlen und Parteigesetzen rumgeschlagen, aber inhaltlich, über das, was man eigentlich will, lief nichts.

So sehe ich das auch mit dem in NRW verabschiedeten Programm. Dies ist in wesentlichen Teilen fortschrittlich und ich meine für Linke wählbar, aber längst bei den Grünen nicht vollkommen verankert.

Frage: Woran liegt das Eurer Meinung nach?

A.N.: Als die GAL hier in Münster gegründet wurde, wußten wir alle, daß für unsere kommunalpolitische Arbeit, die wir machen wollten, ein organisatorischer Rahmen nötig war. Inhaltliche und organisatorische Arbeit standen im Zusammenhang und wurden von uns bestimmt. Beim Aufbau der Grünen Partei wurde von oben der organisatorische Rahmen vorgeschrieben. Es waren Kreisverbände zu gründen, ohne sich auch nur ansatzweise mit den Inhalten zu beschäftigen. In jeder Kreisverbandsitzung wurde gefordert, endlich inhaltlich zu diskutieren, aber die ganzen Formalitäten hinderten uns daran. Viele Interessierte kamen nicht mehr.

B.T.: Es ist kein Prozeß abgelaufen. Die Zeit war einfach zu kurz. Gute Ansätze sah ich noch bei der Gründung in Hersel, wo versucht wurde, auf die gegenseitigen Bedenken einzugehen. Was danach gekommen ist, war von beiden Seiten nur noch der Versuch, Positionen durchzubringen.

Bei vielen Linken bestand die Befürchtung, daß so eine Partei nicht handlungsfähig ist, bei solchen Widersprüchen, die nicht politisch ausgetragen wurden. Schwierigkeiten, die zusätzlich auftraten, waren im Verhal-

ten einiger rechter Grüner begründet. Z.B. die sog. „Grüne Fraktion Mitte“, die geheime Hinterzimmergespräche führte, sich einerseits nicht von unserem Landesverband abgrenzte und andererseits für Wegener gearbeitet hat.

Mauseleien, wenig politische inhaltliche Arbeit und das Verhalten einzelner Grüner hat Viele einfach geschockt.

Z.B. Hausleiter, der unheimlich taktisch vorging: in Karlsruhe sagte er, „Übergangsregelung heißt nicht Anpassung“, auf dem Treffen des Landesvorstandes mit dem Bundesvorstand sagte er, er setze sich für den Kompromiß „Unvereinbarkeit mit den bei Wahlen konkurrierenden Parteien“ ein und in Wesel setzte er sich dann für die schärfste Lösung „Anpassung bis zum 30.4.“ ein.

Oder Hermann Meer, der in Karlsruhe sagte, „Übergangsregelung ist dasselbe wie Ausnahmeregelung“, damit durch die Linken die 2/3-Mehrheit für die Partei-Gründung erreicht werden konnte. Dafür sollten wir uns einsetzen. In Wesel stellte er dann selbst den Antrag „Anpassung bis zum 30.4.“. Zwischenzeitlich sagte er, er könnte nicht für eine zeitliche Begrenzung sein, weil er dann die Linken verarschen würde, und das könnte er nicht mit seinem Gewissen vereinbaren. In Wesel war sein Gewissen dann weg.

Frage: Wie ist Eure Einschätzung über die weitere Entwicklung?

B.T.: Ich glaube, daß die weitere Entwicklung sehr stark davon abhängt, ob die Linken, die noch in der Partei sind, weiterarbeiten. Ihre Funktion sehe ich darin zu verhindern, daß die Grünen eine normale bürgerliche Partei werden, die dann den Spielraum, den die Initiativen auf örtlicher Ebene noch haben, gleichzeitig einschränken würde, durch Ausspielerien usw.

Frage: Was meinst Du konkret damit?

B.T.: Z.B. friedliche Atomkraftgegner sitzen dann im Parlament und stehen gegenüber denen, die eben einen Bauplatz besetzen oder überhaupt in Aktionen mit der Polizei verwickelt sind.

Aus solchen Gründen will auch ich weiter mitarbeiten. Das hat nichts mit meinem Rücktritt aus dem Landesvorstand zu tun. Im Vorstand ist ein linkes Mitglied nur ein Feigenblatt. Linke müssen an der Basis versuchen, linke Kreisverbände hinzukriegen, die inhaltlich arbeiten, einen guten Wahlkampf machen und ihre Positionen vermitteln.

Frage: Deine zukünftige Aufgabe ihre Positionen vermitteln.

Frage: Deine zukünftige Aufgabe siehst Du auf Kreisverbandsebene?

B.T.: Ja schon, aber hauptsächlich in der GAL. Ich meine, ich will verstärkt Kommunalpolitik machen und dadurch einen Boden schaffen, daß überhaupt eine sich alternativ verstehende Partei darauf aufbauen kann. Hierzu sehe ich in den Listen einen wesentlichen Grundstein. Ich sehe nicht, daß die Kreisverbände im Moment so etwas leisten können, also z.B. einen qualifizierten Wahlkampf führen. Das sieht man daran, was für Wahlkampfkonzepte erarbeitet wurden. Z.B. die vollkommen unpolitischen Bienenplakate. Die Listen sollten sich kritisch mit dem Auseinandersetzen, was bei den Grünen passiert und ihre Inhalte und Positionen öffentlich zur Diskussion stellen, so daß die Grünen sich dazu verhalten müssen.

Frage: Anne, Du bist als Vertreterin der Frauen in den Landesvorstand gewählt worden, und Du kandidierst auch als 2. Kandidatin für den Landtag. Worin siehst Du Deine Schwerpunkte?

A.N.: Ja, und ich bin nicht aus dem Landesvorstand zurückgetreten. Ein Grund war, daß, solange Linke in so einer Partei mitarbeiten, es auch notwendig ist, auf höheren Ebenen Vertreterinnen zu haben, die kontrollieren, informieren und Kungeleien öffentlich machen können.

Die Arbeit im Vorstand war auf jeden Fall sehr schwierig und kompliziert, aber für mich war der Beschluß in Wesel nicht der Punkt, aus dem Vorstand rauszugehen, weil ich das am Programm festmachen wollte und daran entscheiden wollte, ob ich überhaupt noch bei den Grünen mitarbeiten kann. In Herne hat sich für mich auch gezeigt, daß die Programmdiskussion positiv verlief. Wesentliche Punkte, wie demokratische Rechte, Gewerkschaftsbereich und Frauen wurden mit fortschrittlichen Inhalten ins Programm aufgenommen.

Sehr wichtig ist, daß die Frauen

autonom innerhalb der Grünen arbeiten könne, und auch die Entscheidung für die ersatzlose Streichung des § 218 ist positiv. Damit ist auch klar gesagt, daß wir gegen die Kriminalisierung und Entmündigung der Frauen sind. Es dürfen nicht weiterhin andere über das gesamte weitere Leben einer Frau entscheiden, sondern allein sie selbst.

Auf dieser Grundlage wird eine politische Arbeit innerhalb der Grünen in NRW möglich.

Schwerpunktmäßig werde ich Frauenarbeit machen, weil ich sie für ebenso wichtig halte, wie die Arbeit zu allen anderen Bereichen. Oft wird gesagt, und das auch von Frauen, bevor die Arbeit in anderen Bereichen nicht gemacht wird, ist Frauenarbeit nicht so wichtig. Diese Auffassung teile ich nicht, denn so ist die Frauenarbeit immer vernachlässigt worden oder ausschließlich in den Funktionen von Familie, Mutter und Hausfrau behandelt worden. Gerade z.Zt. wird versucht, die Frauen an Heim und Herd zu schicken, in die Isolation und Abhängigkeit. Hier arbeiten wir für eine grundsätzliche Veränderung. Aus all diesen Gründen habe ich auch kandidiert.

Frage: Die Aufnahme der Frauenforderungen ist auch ein Erfolg. Gerade Du hattest Dich ja seit Gründung dieser Partei kompromißlos für diese Forderungen eingesetzt.

A.N.: Ja, wir arbeiten auf Grundlage dieser Bedingungen und Forderungen in der GAL-Münster, und aus diesen Erfahrungen heraus habe ich auch bei den Grünen darum gekämpft. Gerade die Autonomie ist eine wesentliche Voraussetzung für unsere Arbeit. Das habe ich durch Erfahrungen gelernt. Ich war nicht immer schon dafür.

Diese Strukturen sind deshalb so wichtig, weil in einer Gruppe mit Männern zusammen-tatsächlich zu jeder Frage erst die Männer reden und wir Frauen uns mit diesen Argumenten, die gar nicht unsere sind, auseinandersetzen. Zum anderen läuft die Arbeit unter Frauen solidarischer ab, ohne GO-Anträge, Formalitäten etc.

Wir wollen aber innerhalb der Partei selbstverständlich mit Männern gemeinsam arbeiten. Eine Trennung oder Isolierung sehe ich durch die autonome Arbeit überhaupt nicht. Die Auseinandersetzung in Herne hat gezeigt, daß von einigen Männern die Frage so behandelt wurde, als ginge es um ihr Überleben bzw. ihren Untergang. Vor der Abstimmung jagte es um ihr Überleben bzw. ihren Untergang. Vor der Abstimmung jagte ein GO-Antrag den anderen.

B.T.: Diese Forderungen, also nach Streichung des § 218 und Autonomie, wurden ja auch nur in Ausnahmefällen von Männern vertreten. Der Strammann vom SB (mit seinem linken Anspruch) war zunächst sogar gegen die Streichung des § 218 und später, wohl aus reinem Opportunismus, damit die Linken nicht abspringen, stellte er einen Antrag auf Streichung des § 218, aber mit einer irrsinnigen, biologischen Begründung, die allen Impulsen und Inhalten der Frauenbewegung widerspricht.

Frage: Ihm geht es wohl am wenigsten um das Selbstbestimmungsrecht der Frauen?

B.T.: Ja, aber dafür hat sich Anne maßgeblich eingesetzt.

Für die Grünen ist auf Dauer auch sehr wichtig und sie werden nur dann überhaupt eine Perspektive haben, wenn sich die Gewerkschaftsbewegungen von der SPD lösen und in einem ökologisch, linken, alternativen Bündnis mitarbeiten. Nur die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung kann auf lange Sicht verhindern, daß die Grünen ein bürgerlicher, anthroposophischer, idealistischer Club werden. Diese Tendenzen sind bei den Grünen ganz klar vorhanden. Die Ursachen von Umweltzerstörung werden oft nur an der Oberfläche abgehandelt. Der Mensch muß sich den Regelkreisen der Natur unterordnen, ihm müßte bewußt werden, daß er nicht Herrscher der Natur ist. Aber es wird nie gesagt, wer hier eigentlich

maßgeblich für die Umweltzerstörung, in wessen Interessen und zu welchen Zielen verantwortlich ist. D.h. die Rolle von Industrie und Regierung, die nach dem Prinzip des Profits handeln, wird verschwiegen. Aufgabe der Linken ist es, die eigentlichen Erklärungszusammenhänge reinzutragen.

Danke für das Gespräch.

Eine Genossin aus Münster

Die Grünen NRW: Gegen § 218 und für Frauenautonomie!

Turbulente Szenen gab es auf der NRW-Landesdelegiertenversammlung der Grünen am 8. und 9.3. in Herne, als die Autonomie der Frauen, ihr letztes Entscheidungsrecht in Frauenfragen, verhandelt wurde. Mit allen Tricks, GO-Anträgen, Hinweisen auf Bundessatzung und Parteiengesetz wurde versucht, diese „Ungeheuerlichkeit“ abzuwenden. Daß sich hierbei grüne Mäde wie Norbert Mann besonders hervortaten, ist nicht weiter verwunderlich. Aber auch Eckardt Strathmann vom SB ließ es sich nicht nehmen, gegen solche „Sonderrechte“ der Frauen zu Felde zu ziehen. Von den Frauen selbst war nur eine kleine Minderheit gegen Autonomie. Das hatte sich schon auf der Frauenvollversammlung am 24.2. in Wesel gezeigt, wo Gerda Degen und zwei weitere Frauen mit ihrem Standpunkt, Frauenautonomie widerspreche der „Solidargemeinschaft der Grünen“ allein geblieben waren. Und daß bei den Grünen alles andere ganz anders sei und die gleichberechtigte Zusammenarbeit mit den Männern so wunderbar funktioniere – wie von Gerda Degen behauptet – mochte dort angesichts gegenteiliger Erfahrungen auch niemand glauben.

Zur Frage der Frauenautonomie wurden dann schließlich zwei Abstimmungen auf der Landesdelegiertenversammlung durchgeführt. Zunächst die weiblichen Delegierten allein: eindeutige Mehrheit für Autonomie! Aber auch die gemeinsame Abstimmung aller Delegierten ergab 2/3 Fürstimmen.

Verzweifelte Versuche, dieses eindeutige Ergebnis wieder rückgängig zu machen, waren vergeblich. Nach

einer halben Stunde Hin und Her stellte das Präsidium noch einmal klar, daß die Abstimmung keine Satzungsänderung, sondern eine politische Willenserklärung sei: die Frauen sollen in allen Frauenfragen das letzte Wort haben.

Schon vor der Autonomie-Debatte war von den Frauen klargestellt worden, daß in jedem Fall von der Versammlung ein Meinungsbild über das Frauenprogramm hergestellt werden sollte, weil vor den Landtagswahlen keine Frauenvollversammlung mehr stattfinden wird. Neben dem Punkt „Arbeitssituation der Frau“, wo ein Teil der Grünen die Berufstätigkeit von Frauen nur als allerletzte Notlösung (!) anerkennen wollte, kam es erwartungsgemäß bei der Frage des § 218 zu den schärfsten Kontroversen.

Der Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 standen zwei Anträge von Ingrid Jülich und Eckardt Strathmann gegenüber. Während I. Jülich zunächst eine Indikationsregelung befürwortete und dann auch eine Fristenregelung akzeptieren wollte, forderte Strathmann die „Streichung des § 218 bei gleichzeitiger Einrichtung von Schwangerschaftskonfliktzentren“. In einem längeren Vortrags wurden dagegen genauestens die Entwicklungsstadien des Embryos bis zur 12. Woche beschrieben und gefolgert: „Sieht man dieses Problem aus ethischer Sicht, so hat das Recht der Ungeborenen auf Leben mehr Gewicht als das Selbstbestimmungsrecht der Frauen über ihren Körper.“

Frau Degen schaltete sich noch mit einem wüsten Ausfall in die De-

batte ein, der allerdings vom Präsidium zurückgewiesen wurde: sie rückte die Abtreibungsbefürworter in die Nähe der Faschisten, denn mit dem ungeborenen Leben fange es an und dann kämen die geistig und körperlich Behinderten dran und schließlich alle Alten und Schwachen. Genützt hat auch das nichts: mit 2/3-Mehrheit wurde die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 beschlossen.

Bei der Aufstellung der Kandidatenliste – bis Platz 12 immer abwechselnd ein Mann und eine Frau! – kam es wegen der § 218-Frage noch einmal zu einer Kampfabstimmung. Gerda Degen erklärte bei der Kandidatenbefragung unmißverständlich, daß sie die Abstimmung zum § 218 nicht akzeptieren und nicht vertreten könne, und fiel demzufolge bei der Besetzung von Platz 2 der Landesliste klar durch; gewählt wurde Anne Neugebauer als eine der Verantwortlichen für das Frauenprogramm. Gerda Degen landete dann schließlich dank der Unterstützung einiger Linker doch noch auf Platz 6, obwohl schon vorher mit Jubel und Getöse das imperative Mandat für die Kandidaten verabschiedet worden war.

Ein klarer Sieg für die Frauen (und für die Linken) war die Versammlung von Herne aber auch so noch. Besonders bemerkenswert ist dabei die Tatsache, daß dieses Treffen als Delegiertenversammlung im Gegensatz zur schlechtbesuchten Landesmitgliederversammlung von Wesel mit reicher Mehrheit) die derzeitigen Kräfteverhältnisse im Landesverband repräsentiert.

2. Landesparteitag der Grünen/Bayern

Mit großer Spannung hatten die bayrischen Grünen die Delegiertenversammlung am 16. März in Augsburg erwartet. Vorausgegangen waren monatelange Auseinandersetzungen um die Machtpolitik von Teilen des Vorstands. Mit der putschartigen Einstellung von Kaub als Landesgeschäftsführer, einer scharf rechts ausgerichteten Öffentlichkeitsarbeit und innerverbandlichen Diffamierungskampagnen gegen alle, die sich nicht ihrem Kurs anschließen wollten, hatte die Gruppe um den Landesvorsitzenden Resch den Bogen allerdings überspannt. Sie sahen sich zunehmend einer breiten Ablehnung in großen Teilen des bayrischen Landesverbandes gegenüber (s. AK 173). Die Forderung nach Rücktritt und Neuwahl des im Oktober letzten Jahres gewählten Vorstands wurde immer lauter, so daß sich auch die Gruppe um Resch dem nicht mehr entziehen konnte. So stand am 16. März nicht nur die Verabschiedung einer endgültigen Landessatzung, sondern auch Neuwahl des Vorstands und Diskussion der von einzelnen Vorstandsmitgliedern verfaßten Rechenschaftsberichte auf der Tagesordnung.

Die Landesversammlung begann mit einem Überraschungsmanöver: Als erstes wurde in einem Antrag gefordert, jegliche Debatte über die Rechenschaftsberichte – und damit jede Möglichkeit der Kritik an Resch & Co. – von der Tagesordnung zu streichen. Das ging glatt durch, und daraufhin beantragte Kaub, eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen. Sein Plan: Er wollte den ganzen Streit um seine Person ausschließlich

daraufhin beschränken, eine persönliche Erklärung abgeben zu dürfen. Sein Plan: Er wollte den ganzen Streit um seine Person ausschließlich aus seiner Sicht darstellen, anschließend sofort die Vertrauensfrage stellen und darüber abstimmen lassen, ohne vorher seine zahlreichen Kritiker – mit Hilfe des ersten Antrags – zu Wort kommen zu lassen. Davon versprach er sich ein klares Votum für seine Einstellung als Geschäftsführer und damit eine nachträgliche Legitimation der ganzen Mausehelei.

Die Mehrheit der 172 Delegierten stimmte für Kaubs Antrags, allerdings sollte er seine persönliche Erklärung erst nach der Satzungsdebatte abgeben.

Die Satzung wurde ohne jede Diskussion in rund 6 Stunden Zeile für Zeile verabschiedet. Die zahlreichen Änderungsanträge durften nur vorgestellt und begründet werden. Allerdings schlug sich in der Satzung die Erfahrung aus den vergangenen Auseinandersetzungen nieder: So gibt es jetzt statt eines Vorsitzenden drei gleichberechtigte Vorsitzende, Elemente des „Rotationsprinzips“ sind verankert, der Vorstand wurde um 8 Posten erweitert (von 9 auf 17), u.ä. Dafür ging dann das Verbot der Doppelmithgliedschaft glatt durch und im allgemeinen orientierte man sich am Tenor der Bundessatzung.

Die einzige „heiße“ Auseinandersetzung gab es an der Frage der Gehälter: Nach einem Antrag aus Forchheim sollten die Einkommen grüner Abgeordneter und Partei-Angestellter den Durchschnittslohn eines bundesdeutschen Lohnabhängigen nicht überschreiten. Überschüssige Diäten etwa sollten an einen Ökofond abgeliefert werden. Gegen diesen Antrag liefen besonders die dem rechten Flügel zugehörigen Grünen Sturm. Die verbissene Verteidigung ihrer – noch nicht einmal vor-

handenen – Pfründe lieferte einen kleinen Ausblick auf das, was wir zu erwarten haben, wenn solche Leute wirklich mal in Parlamenten sitzen. Die Abstimmung zu diesem Antrag ging knapp aus: Nach mehrfachen Anfechtungen und Auszählungen wurde die Forderung der Forchheimer mit 74:69 Stimmen abgelehnt. Ansonsten verlief die Satzungsdiskussion ohne wesentliche Auseinandersetzungen.

Erst als Kaub zu seiner „persönlichen“ Erklärung ansetzte, wuchs die Spannung wieder: Er wollte jetzt einen Schlußstrich ziehen. Die ganzen internen Rundschreiben und Verdächtigungen seien den Grünen nicht zuträglich und ihm nicht zumutbar. Allerdings sei sein Vertrauen in die Vernunft seiner Kritiker inzwischen ins Wanken geraten, seitdem ihm klar sei, daß es einigen Initiatoren der Angriffe gegen ihn offenbar um ganz andere Ziele ginge, als sie vorgeben.

Als „Beweis“ für die Unsinnigkeit sämtlicher Angriffe gegen ihn griff er sich zwei Beispiele heraus, ohne allerdings auf den Kern der Vorwürfe auch nur mit einem Wort einzugehen. Dann aber holte er zum großen Schlag gegen alle seine Widersacher aus: Was wirklich hinter der Kampagne gegen seine Person stecke, sei ihm bei der Lektüre des neuesten „Arbeiterkampf“ klar geworden. Kaub zitierte zwei Sätze aus dem betreffenden Artikel, ohne natürlich auf die lange Liste der dort erwähnten Fakten einzugehen. Das alles machte deutlich, wer die Grünen wirklich spalten will, meinte Kaub; er stelle jetzt die Vertrauensfrage.

ten Fakten einzugehen. Das alles machte deutlich, wer die Grünen wirklich spalten will, meinte Kaub; er stelle jetzt die Vertrauensfrage.

Mit diesem plumpen Trick brachte er den Saal in Aufruhr. Allerdings erreichte er sein Ziel nicht, im Gegenteil: Die Mehrheit forderte nun doch eine Diskussion, und Kaub bekam einiges zu hören. Sogar von Carl Amery und Hausleiter mußte er sich indirekt vorwerfen lassen, eine eigenmächtige und kompromißlos-aggressive Pressepolitik betrieben zu haben. Hausleiter schlug Kaub vor, sich zukünftig auf seine Aufgaben zu beschränken, in diesem Sinne rief er die Delegierten aber auch dazu auf, Kaub als Geschäftsführer das Vertrauen auszusprechen. Nur auf die Unterstützung von Amery und Hausleiter ist es wohl zurückzuführen, daß die Abstimmung über Kaubs Vertrauensfrage nicht noch blamabler für ihn ausgefallen ist: Immerhin waren über 40% der Delegierten nicht mehr bereit, Kaub weiter auf dem Posten des Geschäftsführers zu sehen. Ihm reichte dieser „Vertrauensbeweis“ aber allemal, um seine Stelle zu behalten.

Zum Schluß wurden die Vorstandswahlen durchgeführt. Der 1. Wahltag, in dem die drei Vorsitzenden gewählt wurden, endete mit einer Überraschung: Von den 6 Bewerbern erhielten nur diejenigen genügend Stimmen, die entweder als fortschrittlich bekannt waren (Bueb, Quickert), oder zumindest in der Vergangenheit nicht mit dem rechten Flügel zusammengearbeitet hatten (Westerhoff). Nach der Wahl des Schatzmeisters (Frau Hausleiter) ergab sich im dritten Wahlgang eine sehr gemischte Zusammensetzung, bei der sich rechte und fortschrittliche Kräfte in etwa die Waage halten, mit einer Tendenz nach rechts.

KB / Nürnberg

Aus dem grünen Landesverband Schleswig-Holstein

Aus dem grünen Landesverband Schleswig-Holstein

„Mitglied der Partei kann jeder werden, der keiner anderen Partei oder parteiähnlichen Organisation, die gegen die Grünen bei Wahlen antritt und/oder Wahlempfehlungen gegen die Grünen ausspricht“ – so lautet der § 3 der Satzung des grünen Landesverbandes Schleswig-Holstein. Dieser Unvereinbarkeitsbeschluss (nicht nur gegen K-Gruppen, sondern auch gegen die LDU) geht über den UVB der Bundessatzung noch hinaus und zeigt, welch scharfer rechter Eindringling in nördlichsten grünen Landesverband weht. Allerdings erklärt die „Z“ Nr. 3/4, daß es inzwischen eine „fruchtbare Zusammenarbeit“ mit liberalen und fortschrittlichen Teilen der GLSH gebe. Das lasse einen „einen heranreifenden Pluralismus“ erkennen.

Auch bei den Delegiertenwahlen für Saarbrücken seien „von den 52 Delegierten aus Schleswig-Holstein diesmal (mindestens) die Hälfte linke und fortschrittliche Delegierte“.

Am 17.2. kam es in Kiel auch zu

einem ersten Treffen linker Grüner mit 70 Teilnehmern, obwohl eine linke Blockbildung in dem Kreis umstritten war. Schon kurz nach der Gründungsversammlung am 27.1. trat der GLSH-Vorstand Dithmarschen mit Getöse (allerdings von dem bedeutungslos gewordenen GLSH-Posten) zurück: „Das Maß ist voll! Fast ein Jahr lang schlug sich die GLSH mit dem Problem LDU herum. Über die „Grünen“ haben wir erneut mit der LDU zu tun. Mit annähernd 50% beherrschte sie den Landeskongress in Neumünster nahezu vollkommen. Die KB-Strategen haben ihre Mitglieder gut im Griff, Macht wurde demonstriert... Diese unmoralischen Spielchen sollen wohl so lange fortgesetzt werden, bis auch der letzte Grüne aufgibt und die Grünen eine weitere Tarnorganisation des KB sind... Deshalb fordern wir: 1. Konsequente Anwendung des § 3 (Mitgliedschaft) der Landessatzung; 2. Ausschluss aller LDU-Mitglieder... Wir werden unsere Arbeit erst dann wieder aufnehmen, wenn in Schles-

wig-Holstein für 'reine Luft' gesorgt ist“.

Bei der Gründung des Kreisverbandes Ostholstein wurde folgender Abgrenzungsparagraph verabschiedet: „Ausgeschlossen sind insbesondere Mitglieder von faschistischen Gruppierungen und kommunistischen Kaderorganisationen.“

Ein weiterer rechter Vorstoß kam kürzlich vom Landesvorstand, der mit einem Schreiben an die Kreisverbände alle Abweichungen vom UVB in § 3 der Landessatzung für ungültig erklärte. Begründet wurde das – wie so oft – mit dem Parteiengesetz: die Satzungen der Kreise dürften nicht grundlegend der Landessatzung widersprechen. Angesprochen sind damit natürlich nicht die Rechten im Kreisverband Ostholstein, sondern der Kreisverband Neumünster, der keinerlei UVB verabschiedet hat, aber auch – man höre und staune – der Kieler Kreisverband, in dem der UVB der Bundessatzung (§ 2) Gültigkeit hat.

»Rein in die Grünen...« Neuigkeiten von den »Nationalrevolutionären«

Von dem neuen Farnblatt der rechtsradikalen „Nationalrevolutionäre“ (NR) in Rheinland-Pfalz hatte der AK bereits in Nr. 169 berichtet. „Wir selbst“, das seine Zielsetzung schon im Untertitel („Zeitschrift für Nationale Identität“) ankündigt, ist inzwischen mit Nummer 2 erschienen.

Das Blatt stellt in einem Kommentar zum Gründungskongress der Grünen in Karlsruhe fest, „daß es bei allen konstruktiven Kräften (wobei der kommunistische Bund ausdrücklich ausgenommen werden muß) nicht schaden würde, wenn es neben den Grünen als Partei, eben Nichtpartei-Gruppierungen geben würde, deren Mitglieder in den Grünen sind, ob KPDler und AUDler (die ihren Parteistatus aufgeben müßten), Solidaristen, Freisoziale usw., denn dies würde nur die basisdemokratische Vielfalt der Grünen gegenüber den etablierten Parteien dokumentieren“.

Bei diesen Leuten tummelt sich auch ein alter Bekannter, Horst J. Ackermann. Um 1969/70 war er am Rande der KPD/ML aktiv und gab ein eigenes „ML“-Blättchen heraus. Jetzt freut er sich in „Wir selbst“: „Von den westdeutschen kommunistischen Gruppierungen hat als erste die „maoistische“ KPD begonnen, sukzessiv zu einer gemeinsamen Basis mit den Nationalrevolutionären zu kommen.“ Einflußnahme auf die Grüne Partei, heißt für „Solidaristen“ und „Nationalrevolutionäre“ die neue Strategie: „Also laßt uns in den Grünen gemeinsam und ohne Scheu zusammenarbeiten“.

Das Vorstandsmitglied des BUNDESDEUTSCHER SOLIDARISTEN

(BDS), Klausdieter Ludwig, ruft in „Wir selbst“ seine Gesinnungsgenossen in der NR-Bewegung auf, endlich bei den Grünen stärker mitzumachen: „Diese Bewegung darf nicht in die Hände von Dogmatikern fallen, denn sie ist auch unsere Chance. In Karlsruhe waren sieben Leute aus der NR-Szene vertreten, vier Delegierte, zwei Ersatzdelegierte, zwei Pressevertreter. Das ist entschieden zu wenig! (...) Wollt ihr die große Chance vorbeigehen lassen, dort eure eigenen Ideen einzubringen? (...) Also - rein in die Grünen, Einfluß nehmen, ein Aktivist kann viele Zäubernde mitreißen, um Delegiertenplätze kämpfen (...), um den einzelnen Kommunisten werben, seine Führer bekämpfen, aufklären über die bürgerlichen Opportunisten“.

Laut einer Notiz im NR-Blatt „Laser“ Nr. 21 (Februar/März 80) hat es übrigens in Koblenz am 23.2.80 ein Arbeitsgespräch zwischen „Nationalrevolutionären, Ökologen und Kommunisten“ gegeben. Was für Kommunisten das gewesen sein sollen, wurde nicht mitgeteilt. Vielleicht welche von der MLD? Jedenfalls wollen die „Nationalrevolutionäre“ mit Gruppen wie dem KB nichts zu tun haben. Das beruht auf Gegenseitigkeit!

Wenden wir uns einem anderen Thema zu: „Wir selbst“ berichtet Hochinteressantes über einige Vertreter der „nonkonformen Revolutionäre“ von Rechtsaußen aus. Zu den „Exponenten nationalrevolutionärer Politik“ wird z.B. Henning Eichberg gezählt, der sich vor kurzem verbal von der NR-Bewegung distanzierte. Außerdem werden die Namen

Wolfgang Venohr und Wolfgang Strauss genannt. Venohr ist Chef des stern-TV und „wurde durch seine Fernsehsendung „Dokumente Deutschen Daseins“ einem breiteren Publikum bekannt“. In Nr. 4/79 des NR-Blattes „Neue Zeit“ (Sache des Volkes) gab er ein Interview.

W. Strauss, der neben seiner journalistischen Tätigkeit bei rechtsradikalen Blättern („SOL“, „Laser“, „Neue Zeit“, „Mut“, „Deutscher Hochschulanzeiger“) auch für die SPD - nahe, antikomunistische Zeitung „Spontan“ schreibt, gehört zu den älteren Ideologen dieser Szene. Er ist auch Mitarbeiter im Hamburger „Jungen Forum“, einer Zeitschrift, deren Ausstrahlung von den linken Faschisten in der NR-Szene bis zur NPD/JN reicht.

Zu guter Letzt konnte „Wir selbst“ auch froh vermelden, daß ein Mitglied der AL West-Berlin mit „weiter so“ seine Zustimmung zu der Zeitschrift ausgedrückt habe. Und ein Vorstandsmitglied der rheinland-pfälzischen GRÜNEN (KV Bitburg-Prüm-Daun) konnte zum Kommentar über die Grünen in „Wir selbst“ Nr. 1 seine Sprüche für den rigorosen UVB (Verbot von Doppelmithgliedschaften bei anderen Parteien und politischen Vereinigungen) loswerden und dazu noch Hetze gegen Alternative, Bunte etc. (die „die politische Arbeit auf Versammlungen sehr erschweren können“) verbreiten.

Es lohnt sich, gegenüber diesen Braun-„Grünen“ die Augen offen zu halten und ihnen kräftig Kontra zu geben!

A.N.

Buchhinweis

Die Geschichte alternativer Projekte von 1800 bis 1975 hrsgg. von Jan Peters mit Beiträgen von Bruno Buckler, Reinhard Feld, Ludwig Goergens, Joseph Huber, Lutz Jung, Jan Pätzold und Jan Peters, Verlag Klaus Guhl, 1980, 383 S., ISBN: 3-88220-144-4, DM 24,80.

Dieses Buch bringt einen Überblick über die Geschichte und Theorie der alternativen Projekte in den letzten 200 Jahren. Dabei werden viele Kollektive mit ihren Hoffnungen und Schwierigkeiten beschrieben. Das Spektrum reicht von den utopischen Sozialisten und ihren Kommunen in den USA im 19. Jahrhundert über die Lebensreformbewegung in Deutschland von der Jahrhundertwende bis zum Faschismus, Ascona, die Arbeitslosenselbsthilfen und Coops in den USA, die Kollektive im spanischen Bürgerkrieg bis zu den Landkommunen und zur internationalen Jugendkultur- und Alternativszene von heute.

Besonderes Gewicht wurde auf die Probleme des täglichen Lebens und die ökonomische Organisation gelegt. Weiter geht es um die ökologische Krise und deren Überwindung, um das Problem der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit und die neofaschistischen Einverleibungsversuche der Kollektive. Jan Peters diskutiert mit Rolf Schwendter, Arno Klönne, Walter Hollstein und Reimar Lenz den Charakter und die Zukunft der Alternativbewegung im Vergleich zur außerparlamentarischen Opposition der sechziger Jahre.

Einzelbestellungen bitte bei Peter van Spall, Spenerstraße 2, 1 Berlin 21, nur gegen Vorkasse von 23 DM (Vorzugspreis) auf das Bankkonto 0240190041 bei der Sparkasse der Stadt Berlin-West, BLZ 100 500 00.

»Kulturregionalismus« und »altes Brauchtum« Gehen Grün und Braun gut zusammen?

Wie im AK berichtet (AK 172, S.8), gibt es im Kreisverband Pinneberg der Grünen Partei Ärger um das Mitglied Joachim Rudat, dem vorgeworfen wird, Aktivist der rechtsradikalen „Solidaristischen Volksbewegung“ zu sein.

Hierzu hatte es in der LDU Pinneberg eine Diskussion gegeben, wie die Sache zu behandeln sei. Ob man nämlich die Sache mit einem „Offenen Brief“ bekannt machen sollte oder ob man grün-intern versuchen sollte, eine Lösung zu finden. Für letzteres plädierten die grünen LDU-Mitglieder, insbesondere die „Z“-Gruppe. Das Argument war dabei, daß es den grünen schaden würde, wenn die Mitgliedschaft eines Rechtsradikalen öffentlich bekannt würde. Lieber sollte man erst versuchen, intern seinen Ausschluß zu erreichen. Zu diesem Zweck sollte ein Brief an die Grünen geschrieben werden. Dieser Vorschlag setzte sich mit Mehrheit durch.

Daraufhin gab es eine schriftliche Antwort von D.-W. Plagemann, Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen. Plagemann argumentierte, daß er besagten Rudat schon seit 12 Jahren kenne. Seine Arbeit sei „konstruktiv“ gewesen. Er sei zwar „konservativ“, aber habe keine solchen Vorstellungen, wie sie den „Solidaristen“ vorgeworfen würden. Im übrigen seien auch die „Solidaristen“ gar nicht so schlimm wie behauptet. Von Rassismus und Faschismus könne er bei den „Solidaristen“ jedenfalls nichts feststellen. Vielmehr handele es sich bei ihnen um „ausgeprägten Kulturregionalismus“, „Schwärmerei von Volkstum und altem Brauchtum“ und etwas „nationalen Touch“.

Man sollte, so Plagemanns Vorschlag, das Thema Rudat „fallen lassen“.

Nur einige Zitate zum Stichwort „Rassismus“: Die „Solidaristen“ wenden sich gegen „Mischung fremder Rassen“, da diese die „biologischen Voraussetzungen nationaler Identität“ untergrabe. „Die zwangsweise Rassenintegration“ führe zu „ständig sich steigernden Rassenkonflikten“. Die „Solidaristen“ fordern deshalb die Rückkehr der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien „in ihre Stammländer“. Kein Rassismus?!

Die Sache stand dann, nach Vorliegen des Briefes von Plagemann, bei einer MV der Pinneberger Grünen auf der Tagesordnung. Hier hieß es wiederum: Man könne jemanden, der seit 12 Jahren im Umweltschutz aktiv sei, doch nicht ausschließen. Links und rechts seien ohnehin überholte Kategorien, bzw. linke und rechte Extremisten seien doch gleich schlimm. Ansonsten wurde das Material über Rudat und die „Solidaristen“ angezweifelt. Sich selbst mit diesem Material zu befassen - dazu hatten die Grünen aber auch keine Lust. Überhaupt hatte Rudat es ja vorgezogen, zu der MV nicht zu erscheinen - weshalb es nun ein „Gebot der Fairness“ sein mußte, in seiner Abwesenheit keine Entscheidungen zu treffen. Die Sache blieb also offen bzw. soll wohl unter den Teppich gekehrt sein. Und die linken Grünen wie die „Z“-Gruppe halten wahrscheinlich den Mund, auf daß das öffentliche Ansehen der Grünen keinen Schaden leiden möge.

Nach Berichten aus dem KB/Gruppe Pinneberg.

AK-Verkauf auf einer Wahlveranstaltung der Grünen

Diese Schmierkomödie spielt nicht in einem Provinznest, sondern in einer „linken“ Universitätsstadt wie z.B. Freiburg. Ein AK-Verkäufer steht vor (!) der Tür eines Saales, in dem in ca. zehn Minuten eine große Wahlveranstaltung der GRÜNEN mit Herbert Gruhl beginnen soll. Voll Optimismus und freundlich lächelnd spricht er die langsam eintröpfelnden Besucher auf seine Zeitung an. Plötzlich stürmt ein „grünes“ Vorstandsmitglied aus dem Saal.

„Was macht Ihr hier? Der ‚Arbeiterkampf‘ ist hier verboten, das wißt Ihr doch. Ihr wollt Euch doch nur anhängen, bitte geht doch!“ Weitere „Grüne“ umzingeln den AK-Verkäufer, u.a. die beiden Landtagskandidaten. „Ihr seid doch Schmarotzer, geht bloß nach draußen!“ „Aber, es ist doch eigentlich ein selbstverständliches demokratisches Recht, wenn ich...“ „Hören Sie mal, wieso gehen Sie eigentlich nicht zur CDU mit Ihrem Mist und verkaufen dort!“ „Ja, zur CDU. Mit ihrer altweltlichen Ideologie paßt Ihr Technokraten zu denen sowieso viel besser.“ „Aber ich habe immer gedacht, die ‚Grünen‘ hätten einen alternativen Anspruch, wären tolerant, auch...“ „Sie wollen das ja nur ausnützen, nur schmarotzen.“ „Aber nicht bei uns. Ihr seid Schmarotzer.“ „Ihr wollt uns ja nur provozieren. Das ist Gewalt. Das ist Eure Art von Gewalt, wenn Ihr hier steht und verkauft.“

„Aber es muß doch niemand was kaufen.“ „Herr E., wir wissen, daß Sie auch Mitglied bei den GRÜNEN sind. Aber nicht mehr lange. Ich werde höchstpersönlich für Ihren Ausschluß sorgen.“ „Mit Extre-

misten wollen wir nichts zu tun haben.“ „Eben, wir sind doch keine Kommunisten.“ „Damit die Sache ein Ende hat: Geben Sie mir die Zeitungen, die Sie da haben, ich kaufe sie Ihnen alle ab.“ „Bloß nicht, das wäre der größte Triumph für die.“

Die drei Zeitungen des AK-Verkäufers wechseln trotzdem für DM 6,- in den Besitz des „grünen“ Landtagskandidaten über. Jedoch: ein anderer AK-Verkäufer setzt mit einem anderen Stapel AKs den Verkauf fort. Sofort wird er von einem Pulk „Grüner“ umringt.

„Hergeben. Geben Sie her.“ „Wieso denn? Wir dürfen sogar bei SPD-Veranstaltungen vor der Tür verkaufen. Wieso dann bei Euch nicht?“

Zwei „Grüne“ packen den Verkäufer am Arm, wollen ihn sanft, aber bestimmt in Richtung Außentür schieben. „Bitte laßt mich los. Das kann ich nicht ab. Ich hab gedacht, ihr seid gewaltfrei.“ „Also gut, dann die Polizei. Jetzt holen wir die Polizei.“ „Ja, ja. Polizei. Die Polizei muß her.“ „Unbedingt. Kurz vor den Landtagswahlen kosten uns diese Kommunisten noch die wertvollen Stimmen.“

Nachbemerkung: Die Polizei wurde nur deswegen nicht geholt, weil in diesen Augenblicken die Veranstaltung begann und wir deshalb den Verkauf einstellen.

Nach der Veranstaltung verkauften wir übrigens noch zwei AKs (obwohl sie schon fast zwei Wochen alt waren...)

Ein Genosse aus Freiburg

„Aber Sie können mich doch nicht einfach festnehmen, nur weil ich AK verkauft habe...“

„Irrtum! Anzeige ist Anzeige!“



Interview mit Dieter Grützner, entlassener Falken-Sekretär

Im Bezirk Westliches Westfalen der SJD-Die Falken ist es seit Herbst 79 zu erheblichen Auseinandersetzungen gekommen. Anstoß war die Kandidatur von vier Falken auf der Bunten Liste Dortmund anlässlich der Kommunalwahl. Die Genossen wollten nicht mehr nur verbal gegen die Politik der Sozialdemokraten in Dortmund vorgehen, sondern ihren Protest gegen die antisozialistische Politik der Sozialdemokraten durch eine Kandidatur auf der 'Bunten Liste' darstellen. Als Folge davon wurde ein hauptamtlicher Sekretär entlassen, und die vier Kandidaten sowie alle Falkenmitglieder, die gleichzeitig auch Mitglied der Bunten Liste waren, mußten auf massiven Druck diverser Falken-Vorstände (Androhung von Verbandsausschlüssen) ihre Mitgliedschaft in der Bunten Liste aufkündigen. Mit Dieter Grützner, dem entlassenen hauptamtlichen Sekretär des Bezirks Westliches Westfalen, führten wir ein Gespräch über die Perspektiven der Arbeit in den Falken und über das Eingreifen bei den kommenden Landtagswahlen in NRW und bei den Bundestagswahlen.

AK: Ihr seid auf Druck der Vorstände aus der Bunten Liste ausgetreten, um die Arbeit bei den Falken weiterführen zu können. Wie geht ihr die Weiterarbeit an?

Dieter Grützner: Wir haben die „Sozialistische Gruppe im Bezirk Westliches Westfalen der Falken“ gegründet. Der Gruppe gehören Genoss/innen aus allen neun Unterbezirken des Bezirks an.

AK: Welches sind die wesentlichen gemeinsamen Positionen der Gruppe, die wesentlichen Widersprüche zu den Vorständen?

Dieter Grützner: Ein zentraler Punkt ist die Ökologiefrage. Wir meinen, daß sie zu einem zentralen Schwerpunkt der Falken-Arbeit werden muß. Das muß u.M. neben dem Kampf gegen Akws auch alle anderen Bereiche der Umweltzerstörung beinhalten, Verpestung der Meere, Zerstörung von Wäldern und landwirtschaftlichen Anbauflächen wie z.B. der Rieselfelder in Dortmund und andere Auswürfe der Profitgeilen Unternehmerschar wie Medikamenten-, Alkohol- oder Drogenabhängigkeit, Rüstungstechnologie, neue Chemikalien usw.

Ein entsprechender Beschluß wurde auf der 79er Bundeskonferenz auch durchgesetzt. Trotzdem taucht das Thema Ökologie in den Materialien des Bundesvorstandes zum Jahresthema nur am Rand auf. Die Mehrheit der Vorstände auf Bundes- bzw. Bezirksebene meint immer noch, die Ökologiefrage sei ebenso wie z.B. die Frauenfrage ein zu vernachlässigender Nebenwiderspruch oder gar unmarxistisch. Da sind wir anderer Meinung.

Überhaupt ist es notwendig, sich stärker auf die gesellschaftlichen Gegebenheiten zu beziehen. Die Orientierung allein auf die Gewerkschaftsarbeit oder auf Dinge wie Jugendarbeitslosigkeit reicht für einen Arbeiterjugendverband wie die Falken nicht mehr aus. Zuviel ist an den Falken vorbeigelaufen. Wenn einzelne Unterbezirke frühzeitig z.B. in die Anti-AKW-Bewegung, Russell-Tribunal oder Antifa-Bewegung eingegriffen haben, so sind das räumliche Ausnahmen.

Ein zweiter, zentraler Punkt sind die Verbandsstrukturen. Wir wollen, daß politische Aussage und persönliches Verhalten übereinstimmen: wir wollen nicht mehr, daß Jugendliche aus der Gruppenarbeit rausgezogen und in die Gremienarbeit reinzwängt werden, wo sie dann mit der Veränderung ihrer Arbeit auch sich selbst total verändern. In diesen Gremien entwickelt sich ein eigener „Menschentyp“, der kaum eigene Freizeit hat, selten Gruppenarbeit macht und nach und nach ein nur noch taktisches Verhältnis zu seinen eigenen Genoss/innen bekommt.

AK: Kannst Du mal ein Beispiel nennen, wie Ihr Euch die Veränderung der Verbandsstrukturen denkt?

Dieter Grützner: Wir diskutieren z.B. u.a. auch über das Rätemodell. Wir müssen es möglich machen, wieder zu träumen, um weiter zu handeln.

Ein Beispiel ist auch, wie die Frauen des Bezirks in der Vorbereitung zur 1. Konferenz zur sozialistischen Mädchenarbeit in Mülheim das Delegiertensystem durchbrochen haben. Alle Frauen, die Interesse hatten, konnten mitfahren und es wurde durchgesetzt, daß alle auf der Konferenz Stimmrecht hatten - und eben nicht Delegierte. Und es gab da auch kein Präsidium auf dem Podium.

AK: In dem Papier, was Ihr zur Gründung Eurer „Sozialistischen Gruppe“ vorgelegt habt, wird die Frauenarbeit nicht als Schwerpunkt Eurer Arbeit in den Falken genannt.

Dieter Grützner: Ja, das Papier wurde von Männern geschrieben und da mal wieder vergessen. Das muß aber nachgeholt werden. Ich find' es richtig,

wenn die Frauen ihre Interessen innerhalb und außerhalb des Verbandes selbst in die Hand nehmen wie in Mülheim. Dort wurde allerdings der Antrag von Genossinnen aus unserem Bezirk, aus Württemberg und Berlin, daß das Einleitungsreferat nicht vom Bundesvorsitzenden, sondern von einer Frau gehalten wird, von der Mehrheit der Frauen noch abgelehnt.

AK: Der dritte zentrale Punkt Eurer Gruppe betrifft das Verhältnis der Falken zur SPD.

Dieter Grützner: Durch langjährige Arbeit in Bürgerinitiativen wissen wir, daß konsequente Interessensvertretung und Unterstützung der SPD einander widersprechen. Das wird gerade hier in Dortmund deutlich. Die Zerschlagung der Jugendzentrumsbewegung, die Verfilzung von SPD/Hoesch und VEW, wo im Interesse von Hoesch die SPD-Ratsherren und -frauen Räumung und Abriß von Arbeitersiedlungen durchsetzen, wo sie im Interesse der VEW die Rieselfelder zum Industriegebiet machen, wo sie im Interesse der DoGeWo (Wohnungsbau-gesellschaft) Häuser zumauern und abreißen lassen. Jüngstes Beispiel ist der Fall Bitzer.

Spätestens seit dem Berliner Parteitag ist jedem klar geworden, daß die Linke in der SPD abgeschmiert wurde. Und zwar in allen Fragen, Ökologie, Terroristengesetze, Rüstung.

Aufgrund dieser Erfahrungen wollen wir die ausschließliche Fixierung des Verbandes auf die SPD aufheben. Und zwar zugunsten eines Diskussions- und Handlungsspielraums für sozialistische Kinder- und Jugendarbeit.

Aber die „Betonfraktion“ (Undurchlässig wie Beton=Vorstandsmehrheit, Anm. AK) orientiert weiter auf die SPD. Die letzte Bundesausschußsitzung hat den Unvereinbarkeitsbeschluß gegen Grüne/Bunte/Alternative Listen ausdrücklich bestätigt. Zur Bundestagswahl wurde trotz alledem die Parole „Stoppt Strauß - Kritisiert Schnüdt - Wählt ohne Illusion SPD“ ausgegeben.

AK: Stichwort Wahlen. Seit Deinem SPD-Austritt anlässlich des öffentlichen Rekrutengelöbnisses auf dem Neuen Markt in Dortmund rechnet eigentlich niemand mehr damit, daß Du eine solchen Kurs mittragen wirst. Was ist Deine Position zu den Landtags- und Bundestagswahlen?

Dieter Grützner: Wir haben uns innerhalb der Falken dafür eingesetzt, „Prüfsteine“ an die Parteien zu den Wahlen zu formulieren. Das ist auch im Bezirk Westl. Westfalen zugunsten einer Wahlausage für die SPD abgelehnt worden.

AK: Wie werdet Ihr Euch weiter verhalten?

Dieter Grützner: Die „Prüfsteine“ sind weiter im Gespräch. Eine Wahlempfehlung werden wir nicht geben. **AK:** Auch nicht für die Grüne Partei?

Dieter Grützner: Nein. Es ist ein beliebtes Mißverständnis, uns zu unterstellen, daß wir die Falken von der SPD auf Grüne/Bunte/Alternative umorientieren möchten.

AK: Wie schätzt Ihr gegenwärtig die Grünen ein?

Dieter Grützner: Wir haben da noch keine gemeinsame Einschätzung. Für mich persönlich kann ich sagen, daß die Grünen noch nicht die Alternative sind. Starke rechte Tendenzen, Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Nichtbeachtung von Frauenforderungen z.B. Aber ich habe die Hoffnung nicht aufgegeben, daß sie sich noch zur Alternative entwickeln....

AK: Worauf stützt sich die Hoffnung?

Dieter Grützner: Zum Beispiel hat sich sogar bei dem Gruhl eine Menge verändert, was die Frage nach den Ursachen der Umweltzerstörung etc. an-



geht. Die Ursachen kommen nicht mehr wie in seinem Buch von irgendwoher, sondern liegen im kapitalistischen Verwertungsprozeß.

AK: Was ich so von ihm noch nicht gehört oder gelesen hab. Aber selbst wenn, in den bisherigen Programm-Vorschlägen hat sich das nicht niedergeschlagen, wenn ich mir z.B. die „Verzichtsaufforderungen“ an die Be-

völkerung, speziell die Arbeiter anschau.

Dieter Grützner: Das ist überhaupt eine ganz wichtige Frage, gerade für uns Falken. Für uns kann eine Partei nur dann eine Alternative sein, wenn sie Forderungen der Arbeiterjugend vertritt. Selbstverwaltete Jugendzentren, Existenzlohn für Auszubildende, Schaffung von Bauspielfläzen, Stellungnahme zur Schulsituation/Gesamtschule, Abschaffung der Gewissensprüfung bei Kriegsdienstverweigerern u.v.a.m.

Dann hätten die Grünen durchaus eine Chance, über 5% zu kommen, gerade durch Protestwähler.

AK: Über 50% der Jugendlichen sind in Dortmund nicht zur Kommunalwahl gegangen. Die - und diejenigen, welche die Bunte Liste gewählt haben - will die SPD natürlich mit der „Kleineren Übel“-Argumentation mobilisieren. Ändert sich durch die Strauß/Schmidt-Konstellation Eure Position?

Dieter Grützner: Für mich kommt die Wahl von Schmidt bzw. Rau keinesfalls mehr in Frage. Auch wenn ich Strauß durchaus für eine reale Bedrohung halte.

Die Zerstörung des „sozialen Netzes“, die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiterklasse würde von Strauß und Co. viel offener kurzfristiger und unverblümt betrieben werden.

Das ganze Instrumentarium des Polizeistaates, das die SPD wesentlich mit geschaffen hat, würden CDU/CSU viel massiver anwenden und weniger versteckt wie die SPD. Die SPD hat z.B. auch durchaus schon die Notstandsgesetze angewandt, als 1973 anlässlich der KPMR-Demonstration das ganze Dortmund Stadtgebiet abgeriegelt war oder auch bei der Kalkar-Demonstration, aber das war bisher auf einzelne Fälle beschränkt und es war ummantelt als „Maßnahme zur Verhinderung irgendwelcher Straftaten“. Beides würde sich unter dem Dreigestirn Stücklen/Strauß/Innenminister Dreger ändern.

AK: Wie steht Du zu Anti-Strauß-Aktivitäten? Z.B. anlässlich des Strauß-Besuches Anfang April in Dortmund?

Dieter Grützner: Für mich müssen da drei Bedingungen erfüllt sein. Erstens darf in der Argumentation die Rolle der SPD nicht ausgespart werden. Zweitens muß der Angriff statt auf die Person Strauß' mehr auf das „Programm Strauß“ gerichtet werden. Und drittens dürfen sich konkrete Aktionen gerade bei einem Strauß-Auftritt nicht auf Pfeifkonzerte etc. auf dem Kundgebungsplatz beschränken. Wenn wir nicht mehr unternehmen würden zur Aufklärung der Bevölkerung, würden wir Strauß nur eine dicke Presse beschaffen.

AK: Vielen Dank für dieses Gespräch.

Über einen möglichen Konsens und den gegenwärtigen Dissens in der BuLi-Hamburg

Nach der von der „Z“-Gruppe und der Eimsbütteler (Mehrheit) provozierten Spaltung der BuLi Hamburg und der vorläufigen Trennung in zwei autonome Teile hat in der BuLi die Diskussion um das sogenannte Konsensprinzip eine bestimmende Rolle eingenommen. Eine Reihe von Initiativen und -sprechern sehen die gegenwärtige Situation als Resultat eines „Machtkampfes zwischen Blöcken“ (genannt werden dabei der KB und die „Z“-Gruppe), bei dem die Initiativen zerrieben würden. Die einzige Möglichkeit, aus dieser Situation herauszukommen, sehen sie darin, alle Beteiligten auf das Konsensprinzip festzulegen, d.h. ein Prinzip der Diskussion ohne „siegende“ Mehrheiten und verlierende Minderheiten zu verankern. Verwiesen wird dabei auf die Anwendung dieses Prinzips in der AL Westberlin. Im Sinne dieser Diskussion wurde auch ein Vertreter der AL zum Initiativentreffen der BuLi am 14.3. eingeladen.

Zusammenschlüsse wie die bunten und alternativen Listen, die ja keine einheitliche Organisation darstellen sondern sehr unterschiedliche Kräfte binden, sind in ihrer Existenz immer auf die Konsensbereitschaft und -fähigkeit der Beteiligten angewiesen. Natürlich zeigt sich dies gerade dann besonders krass, wenn Fragen zu entscheiden sind, auf die die Antworten weit auseinanderliegen. Insofern ist es auch kein Zufall, wenn gerade heute die Frage nach dem Konsens zu einer entscheidenden für die Einheit der BuLi geworden ist.

Noch auf der BuLi-VV vom 27./28.10.79 hatten sich die Teilnehmer fast einstimmig für ein gleichberechtigtes Bündnis von Bunten und Grünen zur Bundestagswahl ausgesprochen. Parteigänger der Grünen traten öffentlich noch nicht auf. In einem ebenfalls fast einstimmig angenommenen Zusatzantrag hieß es sogar: „Falls auf der am 13.1.1980 geplanten Gründungsversammlung kein gemeinsames Bündnis von Grünen, Bunten und Alternativen zur Bundestagswahl zustande kommt, wird die Bunte Liste spätestens bis Ende Januar 1980 eine Mitgliederversammlung durchführen, auf der die weitere Eingreifen der Bunten-Liste in die Bundestagswahlen beraten und beschlossen wird (z.B. alternative Kandidatur). Um auf ein eventuelles Scheitern der Verhandlungen vorbereitet zu sein, wird die Bunte Liste verstärkt Verhandlungen mit anderen bunten und alternativen Listen sowie anderen fortschrittlichen Kräften aufnehmen.“ (Mitgliederrundbrief der BuLi, 31.10.79). Konsens war also zu diesem Zeitpunkt die Forderung nach einem gleichberechtigten Bündnis von bunten und alternativen fortschrittlichen Kräften aufnehmen.“ (Mitgliederrundbrief der BuLi, 31.10.79). Konsens war also zu diesem Zeitpunkt die Forderung nach einem gleichberechtigten Bündnis und bei Ablehnung dieser Forderung die linke Blockbildung, so gar noch mit der Möglichkeit einer alternativen Kandidatur. Dies war somit auch ein klarer Auftrag für den Vorstand, der die weiteren Verhandlungen in die Hand nahm.

In der Vorbereitung und Durchführung des Offenbacher Kongresses wurde dieser Konsens jedoch vom damaligen Vorstand und von der „Z“-Gruppe (damals noch Fraktion im KB) nicht eingehalten. Von ihnen wurde in Offenbach nur noch über die Frage diskutiert, wie innerhalb der grünen Partei zu arbeiten sei. Die gleichzeitig auf dem Darmstädter Treffen vollzogene linke Blockbildung wurde von ihnen ignoriert, die Forderungen dieses Blocks (die sich weitgehend mit den Forderungen der BuLi-VV vom 27./28.10. deckten) wurden später als „maximalistisch“ diffamiert, mit denen der KB seinen „Ausstieg aus der Wahlbewegung“ begründen wollte. Auf der BuLi-VV am 19.11. wurde dieser neuen Situation Rechnung getragen und ein neuer Konsens „ausgehandelt“. Nahezu einstimmig wurde der in Darmstadt beschlossene Frankfurter „Beratungskongreß“ und der „Versuch bunter und alternativer Listen, die Programmdiskussion durch die Vorlage des Darmstädter Alternativ-Präambel-Entwurfs zu beleben“, unterstützt. „Trotzdem schlagen wir den Mitgliedern der BuLi vor, nicht massenhaft den entstehenden Kreisverbänden beizutreten, sondern zunächst auf einem Delegationsrecht der BuLi zu beharren.“ Mitglieder, die individuell beitreten, „sollten inhaltlich für die alternative Präambel (Darmstadt/Offenbach) sowie für ein eigenständiges Delegationsrecht der BuLi eintreten.“ Kaum drei Tage später verschickten drei Vorstandsmitglieder an alle Mit-

glieder eine Aufforderung, den Frankfurter Beratungskongreß nicht abzuwarten, sondern sofort den Grünen beizutreten.

Gleichzeitig wurde ein Schreiben von Christel Hellmann (BuLi-Vorstand) bekannt, in dem sie im Namen des Vorstandes die Überführung der BuLi in die Grünen erzwang und mehrere hundert Beitrittsformulare anforderte. Beides war ein offensichtlicher Verstoß gegen den bis dahin bestehenden Konsens in der BuLi. Das führte auf der VV am 1./2.12. zum ersten großen Eklat in der BuLi. Mehrere Initiativen forderten wegen des Vertrauensbruchs der Vorstandsmitglieder deren Rücktritt. Die „Z“-Gruppe (damals noch immer Teil des KB) hatte sich zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend für den Eintritt bei den Grünen entschieden, ohne dies jedoch auf der BuLi-VV offen zur Diskussion zu stellen. Stattdessen diffamierte sie die berechtigten Mißtrauensanträge als Versuch des KB, die Grün-Bunten aus der BuLi „auszubügeln“. Sie drohte unmißverständlich mit der Spaltung der BuLi, was schließlich eine Reihe von „Mittelkräften“ zum Einlenken bewog, obwohl sie in der Sache ähnliche Kritiken hatten.

Trotzdem kam es auf dieser VV wieder zu einer gemeinsamen Erklärung zum weiteren Vorgehen. Der Frankfurter „Beratungskongreß“ wurde nochmals unterstützt, wobei es sogar noch hieß: „Darüberhinaus muß dieser Kongreß auch ein weiterer Schritt zur längerfristigen, engeren Kooperation unter den alternativen Listen sein“ (Mitgliederrundbrief der BuLi, 6.12.79).

Trotz scharfer Kontroversen wurde selbst in Frankfurt wiederum ein Konsens formuliert, der im wesentlichen die Forderung nach einem gleichberechtigten Bündnis (autonome Delegation) und Minimalanforderungen an das Programm einer gemeinsamen Partei beinhaltete. Weiterhin wurde formuliert, die Mitglieder der bunten und alternativen Listen, die in die grüne Partei eintreten, mit einem imperativen Mandat an die Beschlüsse von Frankfurt zu binden. Auch dies wurde in Frankfurt noch mit den Stimmen der Mitglieder der „Z“-Gruppe verabschiedet.

Die folgende Entwicklung hat gezeigt, daß für die „Z“-Gruppe all diese Vereinbarungen nur taktische Winkelzüge gewesen sind, um ihr Gesicht in der BuLi nicht zu verlieren. Auf der BuLi-VV vom 18.12.79 verließ sie mit ihren Mitgliedern und Anhängern die Versammlung und teilte im Nebenraum Eintrittsformulare für die Grünen aus. Eine praktische Unterstützung für das autonome Delegationsrecht hat es aus ihren Reihen nicht gegeben. Der in Frankfurt mit ihrer Zustimmung gefaßte und auf der BuLi-VV vom 18.12.79 wiederholte Beschluß, nach Karlsruhe einen Beratungskongreß der Bunten und alternativen Listen durchzuführen, wurde von der „Z“-Gruppe als Privatunternehmen des KB diffamiert. Mitglieder der Eimsbütteler „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) versuchten, allerdings erfolglos, in der BuLi eine Unterschriftensammlung gegen das Münsteraner Treffen in Gang zu bringen.

Diese Entwicklung zeigt, daß von den Grünen in der BuLi und speziell der „Z“-Gruppe im Konsens gefaßte BuLi-Beschlüsse praktisch boykottiert wurden. Dies ist allerdings das glatte Gegenteil von dem, was wir uns unter Konsensprinzip vorstellen. Da plötzlich gerade die „Z“-Gruppe und die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) für das Konsens-Prinzip einzutreten vorgeben, sei an zwei praktische Beispiele erinnert.

1. Die „Z“-Gruppe plant für die Gestaltung des 1. Mai ein „privilegiertes Bündnis“ mit der Grünen Partei. Zu diesem Zweck setzte die „Z“-Gruppe in einigen Bezirksverbänden der Hamburger Grünen entsprechende Beschlüsse durch, ohne daß darüber in der BuLi-Basis eine Diskussion stattgefunden hätte. Auf einer Sitzung des BuLi-Vorstandes zeigte sich, daß eine relevante Minderheit des Vorstandes (vier Mitglieder) andere Vorstellungen hatte. Diese vier forderten, die strittige Frage zunächst in der BuLi-Basis zu diskutieren, zumal in ein paar Tagen ohnehin eine VV anstand. Stattdessen faßte die Vorstandsmehrheit kurzerhand ihren Beschluß: Konsensprinzip? ...

2. Seit Januar tritt die Eimsbütteler „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) permanent mit Stellungnahmen gegen den KB, gegen das Münsteraner Treffen u.ä. in die Öffentlichkeit. Tatsächlich sind alle diese Stellungnahmen nur von neun der 12 Mitglieder der „Parlamentsfraktion“ getragen worden. Konsensprinzip? Ganz zu schweigen davon, daß die diversen Stellungnahmen der „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) in der Eimsbütteler BuLi-Basis kaum mehrheitsfähig und bestimmt nicht konsensfähig wären – falls sich die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) nicht schon ohnehin weitgehend von der Basis gelöst hätte.

Es ist demnach offensichtlich, daß die „Z“-Gruppe und andere Strömungen der derzeit abgespaltenen BuLi-Minderheiten sich nicht um das Konsensprinzip kümmern, sofern sie ausreichende Mehrheiten haben. Ihr plötzliches Interesse an diesem Prinzip ergibt sich dort, wo sie in der Minderheit sind wie auf der letzten BuLi-VV.

Als letztes Beispiel soll das Verhalten auf der letzten BuLi-VV, das zur gegenwärtigen Spaltung führte, genommen werden. Erpresserisch forderten dort die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) und die „Z“-Gruppe die Behandlung einer von ihnen eingebrachten Resolution zur „Verurteilung“ des KB. Als dies mehrheitlich – maßgeblich auch von autonomen Vertretern der Initiativen der BuLi – abgelehnt wurde, verließen sie die Versammlung. Selbst ein Kompromißvorschlag von Initiativenmitgliedern, der der „Z“-Gruppe inhaltlich weit entgegenkam, wurde von ihnen nicht akzeptiert. Auch hieran muß die Frage gemessen werden, inwieweit der „Z“-Gruppe wirklich an einer Konsensbildung zur Einheit der BuLi gelegen ist.

Wenn man diesen konkreten Hintergrund im Auge behält, ergibt sich aus einem falsch praktizierten „Konsensprinzip“ eine große Gefahr: daß nämlich die „Z“-Gruppe und andere Grün-Bunte schlichtweg jede Beschlußfassung der BuLi blockieren, die nicht in ihrem Sinne ist. Damit wäre erreicht, daß die BuLi in der Diskussion um eine engere Zusammenarbeit Bunter/Alternativer Listen (die ja von der „Z“-Gruppe schärfstens bekämpft wird, siehe Münster) praktisch ausfällt. Nach Lahmlegung der BuLi durch ein so mißbrauchtes „Konsensprinzip“ bliebe wahrscheinlich als einziges arbeitsfähiges BuLi-Gremium die „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit), die weiter fröhlich ihre Statements zu allem und jedem ablassen würde.

Nun wird aber auch von Mitgliedern der BuLi, die in der Sache mit uns einig sind, der Vorwurf an den KB gerichtet, die Konfrontation (unnötig) angeheizt zu haben. All diejenigen, die diese Kritik teilen, sollten sich noch einmal überlegen, daß wir immer nur auf bestimmte Vorstöße der „Z“-Gruppe und ihrer Verbündeten reagiert haben. Entweder wenn sie gemeinsam gefaßte Beschlüsse krass mißachteten oder mit ihrer Macht im Vorstand und der Eimsbütteler „Parlamentsfraktion“ versuchten, die BuLi ins Fahrwasser der Grünen zu lenken, einmal abgesehen davon, daß auch wir vor gewissen Überreaktionen nicht gefeit sind (sozusagen im Eifer des Gefechts), wäre unserer Ansicht nach als einzig mögliche Alternative eine weitgehende Kapitulation vor dem Kurs der „Z“-Gruppe geblieben.

Denn in jeder Situation verband sie die Auseinandersetzung erpresserisch mit der Existenz der BuLi als Ganzes. Erinnert sei hier an die Erpressung „dieser Vorstand oder keiner“ am 1./2.12.79, die Erklärung der „Parlamentsfraktion“ mit keinem „vom KB dominierten Vorstand zusammenzuarbeiten“ (womit jeder Vorstand gemeint ist, der nicht auf ihrer Linie liegt) und letztlich an die Frage des Bruchs selbst. Nachdenken sollten die (solidarischen) Kritiker unseres Vorgehens auch darüber, daß es ohne das Eingreifen des KB mit einiger Sicherheit keinen Frankfurter Beratungskongreß gegeben hätte, womit auch die weiteren Dinge weitgehend gefallen wären. Erinnert werden muß in diesem Zusammenhang auch daran, daß vom KB nach Karlsruhe an die Adresse der „Z“-Gruppe ein sehr weitgehendes Angebot zur weiteren Zusammenarbeit gemacht wurde (Münsteraner Erklärung), das jedoch von der „Z“-Gruppe abgelehnt wurde.

Ein Konsens setzt den Willen zur Einheit in der BuLi voraus

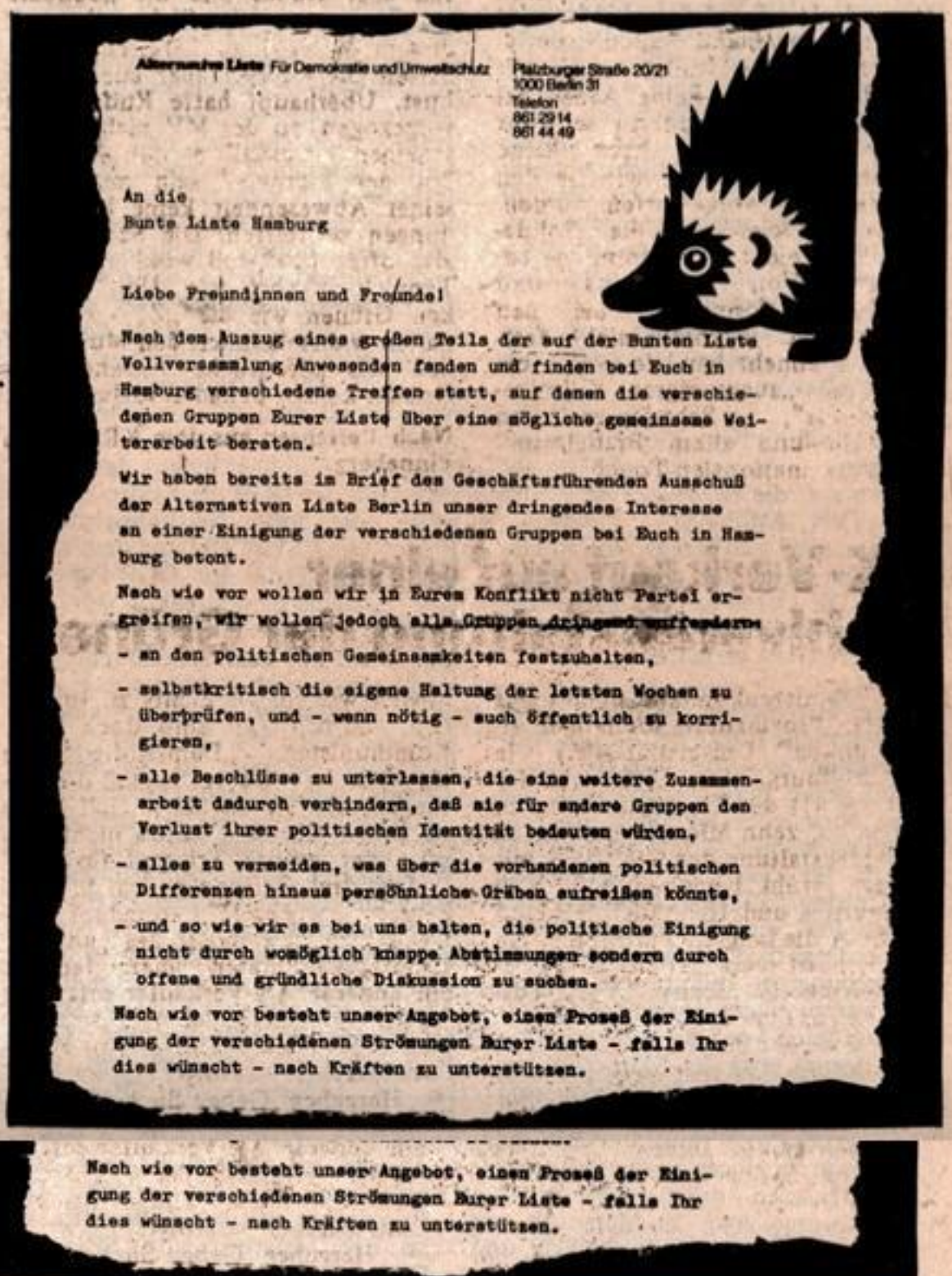
Die bisherige Debatte hat gezeigt, daß das Konsensprinzip weit weniger

eine Satzungsfrage als die Frage der Bereitschaft aller Beteiligten zur Einheit ist. Diese Bereitschaft wird kaum mit Appellen allein zu erreichen sein. Es bedarf dazu konkreter Festlegungen zur Politik der BuLi. Der entscheidende Knackpunkt ist dabei nach wie vor das Verhältnis zu den Grünen. Wir gehen dabei von dem durch vielerlei Vorkommnisse bestätigten Mißtrauen aus, daß die „Z“-Gruppe nur noch insoweit Interesse an der BuLi hat, wie es ihrer Politik innerhalb der Grünen nutzt. Eine eigenständig und in gewisser Konkurrenz zu den Grünen arbeitende BuLi ist für sie dabei ein Störfaktor.

Die „Z“-Gruppe forderte nun auf dem Initiativentreffen am 14./15.3., daß die Arbeit bei den Grünen als Teil der BuLi-Arbeit anerkannt und solidarisch unterstützt wird. Sie beruft sich dabei auf einen Passus der Erklärung der AL Westberlin und will damit die grüne Politik in der BuLi absichern. Hinzu kommen müßte aber – wie bei der AL Westberlin auch – die andere Seite: Wenn die Arbeit bei den Grünen Bestandteil der BuLi-Politik ist und

diese von allen solidarisch unterstützt werden soll, dann muß sie in der BuLi zur Diskussion und Entscheidung stehen. Genau dies ist jedoch bisher von der „Z“-Gruppe verweigert worden. Eine andere Möglichkeit des Konsens wäre, die Grünen-Frage weitgehend auszuklammern (wie dies schon in der Münsteraner Erklärung vorgeschlagen wurde), um sich auf die konkret anstehenden Projekte der bunten und alternativen Listen zu konzentrieren. Dies müßte andererseits aber auch beinhalten, daß alle Versuche eingestellt werden, die BuLi für die grüne Partei zu funktionalisieren.

In beiden Fällen schält sich als Kernpunkt heraus, daß in der BuLi tatsächlich die Politik für die BuLi und die Vereinheitlichung in der BuLi an erster Stelle steht. Insgesamt hieße das, das Selbstverständnis in erster Linie wieder auf die BuLi zu beziehen und diese nicht allein als Einsatz in der Grünen-Politik zu betrachten. Wie sagte schon Bertolt Brecht: „Kein schwierigerer Vormarsch als – der zurück zur Vernunft.“



Initiativentreffen der BuLi-Hamburg diskutiert Möglichkeit der Einheit

Am 14./15.3. fand ein von zahlreichen BuLi-Gruppen vorbereitetes Initiativentreffen der Bunten Liste Hamburg statt. Am 14.3. nahmen am Plenum 180 Mitglieder teil, ca. ein Dutzend davon von der kürzlich abgespaltenen Minderheit (die sich ausdrücklich als Gäste verstanden wissen wollten). Hauptgegenstand der Debatte dieses Abends war die Frage der Überwindung der von der Eimsbütteler „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) und der „Z“-Gruppe vollzogenen Spaltung. Eingeladen worden war ein Vertreter der AL Westberlin, der sich als Vermittler angeboten hatte (siehe auch Abdruck des Briefes der AL).

Nach einem Beitrag des AL-Vertreters über das in Westberlin praktizierte Konsensprinzip entspann sich daran die weitere Debatte. Dabei wurde in diesem Kreis fast einstimmig festgestellt, daß die inhaltlichen Differenzen zwischen den beiden Blöcken der BuLi eine Spaltung nicht rechtfertigen würden. An die Abgespaltenen wurde appelliert, ihren Schritt rückgängig zu machen, wofür vom Initiativentreffen keinerlei Vorbedingungen gestellt wurden. Von der Gegenseite gab es an diesem Abend kein Entgegenkommen: „Parlamentsfraktion“ (Mehrheit) und „Z“-Gruppe bestanden erneut auf „Verurteilung“ des KB als Vorbedingung. Gegen Ende gab es eine kurze Diskussion um die Frage, wie ein

Konsens in Hinblick auf das Verhältnis zu der grünen Partei hergestellt werden könnte. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit konnte dies jedoch nicht weitergeführt werden.

Am zweiten Tag wurde in verschiedenen Arbeitsgruppen fortgefahren. Daran nahmen leider nur insgesamt 60 Mitglieder teil. Konkret weiterführende Ergebnisse gab es in der Arbeitsgruppe zum 1. Mai. In Anwesenheit von zwei Vertretern der BuLi-Minderheit wurde sich auf ein gemeinsames Vorgehen geeinigt. Inzwischen haben beide Teile der BuLi gemeinsam zu Vorbereitungsgesprächen über ein Volksfest am 1. Mai eingeladen.

In der Arbeitsgruppe Strukturen wurde nochmals über das Konsensprinzip und über die Frage Einzel- oder Initiativenmitgliedschaft diskutiert. Konkrete Beschlüsse für die Weiterarbeit wurden dort nicht gefaßt, wie insgesamt eine gewisse Zaghaftheit festzustellen war; dies offensichtlich aus der Angst heraus, die Spaltung durch eigene Festlegungen zu vertiefen. Auf dem anschließenden Plenum wurde beschlossen, die Fragen in den Initiativen weiter zu diskutieren und in vier Wochen ein Delegiertenplenum durchzuführen. Außerdem wurde eine Verhandlungskommission eingesetzt, die mit der abgespaltenen Minderheit die Möglichkeit einer Einigung für den Delegiertenrat ausarbeiten soll.

Aktivitäten gegen Strauß

Nordrhein-Westfalen

Eigentlich sollte Strauß die große Attraktion im NRW-Landtagswahlkampf der CDU sein. Die „rotverfärbten Rathäuser“ im Ruhrgebiet sollten „gesäubert“ werden. Mit den „roten Terrorbanden“ (so Strauß auf einer Veranstaltung am 14.9.79 in Essen) sollte „aufgeräumt“ werden. Weit über 20 Strauß-Auftritte, insbesondere auch im Ruhrgebiet, waren ursprünglich geplant. Doch scheint man in CDU-Kreisen nicht mehr ganz so zuversichtlich zu sein, inwieweit das Auftreten von Strauß im CDU-Wahlkampf wirklich sinnvoll ist. Nicht zuletzt das erfolgreiche Auftreten der Strauß-Gegner bei der Strauß-Rundreise anlässlich der NRW-Kommunalwahlen im letzten Herbst dürften dafür mitverantwortlich sein.

Seit etwa ein bis zwei Wochen ist deshalb auch aus CDU-Kreisen zu hören, daß zehn geplante Kundgebungen mit Strauß abgesagt worden sind. Es ist wahrscheinlich, daß Strauß im wesentlichen nur noch in CDU-Hochburgen erscheinen wird.

Am 13.4. soll Strauß, zum Auftakt, in Essen erscheinen. (Hier war auch eine große Jugendveranstaltung der CDU geplant, die dann aber leider nach Mainz verlegt wurde — die Jugendlichen in Mainz sind wahrscheinlich loyaler). Dies ist nach den bisherigen Informationen der einzige Strauß-Auftritt im Ruhrgebiet, nachdem in der letzten Woche bekannt wurde, daß die geplante Strauß-Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle nicht stattfinden wird (Angeblich aus „Termingründen“).

Am 16.4. wird Strauß auf dem Katschhof in Aachen erwartet. Am 23.4. in Münster.

Essen: Die Initiative „Gemeinsam gegen rechts — Stoppt Strauß“ (in ihr arbeiten u.a. die Bezirksvereine VVN, VVN, MSB-ASTA, Türkisches Zentrum mit) hat bereits, im Alleingang, eine Demo für den 13.4. angemeldet. Die Demo-Route wird abseits der Gruga-Halle (hier wird am 13.4. Strauß erwartet) verlaufen.

Aachen: Hier hatten, nachdem durch die bürgerliche Presse der Strauß-Auftritt bekannt geworden war, die Jusos, die Ini gegen Berufsverbote und das Kofaz ohne jedes Bemühen um Einbeziehung anderer Kräfte eine Veranstaltung für den 15.4. angekündigt (K. Thüsing/SPD hat zugesagt) und für den 16.4. eine Demo angemeldet, die allerdings nicht direkt zum Strauß-Kundgebungsort führen sollte. Zum 13.3. war zu einem Vorbereitungstreffen eingeladen worden.

Es waren etwa 50 Menschen aus den verschiedensten Initiativen und Gruppen gekommen (u.a. DKP, MSB, SDAJ, VVN, Initiative gegen Berufsverbote, KOFAZ, Arbeiterbund, Jusos, Initiative „Gewerkschafter gegen Strauß“, 218-Gruppe, Lesengruppe, Schwulengruppe, AKW-Nee-Gruppe, „Volksfront“ (KPD/ML), GIM, Ju-

dos, KB sowie „Komitees ...“).

Die Jusos und der DKP-Kreis versuchten stark auf die Veranstaltung und die Demo, weg von Strauß, zu orientieren. Angeblich, weil es ja wichtiger sei, über die Hintergründe zu informieren, als daß „radikales Chaotum“ zur Schau gestellt werde...

Hier zog allerdings die Aachener Linke nicht mit. Ihr Anliegen war es, direkt und praktisch etwas gegen das Auftreten von Strauß zu unternehmen. Auf jeden Fall auch direkt zur Strauß-Kundgebung hin! Dank der relativen Stärke der Linken auf dem Vorbereitungstreffen am 13.3. wurde schließlich vereinbart, am 16.4. eine Demo zum Katschhof zu veranstalten. Hierzu wird ein Flugblatt erscheinen, das im wesentlichen auf Strauß-Zitate aufbauen soll. Ansonsten wurde vereinbart, daß jede Gruppe volle Agitations- und Handlungsfreiheit haben soll.

Antifa-Kommission des KB/NRW

West-Berlin

Am 14.3. führte die Initiative „Gewerkschafter gegen rechts - Freiheit statt Strauß“ in Westberlin ihre erste öffentliche Veranstaltung durch. Diese Initiative besteht inzwischen aus rund 80 aktiven Gewerkschaftern; 700 Unterschriften aus allen DGB-Gewerkschaften sind bis jetzt für den Aufruf gesammelt worden. Daß sich darunter auch viele mittlere Funktionäre, Betriebsräte und Vertrauensleute und auch „höhere“ Funktionäre befinden, drückt sich u.a. darin aus, daß der Landesvorstand der HBV die Initiative ausdrücklich begrüßt hat und daß sie jetzt im DGB-Haus tagt.

Auf der Veranstaltung wurde betont, daß man sich in erster Linie „gegen rechts“ versteht und daher über den Wahltag hinaus besonders innerhalb des DGB die Kräfte stärken wolle, die den „Neutralisierungs“-Plänen von CSU/CDU und dem Kneifall weiter Teile der DGB-Führung eine eindeutige antireaktionäre Öffentlichkeitsetzungsarbeit entgegenzusetzen wollen. Im Aufruf heißt es, daß man sich auch gegen eine Politik wende, die einen Kandidaten Strauß erst möglich gemacht habe. Mit der Parole „Freiheit statt Strauß“ ist anscheinend niemand mehr so recht glücklich.

Die Initiative hat erklärt, daß sie auf alle Fälle daran festhalten wird, keine Wahlaussage zu treffen, einmal, um weiterhin allen Straußgegnern die Mitarbeit unabhängig von ihrer persönlichen Wahlentscheidung zu ermöglichen, und zum anderen, weil man der Ansicht ist, daß auch ohne Strauß keineswegs Freiheit herrscht. Das Prinzip hat sich bisher bewährt, was an der Mitarbeit von SPD- über SEW-Mitgliedern und -nahen Kräften bis hin zur „undogmatischen“ Linken (SB, Gruppe Arbeiterpolitik, Aktionskreis Leben...) und dem KB zu sehen ist.

Christian Götz, Redakteur der HBV-Zeitung „ausblick“, zeichnete

Hans Preiss und Bernd Wurl (IG Metall), Werner Vitt (IG Chemie), Horst Richter (DGB-Frankfurt), Horst Klaus (IGM-Nürnberg) sowie Heinz Hawreluk (ehemaliger DGB-Bundesjugendsekretär) und etwa 30 weitere DGB-Funktionäre. Müssen diese jetzt alle von dieser Tätigkeit zurücktreten?

Auf jeden Fall muß dieser Beschluß des DGB-Vorstands Nordmark nicht nur zurückgewiesen werden, sondern direkt unterlaufen werden. Nach dem Motto: ein guter Gewerkschafter ist nur der, der gegen Strauß ist!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

auf der Veranstaltung am 14.3. noch einmal das „Programm“ Strauß nach und betonte, als Gewerkschaft geschlossen auf Strauß zu reagieren und darüber hinaus für mehr Freiheit und Demokratie einzutreten. Unverständlich zumindest nannte er daher, daß Vetter sich mit Strauß getroffen hat, als mit den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft unvereinbar bezeichnete er die Kampagne, die jetzt von „einigen Kollegen aus den Vorständen“ betrieben werde, die mit Kommunismus die Grundlage der Einheitsgewerkschaft angreife und den Disziplinierungsversuchen der CSU/CDU in die Hände arbeite.

Der Westberliner DGB-Chef Sickert (SPD) hatte sich erst jüngst in der CDU-Hauspostille „Berliner Rundschau“ sein Unverständnis für die „Toleranz“ gegenüber den Linken geäußert und an die Zeiten erinnert, wo Kommunisten noch Stacheldraht um die Werkbänke gelegt wurde. Auf der mit 300 Menschen gut besuchten Gewerkschafter-Veranstaltung erntete Sickert Pfiffe und Buh-Rufe.

Zwei Künstler vom „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“ trugen jiddische antifaschistische Lieder vor. - Insgesamt trotz zu kurz gekommener Diskussion ein mutmachender Abend.

Für den CDU-Parteitag im Mai in Westberlin (Wahlkampföffnung) sind eine Großveranstaltung zusammen mit den Anti-Strauß-Initiativen an der FU und von Staack, mit den „Künstlern gegen Strauß“ und einer möglichst großen Aktionseinheit sowie eine sicher noch größere Demonstration und viele antifaschistische Aktionen (es muß ja nicht immer schon alles verraten werden) geplant. Nicht zu vergessen: „Gewerkschafter gegen rechts“ und „Rock gegen rechts“ werden einen Anti-Strauß-Rockabend mit speziellem Jugendprogramm abziehen.

Anti-Strauß-Kombo Westberlin

Hamburg-Altona

Hamburg-Altona

Der Altonaer „Anti-Strauß-Stammtisch“ organisierte am 13.3. eine Veranstaltung. Es wurden Beiträge gehalten zu den Themen, warum Frauen gegen Strauß sind, wie die zunehmende Militarisierung durch einen möglichen Kanzler Strauß zu beurteilen ist und wie der CSU-Generalsekretär Stoiber den DGB zerschlagen will.

In dem Aufruf Flugblatt wurde den Altonaer Initiativen vorgeschlagen, sich mit Redebeiträgen und Büchertischen an der Veranstaltung zu beteiligen.

Mit 80 Leuten war die Veranstaltung gut besucht.

Eine rege Diskussion entstand darüber, wie der Kampf gegen Strauß geführt werden soll. Einerseits wurde vertreten, daß für die Linken die Gefahren, die von Strauß ausgehen, klar seien, so daß man vorrangig auf CDU-Wähler einwirken müsse. Dem wurde entgegengesetzt, daß es für die Linken insgesamt noch nicht klar sei, gegen Strauß mobil zu machen; deshalb komme es auch darauf an, sich im linken Spektrum zu vereinen.

FAU (Anarchisten) und GALA (Gruppe Alternativer Linker Altonas) nahmen in der Diskussion Stellung zur Gewerkschaftsfrage und zur Anti-Strauß-Kampagne. FAU: Man müsse eigene Gewerkschaften aufbauen im Sinne der Roten Gewerkschaftsopposition (RGO). Sie seien für einen aktiven Wahlboykott. GALA: Wenn Strauß rankomme, werde sich unmittelbar nicht viel ändern. Eine Anti-Strauß-Kampagne bause ein künstliches Feindbild auf, das den Abbau demokratischer Rechte, der bereits seit 10 Jahren betrieben wird, übersieht. Für die GALA schließt dies aber nicht Aktivitäten gegen Strauß aus.

Erfreulich war, daß verschiedene Initiativen und Organisationen, wie AFI (Altonaer Fraueninitiative), FAU, Rote Hilfe und Anti-Strauß-Komitee München neben dem „Stammtisch“ ihre Büchertische machten.

Die Grünen machten sich auf der Veranstaltung leider nicht bemerkbar, trotz Einladung.

Auch die „Jugendinitiative Stoppt Strauß in Altona“, in der auch die SDAJ mitarbeitet, war nicht vertreten.

Der „Stammtisch“ will sich aber weiter um Zusammenarbeit auch mit diesen Kräften bemühen.

Übrigens: der „Stammtisch“ trifft sich jeden Sonntag 19 Uhr im Stodola, Haubachstr. 7 a, Altona.

Anti-Strauß-Aufkleber: Kündigungsgrund bei Kapitalisten und Gewerkschaftsbürokraten

Den einen Fall konnte man in der Gewerkschaftspresse nachlesen, den anderen nicht. Und doch ging es beides mal um das gleiche: Ein Arbeiter und eine Locherin sind wegen Anti-Strauß-Aufklebern am Arbeitsplatz entlassen worden. Beide Kollegen streiten vor Gericht um ihre Weiterbeschäftigung. Während der Arbeiter den Gang durch die Instanzen mit dem Rechtsschutz der IG Metall im Rücken gehen kann, ist die Locherin auf die Solidarität von Freunden und einer inzwischen alarmierten Öffentlichkeit angewiesen. Der Grund: Arbeiter Erhard Sieland ist von einem „gewöhnlichen Kapitalisten“ gefeuert worden, Locherin Ute Nanay bekam den blauen Brief von ihrem Dienstherrn Konrad Carl, stellvertretender Bundesvorsitzender der DGB-Gewerkschaft Bau-Steine-Erden.

Fall 1

„Störung des Betriebsfriedens“ lautet die Begründung, die Josef Adels, technischer Direktor der Sundwiger Messingwerke in Hemer bei Iserlohn, dem Kollegen Sieland in die fristlose Entlassung schrieb. Sieland, seit drei Jahren in der Firma beschäftigt, hatte auf seinem Recht auf freie Meinungsäußerung bestanden und es abgelehnt, seine (lt. „Handelsblatt“ 12 Zentimeter große) Anti-Strauß-Plakette abzulegen, die er an seinem Arbeitszeug trug. Sein Standpunkt: Keiner seiner 550 Kollegen hatte an der Plakette irgendwie Anstoß genommen, lediglich Direktor Adels und Personalchef Heker waren der Ansicht, daß der Betriebsfrieden gestört sei. Sieland: „Beanstandet wurde von beiden nicht, daß ein Meister mit einer Pro-Strauß-Plakette im Betrieb herumläuft.“

Direktor Adels, unterstützt vom Unternehmensverband Ruhr/Lenne, wollte ein Exempel statuieren. Schon beim Güte-Termin vor dem Arbeitsgericht wurde deutlich, daß man nötigenfalls durch die Instanzen gehen wolle. Auf das Angebot Sielands, bis zur endgültigen Klärung des Rechtsstreits seine Arbeit ohne Plakette weiterzuführen, antwortete der Unternehmer-Anwalt mit dem Nachschieben eines weiteren Kündigungsgrundes und einer zweiten, nunmehr fristgerechten Kündigung: Sieland habe das „Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht mißbraucht“. Er hatte nämlich bis zum ersten Prozeßtag mit Genehmigung der Polizei jeden Morgen vor dem Betrieb seine Kollegen informiert. In der Lesart der Firma hieß das: „Zwei Wochen lang hat er unseren Betrieb belagert.“ Für diesen Frontalangriff auf gleich mehrere Grundrechte wollte der Kapitalisten-Anwalt vom Bundesamt für Verfassungsschutz bestätigt haben, daß „die extensive Ausnutzung verfassungsrechtlicher Begriffe nicht der verfassungskonformen Haltung entspricht“ (zit. nach „Metall“, 3/80).

Ohne daß eine tatsächliche Störung des Betriebsfriedens angeführt werden konnte, wies der Arbeitsrichter Sielands Antrag auf Weiterbeschäftigung ab, weil „eine solche Provokation erfahrungsgemäß den Betriebsfrieden stört.“

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Aktionskomitee zum Thema Strauß am Gymnasium Rahlstedt verboten

Letztes Jahr bildete sich zum Zeugnis-erlaß der Schulbehörde mit Genehmigung der Schulkonferenz (Schuko) ein „Aktionskomitee“ am GRA. Dieses Komitee machte auch ein paar Sachen gegen den Erlaß.

In etwas anderer Besetzung setzte das Komitee sich später für Lärmschutz an der Schule ein. (Neben der Schule wurde damals eine Brücke gebaut, der Lärm war teilweise nicht mehr auszuhalten). Auch dagegen hatte die Schulleitung nichts.

Jetzt rief der SV-Vorstand in einem Flugblatt dazu auf, das Komitee mit dem Thema Strauß wiederzubeleben. Auf dem Flugblatt stand groß „Stoppt Strauß!“ Auch sonst konnte man erkennen, daß der SV-Vorstand gegen Strauß eingestellt ist. (Den Vorstand bilden SDAJ und SSB/H).

Der Schulleiter, Dr. Franz Streubel und sein Stellvertreter Uwe Vagt meinten nun, das Komitee verbieten zu müssen: Erstens habe der SV-Vorstand nicht das Recht, politische

Der Streit ist damit noch nicht ausgestanden: die IG Metall gab dem Kollegen auch für die zweite Instanz Rechtsschutz. Wie sehr auch die Kapitalisten an diesem Fall interessiert sind, wird auch daran deutlich, daß das „Handelsblatt“ der Gerichtsentcheidung mit immerhin hundert Zeilen die nötige Publizität in Unternehmenskreisen verschaffte.



Von der Gewerkschaft gefeuerte Strauß-Gegnerin Ute Nanay

Fall 2

Ute Nanay wurde von der IG Bau-Steine-Erden gekündigt, weil sie auf ihrem Kartenlocher einen Anti-Strauß-Aufkleber geklebt hatte (vgl. AK 171). Der „Spiegel“ hat in seiner Ausgabe vom 3.3.80 diesen Fall aufgegriffen. Erschreckend sind die Stellungnahmen verschiedener Gewerkschaftsfunktionäre hierzu:

„Im geordneten Arbeitsleben hat eine Anti-Strauß-Plakette nichts zu suchen.“ (Konrad Carl, vor seiner Tätigkeit in der BSE Hauptverwaltung Bezirksleiter in Bayern, Sozialdemokrat).

„Gerade jetzt im Wahljahr“ sei „ein hohes Maß an Neutralität“ wichtig; „wir können doch nicht dulden, daß unsere Maschinen zu parteipolitischen Aktivitäten mißbraucht werden“ (Rudolf Sperner, Vorsitzender der BSE, Sozialdemokrat).

Der DGB könne nicht erlauben, daß „Anti-Strauß-Plaketten an Gewerkschaftstüren kleben“ (Jochen Richter, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Hessen).

Anonym zitiert der „Spiegel“ einen irritierten IGM-Funktionär, der darüber mutmaßt, ob nicht „vielleicht doch ein Stillhalteabkommen zwischen Strauß und DGB-Chef Vetter existiert“.

Wie hieß es doch in Stoibers Rohmaterialien: „... ist immer wieder zu verlangen, daß die DGB-Gewerkschaften mit den Parteien vor Landtags- und Bundestagswahlen ein entsprechendes Neutralitätsabkommen schließen.“ Stoiber, wie weit bist du schon gekommen?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

DGB erklärt Strauß-Gegner zu „Gewerkschaftsfeinden“!

Fortsetzung von Seite 1

Chef Vetter im Spitzengespräch mit Strauß getroffen hat.

Eine pikante Note erhält der Beschluß des DGB-Vorstands Nordmark noch durch die Formulierung, daß niemand in seiner Gewerkschaftsfunktion gegen Strauß auftreten darf, egal, wer der Veranstalter ist. So hat sich ausdrücklich der Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, zur Bildung von Anti-Strauß-Initiativen bekannt (Brief an „Express“, 14.3.80). In der von Klaus Staack gegründeten Initiative „Freiheit statt Strauß“ arbeiten mehrere DGB-Vorstandsmitglieder mit: Georg Benz,

Hans Preiss und Bernd Wurl (IG Metall), Werner Vitt (IG Chemie), Horst Richter (DGB-Frankfurt), Horst Klaus (IGM-Nürnberg) sowie Heinz Hawreluk (ehemaliger DGB-Bundesjugendsekretär) und etwa 30 weitere DGB-Funktionäre. Müssen diese jetzt alle von dieser Tätigkeit zurücktreten?

Auf jeden Fall muß dieser Beschluß des DGB-Vorstands Nordmark nicht nur zurückgewiesen werden, sondern direkt unterlaufen werden. Nach dem Motto: ein guter Gewerkschafter ist nur der, der gegen Strauß ist!

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

„Die DGB-Gewerkschaften sind nach ihrem Selbstverständnis und der Satzung zur Überparteilichkeit verpflichtet ... So muß es z.B. in Zukunft eine völlige Selbstverständlichkeit sein, daß auf allen DGB-Veranstaltungen neben den Parteipolitikern der CDU auch Gröden der politischen Ausgewogenheit der CSU wird daher zum 1. Mai von den Spitzenvertretern der DGB-Gewerkschaften verlangen, daß neben Bundeskanzler Schmidt auch Ministerpräsident Franz Josef Strauß auf einer Großveranstaltung der DGB-Gewerkschaften öffentlich zu Wort kommt. ... Wenn die DGB-Gewerkschaften ihren Anspruch auf Freierhaltung wollen, eine über den Parteien stehende Arbeitnehmerorganisation zu sein, dann ergibt sich hier die Möglichkeit, permanent auf die Verwirklichung der Überparteilichkeit in allen Bereichen und Fragen fordernd zu bestehen. Es kommt also darauf an, die Einheitsgewerkschaften des DGB nicht nur zu favorisieren, sondern darüber hinaus zur Verwirklichung der Überparteilichkeit zu zwingen“ (aus: CSU-„Rohmaterialien zur DGB-Diskussion“, veröffentlicht in „Strauß-Nein-Danke“, Buntbuch-Verlag).

IKAH

»Ratten und Schmeißfliegen« (Strauß): CDU/CSU über Intellektuelle

Der Vorgang ist bekannt: Bei einem Gespräch zwischen Rundfunkjournalisten und CSU-Generalsekretär Stoiber war Mitte Februar die Rede auf einen „Spiegel“-Artikel von 1978 gekommen, in dem Strauß folgendermaßen zitiert wurde: „Mit Ratten und Schmeißfliegen führt man keine Prozesse“. Gemeint war eine Reihe Schriftsteller (die dem antifaschistischen „Presse- und Informationsdienst Demokratische Initiative“ angehören), darunter Bernt Engelmann, Engelmann, Vorsitzender des „Verbandes deutscher Schriftsteller“ (VS) in der IG Druck und Papier, hat mehrere Bücher über die CDU/CSU und Strauß und deren Kontakte zu Alt- und Neonazis bzw. ihre nazistische Vergangenheit geschrieben.

Als in Fernsehen, Rundfunk und quer durch die Presse, bis einschließlich FAZ, der „Ratten und Schmeißfliegen“-Vergleich kritisiert wurde, reagierte CSU-Sprecher Rosenberg lediglich damit, nicht eine ganze Reihe von Schriftstellern seien Ungeziefer für die CSU, sondern nur der eine, Bernt Engelmann. Strauß im Süddeutschen Rundfunk: Der Ungeziefer-Vergleich war „durchaus richtig“, „Abendzeitung“, München, 2.80. Auch wenn allenthalben klar ist, daß dies die Sprache von Nazis ist („eine Kategorisierung, die schlimmste Erinnerungen wachruft“, „FAZ“; „Wörterbuch des Unmenschen“, „FR“; „fünfunddreißig Jahre ist das bei uns alles erst her“, „wir sehen nämlich die Bücher noch brennen“, „Süddeutsche Zeitung“; – ist die Reaktion eher schwach. neue Ausfall von Strauß und Stoiber nutzbar zu machen. Kanzler Schmidt über Strauß und Stoiber: „Solche Kerle haben in der Politik nichts zu suchen“, („Abendzeitung“, München, 25.2.80). Die FDP bezeichnete die CSU-Hetzparole als „Auf-forderung zur Gewalt“, Strauß und Stoiber hätten „die Jagd auf einen Menschen freigegeben“, („Abendzeitung“, 23./24.2.80). In der CDU und im Sympathiesantenfeld der CDU/CSU ist das Wort von den „Ratten und Schmeißfliegen“ nicht gut angekommen. Vor allem deshalb, weil, was sogar Springers „Welt“ kritisierte, diese Worte „peinlich“ und „ungeschickt“ seien (19.2.80). Das sei „kein Umgangston“, „kein Stil“ (Lothar Späth, CDU-Chef Ministerpräsident Baden-Württembergs); „Fehler in der Form und im Stil“ (Heiner Geißler, CDU-Generalsekretär). Geißler: Die CDU/CSU „habe sich jahrelang bemüht, endlich ihr Verhältnis zu den Künstlern und Intellektuellen zu verbessern: Ein solches Wort aber reißt die mühevollte Arbeit wieder ein“ („Spiegel“, 3.3.80).

sich jahrelang bemüht, endlich ihr Verhältnis zu den Künstlern und Intellektuellen zu verbessern: Ein solches Wort aber reißt die mühevollte Arbeit wieder ein“ („Spiegel“, 3.3.80).

Nazi-Töne seit eh und je

Die „liberalen“ CDU-Strategen möchten die Ungeziefer-Geschichte als „Ausrutscher“ von Strauß möglichst schnell unter den Teppich kehren. So erklärte beispielsweise der Vorzeigeliberale der CDU, Manfred Rommel (Oberbürgermeister von Stuttgart): „Diese Äußerungen seien dem Zorn und nicht einer reiflichen Überlegung ... entsprungen“ und schließlich sei ja bekannt: Strauß vertrete „keine faschistischen Positionen“ und habe „sich immer gegen faschistische Um-

triebe ausgesprochen“ („Nürnberger Nachrichten“, 22.2.80). Daß die „Ratten und Schmeißfliegen“ bei Strauß & Co. schon Tradition haben, zeigen einige Zitate, die zweifellos nur ein Bruchteil dessen sind, was im Umkreis dieser Leute ausgesprochen wird:

- Strauß 1977, im „Bayernkurier“: „Jetzt kommen sie wieder, die roten Systemveränderer, wie die Ratten aus allen Löchern heraus“
- Ein paar Monate früher, ebenfalls 1977 und im „Bayernkurier“, polterte Strauß, „daß gewisse rote Wühlmäuse an allen Ecken und Enden nagen“
- Strauß 1974 in einer Rede: „Was wir in diesem Land brauchen, ist der mutige Bürger, der die roten Rat-

der Meinung, daß Bert Brecht einer der größten Dramatiker der Gegenwart sei. Man mag darüber diskutieren. Aber ich bin wohl der Meinung, daß die späte Lyrik des Herrn Bert Brecht nur mit der Horst Wessels zu vergleichen ist“ (Horst Wessel, Verfasser des SA-Liedes „Die Fahne hoch ...“).

- Nicht vergessen werden sollte, daß die Adenauer-Regierung 1960 erstmals – durch Unterstützung mit Steuergeldern – ein intellektuellen-Hetzwerk aus der Taufe hob, ein sogenanntes „Rotbuch“, mit dem Titel „Verschwörung gegen die Freiheit. Die kommunistische Untergrundarbeit in der Bundesrepublik“. Darin wurden Künstler, Schriftsteller und Wissenschaftler im McCarthy-Stil



„Und mit diesem Plakat verdeutlichen wir deine staatsmännische Toleranz, Franz Josef!“

ten dorthin jagt, wo sie hingehören – in ihre Löcher“. (Das ist, man/frau erkennt es, der Sonthofen-Ton: „Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen“).

– 1969 gab Strauß die Formulierung von sich, Demonstranten (der damaligen APO) benähmen sich „wie Tiere, auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht möglich ist“.

CDU/CSU: Intellektuellen-Hetze als Tradition

CDU/CSU: Intellektuellen-Hetze als Tradition

Man/frau, und das heißt in diesem speziellen Fall: wer sich als liberaler oder gar linker Künstler, Schriftsteller oder auch nur Kunstkonsument begreift, täusche sich nicht. Die „Ratten“-Sprache und die dahinterstehenden Ausrottungs-Phantasien sind nicht die des einen Strauß allein. Seit eh und je sind CDU und CSU Sammelpunkte der kulturellen Verbote, Zensur, Diffamierung, Bücherverbrennung.

– So z.B. der damalige CDU-Außenminister v. Brentano, der im Mai 1957 im Bundestag einem SPD-Abgeordneten antwortete: „Sie waren

(und in der Nazi-Tradition antisemitischer „Enthüllungswerke“) als Kommunisten oder deren Sympathisanten denunziert, u.a. Erich Kästner, Carl Orff, Martin Niemöller. – Zur gleichen Zeit entwickelte der im CSU/CDU-Umfeld tätige Ex-Nazi-Journalist Ziesel seine Attacken gegen Demokraten und Linke, was schließlich zur Gründung der rechtskonservativen, heute rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ führte. (In Ziesels CDU/CSU-nahem „Deutschlandmagazin“ schrieb jüngst ein ansonsten auch für den „Bayernkurier“ und die rechtsextreme „Nation Europa“ arbeitender Verfasser, Horst Bienek und Ingeborg Drewitz sowie andere Schriftsteller/innen „umschwärmen den Leichnam Hitler“).

– 1965 griff der damalige Bundeskanzler Erhard den Schriftsteller Hochhuth an, der es gewagt hatte, die BRD als Klassenstaat zu bezeichnen und gegen die Duldung und Förderung von Altnazis durch den Staat zu protestieren: „Es gibt einen gewissen Intellektualismus, der in Idiotie umschlägt. Da hört bei mir der Dichter auf, und es fängt der ganz kleine Pinscher an, der in dümmster Weise kläfft“. Zuvor hatte er schon – im

Original-Nazijargon – von „unappetitlichen Entartungserscheinungen“ in der modernen Kunst gesprochen.

– Zu erinnern ist auch an die Hetze gegen Heinrich Böll und andere Intellektuelle, die 1972 – auf der allgemeinen Terrorismus-Hetz-Welle – von CDU/CSU-Abgeordneten und von der CDU/CSU-Sympathiepresse entfacht wurde. Von Böll hieß es in der Springer-Presse, er sei ein „Schreibtischtäter“, eine „miese Charakterkombination von Haß, Lüge, Hetze“, von ihm drohe „der Demokratie langfristig die größere Gefahr“ als von der RAF.

– 1976 stürmte eine Gruppe von CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten, darunter der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion, Jenninger, der spätere Oberbürgermeister von Trier, Carl-Ludwig Wagner, der CSU-Landesgruppenchef Stücklen und CDU-MdB Carl Otto Lenz, (Vorsitzender des Bundestags-Rechtsausschusses), eine gerade er-

öffnete Plakat-Ausstellung des sozialdemokratischen Grafikers Staack in der Bonner Parlamentarischen Gesellschaft. Es entwickelte sich eine Prügelei; die CDU/CSU-Stürmer rissen Plakate herunter, zerrissen sie. Aussprüche dabei: „entartete Kunst“, „Saustall“. („FR“, 1.4.76). Die Ausstellung wurde geschlossen.

– 1977 griff die Bremer CDU-eine Lehrerin an, die ein Gedicht von Erich Fried im Unterricht behandelt hatte. Bei dieser Gelegenheit bestätigte CDU-Fraktions-Chef Neumann in der Bürgerschaft: „Ja, so etwas würde ich lieber verbrannt sehen“.

Antifa-Kommission KB Hamburg

(Informationen nach: Eine Dokumentation über Ratten und Schmeißfliegen, herausg. v. PDI, März 1980; und: „Vaterland, Muttersprache: Deutsche Schriftsteller und ihr Staat seit 1945“, Verlag Klaus Wagenbach, Westberlin 1979)

Christlich Demokratische Union Kreisverband Recklinghausen

CDU

Analyse, Mitglieder der CDU und Jungen Union des Kreises

Recklinghausen

EINLADUNG

Selbstgeehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,

am **DONNERSTAG - 20. März 1980**

um **19.00 Uhr** unser Kanzlerkandidat **FRANZ JOSEF STRAUSS**

den Landtagswahlkampf der CDU des Kreises Recklinghausen

in Dorsten, Konrad-Adenauer-Platz

eröffnen.

Ich möchte Sie herzlich und dringend einladen, an dieser Großkundgebung teilzunehmen und den vorderen Teil des Platzes bereits eine Stunde vor Beginn der Kundgebung – also bis **16.30 Uhr** – einzunehmen.

Diese Einladung gilt als Ausweis für die Plätze vor der Rednerempore.

Ihre Verwandten, Freunde und Bekannten können selbstverständlich mit Ihnen den von den Ordnern kontrollierten vorderen Teil des Platzes betreten.

Ihre Anwesenheit wird mit dazu beitragen, daß die Veranstaltung einen harmonischen Verlauf nimmt, den Beweis für die Geschlossenheit und Einsatzbereitschaft der CDU belegt und dem Wahlkampf einen guten Auftakt gibt.

Lassen Sie mich diese Gelegenheit wahrnehmen, Sie, die Mitglieder der Union, aufzufordern mitzuhelfen, den politischen Wandel

am **11. Mai 1980 in Nordrhein-Westfalen**

herbeizuführen. Bitte schalten Sie sich in den Wahlkampf ein: Durch Gespräche mit noch mit der Wahlentscheidung zaudernden Mitbürgern und durch Ihr Angebot, die Wahlkampfmaßnahmen der Stadt- und Ortsverbände und unserer sechs Landtagskandidaten aktiv zu unterstützen.

Unsere christliche Position, die modern-konservative Grundlage, die echt liberal-fortschrittliche Grundhaltung, die Ehrlichkeit, Leistungsfähigkeit und das Verantwortungsbewußtsein der Männer und Frauen der Union sind es wert, für den Wahlsieg sich ganz persönlich einzusetzen.

am **11. Mai 1980 in Nordrhein-Westfalen**

herbeizuführen. Bitte schalten Sie sich in den Wahlkampf ein: Durch Gespräche mit noch mit der Wahlentscheidung zaudernden Mitbürgern und durch Ihr Angebot, die Wahlkampfmaßnahmen der Stadt- und Ortsverbände und unserer sechs Landtagskandidaten aktiv zu unterstützen.

Unsere christliche Position, die modern-konservative Grundlage, die echt liberal-fortschrittliche Grundhaltung, die Ehrlichkeit, Leistungsfähigkeit und das Verantwortungsbewußtsein der Männer und Frauen der Union sind es wert, für den Wahlsieg sich ganz persönlich einzusetzen.

Ich freue mich, Sie am 20. März in Dorsten begrüßen zu können.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Agnes Hurland

(Agnes Hurland)
Kreisvorsitzende

Trotz gegenteiliger öffentlicher Verlautbarungen ist man sich in Kreisen der CDU sehr wohl darüber im klaren, daß der Kanzlerkandidat F.J. Strauß im Ruhrgebiet unerwünscht ist. Dieses interne Rundschreiben, das der CDU-Kreisverband Recklinghausen an seine Mitglieder verschickte, spricht jedenfalls für sich.

Leonhard Mahlein: Das »Programm Strauß« verhindern

In der Januar-Ausgabe der SB-Betriebs- und Gewerkschaftszeitung „Express“ hatte ein nicht namentlich gekennzeichnete Kommentator u.a. den Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, angegriffen, weil dieser nicht der von Klaus Staack gegründeten Pro-SPD-Initiative „Freiheit statt Strauß“ beigetreten ist und stattdessen Überlegungen einer Gewerkschaftler-Initiative gegen Strauß unterstützt. Für den Kommentator war dies sofort Unterstützung von „DKP-Interessen“ (siehe auch AK 172). Mahlein hat in der März-Ausgabe von „Express“ (14.3.80) geantwortet. Die „Express“-Redaktion hat sich entschuldigt und schreibt: „Die Redaktion distanziert sich entschieden von dem im Kommentar zum Ausdruck gebrachten Stil der Vermutungen und fragwürdigen Anspielungen und macht die Schlussfolgerungen nicht zu ihren eigenen.“ In seiner 7-Punkte-Stellungnahme schreibt Mahlein u.a.: „Für mich geht

es nicht um die Personifizierung der Politik, sondern es geht darum, begreiflich zu machen, daß F.J. Strauß das Programm ist für eine rechts-konservative Politik und daß wir einer solchen Politik eine fortschrittliche gegenüberstellen müssen, die dem Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften dient“. Unter Hinweis auf die „Einheitsgewerkschaft“ und „parteiliche Neutralität“, die in der Vergangenheit die „Zurückhaltung“ führender Gewerkschafter bedingt habe, fordert er: „Beim Bundestagswahlkampf 1980 scheint mir aber tatsächlich die Mobilisierung der Betriebe notwendig zu sein, um das Programm Strauß zu verhindern“. Deshalb unterstütze er Anti-Strauß-Initiativen, ohne damit Gegner der Staack-Initiative zu sein, nicht als „Konkurrenz“ dazu.

Zur Kritik im „Express“-Kommentar schreibt Mahlein: „Wenn jedoch der ‚express‘ in der von ihm gezogenen Schlussfolgerung meint: Wer

nicht für ‚Freiheit oder Strauß‘ (und für die ‚express‘) ist, ist eine Marionette der DKP, dann ist dies eine erbärmliche Unterstellung für ein Blatt, das sich ‚Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit‘ nennt.

Dafür, daß der ‚express‘ das Prinzip der Einheitsgewerkschaft als Abhängigkeit von der DKP deutet, gibt es nur zwei mögliche Erklärungen:

– Oder kennt dieses Prinzip nicht; – Er ernt will damit die von Strauß, Stoiber und anderen gewerkschaftsfeindlichen Kräften entfachte Diskussion von der ‚kommunistischen Unterwanderung‘ der Gewerkschaften anheizen. Er will seinen Beitrag leisten, um die antikommunistische Hysterie, die die Gewerkschaften spalten und schwächen soll, weiter zu befeuern.

Das ist die naheliegende Erklärung. Ob dies dem Kampf gegen Strauß nützt? Wer taktiert hier ‚erbärmlich‘?“

Strauß

NEIN DANKE!

100 S.
DM 7,50

„Ich bin ein Deutschnationaler und fordere bedingungslosen Gehorsam“ Strauß im CSU-Hauptquartier vor Ge- treuen.

Aus dem Inhalt:
Skandale und Affären pflastern seinen Weg
Strauß und die Internationale des Terrors
Strauß – ein Faschist?
Die „Sonthofener Rede“
Anti-DGB-Papier im Wortlaut
u.v.a.m.

Hoesch-Union:

Entlassene »RGO«-Betriebsräte wieder im Amt

Dortmund. Die beiden »RGO«-Betriebsräte Hartmut Siemon und Norbert Bömer, die am 19. Februar mit einhelliger Zustimmung der IGM-Betriebsräte des Hoesch-Werkes Union fristlos gefeuert worden waren (s. AK 173), können vorläufig ihr Amt weiter ausüben und dazu auch den Betrieb betreten. Mit dieser Entscheidung gab die VI. Kammer des Arbeitsgerichts Dortmund unter dem Vorsitzenden Gerhard Wendling dem Antrag der beiden auf Erlass einer einstweiligen Verfügung statt. Für jeden Fall der Zuwiderhandlung ist der Hoesch-AG ein Zwangsgeld von 10.000 DM angedroht.

In dem zuvor anberaumten Gütertermin hatte Hoesch-Anwalt Hermann Franksen jede Kompromißmöglichkeit brüsk abgelehnt und noch einmal die Vorwürfe wiederholt, mit denen die Firma die fristlose Entlassung zu begründen versucht hatte. Durch die Veröffentlichung des Sozialplan-Entwurfs kurz vor Abschluß der Verhandlungen hätten die beiden einen schweren Vertrauensbruch begangen; die Unterlagen seien, so Hoesch, als vertraulich gekennzeichnet gewesen. Sie hätten damit grob und vorsätzlich gegen die Hoesch-Arbeitsordnung verstoßen. Der Betriebsfrieden sei empfindlich gestört worden. Außerdem seien Siemon und Bömer verantwortlich für Beleidigungen, die in RGO-Flugblättern verbreitet worden seien.

Dieser Auffassung mochte sich Richter Wendling nicht anschließen. Zwar wollte er der Hauptverhandlung der Kündigungsschutzklage nicht vorgehen, konnte aber in der „Indiskretion“ — wenn es denn eine wäre — lediglich eine „Amtspflichtverletzung“ erblicken, die aber keinesfalls eine fristlose Entlassung der beiden Betriebsräte rechtfertige.

Auch zu der Zustimmung der IGM-Betriebsräte zu der Kündigung nahm der Richter Stellung. „Bei dieser Zustimmung spiele die „Gegensätzlichkeit“ der beiden Fraktionen im Betriebsrat eine gewisse Rolle. Das bezeichnete Kammerpräsident Wendling als unbestritten. Damit führte er den politischen Hintergrund der Kündigungen in das Verfahren ein, den der Verteidiger der gefeuerten Betriebsräte, Rainer Ahues, so charakterisierte: „Der Gesetzgeber gewollte Sicherung im Kündigungsverfahren (der Betriebsrat muß zustimmen), greife nicht mehr, wenn streitende Fraktionen sie dazu benutzen, Rivalen aus dem Weg zu schaffen“ (Westfälische Rundschau, 14.3.).

„Sie drehen den Spieß um“

So überschrieb die „WAZ“ vom 14.3. einen Abschnitt ihres Berichtes über die Verhandlungen. Und in der Tat gaben die beiden „RGO“-Betriebsräte ihren fast vollständig im Gerichtssaal versammelten Betriebsratskollegen von der IG Metall eine Nachhilfe-Stunde in Sachen Interessenvertretung. Sie, die ohne Widerstand sich den Geheimhaltungswünschen des Hoesch-Vorstands bei den Sozialplanverhandlungen unterworfen hatten, mußten sich von den „Gewerkschaftsfeinden“ IGM-Richtlinien unter die Nase reiben lassen: „Der Betriebsrat fällt keine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung, bevor nicht im Vertrauenskörper darüber ausführlich diskutiert worden ist.“ Dieser Satz findet sich, pikanteserweise versehen mit einem Vorwurf des IGM-Vorstandsmitglieds und Aufsichtsrats bei Hoesch, Lutz Dieckerhoff, in der Schriftenreihe der IG Metall Nr. 41 („Die Arbeit der Vertrauensleute“). Und eben diese Informationspflicht war von den IGM-Betriebsräten vernachlässigt worden, und sie mußten sich dafür von den beiden „RGO“-lern den Vorwurf allzu großer „Willfährigkeit“ anhören.

Die Spitzenvertreter des Betriebsrates hatten nämlich erst kurz vor Abschluß der Verhandlungen den praktisch fertigen Entwurf eines Sozialplans den übrigen Betriebsräten zur Verfügung gestellt. Dies war in den Werken Phoenix und Westfalenhütte erst einen Tag vor der Sitzung geschehen, auf der über die grundsätzliche Zustimmung beschlossen werden sollte. Für die endgültige Beschlussfassung, die eine Woche später stattfinden sollte, wollten Siemon und Bömer 15 Änderungsanträge einbringen und

hatten dazu den Entwurf unter ihren Kollegen bekannt gemacht.

Auch die Berufung auf die Hoesch-Arbeitsordnung, die in § 11 die Weitergabe von Geschäftsgeheimnissen und vertraulichen Unterlagen an Dritte verbietet, wiesen die Gefeuerten zurück. Norbert Bömer: „Es kann nicht im Belieben der Unternehmensleitung stehen, typische Betriebsratsstätigkeiten durch Hoesch-Arbeitsordnung zu gängeln. Das verstößt eindeutig gegen das Betriebsverfassungsgesetz. Die Arbeitsordnung kann nicht als Maßstab der Betriebsräte gelten.“

Auch mit dem Vorwurf der Beleidigung hatte Hoesch vor Gericht kein Glück. Für die von Hoesch vorgelegten „RGO“-Flugblätter könnten die beiden Betriebsräte, so das Gericht, nicht schon deshalb verantwortlich gemacht werden, weil sie sich ebenfalls zur „RGO“ bekennen. Somit haben die Kollegen Siemon und Bömer im Kampf gegen die Hoesch-Willkür einen ersten wichtigen Sieg errungen. Von Seiten der Unternehmensleitung war denn auch zu vernehmen, daß man die Gerichtsentscheidung respektieren werde. Vorstandsvorsitzender Dr. Kettler wollte erst die schriftliche Urteilsbegründung abwarten, bevor entschieden werde, ob Hoesch Beschwerde beim Landesarbeitsgericht einlegen wird. Nicht eben zuversichtlich gab sich auch Arbeitsdirektor Dr. Alfred Heese. Seiner Meinung nach seien „unsere Chancen für das Hauptverfahren sehr gering“ geworden. Dem „Handelsblatt“ (17.3.) sagte er: „Das Ergebnis ist doch damit schon vorweggenommen worden. Es ist nicht wahrscheinlich, daß vielleicht derselbe Richter dann zu anderen Erkenntnissen kommen wird.“

Mit am Regie-Pult: Die „Sozialpartner“ aus der IGM-Riege

Diese Entscheidung des Dortmunder Arbeitsgerichts ist zugleich ein schwerer Schlag für die vorwiegend auf „Sozialpartnerschaft“ eingestellte SPD-Riege, die bei Hoesch die Gewerkschaftsarbeit weitgehend kontrolliert. Sie hatte gehofft, die ungeliebten Kollegen, die ihnen schon soviel Ärger bereitet haben, nun endlich loswerden zu können. Tief sitzt noch der Stachel



Lektion von den „Gewerkschaftsfeinden“: verdrossene IGM-Betriebsräte als Zuhörer im Gerichtssaal

im Fleisch, der ihnen von den „RGO“-lern bei den Betriebsratswahlen 1978 verpaßt worden war, als diese mit sensationellen 34 Prozent der Stimmen im ersten Anlauf in den Betriebsrat gewählt wurden. Das war die Quittung für die jahrelange Betriebsratsarbeit fernab von der Belegschaft und ihren Problemen. Die durch den Rücktritt aller IGM-Betriebsräte nach drei Tagen erzwungene Neuwahl konnte das Bild für die IGM nur optisch verbessern: Im zweiten Wahlgang behauptete sich die „RGO“-Liste erneut mit 17 Prozent.

Auf die Schnelle war den unbequemen Kollegen also nicht beizukommen gewesen; man mußte zunächst mit ihnen leben. Siemon und Bömer, zunächst getragen von einer Welle des Protests gegen die eingeführte Gewerkschaftspolitik, erwarben sich unter den Hoesch-Kollegen weiteres Ansehen durch eine sachliche und durch Kenntnis fundierte Arbeit.

Der Hoesch-Belegschaft stehen schwere Zeiten bevor. Bis vor wenigen



Die beiden Hoesch-Betriebsräte auf dem Weg in den Betrieb

Wochen noch war der Erhalt der Stahlbasis Dortmund mit Hoesch als größtem Unternehmer der Stadt noch völlig ungewiß. Erst die Bereitstellung von rund 240 Mio. DM aus Steuergeldern bewog die Hoesch-Kapitalisten dazu, durch den Bau eines neuen Oxygen-Stahlwerks ein Bein in Dortmund zu lassen. Damit sollen die veralteten Siemens-Martin-Anlagen abgelöst werden. Was von der in Gewerkschaft, Stadt und Land regierenden Sozialdemokratie als großer Erfolg bejubelt wurde, ist aber nichts anderes als das berühmte kleinere Übel: Für 4.200 direkt betroffene Kollegen bedeutet diese Entscheidung das „Aus“, und weitere Kollegen werden im Zuge eines sogenannten „Kostensenkungsprogramms“ ihren Arbeitsplatz verlieren.



War dieser Arbeitsplatz-Abbau schon nicht zu verhindern, so sollten doch zumindest soziale Härten durch einen Sozialplan abgemildert werden. Lange bevor Einzelheiten dieses Sozialplans bekannt wurden, konnte man der Presse entnehmen, daß für die Betroffenen eindrucksvolle 65 Mio. DM bereitstehen würden — freilich, wie schon erwähnt, finanziert aus Steuermitteln.

In dieses ihr Lieblingsprojekt wollten sich die führenden Sozialdemokraten nicht von den „Rebellen“ hineinpfuschen lassen. Unruhe im Betrieb wollten sie unter allen Umständen vermeiden. Der Rausschmiß der „Roten“ wurde systematisch vorbereitet.

Bereits im November 1979 forderte der Leiter der IGM-Nebenstelle Hoerde, Hellemeier, die Hoesch-Vertrauensleute auf, gezielt Material gegen die „RGO“-Betriebsräte zu sammeln, um ihre Entlassung vorzubereiten. „Alle Äußerungen in Flugblättern oder mündlichen Informationen, die etwa Beleidigungen des Vorstands

beinhalteten, sollten zusammengetragen werden, um dem Vorstand Argumente für die Entlassung an die Hand zu geben. Als sich die günstige Gelegenheit bot, klappte alles wie am Schnürchen“ („Revier“, März '80).

Als Siemon und Bömer nämlich endlich den Sozialplan-Entwurf in die Hand bekamen, hatten sie sehr schnell herausgefunden, daß er in wichtigen Punkten weit hinter das zurückfiel, was die IGM andernorts, etwa in der saarländischen Stahlindustrie, vereinbart hatte. Um angesichts des knappen Zeitplans der IGM-Betriebsratspitzen, die „ihren“ Sozialplan so schnell wie möglich unter Dach und Fach haben wollten, überhaupt noch Verbesserungen erreichen zu können, mußten Siemon und Bömer die Geheimpolitik durchbrechen.

Noch bevor der Hoesch-Vorstand die Informations-Weitergabe an Kollegen vom Skandal befragte,

Noch bevor der Hoesch-Vorstand die Informations-Weitergabe an Kollegen vom Skandal befragte, war den beiden noch schnell eine Abmahnung wegen bereits Wochen zurückliegender „RGO“-Veröffentlichungen mit angeblich beleidigendem Inhalt ins Haus geschickt worden. Denn: ohne vorherige Abmahnung war eine Entlassung nicht möglich.

Den politisch wichtigsten Part übernahmen dann wieder die IGM-Betriebsräte. Als es nach dem Abbruch der Verhandlungen durch den Vorstand in einigen Abteilungen zu empörenden Diskussionen kam, war es ihnen ein Leichtes, nach der entsprechenden „Aufklärung“ der Kollegen auch Stimmen herauszuhören, die die „RGO“-ler für die entstandene Situation verantwortlich machten. Dies wurde nach außen, aber vor allem an unbeteiligte Kollegen, als „Streiks gegen die RGO-Leute“ verkauft. Wie gut diese Aktion eingefädelt war, läßt sich auch daran erkennen, daß die Kollegen am nächsten Tag Fotos von ihren „spontanen Aktionen“ in der Tagespresse finden konnten. Viele konnten dort auch lesen, daß sie für die Entlassung der „RGO“-ler gestreikt hätten...

Mit dieser Stimmungsmache im Rücken konnte dann auf einer Vertrauensleuteversammlung in Hoerde eine Resolution durchgebracht werden, in der der Vorstand außer um die Fortführung der Sozialplanverhandlungen auch um Maßnahmen gegen die „Unruhestifter“ gebeten wurde (Wortlaut siehe AK 173). Die Entlassung und der einstimmige Betriebsratsbeschuß waren dann nur noch Formsache.

Breite Solidaritätswelle

Sofort nach den Entlassungen bildete sich ein Komitee, das sich die Organisation der Solidarität zur Aufgabe gesetzt hatte. Eines der ersten — und prominentesten — Mitglieder ist der bekannte Arbeiterschriftsteller Max von der Grün. Zwei Tage nach der Entlassung fand eine erste Solidaritätsveranstaltung statt. Vor etwa 200

Menschen stellten Siemon und Bömer ihre Sicht der Ereignisse dar. Ein Vertreter der „Liste für Belegschaftsforderungen“ von Opel Bochum, der auch seine kritische Haltung zum Konzept der „RGO“ zum Ausdruck brachte, erklärte sich mit den beiden solidarisch, ebenso ein Sprecher des KABD.

Eine gute Woche darauf fand eine weitere Solidaritätsveranstaltung in dem mit 500 Menschen gut gefüllten Stadtwald-Restaurant Grävingholz statt. Norbert Bömer konnte hier bereits davon berichten, daß nach der ersten Verwirrung in der Belegschaft durch die von rechten Betriebsratskreisen lancierten Presseberichte über das angebliche Hinausstreiken der Beiden, nunmehr die Diskussion um die Entlassungen im Werk zunahm und sich eine Reihe von Vertrauensleuten inzwischen gegen die Entlassung ausgesprochen hätten. Für das Solidaritätskomitee gab Rechtsanwalt Gerd Flint einen ersten Überblick über die bisherige Unterstützung. Außer von den der „RGO“ nahestehenden Gruppen KPD/ML, „Rote Hilfe Deutschlands“ und „Volksfront“ konnte er davon berichten, daß das Bochumer Theaterensemble des Stücks „Die heilige Johanna der Schlachthöfe“ während einer Aufführungspause 200 Unterschriften gesammelt hatte. Der Intendant des Bochumer Schauspielhauses, Klaus Peymann, hat seine Solidarität ebenso erklärt wie ÖTV-Mitglieder unter den Umschülern am Berufsausschuss in West-Berlin, der BR-Vorsitzende H. Schramm aus Recklinghausen, eine Zivilistenleistenden-Tagung und Hermann Mühleisen im Namen der oppositionellen Betriebsräte bei Daimler-Benz in Stuttgart. Der Kreisverband der Grünen in Dortmund hat seine Bereitschaft erklärt, die Unterschriften-Sammlung aktiv zu unterstützen und überwie eine Geldspende. Die „Neue“ vom 19.3. meldet sogar, daß „Vertrauensleuteversammlungen bei Hoesch die Entlassungen verurteilten, ebenso die GEW Bochum“.

Die Namen weiterer prominenter Unterzeichner der Solidaritätserklärungen entnehmen wir dem „Roten Morgen“ (14.3.): Henning Venske (Rundfunkjournalist), Prof. Dr. H. Müller (PH Dortmund), Wolfgang Bittner (Schriftsteller), Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Laientheatergruppe „Pfeffermühle“, Kulturmagazin „linkscurve“, Will Halder (stellv. Ortsvorsitzender der HBV Stuttgart), Heinrich Schrimbeck (Schriftsteller), Tork Hansen (VK-Leiter IGM in Lübeck), Bernd Lade (stellv. BR-Vors. in Lübeck), Lothar Lange und Rolf Köhler (Betriebsräte bei HDW in Kiel). Auch die ausgeschlossenen Vertrauensleute der Deutschen Bibliothek schickten eine Resolution.

Allerdings hat der „Rote Morgen“ in einem Punkt es bisher nicht geschafft, über seinen eigenen Schatten zu springen: Er versäumte, seinen Lesern mitzuteilen, daß auch die DKP-Betriebsgruppe bei Hoesch gegen die Entlassung öffentlich Stellung bezogen hat und sogar zweimal in der „UZ“ über die Entlassung berichtet wurde. Immerhin...

Die Vorgänge bei Hoesch haben in Dortmund und darüber hinaus im ganzen Ruhrgebiet großes Aufsehen erregt. Die von rechten Betriebsratskreisen ursprünglich lancierten Meldungen über Entlassungsforderungen aus der Belegschaft sind mittlerweile völlig aus der Presse verschwunden, dafür finden sich mehr und mehr sachliche Berichte über den Fortgang der Auseinandersetzung, in denen auch die Sicht der beiden „RGO“-Betriebsräte zu Wort kommt. Darüber hinaus hat sich auch die linke Presse („TAZ“, „Neue“, „Revier“) der Sache angenommen und engagiert sich für die beiden „RGO“-ler. Die so erreichte breite Öffentlichkeit ist eine gute Voraussetzung für die Verwirklichung der Forderung:

„Norbert Bömer und Hartmut Siemon müssen Betriebsräte bleiben!“

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Hauptverhandlung Bömer gegen Hoesch: 22.4. 11 Uhr Arbeitsgericht Dortmund, Ruhrallee 3, Saal 141

Solidaritätskomitee:

Alice Siemon
Barsinghausen-Str. 23
4600 Dortmund 14

Tel. 0231/23 68 15
Für 2 DM kann hier eine Dokumentation bestellt werden.

Thyssen-Betriebsrat verklagt »Revier«

Duisburg: Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Thyssen-AG, Karl H. Weihs, hat die Zeitung „Revier“ wegen angeblicher Beleidigung und übler Nachrede verklagt. Weihs, ein Autokrat von altem Schrot und Korn, fühlt sich verunglimpft und „menschlich herabgewürdigt“, weil „Revier“ in ihrer Nummer 1/80 einen Artikel veröffentlicht hatte, der unter dem Titel „Gewerkschaftsschädigend: Wahlkandal bei Thyssen“ über jetzt bekanntgewordene Geheimoperationen der SPD-Betriebsgruppe bei der Listenaufstellung der IG Metall für die Betriebsratswahl 1978 berichtete. Maßgeblich beteiligt: Karl Weihs. Besonders wurmt ihn die Wertung von „Revier“: „Ein IGM-Betriebsratsvorsitzender Weihs ist unmöglich geworden“.

Nicht auf sich sitzen lassen will Weihs, so seine Klagschrift, die folgenden Darstellungen von „Revier“:

„Nicht zuletzt der unter vielen Kollegen verbreitete Unmut über un-demokratische Verfahren der Betriebsratsmannschaft von Weihs haben bei der letzten Wahl...“

„Die jetzt aufgedeckte Fernsteuerung der Betriebsratswahl durch die SPD, die Manipulation der Wahlen durch Weihs und seine Gefolgsleute wird Wasser auf die Mühlen der CMV und DAG sein“.

Doch nicht nur um seine „persönliche Ehre“ will Weihs streiten, sondern auch in „öffentlichem Interesse“:

„Der Artikel hat unter den Belegschaftsmittgliedern große Unruhe hervorgerufen.“

Die Erhaltung des Arbeitsfriedens ist gefährdet“.

Unruhe bei Thyssen – nicht erst seit gestern

Mit seinem Gang zum Kadi hat Weihs sich dafür entschieden, der politischen Diskussion um die zugrundeliegenden Tatsachen vorerst aus dem Weg zu gehen. Offensichtlich im Vertrauen auf seine Machtfülle gedenkt er, mit harten Bandagen gegen seine Kritiker anzugehen. Seit aus dem Weg zu gehen. Offensichtlich im Vertrauen auf seine Machtfülle gedenkt er, mit harten Bandagen gegen seine Kritiker anzugehen. Seit 1961 Betriebsratsmitglied, avancierte er 1972 zum BR-Vorsitzenden der Thyssen-Hamborn-Hütte und zum Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Thyssen AG. Er ist Mitglied der Verhandlungskommission der IGM und in dieser Eigenschaft mitverantwortlich für die Tarifabschlüsse in der Stahlindustrie. Nicht zuletzt ist er ehrenamtliches Vorstandsmitglied der IG Metall. Diese kleine Auswahl allein seiner wichtigsten Gewerkschaftsämter (ohne Partei-, Aufsichts- und sonstige Mandate) weist ihn aus, als einen jener Multi-Funktionäre, die in fast allen Großbetrieben zu finden sind und schon deshalb besonders empfindlich auf die Kritik zu reagieren pflegen, weil sie so viel zu verlieren haben.

Tatsache ist allerdings, daß nicht erst seit dem „Revier“-Artikel Unruhe in der Thyssen-Belegschaft herrscht.

Schon 1977 tauchten anonyme Flugblätter auf der Hütte auf, die zu aktuellen betrieblichen Problemen deftige Kritik vorbrachten („Revier“: „in beleidigender Form...“). Diese Flugblätter, die später mit „die Wahrheitsgetreuen“ unterzeichnet wurden, stammten, wie inzwischen unbestritten ist, von Leuten aus der Weihs'schen Betriebsratsmannschaft und ließen einen hinter den Kulissen geführten internen Machtkampf um die Posten im Betriebsrat ahnen.

Schon in dieser Situation verließ Weihs sich nicht etwa auf seine Argumente, sondern stellte Stefantrag gegen Unbekannt, um sich mit den anonymen Flugblatt-Schreibern auseinanderzusetzen.

Damit war natürlich der wachsenden Unzufriedenheit der Belegschaft mit der Politik des Betriebsrates nicht beizukommen.

Drei Monate vor der Betriebsratswahl 1978 wurde diese Unzufriedenheit von den beiden IGM-Vertrauensleuten Hengst und Hofmeier auf einer Betriebsversammlung in Worte gefaßt: sie forderten die IG Metall und den CMV („Christlicher Metallarbeiter-Verband“) auf, keine eigenen Listen aufzustellen, sondern durch Bildung einer einzigen gemeinsamen Liste aller Kandidaten eine Persönlichkeitswahl statt der bisher üblichen Listen-Wahl zu ermöglichen. Zur gleichen Zeit kursierte



Autokrat Weihs: Rückhalt aus der SPD-Betriebsgruppe (l., mit IGM-Chef Loderer)

im Profilwalzwerk eine Unterschriftensammlung, in der ebenfalls eine Persönlichkeitswahl gefordert wurde, „damit wir diejenigen Kollegen in den Betriebsrat wählen können, die wir kennen und von denen wir wissen, daß sie sich für unsere Interessen einsetzen“.

Weihs, assistiert von den damaligen VK-Leitern Rakowski und Stoffel, holte voll zurück. Sie beantragten ein Untersuchungsverfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten gegen die beiden Vertrauensleute (siehe hierzu auch AK 126). Die IGM-Ortsverwaltung unter dem bekannten „Linken-Fresser“ Bulitz erteilte den Kollegen „wegen der Schwere der Anschuldigungen“ ein sofortiges Funktionsverbot und ließ vor den Duisburger Metall-Betrieben ein Flugblatt verteilen, das in Strauß-Stoiber'scher Manier „die Extremisten aus den Löchern kriechen...“ ließ. Im gleichen Flugblatt (mit Bulitz-Portrait...) hieß es scheinheilig: „Die IGM bekennt sich zur Persönlichkeitswahl...“

Der Knoten aller Fäden: die SPD-Betriebsgruppe

Der Knoten aller Fäden: die SPD-Betriebsgruppe

Die Würfel gegen Persönlichkeitswahl waren inzwischen längst gefallen. Während noch gegen „politische Extremisten und sogenannte christliche Gewerkschafter bei der Thyssen AG“ gehetzt wurde, die „durch das Einbringen von zusätzlichen Vorschlagslisten (...) die Persönlichkeitswahl verhindern“, hatte die SPD-Betriebsgruppe schon eine „Rangierkommission“ gebildet, die die IG Metall-Liste in kleinem Kreis „vorrangigte“. Ganz offensichtlich wurden dabei nicht alle „Genossen“ wunschgemäß berücksichtigt; jedenfalls kam es zu schweren Rangeleien um die Posten, bei denen auch die „Wahrheitsgetreuen“ kräftig mitmischten. Diese Vorgänge hatte Ober-Rangierer Weihs bislang immer bestritten. Inzwischen hat

Wie sich die Zeiten ändern ...

„Durch Dein Eintreten für eine gemeinsame Vorschlagsliste zwischen der IG Metall, dem CMV und unorganisierten Gruppen bei der kommenden Betriebsratswahl hast Du gegen Beschlüsse der IG Metall verstoßen und dem Ansehen der IG Metall Schaden zugefügt.“

Aus dem Schreiben der Duisburger Ortsverwaltung vom 28. 12.77 an den Vertrauensmann Hoffmeier, der eine Persönlichkeitswahl gefordert hatte und dafür knapp am Gewerkschaftsausschluß vorbeikam.

„Die IG Metall empfiehlt für 1981 die Persönlichkeitswahl bei der Thyssen AG/Werke Hamborn und Beeckerwerth. Wir meinen, nur die Persönlichkeitswahl entspricht dem Willen der Wähler.“

Aus einem von der Ortsverwaltung im Februar 1980 verteilten Flugblatt.

aber der ehemalige Vertrauensmann und Ersatzbetriebsrat Steffen ausgepackt. Er präsentierte ein Tonbandprotokoll der entsprechenden Sitzung und plauderte auch die Zusammensetzung der „Rangier-Kommission“ aus: fünf Vertrauensleute, vier Betriebsratsmitglieder und ein Mitglied der Ortsverwaltung. Was viele Kollegen ahnten, ist damit bewiesen. Weihs nunmehr dazu: So was sei ganz normal und würde bei CDU und DKP genauso gehandhabt...

Indes war mit der Schiebe- und Drückerei eine schmerzhaft Schlappe für die IGM-Liste mit Weihs an der Spitze nicht zu verhindern gewesen.

BR-Wahl '78: die Quittung

Bei einer für die IGM beschämend schlechten Wahlbeteiligung von rund 62 % (1975 = 72,6 %) kassierte die Weihs-Liste herbe Verluste von 23 %; der CMV konnte von der Unzufriedenheit drei Prozent für sich profitieren und erreichte damit 14,7 %. Die Vertrauensleute Hengst und Hofmeier hatten, nachdem die Persönlichkeitswahl von der IGM endgültig abgelehnt worden war, mit einem weiteren Kollegen eine eigene „Liste demokratischer Gewerkschafter“ eingereicht. Sie erreichten auf Anhieb 18 % und konnten die ihnen zustehenden sechs Sitze nur zur Hälfte einnehmen.

Die IGM indes verstand es nicht, aus dem Denksatz, den sie von der Belegschaft erhalten hatte, die entsprechenden Lehren zu ziehen. Ohne die geringste Spur von Selbstkritik wurde nach Sündenböcken gesucht. Und die fanden sich in den Kollegen der „Liste demokratischer Gewerkschafter“. Als Ergebnis des schon vor der Wahl eingeleiteten Untersuchungsverfahrens forderte die Ortsverwaltung den Gewerkschaftsausschluß der Kollegen, und der Vorstand erkennt schließlich auf zwei Jahre Funktionsverbot.

Da waren sie wieder, die harten Bandagen.

Gegenwind für Weihs

Gegenwind für Weihs

Mittlerweile sammelt sich aber durchaus eine Gegen Tendenz in der Gewerkschaftsarbeit bei Thyssen. Schon die Vertrauensleute-Wahlen 1979 verliefen anders als in den früheren Jahren. In vielen Bereichen wurden die Vertrauensleute, die in der Vergangenheit fast ausschließlich berufen wurden, zum ersten Mal gewählt. Etwa die Hälfte des Vertrauenskörpers sind neue Vertrauensleute. Mit den Kollegen Spahn, Schulte und Grohnert an der Spitze wurde eine neue VK-Leitung gebildet. Schon während des Streikwinters 78/79 zeigten die Vertrauensleute und die Kollegen der Thyssen-Hamborn-Belegschaft, daß sie zum „harten Kern“ der streikenden Stahlarbeiter gehörten. Im Gegensatz dazu hatte BR-Vorsitzender Weihs als Mitglied der Verhandlungskommission entscheidenden Anteil an dem katastrophalen Tarifabschluß nach sechs Wochen Streik. Dies brachte ihm zwar kein Ansehen in der Belegschaft ein, wohl aber die Berufung in den Vorstand der IG Metall.

Die im Vertrauenskörper erkennbare Tendenz zu einer aktiveren Gewerkschaftsarbeit und zu größerer Unabhängigkeit vom Betriebsrat kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß sich der VK diesmal schon sehr frühzeitig mit den Betriebsratswahlen 1981 befaßt hat. Im Februar dieses Jahres faßte der VK den Beschluß, sich bei der kommenden Wahl eindeutig für die Persönlichkeitswahl einzusetzen. Alle im Betriebsrat vertretenen Gruppen wurden dazu aufgefordert, sich zu diesem Vorschlag zu äußern. Er wird auch von der Duisburger Ortsverwaltung unterstützt, die ein entsprechendes Flugblatt verteilen ließ.

Sollte es tatsächlich zur Persönlichkeitswahl kommen, dürfte sie recht spannend werden. Dann würde sich nämlich auch zeigen, welches Ansehen die „Rangierer“ tatsächlich in der Belegschaft haben. Weihs indessen – seine Klage gegen „Revier“ legt dies nahe – scheint sich auch weiter auf seine Machtpolitik statt auf eine argumentative Auseinandersetzung verlassen zu wollen. Nun denn. Am Ende könnte für ihn ein böses Erwachen stehen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Solidarität mit den britischen Stahlarbeitern!

Mitte März unternahm eine Delegation der streikenden britischen Stahlarbeiter aus Stockbridge eine zweite Informations-Rundreise durch die BRD. Bei der Hamburger Veranstaltung hatten wir Gelegenheit, mit einem der Kollegen ein ausführliches Interview zur Entwicklung des Streiks und insbesondere zum Verhältnis von Entwicklung der innergewerkschaftlichen Demokratie und Kampfstärke der gewerkschaftlichen Basis zu machen. Die Veröffentlichung dieses Interview ist für den nächsten AK vorgesehen.

Die Kampfbereitschaft der britischen Stahlarbeiter ist auch im dritten Monat ihres Streiks ungebrochen. Erhebliche Gefahr droht einer siegreichen Beendigung ihres Streiks vielmehr wesentlich von außen; droht deshalb, weil - objektiv gesehen - „Streikbrecherstahl“ aus Europa zum allergrößten Teil ungehindert nach Großbritannien hineingelangt; droht auch, weil die Führungen von IGM und ÖTV sowohl eine konsequente Unterbindung der Stahllieferungen aus der BRD nach Großbritannien sowie eine wirksame finanzielle Unterstützung der britischen Kollegen bisher sabotiert haben.

Auf der Veranstaltung wurde von einem Hamburger Gewerkschafter berichtet: „Als wir in England waren, haben uns die Kollegen drüben gesagt: Fragt doch mal nach, was hier eigentlich los ist mit der ÖTV und den anderen Gewerkschaften, die auf internationaler Ebene erklärt haben, sie seien solidarisch.“

Ich habe mich dann der Mühe unterzogen und zunächst hier die ÖTV angerufen. Dort haben ich einen Kollegen, der u.a. auch Bürgerchaftsmitglied und in der AFA tätig unterzogen und zunächst hier die ÖTV angerufen. Dort haben ich einen Kollegen, der u.a. auch Bürgerchaftsmitglied und in der AFA tätig ist, gesprochen, und der sagte mir, in der Frage des Boykotts mußt du dich an den Vorstand in Stuttgart wenden, da haben wir hier unmittelbar gar nichts mit zu tun - aber, wenn wir Order kriegen von oben, dann werden wir auch sehen, daß der Boykott durchgeführt wird, hier in Hamburg...“

Ich habe dann im Hauptvorstand in Stuttgart angerufen und nachgefragt, und zwar hatte mir der Kollege gleich die Adresse vom 'Internationalen Sekretariat' der ÖTV gegeben. Die Sekretärin, die am Apparat war, sagte mir zu der Sache: Lieber Kollege, die Planstelle für das 'Internationale Sekretariat' ist im Augenblick nicht besetzt! Daraufhin habe ich gefragt: Wer ist denn jetzt eigentlich zuständig? - Ja, das ist der 2. Vorsitzende, Siegfried Merten. - Ich sag: Ja, kann ich den bitte sprechen? - Der ist in Tarifverhandlungen.

Da hab' ich am nächsten Tag angerufen und den 2. Vorsitzenden der ÖTV ans Telefon bekommen, und der hat mir gesagt: Ja, lieber Kollege, für diese Frage ist die IG Metall zuständig, denn es geht hier nur um Zustelllieferungen, die aufgrund des Streiks geliefert werden, und da ist die IGM schon dabei...“

Damit hab' ich mich allerdings auch nicht zufrieden gegeben und dann bei der IG Metall wieder von unten hier in Hamburg angefragt, da hat ein IG Metall-Kollege freundlichweise beim Vorstand der IGM in Frankfurt angerufen und der

wußte von der ganzen Sache nichts und hat an ein 'Internationales Sekretariat' in Düsseldorf weiterverwiesen. In Düsseldorf hat ein Vorstandsmitglied gesagt, das Problem bestünde darin, sie würden das ja den Betriebsräten sagen, sie sollten die Sachen blockieren, bloß sie hätten keinen Einfluß darauf, daß das auch durchgeführt wird.“

Ein Gewerkschafter aus Salzgitter berichtete, daß die dortige Veranstaltung mit den britischen Stahlarbeitern zusammen mit dem VLK der Salzgitter-Hütte gemacht werden sollte. Der aber sah sich außerstande, so etwas „so kurzfristig“ in Salzgitter zu organisieren, und rief erstmal bei der IGM in Frankfurt an. Dort zeigte man sich „überhaupt nicht informiert“. Daraufhin zogen sich die Leute aus der IGM-Ortsverwaltung in Salzgitter ganz zurück; sie hätten keine Rückendeckung (!) und könnten also nichts machen. Zusammen mit AKL, Grünen und Jusos kam die Veranstaltung, die von der Sache her doch unmittelbar Angelegenheit der IGM gewesen wäre, noch zustande.

Mittlerweile liegt auch eine zumindest offiziöse Reaktion der IGM-Hauptverwaltung vor. Der Auslandsreferent der IGM-HV, Schunk, erklärte einer britischen Delegation: „Erstens verhandele die IGM nicht mit irgendwelchen Delegationen, sondern mit den englischen Gewerkschaftsspitzen. Zweitens seien Solidaritätsstreiks und Aufrufe zur Sabotage (??) in Deutschland illegal Drittens werde er trotzdem veranlassen, daß erneut ein Brief an die Basis geht, in dem zur Unterstützung der Streikenden aufgerufen wird und überdies werde eine Delegation der IGM den Stahlarbeitern in England ihre Aufwartung machen“ („taz“, 21.3.).

Nun sind ja durchaus über „gewerkschaftssoffizielle“ Kanäle Gelder nach Großbritannien gegangen. Welches Schicksal diese Spenden erleiden, erzählte einer der Streiker aus Stockbridge in Hamburg: „Das Geld ist gespendet worden an die, wie wir sie nennen, Bill Sirs-Sektion (Bill Sirs - Vorsitzender des ISTC, Anm. AK). An das Hauptquartier, das ungefähr 150 Meilen von der nächsten Stahlstadt, die die ganze Streikarbeit trägt, entfernt liegt. Es dauert etwa einen Monat, bis etwas Geld übergeben wird für unsere Streikposten-Arbeit... Alles was ich sagen kann, ist: Das Geld, das an Bill Sirs geht, unterhält eine Organisation, das Geld, das ihr an uns Streikende geht, fließt in den Streik und das ist es, was uns weiterhilft.“

Deshalb hier noch einmal die Adresse der Streikenden selbst: Stockbridges Strike Committee c/o Jim Lambert, 17 Haywood Avenue, Deepcar, Sheffield S 30, 5 QD Und ihr Spendenkonto: Stockbridge Joint Union G.P. Fund, Midland Bank, Stockbridge, Sheffield, Konto-Nr. 31020595 Also Leute: Schreibt, spendet, spendet!!!

(K., BO Hamburg-Barmbek)

Entschließung

der Funktionärsversammlung der IGM Hamburg am 13.3.80 zur Abstimmung vorgelegt (eingebracht von Vertrauensleuten von Thyssen, Still Ortman & Herbst, Strüver, Röntgenmüller, HDW und Reynolds):

„Die heutige Funktionärsversammlung der IGM Hamburg beauftragt die Ortsverwaltung zur Unterstützung der streikenden englischen Stahlarbeiter konkrete Solidaritätsaktionen in die Wege zu leiten:

1. Nachzuforschen, ob Hamburger Betriebe an Streikbrecherlieferungen von Stahl nach England beteiligt sind und ggf. zu versuchen, über die Vertrauensleutkörper einen Lieferstopp zu erwirken.
2. An andere DGB-Gewerkschaften - insbesondere die ÖTV - heranzutreten, damit die Kollegen dort ihrerseits gegen Streikbrecherlieferungen aktiv werden.
3. Umgehend eine Informationsveranstaltung über den englischen Stahlarbeiterstreik zu organisieren. Zu dieser Veranstaltung sollten Kollegen aus England eingeladen werden, die aktiv am Streik beteiligt sind.

Gleichzeitig fordern wir die Vertrauensleute auf, auch selbst in diesem Sinne aktiv zu werden und besonders zur finanziellen Unterstützung eine Spendensammlung in den Betrieben zu organisieren.“

Die Entschließung wurde von der Vertreterversammlung einstimmig angenommen.

Frister warnt DGB vor der »linken Intellektuellenszene«

Durch eine Veröffentlichung der „Frankfurter Rundschau“ vom 8.3. wurde ein Brief des GEW-Vorsitzenden Erich Frister bekannt, den dieser wohl lieber noch geheim gehalten hätte. In dem vertraulichen Schreiben an die Mitglieder des DGB-Bundesvorstandes warnte Frister vor dem „Komitee für Grundrechte und Demokratie“. Es handele sich hierbei, so Frister, „um eine Aktivität des Sozialistischen Büros Offenbach, die offensichtlich darauf abzielt, ein bundesrepublikanisches Exemplar des Russell-Tribunals einzurichten, ohne in den zweideutigen Ruf zu gelangen, den das Russell-Tribunal mit seinen Aktivitäten erworben hat“. Zu der Liste der Gründungsmitglieder des Komitees heißt es in Fristers Schreiben, sie zeige mehrheitlich „die bekannten Namen aus der am linken Rand und links von der SPD angesiedelten Intellektuellenszene“. Und zu den Zielen des Komitees äußert Frister, daß „das DKP-Thema Berufsverbote“ breiten Raum einnehmen und daß das Komitee so „die Solidarisierungseffekte der DKP-Propaganda nutzen“ wolle.

Aufschlußreich ist Fristers Polemik gegen die „linke Intellektuellenszene“. Aus dem Mund eines Intellektuellen, der zudem noch Vorsitzender einer Gewerkschaft ist, die keine Arbeiter organisiert, klingt solch eine Äußerung eher absurd. Offenbar war von Frister beabsich-

tigt, derartige diskriminierende Äußerungen erst mit dem Etikett des DGB zu versehen, ehe sie an die Öffentlichkeit gelangen. „Die bekannten Namen“ aus dem Gründungsauftrag des Komitees scheinen zudem Frister besonders verhaßt zu sein. Das weckt Erinnerungen an die Kampagne gegen das Russell-Tribunal, an der sich die DGB-Führung damals in direktem Auftrag des Bundesinnenministeriums beteiligt hatte. Das Innenministerium hatte damals in einem internen (im AK 120 veröffentlichten) Schreiben u.a. die Gewerkschaften aufgefordert, „eine klare Beurteilung des Vorhabens“ vorzunehmen. Dem war der DGB mit einem Schreiben vom 18.1.78 an die DGB-Kreise nachgekommen, in dem die Mitglieder der Jury und des Beirats des Tribunals übel diffamiert wurden. Damals sah sich DGB-Chef Vetter, der das Schreiben unterzeichnet hatte, nach der Veröffentlichung genötigt, eine zweite Version zu verschicken, in der die Diffamierungen gegen die Mitglieder des Beirats des Tribunals, die sich heute im Unterstützernetzwerk des Komitees wiederfinden, teilweise zurückgenommen wurden: „Um der Klarheit Willen ist hier deutlich zu machen, daß uns bekannt ist, daß die Mitglieder des Beirats sich vielfach in Aktivitäten engagiert haben, deren politische Zielsetzungen von jedem Demokraten unterstützt werden können“ (Vetter-Brief vom 31.1.78).

Was sind dies nun für Aktivitäten, die Erich Frister so gefährlich scheinen, daß er eine offizielle Verurteilung durch den DGB erreichen möchte? Die Gründungserklärung (abgedruckt in der „FR“ vom 25.2.) nennt als eine Aufgabe die Information über die andauernde Berufsverbotepraxis, eine Aufgabe, die auch von vielen GEW-Landesverbänden betrieben wird und die Frister kurzerhand als „DKP-Thema“ diffamiert. Weitere Zielsetzungen sind Informationen über die Zustände in den Gefängnissen, Ausbau des Polizeiapparates, Frauenunterdrückung und Einschränkung der Rechte in den Betrieben. Weiter heißt es in der Erklärung: „Das Komitee wird im Rahmen seiner Kräfte kein Thema von vornherein vermeiden“. Hier fürchtet Frister wohl, daß auch die antikomunistische Ausrichtungswelle im DGB thematisiert werden könnte.

Inzwischen haben einige der Gründungsmitglieder des Komitees, Pfarrer Albertz, Ingeborg Drewitz und Wolf-Dieter Narr, Fristers Attacken zurückgewiesen. „Es sei nicht Fristers Sache, Mitbürgern politische Zensuren zu erteilen, die ihre Grundrechte aktiv in Anspruch nehmen und menschenrechtliches Engagement in der Öffentlichkeit propagieren wollen“ („FR“, 11.3.) erklärten sie.

Ein Hamburger Lehrer genosse

CDU/CSU setzen Zensur im ÖTV-Magazin durch

Klaus Rabe aus Westberlin ist Autor des Buches „Unsere Stunde, die wird kommen“ (über Rechtsradikale in der BRD). Die Redaktion der Gewerkschaftszeitung ÖTV-Magazin las dieses Buch und hielt Rabe für geeignet, einen Beitrag für die Januarausgabe zu diesem Thema zu schreiben. Rabe nahm den Auftrag an und legte fristgemäß sein Manuskript vor. Absprachen zwischen Redaktion und Autor über die Kürzung von zwei Passagen waren problemlos.

Doch in der Januarausgabe entdeckte Rabe, daß eine wesentliche Passage gegen alle Absprachen gestrichen war. Sie enthielt Fakten über Verbindungen der CDU/CSU zu Rechtsradikalen und Kritik an Franz Josef Strauß (siehe den Wortlaut).

Am 3. Januar schrieb Rabe einen Protestbrief an das ÖTV-Magazin und verlangte drei Wochen später, am 25. Januar, den Abdruck der gestrichenen Passage in der Märzangabe, nachdem immer noch keine Antwort der Redaktion erfolgt war. Das ÖTV-Magazin lehnte ab. Telefonisch wurde eine inhaltliche Begründung für die Streichung angegeben, in einem Brief vom 18. Februar allerdings heißt es naiv: „Der Text ist an einem Sonntagabend gekürzt worden, Andruck war am folgenden Montagmorgen zu Beginn der Frühschicht. Dem Rotstift zum Opfer gefallen ist eine Passage, die den verantwortlichen Redakteuren — im Gegensatz zu Ihnen — entbehrlich schien“. Gegenüber der Zeitung „Die Neue“ gab ÖTV-Chefredakteur Die-

ter Schneider an, daß in der Kürze der Zeit die von Rabe angeführten konkreten Beispiele nicht mehr haben überprüft werden können (obwohl diese mit Quellenangaben in Rabes Buch behandelt sind). Außerdem habe Rabe „nicht den Auftrag gehabt, über Strauß zu schreiben“ („Neue“, 19.3.).

Ein erneuter Erfolg von Strauß/CSU bei ihrer Strategie, durch Druck auf den Gewerkschaftsapparat dessen Entwicklung zur Anpassung an den Unionskanzlerkandidaten zu fördern. Die Wahrheit über die CSU/CDU darf nicht mehr erscheinen, die innergewerkschaftliche (Selbst-) Zensur wird ausgebaut.

Die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt

Die Zahl der in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt organisierten Rechtsextremisten nimmt zwar ab, doch der »harte Kern« neonazistischer Aktivisten wächst. Sprengstoffanschläge, umfangreiche Waffenfunde und eine beträchtlich angestiegene Propaganda belegen das immer militanter Auftreten von Neonazis. Erschreckend ist vor allem der hohe Anteil und der Fanatismus von Jugendlichen bei den Aktivitäten. In den Gewerkschaften wird diese Entwicklung mit großer Sorge betrachtet. Der 11. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes forderte 1978 mit Nachdruck, neofaschistisches Propagandamaterial zu verbieten und alle rechtlichen Mittel zur Bekämpfung neofaschistischer Organisationen auszuhebeln. Jugendliche sollten verstärkt über den Faschismus aufgeklärt werden.

»Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch«



»Junge Nationaldemokraten« bei einer Kundgebung. Besorgniserregend ist der hohe Anteil Jugendlicher bei rechtsextremistischen Demonstrationen und ihren Aktivitäten

IM WORTLAUT:

Der gestrichene Text:

„Wohin man auch schaut, der Rechtsextremismus ist nicht isoliert. Auch bestimmte CDU/CSU-Kreise tragen ihren Teil dazu bei, daß dem so ist. CSU-Bundestagsabgeordnete unterstützen rechtsextrem einzustufende Vereinigungen wie den „Witiko-Bund“ oder das „Hilfskomitee Südliches Afrika“. Der CDU-Abgeordnete Wissbach spricht regelmäßig auf Veranstaltungen der HIAG, der Hilfsge-

meinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS. Die Beispiele ließen sich beliebig ergänzen.

Umso gefährlicher sind Verharmlosungen und Verdrehungen der rechtsextremistischen Gefahr. Ohne Belege anzuführen, sieht Franz Josef Strauß das Problem so: „Der KGB oder andere Geheimdienste veranlassen — wie inzwischen unwiderlegbar bewiesen ist — Hakenkreuzschmiedereien auf jüdischen Friedhöfen bei uns. DKP und SED schulen Subversanten, die rechtsradikale

und Mini-Organisationen gründen und mit stupiden neonazistischen Sprüchen für weithin sichtbares öffentliches Ärgernis sorgen“. Und jeder, der vor der Gefahr des Rechtsextremismus warnt, ist ein „verfälschter Anwalt sowjetischer Westpolitik“, so der „Bayernkurier“.

Ersetzt wurde dieser Text durch folgende Passage: „Der Rechtsextremismus ist nicht isoliert. Es gilt wachsam zu bleiben, damit er nicht zu einer Gefahr für unsere Demokratie wird“.

Der zensierte Artikel aus dem ÖTV-Magazin, Januar 1980

Erfolgreiche Warnstreiks bei Bremer Vulkan

Zu zahlreichen Warnstreiks ist es in den letzten Wochen beim Bremer Vulkan (im Besitz von Thyssen; Schiffswerft mit 3600 Beschäftigten) gekommen. Am Freitag, dem 14.3. traten 80 Gerüstbauer in den Streik. Sie protestierten damit dagegen, daß die Firmenleitung einen Auftrag an eine „Leiharbeiter“-firma vergeben hat, obwohl auf der Werft selber Kurzarbeit angesetzt ist. Zwar zog die Firma aufgrund des Streiks diesen Auftragsauftrag zurück, sie weigerte sich allerdings, den Streikenden die ausgefallene Zeit zu bezahlen. Diese setzten daraufhin ihren Streik fort. Noch am gleichen Tag versammelten sich 2500 Werftarbeiter spontan zu einer Betriebsversammlung. Der Betriebsrat erklärte dort, daß er keine Zustimmung zu Überstunden am Wochenende geben werde.

Am 17.3. setzten die Gerüstbauer zunächst ihren Streik fort, brachen ihn dann aber ab. Ihre Forderung nach Bezahlung der Streikzeit ist bisher nicht erfüllt. Seit Wochen brodelt es auf der Vulkan-Werft. Bereits am 24.2. legten 120 Schiffbauer die Arbeit nieder. Grund: die Unternehmensleitung hatte einen türki-

schen Arbeiter um 1 DM/pro Stunde im Lohn heruntergruppiert, da dieser nach einem Unfall angeblich nicht mehr die volle Leistung erbracht hat. Am 22.2. schlossen sich die Kollegen aus der Schiffbauhalle dem Streik an und am 25. und 26.2. standen bereits 400 Schiffbauer im Streik. Sie erreichten, daß die Lohnänderungskündigung zurückgenommen wurde, wenngleich jetzt eine Überprüfung seiner Leistung erfolgen soll. Außerdem wurde durchgesetzt, daß den Streikenden keine weitere Maßnahmen drohen; die Bezahlung der Streikzeit konnte auch hier nicht erreicht werden.

Hintergrund der scharfen Auseinandersetzungen auf der Vulkan-Werft ist die drohende Fusion mit der Bremer Werft AG Weser (Krupp-Konzern). Mehrere hundert Arbeitsplätze wären in diesem Fall gefährdet. Die Vulkan-Kapitalisten wollen die entsprechende Unsicherheit um die Arbeitsplätze nutzen, Rationalisierungsmaßnahmen und Abgruppierungen durchzusetzen. Bisher haben sie sich allerdings in den kämpferischen Werftarbeitern verhasst.

Danielowski contra Arbeit und Leben-Bund

Am Montag, den 17.3., verhandelte das Arbeitsgericht Göttingen die Kündigungsschutzklage des pädagogischen Mitarbeiters von Arbeit und Leben, Jürgen Danielowski, gegen die Bundesvereinigung Arbeit und Leben (im folgenden AuL-Bund). Wie im letzten „Arbeiterkampf“ bereits berichtet, will AuL den Kollegen Danielowski gegen seinen und den Willen der örtlichen Gewerkschaften aus Göttingen wegwersetzen. Jürgen Danielowski wurde zwar von AuL-Bund als Jugendbildungsreferent eingestellt, betreut jedoch seit mehr als vier Jahren vor allem die Erwachsenenbildungsarbeit der IG-Chemie-Verwaltungsstelle Hann.-Münden. Selbige ist bekanntermaßen schon länger schweren Angriffen von Gewerkschaftsvorstandsseite ausgesetzt.

Beim Arbeitsgerichtsprozeß am 17.3. ging es nun um eine Änderungskündigung, mit der AuL-Bund Danielowski in die Nähe von Braunschweig versetzen will.

Danielowskis Rechtsanwalt trug dem Gericht drei voneinander unabhängige Gesichtspunkte vor, aus denen die Kündigung ungerechtfertigt ist:

1. Entscheidend sei nicht das formelle Arbeitsverhältnis Danielowskis mit Arbeit und Leben - Bund, sondern sein tatsächliches mit Arbeit und Leben Niedersachsen. Diese über alle Arbeitgeberfunktionen aus und Danielowski sei in die Landesarbeitsgemeinschaft integriert. Damit sei er eben auch Beschäftigter der AuL Niedersachsen und der niedersächsische Betriebsrat müsse zu seiner Kündigung gehört werden. Da dies nicht geschehen sei, müsse auch die Kündigung als nichtig betrachtet werden. Ein Beschäftigungsverhältnis mit AuL Niedersachsen hatte übrigens auch schon das Arbeitsgericht Hannover am 14.2.80 festgestellt.
2. Die Kündigung sei sozialwidrig. AuL-Bund versuche, die Kündigungsschutzregelungen zu umgehen, indem

sie eine Stelle streiche, obwohl die Beschäftigungsmöglichkeit unvermindert vorhanden sei.

3. Eine Kündigung könne nur das letzte Mittel sein. Statt der Änderungskündigung hätte AuL-Bund beim Betriebsrat die Versetzung beantragen können.

AuL-Bund begründete die Kündigung wie folgt:

— Danielowski habe erklärt, er wolle keinesfalls nach Braunschweig gehen, die Stelle müsse aber bis zum 1. April besetzt sein. Daher sei schon aus Dringlichkeit eine Änderungskündigung geboten.

— AuL-Bund habe mit AuL-Niedersachsen nichts zu tun. Beides seien eigenständige Vereinigungen, z.B. unterliege die Jugendbildungsarbeit ausschließlich der Bundesvereinigung. Man habe nun von den ehemals zwei Stellen in Niedersachsen, nämlich in Bremerhaven und in Göttingen, die Bremerhavener Stelle gestrichen und die verbleibende Planstelle von Göttingen nach Braunschweig verlegt.

Da also der Kläger nur ein Arbeitsverhältnis mit AuL-Bund habe, sei seine Mitgliedschaft im Betriebsrat der AuL Niedersachsen unerheblich!!!

Eine völlig neue Einschätzung, denn bei der Einstellung von Danielowski war der Betriebsrat von AuL Niedersachsen noch gehört worden. Auch bei der Einstellungs- von Danielowski war der Betriebsrat von AuL Niedersachsen noch gehört worden.

— Es müsse in Frage gestellt werden, ob das Kündigungsschutzgesetz in diesem Fall überhaupt Anwendung finden könne. Das Gesetz gelte nur, wenn der Arbeitnehmer in einem Betrieb beschäftigt sei. Bei nur noch drei Beschäftigten in Niedersachsen bei AuL-Bund sei das zu bezweifeln.

Noch Fragen???

Der weitere Verlauf der Verhandlung brachte eine Einigung auf die Scheinalternativen Änderungskündigung oder Versetzungsverfahren.

Noch sind die Würfel nicht gefallen, die Urteilsverkündung ist am 28. März.

KB/Göttingen

BDA: Unterstützung für CSU — Kurs zur Gewerkschaftsspaltung

Noch nie haben die Gewerkschaften so viele Freunde aus so vielen unterschiedlichen Lagern gehabt. Da tagt am 17. März 1980 der Wirtschaftsbeirat der bayrischen CSU in München — ein Rat, der die besonderen Interessen der zahlreichen Unternehmer in dieser Unternehmerpartei besonders betont. Vor diesem Rat referierte der höchste Unternehmerfunktionär der BRD, Otto Esser von der Bundesvereinigung deutscher Arbeitgeberverbände (BDA). Sein Thema: der Erhalt der Einheitsgewerkschaft, um die nämlich sorgt sich Unternehmerpräsident Esser zusammen mit Bayerns CSU-Unternehmern. Esser warnt vor „einseitiger parteipolitischen Bindung des DGB“, diese sei „das Ende des Gedankens der Einheitsgewerkschaft“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — „FAZ“, 18.3.). Begeistert klatschte die CSU-Unter-

nehmenschaft Beifall. Doch Esser weiß Rat, falls der DGB sich nicht an seine Mahnung hält. Dann würden „sich früher oder später auch andere Parteien bemühen, sich einseitig politische Gefolgschaft unter Arbeitnehmern in gewerkschaftlicher Organisationsform zu sichern“ („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 18.3.). Ähnliche Pläne zur Spaltung der Gewerkschaften hatten bereits Strauß/Stoiber für die CSU ausgeheckt. Daß der Unternehmerpräsident dem zustimmt, wen wundert's — genauso wenig wie die Begeisterung der bayrischen Unternehmenswelt! Welche „Einheitsgewerkschaft“ Esser verteidigen will? Von der „Gefolgschaft“ spricht er, fehlt nur noch der „Betriebsführer“ und seine „Gewerkschaft“, die „Deutsche Arbeitsfront“-Kampforganisation kann der BDA-Präsident wohl kaum gemeint haben.

Erfahrungsbericht mit Bildschirmarbeit: Abends sind meine Augen gerötet ...

Vor fünf Monaten wurde ich als Sachbearbeiterin an einen Bildschirmarbeitsplatz versetzt. Es gibt in dem Betrieb, der zu den Großbetrieben in der Metallbranche gehört, seit Anfang 1978 solche Arbeitsplätze. Als die Dinge eingeführt wurden, schuf man offensichtlich zwei große Testabteilungen (in beiden Abteilungen fallen total gleiche Arbeiten an). In Abteilung A arbeiten die Frauen meist zu zehnt in einem großen Raum. Ihre Arbeit ist im Gegensatz zu vorher total aufgesplittet in einzelne sehr eingegrenzte Arbeitsinhalte. Jede wurde in ihrer früheren „Entscheidungsfreiheit“ sehr eingeengt, und arbeitet heute völlig dequalifiziert monoton am Bildschirm. Die Frauen sind unzufrieden und arbeiten nicht das kleinste bisschen mehr als nötig - was ja sonst häufig bei Angestellten gerade eine verbreit-

sem sogenannten Mischarbeitsplatz - pro Tag sind es durchschnittlich 5 Stunden am Terminal - habe ich regelmäßig unter Kopfschmerzen, die von Muskelverspannungen im Nacken herrühren und Augenflimmern zu leiden. Gegen meine geröteten Augen, die ich abends habe - oft auch schon mittags, je nachdem, wie viele Daten ich ins Terminal einzugeben habe, nehme ich regelmäßig Augentropfen.

Kontrolle und Arbeitshetze wächst

Für die meisten Eingaben ist die entsprechende persönliche Codeziffer erforderlich, ohne die sonst gar nicht ans Programm ranzukommen ist. Es ist auch nicht möglich, mit der eigenen Kennziffer an einem anderen Terminal zu arbeiten. Es gibt einzelne Programmarten, bei denen nach

Jede Eingabe wird gespeichert, sodaß ersichtlich ist, wie schnell die Einzelne ist, wie viele Fehler sie macht. Diese Daten sind selbst nach zwei Jahren noch greifbar und können herhalten, wenn mal wieder rationalisiert werden soll. Vor kurzem wurden in die einzelnen Bildschirm-Geräte kleine Apparate mit Schlitzen eingebaut. In Kürze ist es nur noch möglich, mit dem eigenen Firmenausweis, der entsprechend codiert ist, ans Terminal zu kommen. Somit wird ein „Schummeln“ praktisch unmöglich gemacht und sichergestellt, daß kein anderer am Gerät arbeitet. Die dazugehörigen Magnetkarten-Firmenausweise haben wir schon seit einem Jahr. Angefangen hat das damit, daß das Essengeld automatisch vom Gehaltskonto abgebucht wird, wenn wir in der Kantine essen gehen - bequem bargeldlos.

Kurze Zeit später wurde dann eine Türkontrolle eingeführt. Es kann nicht mehr jeder durchs Garagentor. Nicht mehr lange, dann werden solche Kontrollgeräte auch in den einzelnen Fluren hängen, wie auch schon in anderen Großbetrieben. So mit ist es dann nur noch begrenzt möglich und für bestimmte Kollegen, in andere Abteilungen zu gelangen. Wenn du von deiner Arbeit her für eine bestimmte Abteilung nicht vorgesehen bist, stehst du dann vor verriegelter Tür, Kontakte zu anderen Kollegen werden praktisch unmöglich.

Jede kontrolliert sich aber auch selbst, weil wir wissen, daß alles gespeichert wird. Jeden Tag kriegst du dein Fehlerprotokoll, nach dem die falschen Eingaben vom Vortag zu korrigieren sind. Ein regelrechter Wettbewerb ist entstanden unter den Frauen: Wer wohl heute die wenigsten Fehler hat?!

Wichtig wäre es, eine Betriebsvereinbarung zu erreichen, in der u.a. die Arbeitszeit geregelt wird. Zwar ist eine Höchstarbeitszeit von 4 Stunden am Bildschirm pro Tag und dazwischen pro Stunde 10 Minuten bezahlte Pausen, eine Minimalsforderung - die z.B. auch die IG Metall vertritt. Auf der anderen Seite ist es aber ohne eine solche Vereinbarung z.B. für die Einzelne schwer kontrollierbar, wie lange sie tatsächlich täglich am Bildschirm hockt. Sie wendet sich einer anderen Arbeit zu, wenn sie merkt, daß sie sich nicht mehr konzentrieren kann, und bei der Arbeitshetze denkt keine daran, 10 Minuten Pause einzulegen.

Eine Genossin der Kommission Betrieb und Gewerkschaft

wenn du von deiner Arbeit her für eine bestimmte Abteilung nicht vorgesehen bist, stehst du dann vor verriegelter Tür, Kontakte zu anderen Kollegen werden praktisch unmöglich.

Jede kontrolliert sich aber auch selbst, weil wir wissen, daß alles gespeichert wird. Jeden Tag kriegst du dein Fehlerprotokoll, nach dem die falschen Eingaben vom Vortag zu korrigieren sind. Ein regelrechter Wettbewerb ist entstanden unter den Frauen: Wer wohl heute die wenigsten Fehler hat?!

Wichtig wäre es, eine Betriebsvereinbarung zu erreichen, in der u.a. die Arbeitszeit geregelt wird. Zwar ist eine Höchstarbeitszeit von 4 Stunden am Bildschirm pro Tag und dazwischen pro Stunde 10 Minuten bezahlte Pausen, eine Minimalsforderung - die z.B. auch die IG Metall vertritt. Auf der anderen Seite ist es aber ohne eine solche Vereinbarung z.B. für die Einzelne schwer kontrollierbar, wie lange sie tatsächlich täglich am Bildschirm hockt. Sie wendet sich einer anderen Arbeit zu, wenn sie merkt, daß sie sich nicht mehr konzentrieren kann, und bei der Arbeitshetze denkt keine daran, 10 Minuten Pause einzulegen.

Eine Genossin der Kommission Betrieb und Gewerkschaft

Bundesjugendkonferenz war dann die Frage, welche politischen Schwerpunkte die gewerkschaftliche Arbeit haben sollte. Schon im Geschäftsbericht wird sich nämlich um gesellschaftspolitische Fragen herumgedrückt. Stattdessen beschränkt man sich auf die Probleme der Interessenvertretung im unmittelbar betrieblichen Bereich.

„Gerade hier schieden sich die Geister. Delegierte der Landesverbände Westfalen, Nordrhein-Westfalen und Weser-Ems beispielsweise meinten, daß man auch bei der unmittelbaren Interessenvertretung ständig den gesellschaftspolitischen Bezugsrahmen reflektieren müsse. Die andere Position, vertreten von Delegierten aus Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Bayern: Man müsse vor allem die betriebsspezifischen Interessen konsequent und Schritt für Schritt verfolgen. Ein Delegierter behauptete, die ständige Diskussion über Entwicklungs- und Rüstungspolitik bringe doch nichts. Ein anderer ging noch weiter: Umverteilung der Rüstungsgelder für soziale Zwecke sei doch viel zu simpel, ökonomisch zu kompliziert und deshalb nicht durchsetzbar.“ („Neue“, 7.3.80).

Der neugewählte Bundesjugendsekretär Piper will seine Arbeit „hauptsächlich auf die Wahrnehmung der unmittelbaren Ausbildungsinteressen der Jugendlichen aufbauen, während er sich von der Beteiligung an öffent-

Fortsetzung nächste Seite

Frauen streiken gegen Bildschirmarbeit

Zwei Stunden lang streikten die Frauen in der Datenverarbeitung der Peine-Salzgitter AG. Ihre Forderungen sind: bessere Bezahlung, bezahlte Pausen und Erholzeiten.

In einem großen Saal sitzen 25 Frauen täglich 7 Stunden am Bildschirm: fast jede trägt eine Brille. „Jeden Tag die Hetze. Wir arbeiten für 40 Firmen. Die Pausen sind viel zu gering. Immer die gleiche Haltung. Das hält keiner ohne Schaden aus.“ Nach Beendigung des Streiks wird nun über bessere Bezahlung verhandelt. Außerdem sind zusätzlich zwei Frauen neu eingestellt worden. Die Forderungen der IG Metall-Vertrauensfrauen sind regelmäßige augenärztliche orthopädische und neurologische Untersuchungen. Außerdem soll die tägliche Bildschirmarbeitszeit nicht mehr als 4 Stunden betragen. Zwar sind mittlerweile in allen Großbetrieben bereits Bildschirmarbeitsplätze eingeführt, und auch in Klein- und Mittelbetrieben dauert es offensichtlich nicht mehr lange, bis die Frauen, die heute noch als Sekretärin oder Sachbearbeiterin arbeiten, im Großraumbüro vor Bildschirmen sitzen. Auf der anderen Seite führt die zunehmende Arbeitshetze und die unglaubliche gesundheitliche Belastung aber auch dazu, daß sich immer mehr Frauen gegen die unzumutbaren Arbeitsbedingungen an Bildschirmgeräten wehren. Im Oktober vergangenen Jahres bereits

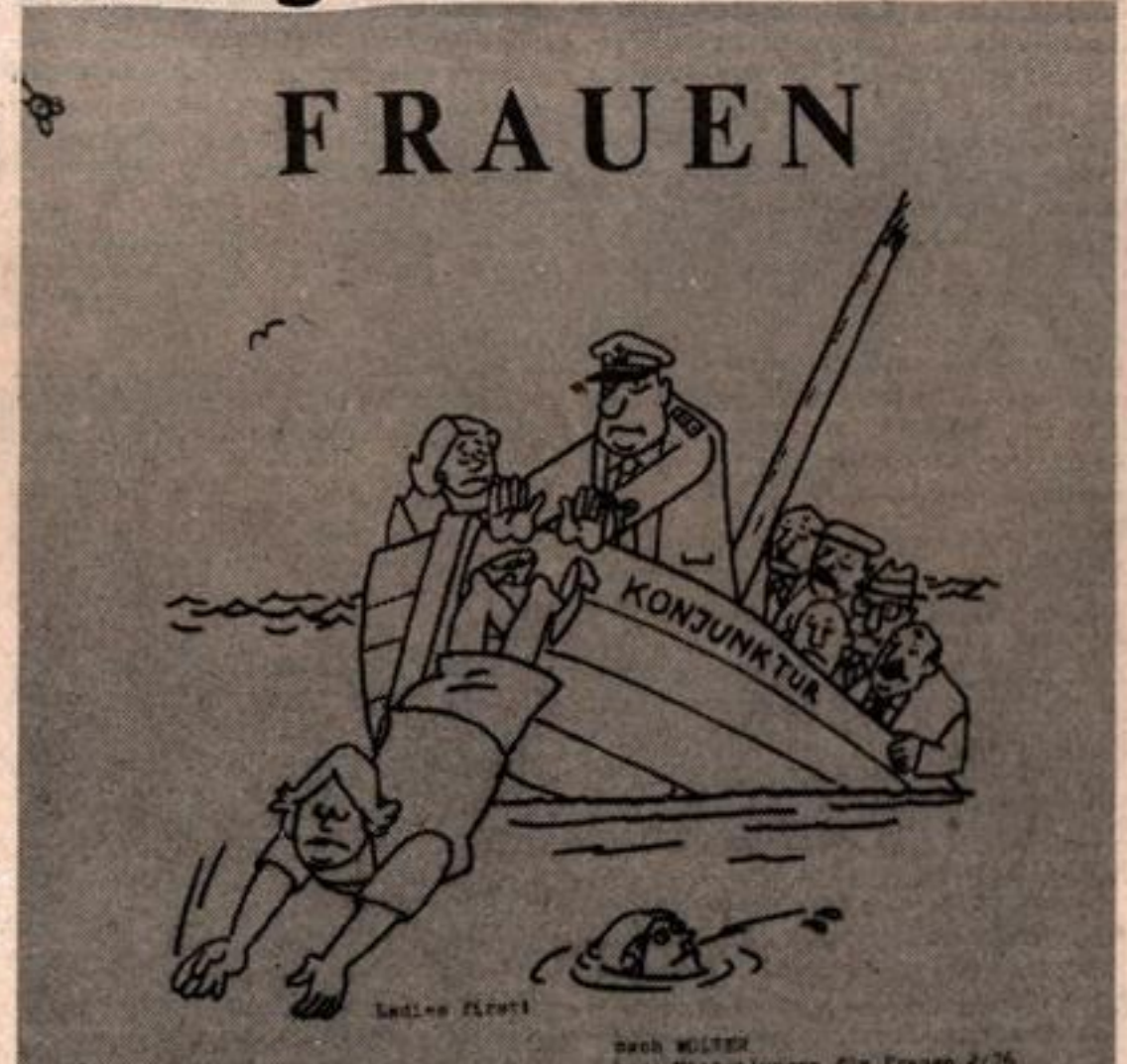
streikten im Rechenzentrum der Bremer Vulkan-Werft die Datentypistinnen 14 Tage lang. Sie forderten Abschaffung der Kontrollmaßnahmen wie Leistungs- und Anwesenheitskontrolle, Anhebung ihrer Gehälter von Leiharbeitsgruppe K2 nach K3. Während des Streiks fand erstmalig eine Abteilungsversammlung statt, auf der Frau beschloß, zukünftig die Überstunden zu verweigern. Nach erfolgreicher Beendigung des 14-tägigen Streiks ist erstmalig Abteilungsleiter Hermann nicht mehr der unmittelbare Vorgesetzte der Frauen. Er hatte sie ständig mit erniedrigenden Äußerungen schikaniert und wollte ihnen sogar den Besuch einer Betriebsversammlung verbieten. Außerdem soll eine Betriebsvereinbarung ausgehandelt werden, in der u.a. eine Arbeitszeit von 4 Stunden täglich und für den Rest eine mindestens gleichwertige andere Arbeit festgelegt werden soll. Zusätzlich fordern die Frauen pro Stunde am Bildschirm 10 Minuten bezahlte Pause, und halbjährliche Augenuntersuchungen während der Arbeitszeit. Über die Kontrolle wird festgehalten: „Eine Aufzeichnung von Einsatzzeiten, sowie Fehlern nach Art, Zahl oder Häufigkeit erfolgt nicht.“ Eine besonders solidarische Aktion war auch die Spendensammlung unter den gewerblichen Arbeitern für die kämpfenden Frauen.

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft

»Frauen – Zuletzt geheuert, zuerst gefeuert«



»Frauen – Zuletzt geheuert, zuerst gefeuert«



**ZULETZT ANGEHEUERT
- ZUERST GEFEUERT**



**Arbeitskreis Frau und Arbeit
(Köln)**



Der Arbeitskreis „Frau und Arbeit“ aus dem Kölner Frauenzentrum hat eine kleine Agitationsbroschüre für arbeitende Frauen herausgegeben. Die Themen sind aktuell zum Mutterschaftsurlaub, Lohndiskriminierung, Teilzeitarbeit, Rentenversicherung und zur Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz. Margot Schröder und Liselotte Rauner tragen für den kulturellen Teil ihre Sache dazu bei. Die Broschüre soll, so die Frauen aus dem Arbeitskreis, dazu beitragen, „daß sich Frauen gleichzeitig am Arbeitsplatz engagieren z.B. durch die Mitarbeit in Gewerkschaften, Betriebsräten usw.“ Ein kleiner Ausschnitt aus der Broschüre: Der Mutterschaftsurlaub wird vom Arbeitskreis „Frau und Arbeit“ als ungenügend angesehen, er „dreht sich bei näherer Betrachtung ins Gegenteil“. Es folgen im wesentlichen die Argumente wie das Manifestieren der Rolle der Frau; die Tatsache, daß der Kapitalist weniger Frauen einstellt, weil sie zu lange Zeit aus dem Betrieb ausfallen, wenn sie Kinder bekommen. Ein längerer Artikel setzt sich mit dem von der CDU geforderten Familiengeld auseinander. „So spricht die CDU

davon, daß sich Frauen nach der Einführung des Familiengelds frei für die Berufstätigkeit oder Kindererziehung entscheiden kann.“ Das Ziel der CDU - so die Frauen vom Arbeitskreis: „Durch die Zahlung eines Erziehungsgeldes sollen besetzte Arbeitsplätze für Familienväter freigemacht werden.“ (Zitat von CDU-Generalsekretär Geisler auf dem letzten Bundesparteitag). Diese und ähnliche Enthüllungen über CDU-Politiker sind in der Broschüre zu finden. Eine Reihe von Forderungen zur Verbesserung des Mutterschutzes stehen im Anhang zu den Artikeln zur Diskussion: „Verlängerung der Mutterschutzfrist auf 6 Monate nach der Geburt eines Kindes und Einführung eines 6-monatigen Vaterschaftsurlaubs im Anschluß an die Mutterschutzfrist. Alleinstehenden Frauen steht nach Ablauf der Mutterschutzfrist ein Mutterschaftsurlaub in Höhe des Vaterschaftsurlaubs zu.“ Alles in allem eine interessante Broschüre, die neue Anregungen zur Arbeit in Betrieb und Gewerkschaft bietet.

♀ Kommission Betrieb und Gewerkschaft

ÖTV-Bundesjugendkonferenz: Heftige Auseinandersetzungen um gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit

Vom 29. Februar bis zum 2. März fand in Mannheim die 14. Bundesjugendkonferenz der ÖTV statt. 129 Delegierten lagen 200 Anträge zur Beratung vor. Hiervon konnte jedoch nur ein Teil geschafft werden, da es an Grundsatzzfragen wie der zukünftigen Ausrichtung der gewerkschaftlichen Jugendbildungsarbeit zu heftigen, turbulenten Auseinandersetzungen kam.

Eingeleitet wurde die Konferenz durch eine recht radikale Rede vom ÖTV-Vorsitzenden Kluncker. Er berichtete der Konferenz von den Beschlüssen der Großen Tarifkommission. Diese hatte neben der Forderung nach neun Prozent mehr Lohn und Gehalt auch eine Mindestforderung von 180 DM aufgestellt. Kluncker dazu: „Wenn wir die Durchsetzung der Mindestforderung annehmen, werden wir uns auf einen Arbeitskampf vorbereiten müssen, der stärker sein wird als 1974.“ Weiterhin hatte die Große Tarifkommission beschlossen, die Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Manteltarifvertrag für Auszubildende (MTV-A) in den Forderungskatalog für die diesjährige Tarifrunde aufzunehmen. Hier geht es der ÖTV-Einigung um vier Schwerpunkte: 1. Einbeziehung der Auszubildenden in der Krankenpflege, Krankenpflegehilfe und in der Hebammenausbildung in den Geltungsbereich des MTV-A; 2. Übernahme der Fahrtkosten und Ausbildungsmittel; 3. Freistellung von zehn Arbeitstagen vor der Prüfung; 4. Übernahme der Auszubildenden

nach der Ausbildung, soweit sie in Berufung ausgebildet werden, die ausschließlich für den öffentlichen Dienst typisch sind. Punkt vier dieser Schwerpunktforderungen entspricht jedoch nicht den Vorstellungen der ÖTV-Jugend. In Antrag 11 heißt es dazu nämlich: „Die Übernahme aller Auszubildenden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht.“

Kluncker erntete nicht nur für seine Ausführungen zur Tarifpolitik Beifall, sondern auch für Sprüche wie: „Weg mit den Beschlüssen zum sogenannten Radikalenerlaß“. Gleichzeitig sprach er sich jedoch für Unvereinbarkeitsbeschlüsse in den Gewerkschaften aus („TAZ“, 4.3.80).

Antikapitalistische Perspektive — ja oder nein?

Auseinandersetzungen entwickelten sich dann u.a. an der Frage, wie die Gewerkschaften zu den Rationalisierungsmaßnahmen stehen. Es wurden hierzu mehrere Anträge verabschiedet, die eine intensivere Beschäftigung mit den Rationalisierungsstrategien der Kapitalisten und vorbeugende Schritte der Gewerkschaften gegen betriebliche Veränderungen zum Nachteil der Beschäftigten forderten. „Eine starke Minderheit der Delegierten blieb jedoch bei einer grundsätzlichen Ablehnung von technischen Neuerungen“, so ein Kommentar in den DKP-nahen „Nachrichten“ (3/80).

Eine Hauptkontroverse auf der

Neues von den DGB-Jugendzeitungen »ran« und »solidarität«

„ran-Redaktion entlassen, ran-Erscheinen gefährdet“, „solidarität drei Monate eingestellt“ – jetzt erscheint sie wieder. ... Wer blickt da noch durch? Die DGB-Strategen schieben hinter den Kulissen und man kann nur ahnen, was gespielt wird.

Nachdem Ende 1979 von der Chefredakteurin der „solidarität“ unvermittelt angekündigt worden war, man wolle die beiden Jugendzeitungen des DGB unter Umständen zusammenlegen (aus „Kostengründen...“), war die „solidarität“ plötzlich für einige Monate nicht mehr zu bekommen. In der Dezembernummer der „ran“ (die mit dem berühmten Cartoon zur Abtreibung war dann eine „Richtigstellung“ zu finden unter dem Titel: „Falschmeldung des Jahres“). Dort hieß es: „Chefredakteurin der 'solidarität' ist Brigitte Unterhinninghofen. Ihr floß die Meldung von der Feder in die Schreib- und Setzmaschine, 'ran' und 'solidarität' würden ab Januar 1980 zusammengelegt ... Die Tatsache einer Zusammenlegung zum 1. Januar 1980 war glatt falsch“.

Fakt war jedoch, daß das Erscheinen von „ran“ wegen der Kündigung der „ran“-Redaktion gefährdet war und daß die „solidarität“ drei Monate

lang ohne Begründung nicht erschien. Ein Zufall?

In der neuen „solidarität“ findet sich nun folgende Erklärung für diese merkwürdigen Vorgänge, geschrieben und unterzeichnet von Jugenddopa Karl Schwab (DGB-Vorstand) höchstpersönlich: „Die Dezember-Ausgabe (11/12 1979) konnte deshalb nicht gedruckt werden, weil die Haushaltsmittel für die 'solidarität' mit den Nummern 1-10 schon überschritten waren“. Angesichts der ganzen Umstände, wie die „ran“-Redakteure abserviert wurden, erscheint diese Begründung höchst unglaubwürdig. Nacheinander erscheint, daß diese Vorgänge politische Hintergründe haben. Dafür sprechen die personellen Veränderungen in der Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand und bei den Redaktionen von „ran“ und „solidarität“. „Die Kollegin Unterhinninghofen, die bisher die Redaktion der 'solidarität' innehatte, ist auf eigenen (!) Wunsch (?) ausgeschieden. Die Redaktion der 'solidarität' liegt nun in den Händen von Wolfgang Römisch. Gleichzeitig haben zwei weitere Kollegen in der Abteilung Jugend (beim DGB-Bundesvorstand) die Arbeit aufgenommen“ („solidarität“ 1/2 80).

Schwerpunkthemen der neuen „solidarität“ ist die Entlassung der „ran“-Redakteure. Angesichts der Flut von Protestschreiben haben die verantwortlichen DGB-Funktionäre die Seiten von „ran“ und „solidarität“ für Leserbriefe und ein Interview mit Heinz Oskar Vetter (DGB-Vorsitzender) geöffnet. In der „solidarität“ finden sich zum großen Teil die gleichen Leserbriefe, die schon in der „ran“ (Februar) abgedruckt waren (wie sinnig). Neu abgedruckt sind einige Leserbriefe gewerkschaftlicher Gremien und einiger Funktionsträger: So vom Bezirksjugendausschuß der IG Chemie Baden-Württemberg, vom DGB Landesbezirksausschuß Niedersachsen, vom Ortsjugendausschuß der IG Metall Lübeck, vom DGB Landesbezirksjugendausschuß NRW, vom Bezirksjugendleiter der IG Druck Dortmund, vom HBV Hauptjugendausschuß, vom KJA-Vorsitzenden aus Kiel sowie von der Bezirksjugendkonferenz der DPG, -Bezirksverwaltung Nordbaden-Pfalz. Außer einem Leserbrief sind alle gegen die Entlassung der „ran“-Redaktion. Weitere Protestschreiben, die wir bisher im „Arbeiterkampf“ nicht berücksichtigt haben, wurden in der „Neuen“ vom 22. Februar abgedruckt. Sie stammen

vom Hauptjugendausschuß der IG Druck sowie vom Kreisverband Bayern der GEW.

Gütetermin von „ran“-Redakteur Zera geplatzt

Inzwischen fand vor dem Kölner Arbeitsgericht der Gütetermin in Sachen des gekündigten „ran“-Redakteurs Zera gegen den Bund Verlag („ran“-Herausgeber) statt. Der Termin endete ergebnislos, weil die Unternehmensleitung des Bund-Verlags erklärte, es sei ihr nicht zuzumuten, Ingolf Zera weiterzubeschäftigen. Daraufhin vertagte der Richter den Prozeß auf den 28. April, an dem die öffentliche Hauptverhandlung stattfinden wird.

Der ehemalige „ran“-Redakteur Günter Isenmeyer ging nicht vor das Arbeitsgericht, weil ihn die fristgemäße Kündigung noch in der Probezeit erreichte (nach „Neue“, 7.3.80).

„ran“ bald mit CDU-Redakteur?!

Am 4. März tagte außerdem der

Beirat des Bund-Verlags und legte die neue „ran“-Redaktion fest. Ihr gehören an: Dorothea Langguth (ehemals „ran“-Sekretärin), Willi Dürr (ehemals „Westdeutsche Zeitung“) und Dieter Gaarz, der die Redaktion schon kommissarisch geleitet hatte (vorher war er bei der DGB-Pressestelle und IG-Chemie-Jugendvertreter), als Chefredakteur.

Durch eine Pressemitteilung der Jusos Bezirk Niederrhein wurde bekannt, daß die DGB-Vorsitzende Maria Weber (CDU, ebenfalls im DGB-Vorstand) schriftlich darum gebeten hat, ein CDU-Mitglied für die Redaktion zu suchen (nach „taz“, 6.3.80).

Hier liegt der Verdacht nahe, daß der Druck, der durch Strauß, Stoiber, Maria Weber etc. auf den DGB ausgeübt wird, weitere Früchte tragen wird. Noch in dem erwähnten Vetter-Interview (abgedruckt in „ran“ und „solidarität“) hatte Vetter auf die Frage, ob die Entlassung der „ran“-Redakteure ein Kniefall vor Strauß sei, beteuert: „Wir werden vor niemand einen Kniefall machen, vor niemand, und auch nicht vor Herrn Strauß“.

Lehrlingskommission

Landesregierungen klagen gegen Ausbildungsförderungsgesetz

Relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit haben die Landesregierungen von Bayern, Bremen und Rheinland-Pfalz vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Klage (amtsdeutsch: Normenkontrollverfahren) gegen das 1976 vom Bundestag beschlossene Ausbildungsförderungsgesetz (APLFG) angestrengt. Wenn die Kläger erfolgreich sind, hätten die Kapitalisten ihr Ziel – totales Abwürgen aller Reformen auf dem Sektor der beruflichen Bildung – endgültig durchgesetzt. Das APLFG ist nämlich das Überbleibsel der schon verstümmelten alten sozialdemokratischen Berufsbildungsreform. Am 11. März war der erste Verhandlungstag. Das Urteil ist allerdings erst in einigen Monaten zu erwarten.

Das APLFG sah vor, daß von den Kapitalisten eine Berufsausbildungsabgabe erhoben werden kann, wenn bis zum 30. September des vergangenen Kalenderjahres die angebotenen Ausbildungsplätze die insgesamt nachgefragten Plätze um weniger als 12,5 Prozent übersteigen und wenn eine deutliche Besserung des Verhältnisses von Angebot und Nachfrage nicht zu erwarten ist.

Obwohl in den letzten vier Jahren ausreichend Grund bestand, die Ab-

Bremen (SPD-regiert!) angeschlossen. „Nach Ansicht der bayerischen Staatsregierung berührt die Sonderabgabe eine zentrale Frage der Finanzverfassung im föderalistischen Staatsaufbau. Die Berufsbildungsabgabe sei in Wirklichkeit eine Steuer, die nicht über den Bundesrat hätte beschlossen werden können. Das mühsam austarierte System der Steuerverteilung werde ausgehöhlt, wenn der Bund auf diese Weise einen „Nebenhaushalt“ aufbauen könnte, die Transparenz des öffentlichen Finanzgebarens werde beeinträchtigt“ („FAZ“, 12.3.80).

In Wirklichkeit geht es bei der Klage jedoch wohl mehr darum, jetzt auch noch den Reformrumpf APLFG zu Grabe zu tragen. Das hätte wahrscheinlich zur Folge, daß es um die Lehrstellenpolitik der Kapitalisten noch stiller würde, da es noch nicht einmal gesetzlich fixierte Ansprüche gäbe.

Bildungsminister Schmude argumentierte bei der Verhandlung in Karlsruhe in etwa, daß das APLFG seine Wirkung nicht verfehlt habe (seit 1977 seien zusätzlich 100.000 Ausbildungsplätze angeboten worden), und außerdem sei die Abgabe verfassungsrechtlich zulässig, weil diese Finanzierungsart dem Nachwuchsbedarf und der Verantwortung der Arbeitgeber für die betriebliche Ausbildung entspreche („Frankfurter Rundschau“, 12.3.80, „Neue“, 13.3.80). Schmude scheint die wahren Interessen der Kapitalisten tatsächlich schon besser erkennen zu haben als die Kapitalisten selber.

Gewerkschaftsvertreter im Hauptausschuß boykottieren die Abstimmung

Doch neben der unerfreulichen Klage soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Gewerkschaftsvertreter sich dieses Jahr einer Abstimmung im Hauptausschuß über die Berufsbildungsabgabe durch demonstratives Fernbleiben entzogen. Dadurch wollten sie zum Ausdruck bringen, daß anstatt eines ungenügenden APLFG eine umfassende Neuordnung der Finanzierung beruflicher Bildung notwendig ist. In der Erklärung der „Arbeitsmarktvorteil“ im Hauptausschuß heißt es: „Die Regelungen des APLFG über die Erhebung der Berufsbildungsabgabe und die unzureichenden Möglichkeiten für einen zielgerichteten Einsatz der Mittel lassen es überdies als fraglich erscheinen, ob die Erhebung der Berufsbildungsabgabe auch tatsächlich zu einer Verbesserung der Ausbildungssituation für die Jugendlichen geführt hätte.“ An anderer Stelle meint die IG-Metall-Führung, daß „durch die Umlageerhebung die Betriebe bestraft“ (werden), die bisher schon eine qualifizierte Berufsausbildung durchführten („Süddeutsche Zeitung“, 3.2.79). In einer IG-Metall-Vorstands Erklärung heißt es: „Weil diese Entwicklung (Zunahme der Kurzausbildungen) bei der Erhebung der Umlage eher noch verstärkt als gebremst wurde, lehnt die IGM die im Gesetz vorgesehene Finanzierungsregelung ab“ (aus „Berufliche Bildung“, Bund Verlag).

Mit dieser Argumentation liegt die IGM-Führung jedoch auf einem falschen Dampfer, denn erfahrungsgemäß werden sich die Kapitalisten nicht

durch irgendwelche Finanzierungsmodelle und Gesetze von ihren „Spar“- und Rationalisierungsplänen, die sie im Ausbildungsbereich verfolgen, abhalten lassen.

Unterschiedliche Standpunkte: IG Metall – IG Chemie

Bevor es zu dem Auszug der Gewerkschaftsvertreter aus dem Hauptausschuß kam, hat es in den Einzelgewerkschaften grundlegende Diskussionen gegeben. „Die neue Linie des DGB hat sich nach Informationen aus Gewerkschaftskreisen nach monatelangen Gesprächen zwischen dem für Bildungspolitik zuständigen DGB-Vorstandsmitglied Maria Weber und den zuständigen Vorstandsmitgliedern der Einzelgewerkschaften herausgeschält. ... Bereits im vergangenen Jahr hatten sich die Industriegewerkschaften Metall, die zu den hartnäckigsten Kritikern des Gesetzes und der Finanzierungsregelung gehört, und das SPD-regierte Land Hamburg an der Abstimmung über den „Berufsbildungsbericht '79“ nicht beteiligt, während die übrigen DGB-Vertreter in einem Mindeheitsvotum gegen die Arbeitgeber und die Landesvertreter die Berufsbildungsabgabe gefordert hatten“ („FR“, 25.1.80).

Aktuell sahen die unterschiedlichen Standpunkte so aus, daß die IGM-Führung meinte, das APLFG sei gescheitert und untunlich. Die IG-Chemie-Führung meinte demgegenüber, daß „insbesondere die Existenz dieser Gesetzbestimmung ... zur spürbaren Verbesserung auf dem Ausbildungssektor geführt“ habe. Die Lehrstellensituation wird von Herrmann Rappe (stellvertretender IG-Chemie-Vorsitzender) als „positiv und ermutigend“ eingeschätzt („FR“, 21.1.80).

„Auch in den Einzelgewerkschaften wird der von der IG Metall wesentlich beeinflusste demonstrative Auszug aus dem Hauptausschuß nicht vorbehaltlos gutgeheißen“ („FAZ“, 1.2.80). Diese Uneinigkeit im Gewerkschaftslager erleichtert es natürlich den Kapitalisten und ihren Medien, das Problem Jugendarbeitslosigkeit weiter zu verschleiern.

Lehrlingskommission

Redeverbot für Hinrich Oetjen?

Bereits im August 1979 hatte der „Arbeiterbildungsverein“ Köln (eine Abteilung der Volkshochschule) einen Vertrag mit dem Leiter der DGB-Bundesjugendschule, Hinrich Oetjen als Dozenten für Seminare abgeschlossen. Am 18.3. dieses Jahres sollte Oetjen zum Thema „Gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit im Wandel der Zeit“ referieren. Doch Oetjen sagte ab: „Aufgrund einer Dienstanweisung sind mir alle Außentermine verboten worden“ (TAZ, 20.3.80). Oetjens Vorgesetzter, der DGB-Vorstandler Karl Schwab, betrachtet solche Dienstanweisungen „einem geordneten Verhältnis zwischen den Verantwortlichen beim Bundesvorstand und dem Leiter der Bundesjugendschule“ als etwas „absolut normales“ (TAZ, 20.3.). Damit macht Hinrich Oetjen, einer der Mitverfasser des bekannten „Oberurseler Papieres“ gegen die Gewerkschaftsjugendarbeit der DKP/SDAJ, in dem aktuellen Konflikt um die gewerkschaftliche Jugendarbeit unmittelbar Erfahrungen mit den administrativen Maßnahmen der DGB-Führung, wie vor ihm schon einige der von ihm Angegriffenen (z.B. der abgesetzte Bundesjugendsekretär Heinz Hawreluk). Karl Schwab hatte sich Mitte letzten Jahres die Oberurseler Bundesjugendschule direkt

unterstellt. Vorgegeben wurde damals als ein Grund, Oetjen und die Oberurseler vor ungerechtfertigten Angriffen schützen zu wollen. Mittlerweile zeichnet sich deutlich ab, daß die DGB-Führer nicht im geringsten bereit sind, die „undogmatische“ Position der Oberurseler auch nur in Elementen zu übernehmen, sondern diese und ihre Kritik an angeblicher DKP/SDAJ-Unterwanderung benutzen, die Arbeit insgesamt zu reglementieren. Von Demokratisierung keine Spur, dies hat Oetjen am eigenen Leibe erfahren müssen.

Fast schon kindisch ist die Kommentierung dieses Vorgangs durch die TAZ. In blindem Antikommunismus sieht der Autor PH nur „Stalinisten“ am Werk. Oetjen wird zum „Mitautor des antistalinistischen 'Oberurseler Papiers'“ hochstilisiert, Schwabs Dienstanweisung als „Maulkorb für Antistalinisten“ bezeichnet. Vielleicht begreifen diese „linken“ Unterstützer der Kampagne gegen die „kommunistische Unterwanderung“ des DGB doch noch mal, daß hier rechte Gewerkschaftsbürokraten am Werk sind, deren Arbeitsweise und Methoden mit Stalin nichts zu tun haben und weit älter sind als der verhaßte „Stalinismus“.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Jugendprotest gegen VS in Betrieben

Gegen die Verfassungsschutzüberwachungen in Betrieben haben fünf IG-Metall-Betriebsjugendgruppen mit einem offenen Brief protestiert. Dieser Brief, der im Anschluß an ein Wochenendseminar der Evangelischen Akademie Bad Boll mit dem Thema „Demokratische Rechte im Betrieb – eingeschränkt und schon aufgegeben?“ geschrieben wurde, wurde unterzeichnet von den IG-Metall-Betriebsjugendgruppen AEG-Telefunken/Ulm, Kässbohrer Fahrzeugwerke/Ulm, Zahnradfabrik Friedrichshafen/Schwäbisch Gmünd, Magirus Deutz/Ulm (alles Rüstungsbetriebe), sowie der Württembergischen Metallwarenfabrik/Geislingen. Dieses Wochenendseminar sei aufgrund der in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Überprüfungen von betrieblichen Interessenvertretern durch den Verfassungsschutz durchgeführt worden,

so heißt es in dem an die Bundes- und Landesregierung von Baden-Württemberg sowie den im Parlament vertretenen Parteien geschickten offenen Brief. Weiter heißt es dort: „Namen, persönliche Daten und Aktivitäten von engagierten Kolleginnen und Kollegen werden festgehalten und gespeichert ... Für uns als gewerkschaftliche Jugendliche, die wir die Interessen der abhängigen Beschäftigten vertreten, bedeutet dies eine Einschränkung des Wesensgehaltes der im Grundgesetz garantierten Grundrechte.“ Es wird weiter gefordert, „umgehende Information über Daten, die gespeichert sind, den Betroffenen unentgeltlich zugänglich zu machen“ sowie „die Vernichtung und Löschung sämtlicher Akten und Daten, soweit diese dem Verfassungsschutz zur Verfügung stehen.“

Lehrlingskommission

ÖTV-Bundesjugendkonferenz: ...

Fortsetzung von Seite 21

lichen Politikampagnen nicht so viel verspricht“ („TAZ“, 4.3.80).

Piper konnte sich übrigens auch nicht dazu durchringen, die jüngsten Repressionsmaßnahmen gegen die „ran“-Redaktion, Hawreluk etc. klar zu verurteilen, sondern meinte dazu nur: das „bringt uns nicht weiter.“ Aus den vielen Nein-Stimmen und Enthaltungen bei der Wahl Pipers (84 Ja, 23 Nein und 21 Enthaltungen) wurde u.a. auch deutlich, daß sein politischer Standpunkt von einem relevanten Teil der Delegierten nicht geteilt wurde.

Gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit

Die oben beschriebene Kontroverse zeigte sich bei der Diskussion um die Bildungsarbeit noch viel deutlicher.

Allein der Ablauf der Diskussion läßt darauf schließen, daß es hier um grundlegende Widersprüche geht, die ihre Parallelen in etwa in der Auseinandersetzung zwischen den Konzepten der DGB-Bundesjugendschule Oberursel und beispielsweise dem DGB-Bundesjugendausschuß finden. ... die Delegierten aus Hessen und Hamburg verließen den Saal, Kollegen aus Niedersachsen protestierten gegen die Art und Weise, wie versucht wurde, Anträge zu Fall zu bringen, und blieben da“ („Neue“, 7.3.80). Angenommen wurden schließlich Anträge aus NRW und Westberlin. Dort heißt es u.a.: „Der Interessensgegensatz in den betrieblichen Konflikten muß herausgearbeitet werden. Es ist darüber hinaus notwendig, den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang aufzuzeigen. ... Die durch Sparmaßnahmen, Rationalisierungen und Privatisierung gekennzeichnete Situation des Öffentlichen

Dienstes kann von den Kollegen vor dem Hintergrund der Zusammenhänge der kapitalistischen Wirtschaft verstanden werden. Darüber hinaus sind die konkreten Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns zu erarbeiten. Dabei ist es notwendig, die organisatorischen und rechtlichen Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit aufzuzeigen.“

Es bleibt nur zu hoffen, daß diese antikapitalistischen Positionen den Angriffen der rechten Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung noch möglichst lange standhalten. Diese bereiten sich ja, wie wir im letzten AK in Zusammenhang mit der IG-Chemie-Bundesjugendkonferenz erwähnten, auf eine „Schlacht“ vor, die dann wohl auf der nächsten DGB-Bundesjugendkonferenz stattfinden wird.

Lehrlingskommission

Trotzdem: Bayerische Regierung strengt Klage an

Obwohl der Hauptausschuß des Bundesinstituts für Berufsbildung auch dieses Jahr der Bundesregierung das Erheben einer Berufsbildungsabgabe nicht empfahl, hat die bayerische Staatsregierung nun vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Klage angestrengt. Dieser Klage haben sich die Länder Rheinland-Pfalz sowie

Tarifrachrichten



Nach der Betriebsversammlung auf die Straße: Angestellte der Dortmunder Wüstenrot-Bank



Aktionen der Bankangestellten in mehreren Städten

Abschluß bei den Banken: 6,8 %

Die Gehälter und die Ausbildungsvergütungen für die 300.000 Beschäftigten im Bankgewerbe werden rückwirkend ab 1. März 1980 um 6,8 % erhöht.

Der von der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung (HBV) und den Unternehmern vereinbarte Tarifvertrag sieht zusätzlich vor, einen weiteren Urlaubstag für diejenigen, die noch keinen Sechswochenurlaub haben, sowie Verbesserungen für Angestellte im Schichtbetrieb.

Unmittelbar vor diesem Abschluß hatten Bankangestellte in mehreren Städten mit Protestaktionen und Warnstreiks die Erfüllung der Ausgangsforderungen gefordert. Die Gewerkschaft HBV hatte 8,5 %, sechs Wochen Urlaub für alle, Einstieg in ein tarifliches Urlaubsgeld (350 Mark), einen Rationalisierungsschutz für ältere Angestellte und Freischichten für Schichtarbeiter verlangt.

Ein einständiger Warnstreik von 500 Beschäftigten der Hessischen Landesbank (HELABA) und der Deutschen Bank in Frankfurt und Eschborn war die erste Protestaktion in der diesjährigen Tarifrunde.

In Westberlin beteiligten sich etwa 150 Angestellte der Deutschen Bank an einem einständigen Warnstreik.

In Hannover, Essen, Duisburg und München informierten die Bankbeschäftigten die Öffentlichkeit an Informationsständen über ihre Tarifforderungen.

Die 50 streikenden Angestellten der Dortmunder Wüstenrotbank hatten sich vor dem Gebäude mit Plakaten und Info-Tischen aufgebaut. Forderungen waren hier: „Kampf dem Billigabschluß“ – „Bankbilanzen sollen steigen – unsere auch“; – „Bankgewerbe: Goldfinger auf Kosten der Beschäftigten“.

...

ÖTV droht mit Scheitern der Tarifverhandlungen

Die Große Tarifkommission der ÖTV gab ihrer Verhandlungskommission bereits vor der zweiten Gesprächsrunde die Vollmacht, das Scheitern der Verhandlungen zu erklären, wenn die „Arbeitgeber kein Angebot für einen Mindestbetrag machen.“

Die Staatsvertreter hatten in der ersten Runde 5,4 % mehr Lohn und Gehalt und einen zusätzlichen Urlaubstag angeboten. Den geforderten Mindestbetrag lehnen sie aus grundsätzlichen Erwägungen strikt ab.

Ganz so radikal wie die Tarifkommission mochten die Verhandlungsführer allerdings nicht auftreten. Obwohl in zwischen die zweite Runde ohne neue Angebote ergebnislos beendet wurde, versob man den Abbruch zunächst zugunsten einer weiteren Verhandlungsrunde.

ÖTV-Vorsitzender Kluncker räumte außerdem ein, daß man wie beim Metallabschluß über einen einmaligen Betrag reden könne.

Kluncker schloß allerdings aus, daß ein Betrag von 30 Mark (unterste Stufe bei Metall), was auf den Monat umgerechnet 2,50 ergibt, annehmbar sei. Nach seiner Auffassung müsse eine einmalige Abfindung so hoch sein, daß sich daraus ein „relevanter monatlicher Betrag“ errechnen lasse.

...

Teilerfolg gegen das Zutrittsverbot für die Gewerkschaft HBV

Die Geschäftsleitungen der vier Warenhäuser Karstadt, Kaufhof, Quelle und Horten in Hannover verweigerten der Gewerkschaft HBV in einer offensichtlich koordinierten Aktion, die Beschäftigten an Informationstischen in der Kantine über die Tarifaufinandersetzungen zu informieren.

Gegen diesen Willkürakt beantragte die HBV-Führung beim Arbeitsgericht Hannover einstweilige Verfügungen. Das Arbeitsgericht schlug folgenden Kompromiß vor, den beide Seiten akzeptierten:

1. Die Gewerkschaft hat das Recht, tarifpolitische Informationen in den Kaufhäusern zu verteilten.
2. Kein Unternehmer hat das Recht, Gewerkschaftsinformationen zu zensurieren.
3. Mitbestimmung bei der Festlegung, wo Info-Stände stattfinden.

Die Gewerkschaftsführer betrachten den Kompromiß als Teilerfolg. Die endgültige gerichtliche Klärung steht noch aus.

...

Urabstimmung in der Hamburger Heizungs-, Klima- und Sanitärtechnik

Die Hamburger IG Metall-Führung will an ihrem Beschluß festhalten, am 21., 22. und 24. März im Handwerksbereich die Urabstimmung durchzuführen.

Auch ein neues Angebot hat hieran noch nichts geändert. Die Unternehmer wollen den Beschäftigten in den rund 60 Betrieben dieser Branche unabhängig vom Ausgang der Tarifaufinandersetzungen 6,4 % mehr Lohn und Gehalt sowie einen Tag mehr Urlaub gewähren. Das letzte Angebot der Kapitalisten vor dem Scheitern der Verhandlungen lag bei 5,4 %.

Hauptgrund für die IGM-Verhandlungsführer an der Urabstimmung festzuhalten, ist, daß die IG Metall bis 1983 schrittweise einen Jahresurlaub von 30 Tagen durchsetzen will.

...

Lohnrunde in der Textil- und Bekleidungsbranche

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung hat für die 570.000 Beschäftigten der Branche die Tarife gekündigt und folgende Forderungen aufgestellt:

- 9 % mehr Lohn und Gehalt
- 9 % mehr für die Auszubildenden
- Aufstockung der tariflich abgesicherten Jahresonderzahlungen
- Zusätzliche Anhebung der Lohngruppen I, II, und III in der Bekleidungsindustrie.

Außerdem wird der Abschluß eines Tarifvertrages über die Arbeitsbedingungen an Datensichtgeräten verlangt. Die Arbeit an Bildschirmen soll vier Stunden täglich nicht übersteigen.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Solidarität mit den koreanischen Bergarbeitern!

Daß in Südkorea auch nach dem Tode des Faschisten Park Jung Hi ein brutales Folterregime herrscht, unter dem freie Gewerkschaften, Streiks und demokratische Parteien nach wie vor verboten sind, dürfte vielen bekannt sein – wir berichteten mehrfach über die Zustände.

Daß aber koreanische Arbeiter in der BRD noch diskriminierenderen Maßnahmen ausgesetzt sind als die Masse der ausländischen Kollegen (und das soll schon was heißen!), war bisher ziemlich unbekannt.

Kürzlich haben sich jetzt einige Koreaner, die hier als Bergleute arbeiten, an die Öffentlichkeit gewandt und über ihre Situation informiert.

In Dreijahresverträgen werden die Kollegen an die schlechtesten Arbeitsplätze geschoben. Der Vertrag schreibt vor, daß es ein Wechseln des Arbeitsplatzes nicht gibt. Wohnen müssen sie in Baracken mit Zimmern von 16 qm, in denen 2-3 Personen leben müssen. Was das bei Schichtarbeit heißt ist klar! Für das Zimmer kassieren die Kapitalisten pro Person 80 - 130 DM! Und das bei einem Schichtlohn, der teilweise nur 35 DM

netto beträgt. Sie werden gezwungen in der Kantine zu essen und dürfen sich keine koreanischen Gerichte kochen. In den Baracken gibt es teilweise eine Dusche für 100 Leute, 2 Toiletten für 20 Leute und kein heißes Wasser.

Wegen der betriebsgebundenen Verträge können die Kollegen die Arbeitsstelle nicht wechseln. Viele Kollegen haben Angst, gegen die unmenschlichen Zustände etwas zu unternehmen – die Dolmetscher, die sie benötigen, um sich zu verständigen, werden oft von der südkoreanischen Botschaft gestellt. Wer hier den Mund aufmacht, hat Repressionen bei der Rückkehr oder gegen die Familienangehörigen in Korea zu befürchten. Um so mutiger ist der Schritt, den die Vertreter der derzeit 800 in der BRD arbeitenden koreanischen Bergleute gemacht haben.

Sie haben folgende konkreten Forderungen aufgestellt, die durch eine Unterschriftenaktion und Veranstaltungen unterstützt werden sollen:

1. Sofortige Aufhebung der 3-Jahres-Beschränkung sowie anderer un-

menschlicher Regelungen in den Arbeitsverträgen und Garantie für menschliche weitere Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland.

2. Gleiche Behandlung bei der Verlängerung der Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis wie bei anderen ausländischen Arbeitnehmern aus Nicht-EG-Ländern (Türkei, Jugoslawien usw.).

3. Garantie der Chancengleichheit für eine qualifizierte berufliche und technische Ausbildung.

4. Die Möglichkeit zur gleichen sozialen und arbeitsrechtlichen Behandlung wie bei allen anderen Bergarbeitern und eine Regelung für eine angemessene Abfindung im Falle einer schweren Krankheit oder Invalidität.

Kontaktadresse:
CAJ - Christliche Arbeiterjugend
Hüttmannstraße 52
4300 Essen 1
Tel. 0201/621065

(Informationen nach „taz“, 15.2.80)
Asien-Australien-Kommission

Ist die Muttersprache eine Fremdsprache?

Ausbildung
Arbeitsplätze

ICH KANN NICHT RICHTIG GRIECHISCH
ICH KANN NICHT RICHTIG DEUTSCH

Schulversuch in West-Berlin:

Einen „einmaligen“ (Tsp. 29.1.80) Schulversuch startet der West-Berliner Senat in diesen Tagen an einigen Kreuzberger Grundschulen mit 100-120 türkischen Schülern. Danach können die Kinder zwischen Englisch und Unterricht in ihrer Muttersprache als erster „Fremdsprache“ wählen. Während die deutschen Schüler also Englischunterricht erhalten, hätten sie Türkisch. Das ist tatsächlich wohl in der Bundesrepublik und Westberlin der erste, größer angelegte Schulversuch, in dem muttersprachlicher Unterricht ausländischen Schülern überhaupt zugestanden wird.

Der parlamentarische Schulausschuß stimmt mit diesem Vorhaben einem Antrag der CDU zu, in dem es als Begründung heißt, der Versuch solle dazu dienen, „die muttersprachlichen Bindungen aufrechtzuerhalten und zu festigen und diese Schüler in die Lage zu versetzen, qualifizierte Schulabschlüsse und somit eine bessere Berufsausbildung zu erhalten.“ (Tsp., 29.1.80).

Genau diese Begründung ist aber unhaltbar, sieht man sich die Rahmenbedingungen, unter denen der Versuch stattfindet, genauer an: In West-Berlin beginnen die weiterführenden Schulen (Haupt-Realschule und Gymnasium) ab der 6. Klasse. An der Hauptschule, auf die der weitaus größte Teil der ausländi-

schen Schüler nach der Grundschule überwechselt, ist Englisch Pflichtfach. Türkische Schüler erhalten zwar auch ohne Abschlußnote in Englisch einen Hauptschulabschluß, der sie aber eindeutig als „zweite Klasse“- Abgänger ausweist. Die Möglichkeit, einen Real- oder noch weiterführenden Abschluß nachzuholen, bleibt ihnen dann völlig versperrt.

Bisher ist beim Schulsenat überhaupt nicht in der Diskussion, Türkischunterricht gleichwertig mit Englisch an den weiterführenden Schulen einzuführen und einen entsprechenden gleichwertigen Schulabschluß zu schaffen. Unter diesen Umständen steht die Möglichkeit, „qualifizierte“ Schulabschlüsse und eine bessere Berufsausbildung zu erreichen, für die türkischen Schüler in den Sternen. Wenn diese Rahmenbedingungen nicht gegeben sind, läuft der Versuch eher auf eine Verschlechterung, zumindest aber auf eine Festschreibung der jetzigen Misere hinaus.

Das erkannten auch viele ausländische Schüler und Eltern, die sich in einer überfallartigen Fragebogenaktion des Schulsenats mit diesem Schulversuch konfrontiert sahen, von dem sie bisher nicht informiert waren. Innerhalb eines Tages sollten sich die Schüler entscheiden, ob sie in Englisch oder Türkisch unterrichtet werden wollen. Die Mehrheit entschied sich unter diesen Umständen für Englisch.

In der Presse wurde behauptet, der Versuch gehe auch auf entsprechende Bestrebungen türkischer Eltern und der GEW zurück. Der Ausländerausschuß der GEW protestiert gegen diese Darstellung und weist in einer Veröffentlichung noch einmal auf die Forderungen der GEW hin: Muttersprachlicher Unterricht von der ersten Klasse an. Türkische Schüler können ihre Sprache nicht als Fremdsprache erlernen.

Schaffung entsprechender gleichwertiger Schulabschlüsse.

Der Ausländerausschuß befürchtet, daß die Ergebnisse der überstürzt durchgeführten Aktion über die Köpfe der Schüler und Eltern hinweg dazu benutzt werden könnten, um die Forderung nach muttersprachlichem Unterricht zu entkräften, indem behauptet wird, nun sei der Beweis dafür erbracht: türkische Schüler wollen garnicht Türkisch lernen.

Ein weiterer Punkt an diesem Schulversuch gibt zu denken:

Der Unterricht soll nur von türkischen Lehrern durchgeführt werden dürfen, die in der Türkei ein Lehramt für höhere Schulen erworben haben. Das läßt befürchten, daß eine Spaltung zwischen türkischen Lehrern herbeigeführt wird, und daß die ausländischen Lehrer, die bereits jetzt unterrichten, noch mehr als bisher um die Verlängerung ihrer Verträge fürchten müssen.

Eine Genossin aus West-Berlin

Polizisten als Dealer

In den ersten zehn Wochen dieses Jahres wurden in der BRD 4 Polizisten verhaftet, die verdächtigt werden, mit Rauschgift gehandelt zu haben. Einer von ihnen ist heroinsüchtig, keiner war Angehöriger der Rauschgiftfahndung. Damit erhöht sich die uns nach Zeitungsmeldungen in den letzten drei Jahren bekannt gewordene Zahl von Dealern in Polizei-Uniform auf insgesamt 15. Die Dunkelziffer der auf internem Wege bereinigten und nicht an die Öffentlichkeit gedragenen Vorfälle dürfte um ein Vielfaches höher liegen. Diese Vergehen werden allerdings von den weitaus kapitaleren Berührungspunkten zwischen kriminalistischer und krimineller Seite des Rauschgiftmarktes in den Schatten gestellt, die zum Kern polizeilicher Fahndungstätigkeit gehören.

Gelegenheit macht Dealer

Die Kenntnisse über die Szene, deren Lieferanten und die Arbeitsmethoden der Kollegen verführen Polizeibeamte leicht zu eigenen Geschäften. Die Aussicht auf hohe Profite wiegt da schwerer als moralische Skrupel oder die Angst vor Entlassung aus dem Dienstverhältnis.

Ein Westberliner Polizeimeister hatte einen umfangreichen Handel mit Opiaten aufgezogen. Hinweise von Verbrauchern aus der Szene reichten nicht aus, ihm das Handwerk zu legen. Erst als einer seiner Abnehmer, der gedroht hatte, ihn zu verpfeifen, erschossen wurde, stellte ihn der Staatsanwalt unter Mordanklage. Im ersten Verfahren wurde er für schuldig befunden, in der Revision wegen »mangelnder Beweise und zweifelhafter Zeugenaussagen« freigesprochen (»Tagesspiegel«, 3.7.79).

Die Bekanntschaft mit einer Apothekerin nutzte ein Hauptkommissar aus Freiburg und verkaufte rezeptpflichtige Betäubungsmittel an die örtliche Szene. Er hatte als ein Beamter gegolten, der gerade in der Rauschgiftfahndung mit guten Ergebnissen aufwarten konnte (»Badische Zeitung«, 23.11.78).

Ein Hamburger Polizist versuchte 1978 mit Heroinhandel seine Schulden in Höhe von mehreren Tausend Mark auszugleichen. Er hatte den sichergestellten Stoff angeblich von einer Szenedisco gefunden (»Hamburger Abendblatt«, 14.12.78).

Ein Heidelberger Rauschgiftfahnder hatte von 1974 bis 1977 insgesamt 150 g Heroin und über 10 kg Haschisch aus Beschlagnahmungen abgesetzt (FR, 19.6.78). In Hamburg wurden 1977 aus der Asservatenkammer des Polizeipräsidenten 650 g Heroin gestohlen, der Täter wurde in den Reihen der Polizei vermutet. Der Fall blieb u.W. ungeklärt (»Welt«, 7.1.77).

Mit den Augen der Szene

»Als ich damals in Frankfurt festgenommen wurde, hatte ich 30 g 'H' in der Tasche. Im Protokoll waren es nur noch 15 g, der Rest muß wohl verschütt gegangen sein«, erklärte uns

ein ehemaliger Fixer. Ein Mädchen erzählte: »Ich bin mal mit 12 Trips festgenommen worden, bei der Polizei waren es dann nur noch vier. Was sollte ich sagen, die Anzeige lautete nur auf Besitz von Drogen, bei 12 Trips wäre es wahrscheinlich Handel gewesen...«.

»Was haben Bullen eurer Meinung nach mit dem Stoff gemacht?«, wollten wir wissen.

»Vielleicht selbst verbraucht oder verhökelt?«.

»Kann es sein, daß damit auch Spitzel bezahlt wurden?«.

»Gehört haben wir davon, aber nichts Genaues.«.

Das ist leicht zu verstehen, denn welcher — in doppeltem Sinne abhängige — Spitzel erzählt schon von den Praktiken seiner Führungsbeamten? Gegenüber den Süchtigen wird er aus Gründen des Selbstschutzes natürlich schweigen, und bei wem sollte er eine Anzeige erstatten?

Ein besonders schlimmer Fall ereignete sich in München: Das örtliche RD (Rauschgift-Dezernat) hatte einen Süchtigen auf einen ihm bekannten Dealer angesetzt. Dieser wurde zu einem größeren Geschäft angestiftet, das dann von der Polizei zerschlagen wurde. Mehr konnte der Spitzel dann allerdings nicht zur Aufklärung des Deals beitragen: Er war während der Ermittlungen an den Folgen seiner Sucht gestorben (August 1979). Über die Praxis des RD's und der Staatsanwaltschaft in Göttingen, süchtigen Informanten den Stoff zum Eigenverbrauch zuzugestehen, berichteten wir bereits im vorigen AK.

Der verdeckte Fahnder — ein weiterer Geschäftspartner

Zur allgemeinen polizeilichen Arbeit gehören Informationszuträger; ein sehr großer Teil kriminalistischer Erfolge sind ohne sie nicht denkbar. Im Bereich der Rauschgiftkriminalität tritt dieser Mitarbeiter in Person von Süchtigen auf, denen Hoffnungen auf Straferlaß gemacht wird, und in Gestalt des Mitglieds einer Bande, die lästige Konkurrenz ausschalten will. Ein weiterer Mitarbeiter ist der Polizist, der selbst aktiv ins Marktgeschehen eingreift. Über diesen verdeckten Fahnder schreibt Arthur Kreuzer, der

1972 sein Richteramt beendete, in seinem Buch »Drogen und Delinquenz«:

»Das jüngste Kind der Kriminalpolizei - der Untergrundfahnder in der Drogenszene - ist zugleich eines ihrer fragwürdigsten Instrumente. In ihm wird die Methodenannäherung (zwischen Kriminalbeamten und Kriminellen, Anm. AK) am sichtbarsten. ... Kaum denkbar wäre ein Untergrundfahnder, dem es gelingt, sich in eine Rauschmittelkommune einzuschleichen, um dort längere Zeit zu observieren, ohne Drogen zu konsumieren, Geschäfte zu vermitteln und selbst zu tätigen. Die Problematik wird am deutlichsten in verständlichen Forderungen, dem Untergrundfahnder freien Raum zu schaffen, ihn nicht durch Dienstanweisungen zu beengen, ihn etwa im Verfassungsschutz oder dem Militärischen Abschirmdienst auszubilden, ihn nach konspirativen Regeln arbeiten und seinen Kollegen gegenüber unbekannt zu lassen, mit reichlich Geld, falschen Pässen, atypischen Waffen usw. auszustatten. Im einzelnen können folgende Konfliktbereiche in der Tätigkeit des polizeilichen Untergrundfahnders ausgemacht werden: Der in den Untergrund eingeschleuste Polizist stiftet unmittelbar andere zu deren strafbaren Taten an, wenn er Einzelaktionen auslöst, um Zugriffe zu ermöglichen; er trägt aber auch mittelbar durch seine Beteiligung am Szene-Leben zum Verhalten der anderen bei. Er muß also nicht nur manches Strafbare im Vorfeld schwerer Fälle übersehen, sondern sogar dazu beitragen und selbst mitmachen. Dies alles als rechtlich durchgesetzten Notstand oder durch fehlenden Vorsatz gedeckt zu sehen, hieße, rechtliche Konstruktionen zu pervertieren und die Arbeitsweise des erfolgreichen, länger tätigen Untergrundfahnders erheblich zu unterschätzen. Mag die Tätigkeit des Untergrundfahnders notwendig sein und bislang volle Rückendeckung bei der Justiz finden, sie bewegt sich de lege late (nach geltendem Recht, Anm. AK) doch weitgehend am Rande der Legalität. ... Schließlich sind Rückwirkungen auf das allgemeine polizeiliche Arbeiten zu befürchten. Der junge polizeiliche Untergrundfahnder wird nicht selten vom Abenteuerdrang inspiriert sein. Parallelen zur Spionage und Spionageabwehr liegen auf der Hand. Abgesehen von seinem eigenen erheblichen Sicherheits- und beruflichen Risiko ist nicht auszuschließen, daß er die nötige rechtliche und funktionale Distanz und Unabhängigkeit gegenüber dem Gegenstand seiner speziellen Aufgabe verliert. ... Solche Gefahren werden unter Eingeweihten

zukehren, die als Treffpunkte von

zukehren, die als Treffpunkte von Haschern, Fixern und Dealern bekannt sind?«, heißt es in einem Appell des Bremer LKA an Eltern in der Hansestadt. Die Devise lautet: »Je mehr Erwachsene sich an diesen Treffpunkten aufhalten, desto unsicherer werden Dealer und Fixer!« (Die Jugendlichen bestimmt auch! — Anm. AK). 35 Elternpaare haben sich schon gemeldet (»Welt«, 5.3.80).

Drogenhilfe '80

Auf dem Spendenkonto der Drogenhilfe '80 sind bereits 60.000 DM eingegangen (»FR«, 15.3.80). Schirmherrin des Vereins ist Annemarie Renger; weitere Mitglieder: Helmut Kohl, Knut Müller, H.-D. Genscher u.a. In den nächsten Wochen soll die erste Vergabe von Spendengeldern erfolgen; offen ist noch, welche Projekte unterstützt werden. Auf einstimmigen Beschluß des DPSG-Vorstandes wurde der »Spendensammelverein« in den Kreis der überregionalen Mitglieder aufgenommen. Ob sie vielleicht den Bremer Eltern Kaffee und Kuchen spendieren?

»Legalize it!«

Nach Judos, Jusos, »TAZ«, »Blatt« und anderen Stadtzeitungen hat sich jetzt auch der »Playboy« zu den Befürwortern einer Legalisierung von Cannabisprodukten gesellt. In seiner März Ausgabe heißt es: »In den USA ... heißt sie (die Haschisch-Lobby — Anm. AK) National Organisation for the Reform of Marijuana Laws und wurde mit Unterstützung der Playboy-Foundation gegründet«. Aber warum so g'schamig, wenn's um Profite geht? Sollte es etwa nicht stimmen, daß die Foundation zusammen mit Reynolds Tobacco Co. (Camel u.a.) große Ländereien in Kolumbien besitzt?

Drogen-Kommission



Fahnder oder Dealer?

als so ernst erachtet, daß man auf Fachtagungen von der Notwendigkeit sprach, spezialisierte Untergrundfahnder vor ihrer Rückführung in andere Dienstaufgaben für die übliche polizeiliche Tätigkeit zu »resozialisieren«.

Viele der sogenannten großen Erfolge in den letzten Jahren wären ohne die Tätigkeit verdeckter Fahnder nicht zustande gekommen. Aber wie viele Geschäfte haben vorher reibungslos ablaufen müssen, um den verdeckten Fahnder als Geschäftspartner für größere Deals seriös erscheinen zu lassen? (Und wieviele Opfer hat das gekostet?) Da über der Ebene einer »Drogenkommune« noch eine Reihe von Zwischenstationen existiert, ehe die Ebene der Auftraggeber im Hintergrund erreicht ist, stellt sich die Frage, welche zusätzlichen Methoden der Untergrundfahndung über die vorgeschlagenen hinaus in der Praxis durchgeführt werden. Die vereinzelt Berichte über die näheren Umstände bei Festnahmen nach sogenannten Scheingeschäften zeigen, daß die angelegten geheimdienstlichen Methoden auch in diesem Bereich polizeilicher Tätigkeit Einzug gehalten haben. Über insgesamt bescheidene Erfolge hinsichtlich der Zerschlagung des Handels ist man damit allerdings nicht hinausgekommen: nie wurden die Marktstruktur und -versorgung auch nur in geringstem Maße ernsthaft gestört, lediglich regional wurde zeitweilig das Angebot verringert.

Über den Umfang der Geschäfte, die von Polizeibeamten auf eigene Kasse getätigt werden, können wir nur Spekulationen anstellen. In dem Buch »Weltmacht Drogen«, das im Sommer im Econ-Verlag erscheint, heißt es dazu: »Diese Fälle sind nicht große Ausnahmen«, sagt ein hoher Polizeibeamter, »sondern, leider, eher typisch«. Die häufigste Kriminalität bestehe aber in Korruption, in dem »veurnier, sondaern, ielaer, ener typisch«. Die häufigste Kriminalität bestehe aber in Korruption, in dem bestochenen Dulden krimineller Handlungen, einer Versuchung, »der aus naturgegebenen Gründen am häufigsten Polizisten in den Vergnügungsvierteln und in Rauschgiftangelegenheiten erliegen«. Auf »zehn solche Fälle« käme höchstens einer andersartiger Kriminalität (bei der Polizei, Anm. AK). In Rauschgiftangelegenheiten weisen verständlicherweise Untergrundfahnder den höchsten Anteil auf, gefolgt von untreuen Schreibtischbeamten. »Es gibt einfach die Versuchung, beschlagnahmtes Gift aus den Tresoren zu strecken und die dabei gewonnene Menge wieder auf den Markt zu bringen. Da es sich in diesen Fällen immer um Delikte mit einigen Tälern handelt, sind sie schwer zu kontrollieren«. Mit einem aus Geheimdienstkreisen übernommenen Ausdruck sagt man von so gestrauchelten Kollegen, »die sind ausgebrannt«. Wird ihr Fall bekannt, bleibt er bei 99 Prozent in der Behörde. Man behilft sich mit disziplinarischen Maßnahmen und einer Art innerbehördlicher Justiz. »Schmutzige Wäsche muß man ja nicht öffentlich ausbreiten«.

Der Fisch stinkt vom Kopf

Der merkwürdigste Teilnehmer an der Rauschgiftfahndung ist der V-Mann, der selbst Mitglied einer Rauschgiftbande ist und durch Tips an die Polizei lästige Konkurrenz hochgehen lassen will. Die Polizei ist auf diese Hinweise angewiesen und muß andererseits strafbare Handlungen ihres Informanten dulden. Dieses System schlägt sich dann natürlich in den Ergebnissen der Fahndungstätigkeit nieder: »Zu siebzig Prozent fassen wir kleine Kunden, die ihre Ware mit anderen teilen. Wenn wir Glück haben, kommen noch 25 Prozent Tante-Emma-Läden dazu, mit mehr Glück als System eine Karstadt-Filiale, sagen

wir: in fünf Prozent der Fälle. An den zentralen Einkauf aber sind wir noch nie gelangt, geschweige denn an dessen Zulieferer oder gar die Produzenten« (aus »Weltmacht Drogen«).

Der Abschlußbericht des BKA über das vergangene Jahr drückt diese »Erfolgsbilanz« folgendermaßen aus: insgesamt wurden 207 kg Heroin sichergestellt; das ist bei einem Jahresverbrauch von über 30 Tonnen (bei 150.000 Heroinsüchtigen mit 0,5g Tagesverbrauch plus Gelegenheitsverbraucher) weniger als ein Prozent. Von den über 50.000 polizeilich erfassten Straftaten im Rauschmittelbereich betraf weniger als ein Tausendstel der Fälle die mittlere und höhere Ebene des Marktes. Der Rest waren Kleindealer und Verbraucher. (BKA-Jahresbericht, »FR«. 31.1.80 und eigene Berechnungen nach gesammelten Prozeßberichten).

Wer den Rauschgiftmarkt über eine längere Zeit beobachtet, findet immer wieder Zeichen für die enge Zusammenarbeit zwischen Polizei und Unterwelt: es ist fast ausschließlich zugewanderte Konkurrenz oder andere lästige Newcomer, deren Verbindungen zur Polizei nicht so reibungslos funktionieren, die von spektakulären Polizeieinsätzen betroffen sind. Die alteingesessene Unterwelt ist davon in den seltensten Fällen betroffen; nur wenn sie den Rahmen des Tolerierbaren überschreitet, werden Warnschüsse gesetzt. In Hamburg beispielsweise wurden im Zeitraum der letzten zehn Jahre nacheinander zugewanderte persische, chinesische und türkische Banden zerschlagen, die alteingesessene Unterwelt blieb davon weitestgehend verschont. »Über die moralischen Konflikte, die dabei, von Gesetzeswidrigkeiten abgesehen, entstehen, weiß die Öffentlichkeit wenig. Beamte leiden oft darunter, und der Stoßseufzer eines Beamten sagt schon eine Menge: 'Ich werde das Gefühl nicht los, daß wir nur als Marktregulativ eingesetzt werden'« (»Weltmacht Drogen«).

Hosen runter!

Außerhalb der Bundesrepublik sind kapitale Beispiele für dieses System schon des öfteren bekannt geworden. Zuletzt waren der Chef der belgischen Rauschgiftbrigade und mehrere seiner Kollegen, die wegen Rauschgifthandels in Millionenhöhe »ausgebrannt« sind (»Stern«, 7/80). Nach einem Bericht von »le soir« soll die halbe Brüsseler Polizei von diesen Geschäften gewußt haben, die zusätzlich auch noch den Handel mit Edelmetallen, Diamanten und Antiquitäten beinhalten (NDR 2, »Kurier am Mittag«, 13.2.80). In den USA hat die offensichtliche Korruption dazu geführt, daß eine geheimdienstähnliche Rauschgiftbehörde (DEA) aufgebaut wurde, deren Beamten mit hohen Gehältern der finanzielle Anreiz eigener Geschäfte zumindest geringer als vorher gemacht werden soll. Doch auch dieses System erlebt seine Pannen.

Die BRD hat sich zum größten Heroinmarkt Europas entwickelt; der Jahresumsatz allein an Heroin beträgt auf Endverbraucherpreisbasis berechnet mindestens 4 Milliarden Mark. Sollte es sein, daß preussischer Beamtegeist die Rauschgiftfahnder so wenig in Versuchung geraten ließ, an diesem Geschäft teilzuhaben? Oder sind in bestimmten Bereichen die Verbindungen zum Drogengroßhandel so eng, daß ernsthafte Wahrnehmungsschwierigkeiten für die eigentlichen Aufgaben auftreten, und ist die Öffentlichkeit bereits so unkritisch, daß sie diese Fragen nicht in aller Schärfe zu stellen wagt?

Antifa- und Drogenkommission
KB/Hamburg

Drogen-Kurzmeldungen

Westberlin: Drogeneinrichtungen vor dem finanziellen Ruin

Die alljährlichen Verhandlungen über die Finanzierung der im Drogenbereich arbeitenden Projekte stellen die ausreichenden Geldmittel für sechs Einrichtungen in Frage:

- Das Kinderprojekt — eine Wohngemeinschaft für Drogenabhängige unter 16 Jahren — soll in Zukunft nur noch mit Tagespflegesätzen finanziert werden. Das bedeutet nach Meinung der Mitarbeiterinnen letztlich das Ende des in Europa einmaligen Modellprojektes schon in der Aufbauphase, weil durch die zeitweilige Nicht-Vollbelegung die laufenden Personal- und Sachkosten nicht gedeckt wären.

- Das gleiche gilt für eine Übergangseinrichtung zwischen Beratungs- und Langzeittherapiestellen, bei der die pädagogische Arbeit gefährdet ist, wenn nicht sofort die Festfinanzierung der Kosten zugesagt wird.

- Drei weitere Einrichtungen fordern zusätzliche Planstellen und Sachmittel, weil sonst bestehende Therapiekonzeptionen noch weiter eingeschränkt werden müßten. Die präventive (vorbeugende) Arbeit muß schon unter den jetzigen Bedingungen vernachlässigt werden. Durch die verschärften Strafverfolgungen und Einknastungen bereits vor dem Inkrafttreten eines neuen BTM-Gesetzes sind sie gezwungen, bis zu zwei Drittel ihrer Arbeit auf die Betreuung von drogenabhängigen Häftlingen zu verlagern.

- Der Antrag, Planstellen für das »Schnüffelpjekt«-Möckernstraße einzurichten, wurde zum drittenmal abgelehnt. Obwohl das Schnüffeln (Einatmen von Lösungsmitteln wie

z.B. in Pattex) starke gesundheitliche Schäden bewirkt, und das Umsteigen auf andere Drogen bei schnüffelfreudigen Kindern längst bekannt ist, wird diese Problematik immer noch nicht ernstgenommen.

Parallel zu dieser Praxis, Beratungs- und Therapiestellen auszuhungern, steht die Entwicklung, mit großem finanziellem Aufwand zwangstherapeutische Einrichtungen (Drogenknäste) zu fördern. In Westberlin besteht bereits eine derartige Anstalt, zwei weitere sind in der Planung bzw. im Aufbau begriffen. Am Drogenknast Brauel bei Bremen beteiligt sich der Westberliner Senat mit 24 Prozent: Das sind allein für den Bau und die Betriebskosten für ein Jahr ca. 1,5 Mio. DM.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß die BVG 85 zusätzliche Kontrolleure einstellt, die Heroinsüchtige auf West-Berliner U-Bahnhöfen an die ebenfalls erweiterte Polizei ausliefern soll.

Projekte, die versuchen, Drogenabhängige vor der Kriminalisierung zu erreichen, werden nur noch in geringem Maße gefördert oder werden gezwungen, durch die Art der Finanzierung ihre Arbeit einzustellen.

Da die Drogenprojekte als eine Art Therapie-Kette aufeinander angewiesen sind, fordern sie, den Drogenetaz aufzustocken, alle für 1980 beantragten Mittel zu bewilligen und weitere Beratungsstellen und Therapieeinrichtungen einzurichten, anstatt Drogenknäste auf- und auszubauen.

Bremen: Eltern als Hilfsfahnder

»Wären Sie bereit, zusammen mit anderen Eltern zu einem vereinbarten Zeitplan als Gäste in jene Lokale ein-

Der 8. März in Europa

Dänemark

Nicht nur in den großen Städten, auch in mehreren kleineren Orten wurde in diesem Jahr der Internationale Frauentag gefeiert; auch die Beteiligung war insgesamt besser als in den Vorjahren. Um eine Spaltung wie im letzten Jahr zu verhindern, begannen die Aktionsinhaltsverhandlungen bereits im vergangenen Oktober. An diesen Verhandlungen nahmen die autonome dänische Frauenbewegung, Rødstrømpebevægelsen (RSB) und die Organisation der lesbischen Frauen (LB), wie auch alle wesentlichen politischen Gruppierungen links

von den Sozialdemokraten teil. Mehrere Monate lang wurde versucht, eine Aktionsinhaltsplattform zu erarbeiten. Mitte Februar kam es dann jedoch wieder — ähnlich wie im vergangenen Jahr zum Bruch. Anlaß für die Spaltung war ein Beitrag der lesbischen Frauen für den Teil der Plattform, der sich mit der Ideologischen und sexuellen Unterdrückung der Frauen befaßte. Dort hieß es u.a.: „Das Patriarchat hat sich zu allen Zeiten mit verschiedenen ökonomischen Systemen verknüpft: wir betrachten daher den Kapitalismus als eine Folgekrankheit des Patriarchats.“ Lesbische Bevegelse (LB) war der Ansicht, daß die Seite der Ideolo-

gischen Unterdrückung in dem bislang erarbeiteten Verhandlungsergebnis viel zu kurz gekommen war, wie z.B. die erneute Verherrlichung der Kleinfamilie oder die Hetze gegen alle Frauen, die sich nicht mehr der traditionellen Frauenrolle unterordnen wollen (nach „Information“, 25.2.). Rødstrømpebevægelsen solidarisierte sich mit den lesbischen Frauen. Ergebnis waren schließlich zwei von einander unabhängige Demonstrationen in Kopenhagen (Spaltungen hatte es auch in Aarhus und Odense gegeben), die beide ungefähr gleich stark waren.

Die Demonstration von RSB, LB und einigen anderen Frauengruppen richtete sich hauptsächlich gegen die Gewalt gegen Frauen und knüpfte damit an die in den letzten Wochen in ganz Dänemark gelaufene Kampagne für ein Frauenkrisenzentrum an. Es gab Straßentheater; Lieder wurden gesungen und auch viele andere Parolen, wie: „Für die 35-Stundenwoche bei gleichem Arbeitstempo“, „für billigere Kindertagesplätze“ und „Lesbischer Kampf ist Frauenkampf“ mitgeführt. Einige Frauen beteiligten sich auch an der anschließend stattfindenden Demonstration der linken Organisationen und einiger Gewerkschaftsverbände. Hier gab es keine Parolen, aber viele rote Fahnen. Hauptthema war hier die Lage der Frauen in der ökonomischen und politischen Krise. Vor den Kundgebungsreden trat eine Musikgruppe — bestehend aus vier Männern (!) — auf. Den ganzen Tag lang hatte Frau die Möglichkeit, Ausstellungen zu besuchen und viel zu feiern.

Dänemark-Kommission

Grönland

Über 200 Frauen, darunter viele ältere, nahmen an einem Demonstrationzug durch die grönländische Hauptstadt Nuuk teil. Dieser schöne Erfolg war von der Frauenzeitung „Kilut“ noch ganz kurzfristig vor dem 8. März organisiert worden. Die Parolen und Reden waren ausschließlich grönländisch. Denn seit Jahren kämpft die grönländische Bevölkerung nicht nur für die politische Unabhängigkeit von Dänemark, sondern auch gegen die Zerstörung der eigenständigen Kultur und Sprache.

Dänemark-Kommission

Italien

Anders als in vielen Ländern des kapitalistischen Teils Europas ist der Internationale Frauentag in Italien seit Jahrzehnten — genauer seit dem 8. März 1944 wieder — eine feste Einrichtung. Aus dieser Tradition heraus ist auch zu sehen, daß die italienische Regierung — ihr absolutes Mißverständnis gegenüber dem Frauentag öffentlich bekundend — zum 8. März eine Münze, und die noch zur „Ehre der Frau“, herausgab — die Frauenbewegung reagierte mit gebührendem Spott ...

Teile der autonomen Frauenbewegung Italiens stehen denn auch einem Frauentag, der in einer „Tradition“ zu erstarren droht, sehr kritisch gegenüber: Eine Bologna-Gruppe der „Bewegung zur Befreiung der Frau“ (MLD) äußerte: „Wir haben es nicht nötig, an ein Datum zu erinnern für die an heimlicher Abtreibung gestorbenen Frauen, Unterdrückung, institutionelle und nicht-institutionelle Gewalt. Keine Blume und keine Münze kann uns dafür bezahlen ... Wir müssen kämpfend leben Tag für Tag.“ (Quotidiano donna“, 5.3.80).

In Rom und Mailand demonstrierten über 30 000 Frauen unter der Hauptparole „Alle gegen die Gewalt“. Dieser Parole auf der von der (PCI-nahen) „Union der Italienischen Frau“, der MLD und vielen Schulkomitees organisierten Demonstrationen lag vor allem die von der MLD unterstützte Unterschriftensammlung für ein Gesetz gegen sexuelle Gewalt zugrunde. Diese Aktion wurde am 8. März in vielen Städten mit Ständen, Informationsstafeln und auf Veranstaltungen fortgesetzt.

Eine zweite Demonstration in Rom

von rund 1000 Frauen aus der autonomen Frauenbewegung wandte sich gegen die Parolen gegen Gewalt und für Frieden mit dem Aufruf zu revolutionärer Gewalt („... Wir wollen das Blut der MSI!“ — italienische Faschisten). Bei ihrem Versuch, sich mit der anderen Demonstration zusammenzuschließen, wurden sie von der Polizei gewaltsam in einen anderen Stadteil abgedrängt. Rund 7000 Frauen der Hauptdemonstration — neben vielen Jugendlichen und Studentinnen auch organisierte arbeitslose Frauen aus den Stadtteilen, in denen viele Häuser besetzt sind — gelang es, am Nachmittag zu den Autonomen durchzubrechen.

In Mailand gab es ebenfalls zwei Demonstrationen; in Rom noch eine „Relax“-Demonstration mit Tischen und Stühlen; in Turin Straßentheater, in Triest eine Kunstausstellung von Frauen. In Venedig wurde beschlossen, den 9. März zum zweiten Frauentag zu machen.

Am 8./9. März tagte das aus Rechtsanwältinnen, Journalistinnen und Politikerinnen bestehende „Frauentribunal 8. März“. Über 550 Zeuginnen-Aussagen zur Gewalt in der Familie, zu Problemen der Bäuerinnen und der Situation der mit Ausländern verheirateten Italienerinnen wurden gehört. Ein weiteres Tribunal ist für Ende des Jahres geplant, wo die Lage der Frauen gegenüber Ärzten und medizinischen Institutionen untersucht werden soll.

Italien-Kommission

bewegung zählende Gruppierungen teilnahmen.

In Amsterdam wie in anderen Städten wurde unter der Hauptparole „Frauen fordern bezahlte Arbeit“ demonstriert. Rund 2.000 Frauen zogen in Amsterdam in zwei Zügen zu einer Saal-Kundgebung, wo außer vielen Ständen von Frauenkomitees und Gruppen der Gewerkschaftsfrauen auch Informationstische der türkischen, nicaraguanischen, portugiesischen und chilenischen Frauen aufgebaut waren. Eine Sprecherin des veranstaltenden 8. März-Komitees stellte fest: „Frauen sind zwar die Hälfte der Weltbevölkerung, aber sie machen zwei Drittel aller Arbeit“. — In einer viersätigen „Aktionszeitung 8. März 1980“ wurde ausführlich über Frauenarbeit, Frauenarbeitslosigkeit, die Lage ausländischer Frauen, Kinder usw. informiert.

Besondere Erwähnung verdient noch die zweite Demonstration dieses Tages in Amsterdam: Rund 100 Frauen zogen zum weitab vom Zentrum gelegenen hochmodernen Superkass am Rand der Satellitenstadt Bijlmermeer. Im Bijlmer-Knast sind im „vrouwenbunker“ weibliche U-Häftlinge eingesperrt. Vor der Fensterfront des Frauenblocks wurde von den Demonstrantinnen, darunter auch ehemalige Bijlmer-Knastinsassinnen, gesungen und akrobatische Kunststücke aufgeführt. Über die Reaktion der eingesperrten Frauen be-



Italien: „Wir Frauen sind jeden Tag der Gewalt ausgesetzt“.

Niederlande

richtet eine Teilnehmerin der Demonstration

Niederlande

Der diesjährige 8. März — allenthalben in den Niederlanden und auch in der bürgerlichen Presse Frauentag genannt — zeichnete sich u.a. in Rotterdam und Amsterdam durch die sehr breiten Bündnisse aus, die Träger der Veranstaltungen waren.

Unter der Hauptparole „Gegen Unterdrückung und Ausbeutung“ und den Forderungen

- „Weg mit dem Sperrogramm“
- „Recht auf Arbeit“
- „Legalisierung der Abtreibung“
- „Gegen sexuelle Diskriminierung“ und
- „Für Frieden und Sicherheit“

fanden sich als Träger der Demonstration und Kundgebung in Rotterdam zusammen die Frauengruppen der Radikaldemokraten (PPR), Pazifisten-Sozialisten (PSP), des Internationalen Kommunistenbonds (IV), der Sozialdemokraten und zahlreicher Gewerkschaften; weitere Träger waren das „Komitee Frauen solidarisch mit den Hafenarbeitern“, die der revisionistischen KP nahestehende „Niederländische Frauenbewegung“ (NVB) und mehrere Organisationen ausländischer Frauen. Noch umfangreicher war das Amsterdamer Bündnis, wo zusätzlich zu den oben genannten auch sich zur autonomen Frauen-

richtet eine Teilnehmerin der Demonstration: „An den Fenstern erschienen Zettel: Frauenzeichen, Herzen, Namen, Buchstaben. Eine Frau schrieb mit einem schwarzen Stift schnell und geschickt in Spiegelschrift Nachrichten: Frauen bewachen Frauen, weg mit der Isolation, keine Zwangsarbeit, wir wollen Sex. ... Die Frauen in den anderen Zellen machten durch Gesten deutlich, daß sie den Vorgängen außen folgen konnten. Zum Schluß machten die Frauen draußen das Frauenzeichen, steckten Fackeln an und sangen. Drinnen wurden Kerzen angesteckt.“

In einem zu der Aktion verteilten Flugblatt heißt es u.a.: „Die meisten Frauen, die jetzt im Knast sitzen, haben schon jahrelang gefangen gelebt in einer Ehe und einer frauenfeindlichen Gesellschaft. Frauen bekommen Gefängnisstrafen, wenn sie sich einem Angreifer oder Vergewaltiger widersetzen, ihn töten oder verwunden. Und wenn Frauen, nachdem sie jahrelang mißhandelt und gequält worden sind, ihren Mann töten, weil sie keinen Ausweg mehr sehen, wartet auch eine lange Strafe auf sie.“

Niederlande-Kommission

Fortsetzung nächste Seite



DEMONSTRATIE

14.00uur verzamelen op de Piazza

14.30uur vertrek door de binnenstad

EFFENAAR

vanaf 15.30

feest

s'middags en s'avonds kinderopvang in het Vrouwenhuis



Amsterdam: Frauen von den „Dienstverbänden FNV“ (Dienstleistungsgewerkschaft der sozialdemokratisch/katholischen Gewerkschaftsföderation) auf der Demonstration zum 8. März

Das Plakat der Frauen aus Eindhoven. Die Forderungen auf ihren Schildern: Frauen gegen Porno — Freie Abtreibung — Frauen fordern Arbeit — Einrichtungen für kollektive Haushaltsführung — Teilzeitarbeit — Gegen sexuelle Gewalt — Billige Kindertagesstätten — Sieben-Stunden-Tag

Reaktionäre gegen Abtreibung

RIGHT TO LIFE

Never to Laugh or Love
FIGHT ABORTION

ADOPTION NOT ABORTION

UNALIENABLE RIGHTS THAT AMONG THESE ARE LIFE

STOP

Dooling fünffacher Vater und Katholik dazu.

Auf 642 Seiten begründete er die Verfassungswidrigkeit des Hyde-Gesetzes, Kernpunkt: Verstoß gegen die Grundrechte auf Religionsfreiheit und Persönlichkeitsentfaltung. So nannte er das Recht der Frau, ihre Schwangerschaft aus gesundheitlichen Gründen zu beenden, „aufs engste verbunden mit ihrem Recht zu sein“, eine Angelegenheit „von moralischer Entscheidung und letzten Endes vom Ursprung her religiös“ (10). Hieraus ergibt sich, daß „eine Ablehnung notwendiger medizinischer Unterstützung bei rechtmäßigen und medizinisch notwendigen Abtreibungen gegen die Grundrechte schwangerer Frauen verstößt“ (11). Unter medizinisch notwendig versteht Dooling nicht nur physische, sondern auch geistige Gesundheit und soziales Wohlergehen. Deshalb sei ebenso zu zahlen wie im Falle von Geburten (12).

Dieses Urteil, welches er wohl-

weislich mit einer dreißigtägigen Einspruchsfrist ausstattete, rief sofort die Regierung auf den Plan, welche beim Obersten Gerichtshof Widerspruch einlegte. Doch zweimal lehnte die Oberinstanz es ab, das Urteil aufzuheben. Sie wollen allerdings diesen Fall mit einem ähnlichen aus Chicago vom November '79 zusammenlegen, aufgrund dessen die Frage der Unterstützungszahlungen bei Abtreibungen von Grund auf neu entschieden werden soll (12).

Die Krone wird diesem widerlichen moralistischen Hickhack unter alten Männern dadurch aufgesetzt, daß Tausende von Frauen - oft gegen ihren Willen - sterilisiert werden und zwar in 90 % der Eingriffe auf Kosten von Bundesmitteln! Der planende bevölkerungspolitische Charakter dieser Sterilisationen zeigt sich, wenn nahezu ausschließlich Frauen der rassischen Minderheiten und der armen Schichten unfruchtbar gemacht werden - oft mit dem zynischen Hinweis, daß eine Abtreibung

ja doch nicht bezahlt werden würde. Diese gezielte „Medizin“ hat nach Angaben der Indianerbewegung AIM bereits den Charakter der Vernichtung ihrer Völker angenommen.

Abtreibung für die wohlhabenden, Bourgeois- und Kleinbürger-Frauen; Sterilisierung für die armen, rassistisch unterprivilegierten Frauen - zwei Seiten einer Medaille.

USA-Kommission

- (1) US Center for Disease Control, nach International Herald Tribune, IHT, 12.1.80
- (2) Alan Guttmacher Institute, US Center for Disease Control, nach Newsweek, 5.6.78.
- (3) Newsweek, 5.6.78
- (4) Guardian, New York, 16.1.80
- (5) Guardian, 23.1.80
- (6) Guardian, 19.12.79
- (7) Guardian, 30.1.80
- (8) New York Village Voice, 1.10.79
- (9) Workers World, 26.10.79
- (10) Time, 28.1.80
- (11) IHT, 17.1.80
- (12) IHT, 20.2.80

Auch in Braunschweig Sulproston-Anwendung

Anlässlich einer Veranstaltung der AsF Braunschweig am 27.2.80 unter dem Thema „§218 - das Problem Schwangerschaftsabbruch im Gespräch mit Fachleuten“ hatte Frau die Gelegenheit, interessante Einzelheiten über die Abtreibungspraxis in Braunschweig zu erfahren. Die AsF - die leider außer einem historischen Abriß des §218 nur wenig Stellung bezog - hatte zu diesem Zweck die Geschäftsführerin der Pro Familia Braunschweig, einen Frauenarzt und Dr. Langer, seines Zeichens Chefarzt der Frauenklinik Celler Straße in Braunschweig, eingeladen, der dann auch in der den Vorstellungsbeiträgen der Podiumsteilnehmer folgenden Diskussion der Hauptpart einnahm. Bedauerlich war, daß die Pro Familia-Vertreterin zu den im folgenden dargestellten Positionen von Dr. Langer keine kritische Stellung bezog, sondern mehr ergänzend dazu schwerpunktmäßig zu Vorbeugemaßnahmen wie Verhütungsmittelaufklärung sprach.

Einige Zahlen . . . und was ein Arzt davon hält

Laut Dr. Langer sind im Jahr 1978 in Braunschweig 416 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen worden (75% nach der sozialen Indikation), davon 256 in der Klinik Celler Straße. 40% der Frauen hatten noch kein Kind, 20% waren unter 20 Jahre alt, 20% waren ledig, 10% der Fälle hat die Celler Straße abgelehnt (bei abgelehnten Frauen wird interessanterweise keine Statistik über die Gründe für den Entschluß zur Abtreibung geführt!). Auf Fragen einiger der ca. 70 anwesenden Männer für den Entschluß zur Abtreibung geführt!). Auf Fragen einiger der ca. 70 anwesenden Menschen nach den Ablehnungsgründen bejahte Langer die „Notlage“, der sich Ärzte durch den §218 befinden: nur der ausführende Arzt darf für eine nicht gerechtfertigte Abtreibung nach der sozialen Indikation bestraft werden, daher die nochmalige Prüfung der Indikation in seiner Klinik mit der Konsequenz der Ablehnung eben dieser 10%. Seiner Meinung nach machen die Ärzte sich schon durch diese 5000 geringen Ablehnungsquoten strafbar. Auf weitere Fragen mußte er allerdings zugeben, daß ihm nur ein einziger solcher Prozeß gegen einen Arzt bekannt sei.

Sein nächster Versuch, Verständnis für die Misere der Ärzte zu erlangen, scheiterte ebenfalls: Langer stellte verschiedene konstruierte Fälle von Notlagen vor, das Publikum sollte abstimmen - soziale Indikation für die Frau - ja oder nein. Nach zwei Abstimmungsgängen empörte Protest vieler Frauen. Der Vorschlag, doch hier mal zu diskutieren, daß nur die Frauen selbst entscheiden können, wurde abgelehnt. Begründung: Wir können doch hier keine Gesetzesänderungen diskutieren, da seien wir uns doch einig. Wir müßten vielmehr überlegen, was wir mit den gegebenen Bedingungen anfangen. Im übrigen war von vorneherein erklärt worden, man/frau wolle aus der Diskussion doch kein Politikum machen. . .

Sulproston - Eine zumutbare Methode?!

Den größten Teil des Abends nahmen Fragen und Diskussionen über die in der Klinik Celler Straße praktizierten Abbruchmethoden ein. Vielen Anwesenden war bekannt, daß seit ca. 3 Jahren dort die sog. „chemische Abtreibung“ mit Prostaglandinen gemacht wird, laut Dr. Langer mit SULPROSTON, das sich ausdrücklich noch in der kli-

nischen Prüfungsphase befindet, nicht im Handel erhältlich ist und nicht im Arzneimittelregister auftaucht. In Westberlin klagen bereits zwei Rechtsanwältinnen für eine Frau wegen Anwendung des Mittels (vgl. AK 172, S.25). Diese Methode sei die schonendste, da der Muttermund vor der Ausschabung nicht mit Hegar-Stiften geweitet werden muß, was Muskelrisse und somit Komplikationen bei späteren Schwangerschaften zur Folge haben kann. Die „normalen“ 10% Komplikationen seien bei Prostaglandin-Abtreibung auf „nur“ 4% heruntergemindert. Bei Sulprostonanwendung haben lediglich 17,5% der Frauen ernsthafte Nebenwirkungen wie Übelkeit, Schmerzen, Durchfall, Kreislaufbeschwerden u.ä. Gegen diese Nebenwirkungen werden in der Klinik Celler Straße „größtenteils blindernde Mittel“ gereicht, u.a. FORTAL, ein morphinähnliches Schmerzmittel, das normalerweise bei „schweren und schwersten akuten und chronischen Schmerzzuständen“ gegeben wird (Beschreibung in der Liste Pharmindex). Trotz gegenteiliger Erfahrungen anwesender Frauen wurde behauptet, die Patientinnen würden über Versuchscharakter und Begleiterscheinungen aufgeklärt. Dr. Langer unterstrich seine Ausführungen über die Gefährlichkeit der herkömmlichen Methoden durch Herumfucheln mit einer Absaugkurette und Hegar-Stiften, wohl die größten, die er hatte aufreiben können: „Stellen Sie sich vor, und so was soll in einen graziellen, jungfräulichen Muttermund. . .“ Die bei Prostaglandin-Anwendung auftretenden fehlgeburtsähnlichen Schmerzen hält Dr. Langer für „normal“. Die bei Prostaglandin-Anwendung auftretenden fehlgeburtsähnlichen Schmerzen hält Dr.

Langer für zumutbar, und außerdem: „Jede Frau reagiert unterschiedlich. Es gibt labile Frauen, die über ihre Abtreibung traurig sind und andere, die nicht so empfindlich sind.“ (Alle Zitate Originalton Dr. Langer) Einige Frauen haben beschlossen, über diese Veranstaltung einen Artikel in der „Braunschweiger Stadtzeitung“ zu schreiben, verbunden mit einem Aufruf zur

Klage gegen die Klinik Celler Straße

bisher hat sich eine Frau entschlossen, wegen einer an ihr vorgenommenen chemischen Abtreibung in dieser Klinik einen Prozeß anzustrengen. Der Eingriff hatte im April 1978 stattgefunden; laut Aussage ihres Frauenarztes, der sich übrigens weigert, ihre Krankengeschichte anzufordern, wurde schon damals Sulproston eingesetzt. Sie ist weder über Begleiterscheinungen noch über den Versuchscharakter dieser Methode aufgeklärt worden. Ein Braunschweiger Rechtsanwalt ist bereit, sie in dieser Klage zu vertreten.

Alle Frauen, die sich der Klage anschließen wollen - wegen ähnlicher Erfahrungen in der Klinik Celler Straße - werden gebeten, mit der Beratungsgruppe des Frauenzentrums Kontakt aufzunehmen: Beratungsgruppe c/o Frauenzentrum Braunschweig Petritorwall 1 33 Braunschweig Tel. 0531/43564, Beratung montags, 19-20 Uhr

KB/ Gruppe Braunschweig

KB/ Gruppe Braunschweig

Nachtrag zur 8. März-Berichterstattung Leserbrief

Eure Berichterstattung über die Bewegung gegen den § 218 und die Aktivitäten anlässlich des Internationalen Frauentages weist einige Lücken auf. Deshalb kurz zur Abrundung des Bildes: Ergebnis der Diskussion über den § 218 auf dem Schleswig-Holsteinischen Frauengruppentreffen war ein gemeinsames Flugblatt von Frauengruppen, ASF, LDU und „Grünen“ Kreisverbänden, in dem anlässlich des 25. Februars Bilanz gezogen wird, jegliche Verschärfungsbestrebungen verurteilt werden und die Streichung des Strafparagrafen gefordert wird.

Im Kieler Frauenzentrum fand am

25.2. eine offene Diskussionsrunde über die Entwicklung und den Stand der § 218-Gesetzgebung und Handhabung statt.

Am Internationalen Frauentag gab es einen Infostand von „Grünen“ Frauen in der Kieler Innenstadt. Es wurden 1.000 § 218 Flugblätter verteilt, Unterschriften gesammelt für das Tribunal gegen den § 218 und daneben eine Menge Frauenliteratur verkauft. Weitere Aktivitäten anlässlich des 8. März waren ein Infostand der Jusos und ein großes Fest von der DFL in Zusammenarbeit mit anderen Initiativen.

Doris aus Kiel

„Verhütung - unser Problem?“ Diese Frage stellten wir uns (3 Frauen), nachdem auch bei uns die Pille müdigkeit eintrat. Wir beschlossen, uns intensiver mit diesen Fragen auseinanderzusetzen und das Produkt ist eine jetzt veröffentlichte Broschüre.

Aus dem Inhalt:
- Auseinandersetzung mit sämtlichen Verhütungsmitteln
- Erfahrungsbericht einer der Frauen über die - wie wir meinen exemplarischen - Auseinandersetzung um Verhütung und Sexualität mit Männern.

Zu beziehen für DM 1,50 zuz. Porto über: C. v. Iljin, 2 HH 20, Eppendorfer Weg 159, Tel. 4914889.



»...denn der Mann ist das Haupt der Frau«

In der nordelbischen Kirche (NEK) ist wieder einmal ein Lehrstück zu sehen, wie kritische Ansätze von der kirchlichen Obrigkeit möglichst schon im Ansatz behindert und unterdrückt werden.

Der Schauplatz ist dieses Mal die kirchliche Frauenarbeit; Hauptakteure sind das nordelbische Frauenwerk einerseits, der „Initiativkreis evangelischer Frauen der Konferenz bekenntlicher Gemeinschaften“ und die Kirchenleitung (KL) andererseits.

Um den Konflikt in seiner politischen Bedeutung verstehen zu können, muß zunächst zu den einzelnen Beteiligten etwas gesagt werden: - Das „Nordelbische Frauenwerk“ ist Teil der NEK und initiiert bzw. koordiniert die regionale und gemeindliche kirchliche Frauenarbeit. Ihren ersten größeren Konflikt mit der KL und den Rechten innerhalb und außerhalb der Kirche hatte das Frauenwerk letztes Jahr durchzustehen, als es die Initiative „Kauft keine Früchte Südafrikas“ trug. Ausserdem beschäftigt sich das Frauenwerk in seiner Öffentlichkeitsarbeit (z.B. Zeitung) sehr mit Fragen und Literatur der Frauenbewegung.

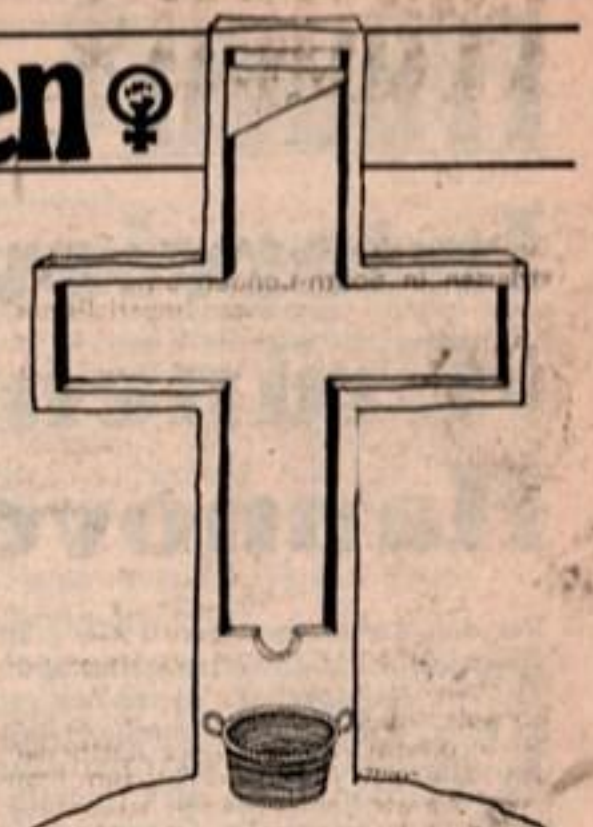
- Der Initiativkreis evangelischer Frauen ist ein Ableger der 1966 gegründeten „Konferenz bekenntlicher Gemeinschaften“ (KbG). Die KbG ist eine Sammlungsbewegung von reaktionären Christen in der BRD, die bis dahin relativ zersplittert waren. Feste und gepflegte, aber auch personelle Kontakte zur CSU sowie zur NPD in Form von gemeinsamen Tagungen sowie Veröffentlichungen im „Bayernkurier“ kennzeichnen die ideologischen Wurzeln dieses Zusammenschlusses. Politischer Hebel für die Öffentlichkeitsarbeit waren von Beginn an die Themen Ehe und Familie. Besonderer Schwerpunkt lag und liegt in der Propaganda gegen die Abtreibungsmöglichkeit („Damit kommt Ausschwitz frei Schlafzimmer in Sicht“) und für die intakte Familie „als Damm gegen linksorientierte Kräfte“. Seit Mitte 1979 - parallel also zu der bundesweiten Kampagne zur Verschärfung von § 218 - begannen auch in der KbG die Frauen die Kampagne zu tragen und mit rechtsradikalen Tönen zu würzen: In ihrem „Notruf an alle christlichen Frauen - Rettet die Familie“ die Kampagne zu tragen und mit rechtsradikalen Tönen zu würzen: In ihrem „Notruf an alle christlichen Frauen - Rettet die Familie“ („Deutsche Evangelische Zeitung“ - DEZ - vom 1.8.79, unterzeichnet u.a. von Christa Meves und Elisabeth Motschmann, Itzehoe) geht es ihnen um „die Wiederherstellung der gottgegebenen Würde der Frau, ... um die geistliche Harmonie unseres Ehe- und Familienlebens, ... um den Schutz unseres Volkes vor Anarchie und Tyrannei“ (wobei z.B. die „gottgegebene Würde der Frau“ erklärt wird aus dem biblischen Zitat „Ihr Frauen, seid untertan euren Männern wie dem Herrn; denn der Mann ist das Haupt der Frau ...“).

„... Schutz unseres Volkes vor Anarchie und Tyrannei“

Auf dieser ideologischen Grundlage wurde dann im Oktober 79 der besagte „Initiativkreis evangelischer Frauen“ gegründet. Im Vorstand sitzt u.a. auch Frau E. Motschmann; sie ist gleichzeitig auch zweite Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung in Schleswig-Holstein.

Offensichtlich in Entsprechung der Aufforderung im „Notruf“, dort, wo „kirchliche Frauenarbeit fest in die Hände von Vertretern eines ideologisch verfälschten Evangeliums geraten ist, ... selber christliche Zellen der Erneuerung unserer weiblichen Verantwortung für Familie und Gemeinde“ zu bilden, gründete Frau Motschmann noch im Oktober in Nordelbien den „Initiativkreis“. Dieser „betrachtet sich als eine Art Gegengewicht zum Frauenwerk“ („Flensburger Tageblatt“ vom 29.10.79).

Anlaß für diesen Angriff auf das Frauenwerk war der Abdruck eines Artikels von Frau H. Wöller im Nachrichtenblatt des Frauenwerks. Dieser Artikel, der die ödipale Befangenheit der fast ausschließlich männlichen Theologen in ihren Ursachen und Folgen analysiert, war abgedruckt als



inhaltliche Vorbereitung auf die Jahrestagung des Frauenwerks, die dieses Jahr unter dem Thema „Frauen - Kirche - Theologie“ stand.

E. Motschmann schreibt daraufhin einen Brief an die KL (13.9.) und fordert diese auf, sich vom Frauenwerk zu distanzieren. Der 1,3-Mio.-DM-Etat sei nicht mehr vertretbar, zumal „eine Reihe von Pföbsten und Pastoren nicht mehr bereit (sei), für das Frauenwerk zu sammeln und es zu unterstützen“. Andernfalls werde vom Initiativkreis „eine alternative Arbeit in den Landeskirchen entwickelt“. Bischof Stoll als Vorsitzender der KL bittet daraufhin das Frauenwerk zum Gespräch; Ergebnis: In den nächsten „Mitteilungen“ des Frauenwerks soll eine „zurecht-rückende“ Stellungnahme Stolls abgedruckt werden. Zwei Tage vor der November-Synode der NEK geht daraufhin E. Motschmann an die Öffentlichkeit und wirft der Leitung des Frauenwerks „wachsende und einseitige Politisierung“, „Positionen des politischen Feminismus“ und Liberalisierung der Abtreibungspraxis vor („Fl.T.“ vom 29.10.79).

Es ist offensichtlich, daß es sich bei diesem Angriff nicht nur um eine punktuelle Kritik wegen des Abdrucks eines Artikels dreht. Das ist schon deswegen unsinnig anzunehmen, weil dieser Artikel von Frau Wöller schon im April 79 in den „Evangelischen Kommentaren“, einer etablierten theologischen Fachzeitschrift, abgedruckt worden war, es aber nirgendwo Reaktionen gab.

Es liegt also nahe, daß sich der Initiativkreis um Frau Motschmann einen geeigneten Punkt aussuchte, um an diesem eine breitere angelegte Polemik gegen das Frauenwerk zu entwickeln und dieses zu isolieren. Daß der Initiativkreis dabei zu Recht mit der Unterstützung der KL rechnen konnte, zeigt die Reaktion der Kirchenherren:

- Am 12.10. schreibt Bischof Stoll an das Frauenwerk: „... so (also durch den Abdruck des Artikels, Anm. d. Verf.) ist der fatale Eindruck entstanden, als wolle unser nordelbisches Frauenwerk seine Arbeit auf geistigen Grundlagen aufbauen, die vor dem biblischen Zeugnis nicht bestehen können“. Auch gibt er den Frauen einige gute Tipps zur Weiterarbeit in Richtung auf korrekte Vor dem biblischen Zeugnis nicht verstehen können“. Auch gibt er den Frauen einige gute Tipps zur Weiterarbeit in Richtung auf korrekte Frauenarbeit hin: „Wo eine Benachteiligung von Frauen in Kirche und Gesellschaft vorhanden ist, kann sie nur überwunden werden, wenn das Evangelium Frauen und Männer zur Gemeinschaft in der Kirche befreit“. - Am 29.10. fordert Stoll vor der nordelbischen Synode das Frauenwerk zur Rückkehr zu einer theologisch fundierten Bildungsarbeit auf; dieser „soll wieder Vorrang gegeben werden“.

KL und Rechte - gleiches Spiel mit verteilten Rollen

Die KL nimmt somit die Polemik des Initiativkreises auf und macht sie sich zu eigen, wenngleich nicht ganz so unversichert offen, dafür aber von dem Amtsstuhl der Mächtigen aus.

Hier wird wieder einmal - wie schon so oft im Umgang mit fortschrittlichen Christen - eine Stimmungs- und machtpolitische Vorzeichen als Alibi für obrigkeitliche, arrogante Zurechtweisung und Einschüchterung dankbar aufgegriffen. Den Kirchenherren geht es in dieser Auseinandersetzung darum, das gerade erwachte Selbstverständnis der Frauenarbeit in der Kirche als emanzipatorische und politische Arbeit wieder zurecht(s)zustellen.

Die KL forderte nun Initiativkreis und Frauenwerk auf, miteinander zu reden; daß das keine inhaltliche Annäherung brachte, ist zu begrüßen. Die vom Initiativkreis der „bekenntnistreuen Frauen“ erhobenen Vorwürfe an das Frauenwerk wurden zurückgewiesen. Ob das weiterhin so klar bleibt, ist fraglich, denn inzwischen haben sich zwei neutrale Diener der Kirche selbstlos als Vermittler zur Verfügung gestellt: Bischof Stoll und Pastor Motschmann ...

Kirchenkommission

Interview mit einer Frau der »Grünen«-Frauengruppe Hannover

Zu den Landtagswahlen 1978 gründete sich und kandidierte erstmalig die GLU in Hannover. Zu dieser Zeit gab es einen UVB gegen Kommunist/innen, der recht scharf praktiziert wurde; frau/man fühlte sich teilweise schlimmer als in der Gewerkschaft.

Bereits vor der Wahl hatte sich eine GLU-Frauengruppe gebildet, die zu einem niedersächsischen Frauentag eingeladen hatte, um dort ihre Forderungen wie paritätische Delegiertenzahl (männlich-weiblich), die Situation der Frauen in dieser Gesellschaft zu verändern und somit für die Frauen eine echte Alternative zu den bürgerlichen Parteien darzustellen, zu diskutieren. Ein zentrales Thema der Untersuchung und Auseinandersetzung mit rechten Strömungen in der Partei sollte der § 218 sein. Die Frauengruppe entschloß sich nach mehreren Abstimmungsniederlagen zur 50 %-Forderung für die Delegiertenwahl, sich voll auf die Untersuchungsarbeit zur Situation mit dem § 218 in Hannover zu konzentrieren. Sie veröffentlichte dazu einen Fragebogen im Dezember '78 im „Schädelpalast“, einer hannoverschen Programmzeitung. Die Auswertung dieser Fragebogenaktion war die Grundlage eines Informationsblattes zum § 218, das am 31. März '79 anlässlich des Internationalen Tages für freie Abtreibung und zur Gorbelen-Demo in Hannover veröffentlicht wurde. Auf dieser Untersuchungsarbeit konnte die seit September '79 existierende Gruppe „Frauen gegen § 218“ ihre Arbeit aufbauen.

Jedoch hatte die innerparteiliche Hatz gegen fortschrittliche Kräfte in der GLU und das selbstherrliche Vorgehen des damaligen Landesvorstands sowie einiger Kreisvorstandsmitglieder der Frauen in ihren Vorstellungen von einer wirklich alternativen Partei derart getroffen, daß sie am 4.8.'78 mit anderen aktiven und fortschrittlichen GLU'ern (insgesamt 19) austraten. In der Austrittserklärung heißt es u.a.:

„Die Initiativen der Parteibasis wurden abgewiesen, wenn sie darauf abzielten, die GLU basisdemokratischer aufzubauen (...). Der Landesvorstand machte die Basis nachträglich mit Absprachen und Entscheidungen bekannt und degradierte sie zur Akklamationskultisse ...“

Diese Erfahrungen führten bei dem größten Teil der ehemaligen GLU-Frauen zu der Konsequenz, sich voll auf Basisaktivitäten zu konzentrieren, jedoch andererseits auch zu Resignation über die Möglichkeit, Alternativen zu den bürgerlichen Parteien aufbauen zu können. Nur drei Frauen gründeten zusammen mit den anderen Ausgetretenen eine Bunte-Liste-Initiative.

Im November '79 gründete sich in Hannover der Kreisverband „Die Grünen“ Hannover-Stadt, der zum Teil aus ehemaligen Mitgliedern der GAZ, AUD und GLU besteht, zum großen Teil aus neuen Mitgliedern. Die Mitgliederzahl ist inzwischen auf 160 angewachsen. Innerhalb des hiesigen Kreisverbandes hat sich Anfang Februar eine Frauengruppe gebildet, die nicht nur für „Grüne“ offen ist. Die Frauengruppe setzt sich augenblicklich aus Berufstätigen, Schülerinnen, wenigen Studentinnen und Müttern zusammen. Da wir um die Auseinandersetzung um Frauenfragen bei den „Grünen“ wissen, aber auch eine Zusammenarbeit anstreben, haben wir Ulla, ein Mitglied der Frauengruppe und Delegierte für Saarbrücken, interviewt.

AK: Zu welchen Themen arbeitet Eure Frauengruppe?

Ulla: In der kurzen Zeit unseres Bestehens haben wir erstmalig versucht, uns gegenseitig kennenzulernen und unsere Probleme zu formulieren. Aufgrund des bevorstehenden Programmkongresses der „Grünen“ vom 21. - 23.3. in Saarbrücken diskutierten wir unsere Vorstellungen zur Frauenfrage, insbesondere zu § 218. Dann hatten wir als Projekt die Vorbereitung zum „Internationalen Frauentag“ am 8.3. im Raschplatz-Pavillon. Mit einem eigenen Stand und eigenen Aktionen zum Frauenhaus und Diskussionen war der Einstand ganz gut gelungen.

AK: Arbeitet Ihr auch noch in anderen Frauengruppen? Im Frauenzentrum?

Ulla: Die Verbindung zu anderen Frauengruppen suchen wir. Einige von uns arbeiten z.B. in der Öko-Gruppe, „Frauen gegen § 218“ und im Nachbarschaftszentrum Linden mit. Über eine Mitarbeit im Frauenzentrum wollen wir noch diskutieren.

AK: Seid Ihr innerhalb der „Grünen“ autonom?

Ulla: Wir haben von vornherein unsere Eigenständigkeit als Frauengruppe bei den „Grünen“ durchgesetzt und treten als solche auch in der Öffentlichkeit auf. Gleichzeitig suchen wir die Einigung mit anderen Arbeitsgruppen innerhalb der „Grünen“ und stimmen unsere Arbeit aufeinander ab.

AK: Worin seht Ihr Euren Schwerpunkt in der Frauenpolitik der nächsten Zeit?

Ulla: Ohne Zweifel ist unsere wichtigste Aufgabe, die „Grünen“ zu einer deutlichen Aussage zur Abschaffung des § 218 und der sozialen Sicherung und Gleichberechtigung der Frau in allen Bereichen zu bringen. In Hannover stellen wir uns vor, an folgenden Themen arbeiten zu können: Abtreibungspraktiken (Prostaglandine), Arzneimittelmißbrauch, Frauen in der Psychiatrie, Frauenliteratur.

AK: Unterstützt Ihr das Tribunal gegen § 218 und wie sieht die Unter-

AK: Unterstützt Ihr das Tribunal gegen § 218, und wie sieht die Unterstützung konkret aus?

Ulla: Wir unterstützen das § 218-Tribunal und werden in der nächsten Mitgliederversammlung den Antrag auf breite, landesweite Zustimmung stellen.

AK: Könnt Ihr Eure Position, zum 8. März ein Fest mit Männern für richtiger zu halten als ein Frauenfest, darstellen?

Ulla: Wir sind prinzipiell der Auffassung, daß unsere Emanzipation nicht durch die Umkehrung der Verhältnisse bewirkt werden kann, sondern durch Aufklärung von Mann und Frau gemeinsam erreicht werden muß. Als Beispiel sehe ich die ausländischen Frauengruppen (griechische, chilenische, türkische), die sich aus eigenem Entschluß gegen die Teilnahme am nur von Frauen besuchten Fest aussprachen. Sie kämpfen gemeinsam für ihre Situation am Arbeitsplatz und wollen auch gemeinsam feiern.

Anmerkung: Trotz dieser prinzipiellen Haltung nahmen die „Grünen“ Frauen am Frauenfest teil und auch die spanischen Frauen beteiligten sich; ihre Männer standen draußen und braten Fleisch, das die Frauen auf dem Fest verkaufen. Die DKP-Frauen veranstalteten mit den o.g. Frauen der ausländischen Gruppen ein Konkurrenzfest, von dem wir noch keine Teilnehmerzahl erfahren haben.)

AK: Wie schätzt Ihr die Erfahrungen der ehemaligen GLU-Frauengruppe

ein? Gibt es Bemühungen, die damals beteiligten Frauen wieder einzubeziehen?

Ulla: Wir würden uns freuen, gerade von diesen Frauen Erfahrungen und Ratschläge zu erhalten, vielleicht ist dieses Interview eine Anregung dazu.

AK: Was haltet Ihr vom Vorgehen zur § 218-Diskussion im LV Baden-Württemberg (Hasenclever)?

Ulla: Auf dem bundesweiten Frauentreffen der „Grünen“ am 16./17.2. in Berlin verabschiedeten wir einen Offenen Brief, der die Handlungsweise Hasenclevers aufs schärfste kritisierte.

AK: Wie sieht die Aktivität der „Grünen“-Frauen bundesweit aus?

Ulla: Die „Grünen“-Frauen haben sich bis jetzt einmal in Westberlin getroffen, ein zweites Treffen ist für Mai geplant. An diesem Wochenende wurde das Programm hinsichtlich Saarbrücken diskutiert. Die Abschaffung des § 218 wurde mehrheitlich beschlossen.

AK: Wieviele Frauen gibt es bei den „Grünen“?

Ulla: Die genaue Zahl weiß ich nicht, aber es sind mindestens 30 %.

AK: Wieviele delegierte Frauen habt Ihr gestellt?

Ulla: Von acht Delegierten wurden vier Frauen gewählt.

AK: Haben die Delegierten Empfehlungen zur Autonomieforderung und § 218 für Saarbrücken?

Ulla: Auf der Mitgliederversammlung vom 27.2. wurde mehrheitlich beschlossen, den Programm-Vorschlag von Hamburg-Eimsbüttel, der die Abschaffung des § 218 fordert, zu unterstützen.

AK: Wie schätzt Ihr die Chancen zur Durchsetzung dieser Forderung der Frauen in Saarbrücken ein? Welche Konsequenzen wollt Ihr ziehen, falls Eure Forderungen abgewiesen werden?

Ulla: Voraussichtlich wird das ein Knackpunkt in der Programmdiskussion sein.

Ulla: Voraussichtlich wird das ein Knackpunkt in der Programmdiskussion werden und die Stärke der unterschiedlichen Positionen innerhalb der „Grünen“ verdeutlichen. Wir sind aber zuversichtlich aufgrund unserer Vorarbeiten (MV, bundesweites Frauentreffen). Es ist nicht richtig, vorher mit gezielten Aussagen zu beeinflussen.

AK: Tauchen im Programm des Achberger Kreises Frauenforderungen auf?

Ulla: Das Achberger Programm wird in Saarbrücken voraussichtlich keine Rolle spielen. Es bezieht sich hauptsächlich auf Wirtschafts- und Finanzfragen und die Abgrenzung gegenüber Linken.

AK: Wie wollt Ihr Euch bei Konfrontationskurs der rechten Kräfte in den „Grünen“ verhalten? Ihr habt zugesagt, den UVB bis 30.4. zu übernehmen; was heißt das heute und danach konkret für die „Grünen“ in Hannover?

Ulla: Es ist wichtig, daß die Linken zusammenwirken, und daß fortschrittliche Frauen und Männer gemeinsam, wie auf dem bevorstehenden Treffen 16./17.3. in Bielefeld, ihre Vorstellungen koordinieren und das Einbringen ihrer Forderungen in Saarbrücken vorbereiten.

AK: Werdet Ihr von den Männern in der Diskussion um Frauenforderungen in der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt?

Ulla: Bei den Vorbereitungen für das Frauenfest am 8.3. haben die Männer Plakate für uns geklebt. Ähnliche Unterstützung gab es auf der o.g. MV, wo per Abstimmung nur das Frauenprogramm diskutiert wurde und gegenüber anderen Punkten vorgezogen wurde.

AK: Gibt es Frauen im Vorstand? Gibt es eine Frauenverantwortliche im Vorstand?

Ulla: Im Vorstand gibt es nur zwei Frauen; das liegt aber auch an uns selbst, da wir nicht den Mut hatten, die Arbeit im Vorstand zu machen und uns öffentlich darzustellen. Wir hoffen aber, daß die Frauengruppe derartige Schwierigkeiten zu überwinden hilft. Da der Vorstand nicht in Ressorts eingeteilt ist, gibt es auch keine Frauenverantwortliche.

AK: Wir danken Dir für das Gespräch!

(Das Interview wurde von Genossinnen der AG Frauen/KB Hannover geführt.)

»Im Konfliktfall muß das ungeborene Leben Vorrang haben«

Der § 218 ist einer der wesentlichen „Knackpunkte“ der grünen Programmdiskussion. Zur Verdeutlichung der reaktionären Position in dieser Frage zitieren wir hier aus einer Stellungnahme von Gerda Degen, NRW, Mitglied des WSL, aus der Broschüre „Entwürfe für das Wahlprogramm 1980 in NRW“: „Es ist klar, daß es keine Automatik gibt, um die sexuellen Probleme zu lösen. Die ersatzlose Streichung des § 218 leistet das auch nicht. Ginge es nur darum, die mit dem § 218 gegebene einseitige Kriminalisierung der Frau aufzuheben, würde ich für die Streichung des Paragraphen stimmen. Aber so einfach liegt das Problem nicht. Wo bleibt z.B. der Versuch des Mannes, sich hier als Mitverantwortlicher einzubringen? Wo, wann wurde der Versuch gemacht, den Gesetzesparagraphen so zu formulieren, daß sowohl der Schutz des Lebens gewährleistet, wie auch eine gemeinsame Verantwortung eingebaut wäre.“ - Frau Degen wendet hier einen progressiven Ansatz (die Problematisierung der einseitigen Belastung der Frau) reaktionär, nämlich letzten Endes als Argument, sich einer ersatzlosen Streichung des § 218 zu widersetzen, d.h. der sonstigen Belastung der Frau auch noch die drohende juristische Repression beigefügt zu lassen.

Ähnlich kommt Frau Degen auch am Punkt der Verhütungsmittel von einem positiven Ansatz zu einer reaktionären, für die Frauen ganz unergiebigen Schlußfolgerung: „Die Emanzipation der Frau zu Ende gedacht, ist in Wirklichkeit die völlige Entlastung des Mannes auf Kosten der Frau. Der Versuch, sich völlig von den Zwängen der Natur zu befreien, bringt die Frau nicht nur in völlige Abhängigkeit von ihrem Geschlechtscharakter (etwa durch die Pille) - sie ist schließlich auch noch Mensch mit eigenen besonderen Antrieben - sondern auch noch in Gefahr, durch chemische und andere Mittel in ihrer Lebenskraft geschädigt zu werden, während der Mann-

von Ausnahmen abgesehen - entsprechende Mittel ablehnt. Unschädliche Verhütungsmittel, wie sie teilweise von Männern und Frauen gefordert werden, wird es vermutlich nie geben. Was zu fordern ist, wäre mehr Menschlichkeit!“. Daß „Menschlichkeit“ in Sachen Verhütung einen konkreten Nutzen bringen könnte, ist allerdings sehr zu bezweifeln.

Und nun der entscheidende Punkt: „Den Grünen geht es darum, einmal für die Gleichberechtigung der Frau und für ihr Selbstbestimmungsrecht einzutreten - andererseits das Leben in allen Bereichen zu schützen. Im Konfliktfall muß das Leben - auch das ungeborene - Vorrang haben vor allen anderen Menschenrechten.“ Eine ökologisch verbrämte Absage an die Abtreibung also - im Vokabular der katholischen Kirche gehalten.

Frau Degen schließt ihren Diskussionsbeitrag mit der Erwartung, daß keiner der kontroversen Anträge und Standpunkte zum § 218 bei den Grünen derzeit mehrheitsfähig sei, „ohne daß eine bedeutende Minderheit sich auf eine unerträgliche Weise benachteiligt fühlen wird“. Deshalb und aus Opportunismus gegenüber den Wählern empfiehlt Frau Degen, die Grünen sollten auf jede Aussage zum § 218 verzichten.



Lore Wolf wurde 80



re politische Gefangene eine schreckliche Reise: in Viehwagen ins Vernichtungslager Bergen-Belsen. Doch vor der Ankunft gelang es Lore Wolf, durch mutige Verhandlungen die Freilassung der Gefangenen in Gang zu setzen. Dies wurde durch eine übergeordnete Stelle aber schnell wieder rückgängig gemacht, die Entlassenen wieder eingefangen und der Transport ging weiter - Richtung Hamburg. „Im KZ Fuhlsbüttel wollten die uns dann noch mit dem Essen vergiften. Aber wir haben noch Glück gehabt und dann waren ja auch schon die Engländer da und haben uns befreit.“

Seit dem 8. August 1945 lebt Lore Wolf wieder in Frankfurt. 1973 erschien ein Buch von ihr: „Ein Leben ist viel zu wenig“; hieraus hält sie Vorlesungen in Schulen, vor Frauen-, Gewerkschafts- und Jugendorganisationen (nach FR 10.3.80).

Ma., IKAH

Korrektur

zum Artikel „8.3. in Hannover“

Bei der Meldung ist einiges durcheinandergeraten. Die „Grünen“ hatten am 7.3. eine Veranstaltung zu den Vorfällen in Goslar (Bleivergiftung); von der Frauengruppe in Diepholz/Ilona Wagner gab es einen Aufruf zu einer „machtvollen Demonstration“ der Frauen am 8.3. gegen Atomkraft vor dem Niedersächsischen Landtag.

Dieser Aufruf wurde jedoch erst am 4.3. den „Grünen“ in Hannover bekannt, war bereits gedruckt und an alle Kreisverbände geschickt. Aufgrund einer bereits geplanten Aktion mit Aufklebern mit der Aufschrift „frauenfeindlich“ in der Hannoveraner Innenstadt der am Aktionsbündnis 8.3. beteiligten Frauengruppen und der späten Mitteilung wurde die von Ilona Wagner geplante Demo abgeblasen.

AG Frauen
KB/Hannover

FRAUENZEITUNG
DM 1,50
Kinderhaus
Nachrichten Nr. 18

5218

Aus dem Inhalt:

- Brief eines gewollten Kindes im Anzug (Helmut Ruge)
- Mütter im Kinderhaus und ihre Erfahrungen mit § 218 (statistische Untersuchung)
- FRAUEN berichten: Erfahrungsberichte
- Mädchengruppe im KINDERHAUS



es eine Art Norm, daß die Würde und Integrität der Frau, ihre 'Geschlechtsehre', wie die Juristen sagen, auch von der staatlichen Gewalt besonders zu respektieren und zu schützen sei. Egal wie diese Norm entstanden ist und welche Funktion sie real hat, Tatsache ist, daß sie im gesellschaftlichen Wertsystem ziemlich weit oben steht und daß, wenn diese Schwelle auf offizielle staatliche Anordnung hin überschritten wurde, es noch immer ein Signal für Faschismus und offene Folter ist" (aus der Prozeßklärung vom 26.2.).

Ähnliche Überfälle auf politische gefangene Frauen hat es in der jüngsten Vergangenheit auch schon gegeben, die schreckliche neue Qualität besteht darin, daß es hier und heute möglich ist, diese sexistische Brutalität der Öffentlichkeit problemlos als „notwendige Sicherheitsmaßnahme“ zu präsentieren.

Einziges und auch ausreichendes Zugeständnis an die zunächst einigermaßen kritisch berichtende Westberliner Presse und die Öffentlichkeit: die Frauen dürfen jetzt die Unterhosen anbehalten.

Sexuelle Repression ist keine neue Taktik

Schon vor zwei Jahren kam es im Prozeß gegen Irmgard Möller

ich hab, soweit ich überhaupt noch Luft kriegte, gebrüllt, daß sie das lassen sollen - sie zogen mir unter wahnsinnigem Gezerre andere Jeans an, während die Beamtinnen mir den Hals ab- und das Kinn hochdrückten. Dann lief sowas wie ein Kollaps, 'nen Moment totaler Black-out, ich konnte nicht mehr atmen, spürte starke Schmerzen in der Brust und würgte - alles gleichzeitig. Bei jedem Atemzug ein stechender Schmerz in Herz und Lunge. Sie banden mir die Hände los und holten einen Notarzt, der mich ins Robert-Bosch-Krankenhaus bringen ließ, vorher wurden mir wieder die Hände gefesselt."

Auch die Frauen in Lübeck wurden nach dem Überfall von der Sicherheitsinspektorin der Anstalt daran erinnert, daß Gewalt gegen Frauen in westdeutschen Gefängnissen schon Tradition hat: „Das kennen Sie doch schon von '77."

Am 8. August 1977 hatte ein Rollkommando die Gefangenen im 7. Stock in Stuttgart-Stammheim überfallen. So wurde mit äußerster Brutalität die kurzzeitige Zusammenlegung einer Gruppe von zehn Gefangenen in Stammheim, die die Gefangenen mit mehreren Hungerstreiks erkrankt hatten, beendet. Danach Kontaktperrre und drei Tote und eine Schwerverletzte im Stamm-

Schlauch..."

Ingrid Schubert wurde auch das Opfer einer zwangsweisen gynäkologischen Untersuchung. Nach den angeblichen Waffenfunden in Stammheim im Herbst 77 wurde sie total gefilzt und dabei auch gegen ihren Widerstand von Ärzten gynäkologisch untersucht während Pfleger ihre Beine auseinanderhielten!

Die sexistische Gewalt gegen Ulrike Meinhof

Den fürchterlichsten Höhepunkt sexistischer Gewalt gegen eine gefangene Frau im bundesdeutschen Knast legen die Untersuchungsergebnisse zum Tod Ulrike Meinhofs nahe. Weder staatliche Stellen noch offiziell bestellte Gutachter konnten bisher eine schlüssige Erklärung für verschiedene äußere Verletzungen Ulrikes, besonders an Beinen und Po, geben. Ebenso ungeklärt blieb, wie nach der ersten Obduktion zwar kein Sperma, aber Samenflüssigkeit in ihrer Unterhose gefunden werden konnte. „Die Ergebnisse der Untersuchungen legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten im Zusammenhang mit diesem Tod hinweisen" (aus dem Bericht der Inter-

Gefangene Frauen - staatlich sanktionierter Gewalt ausgeliefert

Hinter den Mauern der Hochsicherheitstrakte zu verschwinden, das heißt für gefangene Frauen nicht nur vollständige Abgeschiedenheit von der Außenwelt und vom übrigen Anstaltsleben, das heißt nicht nur permanente visuelle und akustische Kontrolle jeglicher Lebensäußerung, das heißt 1980 in der Bundesrepublik und in Westberlin, der vollständigen Verfügungsgewalt der Bewacher ausgeliefert zu sein.

Mit Erschrecken, Bitterkeit und Wut müssen wir feststellen, daß in diesem Staat nun auch brutalste körperliche Übergriffe männlicher Bewacher auf gefangene Frauen zum kaltblütig kakulierten „Maßnahme“-Katalog gehören, mit denen gefangene Frauen erniedrigt, gequält und gebrochen werden sollen.

In diesem Land werden hier und heute in den Knästen den Frauen von weiblichen und männlichen Wärtern die Kleider mit Gewalt heruntergerissen, werden ihnen dabei die Augen zugehalten, wird diese Ungeheuerlichkeit der Öffentlichkeit gegenüber als „notwendige Sicherheitsmaßnahme“ verkauft.

Am 23.1.1980 wurden Christiane Kuby, Inga Hochstein, Christa Eckes, Brigitte Asdonk und Annerose Reiche von weiblichen Bullen unter Anwendung brutaler Gewalt nackt ausgezogen, um anschließend aus ihren Zellen in der JVA Lübeck in den „toten Trakt“ der Anstalt verlegt zu werden. Inga Hochstein beschreibt in einem Bericht vom 23.1., daß zum Zeitpunkt des Überfalls etwa 16 Männer, die zu einem Rollkommando gehören, auf der Station sind. „... in den Zellen verlangen sie, daß wir uns nackt ausziehen. Wir wissen immer noch nicht, was los ist, das ganze läuft überfallartig ab, bereitstehendes Rollkommando usw. Wir sagen, daß wir uns nicht ausziehen, worauf sie eine gewaltsame 'Leibesvisitation' machen. Das heißt: Die Bullen - die Zelle ist voll, ich kann sie nicht zählen - stürzen sich auf mich. Einer steigt auf's Bett, reißt den Kopf an den Haaren runter, verdrehen Arme, Beine vollständig, pressen, schlagen - mir bleibt die Luft weg - reißen mit Gewalt die Klamotten vom Körper, so daß sie zerfetzen. Drücken die Augen zu, damit ich nicht sehe, daß

sicherheitstrakt liegen. Nachdem am 21.2. Angelika Goder, Gabriele Rollnick und Gudrun Stürmer von ihrem ersten Prozeßtag in den Trakt zurückkehren, werden sie aufgefordert, sich vollständig auszuziehen. „Als es vier Schließern nicht schafften, sie (Gudrun Stürmer) festzuhalten und auszuziehen, riefen sie zwei Bullen zur Hilfe, mit deren Beteiligung sie unter Mißhandlung nackt ausgezogen wurde. Ella ist erst von Hahnfeldt, dem Sicherheitsbeauftragten für den Knast, gefragt worden, ob sie sich freiwillig auszieht. Nach Weigerung wurde sie auch von vier weiblichen und zwei männlichen Bullen vollständig ausgezogen. Ich war die Letzte, das heißt jetzt hatten die Bullen schon jede Hemmung abgelegt, und nachdem ich Hahnfeldt gegenüber auch abgelehnt hatte, mich freiwillig auszuziehen, stürzten sich ca. fünf Bullen auf mich und schleppten mich in den Durchleuchtungsraum. Dann riefen sie eine Schließern und gemeinsam zogen sie mich total aus" (Auszug aus der Prozeßklärung der drei Frauen vom 26.2.).

Kommentar der Justizsprecherin dazu: die Männer hätten sich bemüht

zu ähnlichen Szenen. Irmgard wurde während ihres Prozesses, vor und nach dem Verfahren, vor und nach Anwaltsbesuchen, oft mehrmals am Tag ausgezogen, alles angeblich im Interesse der „Sicherheit und Ordnung". Nachdem Irmgard sich gegen diese Maßnahmen wehrte, ordnete der Richter die „Zwangsvorführung" an. Dazu aus Irmgards Bericht vom 16.3.78: „Kurz vor 9 Uhr kommt Hauk (JVA-Beamter) und fragt harmlos, ob ich 'rüber will, und geht wieder. Nach ca. 5 Minuten kommt er mit einem Pulk Grüner zurück, Zwangsvorführung sei angeordnet. In der Tür drückt sich der Arzt rum, Ich sage, daß ich 1. ausgeschlossen bin und 2. nicht in der Lage bin, selbst

Ich sage, daß ich 1. ausgeschlossen bin und 2. nicht in der Lage bin, selbst wenn ich wollte, weil ich zu allem trotz x Tabletten wahnsinnige Kopfschmerzen habe und mir von der Zwangsumkleidung gestern noch jede Faser wehtut. Der Sanit, der mit der täglichen Ration auch grad vorbeikommt, gibt mir noch Opalidon und dann fallen die Grünen über mich her, fesseln mir die Hände auf dem Rücken und tragen mich in die Umkleidezelle, wo ich wieder mit Gewalt umgezogen werden soll. Hauk betont mehrmals 'die Männer gehen jetzt raus'. Weil sie es nicht schaffen, versuchen sie mit Hilfe der Männer, mich auf den Bauch zu drehen. Die Grünen schaffen es auch nicht, gehen auf Hauks Kommando raus, inzwischen haben sie mir die Jeans runtergerissen, werfen mir eine Decke über und gehen dann alle raus. (...) Vor der Tür höre ich es rumoren, 'schräg halten' usw., habe mir aber nichts dabei gedacht, bis sie kurz nach 10 Uhr, Hauk mit Handschellen an der Spitze, erneut 6 bis 8 Grüne über mich herfielen, mich wieder in die Umkleidezelle schleppten, aus der sie inzwischen Tisch und Bett ausgeräumt hatten

heimer 7. Stock. Auch damals eskalierte die Gewalt an der Behandlung der Frauen. Besonders abgesehen hatten es die Bullen dabei auf Gudrun Ensslin. „Neben mir auf der Heizung sehe ich Gudrun auf der Erde liegen und es kommt mir so vor, als würde die Bestialität bei Gudrun kulminieren. Einer der Bullen hat ihr ganzes Gesicht in der Hand und preßt, zwei zerren an ihren Beinen, ein vierter hat ihre beiden Arme links vom Körper verdreht und zusammenge-drückt und versucht, sie mit aller Gewalt in die Seite zu stoßen. Das ganze sieht aus wie ein Mord" (aus einem Bericht von Ingrid Schu-

nationalen Untersuchungskommission „Der Tod Ulrike Meinhofs", S. 6)

Die Ergebnisse lassen auch befürchten, daß Ulrike möglicherweise vergewaltigt wurde.

Gefangene Frauen werden von Bullen verprügelt, ihnen werden von männlichen (!) und weiblichen Bullen die Kleider vom Körper gerissen, bis hin zu einer zu vermutenden Vergewaltigung: Bei dieser Realität in den Knästen der Bundesrepublik und Westberlins haben wir Visionen über die ungeheuerlichen sexistischen Torturen an chilenischen Frauen, Vergewaltigungen schwarzer Frauen



Ulrike wird gewaltsam den Fotografen vorgeführt



Ulrike Meinhof



Ingrid Schubert



Irmgard Möller



Gudrun Ensslin

Bullen, also Männer vom Rollkommando, dabei sind, während sie die Hosen runterreißen. Halten den Mund zu, damit ich wegen der Schmerzen nicht schreie. Danach habe ich Leberschmerzen, Nasenbluten, die Haare fallen in Placken aus. In der Zelle liegen ein paar Klamotten, von denen mir bis auf die Unterwäsche und T-Shirt nichts paßt, das heißt, ich bin während des Nachmittags halbnackt, Decken sind auch nicht da" (aus einem Bericht Inga Hochsteins).

Haargenau das gleiche geschieht nur vier Wochen später mit den Frauen, die in Westberlin im Hoch-

wegzuschauen!

Daß die politischen Gefangenen als Frauen getroffen werden sollen, wird in diesem Fall sehr deutlich: der Mitangeklagte Klaus Viehmann muß sich bei der Rückkehr in die Zelle „lediglich" die Schuhe ausziehen. Auch bei den im HS-Trakt einsitzenden Männern ist es bislang nicht zu solchen Ausschreitungen gekommen. Die betroffenen Frauen selbst schätzen diesen Angriff als eine neue Qualität in der Vernichtungsstrategie gegen die politischen Gefangenen ein: „Im öffentlichen Bewußtsein und den gesellschaftlichen Wertvorstellungen gibt

und stattdessen eine Bahre mit x Fesseln, auf die ich dann mit unglaublicher Brutalität geschnallt wurde, also Füße und Hände getrennt und 2 Riemen über Brust und Bauch. Verstärkung hatten sie von 3 Beamtinnen in Zivil, der Arzt blieb im Hintergrund, die Grünen auf Hauks Kommando vor der Tür, und jetzt machten sie sich zu sechst daran, mir Bein für Bein die Jeans runterzu-reißen, während eine meinen Kopf in ihren Ellenbogen preßte von hinten und die übrigen sich an den Armen zu schaffen machten. Sie zögerten einen Moment, mir auch die Unterhose runterzureißen und

bert vom 9.8.1977).

Gerade auch Ingrid Schubert, die zusammen mit den anderen Gefangenen in Stammheim zusammenge schlagen worden war, wurde mehrfach das Objekt der Gewalt der Justizbeamten. Während eines Hungerstreiks im Oktober '74 wurde sie während einer Zwangsernährung von mehreren Bullen brutal festgehalten. „Ich wurde in den Nebenraum auf einen normalen Stuhl gezerrt, die Arme auf den Rücken im „Transportgriff" durch zwei Bullen; auf meine Knie setzte sich ein fetter Bulle, die Füße werden festgehalten und mein Kopf. Dann ein dicker

in US-Knästen, nackten Frauen vor den Selektionsrampen der KZs.

Damit diese Visionen und Ängste nicht Wirklichkeit werden, wenden wir uns mit diesem Artikel ganz besonders an die Frauen, gegen die sexistischen Überfälle auf die gefangenen Frauen wirklich massenhaft ihre Stimmen zu erheben.

Frauen der Westberliner Antirepressionskommission des KB

Die uns bisher bekannt gewordenen * Fälle von Gewalt gegen Frauen im Knast betreffen meistens die politischen Gefangenen. Wir gehen aber davon aus, daß solche Vorfälle auch für sozial gefangene Frauen zum Knastalltag gehören. Relativ viel Öffentlichkeit bekam noch die Lesbe Judy Anderson, die gezwungen wurde, Anstaltsfrauenkleider statt Hosen zu tragen.

Wir bitten diejenigen, die von solchen Vorfällen Kenntnis haben und natürlich besonders die gefangenen Frauen selbst, Überfälle auf Frauen im Knast dem AK bekanntzumachen.

Frauen der Westberliner Antirepressionskommission des KB

Erstes Frauen-Krisen-Zentrum in Dänemark

Obwohl die autonome dänische Frauenbewegung schon seit zehn Jahren organisiert arbeitet (Rødstrømperbevaegelsen) gab es bisher im ganzen Land noch kein Haus für Frauen in Not. Das soll jetzt anders werden!

Vor 100 Jahren hatte Frau Grevinde Danner in Kopenhagen ein großes Haus mit 50 kleinen Ein-Zimmerwohnungen errichten lassen, „um Witwen und unverheirateten Frauen aus der Arbeiterklasse gratis Obdach zu geben“ (Stiftungs-Satzung). Trotz dieser Zweckbindung sollte das Gebäude jetzt billig an einen Bauunternehmer verschert werden, der darin Büros einrichten wollte.

Die Rødstrømperbevaegelsen (RSB) forderte, daß hier stattdessen ein Haus für Frauen in Not eingerichtet werden sollte und begann Ende letzten Jahres, das Haus zu besetzen, wobei sie wichtige Unterstützung von den Frauen aus Lesbik Bevaegelse erhielt. Gleichzeitig wurde von RSB eine große Kampagne eingeleitet, um ihrer Forderung größere Durchschlagskraft zu verleihen und in ganz Dänemark waren sie bald als die „Grevinde Danner-Frauen“ im Gespräch.

Die Grevinde Danner-Frauen standen unter ziemlichem Zeitdruck, da die Verhandlungen mit dem Baukapitalisten schon fast abgeschlossen waren. 3 Mio. Kronen (rd. 1 Mio DM) mußten aufgebracht werden, denn das war der Verkaufspreis des Hauses. Gleichzeitig mußte von der Stadt Kopenhagen (Verwalterin der Stiftung) die Zustimmung erkämpft werden, das Grevinde Danner Haus in Zukunft als Haus für geschlagene Frauen zu nutzen.

Tausende von Frauen beteiligten sich schließlich im ganzen Land an den Solidaritätsaktionen, die auch von der organisierten dänischen Linken vor allem durch Informationen in ihrer Presse breit mitgetragen wurden.

Außer in Veröffentlichungen der Frauen selbst fand gerade auch in den linken und liberalen Zeitungen eine umfassende Diskussion über Ausmaß und Ursachen der Gewalt gegen Frauen.

Außer in Veröffentlichungen der Frauen selbst fand gerade auch in den linken und liberalen Zeitungen eine umfassende Diskussion über Ausmaß und Ursachen der Gewalt gegen Frauen statt. Viele mißhandelte Frauen brachten ihre eigenen Erfahrungen ein. Auf dem Höhepunkt der Kampagne entdeckten plötzlich (?) auch einige Kapitalisten ihr Herz für Frauen und spendeten erkleckliche Summen.

Eine bekannte dänische Benzinunternehmerin spendete eine halbe Mio. Kronen und meinte sehr öffentlichkeitswirksam: „Es ist wichtig, einen Ort zu finden, wo man weinen kann, wenn man das Bedürfnis dazu hat. Ich weiß, wie es ist, wenn man dringend Hilfe braucht“ — nicht, weil sie selbst schon mal geprügelt worden sei, „sondern aus anderen Gründen“ („information“, 1.3.).

Auch andere Kapitalisten wollten von der Popularität der Danner-Frauen profitieren: Es gab sogar Schallplattenangebote! Natürlich haben die Danner-Frauen das Geld angenommen, was von einzelnen Linken mit mißbilligendem Naserümpfen aufge-

nommen wurde, doch wurden alle direkten Reklameversuche entschieden abgelehnt.

Ende Februar war die Kaufsumme zusammen! „Der übergroße Teil der 3 Mio. Kronen ist durch Arbeit mit den Füßen reingekommen, wie Plakettenverkauf am Arbeitsplatz, Straßensammlungen, Flohmärkte usw. Tonnenweise haben wir 25-Öre-Münzen zur Bank geschleppt. Und massenhaft haben sich Frauen zum Sammeln gemeldet, die wir nie zuvor in der Frauenbewegung gesehen haben“, betonen Aktivistinnen in einem Interview („information“, 1.3.). Und auf die Frage, wie diese breite Unterstützung zu erklären ist: „Viele unterstützen uns, weil sie ganz einfach ein Unbehagen gegenüber der ansteigenden Gewalt empfinden. Viele wollen aber auch ihr schlechtes Gewissen abbezahlen... Gewalt zu Hause ist etwas ganz Alltägliches. Wir werden nicht nur von Frauen (u.a. vielen älteren) unterstützt, die die Gewalt an ihrem eigenen Körper gespürt haben, sondern auch von vielen, die Gewalttätigkeiten miterlebt haben gegenüber Kindern und Enkeln, oder auch Arbeitskameraden, die nicht eingegriffen haben, wenn eine Kollegin mit einem blauen Auge kam... Besonders die älteren Frauen haben uns unterstützt, weil wir an der Idee der Grevinde Danner anknüpfen und das Haus eine Unterstützung für die Frauen sein soll, denen es wirtschaftlich schlecht geht und die verprügelt werden...“

Gewalt gegen Frauen — in Dänemark

Das Ausmaß der Gewalttätigkeiten gegen Frauen verdeutlicht eine während der Kampagne veröffentlichte Untersuchung von zwei Ärzten: 2.000 von ihren Männern und Freunden mißhandelte Frauen werden jedes Jahr in den Unfallstationen der Krankenhäuser gezählt. Doch die tatsächliche Zahl liegt wesentlich darüber: Denn die Frauen geben oft andere Erklärungen für ihre Verletzungen an. Sie in den Unfallstationen der Krankenhäuser gezählt. Doch die tatsächliche Zahl liegt wesentlich darüber: Denn die Frauen geben oft andere Erklärungen für ihre Verletzungen an. Sie in den Unfallstationen der Krankenhäuser gezählt. Doch die tatsächliche Zahl liegt wesentlich darüber: Denn die Frauen geben oft andere Erklärungen für ihre Verletzungen an.

Seit einigen Jahren bemüht sich die Gruppe „Joan-søstrene“ schon um die mißhandelten Frauen. Dies ist ein fester Kreis von Ärztinnen, Psychologinnen und Sozialarbeiterinnen, die (neben ihrer bezahlten Arbeit) in Einzelgesprächen versuchen, die Frauen zu unterstützen. Doch gab es für sie keine geeigneten Unterkünfte.

Haus für Frauen in Not und gleichzeitig Frauenzentrum

Nachdem schließlich auch die Stadt Kopenhagen den Forderungen der Hausbesetzerinnen nachgab und nun der Kauf des Grevinde Danner Hauses möglich war, legten die Danner-Frau-

en ihre Vorstellungen zur Instandsetzung und Unterhaltung des Gebäudes auf den Tisch. Neben Geldforderungen an die Stadt fordern die Frauen eine halbe Mio. Kronen (über 170.000 DM) von der Regierung, um u.a. 15 arbeitslosen Frauen den Lohn bei den Renovierungsarbeiten zahlen zu können. Bezeichnenderweise waren die Kosten für die Beratung beim Restaurieren des 100 Jahre alten Gebäudes durch zwei Architekten bereits genehmigt.

Bei ihrer Forderung nach Bewilligung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme werden die Danner-Frauen von mehreren Gewerkschaftsgruppen unterstützt.

Für die mißhandelten Frauen und ihre Kinder werden 16 Räume hergerichtet. „Joan-søstrene“ werden auch in Zukunft die Arbeit mit diesen Frauen tragen. Einige aus der Gruppe sollen dazu möglichst fest angestellt und bezahlt werden. Auch hierzu wird staatliche Unterstützung beantragt.

Darüber hinaus soll das Grevinde Danner Haus jedoch auch Frauenzentrum sein. Deshalb nennen die dänischen Frauen ihr Projekt „Frauenkrisenzentrum“. Auf diese Weise wird mit einem, zumindest in der BRD, üblichen Prinzip von Frauenhäusern gebrochen, allein Unterschlupf und Ort der Betreuung für mißhandelte Frauen zu sein. Das Grevinde Danner Haus ist so geräumig, daß es gleichzeitig als weiteres Kopenhagener Zentrum für die Frauen genutzt werden soll. Hier werden Frauengruppen ihre festen Räume haben und viele Aktivitäten, gerade auch zur Gewalt gegen Frauen, können hier ihren Ausgangspunkt nehmen. Mit diesem Konzept erhalten die Danner-Frauen die Chance, eine Verbindung zu schlagen zwischen den Frauen, die oft jahrelang schlimmste Gewalttätigkeiten und Demütigungen haben ertragen müssen und den Frauen, die sich nicht mehr der täglichen Unterdrückung beugen und für die Befreiung der Frau kämpfen.

Es ist Gewalt gegen Frauen, wenn... der täglichen Unterdrückung beugen und für die Befreiung der Frau kämpfen.

„Es ist Gewalt gegen Frauen, wenn junge Frauen keine ordentliche Ausbildung und Arbeit erhalten, so daß sie selbst über ihr Leben bestimmen können.“

Es ist Gewalt gegen Frauen, wenn wir gezwungen werden, unsere Babies bei anderen abzugeben, weil der Schwangerschaftsurlaub zu kurz ist — oder wenn wir gezwungen werden, unsere Arbeit aufzugeben, weil es nicht genug Kindertagesstätten gibt.

Es ist Gewalt gegen Frauen, wenn wir dauernd gezwungen werden, unsere Arbeitsbereiche auszusuchen — mal Berufstätigkeit, mal nur als Mutter zu Hause — weil die wirtschaftlichen Bedingungen sich ändern.

Es ist Gewalt gegen Frauen, wenn wir dazu erzogen werden, unselbstständig, passiv und ohne Initiative zu sein — Opfer unseres eigenen Schicksals“

Dänemark-Kommission



Am 26.1. in Utrecht: 3.000 Frauen demonstrieren gegen Pornografie und den Porno-Faschisten Wilhelmus

»Pornografie ist Frauenhaß«

Die internationale Frauenbewegung wird immer vielfältiger, bunter und kämpferischer. Nun ist auch der Pornografie der Krieg erklärt: In New York führt das Komitee „Women Against Pornography“ Veranstaltungen durch über den Zusammenhang von Pornografie und Gewalt gegen Frauen. Regelmäßig und truppweise werden die Pornoläden und -kinos New Yorks heimgesucht. In Schweden haben Frauen Klage beim Gericht gegen Pornografie erhoben. In Rom wurden jüngst zwei Pornokinos in Brand gesetzt. In den Niederlanden gehen seit einiger Zeit in diversen Städten die Fensterscheiben von Pornoläden zu Bruch, werden die Fassaden von Pornokinos mit angemessenen Parolen versehen — insbesondere die Frauengruppe „Verschrikkelijke Sneeuwvrouw“ (Schreckliche Schneefrau) hat sich hier einen Namen gemacht.

„Pornografie ist die Theorie — Vergewaltigung die Praxis“

„Pornografie ist die Theorie — Vergewaltigung die Praxis“

Unter dieser und anderen Parolen demonstrierten am 26.1. rund 3.000 Frauen in Utrecht gegen das Porno-Unwesen. In den aus dem Zug heraus (nur an Frauen) verteilten Flugblättern hieß es: „Pornografie ist eine der deutlichsten Formen der Frauenunterdrückung, die Vergewaltigung zur Folge hat... Viele Männer, die Pornoblätter lesen, erwarten oder fordern sogar von den Frauen, daß sie sich dem Bild entsprechend verhalten, das in den Pornos vorgespiegelt wird.“

In Utrecht wurde eine psychologische Untersuchung des Frauenbildes von Männern durchgeführt. Befragt wurden 80 Männer (Gruppe 1), die regelmäßig Pornoblätter lesen oder Pornofilme sehen, und als Kontrollgruppe 50 Männer (Gruppe 2), die nach dem Zufallsprinzip ausgewählt wurde.

Einige Ergebnisse:

— „Wenn eine Frau 'nein' sagt, dann meint sie 'ja'.“ — 82 % der Gruppe 1 stimmten dem zu gegenüber 36 % der Gruppe 2.

— „Frauen finden es schön, mit Gewalt genommen zu werden.“ — 64 % von Gruppe 1 stimmten dem zu gegenüber 28 % von Gruppe 2.

— „Frauen sind dauernd darauf aus, Männer herauszufordern. Wenn sie vergewaltigt werden, haben sie selber Schuld.“ — 73 % von Gruppe 1 stimmten dem zu gegenüber 28 % von Gruppe 2.

— „Geschlechtsverkehr ist auch für Frauen die angenehmste Art zu lieben.“ — Dem stimmten 92 % von Gruppe 1 zu gegenüber 54 % von Gruppe 2.

Die Untersucher haben aus diesen Ergebnissen gefolgert, daß Pornos bei Männern nicht nur ein frauenfeindliches Bild hervorrufen, sondern auch direkten Einfluß auf das Verhalten der Männer haben. (Nach „Nieuwsblad van het Noorden“, 24.1.80).

Die an der Demonstrationsroute liegenden Pornoläden hatten vorsorglich ihre Auslagen entschärft, wohl, weil sie es in der letzten Zeit recht häufig mit frischer Luft (erzeugt per Stein durch Fenster) und frischer Farbe an ihren Fronten zu tun gehabt hatten. Viel half das nun nicht: Bürgersteige, Mauern und eben diese Läden wurden reichlich rosa, rot und lila, mit Frauenzeichen und der Parole „Pornografie ist Frauenhaß“ versehen.

Zum einen — so nennt es die bürger-

liche Presse — „Zwischenfall“ kam es, als der „Pornokönig“ Joop Wilhelmus neben der Demonstration seine Postille „Chick“ kostenlos verteilen wollte: Die Frauen machten ihm die weitere Verteilung unmöglich.

Gegen diesen Joop Wilhelmus und sein Pornoblatt richtete sich die Demonstration der Frauen insbesondere.

Porno-Faschist Joop Wilhelmus

Wilhelmus hatte vor einigen Monaten begonnen, widerwärtigste Hetzartikel gegen Feministinnen, Lesbierinnen und vor allem gegen die Blijf-van-m'n-lif-Häuser, die Häuser für mißhandelte Frauen, zu veröffentlichen.

Die Frauen, die (z.T. mit ihren Kindern) in diese Häuser flüchten mußten, haben vor allem Ruhe nötig und Schutz vor ihren Männern und Freunden. Um das zu gewährleisten, werden die Adressen und Telefonnummern der Häuser für mißhandelte Frauen strikt geheimgehalten. Die Aktion von Wilhelmus war somit eine unmittelbare Gefährdung der Frauen

nummern der Häuser für mißhandelte Frauen strikt geheimgehalten. Die Aktion von Wilhelmus war somit eine unmittelbare Gefährdung der Frauen und der Zielsetzung dieser Häuser.

Wilhelmus setzte seine Leserschaft, Privatdetektive und Frauen aus seinen Läden und Bordellen darauf an, diese Adressen herauszufinden. Einige dieser Frauen gaben sich sogar dazu her, unter dem Vorwand, von ihrem Mann geschlagen worden zu sein, in diese Häuser einzudringen und sie auszuspielen. Die Ergebnisse dieser Spitzellei waren so reichhaltig, daß Wilhelmus mittlerweile in der vierten Ausgabe von „Chick“ hintereinander seriellweise die Adressen und Telefonnummern dieser Häuser, von weiblichen Anwälten, die die Frauen in diesen Häusern betreuen, sonstigen Mitarbeiterinnen dieser Einrichtungen und Aktivistinnen aus der Frauenbewegung veröffentlichte.

Seine Begründung, die er gegenüber der Presse, in einem Fernseh-Interview und vor allem in seinem eigenen Blatt für dies Vorgehen verbreitet, ist folgende: Da die Feministinnen („Feministinnen sind Lesbierinnen und nicht normal“) den Sexläden die Scheiben einschmeißen, wolle er dafür sorgen, daß das ebenfalls bei den Häusern für mißhandelte Frauen passiert. Außerdem würden in diesen Häusern „die Frauen indoktriniert, nicht mehr zurückzugehen und lesbisch zu werden. Ich habe nichts gegen Lesbierinnen, sie annonciieren auch in meinen Blättern, aber sie dürfen nicht die Familie angreifen. Da stehe ich für ein“.

In seiner Dreckspostille („Chick“ Nr. 133) bejubelt Wilhelmus dann, „was für ein enormer Erfolg unser Kampf gegen die extremistische Ecke des in unserem Land bestehenden Feminismus geworden ist“.

Daß seine Methoden sogar in der bürgerlichen Presse als „faschistisch“ und als „SS-Methoden“ bezeichnet werden, schert ihn weiter nicht: „Denn fast der gesamte weibliche Mitarbeiterkreis bei Vrij Nederland (Liberaler Zeitung, Ann. AK) besteht aus notorischen Feministinnen, oft genau aus der Ecke, die wir bekämpfen“. Und wenn eine Anwältin, die die geschlagenen Frauen vertritt, in einem Anwaltskollektiv arbeitet, dann „scheint (ihm) langsam, als ob wir in einer kommunistischen Räterepublik leben“.

Die Art seiner „Beweisführung“ über den Charakter der Häuser für mißhandelte Frauen wird aus „Leserbriefen“ in seinem Blatt deutlich: „Als ich das Haus betrat, kam eine Lesbe auf mich zu und versuchte, mich zu verführen“.



Grevinde Danner Haus — „rote Frauenzeichen in den Fenstern“

Wilhelmus zusammenfassend: Alle Frauen „die wir zur Probe dorthin geschickt haben“, hätten dieselben Erfahrungen in diesen Häusern gemacht: „Überall dieser Männerhaß, überall dies lesbische Getue, überall diese Versuche, den Bruch endgültig zu machen“.

Wilhelmus behauptet, daß „nur zehn Prozent“ dieser Frauen wirklich von ihrem Mann oder Freund geschlagen worden seien; es komme ihm darauf an, daß „gerade für diese Gruppe ... dank unserer Aktion eine echte Auffangmöglichkeit geschaffen wird, die nicht von einem Haufen Männerhasserinnen geleitet wird“.

Bis das erreicht ist, versieht Wilhelmus jede Adresse und jede Telefonnummer, die er in „Chick“ veröffentlicht, mit dem Hinweis, die Telefonnummer „unbrauchbar“ zu machen (d.h. Telefonterror auszuüben und die Anschlüsse zu blockieren) und bei



Porno-Faschist Joop Wilhelmus

den Häusern „vorbeizugehen“. Denen, die diese Hinweise immer noch nicht verstanden haben, rät er direkt: „Tut etwas gegen diesen Kampf gegen die Familie und die Männer und laßt die von Lesbierinnen und Männerhaß regierte Clique merken, daß es aus ist für sie“.

Wilhelmus' Familiensinn

Wie sehr ihm um den mehrfach beschworenen „Schutz der Familie“ zu tun ist, geht aus anderen, als Leserbriefe getarnten Beiträgen von „Chick“ hervor. Detailliert wird u.a. berichtet von

- Sex zwischen Mutter und Sohn
- Einer Frau, die von einem Hund bestiegen wird, woran (auch) der Ehemann sein Vergnügen habe;
- Sex eines Vaters mit seiner Stieftochter;
- Sex eines Vaters mit der 15jährigen Freundin seiner Tochter (incl. ausführlicher Beschreibung der Defloration).

Der Krieg des Porno-Faschisten Wilhelmus gegen die Frauenbewegung und insbesondere die Häuser für geschlagene Frauen begann damit, daß seine Freundin ihm den Laufpaß gab. Da er sie bereits mehrfach zusammengeschlagen und bedroht hatte, ihr Salzsäure ins Gesicht zu schütten, versteckte sie sich bei einer Freundin. Wilhelmus ließ diese Adresse ausspitzeln, hielt sie für die Adresse eines Hauses für mißhandelte Frauen und veröffentlichte sie in „Chick“. Weiter ließ er Aufkleber mit einem Aktfoto seiner Freundin und der Telefonnummer ihrer Familie drucken und verklebte die in ihrem Heimort.

Die Polizei – ob bürgerliches Recht! – ist „machlos“ und kann, wenn sie ihn in flagranti erwischt, ihn nur wegen „Verunreinigung öffentlicher Gebäude“ anzeigen. Der Familie seiner Freundin hetzte er einen Detektiv auf den Hals, und das Titelblatt der neuesten „Chick“-Ausgabe ist mit der Frage versehen: „Ist Corinne Hijink eine Diebin?“ Im Text behauptet er, von ihr bestohlen worden zu sein und ruft seine Leserschaft, ein Aktfoto ist beigelegt, zur Jagd nach Corinne auf. Eine Beleidigungsklage, die Corinne gegen ihn angestrengt hat, kommentiert er mit der Frage: „... wie ist unser aller Corinne, die jahrelang alle erhaltlichen Drogen gebrauchte und sexuell die tollsten Sachen ausdachte, in Gottes Namen noch zu beleidigen?“

Die gegen Wilhelmus eingereichten Klagen und Versuche, per einstweiliger Verfügung ihm den Abdruck der Adressen der Häuser für geschlagene Frauen zu verbieten, haben bisher zu keinem Ergebnis geführt. (Nach: „Nieuwsblad van het Noorden“, 24.1.; „NRC Handelsblad“, 25. u. 28.1.; 5.2.; „de Volkskrant“, 28.1.; „Utrechts Nieuwsblad“, 28. u. 29.1.; „De Waarheid“, 28.1.; „Opzij“, Jan. 80; „Vrij Nederland“, 9.2.; „Chick“, Nr. 133)

Niederlande-Kommission

Sexismus in der Schule

In der Schule wird die geschlechtsspezifische Sozialisation, wie sie in der Familie und der frühkindlichen Umwelt begonnen hat (Anm. 1) fortgesetzt und stabilisiert. Dieser Artikel bezieht sich größtenteils auf Untersuchungen, die Dagmar Schultz in ihrem Buch „Ein Mädchen ist fast so gut wie ein Junge“ (2) anspricht.

Allein schon, indem sie zur Schule gehen, lernen Kinder etwas über den unterschiedlichen Status von Frauen und Männern in der Berufswelt: Die Männer verwalten das System (Schulrat, Direktor oder Rektor ...) und die Frauen arbeiten darin. Dabei gilt, je kürzer (und angeblich unqualifizierter) die Ausbildung, desto mehr Frauen: Während die Grundschule noch die „Domäne der Frauen“ ist, trifft dies bei der gymnasialen Oberstufe beim besten Willen nicht mehr zu. Hinzu kommt die Verteilung bei den Fächern: Wenn Mädchen nie einen weiblichen Physiklehrer haben, wird ihnen damit auch nahegelegt, daß Frauen sich nicht für eine Ausbildung in diesem Fach eignen.

Das Lehrer-Schüler-Verhältnis...

Es ist auch nicht möglich, Schüler(inne)n kritisches Bewußtsein über solche Geschlechtsstereotypen zu vermitteln, wenn sich Lehrer nicht selbst mit dieser Thematik intensiv auseinandergesetzt haben. Lehrer/innen machen den gleichen geschlechtsspezifischen Sozialisationsprozeß durch. Ihre Einstellungen, Erwartungen und Verhaltensweisen Schüler(inne)n gegenüber sind von diesem Prozeß geprägt: Wenn Lehrer/innen den Mädchen gegenüber größere Erwartungen in puncto Fleiß und Sauberkeit haben, aber bei Jungen eher stärkere Aktivität und kreative Denkfähigkeit vermuten, so wird dies in der Regel auch von den Schüler(inne)n bestätigt werden. Das ergaben zahlreiche Untersuchungen, auch bezüglich schulischer Leistungen, die Dagmar Schultz in ihrem Buch zitiert (3). Denn logischerweise haben Lehrer diese Frauen/Männer-Klischeebilder nicht nur im Kopf, sie verhalten sich auch (bewußt oder unbewußt) danach:

- so werden Jungen im Unterricht mehr drangenommen, weil sie in der Regel aggressiver und reger sind, allein schon, um die Klasse „ruhig zu halten“;

- Jungen werden eher aufgerufen, da von ihnen Wissen und Aktivität erwartet wird;
- zum Projektor holen, Filmgerät bedienen etc. ziehen sich die Lehrer/innen lieber Jungen heran. Mädchen werden beim Blumengießen, Erledigen schriftlicher Hilfsarbeiten etc. bevorzugt;
- jede/r könnte sicher aus eigener Erfahrung genug ähnliche Beispiele bringen.

Doch die Schüler/innen tragen durch ihre von der Erwachsenenwelt übernommenen Verhaltensstereotypen auch selbst dazu bei, daß Lehrer/innen ihre Vorurteile beibehalten:

So sind Mädchen in der Regel stiller und passiver. Sie werden mehr daraufhin sozialisiert, von personengebundener Bestätigung abhängig zu sein. Das bedeutet, daß sie sich den Erwartungen der Lehrer/innen stärker anpassen und sich häufiger intellektuell fordernden Aufgaben entziehen (Angst vor negativer Kritik). Konflikte in der Schule richten sie mehr gegen sich selbst (Furcht, Schüchternheit, Sensibilität) als gegen andere.

Jungen hingegen verhalten sich oft lauter und aktiver im Unterricht; sie orientieren sich eher an sachgebundener Bestätigung und reagieren auf schulische Probleme mehr durch extrovertiertes Benehmen. So haben sie auch oft eine höhere Selbstschätzung von sich als Mädchen: Erfolg ist ein Zeichen für Fähigkeiten, Mißerfolg ist eher Zufall.

Die Schulbücher

Sie sind eines der dunkelsten Kapitel im patriarchalischen Schulalltag. Gaby Karsten untersuchte die elf verbreitetsten Grundschullesebücher Westberlins (alle 1968 erschienen) (4). Sie kam dabei zu Ergebnissen, die bestimmt kein Westberliner Sonderfall sind:

- Mädchen und Frauen sind zahlenmäßig unterrepräsentiert in Texten und Bildern der Lesebücher. Von den 4274 vorkommenden Personen sind 70,9% männlich und 29,1% weiblich!
- Weibliche Wesen werden meist als passiv, opferbereit, ängstlich etc. gezeichnet, für die Mut, Abenteuer, eine große Sache bewältigen usw. nicht vorgesehen sind.

- Sie bekommen die Hauptfunktion als Hausfrau, Ehefrau und Mutter, deren Tätigkeiten stets dieselben sind: putzen, waschen, kochen ...
- Es gibt kaum berufstätige Frauen. 630 mal werden Berufe beschrieben; sie werden 573 mal von Männern und 57 mal von Frauen repräsentiert.
- Wenn Frauen berufstätig sind, dann im Dienstleistungs-Hilfskräftestatus. Männer bekommen die technischen, akademischen, Verwaltungs- und Produktionsarbeiten zugeschrieben.

Was Hänschen alles kann

Kann trampeln und strampeln und reißen und beißen und holpern und stolpern und wettern und klettern und Türen zuschmettern

Was Lieschen alles kann

Kann flöten und pfeifen und schmeicheln und streicheln und plappern und klappern und bringen und springen wie die Nachtigall singen

(aus: Westermanns Sprachbuch, 2. Klasse)

Dieses Frauenbild beschränkt sich nicht nur auf Lesebücher. Englisch-, Sprach-, Mathematik- und andere Bücher verbraten meist die gleichen Klischeebilder. In Geschichtsbüchern z.B. kommen Frauen kaum vor. Der numerische Anteil beträgt gerade 3% (6). Und in einem heute noch verbreiteten Biologiebuch kann mensch Folgendes lesen: „Das Handeln des Mannes wird mehr durch den Verstand bestimmt, das der Frau mehr vom Gefühl. So ergänzen sich Mann und Frau in ihrem Wesen.“ (7)

Lehrpläne

Während andere Bundesländer schon laut Lehrplan koedukativen Arbeitslehreunterricht eingeführt haben, wird in Schleswig-Holstein noch an vielen Schulen lehrplanmäßig nach Technischem Werken für Jungen und Textilem Werken für Mädchen unterschieden. Auch Wahlpflichtunterricht in diesen Fächern ändert meist in der Praxis wenig.

Der Sportunterricht geht ebenfalls von vorherrschenden Rollenbildern aus: Mit Mädchen wird mit Vorliebe Gymnastik, Tanzen, Keulenschwingen, Sportarten, die Anmut, Geschicklichkeit und Attraktivität (Schlankheit, Schönheit, Jugendlichkeit...) als idealtypisch weibliche Eigenschaften fördern. Die Jungen betreiben Fußball, Boxen, Gewichtheben u.a., also krafttrainierende Übungen. Das ist Sport, der auf Stärke, Konkurrenz, Durchsetzungsvermögen als idealtypische männliche Eigenschaften abzielt. Die Lehrpläne unterstützen diese Unterscheidung, wie ein Beispiel aus Hamburg deutlich macht: „Während bei den Jungen nach wie vor das Leistungsvermögen vorherrscht, neigen Mädchen ... eher dazu, Erlerntes auszuformen und so gestalten. So zeichnen sich auch schon anlagebedingte Neigungen und dauerhafte leistungsbedingte Motivationen ab, denen in einem entsprechend differenzierten Unterricht entsprochen werden muß“ (8).

Zwar gibt es für Fächer wie Mathematik, Physik, Chemie etc. keine geschlechtsspezifischen Unterscheidungen in den Lehrplänen. Aber wenn der Hinweis, unter welchen Bedingungen Mädchen in den naturwissenschaftlichen Unterricht gehen, hier ganz fehlt, dann bedeutet dies auch Benachteiligung. Es wird vorausgesetzt, daß Mädchen dieselbe außerschulische Erfahrungswelt und dieselben Berufswahlmöglichkeiten und somit dieselben Motivationen in den naturwissenschaftlichen Unterricht wie die Jungen mitbringen.

Eine Kieler Genossin

Anmerkungen

- (1) ausführlich hierzu: Ursula Schau, „Wir werden nicht als Mädchen geboren – wir werden dazu gemacht“ Frankfurt, 1977
- (2) Dagmar Schultz, „Ein Mädchen ist fast so gut wie ein Junge. Sexismus in der Erziehung“, Bd. 1, Berlin 1978
- (3) Schultz, S. 93
- (4) Schultz, S. 94-106
- (5) Gaby Karsten, „Mariechen Weg ins Glück?“ Frauenselbstverlag, Berlin
- (6) Marielouise Janssen-Jurreit (Hrsg.), „Frauenprogramm“, Reinbek 79, S. 31
- (7) „Das Tier/Das Leben“, Klett-Verlag, Stuttgart
- (8) vgl. Hamburger Lehrplan für Gesamtschulen, 1976

Zur Rechtsprechung in Vergewaltigungsprozessen – Erfahrungsbericht –

Ich bin im Juni 1971 von einem Typen (39 Jahre) vergewaltigt worden, als ich noch nicht ganz 16 Jahre alt war. Ich traf ihn auf meinem Nachhauseweg; da ich ihn flüchtig kannte, dachte ich mir nichts dabei, als er mich ein Stück begleiten wollte. Das ganze passierte dann hinter einer Garage, hinter die er mich plötzlich gezerrt hatte, an einer Hauptstraße direkt neben dem Bahnhof gegen 21 Uhr. Der Typ zwang mich, seinen Schwanz zu lecken, wischte sich dann selbst neben mir einen ab. Er hatte gedroht, mich umzubringen und mir die ganze Zeit über an den Brüsten unheimlich rumgekniffen. Ich schrie um Hilfe und winkte vorbeigehenden Leuten – keiner reagierte.

Als das endlich vorbei war, rannte ich zum schräg gegenüberliegenden BWK. Die Typen bequemen sich endlich, die Bullen zu rufen, nachdem sie wohl überzeugt waren, ich spinne nicht nur so rum. (Ich heulte während der ganzen Zeit reichlich). Irgendwann kamen dann 2 Bullenwagen angefahren. Als ich erzählte, daß ich wußte, wo das Schwein wohnt, fuhren wir dorthin. Wir fanden den Typ in seiner Wohnung, und sie fuhren mit uns zur Wache. (In zwei getrennten Wagen zwar, aber ich immer hinter dem Schwein her).

Auf der Bullenwache war ich stundenlang allein in einem Zimmer, in dem ich nackte Frauen auf den Titel-

seiten irgendwelcher Lesemappen mir angucken mußte. Als ich auf's Klo ging, mußte ich mich an einem pinkelnden Bullenvorbeidrücken. Schließlich kam eine Frau von der Kripo, die alles zu Protokoll nahm.

Nachts gegen 2 Uhr fuhr sie mit mir zum gerichtsmmedizinischen Institut. Der Arzt dort fragte mich als erstes, ob ich noch „Jungfrau“ sei. Ich bejahte, weil ich früher dachte, frau blutet nach dem ersten Mal. Der Arzt machte mich nach der Untersuchung tierisch an, weil ich ihn belogen hätte... Samenspurten konnte er lediglich(!) im Mund feststellen, nicht in der Scheide. Damit war diese Schreckensnacht vorbei.

Als eine Woche später die Frau von der Kripo bei uns zu Hause erschien, erzählte und zeigte ich ihr, daß ich mittlerweile vor allem an der Brust, aber auch am Bauch tiefdunkelblaue Flecken hatte. Sie notierte.

Danach hörte ich bis März 1972 nichts mehr von der Sache. In der Zwischenzeit traf ich den Vergewaltiger öfter auf der Straße oder in der Bahn und war dann – trotz Berühigungsspielen; die ich Tag und Nacht schluckte – regelmäßig zusammengebrochen. Im März also bekam ich dann ein Schreiben, daß ich als Zeugin aussagen solle. Der Prozeßtermin war eine einzige Qual. Nachdem ich von

dem Richter gefragt worden war, ob ich denn überhaupt richtig aufgeklärt worden sei, mußte ich alles haargenau erzählen. Ständig wurde nachgefragt, wenn ich mit Einzelheiten nicht sofort rausrücken konnte. Dann entdeckten sie einen Widerspruch zwischen dieser Aussage und der, die ich zu Protokoll gegeben hatte:

Damals hatte ich angegeben, daß noch einige Leute (ich glaube 4) von der Clique, zu der auch der Typ gehörte, uns in einem Abstand von 500 Metern ein ganz kurzes Stück gefolgt waren. Und jetzt sprach ich von 800 Metern. Das ganze war im Grunde völlig unerheblich, weil die von der ganzen Sache sowieso nichts mitgekriegt hatten.

Aber der Richter fragte mehrmals nach, wie groß der Abstand denn nun wirklich war. Dann kamen Fragen wie: was ich überhaupt auf der Straße wollte zu dieser Uhrzeit, warum ich mit dem Typen mitgegangen sei, warum ich den Arzt belogen hätte, ob ich denn mittlerweile einen Freund hätte und die Pille nehme. Warum hätte ich mich denn nicht gewehrt?! (Hatte ich versucht, indem ich dem Schwein in den Schwanz biß, was aber nichts nutzte). Zuerst hatte ich versucht, ihn zu überreden, mit mir zu kommen, weil ich dachte, irgendwie könnte ich dann wohl abhauen. Das wurde dann als Taktik oder so

in Frage gestellt – und ich wurde gefragt, nicht so direkt, ob ich das Ganze nicht vielleicht doch so gewollt hätte.

Der Typ hatte ausgesagt, er wußte nicht, wie das alles passieren konnte und außerdem sei er angetrunken gewesen. (War er nicht, jedenfalls hatte er keine nennenswerte Alkoholfahne). Er zeigte sich sehr einsichtig; das und sein angeblicher Suff trugen zu seiner Entlastung bei.

Dann war da noch eine Kneipenwirtin, die für mich völlig überraschend in dem Prozeß auftrat und aussagte, sie hätte meine „gellenden Hilfschreie“ gehört. Dadurch wurde mir überhaupt erst geglaubt, daß ich die Vergewaltigung nicht wollte.

Das Urteil lautete dann ein Jahr Knast, ausgesetzt auf 3 Jahre Bewährung, wegen versuchter (!!) Notzucht. In der Begründung hieß es dazu, schließlich wäre es ja nicht zum Geschlechtsverkehr gekommen!

Danach traf ich ihn noch zweimal auf der Straße. Im August 1972 hörte ich dann, daß er beim Auto knacken erwischt worden sei und nun im Knast säße....

PS. Es ist das erste Mal, daß ich hierzu etwas aufschreibe. Ist mir jetzt immer noch ganz schön schwer gefallen, hat mich dann aber sehr erleichtert.

Eine Genossin

Almanach »Frauen in Rußland«

„Am 10. Dezember 1979 erschien in Leningrad die allererste offen feministische Publikation von Frauen aus sozialistischen Ländern!“, so jubelte die „Emma“ (3/80), und die „Courage“ widmete gar die Hälfte ihrer März-Nummer diesem Thema und veröffentlichte übersetzte Texte daraus.

Beim Lesen der Aufsätze aus diesem „Almanach“ fällt die Trennung in, gelinde ausgedrückt, recht seltsame theoretische Ansätze einerseits und anschauliche und erschütternde Beschreibungen der konkreten Alltagsverhältnisse sowjetischer Frauen andererseits auf. Eine Beurteilung ist, im Bewußtsein der eigenen relativen Unkenntnis der Verhältnisse in der SU und einem daraus resultierenden Gefühl von Inkompetenz, nicht einfach.

Ein Teil der Texte stellt die Überlastung der sowjetischen Frauen dar, die die Basis bzw. der Anknüpfungspunkt der sich in der „Almanach“ manifestierenden Bewegung zu sein scheint. Während die Männer nur ihrer Berufstätigkeit nachgehen und sich ansonsten, will frau den Aufsätzen glauben, im wesentlichen mit dem Konsum von Alkoholika befassen, haben die Frauen neben ihrem Beruf (meistens „niedrige“ Arbeiten; die

besseren Posten liegen nach wie vor in Männerhänden) die Kinder zu gebären und zu erziehen, den Haushalt zu versorgen und auch sonst die Reproduktion zu gewährleisten, bei gleichzeitiger Geringschätzung bzw. Nichtbeachtung dieser Tätigkeiten durch Männer und Staat. Letzterer ist trotz sozialistischen Anspruchs nicht in der Lage, die Vergesellschaftung der Reproduktion zu leisten, die traditionellen Aufgaben der Frauen hängen also nach wie vor an diesen, ohne leichter oder weniger geworden zu sein.

Beispiele: Die Frauen verbringen einen großen Teil ihrer Zeit mit Schlangestehen vor den Geschäften; die Kinder werden in den Krippen schlecht versorgt, werden krank und müssen zu Hause von den Müttern gesund gepflegt werden. Die Männer dagegen pochen auf die formale Gleichberechtigung und lassen die Frauen mit diesen Problemen allein. Da die Frauen eh die ganze Arbeit machen und die Männer während ihrer Freizeit nur betrunken herumhängen, tendieren die Frauen (jedenfalls einige der Schreiberinnen) dazu, in den Männern nur noch lästige und überflüssige Schmarotzer zu sehen.

Als besonderer Ausdruck der Verachtung der Frau und ihrer spezifi-

schen Aufgaben werden die Verhältnisse in den Kreißsälen und Abtreibungskliniken geschildert, wo unpersönliche und menschenverachtende Massenabfertigung herrscht. Z.T. auf diesem Hintergrund ist wohl auch das Gewicht zu sehen, das einige Aufsätze auf die Arbeit des „Gebärens“ legen, wobei die Tendenz mehr auf dem schicksalhaften Leiden der Frauen liegt, das die Männer wenigstens anerkennen sollen, als auf frauen- und kinderfreundlicheren Methoden, wie frau es aus der westlichen Frauenbewegung kennt. Dieser Schwerpunkt auf dem Thema „Geburt“ steht darüber hinaus aber auch im Zusammenhang mit einem Weiblichkeitskult, der in diesem Klima von offizieller Gleichberechtigung und faktischer Unterdrückung zu gedeihen scheint. Die Gefahr, aus einer Kritik an der SU zu antikommunistischen bis hin zu faschistoiden Theorien zu gelangen, besteht auch bei diesen „feministischen“ Dissidentinnen.

Das Weiblichkeitsideal, das hier entworfen wird, mutet eher konservativ an: Da wird eine „Feminisierung des Mannes und Maskulinisierung der Frauen“ kritisiert; Frauen, die genauso sind wie die Männer (Sie argumentieren sachkundig, rauchen, trinken, fluchen genauso wie die Männer) oder die kein Kind wollen, werden als negative Produkte der Gesellschaft dargestellt, die auf diese Weise ihre eigene Person ablehnen, in den „dunklen Ecken einer fremden Kultur“ umherirren. Mehrfach wird betont, daß

es die Frau sei, „die das Leben gibt“, die fähig sei, „Leben zu schenken“, von einem „natürliche(n) Altruismus der Frauen“ ist die Rede und (als dessen Gegenstück) „vom Kampf der Egoisten“ in den modernen Familien.

Den Gipfel an Mystizismus erreicht der Aufsatz von Tatjana Goritčeva, worin eine Maria („Mutter Gottes“) als „reinste Verkörperung des Menschen und der Frau“ angehimmelt wird, als „einzige Reine“, die „keine vulgäre Wollust, keine körperliche Wollust“ kennt. Als Gegensatz zur „einzigen Reinen“ wird die „große Mutter der heidnischen Religionen“ angeführt (der die Mond- und Hexentheorien westlicher Feministinnen näherstehen), die in sich alles „Irrationale, Dunkle, Körperliche“ verkörpert. Tatjana G. erzählt von ihrer sog. „vorchristlichen“ Existenz, wo noch „Wollust“ in Form von „Orgien“ und „ununterbrochener Unzucht von Geist und Körper“ herrschte; inzwischen dagegen eröffnete sich ihr „der geistige Sinn der wichtigsten Tugend, der Keuschheit“.

Es ist schwer, den Aufsatz nicht als Satire mißzuverstehen und noch schwerer zu beurteilen, ob diese Theorien nun von einem größeren Teil der Redakteurinnen geteilt werden oder ob sie lediglich Ausdruck ihrer Bündnispolitik gegenüber den Christinnen bzw. ihres pluralistischen Selbstverständnisses sind. Daß die Redakteurinnen weder antikapitalistische noch allzu weitreichende feministische Ziele vertreten, dafür aber eine gute Por-

tion Illusionen in kapitalistische Parlamente, verrät eine Passage im Editorial, wo die Frauenfrage als „in Europa fast gelöst“ bezeichnet wird, „insbesondere in Frankreich, wo im Kabinett vier Frauen sitzen, und auch nicht wenige Frauen im europäischen Parlament“.

Der Grund dafür, daß der „Almanach“ in der Frauenpresse, insbesondere in der „Courage“, so große Publizität bekommt, kann also unmöglich in den darin veröffentlichten Inhalten liegen, da diese mit der Frauenbewegung hier nicht sonderlich viel zu tun haben. Auch die Kritik an der undemokratischen Behandlung von Kritiker(inne)n in der UDSSR und die Solidarität mit den dort verfolgten „Almanach“-Frauen sind keine hinreichende Erklärung für soviel Aufmerksamkeit. Aber der „Almanach“ paßt mit seiner Stalin-Kritik und seinem Antikommunismus gut in die politische Landschaft (auch auf dem Hintergrund, daß die Februar-Ausgabe der „Courage“ ihren Schwerpunkt auf der Werbung für die „Grünen“ hatte) und nährt gleichzeitig den klassischen Feminismus und seine These, daß die patriarchalische Unterdrückung der Frauen unabhängig von unterschiedlichen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen sei.

Eine Genossin der AG Frauen
Hamburg



Internationaler »Frauen und Militär« -Kongreß in Schottland

Den Aufruf zu einem internationalen Kongreß „Frauen und Militär“ entnehmen wir der Zeitung „Die Grünen“ (15.3.).

Petra Karin Kelly, Europaparlamentskandidatin der Grünen 1979 fordert dort auf: „Frauen in der gewaltfreien BI, anti-Militär, Frauen- und in der grünen Bewegung-meldet euch!“

Kommt nach Schottland vom 25. Juli bis 2. August 80 zum Internationalen „Frauen und Militarismus“-Kongreß in Laurieston, Schottland!!!

Anmeldungen sobald möglich bei: Jenny Jacobs und Lesley Merryfinch, 168 Hamilton Road, Longsight, Manchester 13, England (Einschreibgebühren: 5 £ Pfund).

Laurieston Hall ist ein schönes altes großes „country house“ in Schottland... bringt eure Kinder mit, bringt Flöten und Gitarren und Filme, Bücher und Frauenzeitschriften, bringt viele Ideen mit... zur Bekämpfung des Militarismus und der Nuklearisierung!

Petra Karin Kelly
Avenue 105 GE Lebon
B 1160 Bruxelles
Tel.: 5123920 ext. (App.) 510/512, 7369394

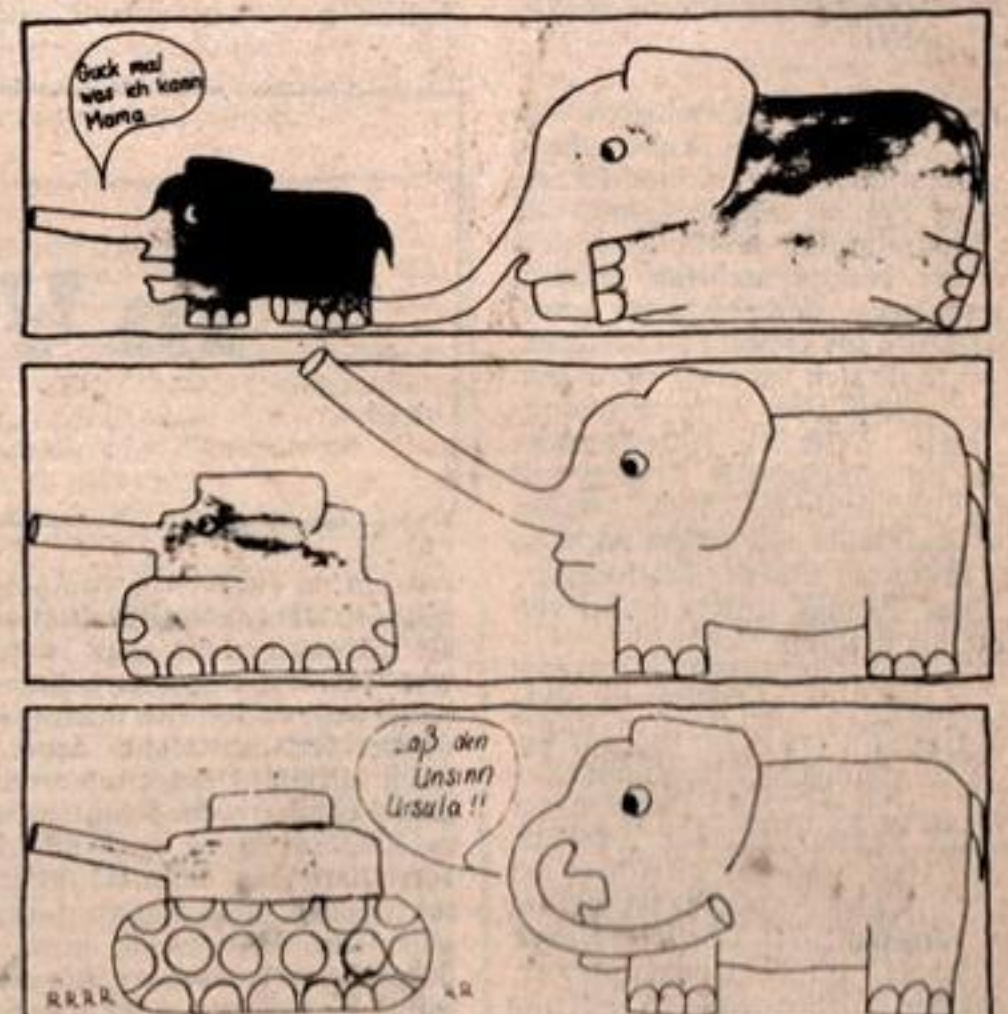


Anzeige FRAUEN zum BUND?



Wir sagen NEIN !!
Eine Dokumentation

DOKUMENTATION „FRAUEN UND MILITÄR“
Diese Broschüre soll einen möglichst breiten Einblick in diesen Themenbereich bieten. Wir haben zum Teil unsere eigenen Artikel verwendet, (d.h. unsere Einschätzung) wie auch vorhandene Stellungnahmen, Berichte und Presseerklärungen.
Hrsg. von der Frankfurter Frauengruppe „Frauen zum Bund - Nein danke!“
Broschüre zum Preis von DM 2,- (Vorauskauf, Ab 10 Exemplare portofrei) über: Brigitte Bosing, Spohrstr. 49, 6000 Frankfurt



Frauen zum Bund? NIEMALS!

Dokumentation schleswig-holsteinischer Frauengruppen

Unter dem Titel „FRAUEN ZUM BUND? NIEMALS!“ ist im März eine Broschüre erschienen, die eine Veranstaltung schleswig-holsteinischer Frauen- (und anderer) Gruppen zu diesem Thema dokumentiert. Sie enthält Beiträge von Vertreterinnen des Evangelischen Frauenwerks, der LDU, der „Courage“, der Frauengruppe Husum und neben ASF und Frauenpartei auch der DFI, VVN und der DFG/VK.

Die Broschüre ist zum Preis von 1 DM (+ Porto und Verpackung) zu bestellen bei: Doris Eckoldt, Holtenauerstr. 94, 2300 Kiel.

KPF-Frauen -
schläger verurteilt

Am 19. Oktober vergangenen Jahres wollten Frauen den Herausgeber der „Humanité“, Zentralorgan der KPF, und Abgeordneten des Département Seine-Maritime, Roland Leroy, einen Besuch in der KPF-Zentrale von Rouen abstatten.

Grund: sie waren unzufrieden mit der — wie üblich — pöbligen Berichterstattung in der „Humanité“ über die große Pariser Frauendemonstration am 6. Oktober.

Sie wurden nicht empfangen, sondern von einem Mitglied des Sekretariats der Föderation der KPF zusammengeschlagen und zwar so, daß eine Frau für 40 Tage arbeitsunfähig geschrieben werden mußte! Daraufhin erhoben die Frauen Klage gegen den besagten KPF-Funktionär (Lecacheur ist sein Name) (Sie dazu auch AK 172, S. 27). Der Prozeß hat jetzt stattgefunden: Funktionär Lecacheur ist zu zwei Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden, der geschlagenen Frau, Leiterin der „Planing Familial“-Stelle in Rouen („Pro Familia“ vergleichbar) muß er 8.000 Franc bezahlen („Le Monde“, 19.3.80).

Die KPF tobt. Ihre Föderation Seine-Maritime gab der Presse am 17.3. eine Erklärung, in der sie gegen „das Klassenurteil“ (!) protestiert und die elf klagenden Frauen als „antikommunistisches provokatorisches Grüppchen“ diffamiert!

Die „Humanité“ druckte die Erklärung in ihrer Ausgabe vom 18.3. ab und schrieb noch hinzu, dieses Urteil sei „abscheulich“. „Sollte die kommunistische Partei, die sich überall und unermüdlich für die Entwicklung der revolutionären Fähigkeiten der Frauenbewegung einsetzt, denn ein Störfaktor sein? Dies muß man annehmen — die Frauengruppen und diejenigen, die sie unterstützen, haben keine andere Sorge, als die folgende Realität zu verheimlichen:

250.000 kommunistische Frauen finden in der Politik der KPF das beste Instrument zu ihrer Befreiung“ (Humanité, 18.3.80).

Na, denn mal viel Spaß den 250.000 Frauen — wenn ihren „Genossen“ mal versehentlich die Hand ausrutschen sollte, wissen sie bescheid: bitte keine „Klassenjustiz“ und keine „antikommunistischen, provokatorischen“ Proteste! Rechts um!

Frankreich-Kommission

„Genossen“ mal versehentlich die Hand ausrutschen sollte, wissen sie bescheid: bitte keine „Klassenjustiz“ und keine „antikommunistischen, provokatorischen“ Proteste! Rechts um!

Frankreich-Kommission

Mann verkauft
Frauenzeitung —
eine interessante
Erfahrung

Vor kurzem verkaufte ich in Linke n Hamburger Kneipen die „Kinderhaus“-Frauenzeitung zum 8. März. Die Erfahrungen, die ich damit machte, haben mich doch ziemlich überrascht. Das ging schon los, wenn ich in die Kneipen reinkam: Ein Mann mit einer Frauenzeitung in der Hand! Erstaunte, entsetzte Blicke, Gespräche wurden unterbrochen, mit dem Finger auf mich gezeigt. „Ein Mann, der ne Frauenzeitung verkauft?“, „Sag mal, bist du 'ne Frau?“, „Wie-so verkaufst du denn 'ne Frauenzeitung? Du bist doch 'n Mann!“. So und ähnlich waren die Kommentare. An einem Tisch war's besonders makaber: „N Typ, der Frauenzeitung verkauft. Warum machste denn das?“. Als ich mich dann weiterbewegte, entstand eine erregte Debatte im Kreise der Herren: „Ist wohl kastriert oder sterilisiert, irgendwas stimmt doch mit dem nicht“. Aha, ein Mann, der seine Geschlechtsgegnossen verrät! ...

Interessant auch die Reaktion der Männer, denen ich die Zeitung anbot: „Was, ich bin doch 'n Mann; was soll ich denn 'ne Frauenzeitung lesen?“ Oder: „Damit kann ich doch gar nichts anfangen“. Offensichtlich wird mann krank, wenn er 'ne Frauenzeitung nur in die Hand nimmt oder gar mal liest. Vorsicht, ansteckend!!! Tja, und auch einige Frauen konnten sich das Lachen nicht verkneifen. Gerade von Frauen wurde ich allerdings fast immer sehr freundlich und aufmerksam behandelt.

Mir hat's Spaß gemacht! Jetzt erst recht!

Ein Hamburger AK-Leser

Geburtenrückgang
gestoppt?

„Baby-Boom“, „Rückgang gestoppt“? Mit solchen Euphorie-Meldungen überraschte am Ende des „Jahr des Kindes“ die Presse. Anlaß: Vom Juli bis November 1979 waren in der BRD mehr Babies geboren worden als in den Vergleichsmonaten des Vorjahres. Im Oktober gar 5.000 mehr als im gleichen Monat 1978. Der Jubel war verfrüht. Nachdem das statistische Bundesamt jetzt genau nachgerechnet hat, kam heraus, daß 1979 „nur“ 581.000 Kinder in der Bundesrepublik geboren worden sind — weniger als das Bundesamt in seinen pessimistischen Voraussagen angenommen hatte und kaum mehr als 1978. Eigentlich hätte es steiler „bergauf“ gehen müssen, so die „Bevölkerungswissenschaftler“, denn mittlerweile sind die geburtenstarken Jahrgänge der 60-iger Jahre im „heiratsfähigen Alter“ („Welt“, 14.3.80). Die „Trendwende im generativen Verhalten“ ist also nicht doll, da macht auch der Januar 1980 die Statistiker nicht froh mit 3.200 Neugeborenen mehr als im Januar 1979. Wen wundert's, daß die schon länger währende Debatte bürgerlicher Politiker darum, wie man dem „Aussterben der Deutschen“ beikommen kann, munter weitergeht. Allerdings mit einigen neuen Akzenten.

Das Schreckgespenst des aussterbenden Deutschen steckt bekanntlich besonders den CDU/CSU-Politikern in den Knochen. Die Verdünnung dünn besiedelter Gebiete, das „drohende Nachdrängen“ von Ausländern haben schon seit einiger Zeit unionsregierte Länder zu mehr oder weniger kuriosen Maßnahmen veranlaßt: Erziehungsgeld-Experimente in Niedersachsen; Darlehen, die sich mit jedem geborenen Kind vermindern, in Bayern; Sonderurlaub für Stadtbedienstete einer bayerischen Stadt, die 1979 Zeugung oder Geburt eines Kindes nachwies. Hans

Maier, im bayerischen Kabinett eigentlich für die Verhinderung von Kultur und anderer Aufklärung zuständig, wagte sich auf dem „Zukunftskongress“ seiner Partei gar mit dem Vorschlag heraus, die Renten an der Kinderzahl zu orientieren.

Unter dem Motto: „Dein Bauch gehört der BRD!“ zieht die CDU/CSU gegen die Familienpolitik der Regierung zu Felde, die „mehr als beunruhigend“ (Stücklen) ist und „in der Krise steckt“ (Helga Wex). Gegen das bedrohte „Gleichgewicht unseres Volkes“ wollen die Rechten mit Hilfe des Erziehungsgeldes zugleich gegen die Berufstätigkeit der Frau zu Felde ziehen. Ein entsprechender Gesetzesentwurf sieht vor, daß nicht-berufstätigen Müttern sechs Monate lang ein Familiengeld von 500 DM gezahlt werden soll (im Gegensatz zum Mutterschaftsurlaub, der „einseitig die berufstätige Frau fördert“). (Neue, 25.1.80).

Da einige CDU/CSU-Politiker/innen sogar behaupten, daß zwischen dem Geburtenrückgang in der BRD und der Politik der Regierung ein ursächlicher Zusammenhang bestehe, wurden Ende letzten Jahres in einer „großen Anfrage“ entsprechende Maßnahmen gefordert. Die Antwort konnte die Unionspartei nicht befriedigen: es handele sich um „reine Schutzbehauptungen“ und „einseitige Schönfärberei“. Dabei scheint besonders provokierend gewirkt zu haben, daß die Erklärung der Regierung zu bedenken gab, ein Rückgang der Bevölkerungszahl müsse nicht nur Nachteile haben. Weniger Menschen auf gleichem Raum bedeuten auch eine Entschärfung der Verkehrsprobleme, eine Entlastung bei der Trinkwasserversorgung, der Abwasser- und Müllbeseitigung, — so hieß es. Selbst die Renten seien finanzierbar, da eine Verringerung der „Kinderlast“ finanzielle Mittel freimache zur Abdeckung der „Al-

Bald kein Kriegs-»Spielzeug« mehr?

78% der Bundesbürger sollen für ein Verbot von Kriegs„spielzeug“ eintreten, 18% hätten nichts dagegen, 4% wollten sich zur Fragestellung nicht äußern. So das Ergebnis einer

noch gesicherte Erkenntnisse (gebe), ob solches Gerät ein Kind für sein Leben präge.

Verhandlungen zwischen der Bonner Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) und Herstellern von

Bald kein Kriegs-»Spielzeug« mehr?

78% der Bundesbürger sollen für ein Verbot von Kriegs„spielzeug“ eintreten, 18% hätten nichts dagegen, 4% wollten sich zur Fragestellung nicht äußern. So das Ergebnis einer Umfrage des Emnid-Institutes. Vor allem 90% der älteren Bürger in der BRD würden eine Gesetzesinitiative für ein Verbot von Kriegs„spielzeug“ begrüßen. („Welt“, 17.3.80) Tut sich also etwas?

In Bonn beschlagnahmte die Staatsanwaltschaft in 5 Spielzeugläden Panzer, Plastikbausätze für Flugzeuge, Panzer und Schiffe der Kriegsmarine des „Dritten Reiches“ — „verziert“ mit NS-Symbolen und Hakenkreuzen. Allerdings nur „Spielzeuge“, die NS-Symbole trugen. Anderes Kriegs„spielzeug“ wurde im Regal gelassen. Und da gibt es eine Menge. In einer Broschüre mit dem Titel „Ist das noch Spielzeug?“ wird festgestellt, daß auf der Nürnberger Spielzeugmesse 1979 von 779 untersuchten Firmen 119 (15,28%) Kriegs„spielzeug“ angeboten hätten. 62 der Firmen sogar „Gewaltspielzeug“. Für die „Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Köln“ (HDE) muß erst noch geklärt werden, was unter Kriegs„spielzeug“ zu verstehen ist: Sie lehnte ein Papier zum Verkaufsverbot von Kriegs„spielzeug“ ab, da es „weder eine gesicherte Definition, wo das beginne oder ende,

noch gesicherte Erkenntnisse (gebe), ob solches Gerät ein Kind für sein Leben präge.“

Verhandlungen zwischen der Bonner Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) und Herstellern von Kriegs„spielzeug“, freiwillig auf die Produktion von Modellpanzern, Miniwaffen usw. zu verzichten, sind gescheitert.

Gegen Kriegs„spielzeug“ machte die Westberliner Galerie 70 eine vielbeachtete Ausstellung im Oktober 79, die als Wanderausstellung in verschiedenen Städten zu sehen sein wird und auch bei der Galerie 70 bestellt werden kann. In Hamburg wird die Ausstellung vom 17. - 29. März im Rahmen einer Aktionswoche gegen Kriegs„spielzeug“ in der Druckerei, Schanzstr. 59, 2 Hamburg 6 zu sehen sein. Am 27. März wird im Kinderhaus Hamburg in der Heinrichstraße eine Diskussionsveranstaltung stattfinden: „Pädagogische Umsetzung der Erziehung gegen Gewalt und Aggression“. Zugleich werden im Kinderhaus mehrere Filme zu diesem Themenkreis gezeigt. Verbunden damit ist eine Umtauschaktion Kriegs„spielzeug“ vom 27. - 29. März in der „Druckerei“.

Ähnliche Aktionen können wir nur empfehlen!

Kinder-Kommission
KB Hamburg

Haftstrafe für Mißhandlung
behinderter Kinder

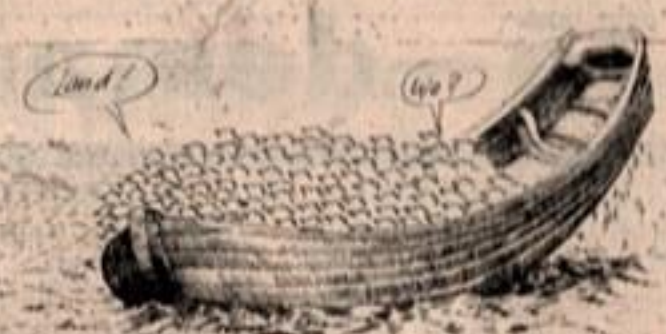
Skandalöse Zustände in einem Heim für geistig behinderte Kinder in Wernberg/Oberpfalz (Bayern): Die 46jährige Heimleiterin hatte zwischen 1973 und 1978 100.000 DM vom Landessozialamt kassiert — „Taschengeld“ für die Kinder, die davon allerdings nur den winzigsten Teil erhielten: Der allergrößte Teil des Geldes wanderte in ihre eigene Tasche. Außerdem hatte sie für ihren Sohn zwei Angestellte des Heims als „Kindermädchen“ gehalten, deren Lohn ebenfalls jahrelang das Sozialamt bezahlte.

Im Heim selbst herrschte „eitel Sonnenschein“. Ein Kind, das auf den Transport ins Krankenhaus wartete, wurde mit seinem gebrochenen Arm unnötig lange in Heim festge-

halten. Ein anderes Mal ohrfeigte die Heimleiterin mehrere Kinder (getreu der neuesten Richtlinien des bayerischen Erziehungsministeriums?).

Die Anklage lautete deshalb auch auf Betrug und Mißhandlung von „Schutzbefohlenen“ (wo blieb bloß jahrelang der „Schutz“?!). Das Urteil lautete dann drei Jahre Freiheitsstrafe und 10.000 DM Geldstrafe. Das Heim wird geschlossen. „Der Richter fand es merkwürdig, daß erst nach dem Aufdecken der Skandale die ersten Kontrollen (des Heims) stattfanden“ (FR, 13.3.80). Merkwürdig finden wir es nicht. Denn in BRD-Heimen und Anstalten ist dies „normal“.

Behindertenkommission



terslast“. Und noch schärfer: Es grenze an Zynismus, angesichts der derzeitigen Arbeitslosenzahlen und der Zukunftsaussichten auf dem Arbeitsmarkt (Mikroelektronik) einen Rückgang der Erwerbspersonen zu beklagen („FR“, 25.10.79). Zusammengefaßt: „Eine Politik, die auf Steigerung der Geburtenrate abgestellt ist, wird abgelehnt!“ („FAZ“, 25.10.79).

„Kinder sind keine Ware, die sich der Staat oder die Gesellschaft durch Prämien erkaufen kann“, so NRW-Ministerpräsident Rau, SPD („Welt“, 30.10.79).

Die Gründe für den Geburtenrückgang sieht die BRD-Regierung grob in folgenden Tatsachen (eine genauere Analyse plus Modellrechnungen sollen noch dieses Jahr erfolgen):

- Wandel der Gesellschaft von einer Agrar- in eine Industriegesellschaft;
- Veränderung der Anschauungen über die Zahl der gewünschten Kinder;
- Wachsende Zahl kinderloser Ehepaare;
- Schwierigkeiten, Beruf und Familie miteinander zu vereinbaren;
- Probleme in der Wohnumwelt und den Wohnbedingungen;
- eine „allgemein wenig kinderfreundliche Einstellung der Gesellschaft“;
- Zu 42% liegt der Rückgang an der Abnahme junger Ehen.

Alles in allem ist man sich von Regierungsseite darüber einig, daß man

angesichts des veränderten „generativen Verhaltens“ der Bevölkerung doch nicht viel ändern kann (außer kühles Blut bewahren). Oder man müßte tatsächlich einiges unternehmen, was nun gar nicht in die Kapitalkapital-Interessen paßt: kinderfreundlicher Wohnungsbau; Eröffnung von Möglichkeiten, Beruf und Kinder miteinander zu vereinbaren; Schaffung von Betreuungseinrichtungen, in die man/frau sein/ihr Kind guten Gewissens hineingeben mag. Da wird dann doch lieber mit markigen Reden die materialistische Grundhaltung der Bevölkerung angegriffen: Kanzler Schmidt betonte in einem Beitrag in „Eltern“, daß die mögliche Einbuße an Lebensstandard in jungen Jahren im Laufe eines Lebens wahrscheinlich mehr als aufgewogen wird durch den Gewinn an Glück und Lebensfreude, den Kinder bedeuten“ („FR“, 4.12.79). Auch Antje Huber, Bundesfamilienministerin, die ja am laufenden Band preiswürdige dummliche Sprüche von sich gibt, möchte mehr die inneren Werte stärken. Angesprochen etwa auf den von jeder Realität weit entfernten Kindergeldbetrag (der vielleicht 10% der Kosten eines Kindes decken kann), antwortet sie: „Mich stört die Fragestellung ... was kostet mich ein Kind? Als ob Kinder nur eine Belastung und nicht auch eine Bereicherung des Lebens wären“ („Zeit“, 16/79).

Kinder-Kommission
KB Hamburg

Kinder-Kurzmeldungen

Kinder vor „Unzucht“ bewahrt

Westberlin. Senatorin Ilse Reichel hat einmal mehr Westber-

1979 gewährt wird (750 DM in Monat). Das Gesetz räumt diese Möglichkeit nur der Mutter ein. Zur Begründung der Klage wird ausgeführt,

Kinder-Kurzmeldungen

Kinder vor „Unzucht“ bewahrt

Westberlin. Senatorin Ilse Reichel hat einmal mehr Westberliner Kindern die Urlaubsfreuden getrübt. Nach Protesten von Eltern gegen Beiträge über Sexualität in Lagerzeitungen der von der Organisation „Student für Europa — Student für Berlin“ durchgeführten Zeltlager, dürfen 1980 in den Lagern Jungen und Mädchen nicht mehr gemeinsam in einem Raum übernachten. Auch „gemischtes Duschen“ ist verboten. Blickkontakt soll aber noch erlaubt sein. Betroffen von Frau Senators Sittenstrenge sind 1850 Kinder und Jugendliche. Außerdem wurde der Abschluß einer Vereinbarung über die Kinderbetreuung in den Ferien mit „Student für Europa...“ davon abhängig gemacht, daß „Lagerzeitungen und ähnliches nicht als geeignete Mittel zur Aufarbeitung sexualpädagogischer Probleme betrachtet werden“. („Tagespiegel“, 29.2.80). Dem Vernehmen nach will Frau Senator allerdings 1.850 Restexemplare des Sexualkundeatlas von 1969 („Strobelpe-ter“) zur Verfügung stellen — von wegen der Eignung!

1979 gewährt wird (750 DM in Monat). Das Gesetz räumt diese Möglichkeit nur der Mutter ein. Zur Begründung der Klage wird ausgeführt, daß ein Vater in diesen Monaten genauso gut die Betreuung des Kleinkindes übernehmen kann und daß insofern der Gleichbehandlungsgrundsatz des Grundgesetzes verletzt sei. Unterstützt wird der Mann bei seiner Klage von der in Hamburg nach der Bürgerschaftswahl 1978 eingerichteten Leitstelle für die Gleichberechtigung der Frau, Unterstützung lieferte auch „Emma“ mit einer ausführlichen Titelgeschichte im Sommer 1979. Wir haben damals der Beschwerde auch im AK im Prinzip Erfolg gewünscht.

Einziges Pferdefuß an der ganzen Sache ist ein Punkt, der jetzt bei den Pressemeldungen über die Vorentscheidung des Verfassungsorgans vor allem erwähnt wird. Um seinen Gleichbehandlungsanspruch zu begründen, führt der Kläger das Argument an, daß eine Schutzfrist für die Mutter eines Säuglings nur acht Wochen lang „biologisch notwendig“ sei. Es hat den Anschein, z.B. aus der Veröffentlichung in „Emma“, daß dieses Argument nicht nur aus juristischen Gründen angeführt wird, sondern ernst gemeint ist. Tatsächlich ist diese Frist nach der Anstrengung von neun Monaten Schwangerschaft, Geburt und den ersten Lebenswochen des Säuglings eindeutig zu kurz, damit Mütter sich wirklich erholen können.

Mutterschaftsurlaub vorm
Verfassungsgericht

Der Vorprüfungsausschuß des Bundesverfassungsgerichtes, der ausleibt, welche Verfassungsbeschwerden überhaupt zur Verhandlung zugelassen werden, hat entschieden, daß die Verfassungsbeschwerde eines Hamburger Vaters gegen die gesetzliche Regelung des Mutterschaftsurlaubes zulässig ist. Die Beschwerde ist der Bundesregierung zugeleitet worden mit der Anfrage, ob sie von sich aus das Gesetz ändern will. Damit ist zwar nichts entschieden, aber die Hürde, mit einem vernünftigen und berechtigten Anliegen in Karlsruhe überhaupt zugelassen zu werden, ist doch so hoch, daß diese Entscheidung schon als Teilerfolg zu werten ist.

Worum geht es in der Verfassungsbeschwerde? Der Kläger, Vater einer Tochter, möchte statt seiner Frau das Kind zwischen dem dritten und sechsten Lebensmonat betreuen, möchte dafür Urlaub und das Mutterschaftsgeld bekommen, das seit 1. Juli

Todesurteil gegen 15jährige

Australien. In Geraldton/Westaustalien ist ein fünfzehnjähriges Mädchen wegen „Polizistenmordes“ zum Tode verurteilt worden. Das Mädchen war nach einer Gerichtsverhandlung wegen Schulschwänzens unter Tabletten- und Alkoholwirkung abgehauen, um Selbstmord zu verüben. Bei der Suchaktion erschloß sie einen Polizisten. Gegen das Todesurteil haben Teilnehmer des Münchner Schriftstellerkongresses, u.a. Ingeborg Drewitz, Günter Grass, Peter Härtling protestiert: Die Todesstrafe entspreche keiner Gesellschaft, die sich zivilisiert und human nenne. („FR“, 5.3.80).

Kinderkommission Hamburg

§ 175 - demnächst auch für Frauen?!

Strafgesetze gegen Homosexualität haben eine lange Tradition — und meist galten sie unterschiedslos für beide Geschlechter. So wurde in der preußischen Strafgesetzbuchordnung, die 1871 als Vorlage für den § 175 diente, der entsprechende Paragraph erst 1851 auf die „widernatürliche Unzucht“ unter Männern beschränkt (Anm. 1). Die Frage, warum gerade diese reformierte Version ins Reichsgesetz übernommen worden war, führte 1910 bis 1912 zu öffentlichen Auseinandersetzungen: Die intensiven Bemühungen rechter Kräfte, lesbische Liebe wieder unter Strafe zu stellen, konnten allerdings durch die Zusammenarbeit von Homosexuellenbewegung, Teilen der SPD sowie der Frauenbewegung verhindert werden (Anm. 2). Ähnliche Zweifel am Zweck bzw. der Legalität dieser Ungleichbehandlung von Männern und Frauen kamen auch später wieder auf, so daß sich 1957 die höchste juristische Instanz der BRD, das Bundesverfassungsgericht, der Frage annahm mußte; interessant ist die Begründung, mit der der Verdacht eines Verstoßes gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz zurückgewiesen wurde:

Die Verbreitung des Lesbiertums bleibe hinter der männlichen Homosexualität weit zurück. Das sei ein „wichtiges Symptom auch für die qualitative Verschiedenheit“. Die Form der Geschlechtsorgane weise für den Mann auf eine mehr „fordernde und drängende“, für die Frau auf eine mehr „hinnehmende und zur Hinnahme bereitete Funktion“ hin. Durch ihren Körper werde die Frau dran erinnert, daß „Sexualleben mit Lasten“ verbunden sei. Die „kulturelle Aufgabe, Lustgewinn und Bereitschaft zur Verantwortung miteinander zu verbinden“, werde vom männlichen Sexualpartner Körper werde die Frau dran erinnert, daß „Sexualleben mit Lasten“ verbunden sei. Die „kulturelle Aufgabe, Lustgewinn und Bereitschaft zur Verantwortung miteinander zu verbinden“, werde vom männlichen Sexual-

ihren Körper werde die Frau dran erinnert, daß „Sexualleben mit Lasten“ verbunden sei. Die „kulturelle Aufgabe, Lustgewinn und Bereitschaft zur Verantwortung miteinander zu verbinden“, werde vom männlichen Sexual-

Als das Bundesverfassungsgericht sich 1973 wiederum mit dem § 175 befassen mußte, verwies es — bzgl. der Geschlechtsspezifität — auf obige Begründung von 1957 (Anm. 4). Die formale Nicht-Kriminalisierung von Lesben ist also sehr ambivalent: Zwar brauchen wir keine strafrechtliche Verfolgung zu fürchten, wenn wir als Lesben öffentlich auftreten — auch dann nicht, wenn wir über 18 — mit einer Frau von 16 oder 17 befreundet sind; dies ist ein Privileg im Vergleich zu den Schwulen. Doch sobald wir von dieser Freiheit Gebrauch machen und uns öffentlich als homosexuelle Frauen darstellen — also weder als verhinderte Mütter noch vom „weiblichen Schamgefühl“ gehemmt — zerstören wir zwangsläufig die Grundlage unseres Privilegs; hierzu trägt die Frauenbewegung das Ihre bei (— soweit sie nicht völlig auf den „neuen“ Fruchtbarkeits-Trip abgefahren ist). Deutliches Beispiel für die Re-Kriminalisierung lesbischer Liebe ist der „Fall“ Anderson/Ihns (Anm. 5).

Ein Schau-Prozeß gegen lesbische Liebe

Marion Ihns und Judy Anderson standen unter Mordanklage: Sie sollten den Dänen Denny Pederson beauftragt haben, den Ehemann von Marion Ihns gegen Bezahlung zu ermorden, um ihr „lesbisches Verhältnis ungestört fortzusetzen“ (Anm. 6). Nachdem Pederson schon von einem dänischen Gericht zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, sollte das Itzehoeer Schwurgericht herausfinden, in welchem Ausmaß die beiden Frauen an Planung und Ausführung des Mordes beteiligt waren. Schon vor dem Prozeß wurde dieser „Fall“ von der „Bild“-Zeitung serienmäßig ausgeschlachtet: „Wenn zwei Frauen entdecken, daß sie sich lieben, sind sie zu den ungeheuerlichsten Taten fähig“ (25.1.73); „Wenn Frauen Frauen lieben, kommt es oft zu einer Katastrophe“ (27.1.73); „Wenn Frauen nur Frauen lieben, kommt es oft zu einem Verbrechen“ (2.2.73).

Entsprechend verlief der Prozeß. Weil die Angeklagten eine lesbische

Beziehung hatten, mußten sie über jeden „normalen“ Mordprozeß hinaus ihre elende Jugend, jede Vergewaltigung, ihre miesen Beziehungen zu Männern, ihre Gefühle zueinander bis ins kleinste Detail ausbreiten. — Stundenlang wurden ihre Liebesbriefe gelesen. „Bild“ zitierte genüsslich daraus. Die Klärung der konkreten Vorwürfe war offensichtlich nur Vorwand: So bezeichnete Richter Selbmann Aussagen eines Zeugen zur Ehe Ihns als von der Tat her gesehen „prä-historisch und daher überflüssig“ (vgl. „Spiegel“ v. 27.8.74) — doch genau diese Anhörung hätte wichtige Aufschlüsse über die Vorgeschichte gegeben: In der Beziehung zueinander hatten die Angeklagten zum ersten Mal Wärme, Geborgenheit und eine befriedigende Sexualität gefunden — deshalb wollte Marion sich scheiden lassen.

Frühere „Seitensprünge“ hatte Herr Ihns geduldet, doch weil Marion ihn jetzt wegen einer Frau verlassen wollte, reagierte er mit Druck: Er drohte, ihr das Kind wegzunehmen, versuchte sogar, sie umzubringen. Um seine „beleidigte“ männliche Potenz zu beweisen, vergewaltigte er Marion bis zu dreimal täglich („WamS“, 24.8.74). Mit diesem Hintergrund der Tat wollte sich das Gericht nicht auseinandersetzen: Es sollte ein Schau-prozeß gegen lesbische Liebe inszeniert werden — deshalb das ekelhafte Wühlen in der Intimsphäre der Angeklagten, die Öffentlichkeit der Verhandlung, die unbegrenzte Fotografiert-Erlaubnis — eine „in der deutschen Gerichtsgeschichte einmalige Anordnung“ („FR“, 27.8.74).

Ein gefundenes Fressen für die Presse!

schen Gerichtsgeschichte einmalige Anordnung („FR“, 27.8.74).

Ein gefundenes Fressen für die Presse!

„Liebe und Haß der lesbischen Frauen“, „Die sieben Mordpläne der lesbischen Frauen“, „Der Mordprozeß der lesbischen Frauen“ schlagzeilte die „Bild“ Ende August. Aufgeputzt mit Zitaten hochdekorierten Chauvinisten — wie etwa des Prof. Hans v. Hentig — wurde der Hetze auch noch ein „wissenschaftlicher“ Touch verliehen: „Die Leidenschaft der lesbischen Frau kann zu den grausamsten Konflikten führen: zu verlassenen Kindern, zerrissenen Ehen, zu aller Art von Unglück, Tötung, Selbstmord, Mord... Der Männerkel steigt in vielen Stufen an. Von stiller, scheuer Abwehr steigert er sich zur Feindschaft gegen alles Männliche“ (zitiert aus „Die Kriminalität der lesbischen Frau“ in „Bild“ v. 29.8.74).

Auf Anregung der Meingruppe im Westberliner Frauenzentrum wandten sich 136 (144?) Journalistinnen sowie 41 (44?) (Anm. 7) männliche Kollegen an den Presserat und forderten diesen auf, „die Publikationen des Springer-Verlags, insbesondere die „Bild“-Zeitung, die Berliner Tageszeitung „Der Abend“, die „BZ“, die „Hamburger Morgenpost“ sowie die Illustrierte „Quick“ für ihre Sensationsberichterstattung zu rügen“ („FR“ v. 6.9.74). Hier werde „in einer Weise berichtet... die weder mit dem Recht der Öffentlichkeit auf Information noch mit der Pflicht der Presse zur wahrheitsgetreuen Berichterstattung zu vereinbaren“ sei. „Aus dem Prozeß gegen zwei Frauen, die wegen der Ermordung von Ihns vor Gericht stehen, werde der Prozeß gegen zwei Lesben“. Dies sei eine Verteufelung lesbischer Liebe und eine Herabwürdigung der Frau im allgemeinen („dpa-basisdienst“ 105, „id“ v. 5.9.74). Der Presserat, der sich gewöhnlich in diesen Dingen überaus vorsichtig und reserviert zu verhalten pflegt (Anm. 8), äußerte daraufhin zumindest einen Tadel — dieser braucht allerdings in den betroffenen Medien nicht abgedruckt zu werden („FR“ v. 26.9.74). Doch die Kampagne beschränkte sich nicht auf die Boulevard-Presse:

Zwar wurde in den „seriösen“ Blättern nicht ganz so locker mit Tatsachenbehauptungen nach der Masche „lesbisch gleich kriminell“ herumgeworfen, doch auch hier orientierte sich die Berichterstattung an der Prozeßführung. Aufschluß über die hier gewählte Schwerpunktsetzung gibt eine Untersuchung der entsprechenden dpa-Meldungen, da fast alle Zeitungen und Rundfunkanstalten von dieser Agentur beliefert werden: In den insgesamt 58 dpa-Meldungen findet die Homosexualität der Angeklagten bzw. die Entwicklung ihrer persönlichen Beziehung das meiste Interesse — beides wird häufig mehrmals erwähnt (nämlich insgesamt 86 bzw. 73 mal). Auf den „eigentlichen“ Prozeß-Gegenstand wird viel weniger eingegangen: Die Mord-Pläne werden nur 53mal thematisiert; Hinweise auf das Tat-Motiv finden sich gar nur 16mal.

Noch deutlicher wird dieses Un-Verhältnis in den Überschriften: Von den 14 diesbezüglich relevanten Titeln weisen vier auf Mordpläne, die übrigen zehn auf die homosexuelle Beziehung hin — hier wird ganz offensichtlich, was die Redaktion für das Wichtigste hielt! Der wesentliche Unterschied zur Boulevard-Berichterstattung liegt also nur in der Wahl subtiler Mittel: Nicht durch Tatsachenbehauptungen, vielmehr durch Assoziations-Angebote und häufige Wiederholung wird hier „zwischen den Zeilen“ der Eindruck erweckt, der Mord sei (zwangsläufig?) Folge von Homosexualität gewesen! (Anm. 9).

Durch dieses Zusammenspiel von Prozeßführung und Berichterstattung war das skandalöse Urteil — lebenslang für beide Frauen, solide vorbereitet worden. In der Begründung äußerte der Staatsanwalt freimütig: „Wenn wir hier mildere Beweggründe ansetzen würden, dann wäre das doch ein Freibrief für alle Homosexuellen“. Ein Revisionsantrag wurde 1976 als „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt (Anm. 10).

Zum Vergleich ein „ähnlicher“ Mordfall: 1974 wurde ein 24jähriger Mann angeklagt, seine Frau erwürgt zu haben. Als Tatmotiv gab dieser an, sie habe ihn in seiner „Mannes-Ehre“ zutiefst gekränkt. Daraufhin glaubte ihm der Staatsanwalt sofort, daß ihm „alle Sicherungen durchgebrannt“ seien. „Im Namen des Volkes“ wurde die Anklage auf Totschlag (nicht Mord!) fallengelassen — der Täter wurde stattdessen wegen „Körperverletzung mit Todesfolge“ verurteilt: zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung („Tagesspiegel“, 16.1.74).

Lesben werden kriminell —

perversion mit Todesfolge“ verurteilt: zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung („Tagesspiegel“, 16.1.74).

Lesben werden kriminell — Kriminelle werden lesbisch

Die Kampagne gegen Judy Anderson und Marion Ihns war nicht der einzige Fall, wo lesbische Liebe an den Pranger gestellt wurde:

Im Februar 1976 wurden zwei Lesben in München angeklagt — wegen „schweren Raubes“ und „gefährlicher Körperverletzung“. In einem stadtbekannten Lesben-Lokal hatte ein männlicher Besucher ihnen 100 DM für Gruppen-Sex versprochen, worauf die zwei Frauen zum Schein eingegangen waren. In seiner Wohnung angekommen, nahmen sie ihm sein Geld ab, schlugen und fesselten ihn. Der Mann wehrte sich nicht, da er Angst um seinen Ruf hatte. Eine der Angeklagten erklärte, nur mitgegangen zu sein, um ihre Freundin zu schützen. Dies konnte der Richter nicht als Milderungsgrund akzeptieren, da es offenbar nur einem Mann erlaubt ist, seine Geliebte zu verteidigen. Abschließend kommentierte der Staatsanwalt: „Ich hoffe, daß Sie das Jahr der Frau gründlich mißverstanden haben... Normalerweise ist der Mann der Stärkere und Aggressivere“. Die Frauen wurden zu 6 1/2 bzw. 5 Jahren Gefängnis verurteilt, woraufhin die „Bild“-Zeitung jubelte: „Hohe Strafen für lesbische Foltermädchen“ (Anm. 10). Zur Vorbereitung eines ähnlichen Urteils erschien die Westberliner „Bild“-Ausgabe am 10.8. mit der Schlagzeile: „Lesbische Mädchen trampelten Berliner tot“.

So versucht die Presse — und allen voran die „Bild“-Zeitung — immer wieder, Lesben mit Kriminalität in Verbindung zu bringen. Ergänzt wird diese „Logik“ durch den Umkehrschluß: Kriminelle haben oder bekommen lesbische Neigungen. Als 1976 in Westberlin vier weibliche politische Gefangene flohen, kombinierte die „Bild“ sofort: „Baader-Mädchen: half lesbische Liebe bei der Flucht?“ (Hamburger Ausgabe), bzw. „Terror-Mädchen: Ausbruch, weil sie lesbisch sind?“ (Westberliner Ausgabe, 9.7.76).

Zwei Gründe nennt die „Bild“ für diese „Perversionierung“: Einerseits bietet ein Frauenklast keine Möglichkeiten für Heterosexualität — andererseits haben die Terroristinnen — laut Dipl. Psych. Donig — Identitätsschwierigkeiten: „Sie wollen „Männer mit Revolver und Handgranaten sein, und häufig werden sie auch wie Männer weibliche Liebesobjekte wählen“ („Bild“, 9.7.76). Insofern sei es „durchaus möglich, daß die Ausbrecherinnen von Lesbierinnen verlockt werden“ — also dehte die Polizei ihre Großfahndung im Herbst 1977 auf über 100 Lesben-Lokale der BRD aus! (Anm. 11).

Weg mit § 175!

Die Zusammenarbeit von Medien und Gerichten bzw. Polizei zwecks Trokelenlegung des „lesbischen Sumpfs“ läuft also ausgezeichnet. Daß die Beispiele hierfür insgesamt nicht sehr

zahlreich sind, ist kein Grund zur Beruhigung: positive Berichte über Lesben sind — selbst in der Alternativ-Presse — kaum zu finden, im wesentlichen werden wir immer noch totgeschwiegen. Wie rasant solch trügerische „Liberalität“ in eine Hexenjagd umschlagen kann, machen die amerikanischen Beispiele der Bryant- bzw. Briggs-Kampagnen (Anm. 12) erschreckend deutlich.

Deshalb finde ich es falsch, wenn der Kampf gegen den § 175 in einigen Lesbengruppen als „abstrakte Solidarität“ und entsprechend zweitrangig behandelt oder gar abgelehnt wird, weil frau sich nicht vor den Karren der Männer spannen lassen dürfe (so argumentierten einige Mitglieder der „L 74“ in der Diskussion um ein Antidiskriminierungsgesetz für sexuelle Minderheiten (Anm. 13). Wer garantiert uns denn dafür, daß z. B. Strauß seine alte Parole nicht demnächst vervollständigt „...und lieber eine kalte Kriegerin als eine warme Schwester“, um uns bei seiner evtl. Machtübernahme den entsprechend verschärften § 175 zu präsentieren?!

Ul./Lesbengruppe des KB

Anmerkungen

- 1 Gisela Bleibtreu-Ehrenberg: Antihomosexuelle Strafgesetze, in: Lautmann: Gesellschaft und Homosexualität — stw 200 (1977)
- 2 Ina Kuckuc: Kampf gegen Unterdrückung; Veri. Frauenoffensive 1975, S. 59
- 3 nach „Lesbenpresse“ Nr. 1; hrsg. v. LAZ W.berlin, Februar 1975

Ein Blick in die Höhle der Löwin — Bericht aus einer

Ein Blick in die Höhle der Löwin — Bericht aus einer autonomen Lesbengruppe —

Die Bonner Lesbengruppe entstand im Sommer 1978 durch die Initiative von zwei Lesben, die im dortigen Frauenbuchladen arbeiten. Auf eine Anzeige in der „Courage“, Aushänge im Buchladen und an der Uni kamen die unterschiedlichsten Frauen zusammen.

„Die“ Lesbe gibt es nicht

Ungefähr die Hälfte der Frauen war berufstätig, die andere Hälfte Studentinnen. Einige arbeiteten in der Frauenbewegung, andere kamen aus verschiedenen linken Gruppen und verbinden dementsprechend mit ihrer Arbeit in der Lesbengruppe auch einen revolutionären und/oder feministischen Anspruch. Manchen geht es auch „nur“ darum, daß Homosexualität in dieser Gesellschaft nicht mehr diskriminiert wird. Wieder andere wollten „nur“ raus aus ihrer Isolation, suchten vielleicht eine Beziehung und fanden eine Lesbengruppe akzeptabler als den Sub.

Aller Anfang ist schwer.

Wir fingen erstmal an, uns gegenseitig ein bißchen kennenzulernen. Das war anfangs ziemlich schwierig, u.a. deshalb, weil auf fast jedem Treffen eine neue Frau dazukam und wir schnell das Gefühl hatten, daß wir jedesmal von vorne anfangen. Es gab dann eine hitzige Debatte darüber, ob wir uns als offene oder als geschlossene Gruppe verstehen sollten.

Als die Gruppe eine Größe von ca. 12 Frauen erreicht hatte, beschlossen wir, die Gruppe dicht zu machen, auch deshalb, weil sich herausstellte, daß es schwierig ist, sich in privaten Wohnungen mit mehr Frauen zu treffen.

Trotzdem waren wir natürlich alle einig, daß es Scheiße ist, den Lesben, die uns jetzt noch ansprechen zu sagen: „Ja, es gibt zwar eine Lesbengruppe, aber für euch ist da nichts drin.“

Deshalb beschlossen wir, den Schritt an die (zunächst) Frauen-Öffentlichkeit zu wagen.

Wir machten eine Veranstaltung „Die Bonner Lesbengruppe stellt sich vor“, mit dem Ziel, die Gründung einer zweiten Lesbengruppe anzuregen.

Die Veranstaltung war unheimlich gut besucht und es hat sich tatsächlich eine neue Gruppe gebildet.

Für die meisten von uns war das der erste öffentliche Auftritt und der Erfolg hat vielen mehr Mut zur Öffentlichkeitsarbeit gemacht.

Der K(r)ampf mit der Theorie

Bei den meisten war jetzt auch der Wunsch da, über die Selbsterfahrung hinaus theoretisch zu arbeiten. Dabei bildeten sich grob gesehen drei Grup-



- 4 vgl. „Tuntenstreit“, Veri. Rosa Winkel, S. 81
- 5 Informationen zum „Fall“ Anderson/Ihns:
 - Flugblätter des FZ Ffm, in Frauen-Jahrbuch 75, Veri. Roter Stern
 - Annette Dröge: Sexualität und Herrschaft, Veri. Frauenpolitik 1976, S. 78-81
 - Frauenzeitung 8, hrsg. v. LAZ W.berlin
 - Hanno Beth: Massenmedien und Homosexualität in: Lautmann (siehe 1)
- 6 G. Mauz: Von der Tat her gesehen prä-historisch? In: „Spiegel“ v. 26.8.74
- 7 hier differieren die Zahlen in „FR“ und dpa-Basisdienst
- 8 H. Knoche spricht von einer „herkömmlichen Harmonisierungsfunktion“ des Presserats
- 9 zur Auswertung der dpa-Meldungen vgl. H. Beth: Massenmedien und Homosexualität, in: Lautmann (siehe 1)
- 10 vgl. „Courage“, Nr. 0 v. Juni 1976
- 11 vgl. „Polizei gegen lesbische Frauen“ in „Kampf der Schwulenunterdrückung“, j. reents-Verlag, 1976, S. 36
- 12 vgl. „Zehn Jahre Stonewall — zehn Jahre Schwulen- und Lesbenbewegung“, jrv, Juni 1979
- 13 vgl. „ukz“ — Zeitung der „L 74“ — Nr. 10/79, S. 6 bzw. 8

pen: — diejenigen, denen es nur um eine Integration von Lesben in die Gesellschaft geht, ohne dabei auch das kapitalistische System in Frage zu stellen; — diejenigen, die das kapitalistische System mitsamt seinen patriarchalischen Strukturen als die Ursache der Unterdrückung von Lesben sehen; und — die „Abwiegler“, die das Zusammengehörigkeitsgefühl der Gruppe durch den absehbaren scharfen Konflikt in Gefahr sahen.

Die „Abwiegler“ waren deutlich in der Mehrheit, was dazu führte, daß die Diskussionen häufig abgeblockt wurden und in allgemeinem Klönschnack versandeten.

Am Ende der Sommerpause war die Gruppe aus verschiedenen Gründen stark geschrumpft.

Zum einen blieben Frauen weg, die nur Kontakt gesucht und ihn nun gefunden hatten.

Zum anderen blieben Frauen weg, die sich mit anderen Terminen vollgestopft hatten, die sie wichtiger fanden als die Lesbengruppe in ihrem augenblicklichen für sie unbefriedigenden Zustand. Die wenigen verbleibenden Frauen beschlossen wieder neue Frauen in die Gruppe zu holen, bis wieder ein Größe von 15 Frauen erreicht war.

Wir hatten dann die Gelegenheit, bei einer fortschrittlichen Erwachsenenbildungsstätte ein Seminar „Weibliche Homosexualität“ zu machen. Eine von uns hatte einfach frech gefragt, ohne eigentlich zu glauben, daß sie sich auf sowas einlassen würden. Wie frau sieht, kommt auch nicht überall gleich die dicke Diskriminierung. Manchmal brauchen wir auch nur selber etwas mehr Mut!

Wir bereiteten das Seminar unter ziemlichem Zeitdruck vor. Es kamen hauptsächlich Frauen, die sich nicht ganz klar über sich selber waren, und Heterofrauen.

Obwohl wir teilweise recht unsicher waren, wie wir die Sache angehen sollten, haben wir doch sicher den Frauen einige wichtige Denkanstöße geben können.

Konkrete Erfolge sind, daß die Lesbengruppe auch weiterhin von dem Bildungswerk gefördert wird (finanziell und durch Ausdruck in ihrem Programm) und daß aus dem Seminar ein monatliches Treffen für Lesben und solche, die noch nicht genau wissen, ob sie lesbisch sind, entstanden ist.

Außerdem ist allen klar geworden, daß wir uns nicht um eine theoretische Auseinandersetzung herumdrücken können, und daß wir dabei eine Form finden müssen, die den Bestand der Gruppe nicht gefährdet.

Jo.

»Habt Ihr schon gehört, es gibt ne Zeitung!!!«

Ende letzter Woche erschien die Nullnummer des „LESBENSTICH“, einer „Zeitung der Lesbenbewegung“. Im Gegensatz zu schwulen Männern, die unter einem breiten Presseangebot wählen können, gab es für lesbische Frauen bislang nur die „UKZ“ („Unsere kleine Zeitung“), die von der Gruppe L 74 in Berlin herausgegeben wird. Die „UKZ“ richtet sich an eine eher bürgerliche Leserschaft; eine Art Sprachrohr der Lesbenbewegung war sie nie. Den kleinen regionalen Lesbenzeitschriften ist es bislang nicht gelungen, einen Überblick über die Lesbenbewegung zu schaffen. Da auch „EMMA“ und „COURAGE“ in punkto Lesben sehr zurückhaltend sind, war die Zeit für einen „LESBENSTICH“ lange reif!

Die Idee zum „LESBENSTICH“ entstand bereits Anfang April '79 auf dem regionalen Lesbentreffen in NRW. Ein Jahr hat es gedauert, bis der „Notwendigkeit, überregional Informationen für Lesben zu sammeln und regelmäßig zu veröffentlichen“ (aus der redaktionellen Anmerkung, „LS“, 0/80), Rechnung getragen wurde. Der „LESBENSTICH“ wird sicherlich nicht nur zur Verbreitung von Informationen wichtig sein: der Auseinandersetzung innerhalb der Lesbenbewegung soll er ebenso dienen wie der Motivation und Ermutigung von Lesben, ihr Lesbischsein nicht länger für etwas Privates zu halten, über das frau nicht spricht. Das breite Spektrum der angeschnittenen Themen bietet jedenfalls die Möglichkeit dazu:

— da berichtet eine Lesbe vom Le-

ben in der Kleinstadt, von den Erfahrungen, die sie als offen auftretende Lesbe machte;

— da wird sich mit der Gefahr eines Kanzlers Strauß für Lesben auseinandergesetzt;

— da findet sich Pro und Contra zu den „Grünen“.

Nicht zuletzt werden heiße Eisen angepackt: Lesbensexualität und Lesbenbeziehungen wird der Schwerpunkt von „LESBENSTICH“ 1/80 sein, der zum Pfingsttreffen der Lesbenbewegung erscheinen soll.

Kulturelles, Gedichte und Filmbesprechungen und eine Fülle von Informationen aus der und für die Lesbenbewegung finden sich im „LESBENSTICH“. Kurzum: diese Zeitung ist unentbehrlich, nicht nur für Lesben!

Auch Heteras, Bi-Frauen und Männer erhalten mit dem „LESBENSTICH“ die Möglichkeit zur Information und Auseinandersetzung.

So Göttin will, wird der „LESBENSTICH“ zum Wiederaufbau der Lesbenbewegung, zur Diskussion und Koordinierung beitragen.

Wen wundert's, finanzielle Probleme hat der „LESBENSTICH“ auch. Die Vorfinanzierung der Nullnummer hat gerade geklappt, zum Weitermachen fehlt noch 'ne ganze Menge Geld! Dazu müssen Abonnements rein, da müssen sich viele am Verkauf beteiligen. Praktische Solidarität, auch oder gerade (!) von Heterogenoss/inn/en, ist geboten!

„Es gibt nichts Gutes, ...“

Genossinnen der Lesbengruppe des KB



Demonstration gegen die Diskriminierung lesbischer Frauen im Prozeß in Itzehoe

Lesbisch in die 80er!
Nun ist er da — kritisch, bissig, tabubrechend —
der **LESBENSTICH**

Wir — Frauen aus Berlin, Bonn, Köln, Düsseldorf, Aachen, Dortmund — machen einen neuen Zeitung!

Sie wird 3,50 DM kosten und 6mal im Jahr erscheinen.

Geplante Themen:

0-Nummer: Wir stellen uns vor / Lesben zur Wahl / Weg mit dem Hetero / Kulturelles / Nachrichten aus der Bewegung

Nr. 1: Sexualität und Beziehungen / Ist Geilheit ein Privileg der Männer / Muß frau sexuelle Beziehungen haben, um lesbisch zu sein / Sexualität mit Jugendlichen/Kindern

Nr. 2: Dogmatismus in der Lesbenbewegung / Tabukatalog / Dogmatismus von „links“, unterschiedliche Erfahrungen in „K-Gruppen“ / Lassen kurze Haare und Latzhose auf den besseren Charakter schließen / und wie weiter

Nr. 3: Lesben und Heterofrauen / Und wenn ich mich in eine verliebe / Lesben in der Frauenbewegung / Die sogenannten Bi-Frauen

Nr. 4: Zusammenarbeit mit Männern? / Wieso ich immer noch mit Männern zusammenarbeite / Wieso mir die Typen gestohlen bleiben können / Lesben und Schwule / Lesben und Linke

Als weitere Themen sind geplant: Lesben am Arbeitsplatz, Lesben und Kinder, Lesben in der Psychiatrie, Lesben und Freitod.....

Jeder Leserinnenbrief wird beantwortet!

Nichtabdruck von Artikeln nur mit Begründung!

Die 0-Nummer erscheint voraussichtlich März, spätestens April!

Der „LESBENSTICH“ kann bei
Carmen Seeger
Zum Luftschacht 14
4600 Dortmund 15
bestellt werden. Ein Jahresabonnement kostet DM 24,-.

Bankverbindung:
Carmen Seeger
Konto-Nr. 2 094 456
Commerzbank Dortmund
(BLZ 440 400 37)

Christa Mewes kriegt Kontra

Für den 15.3. war in Westberlin ein Vortrag von Christa Mewes angesagt. Christa Mewes' Bücher haben bereits eine Gesamtauflage von 2 Millionen erreicht. Sie wird von der Springer- und NPD-Presse als „Wissenschaftlerin“ zitiert, wenn es darum geht, gegen Emanzipationsbestrebungen der Frauen, gegen fortschrittliche Kindererziehung, gegen Homosexualität zu hetzen (s. Artikel in AK 129 und 162).

Ca. 35 Lesben und Schwule hatten sich vorgenommen, den Feldzug von Christa Mewes nicht ungestört über die Bühne gehen zu lassen. Tags zuvor schon hatten Schwule auf einer Veranstaltung derselben Vortragsreihe im „Haus der Kirche“ Selbstdarstellungsflyer der AHA verteilt, mit der Überschrift „Mögen Sie Schwule?“. Die Ordner reagierten sehr ungnädig, kassierten die Flyer ein und forderten darüber hinaus sogar die Anwesenden auf, schon verteilte Flyer wieder wegzuerwerfen. So einfach wollten wir uns diesmal nicht abgeben lassen.

Noch vor Beginn der Veranstaltung, die mit ca. 1.500 Leuten stark besucht war, kamen, durch einige verteilte Flyer vorgewarnt, Ordner auf uns zu und forderten uns auf, den Saal zu verlassen, obwohl wir bis dahin noch keinen Mucks von uns gegeben hatten. Sie hätten hier das Hausrecht und andernfalls würden sie uns durch die Polizei raus-schmeißen lassen.

Nach einigem Hin und Her tauchten zwei Bullen auf, die jedoch angesichts der Unmöglichkeit zu unterscheiden, wer einfache/r Zuhörer/in und wer schwul oder lesbisch war, und weil es zudem etliches Aufsehen erregt hätte, 35 Homosexuelle aus

dem Saal tragen zu müssen, schließlich unverrichteter Dinge wieder ab-zogen.

Richtig eingestimmt durch den Gesang eines 30köpfigen Männerchors, den christlichen Arien einer bekehrten Opersängerin und gemeinsamem Gebet erschien dann endlich Christa Mewes.

In ihrem Vortrag beschrieb sie das Elend der modernen Welt: Die zerstörten Ehen, die Masse von Frauen, die ihre „natürliche Bestimmung“ für Mann und Kinder verweigern, die hohen Scheidungsziffern, die ständige Zunahme der Abtreibungen, die Verwahrlosung der Jugend. Ganz geschickt setzte sie an alltäglichen Problemen an (der Vereinzelung des Menschen in dieser Gesellschaft, der Flucht in Konsum und Wohlstands-ideologie) und bot als Alternative dazu ein Leben „nach den Maßstäben Gottes“ an.

Ihre Rede wurde öfters unterbrochen durch die Zwischenrufe der Lesben und Schwulen, besonders durch zwei pädophile Mädchen, die schließlich auf die Bühne gingen. Christa Mewes ließ sich auf keine Diskussion ein. Die Veranstalter ließen flugs den Chor singen, während die beiden Mädchen von Ordnern aus dem Saal geschleppt wurden. Im Saal setzte Mewes ihren Vortrag fort, von Zwischenrufen begleitet. Beim Sprechchor der Schwulen/Lesben mit der Forderung nach Diskussion wurde ein Posaunenchor eingesetzt.

Nach dem offiziellen Schluß der Veranstaltung bildeten sich spontan Diskussionsgruppen, wo mehrere Besucher/innen der Veranstaltung sich mit uns solidarisierten.

Im großen und ganzen halten wir die Aktion für einen Erfolg. Es ist ge-

lungen zu dokumentieren, daß C. Mewes nicht vollkommen unwidersprochen ihre reaktionären Thesen vertreten kann, und für einige ist ihr Image doch wohl ein bißchen angekratzt worden.

Ein Fehler von uns war, daß wir keine Flyerblätter zu Christa Mewes selbst erstellt hatten, denn viele der Anwesenden sind sich der Funktion dieser Frau wohl gar nicht bewußt gewesen. Unter den Zuhörern waren auch viele Jugendliche.

Die Veranstaltung fand im Rahmen einer Vortragsreihe von weit über 100 Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet und Westberlin anlässlich des „Missionarischen Jahres 1980“ („90 Jahre Weißes Kreuz“) statt.

Im Hinblick auf den Wahlkampf der CDU/CSU wird es sicher ganz interessant sein, die Propaganda von Seiten der rechtsextremen kirchlichen Kreise, wie z.B. das „Weiße Kreuz“ mit Pfarrer Naujokat, Christa Mewes oder die „Evangelische Allianz“ weiter zu verfolgen und dagegen etwas zu unternehmen.

2 lesbische Genossinnen aus Westberlin

Am 5. Februar beging ein 21jähriger Schwuler Selbstmord. Er schrieb an verschiedene Schwule Briefe, daß er ein richtiger Christ werden wolle und deshalb mit seinem Schwulsein aufhören müsse. Er hatte sich eine Radiosendung des Evangeliumsrundfunks Wetzlar zum Thema „Die gleichgeschlechtliche Neigung“ zu Herzen genommen. Pfaffe Naujokat, Generalsekretär des „Weißen Kreuzes“, propagierte als Autor dieser Sendung die Unvereinbarkeit des Christseins mit der Homosexualität.

Setzt sich amnesty international Setzt sich amnesty international doch für die Homosexuellen ein?

Anders als die Gesamtorganisation (s. AK 173) spricht der Präsident der französischen Sektion von ai von einem Gremium, das die Situation inhaftierter Homosexueller untersuchen soll und deren Ziel es sein könnte, Homosexuelle als Gewissensgefangene anzuerkennen.

Nach dem Kongreß der französischen Sektion von ai in Louvain stellte die französische Schwulenzeitschrift „le gai pied“ (Nr. 11, Feb. 80) in einem Brief an ai die Gretchenfrage: „Wie haltet ihr's mit der Homosexualität?“ und führte mehrere Fälle von Personen an, die wegen ihrer Homosexualität in Haft sitzen. Die Antwort kam vom Präsidenten der französischen Sektion, Jean François Lambert:

„...der Internationale Rat (Oberstes Gremium von ai, Anm. d. Ü.) hat angeordnet, eine Untersuchung auf internationaler Ebene durchzuführen, die darauf abzielt, sich ein realistisches Bild über Verhaftungen aufgrund sexueller Orientierung zu verschaffen. Dabei handelt es sich vor allem darum, über solche Fälle Informationen zu sammeln, wobei Ihr Brief dem Verantwortlichen dieser Untersuchung zugeleitet wird. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden dem Internationalen Rat 1981 oder 1982 unterbreitet werden.“

Für den Moment kann ich Sie nur auf die Beschlüsse des Internationalen Rats verweisen, wonach ai zur Homosexualität als solche keine Stellung bezieht. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß bei der Behandlung dieser Frage die Organisation die Konse-

quenzen berücksichtigen muß, die die Ausdehnung ihres Mandats auf die Homosexuellen für die Bemühung um Gewissensgefangene in bestimmten Teilen der Welt haben könnte. ai muß nach ein und derselben Norm überall in der Welt urteilen. Wie auch immer die zukünftige Regelung sein wird, so ist es für amnesty jetzt schon klar, daß die eventuelle Anerkennung des Status „Gewissensgefangener“ für aufgrund ihrer sexuellen Orientierung verhafteten Personen notwendigerweise auf Fälle beschränkt sein wird, in denen sich die sexuellen Handlungen zwischen Erwachsenen freiwillig und ohne Gewalt vollzogen. Die Ausübung jeglicher Freiheit ist notwendigerweise begrenzt durch die Freiheit der anderen. Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte (der UN vom 1.12.48, Anm. d. Ü.) definiert übrigens in denselben Worten die Grenzen gemeinsamer Inanspruchnahme fundamentaler Grundrechte und Freiheiten....“

Obwohl François Lambert's Homophobie sich durch seine unbeteiligte Stellungnahme (Stichwort „repressive Toleranz“) ausdrückt und er sich in Erklärungen und Abgrenzungen ergeht, bleibt doch zu hoffen, daß es innerhalb von ai zu einer ernsthaften Auseinandersetzung kommt und das Recht auf individuelle sexuelle Orientierung anerkannt wird. Schwulenfreundlich wird ai damit aber noch lange nicht.

Pt., Frankfurt
Schwulengruppe des KB

Anti Berufsverbotekampagne in Frankreich

Im Juli 79 gründete sich während der Sommeruniversität in Marseille ein schwules Antirepressions-Komitee: der „CUARH“ (Comité d'urgence antirepression homosexuelle). Nachdem das Komitee sich im vergangenen Herbst bereits zwei Mal getroffen hat, versammelten sich auf einer Tagung am 9./10. Februar erneut rund 70 Mitglieder der homosexuellen Befreiungsgruppen („GLH“: „Groupes de libération homosexuelle“) und verschiedener Lesbengruppen. Diskutiert wurde vor allem über Berufsverbote für Schwule bzw. Lesben.

Verschiedene solche Fälle sind bereits bekannt: ein Erzieher auf einer Sonderschule in Sens, ein Ferienlager-Leiter bei Lyon, ein Angestellter bei einer Privatschule in Carpentras, ein Volksschullehrer im Département Seine-et-Marne, ein Arbeiter beim Betrieb Bull in Belfort und ein Eisenbahnangestellter in einer Stadt von Frankreichs Mitte.

Die Tagungsteilnehmer/innen haben die Fortführung ihrer nationalen Unterschriftskampagne dazu be-

schlossen. Bislang haben sie schon 10.000 Unterschriften zusammen bekommen!

Am 31. Mai plant der „CUARH“ eine nationale Aktion in Paris. Weiteres Diskussionsthema war der Kampf um das Recht, die Kinder gesprochen zu bekommen im Falle einer Ehescheidung. Auch zu dieser Frage will der „CUARH“ eine ausführliche Dokumentation erstellen, wo die Fälle von Lesben und Schwulen, die dieses Recht vor Gericht nicht bekamen aufgrund eben ihres Schwul- bzw. Lesben-Seins gesammelt werden sollen.

Schließlich fordert der „CUARH“ die Gewerkschaften, Amnesty-International, die verschiedenen Elternverbände sowie die Liga zur Verteidigung der Menschenrechte dazu auf, ein gemeinsames Treffen zu vereinbaren. Dabei ist die Konstituierung einer Schwulen-Kommission innerhalb einer Sektion der Lehrer Gewerkschaft (SGEN-CFDT) lobend hervorzuheben.

Eine Frankfurter Genossin

Ausgrenzen — Ertragen Jahrestagung der DGSP

Unter diesem Leitthema steht die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (DGSP) in Mannheim vom 15. - 18. Mai. Von den Organisatoren sind wir gebeten worden, uns als von Ausgrenzung Betroffene in den Kongreß einzubringen; so z.B. durch Theater, Infostand, Lieder, Flugblätter, Beteiligung an Gruppen!!

Wenn Ihr Lust habt, den erwarteten 2.000 Psychiatern, Sozialarbeitern und Erziehern mit spontanem schwulen Theater oder in Gruppen zu verschiedenen Themen näherzukommen, dann freuen wir uns über Eure Beteiligung. (Schwestern mit Rosa-Hilf-Erfahrung könnten ihre Praxiserfahrung weitergeben, damit theoretisieren vermieden wird). Gastgeber ist der Mannheimer Kreis, eine Gruppe, die die Antipsychiatrie in Deutschland einbrachte. Die Tagung der DGSP ist von besonderer Wichtigkeit, da wir hier mit großer Resonanz und praktischen Erfolgen rechnen können und die Tagungsteilnehmer als „Opinion Leader“ Einfluß auf die weitere Entwicklung nehmen werden.

Eckhard

Bei Interesse an ... meldet Euch bitte bei:

Theater/Musik:
Hans Seyfarth
Richard-Wagner-Straße
6800 Mannheim

Infostand und Büchertisch
Eckhard Prinz,
Häusserstr. 11
6900 Heidelberg

»Aufgespießt«

„Also Leu?, irgendwo hört der Spaß auf!“

Georg Gallus, rechtliberaler Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium und Gegner einer gesellschaftlichen Anerkennung der Homosexuellen, in einer Diskussion des FDP-Bundesvorstandes.

„Woher wissen Sie das?“
Neugierige Frage des Ehrenvorsitzenden Walter Scheel an Gallus, laut „Spiegel“.

aus: FR, 12.3.80

4.-6. April: in Frankfurt

ANTIFASCHISTISCHER BUNDESKONGRESS



Den Aufruf zum antifaschistischen Bundeskongress vom 4. bis 6.4. in Frankfurt (siehe AK 173) haben bisher unterschrieben:

Heidi Bierbaum, Rats-Frau der Buntten Liste Bielefeld; Mona Boenigk, Rats-Frau der Buntten Liste Bielefeld, Bundesvorstandsmitglied der SPV „Die Grünen“; Cumali für Arbeiterjugendverein der Türkei, Westberlin; Kai Ehlers, Journalist, Hamburg; Burgel Geier, Rats-Frau der Grünen Alternativen Liste, Münster; Bernhard Hoffmann, Mitarbeiter der Koordinationsgruppe Türkei bei Amnesty International; Reinhard Krämer, Rats-Frau der Buntten Liste Bielefeld; Franz Herrmann Lammert, Rats-Frau der GAL Münster; Harald Loch, Mitglied der Berliner Landesvorstands der FDP; Rosalinde von Ossietzky-Pahn, Stockholmer/Schweden; Peggy Parnau, Gerichtsreporterin, Schauspielerin, Hamburg; Dr. Friedhelm Peters, Rats-Frau der Buntten Liste Bielefeld; Jan Peters, Journalist, Westberlin; Jürgen Roth, Schriftsteller, Frankfurt; Ursula Scharr, 1. Vorsitzender der GEW-Neukölln/Westberlin; Dirk Schneider, Mitglied des Westberliner Bezirksparlaments, Alternativen Liste Westberlin; Alexander Schubart, Grüne Liste Hessen; Sören Turkan, Mitglied der Ausländerkommission der GEW-Westberlin; Doris Wieck, Mitglied des Antifaschistischen Arbeitskreises Fulda; Hendrik M. Broder, Journalist, Köln; Aktionsinitiative gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann, Nürnberg; Antifaschistische Arbeitsgruppe der allgemeinen homosexuellen Arbeitsgemeinschaft Westberlin e.V.; Antifaschistische Arbeitsgruppe im Kinderhaus Heinrichstraße Hamburg; Antifaschistische Arbeitskreise aus: Augsburg, Bielefeld, Erlangen, Freiburg, Harburg, Münster; Antifaschismuskommision des Kommunistischen Bundes; Arbeitskreis Antifaschismus Göttingen; ASTA der Hochschule für Bildende Künste, Hamburg; Initiative fortschrittlicher Filmemacher - IF, Hamburg; Initiative-Komitee Arbeiterhilfe - IKAH, Hamburg; Schüler gegen Rechts, Hamburg; Vorstand der Buntten Liste Hamburg; Günther Wöckner, Betriebsratsvorsitzender, Hamburg; Renate Schulz, Arbeitskreis demokratischer antifaschistischer Gewerkschafter; Werner Welsch, Waldeck-Bl gegen Neonazis; Antifa Hildesheim; Antifa-AG Hannover; Antifaschistischer Arbeitskreis Braunschweig; Norbert Cobabus, Personalrat der „Deutschen Bibliothek“, Frankfurt; Sozialistische Arbeitsgruppe (SAG); Antifaschistisches Komitee Schwäbisch-Gmünd; Reiner Schmidt, Bezirksvertreter der „Kölner Alternative“; Marika Krosina, Bezirksvertreterin der „Kölner Alternative“; Schlierzeugung „Kölner Rundumschlag“; Peter O. Chotjewitz, Schriftsteller; Astrid Proll; Uwe Bolius, Schriftsteller, Wien; Gertraud Bolius, Lehrerin, Wien; R. Wolfgang Schulz, Dramaturg und Schauspieler, Würzburg; Olaf Steinmayr, Rats-Frau der GAL in Münster; AK Ausländische Mitbürger e.V., Herford; Antifa AK Dortmund; Antifa AK Essen; Sahi Aufschuß, BUU-Hamburg; Uri Frauengruppe Münster; Antifaschistische Aktion Essen; Antifaschistischer AK Frankfurt Höchst; Bürgerinitiative gegen Neonazismus Frankfurt-Bockenheim; Theatergruppe Aufakt Ffm.; Rockgruppe Bohrmaschine Bornheim; 8 Mitglieder der Bürgerinitiative gegen AKW Frankfurt-Bornheim/Nordend; Mitglieder der Bürgerinitiative gegen Nazibuchladen in Frankfurt-Bornheim; Antifaschistische Gruppe der B-Ebene/Frankfurt; Schwuler Frühling, Karlsruhe; Arbeitsgemeinschaft alternativer Verlage & Autoren e.V., Stuttgart; Antifa AK Pforzheim; ÖTV-Betriebsgruppe der RWAG Integration GmbH, Dortmund; Bunte Liste, Dortmund; Lateinamerika-Komitee, Augsburg; Thing, Jugend- und Studentenzentrum Kooperative, Augsburg; Papyrus, Alternativer Papierladen, Augsburg; 110 Kollegiaten des Bayern-Kollegs, Augsburg; Buchhandlung Pro-Buch GmbH, Augsburg; Bürgerinitiative gegen Atomlagen, Augsburg; Podium, Stadtzeitung für Augsburg; Gewerkschaftlicher Arbeitskreis der Studenten - demokratischer Sozialisten, Augsburg; SADO - Schwule Aktion Dortmund; Initiative gegen die Grauen Wölfe, Frankfurt; weitere 40 Unterschriften von Einzelpersonen aus 10 Städten.

Auf seiner Sitzung vom 15.3.1980 hat der Vorbereitungsausschuss noch einmal die letzten Vorbereitungen für den Bundeskongress verabredet. Eine durch die neuesten Unterstützer ergänzte Auflage des Aufrufs (siehe Kasten) wurde verschickt, ein Plakat ist gedruckt worden. Beides kann noch in unbegrenzter Höhe nachbestellt werden. (Aufruf: DM 5,-/100, Plakat DM 1,-/Stück). Des weiteren soll jetzt noch einmal versucht werden, den Bundeskongress in der einschlägigen Presse bekanntzumachen. Hier sind insbesondere die einzelnen Gruppen aufgefordert, ihre Möglichkeiten in regionalen Zeitungen, Alternativzeitungen, aber auch in örtlichen Veranstaltungen etc. zu nutzen.

Ab dem 31.3. wird der Vorbereitungsausschuss in Frankfurt unter der Telefonnummer 0611/518494 zu erreichen sein.

Für die Teilnahme am Kongress selbst wurde ein Beitrag von DM 12,- festgesetzt, in dem sowohl die Kongressmappe wie auch der Eintritt für das „Rock gegen Rechts“-Konzert am Samstag enthalten sind. Die Kongressmappe soll alle Stellungnahmen, Beiträge usw. enthalten, die noch bis zum Kongress vorliegen bzw. die noch bis zum 26.3. beim Vorbereitungsausschuss eingegangen sind. (Bitte in druckfähiger Vorlage). Die Frankfurter Antifaschisten kümmern sich um die Organisation zentraler Schlafplätze. Es würde allerdings viel erleichtern, wenn möglichst viele Kongreßteilnehmer auf eigene Initiative unterkommen könnten.

Im Rahmen des „Rock gegen Rechts“-Konzerts wird es in einem zweiten Raum die Möglichkeit geben, mit verschiedenen kulturellen Beiträgen (Theater, Film etc.) aufzutreten. Alle Gruppen sind aufgefordert, ihr Material mitzubringen und dort zu zeigen. Für Ausstellungen, Wandzeitungen, Büchertische etc. wird genug Platz da sein.

Ganz dringend fordert der Vorbereitungsausschuss dazu auf, sich Möglichkeiten von Spenden zu überlegen. Diese werden dringend gebraucht. Eine Möglichkeit ist der Verkauf eines Anti-Strauß-Plakats, das uns ein Antifaschist zur Verfügung gestellt hat und das gegen

DM 4,- abgegeben wird (zu bestellen über: D. Schulze Marmeling, Hornstr. 30, 44 Münster, Tel. 0251/56669).

Hier noch einmal die Kontaktadresse und Kontonummer des Kongresses: Gerd Nitzsche, Hallerstraße 4, 8500 Nürnberg 90, Tel. 0911/37 40 45

G. Nitzsche - Sonderkonto
Postscheck-Kto.: 54730 - 855
BLZ 76010085
Postscheckamt Nürnberg

Arbeitsgruppen

1. Kampf gegen Neonazismus: Kontakt: Antifaschistischer Schüler-Meeting, 4400 Münster, Hornstraße 30, Tel. 0251/56669
2. Rock gegen Rechts: Antifaschistischer Arbeitskreis, Gerd Nitzsche, Hallerstraße 4, 8500 Nürnberg 90, Tel. 0911/374045
3. Prozesse gegen Antifaschisten: Streuer, Prozesse gegen politische Gegner: IKAH, Lärchenstraße 75, 2000 Hamburg 50, c/o 2. Rechts Verlag
4. Verjährung / Altlasten: c/o Vorbereitungsausschuss
5. Antifaschistische Frontlinie: Jürgen Michaelis, Neustadtstraße 17, 1000 Berlin 87
6. Ravensbrück / Landfrauenstellen: c/o Vorbereitungsausschuss
7. Schwule und Lesben: Antifa-Gruppe der aha Westberlin e.V., Sonnenstraße 50, 1000 Berlin 19
8. Antifaschistische Jugendarbeit: Jürgen Senger, Hildesfelder 6, 3016 Seelze 7
9. Grundgesetz / Staatsvertrag: c/o Vorbereitungsausschuss
10. Braune bei den Grünen: Antifa-Kommision des KB, Lärchenstraße 75, 2000 Hamburg 50
11. Frauen und Faschismus: Olafia Felke, Am langen Kamp 4, 3000 Hannover 51
12. Wirtschaftliche und politische Entwicklung in der BRD: c/o Vorbereitungsausschuss
13. Arbeiterbewegung und Faschismus: Gerd Hübner, Postfach 102 2314, 2290 Flensburg
14. Polizei- und Überwachungsstaat: c/o Vorbereitungsausschuss
15. Antisemitismus: c/o Vorbereitungsausschuss

Programmablauf des „Antifaschistischen Bundeskongresses“, Ostern 1980 (4.4. - 6.4.)

Freitag, 4.4.80
ab 14 Uhr **Anmeldung, Vergabe der Schlafplätze, Verteilung der Armatenmaterialien, Aufbau von Infoständen, Ausstellungen usw.**
ab 18 Uhr **Plenarversammlung (1) zum Thema: „Antifaschistischer Kampf unter der Bedingung der Strauß-Kandidatur“**
Mit Beiträgen der einzelnen Antifa-Arbeitskreise und drei kurzen Beiträgen zur Diskussion: a) zum Plenumsthema selbst, b) zum politischen Hintergrund der Kandidatur / Entwicklung der BRD, c) für welche Politik steht Strauß?

Samstag, 5.4.80
ab 9 Uhr **Arbeitsgruppen**
Zeit für den Erfahrungsaustausch der Antifa-Arbeitskreise untereinander, Besuch von Info-Ständen, Büchertischangebot, kein Plenumsthema vorgesehen
15 Uhr **großes Rock gegen Rechts Konzert mit folgenden Gruppen:**
Bohrmaschine Bornheim (Prolet Rock)
Newborn Life (Rock)
Mark-Makker-Band (Rock'n Roll)
Abendkasse für Nicht-Kongress-Besucher DM 4,-

Sonntag 6.4.80
10 Uhr **Plenarversammlung (2) zum Thema: „Antifaschistische Politik heute - ein Erfahrungsaustausch“.** Mit Beiträgen der Antifa-Arbeitskreise und drei kurzen Beiträgen: a) Ansätze antifaschistischer Arbeit, Erfahrungen vor Ort, b) verbesserte Kommunikation untereinander - das antifaschistische Info, c) Aktionseinheitspolitik.
14 Uhr **kurze Berichte / Ergebnisse der Arbeitsgruppen**
Während des Kongresses ist für ein antifaschistisches Kinderprogramm gesorgt

Weitere Informationen zum Kongress könnt Ihr auch den in Kürze erscheinenden „Antifaschistischen Informationen“ entnehmen. Zu bestellen bei Gerd Rübenstrunk, Laarer Straße 168, 4900 Herford.

Anzeige Antifaschistische Informationen

NEU

40 Seiten
DM 2,50

In diesen Tagen erscheint die „O-Nummer“ der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN.

Unsere Themen:

- Erfahrungsberichte aus der antifaschistischen Praxis (Frankfurt: Kampf gegen Nazibuchladen, Stuttgart: Antifaschistische Jugendhausarbeit, ROCK GEGEN RECHTS, NRW: Kampagne gegen die „Harting-Bande“ sowie weitere Beiträge aus Hamburg, Bremen, Hildesheim und Pforzheim)

- Antifaschistischer Bundeskongress
- Wir über uns (Unsere Ziele, Info-Statut, Finanzen u.a.m.)

Die „O-Nummer“ der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN ist die erste Ausgabe des neugegründeten antifaschistischen Informationsdienstes (Der AK hat in der Vergangenheit mehrfach über Ziele und Zustandekommen dieses Projektes berichtet).

Wie man/frau bei uns bestellt

Die Auslieferung der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN erfolgt nur gegen Vorkasse. Unser geringes „Finanzpolster“ läßt keinen anderen Weg zu; außerdem wollen wir unseren Mitarbeitern/innen dadurch das lästige Schreiben von Rechnungen, Mahnungen usw. ersparen. Also: Zuerst eure Zahlung, danach unsere Lieferung.

Bestellt und bezahlt wird über das

Postscheckkonto Nr. 9137-434 beim Postscheckamt Essen (Andrea Berlin).

Aus dem Empfängerabschnitt Eurer Zahlkarte/Überweisung muß unbedingt der Absender, die Bestellmenge bzw. der Verwendungszweck deutlich lesbar angegeben sein. Andernfalls können wir Euch nicht beliefern und müssen den Zahlungseingang als Spende verbuchen.

Einzelbesteller und Initiativen

Der Verkaufspreis der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN beträgt DM 2,50. Bei Einzelbestellungen müssen wir für Porto und Versandmaterial einen Aufschlag von DM 1,- pro Bestellung berechnen. Das heißt: Wer ein Exemplar haben will, zahlt DM 3,50 ein. Wer zwei Exemplare bestellt, zahlt 2 x 2,50 DM + 1,- DM = 6,- DM. Wer fünf Exemplare haben will, entsprechend 13,50 DM usw.

Antifaschistische Aktion

Bremen

Die in der Schule vermittelten Kenntnisse über Reaktion und Faschismus reichen nicht aus, der ständigen Gefahr von Rechts entgegenzuwirken. Mit dieser Begründung führte die antifaschistische Schülergruppe einen antifaschistischen Tag am Schulzentrum Alwin-Lonke-Straße in Bremen durch. Die selbstgefertigte Ausstellung zu Neonazigruppen, zu Strauß und zum historischen Faschismus, Schülermusik und -theatergruppen und eine Podiumsdiskussion fanden großes Interesse bei Schülern und Lehrern.

Die Schüler hatten sich in der Vorbereitung gegen die Meinung der Schulleitung durchsetzen müssen, daß die Veranstaltung gegen alle „Radikalen“ gerichtet sein müsse. Von Teilen der Schülerschaft wurde dann auch darauf geachtet, daß ihr antifaschistischer Tag nicht als „kommunistisch“ verdächtigt würde; sie ließen keinen Zeitungs- und Materialverkauf von linken Organisationen zu.

Umstritten blieb es auch, ob Anti-Strauß-Agitation Inhalt des Antifaschistischen Tages sein dürfe. Das ließen sich allerdings die Schüler der Antifaschistischen Gruppe nicht verbieten.

An einer anderen Bremer Schule war die Durchführung eines solchen antifaschistischen Tages von vornherein verboten worden.

KB-Bremen

Braunschweig

In der Woche vom 25. - 29.2. führte die VVN in Braunschweig eine anti-

Ab 20 Exemplaren braucht kein Porto mehr bezahlt werden. 20 Stk. der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN kosten also 50,- DM.

Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren gibt es Rabatt, nämlich 20 Prozent. Örtliche Antifaschistische Initiativen, die die ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN weiterverkaufen, sollen nicht draufzahlen müssen, wenn sie z.B. von 70 bestellen - und im voraus bezahlten Exemplaren - nur 60 verkaufen. Deshalb gibt's Rabatt. Die 70 Exemplare würden also nur 140 DM kosten (Stückpreis 2,- DM), der Verkauf von 60 Stück würde 150 DM hereinbringen.

Buchläden

Buchläden bekommen auf alle Bestellungen 30 Prozent Rabatt, müssen also pro Exemplar DM 1,75 zahlen.

Abonnements

Drei Ausgaben der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN kosten im Abonnement DM 10,- (einschließlich Porto). Dafür ist ein Vermerk auf der Zahlkarte/Überweisung notwendig (z.B.: „Abo ab Nr. 0“). Das Abo wird nicht automatisch verlängert! Nach drei Ausgaben wäre dann eine erneute Zahlung fällig. Wer will, kann natürlich auch von vornherein z.B. 20 DM für sechs Ausgaben überweisen - das muß dann aber auf dem Empfängerabschnitt vermerkt werden.

Mitarbeit/Mitgliedschaft

Darüber informiert ausführlich die „O-Nummer“ der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN. An dieser Stelle nur soviel: Wir sind an antifaschistischen Einzel- oder Gruppenbeiträgen jederart (Berichte aus der antifaschistischen Praxis, Artikel, Meldungen über Nazi-Umtriebe usw.) sowie an Themenvorschlägen, Anregungen usw. brennend interessiert. Dazu wendet Euch bitte an unsere Redaktionsadresse:

Dazu wendet Euch bitte an unsere Redaktionsadresse:

Gerd Rübenstrunk
Laarerstr. 168
4900 Herford

Redaktionssschluß für die nächste Ausgabe der ANTIFASCHISTISCHEN INFORMATIONEN ist der 5. Mai 1980.

faschistische Woche durch. Neben einer ausführlichen dokumentarischen Ausstellung über den antifaschistischen Widerstand in Niedersachsen zwischen 1933 und 1945 wurden noch Veranstaltungen über antifaschistische Politik heute, Behandlung des Nationalsozialismus an den Schulen und ein Kulturabend durchgeführt. Diese antifaschistische Woche, die u.a. durch die hohe Besucherzahl als Erfolg einzuschätzen ist, wurde allerdings durch das Verhalten der VVN getrübt.

Nachdem der Antifaschistische Arbeitskreis Braunschweig der VVN eine Mitarbeit (Ausstellung über Neonazis, eigene Veröffentlichungen, Diskussionsbeiträge) angeboten hatte und das nur mit hochtrabender Ignoranz beantwortet wurde, sollte wenigstens bei einer Podiumsdiskussion ein Büchertisch des Arbeitskreises die Information über Faschismus/Antifaschismus verbreitern. Auch hier Fehlanzeige! Dem Arbeitskreis wurde von Seiten des Kreisvorstandes der VVN das Aufstellen des Büchertisches verboten!

Zur Begründung dieses Verbotes mußte erst einmal die Chaoten-Schublade herhalten; dann wurde geäußert, der Antifa-Arbeitskreis wolle sich nur an die Veranstaltung anhängen, und zum Schluß der „Begründungen“ wurde noch das positive Verhältnis zur Sowjetunion strapaziert.

Eine kurze Bemerkung zum Schluß: Einige Mitglieder der VVN hatten nichts gegen einen Büchertisch des antifaschistischen Arbeitskreises einzuwenden. Mit Erscheinen des Kreisvorsitzenden aber wurde das Verbot dann doch durchgesetzt.

Ein Genosse aus Braunschweig

Fortsetzung nächste Seite

Aktionsbündnis Rock gegen Rechts — Frankfurt, März 1980



1. Das Frankfurter Aktionsbündnis Rock gegen rechts hat zum Ziel, einen eigenen Beitrag zur Stärkung des Antifaschismus in diesem Land zu leisten. Es will mit seinen Aktivitäten eine Isolierung faschistischen Gedankenguts und faschistischer Organisationen unter den Jugendlichen erreichen. Es will die Jugendlichen mobilisieren, selbst gegen alle Formen des Rechtsradikalismus aktiv zu werden. Unsere Ablehnung des Faschismus wollen wir durch Aufklärung und Information begründen. Wir wollen aber auch unseren Gefühlen und Empfindungen gegenüber den Verbrechen des Nazismus Ausdruck verleihen. Wir setzen Menschlichkeit, Solidarität und Lebensfreude gegen Rassismus, Kriegs- und Mordhetze. Dies wollen wir mit den Mitteln der Rockmusik, aber auch mit anderen kulturellen Ausdrucksformen deutlich machen.

2. Das Aktionsbündnis sieht das Auftreten neofaschistischer Gruppierungen und deren relative Erfolge vor dem Hintergrund des allgemeinen politischen und psychologischen Klimas in der BRD. Die perspektivlose Ausbildungs-, Berufs-, Wohn- und Lebenssituation vieler Jugendlicher, das Abwürgen selbständiger Initiativen, die scheinbare Aussichtslosigkeit gemeinsamen Widerstands verbunden mit den erstarkenden rechtskonservativen Tendenzen in der Politik sind die Basis, von der aus die Neonazis operieren.

3. Die erfreulich angewachsenen antifaschistischen Proteste haben in den letzten Jahren die NPD, immer noch die stärkste neofaschistische Organisation, in der Öffentlichkeit zurückdrängen und dieser Partei zunehmend Schwierigkeiten bereiten können. Dennoch versucht die NPD auch in diesem Jahr, ihr nationales „Deutschlandtreffen“ am 17. Juni in Frankfurt stattfinden zu lassen. Daher wird das Aktionsbündnis erneut ein großes Rock gegen rechts-Festival zu diesem Anlaß durchführen. Antifaschisten, die im letzten Jahr noch nicht an RGR beteiligt waren, sind herzlich eingeladen, mitzumachen.

Neben der Verhinderung des NPD-Aufmarschs wollen wir auch den Widerstand gegen die Frankfurter Neofaschisten stärken, die gerade vor kurzem mit einer NSDAP-Gründung hervorgetreten sind, und auf die Gefahren aufmerksam machen, die mit der Kandidatur von F.J. Strauß verbunden sind. Rock gegen rechts wird allerdings keine Wahlempfehlung abgeben und sich nicht vor einen parteipolitischen Karren spannen lassen.

4. Im Aktionsbündnis Rock gegen rechts kann jeder Antifaschist mitmachen — Organisationen wie Einzelpersonen. Unvereinbarkeiten gibt es nicht. Das Gleiche gilt für die überregionale Unterstützung, um die wir uns auch in diesem Jahr bemühen werden. Das Aktionsbündnis ist eine Mischform zwischen einem Organisationen-Bündnis und einem Komitee aus Einzelpersonen. Um niemanden zu benachteiligen, streben wir daher in allen wichtigen Fragen Übereinstimmung (Konsens) an. In jedem Fall muß es für Beschlüsse tragfähige Mehrheiten geben, die die Zustimmung eines repräsentativen Spektrums der Teilnehmer finden.

Die Zusammenarbeit im Aktionsbündnis soll solidarisch sein und gegenseitige Vorurteile zwischen den beteiligten Gruppen abbauen helfen. Bei allen unseren Aktivitäten soll die gemeinsame antifaschistische Zielsetzung im Mittelpunkt stehen.

5. Das Aktionsbündnis begrüßt den Versuch einer Einigung zwischen den unterschiedlichen Bündnissen des letzten Jahres. Das Aktionsbündnis wird im neuen „antifaschistischen Bündnis Frankfurt“ konstruktiv mitarbeiten. Dies eröffnet die Möglichkeit, unterschiedliche notwendige Initiativen zum 17. Juni — z.B. mit den Zielgruppen Gewerkschaften, Jugendliche, Stadtteile — miteinander zu koordinieren.

Im Rahmen des antifaschistischen Bündnisses Frankfurt führt das Aktionsbündnis RGR das Rockfestival durch. Aktivitäten des DGB werden wie im Vorjahr wärmstens unterstützt.

Für die Zusammenarbeit im antifaschistischen Bündnis Frankfurt muß eine Form gefunden werden, die Ungleichheiten oder Ungerechtigkeiten bei der Behandlung einzelner Bündnispartner ausschließt.

6. Das Aktionsbündnis kennt auch in musikalischer Hinsicht keinerlei Unvereinbarkeiten. Alle Künstler, die uns unterstützen wollen, sind uns willkommen. Parteipolitische Bevorzugungen oder Benachteiligungen kommen für uns nicht infrage. Für alle Musiker und anderen Künstler, die ein Interesse daran haben, an unserem Rockfestival mitzuwirken, ist die Frankfurter RGR-Musikerinitiative die Anlaufstelle. Die Musikerinitiative erarbeitet einen Vorschlag für das kulturelle Programm und legt ihn dem Aktionsbündnis zur endgültigen Entscheidung vor.

Der oben stehende Text wurde vom Frankfurter Aktionsbündnis RGR beschlossen. Über die konkrete Konzeption in diesem Jahr bestehen folgende Überlegungen:

— RGR-Festival am 14./15.6. (Wochenende) auf dem Frankfurter Rebstockgelände (ähnlich wie im Vorjahr; allerdings sollen nicht nur Rockgruppen, sondern auch Folklore und Liedermacher eingeladen werden. Dazu wird ins Auge gefaßt, eine zweite, kleinere Bühne aufzustellen).

— Dezentrale Aktivitäten der antifaschistischen Bürgerinitiativen und Gruppen in den Stadtteilen am 16.6. (wie auch schon in der Vorwoche).

— Sternmärsche am 17.6. (Dienstag); ganz Frankfurt wird von Demonstrationen und Kundgebungen „überschwemmt“; eventuell RGR von mehreren kleinen Bühnen im Innenstadtbereich.

Eine Zusammenfassung von Rock gegen rechts und dem traditionellen VVN-Bündnis in einem übergreifenden „antifaschistischen Bündnis Frankfurt“ (siehe AK 173, S. 53 und Punkt 5 der Erklärung von RGR) wird es wohl kaum geben. VVN, DKP und DFU haben inzwischen erklärt, sie würden lieber zur „alten Konstellation“ des vergangenen Jahres zurückkehren. Die DKP bat darum, ihr zu glauben, daß der Grund nicht in einer Unvereinbarkeit der Zusammenarbeit mit Gruppen wie dem KB oder der GIM läge (These 41), sondern darin, daß es nicht gelungen sei, einzelne Gewerkschaftsvertreter zu gewinnen, mit denen man in den vergangenen Jahren habe zusammenarbeiten können. An einer Koordinierung der verschiedenen Bündnisse wurde jedoch weiterhin Interesse geäußert. Die SDAJ bleibt (im Unterschied zum Vorjahr) im Aktionsbündnis RGR.

Kontaktadresse bleibt vorläufig (wird demnächst geändert):
Aktionsbündnis RGR (bzw. RGR-Musikerinitiative),
Kleine Hochstraße 5, 6000 Frankfurt

Fortsetzung von Seite 36

Münster

Am 17. März wollte die „Volksbewegung für Generalamnestie“ (VOGA) in Zusammenarbeit mit der „Deutschen Volksunion“ (DVU) und der „Aktion Deutsche Einheit“ (AKON) eine Veranstaltung zum Thema „Die Ehre des deutschen Soldaten — Antwort auf eine Lügenhetze“ durchführen. Die Räumlichkeiten für diese neuerliche Nazi-Provokation in der CDU-Hochburg, hatte zunächst die „Münsterlandhallen GmbH“, in deren Aufsichtsrat namhafte Lokalpolitiker sitzen, zur Verfügung gestellt. Nachdem die VVN und die im Münsteraner Rat vertretene „Grüne Alternative Liste“ öffentlich gegen die Veranstaltung und ihre

Genehmigung protestierten, sah sich der Aufsichtsrat genötigt, den Nazis die Räumlichkeiten im „Lindenhof“ kurzfristig wieder aufzukündigen.

Die Nazis erwirkten allerdings noch am Tag der Veranstaltung eine einstweilige Verfügung gegen den Entscheidung der „Münsterlandhallen GmbH“. Daraufhin versammelten sich gegen Abend ca. 100 Antifaschist(innen) vorm Ort des Geschehens. Durch diverse Nebeneingänge und unter dem Schutz der Polizei gelangten schließlich ca. 50 Nazis, zumeist älteren Jahrgangs, in den Saal.

Die Veranstaltung nahm jedoch ein jähes Ende, nachdem sich hier, auf bis heute ungeklärte Weise, ein bestialischer Gestank ausgebreitet hatte.

Antifa-Kommission NRW

Urteilsverkündung im Hofmann/Heinzmann-Prozeß

Die Neuauflage des sogenannten „Prinz-Karl“-Prozesses ging am 14.3. nach sechsmonatiger Verhandlung mit der Verurteilung aller Angeklagten zu Ende.

Die drei angeklagten Antifaschisten wurden wegen „gemeinschaftlicher Nötigung“ zu Geldstrafen zwischen DM 2.250 und 3.150 verurteilt. Die Prozeßkosten haben sie anteilmäßig zu zahlen, das sind für jeden ca. DM 50.000 (III).

Die faschistischen Schläger Hoffmann, Rössner (beide WSG), Heinzmann (Vorsitzender des HTS) und Lehrer (I) Dieterle wurden wegen schweren Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen sechs und sieben Monaten auf Bewährung und zu Geldstrafen zwischen DM 1.000 und 2.000 verurteilt.

Gegenstand des Prozesses war eine brutale Schlägerei mit mehreren Verletzten, die von der Wehrsportgruppe Hoffmann und dem Hochschulring Tübinger Studenten (HTS) am 4.12.76 in der Tübinger Altstadt angezettelt wurde. 200 Antifaschisten versuchten damals eine Söldnerwerbungsveranstaltung für Rhodesien des HTS (mit Karl-Heinz Hoffmann als Referenten) zu verhindern, indem sie sich vor dem Veranstaltungsort (Mensa „Prinz-Karl“) versammelten.

Als die Versammlung sich bereits wieder auflösen begann, versuchten die faschistischen Schläger völlig unerwartet, sich mit Stahlruten, Holzknüppeln und anderen Totschlägern den Weg zum Veranstaltungsraum freizuknüppeln.

Die bereitstehende Polizei griff erst sehr spät ein. Es gab etliche schwere Verletzungen.

Groteskerweise befanden sich im ersten „Prinz-Karl“-Prozeß nicht nur ein Teil der Schläger auf der Anklagebank, sondern auch drei willkürlich herausgegriffene Antifaschisten.

Hoffmann wurde zu zehn Monaten Teil der Schläger auf der Anklagebank, sondern auch drei willkürlich herausgegriffene Antifaschisten.

Hoffmann wurde zu zehn Monaten mit Bewährung, Heinzmann zu DM 900 Geldstrafe verurteilt. Alle anderen Faschisten — insgesamt acht — wurden freigesprochen. Während auch zwei der Antifaschisten freigesprochen wurden, bekam der dritte eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung.

Dieses Urteil wurde dann wegen eines Formfehlers aufgehoben. Ferner rügte der Bundesgerichtshof, daß die beiden Antifaschisten zu Unrecht freigesprochen wurden. Unabhängig von ihrem Tatbeitrag sei „Mittäterschaft“ anzunehmen, wenn ihr Wille darauf gerichtet war, den Tatwillen der anderen Demonstranten zu bestärken („geistige Mittäterschaft“). Von Bedeutung könne sein, „daß es ihnen aus politischen Gründen darauf ankam, daß die Veranstaltung des HTS nicht stattfindet“.

Entsprechend sah auch die Neuauflage des Prozesses im Herbst letzten Jahres aus. Wurde im ersten Prozeß der politische Hintergrund völlig außer Acht gelassen und das ganze als „wüste Schlägerei zwischen rechts und links“ abgetan, so bot die Neuverhandlung ein ganz anderes Bild: Jetzt ging es nicht mehr um den Nachweis einer strafbaren Handlung der Antifaschisten (was freilich auch mißlungen wäre), sondern ihre damalige und jetzige antifaschistische Gesinnung stand vor Gericht.

Daher Fragen wie: „Sind sie Mitglied im Antifa-Komitee?“ — „Haben sie Parolen gerufen?“ — „Würden sie heute wieder so handeln?“ etc. sowie penetrante Fragen nach Bekannten.

Zugleich wurde die solidarische Öffentlichkeit durch Paßkontrollen, Durchsuchen der Taschen und Abtasten nach Waffen kriminalisiert.

Das Urteil bedeutet eine klare Strafverschärfung. Allein die antifaschistische Gesinnung wurde verurteilt. Die bloße Anwesenheit der drei Angeklagten am 4.12.76 genügte, um den Tatbestand der Nötigung zu erfüllen.

Das ganze natürlich vor dem Hintergrund des WSG-Verbots und einer erneuten Prügelei von WSG und Heinzmann erst am 8. März in Nürnberg (zwei Verletzte).

Ein Widerstandsrecht wurde den Angeklagten vom Gericht rundum abgesprochen, da andere Mittel (?) des Protestes zur Verfügung gestanden hätten. Zumal all das, was heute über die WSG bekannt sei, damals noch nicht bekannt gewesen sei! Diese Behauptung stellt eine besondere Frechheit dar. So berichteten doch schon lange vor dem Vorfall am 4.12.76 verschiedene Medien ausführlich über die WSG. Bereits

im Verfassungsschutzbericht von 1974 wird sie erwähnt.

Für Hoffmann wurde das Strafmaß von zehn Monaten auf sieben Monate zur Bewährung gesenkt. Ein Plan von vornherein, auf jeden Fall gewaltsam vorzugehen, sei ihm nicht nachzuweisen. Er wollte es wohl zuerst einmal, so das Gericht, ohne Gewalt versuchen.

Unglaublich, wenn man bedenkt, daß ein halbes Dutzend Demonstranten z.T. erheblich verletzt wurden. „Daß dabei nicht noch schwerere, wenn nicht gar tödliche Verletzungen verursacht wurden, insbesondere durch das von Hoffmann verwendete lebensgefährliche Nunchaku, ist letztlich glücklichen Umständen zuzuschreiben“ („SWT“, 18.3.80).

Nachdem der Prozeß monatelang verschleppt wurde, wurde er in den letzten Wochen geradezu durchgepeitscht. Die Solidaritätsarbeit wurde dadurch erheblich erschwert.

Dennoch erschienen über 300 Leute zur Urteilsverkündung. Der Gerichtssaal faßte gerade 50. Ein großes Polizeiaufgebot war aufgeföhren. Vor dem Gerichtsgebäude wurde lautstark der Freispruch der Antifaschisten ge-

fordert. Im Gerichtssaal kam es zu zahlreichen Zwischenrufen und Mißfallensbekundungen. Ein Transparent mit der Aufschrift „Der Kampf geht weiter — Freispruch für die angeklagten Antifaschisten“ wurde entrollt. Das sorgte für Aufruhr. Richter Dippon und Anhang verließen fluchtartig den Saal. Die Personalien von drei Leuten wurden aufgenommen, eine Ordnungsstrafe von 1/2 Tag Haft und DM 300 ausgesprochen, sowie zwei lebenslange Hausverbote mit Ausnahme des Falles einer Ladung erteilt.

Empört über die Urteilsverkündung formierte sich noch ein Demonstrationzug zu einer spontanen Demonstration durch die Innenstadt.

Klar wurde, daß sich der antifaschistische Widerstand in Tübingen auch durch dieses Urteil nicht einschüchtern läßt.

Spenden für die hohen Prozeßkosten auf folgendes Konto:
Sonderkonto Antifaschismuskomitee
Konto-Nr. 459 228
Kreissparkasse Tübingen

Ein Tübinger Sympathisant



Dieterle



Hoffmann

Aus der Nazi-Szene Aus der Nazi-Szene

Nach dem WSG-Verbot: Hoffmann macht weiter!

Einen Tag nach dem spektakulären Verbot der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ (WSG), dem 1.2. bestätigte die Generalstaatsanwaltschaft in Nürnberg die Einstellung eines Verfahrens gegen Mitglieder der WSG wegen Körperverletzung. Begründung: Es gebe keine Anhaltspunkte, daß es sich um ein geplantes Unternehmen der Gruppe gehandelt habe.

Ebenfalls vom 1.2. datiert eine Pressemitteilung des „Tübinger Instituts zur Bekämpfung kommunistischer Menschenrechtsverletzungen“, unter Federführung von Hoffmann Freund Axel Heinzmann (HTS), gegen das Verbot der Hoffmann-Bande.

Am 16.2. führte dieses „Komitee“ zusammen mit 20 WSG-Sympathisanten in Nürnberg eine Demonstration durch. Da diese vom Amt für öffentliche Ordnung verboten worden war, nahm die Polizei 11 Personen vorübergehend fest und erstattete Anzeige wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz („NN“, 20.2.80).

Nur kurze Zeit später stand Hoffmann höchstpersönlich schon wieder in der Fußgängerzone und übte sich im „Bürgerdialog“ („NZ“, 18.2.80).

Kurz vor Ablauf der Einspruchsfrist gegen das WSG-Verbot wandte sich Hoffmann an das Bundesverwaltungsgericht in Westberlin, das sich nun mit der Überprüfung des Verbotes seiner Bande befassen soll.

Am 8.3. tauchte Hoffmann an einem Anti-Strauß-Büchertisch in der Nürnberger Innenstadt auf und fotografierte in provokatorischer Manier Mitglieder des Anti-Strauß-Komitees. Als die Polizei einschritt und den Fotoapparat beschlagnahmte, kam es zu einer Schlägerei zwischen der Polizei und Hoffmann, sowie dessen plötzlich auftauchenden Anhängern. Die Hoffmann-Jünger gingen sogar militant gegen Passanten vor. Die Polizei nahm Hoffmann und einige seiner WSG'ler fest, ließ aber alle nach drei Stunden wieder frei. Auch für diesen Tag hatte Hoffmann wieder eine Kundgebung angemeldet gehabt, die aber verboten worden war („NN“, 10.3.80).

Als Gipfel staatlicher Unverfrorenheit wurde Hoffmann nun in der Revisionsverhandlung im Tübinger Prozeß zu siebenmonatigen Haftstrafen verurteilt, während die 1. Instanz sich noch zu 10 Monaten durchringen konnte.

Von der Wirksamkeit eines Verbotes kann hier wirklich nicht gesprochen werden. Nach wie vor gehor-

Hoffmann in den Knast, um die Öffentlichkeit vor ihm zu bewahren!

KB/Gruppe Nürnberg

Oberkreisdirektor „prüft“ Harting-Einspruch

Die Stadt Kamen hat vor einiger Zeit die Schließung des auf dem „Gut Barenbräcker“ beheimateten berüchtigten „JN-Landeszentrums“ verfügt, das Ausgangspunkt vieler Nazi-Provokationen war. Zwischenzeitlich haben Karl-Heinz Harting (Kopf der nach ihm benannten „Harting-Bande“) und Gattin Christa gegen die einstweilige Verfügung der Stadt Widerspruch eingelegt. Nachdem dies zunächst ohne Angabe von Gründen erfolgte, ist nun beim hierfür zuständigen OKD eine ausführlichere Begründung eingegangen.

In dieser behauptet Christa Harting, in ihrer Funktion als Eigentümerin des Nazi-Hofes, der als „JN-Landeszentrum“ fungierende Komplex des Gutes sei seit dem 1. Januar 1980 an einen Mieter aus Dortmund überlassen worden. Insofern wende sich die Stadt Kamen mit ihrer Ordnungsverfügung an die falsche Adresse.

Desweiteren können es sich die Hartings einmal mehr nicht verkneifen, abzustreiten, daß der Hof nicht nur landwirtschaftlichen, sondern gerade auch politischen Zwecken diene. Was dort vorgehe, „welche Bilder, Plakate oder Fahnen der Mieter an seine Wände hängt, oder wie viele Personenwagen zu Familienfeiern (?) vor seiner Haustür stehen und welche Gäste er zu solchen Anlässen empfängt“, sei nicht ihr Bier, sondern Privatangelegenheit des Mieters (Informationen nach „WAZ“, 6.3.80).

Von dem Anfangs seitens der zuständigen Behörden, zur Überbrückung der Antifaschisten, an den Tag gelegten plötzlichen Elan in dieser Angelegenheit, ist heute nichts mehr zu verspüren. Schon ist der Lokalpresse zu entnehmen, daß mit dem zunächst angekündigten kurzfristigen Entscheid des OKD in Sachen „Gut Barenbräcker“ nicht mehr zu rechnen sei. Was anstehe, sei eine „eingehende Prüfung“ des „umfangreichen Widerspruchsbegründung“. Dies wird, so Kreispressechef Egbert Teichmann, „einige Zeit dauern, weil die Entscheidung Hand und Fuß haben soll“.

Antifa-Kommission NRW

Neonazis vor Gericht

Westberlin. Nachdem im August 1979 die Nazi-Gruppe um Wolfgang Rahl wegen Neugründung der NSDAP verurteilt wurde — damals ausdrücklich mit dieser politischen Begründung, und mit insgesamt recht hohen Strafen (Rahl z.B. sitzt für drei Jahre) — hat jetzt ein Schöffengericht in Moabit wieder die altgewohnte Milde hervorgekramt. Vier Angeklagte aus dem Rahl-Kreis — der NSDAP-Kassenwart, ein 24-jähriger Angestellter; ein 30-jähriger Tischler und seine Frau (27), beide offenbar „einfache“ NSDAP-Mitglieder; und ein 24-jähriger NSDAPler wurde zu acht Monaten auf Bewährung (für den Kassenwart) bzw. zu Geldstrafen zwischen 3.600 und 1.500 Mark verurteilt. Einer der Angeklagten brauchte gar nicht erst vor Gericht zu erscheinen, da nur eine „geringfügige Strafe“ zu erwarten war; gegen einen 71-jährigen Rentner, der eigentlich auch angeklagt war, wurde das Verfahren ganz eingestellt (er hat, aus einem anderen einschlägigen Verfahren, schon eine Bewährungsstrafe). Gegen zwei weitere Nazis wurde das Verfahren ausgesetzt — sie waren vor Gericht nicht aufgetaucht! Der ganze Prozeß fand im übrigen, auf Antrag des Staatsanwalts, unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt — mit der denkwürdigen Begründung, das sei im „Interesse der Wahrheitsfindung“! („Tagesspiegel“, 26.2.80).

Frankfurt. Ein 25-jähriger Arbeiter, der am 20. Juni 1979 in Oberursel/Taunus die Wände einer Kirche mit Hakenkreuzen und SS-Runen beschmiert hatte, wurde zu 14 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Gegen einen Komplizen wird noch gesondert verhandelt („FR“, 17.3.80).

Verglichen mit den lahmen Bewährungs-„strafen“ gegen prominente Nazis wie Hoffmann, Schönborn, Müller usw. scheint hier die Klassenjustiz an einem relativ „kleinen Licht“ mal die volle Härte des Gesetzes demonstriert zu haben.

München. Wegen Fluchtgefahr wurde der 19-jährige Anführer der „Jungen Front“ — Jugendtrupp der „Volkssozialisten“ des Nazis Busse — verhaftet. Aktueller Anlaß war der Überfall der „Front“-Nazis auf einen Buchladen, wo ca. 10 Schlagentypen die Einrichtung demolierten und den Besitzer bedrohten. Anschließend stürzten sie die Vorführung eines Dokumentarfilms. Zuvor waren sie in München schon des öfteren wegen Tragens SS-ähnlicher Uniformen aufgefallen; und 1979 hatten sie in Nürnberg auf dem „Reichsparteitag“ volle Härte des Gesetzes demonstriert zu haben.

München. Wegen Fluchtgefahr wurde der 19-jährige Anführer der „Jungen Front“ — Jugendtrupp der „Volkssozialisten“ des Nazis Busse — verhaftet. Aktueller Anlaß war der Überfall der „Front“-Nazis auf einen Buchladen, wo ca. 10 Schlagentypen die Einrichtung demolierten und den Besitzer bedrohten. Anschließend stürzten sie die Vorführung eines Dokumentarfilms. Zuvor waren sie in München schon des öfteren wegen Tragens SS-ähnlicher Uniformen aufgefallen; und 1979 hatten sie in Nürnberg auf dem „Reichsparteitag“ Gelände eine Nazi-Versammlung abhalten wollen („Tagesspiegel“ und „Welt“, 4.3.80).

Celle. So geht's: Im September 1979 endete unter großem Presse- und Medienaufwand der Prozeß gegen die Nazi-Bande um Michael Kühnen u. Co. Der Prozeß wie das Urteil wurden damals als ein entscheidender Schlag der BRD-Justiz gegen die militanten Nazi-Szene verkauft. In der Tat sitzt Kühnen seitdem; allerdings gab es damals einen Schönheitsfehler: Er wurde nicht als „Rädelführer einer terroristischen Vereinigung“ verurteilt, wie es, wenn die Justiz gegen Linke zu Felde zieht, natürlich auf der Hand läge. Also kündigte nach dem

Urteil die Bundesanwaltschaft an, sie werde in Revision gehen, um die Kühnen-Bande doch noch als „terroristische Vereinigung“ verurteilen zu lassen. Nun aber, kein Mensch spricht mehr von der ganzen Angelegenheit, „hat“ (die Bundesanwaltschaft) ihr Revisionsbegehren ... zurückgezogen“. Ergebnis: Kühnen sei kein Rädelführer, seine Nazi-Bande sei keine „terroristische Vereinigung“. Es lebe die Justiz! („Die Neue“, 8.3.80).

Dortmund. „Wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß wurde jetzt der Bocholter „NSDAP“-Aktivist Wübbels von der Dortmunder „Staatschutzkammer“ verurteilt. Die Anklage hatte Wübbels u.a. die Herstellung und Verbreitung der NS-Hetzschrift „Wille und Weg“ zur Last gelegt. Das Urteil: Ein Jahr Freiheitsstrafe, die zur „Bewährung“ ausgesetzt wurde.

Angesichts der auch in „Staatschutzkreisen“ wohlbekannten Tatsache, daß Wübbels bereits seit Jahren zu den führenden Figuren der hiesigen „NSDAP“-Szene gehört, ist das Dortmunder Urteil ein Hohn. Schlimmer sogar noch die Urteilsbegründung, in der es u.a. heißt: „Wer für den Nationalsozialismus ist, richtet sich deshalb nicht automatisch auch gegen den Bestand der Bundesrepublik. Auch wenn es in der Öffentlichkeit anders gesehen wird“ (zit. nach „die tat“, 14.3.80).

Wübbels ist ehemaliger SS-Angehöriger („Leibstandarte Adolf Hitler“). In der Neonazi-Szene zählt er zu den ersten Betreibern einer neuen „NSDAP“. Zeitweise schmückte er sich sogar mit dem Titel „Reichsleiter der NSDAP“. Er unterhält Kontakte zum „NSDAP/AO“-Führer Lauck (USA), zu NS-Propagandisten wie Thies Christophersen, Wolf-Dieter Eckart und zu kriminellen Nazi-Banden (z.B. zur Mainzer „NS-Kampfgruppe Müller“). Bereits 1974 trat Wübbels zusammen mit Lauck, Eckart u.a. bei einer von Thies Christophersen organisierten Nazi-Veranstaltung im Hamburger „Haus des Sports“ in Erscheinung. Im September 1975 fand auf Initiative von Wübbels im Wiesbadener Vorort Klarenthal unter der Tarnbezeichnung „Schießclub Bocholt e.V.“ eine Zusammenkunft von ca. 50 NS-Aktivisten statt, die die Gründung einer neuen „NSDAP“ beschlossen. Am 17.6.77 versuchte sich die NS-Bande um Wübbels mit Provokationen an der DDR-Grenze, die allerdings durch die niedersächsische Polizei und den BGS verhindert wurden. Von einem Strafverfahren in dieser Sache ist nichts bekannt. Ebenfalls 1977 fand trat Wübbels zusammen mit Lauck, Eckart u.a. bei einer von Thies Christophersen organisierten Nazi-Veranstaltung im Hamburger „Haus des Sports“ in Erscheinung. Im September 1975 fand auf Initiative von Wübbels im Wiesbadener Vorort Klarenthal unter der Tarnbezeichnung „Schießclub Bocholt e.V.“ eine Zusammenkunft von ca. 50 NS-Aktivisten statt, die die Gründung einer neuen „NSDAP“ beschlossen. Am 17.6.77 versuchte sich die NS-Bande um Wübbels mit Provokationen an der DDR-Grenze, die allerdings durch die niedersächsische Polizei und den BGS verhindert wurden. Von einem Strafverfahren in dieser Sache ist nichts bekannt. Ebenfalls 1977 fand eine Hausdurchsuchung bei Wübbels statt, an die sich ein Ermittlungsverfahren wegen Druck und Herausgabe der NS-Zeitschrift „Wille und Weg“ anschloß. Dieses Ermittlungsverfahren wurde 1978 von der Dortmunder Staatsanwaltschaft eingestellt! (Angeklagt war die Beweislage unzureichend). Eine weitere Hausdurchsuchung fand 1979 statt. Dabei wurden NS-Material und diverse Anweisungen zum Umgang mit Sprengmitteln aller Art bei Wübbels sichergestellt. Doch Wübbels ist weiterhin aktiv, auch in NRW: So unterhält er u.a. enge Kontakte zu einer paramilitärischen „NS-Kampfgruppe“, die vor allem aus Jugendlichen besteht und im Raum Willich aktiv ist.

Antifa-Kommission NRW

NPD gründet »Bürgerinitiative Ausländerstopp«

Bürgerinitiative Ausländerstopp

Am 26. 1. 80 trafen sich in Bochum Bürger aus allen Teilen des Landes Nordrhein-Westfalen, um der drohenden Überfremdung ihres Landes durch Ausländer Einhalt zu gebieten. Sie gründeten eine „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, um in Nordrhein-Westfalen eine Gesetzesinitiative zur Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in ihre Heimatländer durch ein Volksbegehren herbeizuführen.

Die Bürgerinitiative fordert:

1. Schluß mit der Überschwemmung unseres Landes mit Millionen Ausländern!
2. Förderung der Rückkehrbereitschaft bei den hier lebenden Ausländern!
3. Schluß mit der Einschmelzungspolitik; stattdessen Maschinen zu den Menschen nicht Menschen zu den Maschinen!
4. Gegen die menschenverachtende Haltung der ...

aus: „Deutsche Stimme“ 3/80

Ausgehend von der NPD-Landeszentrale in Bochum - Wattenscheid hat sich in Nordrhein-Westfalen eine landesweite „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ konstituiert. Ziel dieses NPD-Unternehmens ist die Durchsetzung eines Volksbegehrens (auf Landesebene möglich), um „eine Gesetzesinitiative zur Rückführung der ausländischen Arbeitnehmer mit ihren Familien in ihre Heimatländer herbeizuführen“.

Bereits seit einigen Monaten ist den Publikationen der NPD eine Verschärfung der rassistischen Hetze gegen die in Westdeutschland arbeitenden ausländischen Kollegen zu entnehmen. Auf dem 13. ordentlichen Bundesparteitag der NPD im

Dezember 79 in Ketsch, spielte dieses Thema in Reden und Resolutionen eine herausragende Rolle. Daß es sich bei der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ um ein eindeutiges NPD-Projekt handelt, mag auch der Bochumer NPD-Bezirksbeauftragte Peter Markert nicht verhehlen: „Die Ziele der 'Bürgerinitiative Ausländerstopp' decken sich weitgehend mit den Erklärungen der NPD und den Beschlüssen des Landesparteitages der NPD vom 13.10.79 in Grevenbroich“ (nach „Neue“, 21.2.79). Das Volksbegehren sei, so Markert, „zur Rettung unserer Heimat vor drohender Überfremdung“ nötig (ebenda). Als Kontaktadresse fungiert offen die NPD-Landesgeschäftsstelle in Bochum - Wattenscheid. Inzwischen hat man auch Verbindung zu ausländischen

Konsulaten und zu „anderen nationalistischen Parteien in Spanien, England und vor allem Frankreich aufgenommen“ („Westfälische Rundschau“, 11.2.80.). Vorsitzender der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ ist der an der Fachhochschule Hagen dozierende Prof. Dipl.-Ing. Hagen Prehl. Prehl führt seit geraumer Zeit den Vorstand des NPD-Kreisverbandes „Märkischer Kreis“ an. Interessante Informationen über das neue NPD-Unternehmen liegen aus dem Raum Unna/Kamen/Lünen vor: Den organisatorischen Kern bilden dort die Aktivisten der vom „Gut Barenbräuer“ (JN-Landeszentrum, 4618 Kamen, in der Bredder 69) aus operierenden „Harting - Bande“. Verantwortlich für die „BI“ zeichnet der Lünener Alt-Nazi und NPD - Kreisvorsitzende Ernst Rettstadt, („Westfälische Rundschau“, 11.2.80). Nach eigenen Behauptungen verfügt die „BI-Ausländerstopp“ im Kreis Unna über ca. 200 Mitglieder.

Rettstadt zum Anliegen der „BI“ gegenüber der Lokalpresse: „Langfristig werden doch die Ausländer zu einer ersten Gefahr, die den Fortbestand des deutschen Volkes in Frage stellen. Man kann nicht erst einem Volk einen Teil seines Landes nehmen und es dann auch noch mit Ausländern überschwemmen“. Es wäre deshalb zum Vorteil für Deutschland, dem „Ausländerstrom“ Einhalt zu gebieten, besonders auch wegen der Arbeitslosigkeit („Westfälische Rundschau“, 11.2.80). Für Hagen Prehl spielt auch das Märchen von der besonders starken Kriminalität ausländischer Kollegen eine Rolle. Prehl behauptet, daß Sexual- und Rauschgiftdelikte bei ausländischen Arbeitern in stärkerem Maße anzutreffen seien („Westfälische Rundschau“, 11.2.80). In Lünen hatte die NPD-„BI“ bereits in Form von Info-Ständen und Flugblattaktionen ihre ersten öffentlichen Auftritte. Als sich der Vorsitzende der örtlichen JUSO-AG mit einem Leserbrief an die Lokalpresse hierüber empörte, erhielt er wenige Tage später einen anonymen Brief, unterzeichnet von einem angeblichen SPD-Mitglied. In dem Brief heißt es u.a.: „Wir, die wir uns täglich mit den Türken am Arbeitsplatz herumärgern müssen, fordern nicht nur Gastarbeiter Stop, sondern Türken raus. Als Mitglied der SPD teile ich dir mit, sollte unsere Partei ihre Ausländerpolitik nicht erheblich ändern, so trete ich zur NPD über und mit mir noch einige Genossen. Oder willst du in einiger Zeit Fremder im eigenen Land sein?“

Antifa-Kommission NRW des KB

brief an die Lokalpresse hierüber empörte, erhielt er wenige Tage später einen anonymen Brief, unterzeichnet von einem angeblichen SPD-Mitglied. In dem Brief heißt es u.a.: „Wir, die wir uns täglich mit den Türken am Arbeitsplatz herumärgern müssen, fordern nicht nur Gastarbeiter Stop, sondern Türken raus. Als Mitglied der SPD teile ich dir mit, sollte unsere Partei ihre Ausländerpolitik nicht erheblich ändern, so trete ich zur NPD über und mit mir noch einige Genossen. Oder willst du in einiger Zeit Fremder im eigenen Land sein?“

Antifa-Kommission NRW des KB

Bremer Neonazis beschmieren Synagoge

Am 24. Februar wurde die Synagoge der Bremer israelitischen Gemeinde mit Parolen wie „Freiheit für Lischka“, „Juden Raus“ und „Judenmord ist Lüge“ beschmiert. Diese vorläufig unverschämteste Anschlag der Bremer „NRAF“ (Nationalrevolutionärer Arbeiterfront — örtlicher Ableger der „Hansa“-Bande) hat starke Empörung in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Sogar der Bremer Senat sah sich genötigt sich endlich einmal zu

bewegung gegen Überfremdung“ mit überlappendem rassistischem Inhalt in der Bremer Innenstadt und in Briefkästen im Stadtteil Walle verteilt. „Ausländer raus“ „Deutsche Wehrt Euch“ und „Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche“ heißt es in diesem Geschmier. Es dauerte acht Tage, bis die Polizei 6 Wohnungen in Bremen und zwei in Celle durchsuchte und auch fündig wurde: „Beim Durchsuchen der Wohnungen [...] hat die Polizei

Bremer Neonazis beschmieren Synagoge

Am 24. Februar wurde die Synagoge der Bremer israelitischen Gemeinde mit Parolen wie „Freiheit für Lischka“, „Juden Raus“ und „Judenmord ist Lüge“ beschmiert. Diese vorläufig unverschämteste Anschlag der Bremer „NRAF“ (Nationalrevolutionärer Arbeiterfront — örtlicher Ableger der „Hansa“-Bande) hat starke Empörung in der Öffentlichkeit hervorgerufen. Sogar der Bremer Senat sah sich genötigt, sich endlich einmal zu dem Treiben dieser Verbrecher zu äußern. Allein in den letzten 12 Monaten gehen nur in Bremen (im Umland nicht gerechnet) mindestens 30 Aktionen, vom Flugblattverteilen über einen Anti-Holocaust-Aufmarsch, Morddrohungen gegen Antifaschisten und jüdische Bewohner im Stadtteil Walle bis zu den Schmierereien an der Synagoge, auf das Konto der „NRAF“. Nicht ein einziges Mal wurde diesen Figuren jedoch ein Haar gekrümmt, außer wenn die Antifaschisten die Sache selbst in die Hand nahmen, wie bei dem Anti-Holocaust-Aufmarsch Mitte November 1979.

Am 1. März wurden von „NRAF“ Mitgliedern Flugblätter einer „Volks-

bewegung gegen Überfremdung“ mit überlappendem rassistischem Inhalt in der Bremer Innenstadt und in Briefkästen im Stadtteil Walle verteilt. „Ausländer raus“ „Deutsche Wehrt Euch“ und „Deutsche Arbeitsplätze nur für Deutsche“ heißt es in diesem Geschmier. Es dauerte acht Tage, bis die Polizei 6 Wohnungen in Bremen und zwei in Celle durchsuchte und auch fündig wurde: „Beim Durchsuchen der Wohnungen [...] hat die Polizei [...] Beweismaterial sichergestellt. Das sei, wurde betont, immer noch nicht ausgewertet. Zum gegenwärtigen Ermittlungsstadium wollten weder Polizei noch Staatsanwaltschaft Einzelheiten preisgeben. Das gelte auch für die Frage, ob die jungen Männer bestimmten Organisationen angehören. Sie sollen aber, soviel ist bekannt geworden, Kontakt zu rechtsorientierten Gruppierungen außerhalb Bremes haben. Ein Name wurde in diesem Zusammenhang laut: „NRAF“ [Nationalrevolutionäre Arbeiterfront]“ („Weserkurier“, 14.3.80).

Antifa-Kommission KB Bremen

Achtung: Kölner!

Kleine Korrektur zum Artikel »Die Mörder Ernst Thälmanns laufen frei herum!« (AK 173). Der SS-Stabsführer Otto lebt nicht in Köln, sondern in Geldern! Das jedenfalls berichtet »die Neue« in einer Ausgabe, die vor etwa drei Wochen erschien (Datum ist uns im Moment nicht geläufig). Dies nur, damit die Kölner Antifaschisten nicht unnötig in Aufregung geraten!

Antifa-Kommission des KB/NRW

Neue Zeitschrift der Mun-Sekte: »Integral«.

Seit einigen Monaten erscheint das Magazin „Integral“ als „Forum zur geistigen Auseinandersetzung zwischen Ost und West“ in der Wiener „Edition Neue Mitte“. Das neue Blatt wird von den Missionaren der „Vereinigungskirche“ gezielt in Szenekneipen und Universitätsstädten verteilt. Politisch argumentiert dieses Monatsmagazin auf der Linie des „jungkonservativen“ Bewegung unter deutlicher Bezugnahme auf Moeller van der Bruck, Oswald Spengler und Günther Schab, die zu den ideologischen Wegbereitern des deutschen Faschismus gehörten. Zu den Starautoren des Blattes, das inzwischen 60.000 auflage haben soll, gehören Herbert Gruhl, Christa Meves, Karl R. Popper und Max Thürkau. H.Gruhl gehört zum Führungsapparat der „Grünen“. Chr. Meves schrieb zu Gruhls „Grünen Manifest“ der GAZ seinerzeit den Familien- und Erziehungs-Teil. Immerhin referierte diese rechtskonservative Pädagogin auch schon bei der rassistischen „Gesell-

schaft für Eugenetik und Verhaltensforschung“ in Hamburg, die u.a. von dem NPD-Funktionär Ralf Kosiek repräsentiert wird.

Die Mun-Sekte der „Vereinigungskirche“, auch „Internationaler Eine-Welt-Kreuzzug“ (IOWC), World Students Conference, Föderation für Weltfrieden, schaltet sich damit auch im deutschsprachigen Raum verstärkt in die Politik ein. Der Koreaner San Myung Mun präsentiert sich als der „reine und vollkommene Sohn Gottes auf Erden“. Seine Sekte propagiert den „Messias Mun“ und seine „göttlichen Prinzipien“. Sie verlangt von ihren Anhängern die völlige Selbstaufgabe zugunsten Muns. Arbeit und Freizeit werden von der Sekte kontrolliert, die alle Einkünfte einbehält. Die Mun-Anhänger sind aggressiv und wie hypnotisiert, ohne eigenen Willen; durch lange Fastenzeiten ist ihre Widerstandskraft sehr stark reduziert. Die Sektenmitglieder leben fast ohne Außenkontakte. Durch permanenten Psychoter-

ror werden die Munanhänger immun gegen Kritik.

Mun selber bezeichnet sich und seine Anhänger als „Vorkämpfer Gottes gegen Kommunismus“. Mun war ein enger Freund des südkoreanischen Exdiktators Park Chung Hee. Er verfügt inzwischen über etwa 150 Schulungszentren in allen Erdteilen. Seine Anhänger erbetteln Millionen für Beteiligungen an großen Wirtschaftsunternehmen vor allem der Rüstungsindustrie. Er und seine führenden Gefolgsleute sind inzwischen zu Millionären avanciert. Mun dazu: „Messias muß der Reichste sein“!

Die Mun-Wochenzeitung „Report“ wurde inzwischen vermutlich zugunsten des wesentlich massenwirksamer aufgemachten „Integral“ eingestellt. Tragen wir dazu bei, daß dieses neue Sprachrohr der Jungkonservativen ebenfalls den Bach herunter geht.

Jan Peters

EAP jetzt auch gegen Schwule

Das Treiben der EAP ist seit ein paar Jahren bekannt: Sie entlarven die gigantische Weltverschwörung von Rockefeller, Kissinger, CIA und KGB, RAF, Club of Rome und Kommunisten. Sie propagieren die Kernenergie als Schlüssel zum Heil der Menschheit.

Daß sie jetzt auch gegen die Schwulen loslegen, dürfte aber neu sein. Hier einige Kostproben aus der neuen EAP-Broschüre „Die grüne Gefahr — Nein zur Kernenergie heißt Völkermord“:

— „Liberales, Linke, Punkrocker, Homosexuelle, Lesbierinnen“ seien „in ihrem Leben einzig — wie die Tiere — auf sinnliche Befriedigung aus“ (S. 35).

— „Rock, Drogen, sexuelle Perversion, männliche und weibliche Homosexualität, aller erdenklichen religiösen und sonstigen Kulte“ würden von der „Oligarchie“ (den Trägern der großen Weltverschwörung) „eingesetzt, um den einzelnen zum Tier zu degradieren, das ewig

nur nach immer abartigeren Formen sinnlicher Befriedigung strebt“ (S. 35). — Von der Bunten Liste Hamburg heißt es, in ihr sei „angefangen von sog. Umweltschutz-Bürgerinitiativen, über Frauenorganisationen, über Homosexuelle, Päderasten und Knastgruppen alles vertreten, was im Hamburger Sumpf Rang und Namen hat“ (S. 41).

— Über die Krise des KB: „Offensichtlich haben sich zu viele seiner Mitglieder in den Schwulen- und Lesbengruppen so wohl gefühlt, daß sie heute ihre Aufgaben eher im Reich der Sinne sehen denn im tristen Alltag einer maoistischen Organisation“ (S. 43).

Daß die EAP jetzt so eindeutig auf antischwule Ressentiments setzt, ist nur logisch: Der „Vorwurf“ der Homosexualität (sozusagen als Gipfel „sexueller Perversion“) war immer ein zentraler Bestandteil faschistischer Weltverschwörungs-Hetze.

11 türkische Antifaschisten festgenommen

Mit gezielten Provokationen zettelte in Eslingen vor einem Unterhaltungskino am 19.1.80 ein bekannter MHP-Faschist gegen Flugblattverleiher (türkische Studenten und Arbeiter) eine Schlägerei an.

Im Verlauf dieser Auseinandersetzung nahm die Polizei auf Grund von Denunziationen türkischer Faschisten elf türkische Antifaschisten fest. Hierbei bediente sich die Polizei der MHPler nicht nur als Belastungszeugen, sondern jagte mit MHPlern im Streifenwagen durch die Stadt, um weitere Antifaschisten festzunehmen. Den Festgenommenen, die in verschiedenen Haftanstalten verstreut festgesetzt wurden, droht nicht nur ein Prozeß, sondern auch eine mögliche Abschiebung in die Türkei. Der Frau

eines Inhaftierten wurde bereits die Arbeitserlaubnis verweigert, andere versäumten Prüfungen an der Fachhochschule und müssen sie verlassen.

Nach Angaben der Verteidiger Röder und Heubusch erfolgten die letzten Verhaftungen erst abends im Vereinslokal des türkischen Arbeitervereins. Die Polizei drang dort mit der Begründung einer angeblich anonymen Drohung türkischer Faschisten, das Lokal zu überfallen, ein. Daß ein Verfahren eingeleitet wurde, erfuhren die Verteidiger erst auf einer Pressekonferenz von der Lokalpresse. Die den Verteidigern zugestellten Ermittlungsakten sind zum Teil unvollständig. Die Schwere des Anklagevorwurfs „Landfriedensbruch“ bis hin zum angeblichen „Mordversuch“ läßt nur den Schluß zu, daß die Staatsan-

waltschaft in jedem Fall ein hartes Urteil anstrebt. Zu diesem Zweck verbreitete die Polizei in einer Pressekonferenz, „daß aus Konstanz eingereiste türkische Studenten plötzlich mit Stiletten, angespitzten Schraubenziehern und Eisenketten aus politisch andersdenkenden losgegangen seien“. Was die Polizei auf dieser Pressekonferenz verschwiegen, ist daß die Kronzeugen der Polizei und der Staatsanwaltschaft organisierte Faschisten sind.

Als Beweis für die Behördenstrategie, die Faschisten ungeschoren zu lassen, führten die Rechtsanwälte an, daß die Polizei die Rechten mit in die Polizeifahrzeuge nahm und ihnen die Funktionen von Kronzeugen andien; daß die Faschisten als Zeugen abwechselnd zu zweit gehört wurden, sodaß der eine sich nur an die Ausführungen des anderen zu halten brauchte, um keine Widersprüchlichkeit in den Aussagen aufkommen zu lassen.

Die Anwälte sehen diese bevorstehenden Prozesse als einen Beweis, daß jetzt verstärkt von Staatsseite gegen fortschrittliche türkische Organisationen in der BRD vorgegangen werden soll. Auch unter diesem Gesichtspunkt ist es unbedingt notwendig, zur Verhinderung einer Verurteilung eine breite Solidaritätsarbeit aufzubauen. Ausgangspunkt könnte dafür der antifaschistische Bundeskongreß über Ostern sein (alle Informationen nach „taz“, 12.3.).

Ausländerkommission

Aus dem westdeutschen Justiz-Alltag: Der »Falk« des NS-Verbrechens Dr. Werner Best



dem Boxheimer Hof in Hessen verfasste „Regierungsproklamation“ nahm den Mordterror der Jahre 1933 bis 1945 bereits vorweg. Sie sah vor, daß Antifaschisten mit dem Tode bestraft werden sollten.

Die Autorenschaft an diesem Dokument erwies sich als beste Empfehlung für seine Verbreiterlaufbahn, die Best 1934 mit seinem Eintritt in den SD („Sicherheitsdienst“) des „Reichsführer SS“ fortsetzte. Als Chef des Amtes I des RSHA (bis 1940) und Kriegsverwaltungschef beim Militärbefehlshaber in Frankreich, schließlich als „Bevollmächtigter des Reiches in Dänemark“ (1942), setzte er seine „Theorie“ in die Praxis um. Auf seine Anordnung wurden am 30. Dezember 1943 der Redakteur Christian Damm, am 4. Januar 1944 der bekannte Dichter Kaj Munk und im August 1944 der Ingenieur Snog Christensen ermordet.

Für diese und andere Verbrechen wurde Best in Dänemark zum Tode verurteilt. Die später in einem zweiten Gerichtsverfahren auf 12 Jahre reduzierte Strafe brauchte er jedoch nicht abzusitzen. Wesentlich auf Drängen der Bundesregierung wurde Best begnadigt und 1951 aus dem Gefängnis in Horsens entlassen.

Unbeschadet seiner Vergangenheit konnte er nunmehr eine zweite Karriere in Wirtschaft und Politik antreten. Zuletzt war Best als leitender Wirtschaftsjurist beim Hugo-Stinnes-Konzern in Mülheim (Ruhr) tätig. Außerdem arbeitete er als Gutachter beim „Auswärtigen Amt“. Auch als „Entlastungszeuge“ bei NS-Prozessen wurde Best gern in Anspruch genommen; u.a. trat er seinerzeit beim Frankfurter Auschwitz-Prozeß als „Sachverständiger“ auf. Erst 1972 legten die Justizbehörden eine erste Anklageschrift gegen Best vor. Nach kurzfristiger Inhaftierung blieb Best freilich weiterhin unbehelligt: Seine Verteidiger hatten behauptet, ihr Mandant sei wegen einer fortgeschrittenen Gehirnarteriosklerose nicht verhandlungsfähig. So wurden über Jahre hinweg Gutachten hin und hergeschoben, die schließlich mit der Feststellung endeten, daß der Angeklagte etwa 2 Stunden täglich verhandlungsfähig sei. Ebenfalls zur Verschleppung des Falls trugen die Streitigkeiten mehrerer Gerichte bei, die sich nicht über die Zuständigkeit für das Verfahren einigen konnten; erst kürzlich entschied der Bundesgerichtshof, die Angelegenheit dem Duisburger Kammergericht zu übertragen. Man rechnet nun mit einer Verfahrensdauer von „mindestens zwei bis drei Jahren“ - sofern der Angeklagte bis dahin überhaupt noch unter den Lebenden weilt.

Für diese und andere Verbrechen wurde Best in Dänemark zum Tode verurteilt. Die später in einem zweiten Gerichtsverfahren auf 12 Jahre reduzierte Strafe brauchte er jedoch nicht abzusitzen. Wesentlich auf Drängen der Bundesregierung wurde Best begnadigt und 1951 aus dem Gefängnis in Horsens entlassen.

Unbeschadet seiner Vergangenheit konnte er nunmehr eine zweite Karriere in Wirtschaft und Politik antreten. Zuletzt war Best als leitender Wirtschaftsjurist beim Hugo-Stinnes-Konzern in Mülheim (Ruhr) tätig. Außerdem arbeitete er als Gutachter beim „Auswärtigen Amt“. Auch als „Entlastungszeuge“ bei NS-Prozessen wurde Best gern in Anspruch genommen; u.a. trat er seinerzeit beim Frankfurter Auschwitz-Prozeß als „Sachverständiger“ auf. Erst 1972 legten die Justizbehörden eine erste Anklageschrift gegen Best vor. Nach kurzfristiger Inhaftierung blieb Best freilich weiterhin unbehelligt: Seine Verteidiger hatten behauptet, ihr Mandant sei wegen einer fortgeschrittenen Gehirnarteriosklerose nicht verhandlungsfähig. So wurden über Jahre hinweg Gutachten hin und hergeschoben, die schließlich mit der Feststellung endeten, daß der Angeklagte etwa 2 Stunden täglich verhandlungsfähig sei. Ebenfalls zur Verschleppung des Falls trugen die Streitigkeiten mehrerer Gerichte bei, die sich nicht über die Zuständigkeit für das Verfahren einigen konnten; erst kürzlich entschied der Bundesgerichtshof, die Angelegenheit dem Duisburger Kammergericht zu übertragen. Man rechnet nun mit einer Verfahrensdauer von „mindestens zwei bis drei Jahren“ - sofern der Angeklagte bis dahin überhaupt noch unter den Lebenden weilt.

Antifa-Kommission NRW



Nazi-Verbrecher Dr. Werner Best. Das Foto wurde im Jahre 1967 aufgenommen, als Best als „Zeuge“ vor einem Gericht in Baden-Baden aussagte.

Mit dem Beginn des Prozesses gegen den Mülheimer NS-Verbrecher Dr. Werner Best sei, nicht vor März 1981 zu rechnen, erklärte der Vorsitzende der zuständigen Duisburger Schwurgerichtskammer. Damit scheint gesichert, daß der heute 76jährige Angeklagte auch im Falle einer Verurteilung nicht mehr für seine Taten zur Rechenschaft gezogen werden kann. So dürfte der „Fall Best“ die Geschichte westdeutscher Justizpraktiken im Umgang mit Nazi-Verbrechern um ein weiteres dunkles Kapitel bereichern.

Dr. Werner Best war beileibe kein „kleiner Fisch“, und seine Verbrechen sind bereits seit Jahren genauestens bekannt. Die Anklage legt ihm Mord in rund 8700 Fällen zur Last. Die Taten soll er 1939 in den okkupierten Ostgebieten befohlen haben.

Best trat bereits am 1.11.1930 in die NSDAP ein (Nr. 341 338). Im Jahre 1931 verfasste er das berüchtigte „Boxheimer Dokument“. Diese von den faschistischen Führern auf

Urteil im NS-Prozeß gegen Bruins und Neuhäuser

Hagen. Zu Freiheitsstrafen von sieben und acht Jahren sind der ehemalige SS-Rottenführer Siert Bruins und der frühere SS-Oberscharführer August Neuhäuser am 22. Februar in Hagen verurteilt worden. Das Gericht sah als erwiesen an, daß die beiden SS-Männer als Angehörige der Sicherheitspolizei an der deutsch-holländischen Grenze bei Delfzijl an der Ermordung der beiden jüdischen Brüder Mejer

und Lazarus Sleutelberg beteiligt waren. Die Tat, für die die Staatsanwaltschaft eine lebenslange Freiheitsstrafe beantragt hatte, war wenige Tage vor Kriegsende begangen worden. Am 12. März ordnete das Oberlandesgericht Hamm an, die beiden NS-Verbrecher in Haft zu nehmen.

Antifa-Kommission NRW

Schule Tagungsort der »Grauen Wölfe«

Tarnorganisation türkischer Faschisten erhält städtische Räume für Veranstaltung

Am Sonntag, den 24. Februar, fand in der Köln-Mülheimer Stadthalle eine Veranstaltung des „Türkischen Idealisten-Vereins“ statt. Gegen diese Veranstaltung hatten die Kölner Jusos, Judos, die IG-Metall sowie türkische Arbeitervereine (hauptsächlich die stark revisionistisch beeinflusste FIDEF) protestiert und darauf hingewiesen, daß es sich bei diesen sogenannten „Idealisten“ um eine Tarnorganisation der faschistischen MHP des Alparslan Türkeş handelt. Daraufhin hatte der Rechtsdezernent der Stadt Köln, Simon, erklärt, von einer solchen Verbindung sei den Behörden nichts bekannt. Dies ist nunmehr das dritte Mal, daß die Grauen Wölfe die Mülheimer Stadthalle für ihre Zwecke erhalten und die Stadt erklärt, sie wisse von nichts!

Unter diesen Umständen erscheint aber auch das Vorgehen der zu einer Gegendemonstration aufrufenden Organisationen nicht ganz verständlich: Diese hatten lediglich intern mobilisiert, sodaß die übrige Linke (wenn überhaupt) nur einen Tag vorher etwas von der Veranstaltung und der Gegendemonstration erfuhr. So kam es dazu, daß den ca. 1.400 Faschisten in der Halle und 200 Polizisten nur etwa 500 Gegendemonstranten gegenüberstanden, die nach einer etwa 2-stündigen Kundgebung fru-

striert nach Hause gehen konnten, ohne irgend einen Erfolg sehen zu können. Vielmehr hatten die Faschisten noch Gelegenheit, sich unter dem Schutz der Polizei über die Antifaschisten lustig zu machen, indem sie vor der Halle türkische Tänze aufführten.

Angesichts der Tatsache, daß noch am Tag vorher eine Demonstration verschiedener afghanischer, persischer und türkischer Organisationen (gegen den Einmarsch in Afghanistan; gegen faschistischen Terror in der Türkei; gegen Einmischung der USA im Iran! — also bunt gemischt) stattgefunden hatte, die immerhin über 2.000 Personen mobilisierte, sollten vielleicht die Kölner Antifaschisten ihre Bündnispolitik noch einmal überdenken. Zu stark ist der Eindruck, daß Jusos und Revisionisten hier mehr ihren Parteiladen als den Kampf gegen die türkischen Faschisten im Auge haben. Oder sollte dort der Realitätsverlust soweit gehen, daß die eigene Mobilisierungsfähigkeit für ausreichend gehalten wird?

Erfreuliches Gegenbeispiel für solche Parteiladenpolitik ist die türkische revolutionäre Organisation „Devrimci Yol“, die sich an der Gegendemonstration beteiligte, ohne deshalb auf ihre unterschiedlichen Auffassungen und ihre Darstellung im Anschluß an die offizielle Demo zu verzichten.

Antifa-Kommission des KB/NRW

»Graue Wölfe« in Köln

machen. Der Verfassungsschutzbericht 1978 enthalte „keine Hinweise auf institutionelle, politische und persönliche Zusammenhänge“ zwischen dem türkischen Idealistenverein und den „Grauen Wölfen“ („Neue“, 14.3.80).

PROTESTE

Die Gladbacher Arbeiterwohlfahrt, die Naturfreundejugend, der Arbeitskreis soziale Minderheiten sowie verschiedene Ausländerorganisationen forderten ein Verbot der Veranstaltung. Die SPD und der DGB forderten die Stadtverwaltung auf, den „Grauen Wölfen“ keine Räume zu geben. Die FIDEF protestierte in einem Schreiben an NRW-Innenminister Hirsch (FDP) gegen dieses Tref-

fen, ebenso wie die Bundestagsabgeordneten Thüsing, Meinike und Hansen — wie so oft ohne Erfolg.

Vor 300 Kundgebungsteilnehmern sprach sich Thüsing dafür aus, daß „mit gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten“ dafür gesorgt werde, „daß faschistische Publikationen, die teilweise in der BRD — wie beispielsweise die Zeitung 'Tercuman' — gedruckt werden, nicht hergestellt und verbreitet werden können“. Ebenso wandte er sich dagegen, „daß das rechte Demirel-Regime in der Türkei, das mit seiner Politik den Nährboden für die faschistischen Umtriebe schaffe, von Bonn Milliarden DM bekommen soll, ohne daß die Investition dieser Mittel für die Verbesserung der sozialen Situation sichergestellt sei“ („Neue“, 18.3.80).

Ausländerkommission

»Graue Wölfe« in Köln

machen. Der Verfassungsschutzbericht 1978 enthalte „keine Hinweise auf institutionelle, politische und persönliche Zusammenhänge“ zwischen dem türkischen Idealistenverein und den „Grauen Wölfen“ („Neue“, 14.3.80).

PROTESTE

Die Gladbacher Arbeiterwohlfahrt, die Naturfreundejugend, der Arbeitskreis soziale Minderheiten sowie verschiedene Ausländerorganisationen forderten ein Verbot der Veranstaltung. Die SPD und der DGB forderten die Stadtverwaltung auf, den „Grauen Wölfen“ keine Räume zu geben. Die FIDEF protestierte in einem Schreiben an NRW-Innenminister Hirsch (FDP) gegen dieses Tref-

fen, ebenso wie die Bundestagsabgeordneten Thüsing, Meinike und Hansen — wie so oft ohne Erfolg.

Vor 300 Kundgebungsteilnehmern sprach sich Thüsing dafür aus, daß „mit gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten“ dafür gesorgt werde, „daß faschistische Publikationen, die teilweise in der BRD — wie beispielsweise die Zeitung 'Tercuman' — gedruckt werden, nicht hergestellt und verbreitet werden können“. Ebenso wandte er sich dagegen, „daß das rechte Demirel-Regime in der Türkei, das mit seiner Politik den Nährboden für die faschistischen Umtriebe schaffe, von Bonn Milliarden DM bekommen soll, ohne daß die Investition dieser Mittel für die Verbesserung der sozialen Situation sichergestellt sei“ („Neue“, 18.3.80).

Ausländerkommission

Solidaritätsaufruf — Ziesel kassiert ab! —

Nachdem einige Zeit an der „Prozessfront“ des KB relative Ruhe herrschte, hat der Feind mal wieder zugelangt: diesmal nicht die Staatsanwaltschaft, nein, es gab Herr Ziesel den Anstoß, den die AK-Leser aus seiner überdurchschnittlichen Prozeßfreudigkeit kennen, wenn es um die Berichterstattung über „seine“ sog. „Deutschland-Stiftung“ geht, die bekanntlich dem rechten politischen Lager der BRD zuzurechnen ist.

Am 11.1.1978 hatte Ziesel vor dem Landgericht München eine einstweilige Verfügung erstritten, die es dem AK untersagte, eine Reihe von Behauptungen über die Verbindungen Ziesels bzw. der Deutschlandstiftung zu bekannten rechtsextremen Gruppen, Einzelpersonen oder Organisationen aufzustellen. Ziesels Anwälte Dr. Ossmann und Kreiner, die auch schon für F.J. Strauss in einer Sache gegen den AK Strafantrag gestellt hatten (Kai Ehlers wurde deshalb zu 2.700 DM Geldstrafe verurteilt), haben beim Münchener Landgericht einen Bestrafungsbeschuß wegen angeblichen Verstoßes gegen die zwei Jahre alte einstweilige Verfügung erwirkt: der Reents-Verlag muß 4000 DM zahlen, weil in dem AK vom 25.6.1978 behauptet worden war, Ziesel habe Verbindungen zu rechtsextremen Gruppierungen!

Juristisch gesehen wird der Verlag um die Zahlung dieses Betrages nicht herumkommen: eine einstweilige Verfügung hat ihre Wirkung über 30 Jahre hinweg und solange es immer noch das Landgericht München I in der jetzigen Besetzung unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen geben wird, wird Ziesel immer wieder „Bestrafungsbeschlüsse“ durchzusetzen versuchen und auch durchsetzen können.

Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf wird sich die Linke darauf einstellen müssen, daß Ziesel und auch Strauss ihre Bemühungen, die Linke durch eine Prozeßflut einzuschüchtern und kaputtzumachen, noch steigern werden. Je mehr die Rechten angegriffen werden, um so wütender werden sie sich des Mittels der Klassenjustiz bedienen. Wir rufen deshalb zu einer neuen Solidaritäts- und Spendenkampagne auf, die helfen soll, die zu erwartenden immensen Prozeßkosten zu decken, die die von Strauss, Ziesel und Co. eingeleiteten oder noch zu erwartenden Verfahren verursachen werden. Der erste größere Brocken, der bezahlt werden muß, sind die 4000 DM wegen Ziesel.

Auf den ersten Aufruf hin hat sich nicht viel getan. Wir sind aber bei unserer Finanzlage kaum noch in der Lage, die Summe aufzubringen. Wir möchten deshalb nochmal alle Freunde und Genossen bitten zu spenden.

Achtung, das IKAH hat eine neue Kontonummer. Sie lautet:

Bernd Schulz
Ktonr.: 390889-206
Pacht Hamburg
BLZ 200 100 20
Stichwort: Ziesel-Prozeß

Verletzter bei Polizei-Stau

Bei dem Versuch, einen mutmaßlichen Autodieb zu stoppen, wurde durch Polizeimaßnahmen ein schwerer Verkehrsunfall herbeigeführt, der zu hohem Sachschaden und einem gefährlich Verletzten geführt hat.

Vor der Alternative: Schüsse (!), Barriere oder Fahren lassen gestellt, entschied sich die Polizei für einen künstlich herbeigeführten Stau auf der vielbefahrenen Autobahn Kassel-Frankfurt-Darmstadt in der Höhe Nordwestkreuz-Frankfurt. Der 25-jährige Wolf-Dieter Zweigler schilderte der FR vom 8.3.80: „Ich habe meinen Wagen abgebremst und die Warnblinkanlage angeschaltet, als ich im Rückspiegel den Mercedes auf mich zurollen sah.“ Der Mercedes fuhr auf und schob noch zwei weitere Wagen ineinander. Zweigler wurde an der Wirbelsäule verletzt. „Wenn ich nicht so einen großen Wagen gefahren wäre, hätte ich kaum eine Überlebenschance gehabt.“ Für das Fangen eines Autodiebes nimmt die Polizei offenbar alles in Kauf. KB-Gruppe Frankfurt

SPD — konsequenter Antifaschismus?

Unter dem Stichwort, die Wähler stünden bei den Bundestagswahlen „vor der Entscheidung, ob die 30jährige Demokratieentwicklung in diesem Teil Deutschlands wieder zurückgedreht werden soll“ (Wehner lt. „Frankfurter Rundschau“ — FR, 18.9.79), versucht die SPD-Führung, sich gegenüber Strauß als die einzige antifaschistische Kraft bzw. Alternative zu profilieren. Die „Aushebung“ der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die Urteile im Lischka-Prozess und der vom SPD-Parteibezirk Westfalen veröffentlichte „Leitfaden zum Kampf gegen den Neonazismus“ (FR, 15.1.80) sind derartige Bemühungen, die SPD als Sachwalterin in Sachen Antifaschismus erscheinen zu lassen, obwohl — oder gerade weil — jahrelange Verniedlichung, Duldung und gar Deckung von neonazistischen Aktivitäten die SPD kennzeichneten. Auffällig ist ebenfalls, daß die SPD sich heute gegen Neonazis auf spektakuläre Weise ins Zeug legt und den antifaschistischen Kampf gegen Strauß nach dessen Auftreten in Nordrhein-Westfalen eingestellt hat. Ein regelrechtes Waffenstillstandsabkommen ist offensichtlich zwischen Strauß und der DGB-Führung geschlossen worden ... Der Grund des in den letzten Monaten zur Schau gestellten Antifaschismus ist u.E. darin zu suchen, daß in den letzten Jahren sich eine antifaschistische Bewegung anläßlich der rapide zunehmenden neonazistischen Aktivitäten außerhalb der SPD und in kritischer Distanz zu ihr herausgebildet hat. Diese Bewegung ermutigt auch zunehmend antifaschistische Kräfte in der SPD (insbesondere Jusos) zu Aktivitäten gegen Alt- und Neonazis. Die SPD — insbesondere dort, wo sie staatliche Positionen innehat — geriet zunehmend ins Feld der (auch innerparteilichen) Kritik.

Von Seiten der SPD-Führung wurden daraufhin Überlegungen angestellt, wie dieser antifaschistischen Bewegung und — ein Unglück kommt selten allein — den „Bunten“, „Grünen“, der Anti-AKW-Bewegung usw. „beizukommen“ sei. Unter dem Schlagwort „eine(r) neue(n) politische(n) Kultur des Dialogs“ befaßten sich SPD-Ideologen wie Peter

Glötz („Auf diesem Stern wollen sie nicht leben“) mit dem Problem, „die junge Generation (zu) integrieren“: „Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn man meinte, daß wir bei dieser jungen Generation entscheidend besser dastünden, wenn die Jusos nur etwas aufmüpfiger Helmut Schmidt oder Erhard Eppler kritisieren dürfen“ (FR, 6.9.79). Wohl wahr — nur die Sprüche bringen nicht ...

Eine Arbeitsgruppe „Politische Auswertung der Hamburger Anträge“ Hamburger SPD-Parteitag Nov. 77) kam im letzten Jahr zu dem Schluß: „Mit diesen traditionellen Formen der Politik allein wird es aber nicht gelingen, Bürger — insbesondere Jugendliche, die sich in alternativen Bewegungen organisieren — als Bündnispartner für Reformen zurückzugewinnen. Um dies zu erreichen, ist keine totale Änderung der Politik der SPD erforderlich. Was not tut, ist Glaubwürdigkeit und überzeugende Arbeit im Vorfeld der Politik. Nur so wird die SPD Enttäuschte wieder zurückholen ...“ (FR, 1.8.79).

In diesem Sinne konstatierte Willy Brandt, daß die „Sorgen und Befürchtungen“ der möglichen Wähler einer „Grünen Partei“ über Ökologie-Probleme hinaus sich „vor allem auf mögliche Gefährdungen des Friedens, auf Nord-Süd-Probleme sowie ein Wiederaufleben rechtsradikaler Aktivitäten“ konzentrierten (FR, 12.2.80).

Vor dem Hintergrund dieser SPD-Einschätzung und der Tatsache, daß ein konsequenter antifaschistischer Kampf gegen Strauß nicht läuft und wohl auch kaum geführt werden soll, entpuppen sich die antifaschistischen Aktivitäten der SPD-Führung als Versuche, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen, um sie in Richtung SPD — gerade auch mit Blick auf die Wahlen! — zu kanalisieren.

Aufgabe dieses Artikels soll es sein, die Entwicklung der SPD-Antifaschismus in den letzten Jahren aufzuarbeiten, wobei eine genaue Darstellung der Prozesse, Widersprüche in der Partei sowie taktische Differenzen in der SPD-Führung in einem späteren Artikel dargestellt werden müßten.

Wie war es „damals“?

Nach der ersten schweren Wirtschaftskrise in der BRD errang die NPD bei Landtagswahlen beachtliche Erfolge und zog in einige Parlamente ein. Gegen die NPD und ihr offen provokatorisches Auftreten richtete sich scharfer, oft militanter Widerstand — insbesondere von Seiten der Außenparlamentarischen Opposition (APO), die der Sozialdemokratie kritisch bis ablehnend gegenüberstand. Forderungen nach einem Verbot der NPD wurden laut, was spätestens ab Nov. '67 vom DGB-Bundesvorstand unter-

stützt und auf dem 8. DGB-Bundeskongreß im Mai '69 nochmals bekräftigt wurde (DGB-Pressemitteilung 9.11.67 und 7.11.69).

Die SPD/CDU-Regierung (die SPD war Ende '66 erstmals in die Regierungsgeschäfte eingestiegen) ließ 1968 zwar verlauten, man habe genügend Material gesammelt, um ein Verbot der NPD beim Verfassungsgericht zu beantragen; erfolgt ist jedoch nichts.

Die SPD-Führung beteiligte sich im wesentlichen nicht an den Anti-NPD-Aktivitäten. Protestaktionen wurden — ähnlich wie bei den Notstandsgesetzen — dem DGB überlas-

sen. Der stellvertretende DGB-Vorsitzende Gerd Muhr rief kurz vor den Bundestagswahlen 1969 (als die NPD reale Chancen hatte, in den Bundestag einzuziehen) „die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik zur Bildung von demokratischen Bürgerinitiativen gegen die rechtsradikale Nationaldemokratische Partei auf“. Gleichzeitig forderte er — wiederum ähnlich dem Vorgehen im Kampf gegen die NS-Gesetze — die Ausgrenzung der APO und deren militanten Kampfkampfen: „Allerdings käme es entscheidend auf die Wahl der richtigen Mittel an. Eier und Tomaten der APO seien genau das Mittel, auf das die NPD geradezu spekuliert, weil sie sich von dem organisierten Krach ihrer Gegner eine entscheidende Propaganda-Wirkung erhofft“ (DGB-Pressemitteilung, 18.7.69).

Nach dem Wahlsieg wurden von der SPD/FDP-Koalition unter Hinweis auf das Scheitern der NPD (immerhin 4,3 %) und deren innerorganisatorische Zerstrittenheit Verbotsforderungen (u.a. des DGB im Februar '70) immer wieder abgelehnt.

In den Jahren 1970-72 ließ die Regierung 5 Nazibanden „ausheben“ (die letzte einen (!) Monat vor den vorgezogenen Bundestagswahlen '72), die — militaristische, bewaffnete Produkte des NPD-Zerfallsprozesses — im Zuge der gesteigerten CDU/CSU-Hetze gegen die Ostverträge („Ausverkauf Deutschlands...“) allerdings nur die Spitze des nazistischen Eisberges waren. Faschistische Zusammenschlüsse wie die „Aktion Widerstand“, in der Zehntausende von Alt- und Neonazis zusammengeschlossen waren und die — nur ein paar Töne brauner — auf der von der CDU/CSU ausgehenden Linie agierten, blieben von SPD und FDP unbelehrt.

„Die Augen fest geschlossen...“

Nach dem klaren Wahlerfolg der sozialliberalen Koalition war für die SPD das Thema Antifaschismus oder gar antifaschistische Aktionen gestorben. In den Verfassungsschutzberichten wurden Neonazistische Aktivitäten als „Randerscheinungen“ (VS-Berichte '73 und '74), „politisch unbedeutend“ ('75) eingestuft oder „kein ernstzunehmendes Potential für neonazistische Bestrebungen“ ('76) festgestellt, während ab '73 Neonazis wie Christophersen, Roeder, Schönborn und die „NSDAP/AO“ ihre Aktivitäten ungeniert steigern konnten (im Zeitraum von '74 bis '78 stiegen die „Ausbreitungen von deutschen Rechts-Extremisten“ jährlich um 100 %! — „tat“, 8.2.80). Alt- und Neonazis wurden als „Ewiggestrige“, „isolierte Spinner“ verniedlicht, gegen die nicht protestiert werden durfte, da sie ansonsten aufgewertet würden. Mit derart dümmlichen Argumentationsmustern ging der Hamburger Innensenator sogar noch Anfang '78 hausieren; denn dies sei „genau das, was diese wünschen“. Im Mai '78 begründete er die Ablehnung eines Verbots der Nazi-Banden: „Mit einem Verbot würden wir diese Leute hochjubeln“ (Flensburger Tageblatt, 4.5.78).

Dagegen wurde von Seiten der SPD/FDP-Koalition die hohe Zeit der Berufsverbote und des Kampfes gegen den „Terrorismus“ eingeläutet...

Antifa-Protest wird stärker

Gegen die zunehmenden faschistischen Umtriebe formierte sich ab '75/'76 allmählich breiterer antifaschistischer Protest, der sich weitgehend außerhalb der Einflußsphäre von SPD- und DGB-Führung — z.T. gegen deren Willen — entwickelte. Die SPD geriet dabei zunehmend ins Schußfeld der Kritik, da sie nur allzu oft auf kommunaler und bundespolitischer Ebene faschistische Aktivitäten verharmloste, duldete und deckte. Nicht etwa die neonazistische NPD wurde verfolgt oder verboten, sondern ihre Veranstaltungen wurden von Polizeikräften vor protestierenden Antifaschisten geschützt. „Der Polizeischutz in dieser Stadt ist hervorragend“ — dieses Lob für die Hamburger Polizei anläßlich einer internationalen NPD-Veranstaltung August '76 aus dem Munde des NPD-Vorsitzenden Mußgnug spricht für sich (M. gegenüber der FR, laut „Neues Deutschland“, 10.8.76). Nach militanten Auseinandersetzungen standen in der Regel Antifaschisten vor Gericht, nicht die Nazis.

Bislang waren die antifaschistischen Aktionen im wesentlichen von Kräften außerhalb des traditionellen Einflußgebietes von DGB, SPD und DKP getragen worden. Antifaschistische Komitees wurden unter starker Beteiligung von KB, „Spontis“ und unorganisierten Linken in vielen Orten aufgebaut, um eine kontinuierliche antifaschistische Arbeit aufzunehmen. Gleichzeitig entwickelte sich eine breite Protestbewegung gegen nazistische Aktivitäten, an der sich eine Reihe von Kräften beteiligten. So jüdische Organisationen, „Aktion Sühnezeichen“ und bekannte Persönlichkeiten im In- und Ausland warnten vor den Neonazis.

In dieser Situation beteiligten sich zunehmend linkssozialdemokratische Organisationen wie Jusos und Falken sowie gewerkschaftliche Gremien an antifaschistischen Aktivitäten. Aber auch Abgeordnete in Landtagen (insbesondere dort, wo die SPD in der Opposition war oder ist) stellten Anfragen, örtliche SPD-Gremien protestierten zunehmend gegen SS-„Traditionstreffen“ oder Veranstaltungen von Neonazis. Beispielhaft sei hier genannt:

→ Die Delegierten der SPD-Unterbezirkskonferenz Neuwied-Altenkirchen forderten den „Verteidigungs“-Minister Leber auf, Traditionstreffen bei der Bundeswehr zu verbieten, SPD-Mandatsträger sollten darauf hingewiesen werden, nicht an derartigen Treffen teilzunehmen („extra dienst“ — ed, 8.2.77).

→ Die sozialdemokratische Arbeiterwohlfahrt forderte den Bundesinnenminister auf, gegen die „Grauen Wölfe“ vorzugehen (ed, 5.4.77).

→ Der Bezirksausschuß der Hamburger Jusos forderte ein Verbot einer Rudel-Veranstaltung durch den Senat (ed, 6.5.77).

Aber auch an Protestaktionen beteiligte sich die Partei-Basis zunehmend:

→ Der DGB, SPD, FDP, DKP und VVN riefen zu einer gemeinsamen Protestkundgebung gegen eine „DVU“-Veranstaltung in Mannheim auf („tat“, 12.11.76).

→ Im Kreis Göppingen bildete sich eine „Aktionseinheit gegen SS-Treffen“, die von Jusos, Judos, VVN, DGB, Naturfreunde usw., die das Treffen auch verhinderte („tat“, 24.6.77).

→ Anläßlich eines angekündigten SS-Treffens in Radolfzell am 14./15.5. bildete sich ein „Antifaschistischer Arbeitskreis“ (im wesentlichen von Jusos, VVN und DGB-Mitgliedern getragen), der auch nach Absagen der Veranstaltung weiterarbeiten will („tat“, 6.5.77).

→ Unter Beteiligung von Mitgliedern der Jusos, DGB-Jugend und Naturfreundejugend wurde in Villingen/Schwetzingen ein „Antifaschistischer Arbeitskreis“ gegen einen geplanten NPD-Landesparteitag gegründet (ed, 1.7.77).

In dieser Situation, in der die SPD- (und auch DGB-) Basis aktiver wurde, während sich die Führung in vornehmem Schweigen hüllte, griff der SPD-Vorsitzende ein. In einem Schreiben vom 12.7.77 an Kanzler Schmidt, das in der BRD erst am 18.8.77 bekannt wurde, äußerte Brandt sich „über zunehmende Aktivitäten von neonazistischen Gruppen besorgt“ und wies „darauf hin, daß der SPD-Parteivorstand in jüngerer Zeit in zunehmendem Maße Schreiben zugesandt bekommt, in denen Klagen über Treffen von sogenannten Kameradschaftstreffen, rechtsextremen Kampfbündnissen und politischen Gruppen laut werden“, bei denen „öffentlich nazistische Symbole gezeigt werden, gegen einzelne Bevölkerungsgruppen gehetzt wird und unehrenhaft zum Kampf gegen die demokratische Grundordnung aufgerufen wird... Diese Vorgänge stießen aber bei vielen Bürgern auf Unverständnis und Besorgnis, wenn diese Veranstaltungen mit Wissen und Billigung der zuständigen Verwaltungsbehörden stattfinden und diejenigen, die sich gegen solche Umtriebe wenden, Versammlungsverbote und Strafverfolgungen hinzunehmen haben“. Brandt habe den „Verdacht“, daß die Behörden den Nazis „weit weniger wachsam gegenüberstehen“ als den Linken („Parlamentarisch-Politisch-Pressemitteilung“, „PPP“, 18.8.1977).

Dieser Brief, der offenbar mehr zur Beruhigung des Auslands gedacht war (dort auch zunächst veröffentlicht wurde) ertönte in der Sozialliberalen Koalition höheren Ortes lediglich Mißfallenskundgebungen. SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr: „Sie“ (die Neonazis - Anm. AK) „sind weder zahlreich noch bedrohlich... Im Grunde ist die Bundesrepublik „stinknormal““ („PPP“, 29.8.77). Der Sprecher der Bundesregierung Grünewald, teilte mit, daß Schmidt zwar auch „besorgt“ über die Neonazis, der „linksextremismus aber gefährlicher sei“ („Münchener Merkur“, 20.8.77).

Brandt relativierte seine „Besorgnis“ daraufhin auf dem SPD-„Sauerlandtreffen“ dahingehend, daß „der Rechtsradikalismus ... keine akute Gefahr“ sei („tat“, 9.9.77).

Schmidt hatte sich übrigens gerade zwei Monate zuvor auf einer Tagung des Westeuropäischen Rates gegenüber dem italienischen Staatschef für die Freilassung des in Italien einsitzenden NS-Verbrechers Kappler eingesetzt (AK, 11.7.77).

Folgen des Brand(t)-Briefes ...

Auch wenn Brandt von anderen SPD-Führern erstmalig abgeburstet wurde, so ist dennoch unverkennbar, daß von Seiten der Partei-Basis die antifaschistischen Aktivitäten erheblich gesteigert wurden und von linken Kräften innerhalb der Partei der Brandt-Brief zur Legitimation herangezogen werden sollte dürfte.

Diesem Tatbestand mußte auch auf dem SPD-Bundesparteitag Rechnung getragen werden:

→ Einstimmig wurde Antrag 130 angenommen, in dem es hieß: „Der Bundesparteitag fordert alle Sozialdemokraten auf, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß eine Aufklärung der neonazistischen Umtriebe erfolgt ... Die Exekutive scheint wieder einmal dazu zu neigen, hier ein oder beide Augen zuzudrücken. Den Delegierten genügt es nicht, wenn ein angebliches NPD-Mitglied gewagt und für die Nazi-Parolen verantwortlich gemacht wird. Sie fordern eine intensive und umfassende Aufklärung der Vorgänge, die rechtliche Folgen haben muß“. In einem weiteren Beschluß (Antrag 109) wurde die Bundesregierung aufgefordert, „dafür Sorge (zu) tragen, daß neonazistische Gruppe-

Fortsetzung nächste Seite

Wie kriminell ist die NPD?



Erscheint im April

DM 15

ca. 250 Seiten ISBN 3-88305-006-7

Dieses Buch über die NPD liefert Analysen, Dokumente und schildert personelle Zusammenhänge, die den kriminellen Charakter der NPD belegen:

- Die NPD in der Tradition der Nazis;
 - Die NPD in der Tradition der verbotenen Organisationen nach 1945;
 - Die NPD als Sammelbecken und Ursprung faschistischer Terrorbanden.
- Weiter ausführliche Beweisführung über die Legalisierung der NPD über Verwaltung, Justiz und Polizei. Dazu werden verschiedene Fallstudien ausgeführt (Nazi-Demonstrationen, Berufsverbotsverfahren, u.a.m.). Das Buch enthält darüber hinaus ein ausführliches Register über Namen und Organisationen und Literatur. Dieses Buch ist eine wichtige Stütze im Kampf gegen Neonazismus.

Fortsetzung von Seite 40

rungen und deren Aktivitäten sowie die Verbreitung neonazistischer Schriftums vor der Öffentlichkeit nicht verharmlost, sondern rückhaltlos offengelegt und daraus rechtliche Konsequenzen gezogen werden. Insbesondere ist jede Art von antisemitischer Hetze mit den Mitteln des Rechtsstaates auf's Schärfste zu verfolgen und zu bestrafen". Allerdings wurde der weitgehende Antrag nicht verabschiedet. In diesem Antrag (113) wurden ca. 40 neonazistische Organisationen aufgelistet und die Bundesregierung aufgefordert, über jede dieser Gruppen vom Verfassungsschutz einen Bericht anzufordern und sie gegebenenfalls zu verbieten (alle Zitate nach „tat“, 25.11.77).

SPD-Führer „entdecken“ Antifaschismus ...

Kurz nach dem Bundesparteitag kündigte Wehner eine Gesetzesinitiative gegen Nazi-Schallplatten an (AK, 12.12.77).

In einem Brief an die Landesjustizminister äußerte sich Bundesjustizminister Vogel „beunruhigt“ über das sprunghaft angestiegene Geschäft mit Nazi-Schallplatten, -Literatur und -Spielzeug und zeigte sich „besorgt“ über die steigende Verbreitung von Propagandamitteln und Kennzeichen von NS-Organisationen. Er „regte an“, „Gegenmaßnahmen des Gesetzgebers“ zu ergreifen, „falls sich herausstellt, daß aufgrund des geltenden Rechts eine angemessene Strafverfolgung nicht möglich ist“ (FR, 10.2.78). Er mußte sich von seinem SPD-Kollegen, Justizminister Posser in Nordrhein-Westfalen, sagen lassen, daß eigentlich keine Lücken im Gesetzeswerk vorlägen. Was Posser „vergaß“ zu sagen: Die Gesetze müssen angewendet werden! Übrigens vermerkte sogar das SPD-Organ „Vorwärts“ etwas verwundert den neuen Antifaschismus: „Als der SPD-Vorsitzende Brandt im Sommer 77 in gleicher Sache („Besorgnis“ - Anm. AK) an den Bundeskanzler schrieb, hatte die Bundesregierung noch mitteilen lassen, für Besorgnis bestünde kein Grund“ („Vorwärts“, 9.2.78).

Nur eine Woche später ließ das Bundesministerium für Jugend ... verlauten, es wolle „die verstärkte aufgetauchten Nazi-Propaganda-Schriften sorgfältig prüfen und gegebenenfalls einen Indizierungsantrag bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften stellen“ („Tagesspiegel“, 17.2.78). (In einem ausführlichen Artikel haben wir in AK 164 darauf hingewiesen, „daß eine Indizierung in keinem Fall das Verbot einer neonazistischen Schrift ersetzen kann und ihre Wirkung nicht allzu groß ist“, aber „immerhin besser als gar nichts“ ihre Wirkung nicht allzu groß ist, aber „immerhin besser als gar nichts“ ist.)

Selbst Hamburgs SPD-Innensenator machte einen schnellen „Lernprozeß“ durch: Ließ er noch am 25./26.7.78 ein bundesdeutsches Nazi-Treffen („Hansa-Bande“, „Wehrsportgruppe Hoffmann“, Thies Christophersen usw.) von der Polizei gegen protestierende Antifaschisten schützen, so forderte er eine (!) Woche später „ein schärferes Vorgehen gegen neonazistische und rechtsextreme Gruppen in der Bundesrepublik“ („Husumer Nachrichten“, 3.3.78).

Am 23. März '78 warnte Vogel vor Neonazis und rief „zu gesteigerter Wachsamkeit gegenüber neonazistischer Propaganda“ auf (FR, 25.3.78). Diese Serie von „Warnungen“ und Besorgnis-Äußerungen führender Sozialdemokraten ließe sich bis in die heutige Zeit beliebig fortsetzen.

... und in der Praxis?

Von Seiten der SPD-Führung ist da kaum nennenswertes zu berichten - im Gegenteil:

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Schöfberger und Lambrinus befragten die Bundesregierung immer wieder, was sie gegen die „Wehrsportgruppe“ zu tun gedenke (siehe z.B. „Presse- dienst Demokratische Initiative“ = PDI, 15.3.78, 15.4.78) und mußten sich immer wieder darauf vertragen lassen, daß es Kompetenzschwierigkeiten zwischen der bayerischen und der Bundesregierung gebe (s.o.). Inzwischen hat's ja anscheinend geklappt...

In Hamburg konnte die „Hansa-Bande“ unter dem Namen „ANS“ zur Bürgerschaftswahl '78 kandidieren - sie scheiterte lediglich daran, daß sie nicht genügend Unterschriften zusammenbekam!

Im Februar '78 kritisierte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hansen, daß die Bundesregierung noch immer nicht das in amerikanischen Händen befindliche „document center“ (Archiv über ehemalige NS-Mitglieder usw.) übernommen habe, und sagte völlig zu Recht: „Die Bundesregierung will ehemalige Nazis decken, die durch die Veröffentlichung in eine peinliche Lage gebracht werden könnten“ („Flensburger Tageblatt“, 24.2.78). Nun wurde von Seiten der Bundesregierung nicht etwa dieses - höflich gesagt -

„Versäumnis“ nachgeholt, sondern SPD-Führer wie Brandt, Schmidt und Egon Franke fühlten sich „persönlich beleidigt“ (FT, 9.3.78) und die SPD-Bundestagsfraktion erteilt Hansen eine scharfe Rüge (UZ, 9.3.78).

Im Oktober letzten Jahres wurde zwar die Übernahme des Archives für Ende 1981 geregelt (FR, 2.10.79), aber der Zutritt wird zu einer geheimen Staatsangelegenheit gemacht (FR, 25.9.79).

Im Mai '79 lag das von Vogel im Februar '78 bei seinen Länderkollegen angeforderte Gutachten (s.o.) vor: Ganze 20 (!!) - in Worten: Zwanzig - Strafverfahren mit rechtskräftigem Urteil lagen vor. Allein die „Hansa-Bande“ hatte in ihren „Spitzenzeiten“ mehr Mitglieder; unzählige Aufmärsche von Nazi-Banden hatte es gegeben und unzählige Nazi-Blätter sind erschienen! Horst Heinemann (SPD-Vorstandsmitglied) besaß darauf die spezialdemokratische Frechheit, eine positive Bilanz zu ziehen: „Strafverfahren gegen neonazistische Umtriebe führen häufiger zum Erfolg - zur Verurteilung - als dies weithin angenommen wird. Mit dieser Bemerkung hat das Bundesjustizministerium eine Auswertung von 20 rechtskräftigen Strafurteilen wegen derlei Aktivitäten versehen“ („Vorwärts“, 24.5.79).

Und weitere Fakten sprechen gegen eine konsequente Verfolgung von Neonazistischen Aktivitäten: Beim Bundeskriminalamt wurden in den ersten 11 Monaten letzten Jahres 5941 neonazistische Straftaten registriert. Im Gebiet des Landgerichtsbezirk Frankfurt waren für die Jahre 1978/79 ca. 200 Verfahren angefallen - es kam nur zu 7 Anklagen, was natürlich nicht nur der Justiz sondern auch den leitenden Behörden anzulasten ist (lt. „tat“, 7.12.79).

Angesichts dieser Zahlen vermochte Regierungsdirektor Sippel vom Bundesamt für Verfassungsschutz dennoch zu beruhigen: „Es ist immer gut gelungen, den Rechtsextremismus im Griff zu halten“ („tat“, 30.11.79). Bundesjustizminister Vogel bilanzierte: „Anders als das ehemalige Reichsgericht ist insbesondere der Bundesgerichtshof keineswegs auf dem rechten Auge blind“ („Husumer Nachrichten“, 8.11.79).

Demgegenüber ist die Parteibasis - insbesondere Jusos - sehr aktiv gewesen. In zahlreichen „Aktions-einheiten“ arbeiteten Jusos mit anderen antifaschistischen Kräften (häufig auch mit Kommunisten) zusammen.

Stellvertretend hierfür seien u.a. auch Aktionseinheiten (AE) genannt, in denen Sozialdemokraten (insbesondere wiederum die Jusos) sogar bereit waren, mit sogenannten „K“-Gruppen Bündnisse einzugehen (was allerdings nicht die Regel ist!):

Gruppen Bündnisse einzugehen (was allerdings nicht die Regel ist!): - Als in Nürnberg Schönborn seinen berüchtigten „Auschwitz-Kongreß“ durchführen wollte, protestierten SPD, DKP, CDU, FDP und DGB. Auf AE-Verhandlungen fanden sich zur Besprechung von Protestaktionen ein: DFG/VK, BDP/BDJ, „Arbeiterbund...“, KB, die Initiative gegen AKW und später auch VVN, DKP, SDAJ, SB, Naturfreundejugend, Israelitische Kulturgemeinde, Gefangenengruppe, Kreisjugendausschuß des DGB, Falken und SPD-Mitglieder (AK, 22.8.77). In Nürnberg gibt die SPD (Altstadt) seit August in unregelmäßiger Erscheinungsweise ein Antifa-Blatt „Faschismus kommt nicht über Nacht“ heraus!

In Hagen kam es am 14.1.78 zu einer breiten AE gegen Strauß: Anti-Repressionsgruppe, „Volksblatt“, Anti-AKW-Gruppe, Antifa-Gruppe, KB, „Liga gegen Imperialismus“, DKP, Jusos, Falken, DGB-Jugend und Einzelpersonen riefen in einem gemeinsamen Aufruf zu einer Demonstration auf (AK, 23.1.78).

Das bisher spektakulärste Ereignis ist ohne Zweifel die Zusammenarbeit von DGB Frankfurt und dem „Rgr“. Bündnis (an dem auch die Jusos beteiligt waren) am 16./17.6.79 anlässlich des NPD-„Deutschlandtreffens“. Die SPD/Frankfurt mochte sich daran allerdings nicht beteiligen, die SPD-Landesregierung billigte ca. 6 Monate lang sogar Wallmanns Demonstrationsverbot gegen Rgr.

Auf Ortsebene wurden auch Diskussionsveranstaltungen unter dem Motto „Droht ein neuer Faschismus?“ durchgeführt. In Frankfurt riefen 17 Ortsvereine im Mai '79 dazu auf. Laut „die tat“ beteiligten sich an der Diskussion vornehmlich SPD-, DGB-, DKP- und VVN-Mitglieder. Gemeinsamer Konsens der 400 Teilnehmer soll gewesen sein: „Bei dieser Gefahr müssen Differenzen zurückstehen“ („tat“, 18.6.79), was sich leider einen Monat später bei Anti-NPD-Aktionen nicht ganz bewahrheitete - zumindest, was die SPD-Führung angeht. Eine ähnliche Veranstaltung fand ebenfalls im Mai '79 in München statt. Veranstalter waren der Sozialistische Hochschulbund und der SPD-Kreisverband

Schwabing/Freimann („Die Neue“, 17.5.79).

In den Reihen der SPD-Basis ist nicht so laut und vernehmlich wie z.B. bei einigen Einzelgewerkschaften (IGM, GHK, IG DruPa und HBV) Kritik an der Politik der SPD/FDP-Regierung gegenüber neofaschistischen Aktivitäten geäußert worden - zumindest nicht öffentlich. Scharfe Rügen, wie sie der SPD-Bundestags-abgeordnete Hansen in Sachen „document center“ erhalten hat, haben da wohl ihre einschüchternde Wirkung getan.

UVB's bleiben stehen

Eine der zentralen Auseinandersetzungs-punkte scheint jedoch immer wieder der Unvereinbarkeitsbeschuß (UVB) der SPD gegenüber der VVN zu sein sowie die gleichzeitige Duldung von SPD- und HIAG-Mitgliedschaft. Einerseits deswegen, weil immer wieder SPD-Mitglieder wegen ihrer VVN-Mitgliedschaft ausgeschlossen werden, andererseits weil linke Sozialdemokraten und Jusos sehr häufig mit der VVN zusammenarbeiten und Bündnisse eingehen.

Auf dem Juso-Bundeskongreß vom 30.3. - 1.4.79 wurde die Einführung eines UVB's gegenüber der HIAG und die Aufhebung des UVB's gegenüber der VVN mit großer Mehrheit gefordert („Vorwärts“, 5.4.79).

Der SPD-Parteitag Hessen-Süd forderte Ende April einen UVB gegenüber der HIAG (FR, 30.4.79).

Auf dem Bundesparteitag im Dezember '79 wurden alle dahingehenden Anträge mit dem Satz erledigt: „Deswegen fordern wir den Parteivorstand auf, alle bestehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu überprüfen“ („tat“, 14.12.79).

Willy Brandt sprach sich auf der Bundestagung der „Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten“ (AVS) im Juni '79 klar für UVB's aus: Sozialdemokraten sollten sich „nicht von anderen einspannen und ausnutzen lassen“ - das sei auch der Sinn von „Abgrenzungen“, die „ihren Sinn nicht verloren“ hätten („tat“, 29.6.79).

„Neuer Antifaschismus“ in der SPD?

Die AVS wurde nach ihrem jahrelangen Schattendasein letztes Jahr von der SPD-Führung wieder aus der Versenkung gehoben, um der VVN und anderen antifaschistischen Kräften das Wasser abzugraben.

Peter von Oertzen, SPD-Landesvorsitzender von Niedersachsen, hat sich anlässlich der Havemann-Verurteilung in der DDR neue Aufgaben sich anlässlich der Havemann-Verurteilung in der DDR neue Aufgaben für die AVS ausgedacht. Er ließ über die „PM für Presse, Hörfunk, Fernsehen“ (Herausgeber ist der Landesauschuß der SPD Niedersachsen) am 21.6.79 verbreiten: „Frage: Es gibt in der SPD eine Arbeitsgemeinschaft, die mehr im Verborgenen blüht, das ist die Arbeitsgemeinschaft der verfolgten Sozialdemokraten. Dort macht man sich neuerdings Gedanken, wie auch die junge Generation mehr angesprochen werden könne. Wäre es eine Aufgabe für diese bewährten Antifaschisten, sich n u r dieser Menschenrechtsverletzungen im Ostblock anzunehmen? - Peter von Oertzen: Das wäre sicherlich wünschenswert, insbesondere deswegen, weil von den Vertretern der Interessen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere von Mitgliedern, Anhängern und Freunden der DKP, immer versucht wird, für diese Richtung das Monopol für kämpferischen Antifaschismus in Anspruch zu nehmen“ (Hervorhebung durch AK).

Soll das der neue Antifaschismus der SPD werden...?

Angesichts dieser Fakten (weitere Duldung faschistischer Umtriebe, UVB's gegen links, v. Oertzens Gedankenspiele) sollten ein Verbot (der „Wehrsportgruppe“) und ein „Leitfaden zum Kampf gegen Neonazismus“ nicht darüber hinwegtäuschen, daß es mit dem Antifaschismus der SPD-Führung nicht weit her ist. Gerade das Waffenstillstands-Abkommen mit Strauß, den die SPD-Führung selbst als die aktuell „viel größere Gefahr“ bezeichnet, zeigt die generelle Bereitschaft zum Waffenstillstand mit rechtsradikalen und faschistischen Organisationen.

Andererseits sollte die antifaschistische Bewegung den Anfang dieses Jahres zur Schau gestellten Antifaschismus der SPD-Führung aufgreifen - frei nach dem Motto: Mehr davon!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 439 5902

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
vor Hertie

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Markt / Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Bremen

Bremerhaven
KB c/o Arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kohlmarkt

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstadt

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover

V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim
Verkauf: Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bücherstraße 11 - 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Wolfsburg
Verkauf jeden Sonnabend
11 - 13 Uhr, Kaufhofpassage

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wilmmer
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
J. Reents Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld
Mittwoch von 18 - 20 Uhr

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 - 13 Uhr
Kortumstraße/Innenstadt
Jeden Di/Mi/Do von 12 - 14 Uhr
Uni/Mensa

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heilmstraße 62
46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
Jeden Sa. 11 - 13 Uhr Kettwiger Str.
Nähe Kurienplatz.
Den AK gibt's außerdem im Buchh.
H. Heine, Viehofer Pl. 8 und
Buchladen Bundschuh, Tiegelsstraße 39

Kamen
Jeden Samstag von 10 - 13 Uhr
und Mittw. von 16.30 - 18 Uhr
in der Einkaufsstraße

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 - 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Köln
Dienstag:
Büchertisch-Fachhochschule für
Sozialarbeit
Mittwoch: Büchertisch Uni

Hessen

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
J. Reents-Vertriebsbüro
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Baden-Württemberg

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
AK-Lesekreis jeden Montag und
Büchertisch jeden Mittwoch
(Altstadt/Mensa) Kontakt über
Postlagerkarte 080 845 B
AK-Verkauf dienstags 12 - 14 Uhr
Mensa Triplex

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Dienstag
Büchertisch 11 - 13 Uhr
Gesamthochschule

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg
Verkauf mittwochs nach
AK-Erscheinen, Alte Mensa

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag:
Verlag J. Reents, Lerchenstraße
75, 2000 Hamburg 50; Fernruf
Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20;
Redaktion Hamburg 43 53 20;
V.i.s.d.P. H. Eckhoff/Verlagsan-
schrift; Abonnementspreis jähr-
lich DM 55,- im Abuf, sonst
PSchA Hamburg, 240595-203;
Einzelpreis DM 2,-; erscheint
14tägig. Bei Nichterscheinen
durch höhere Gewalt kein Ent-
schädigungsanspruch. Auflage
dieser Ausgabe: 8.500.
Einem Teil dieser Auflage ist
Prospektmaterial beigelegt.

Antimilitaristische Aktivitäten 1980

„In den letzten Wochen, seit der Intervention der Sowjetunion in Afghanistan, ist die Gefahr eines Dritten imperialistischen Weltkrieges in bedrohliche Nähe gerückt“. Seitdem wir diese Einschätzung vor vier Wochen geschrieben haben, hat sich hieran nichts wesentliches verändert. Die Kriegsvorbereitungen laufen weiter auf Hochtouren, auch wenn die Schlagzeilen in der Presse etwas kleiner geworden sind. Die Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion und die Länder am persischen Golf gehen unvermindert weiter; die USA werde, so heißt es inzwischen, „notfalls“ auch Atomwaffen am persischen Golf einsetzen!

Antimilitaristische Arbeit wird heute für jeden zu einer Überlebensfrage. Wir wollen deswegen hier die Darstellung der für dieses Jahr geplanten Friedensaktivitäten fortsetzen (1. Teil: AK 172) - die Beteiligung der demokratischen und linken Bewegung an diesen Aktionen, genauso wie die Initiierung eigenständiger Aktivitäten ist heute notwendiger denn je!

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ): Frühjahraktion '80

Eine „Aktionskonferenz“ des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit fand am 2. Februar in Frankfurt statt, an der laut Angaben der Veranstalter „120 Personen teilnahmen, die über 50 örtliche Komitees und Aktionsbündnisse, sowie zahlreiche Organisationen vertraten“. Über die internationale Lage wurde im einführenden Referat von Gerhard Kade festgestellt: „Nach den Er-

folgen der Entspannung in den siebziger Jahren, vor allen Dingen in Europa, der Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der Verbesserung der politischen und ökonomischen Beziehungen Frankreichs, der Bundesrepublik und weitere Länder zu den sozialistischen Staaten, haben die entspannungsfreundlichen Kräfte ihren Widerstand gegen die Verbesserung der internationalen Beziehungen und Fortschritte bei Rüstungsbegrenzung verstärkt.“

Nach einer ausführlichen Diskussion über die derzeitige Situation in Afghanistan, im Iran, sowie über die Politik der USA, kamen die Teilnehmer der Aktionskonferenz zu folgendem Ergebnis: „Angesichts des Ernstes der Lage und der massiven Angriffe auf die Politik der Entspannung und der Rüstungsbegrenzung kommt es jetzt darauf an, eine Vielzahl von Informations- und Aufklärungsaktivitäten zu entwickeln. Es geht darum, den Widerstand gegen die Verwirklichung des NATO-Beschlusses zu verstärken, die Stationierung der neuen Raketen zu verhindern und die Unterstützung der Öffentlichkeit für die Fortsetzung der Entspannung und der Rüstungsbegrenzung zu verstärken.“

Bei der Planung und Entwicklung von Aktionen kommt es darauf an, Formen zu wählen, mit denen alle interessierten Gruppierungen einbezogen werden können. Mit allen ansprechbaren Gruppierungen und Organisationen sind jetzt Diskussionen über gemeinsame Aktivitäten notwendig.“

Folgende Schwerpunkte sollen nach Meinung der Teilnehmer der

Aktionskonferenz bei Diskussionen, Bündnisgesprächen und Informationsaktionen berücksichtigt werden:

1. Die Entspannung muß gegen die Konfrontationspolitik Carters verteidigt werden. Die Verwirklichung des NATO-Beschlusses vom 12. Dezember zur Einführung neuer Atomraketen muß verhindert werden.
2. In der Umgebung von Militärbasen und besonders in solchen Bereichen, in denen die Stationierung der neuen Atomraketen befürchtet werden muß, sollten auch die Aspekte der Bedrohung der Umwelt- und Lebensbedingungen sowie der Erholungsmöglichkeiten einbezogen und Widerstand gegen den NATO-Beschluß entwickelt werden.
3. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschafts- und Arbeiterjugendorganisationen sowie Verbänden und Initiativen mit wirtschafts- und sozialpolitischen Zielen gegen die Erhöhung des Rüstungshaushalts und für die Sicherung der Entspannungspolitik muß intensiviert werden.

Um die Aktivitäten zu verstärken, wurde dazu aufgerufen, in vielen Orten und Regionen neue Komitees zu gründen und bestehende Gruppen zu reaktivieren. Alle Einzelaktivitäten sollen nach Vorstellung des KOFAZ zeitlich koordiniert im Rahmen der „Frühjahrsaktion '80 der Friedensbewegung“ stattfinden. In der ersten März- und der ersten Aprilwoche sollen überall „Friedenstag“ stattfinden; zeitlich koordiniert können diese Friedenstag in sehr unterschiedlichen Formen durchgeführt werden. So schlägt das KOFAZ u.a. folgende Aktionsformen vor: „Friedens-Abrüstungsläufe, -märsche, -spaziergänge... gemeinsame Veranstaltungen gegen die Stationierung der Atomraketen mit örtlichen Gruppen der Nachbarländer... Infotheken, Infostände, Entspannungsdiskos, Backen und Verkaufen von Friedensplätzchen und Friedenskuchen, Osterspaziergänge... Abrüstungsbasteln...“

Diese örtlichen und regionalen Aktivitäten sollen mobilisieren für den Höhepunkt der „Frühjahrsaktion '80“, den 8. Mai, den 35. Jahrestag des Endes des 2. Weltkriegs und der Befreiung vom Faschismus. „An diesem Tag sollen in möglichst vielen Städten und Gemeinden örtliche Gedenk- und Mahnveranstaltungen, Demonstrationen, Märsche... stattfinden. Am darauffolgenden Samstag, dem 10. Mai, sollen dann in München und Hannover große Schwerpunktveranstaltungen stattfinden. Eine dritte Schwerpunktveranstaltung findet am 10. Mai in Mannheim statt. Sie wird im Zusammenhang mit einem zweitägigen antifaschistischen Kongress von einem breiten Bündnis von Persönlichkeiten und Organisationen vorbereitet.“

Als politische Grundlage für die „Frühjahrsaktion '80“ wurde inzwischen ein Aufruf erarbeitet, der von einem breiten Spektrum von Persönlichkeiten unterzeichnet wurde. Schwerpunkt dieses „Aufrufs“ zu einem Kongress aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus und Krieg am 8. Mai 1980 ist allerdings nicht die wachsende Kriegsgefahr und die Notwendigkeit antimilitaristischer Aktivitäten, sondern die Gefahr des Wiedererstarkens des Neonazismus.

Der Aufruf wurde bislang unterzeichnet von 300 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, u.a. Vorstandsmitglieder folgender Organisationen: DKP, DFU, SHB, dju, LHV, DFG/VK, Jungdemokraten, VVN, KOFAZ, DFI, MSB, VDJ, Deutsche Jugendpresse, SDAJ, Naturfreundejugend.

Von SPD, Jusos und Falken haben nur Einzelpersonen, bzw. örtliche Vorsitzende den Aufruf unterzeichnet, auf Bundesebene scheint es keine Unterstützung dieser Gruppen zu geben. Die politische Breite des KOFAZ-Bündnisses entspricht dem der letzten Jahre zu den verschiedenen Abrüstungsdemonstrationen. Eine Zusammenarbeit mit „allen Gruppen und Organisationen“ wie es auf der Aktionskonferenz diskutiert worden war, ist aus dem zentralen Aufruf nicht ersichtlich.

Die inhaltliche Stoßrichtung der Aktivitäten - „Fortsetzung der Entspannung“ - grenzt das Bündnis von vornherein auf die Kräfte ein, die mit der dahinterstehenden politischen Einschätzung vom „weltweiten Entspannungsprozeß“ übereinstimmen. Andererseits gibt es im Protokoll der Aktionstagung auch Anzeichen für eine gewisse Bereitschaft einer

Zusammenarbeit, die deutlich werden in der Betonung der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit anderen Kräften sowie in der angestrebten Berücksichtigung von Umweltzerstörung durch Militär.

Inwieweit dies tatsächlich eine ernstzunehmende Bereitschaft zur Zusammenarbeit signalisiert, ohne Führungsanspruch der traditionellen Friedensbewegung und auf solidarischer, gleichberechtigter Ebene, wird sich vor allem bei Aktionsbündnissen auf örtlicher Ebene zeigen müssen.

Genauere Planungen örtlicher und regionaler Aktivitäten sind uns derzeit nicht bekannt. Weitere Informationen:

KOFAZ, Gottesweg 52, 5 Köln 51. (Informationen/Zitate aus: Bericht des KOFAZ über die Aktionskonferenz; TAT, 29.2.80; TAT, 8.2.80)

Für ein bundesweites antimilitaristisches Bündnis!

Eine kleine Gruppe von Antimilitaristen, die u.a. an den antimilitaristischen Märschen, an Wehrparadenverbrennungen und direkten Aktionen gegen das Militär teilgenommen haben, haben sich seit dem Frühjahr vergangenen Jahres einige Male getroffen, um über weitere Aktionsmöglichkeiten zu beraten. In der Diskussion stellte sich als allgemeines Ungeheuer die Isoliertheit all dieser Aktionen heraus. Die Antimilitaristen wollen versuchen, diese Isoliertheit durch eine größere gemeinsame Aktion zu überwinden, an der sich möglichst viele Antimilitaristen, ungeachtet der unterschiedlichen politischen Standpunkte, Interessenschwerpunkte und methodischen Ansätze beteiligen können. Zu diesem Zweck haben sie ein Papier ausgearbeitet, in dem versucht wird, wenigstens ein wenig die Vielfalt und die Differenzen, aber auch die gemeinsamen Ursprünge aufzugreifen, und mit einer Skizze einer möglichen Aktion solch eine Diskussion zu starten. Die Antimilitaristen machen dann folgenden konkreten Aktionsvorschlag:

„In einer gemeinsamen festgelegten Zeit (eine Woche der Herbstmanöver) werden von allen, die teilnehmen, ihre Aktionen und Aktivitäten gestartet. Bundesweit koordiniert und doch soweit autonom, daß jede Gruppe ihre spezifischen Ansätze, Methoden einbringen kann... Zur Verdeutlichung der Vielfalt, die uns möglich erscheint, nur kurz eine Bandbreite möglicher Aktionen: KDV und ZDL weisen auf ihren Einsatz im Ernstfall hin; Frauen stellen ihre befürchtete bzw. bekämpfte Rolle dar; Soldaten informieren über ihre Ziele in der Armee; Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Rüstung und Armee, Verbindung zu Kapital und Herrschaft werden herausgestrichen; Trainings für eine gewaltfreie Verteidigung könnten real durchgeführt werden; Flurschäden, die Umweltbelastung, werden versucht zu verhindern; in den Städten werden die Straßen und Plätze von Straßentheatern, Sit-in, Unterständen usw. belegt; Zeitungen, Flugblätter, Unterschriftenlisten zu konkreten Forderungen stehen neben Blockaden vor den Kasernen; Truppenübungsplätze werden „rekultiviert“.“

Alle die mehr über diese Vorschläge wissen möchten, wenden sich an: M. Hoffman, Baslerstr. 9, 7850 Lörrach (Informationen aus: Diskofo 35)

Friedenswoche in Nürnberg geplant

Auf Initiative des Kreisjugendringes (KJA) wird in Nürnberg vom 3.5.-10.5. eine Friedenswoche stattfinden. Offizieller Veranstalter ist der KJA und die in ihm vertretenen Jugendorganisationen (u.a. Jusos, Gewerkschaftsjugend, Jugendclub Courage der DFG/VK, kirchliche Jugendverbände...); Unterstützung und aktive Beteiligung haben darüberhinaus eine ganze Reihe weiterer Gruppen und Organisationen zugesagt, u.a. die Anti-AKW-Initiative, die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, die Grünen, Amnesty International, die Frauengruppe gegen Militarismus, die Initiative gegen die Militärbunker im Reichswald bei Erlangen... Genauso bunt wie die Vielzahl von beteiligten Gruppen und Organisatio-

nen ist auch der vorbereitete Veranstaltungskalender: eröffnet wird die Friedenswoche mit einem riesigen „Markt der Möglichkeiten“, mitten in der Nürnberger Innenstadt, vor der Lorenzkirche, am Samstag. Hier können alle Gruppen an Ständen ihre Aktivitäten darstellen, Sketche aufführen, Lieder singen... In der darauffolgenden Woche wird es jeden Abend Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen geben: bei einer Veranstaltung werden Politiker der etablierten Parteien Rede und Antwort stehen müssen zu den Fragen der Antimilitaristen; der Jugendclub Courage plant, gemeinsam mit der Initiative gegen den Munitionsbunkerbau im Reichswald, der Anti-AKW-Initiative und der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden eine Diskussion zur Aufrüstung in der BRD, zu den sogenannten „Nachrüstungsbeschlüssen“ der NATO und den Gefahren der atomaren Waffen. Die Frauengruppe gegen Militarismus führt eine Veranstaltung durch zum Thema: „Frauen in der Bundeswehr?“, zu der u.a. Eva-Maria Bannach-Epple (vom DFG/VK-Bundesvorstand) und Hanne Birkenbach (von den Antimilitarismus-Informationen) eingeladen wurden. Friedensgottesdienste wird es genauso geben wie auch ein antimilitaristisches Filmprogramm in einem Nürnberger Kino.

Den Abschluß der Friedenswoche wird ein großes Friedensfest im Jugendzentrum KOMM bilden, bei dem neben Infoständen und antimilitaristischen Filmen auch die verschiedensten Kulturbeiträge dargeboten werden!

Ein Beispiel, was Schule machen sollte, - vor allem wegen der Vielfalt der beteiligten Gruppen und der Vielfalt des inhaltlichen Programms!

Friedenswochen in Hamburg geplant!

Friedenswochen in Hamburg geplant!

Anfang Mai sollen in Hamburg mehrere Friedenswochen durchgeführt werden. Die Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (SO) wird in der „Werkstatt“ vom 2.-14.5. eine Ausstellung „Nie wieder Krieg“ zeigen. Zur Vorbereitung hatte die SO alle Interessierten zu Treffen eingeladen.

Bisher haben auf den Treffen Vertreter von Judos, Ev. Jugend, ESG, AStA HfBK, Friedenspolitische Gesellschaft, DFG/IdK, DFG/VK, Frauen AE, Soldatengruppe, Gruppe Gewaltfreie Aktion, GIM und KB ihr Interesse zur Beteiligung bekundet.

Gemeinsam soll am 8. Mai, dem 35. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, zu einer Podiumsveranstaltung unter dem Arbeitstitel „Droht ein 3. Weltkrieg?“ aufgetreten werden. Die verschiedenen beteiligten Gruppen und Organisationen sind aufgefordert, eigene Aktivitäten im Rahmen der Friedenswochen durchzuführen.

Bisher sind folgende Aktivitäten angekündigt worden: Am 5.5. eine Veranstaltung der Frauen, am 6.5. eine Veranstaltung zur Entwicklung im Zivildienst. Weiterhin wurden Straßentheater, eine Filmveranstaltung und ähnliches angekündigt. Weitere Interessierte sollen sich bei der Hamburger SO melden.

Die SO wurde beauftragt, namens der Versammelten auf das Treffen der Hamburger Initiative „Beendet das Wettrüsten“ am 27.3. zu gehen. Dort soll es eine zweite Aktionsberatung der „Initiative“ geben. Bisher plant die „Initiative“ für Ostersonnabend Aktionen um die Alster bzw. eine Teilnahme an den Elbe-Osterfeiern, und ruft dazu auf, in die 1. Mai-Demo entsprechende Losungen einzubringen.

Am 8. Mai will die „Initiative“ ebenfalls Aktivitäten unternehmen; genaueres liegt offenbar noch nicht fest. Am 10. Mai will die „Initiative“ nach Hannover (zur vorgesehenen „Nord-Friedensdemonstration“) mobilisieren und sich am 12.4. an der Fete der Stolzenberg-Initiative beteiligen. Der SO-Vertreter soll die „Initiative“ auffordern, gemeinsame Aktivitäten durchzuführen bzw. die jeweils laufenden Aktivitäten zu koordinieren. Die DFG/VK, die Mitglied der „Initiative“ ist, hat ja ebenfalls ihr Interesse an der Beteiligung an den Friedenswochen und der Formulierung eines gemeinsamen Aufrufs bekundet.

Antimilitarismus-Kommission
KB-Gruppe Hamburg



Vom Standpunkt der Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistenden haben wir in der neuesten Ausgabe der DISKOFO (Nr. 35) zu dieser Frage Stellung genommen: Intervention in den Staaten am persischen Golf; Wiedereinführung der Wehrpflicht in der USA; massive militärische Unterstützung für faschistische Diktaturen wie Pakistan oder Türkei; Aufbau der superschnellen Eingreiftruppe; Einsatz der Bundeswehr außerhalb der NATO; ja sogar ein Atombombeneinsatz gegen die Ölländer - dies sind die schon lange geplanten sogenannten „Reaktionen“ der Militäristen in aller Welt auf die sowjetische Intervention in Afghanistan. Und nicht nur in diesen konkreten Kriegsvorbereitungen steckt die wahnsinni-

ge Gefahr eines neuen Weltweiten Krieges: schon in den „Friedenszeiten“ ist ein Vernichtungspotential angehäuft worden, das die mehrfache Vernichtung der Erde möglich macht, das auch in „Friedenszeiten“ Menschen tötet und die Erde zerstört und verwüstet. Und daß gleichzeitig das Recht auf Kriegsdienstverweigerung immer weiter eingeschränkt wird, die Frauen ins militärische Kalkül miteingeplant werden, ist eigentlich nur die logische Fortsetzung dieser Kriegsvorbereitungen. Zu all diesen Themen gibt's in der DISKOFO viele wichtige Informationen. Zu beziehen bei: Redaktion DISKOFO, c/o Henner Schmude, Postfach 150523, 85 Nürnberg. Ein Heft kostet (incl. Porto) 1,40DM.

Jean-Pierre Vigier

Der Marsch in den dritten Weltkrieg

Artikel von Jean-Pierre Vigier, Physiker, Forschungsleiter beim CNRS (franz. nationales Forschungszentrum), Mitglied des Generalstabs der „Resistance“, Mitglied des ZK der KPF bis Mai 1968, Initiator des „Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa“

Der dritte Weltkrieg steht auf der Tagesordnung. Zum ersten Mal seit den dunklen Jahren des Kalten Krieges wird im Gefolge von Haig, Kissinger und Schmidt heute wieder öffentlich die Möglichkeit einer globalen Konfrontation von staatlichen Repräsentanten, Militärs und Massenmedien in Erwägung gezogen. Trotz des ununterbrochenen Wetttrübens wurde dies während der „Entspannungsperiode“ nie getan – heute werden pro Minute 1 Mio. Dollars für Nuklear- und Konventionalwaffen ausgegeben.

Man muß die realen Ziele und die möglichen Konsequenzen dieser Propaganda hinterfragen. Wie groß ist die reale Kriegsgefahr? Wie glaubwürdig sind die gegebenen Begründungen?

Die Bedingungen für eine globale Konfrontation vermehren sich zusehends. Genauso wie die Krise von 1929 die Bedingungen für den II. Weltkrieg geschaffen hat, hat die Krise von 1973 bis 75 eine bedrohliche Dynamik in Gang gesetzt. Die aktuelle Beschleunigung der Krise des westlichen Kapitalismus mit ihren Folgeerscheinungen im Osten, die ökonomische, politische und militärische Entstabilisierung der Dritten Welt, das Scheitern des Konkurrenzkampfes der USA gegen die SU zunächst, dann gegen die BRD und Japan – das alles hat unwiderrufbar das Gleichgewicht modifiziert, das die Grundlage für die friedliche Koexistenz geschaffen hatte. Das vermehrt natürlich die Konfliktsachen.

US-Wehrpflichtgegner formieren sich

Die Entscheidung des zuständigen Kongressausschusses, Carter kein Geld zur Registrierung männlicher Wehrpflichtiger zu bewilligen und die Registrierung von Frauen von vornherein abzulehnen, kann nicht über die tatsächliche Politik der US-Regierung hinwegtäuschen. Denn gleichzeitig gewährte derselbe Ausschuss dem Musterungsamt 4,7 Mio. Dollar.

Auch eine Entscheidung des Ausschusses für Militärpersonal gegen eine Registrierung von Frauen am 6.3. wird von der Regierung nicht hingenommen. Die Registrierung soll vor Gericht zur „vollen Gleichberechtigung der Frauen“ durchgesetzt werden (IHT, 8.3.80).

Die Wehrpflichtgegner bereiten sich denn auch unbefriedigt auf die Zukunft vor und arbeiten mit Vollkraft auf den vorläufigen Höhepunkt ihrer Aktion hin: den nationalen Marsch am 22.3. in Washington. Busse aus allen Himmelsrichtungen werden die Demonstranten dorthin bringen. Zahlreiche Organisationen haben sich dafür zusammengetan, unter ihnen die Workers World Party, Youth against War & Fascism, das National Anti-Draft Network. Diese drei eröffneten ihre Vorbereitungs-kampagne am 1.3. in New York vor 300 Zuhörern (Workers World, 7.3.80).

USA-Kommission

700 US-Mediziner gegen Atomkrieg

In einem dramatischen Aufruf haben 700 Ärzte vor den Folgen eines wie auch immer gearteten Einsatzes von Atombomben gewarnt. Die Teilnehmer einer zweitägigen Versammlung am 9./10. Februar an der Harvard University in Cambridge, Massachusetts, veröffentlichten eine ganzseitige Anzeige in der New York Times, in der sie die Konsequenzen einer 20 Megatonnen Atombombe (von denen die USA mehr als 30.000 hat) aufzeigen und fordern, Spannungen abzubauen, Atomwaffen zu verbieten und die Arsenale zu räumen (Workers World, 7.3.80).

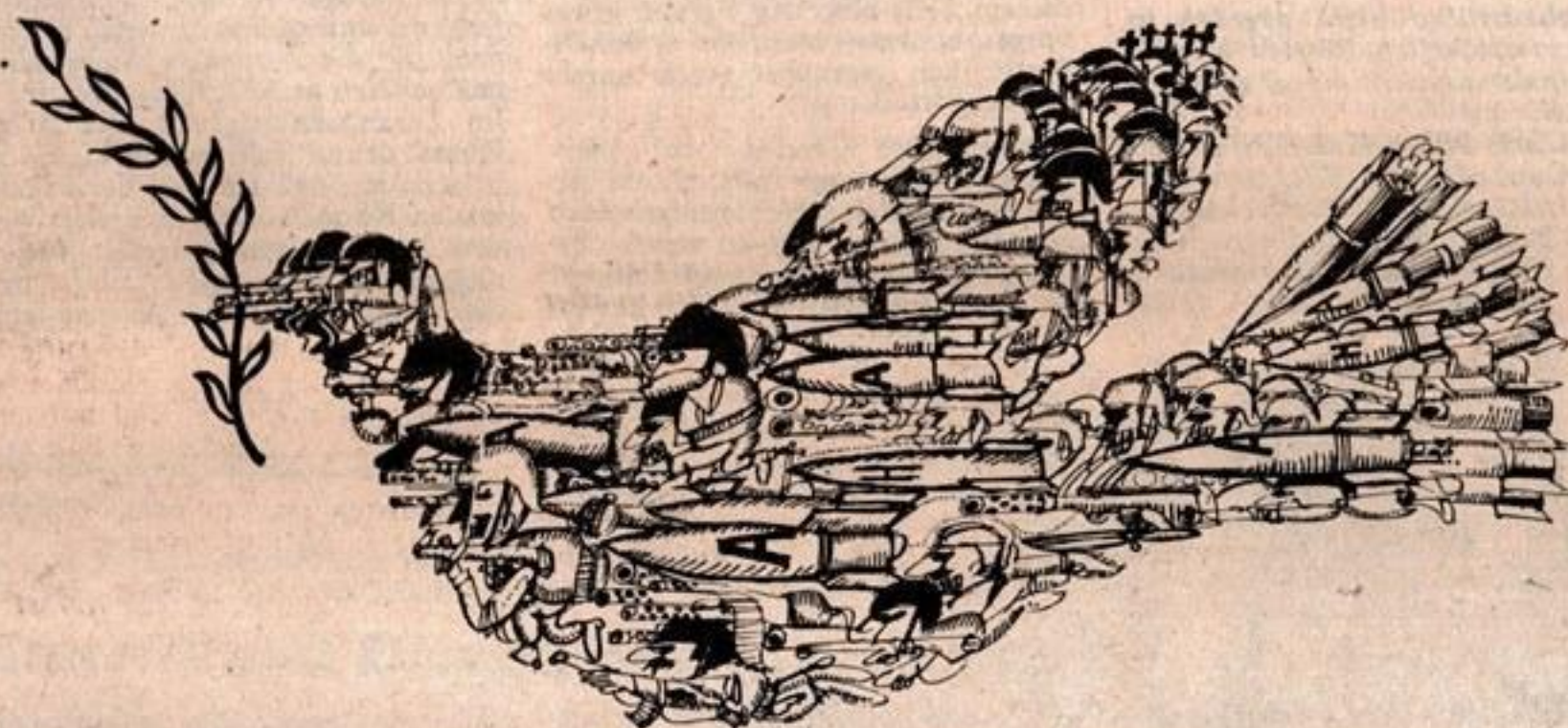
USA-Kommission

Seit kurzem ist allerdings eine neue Dimension, eine neue Gefahr hinzugekommen. Alles läuft so, als ob die Schaffung eines Klimas der internationalen Spannung nun den Interessen des Westens dienen würde. Ob in den USA, in der BRD oder in Frankreich: ein immer größerer Teil der herrschenden Klassen übernimmt die Strategie der Spannung wie sie in Italien durch die Christdemokratie in den 60er Jahren praktiziert wurde. Das Ziel ist eindeutig.

Das Projekt dieser politischen Kräfte ist die erzwungene Duldung der dramatischen sozialen Konsequenzen einer internationalen kapitalistischen Restrukturierung – ohne Krise, bzw. ohne schwerwiegende politische Unruhen. Offensichtlich wollen die amerikanischen Führer ihre Politik wechseln – keine Entspannungspolitik mehr – und ihre Macht verlängern durch die Schaffung neuer Situationen, um angeblich notwendige Maßnahmen zur sogenannten Rettung des bedrohten Vaterlands durchzusetzen. Ein Beispiel hierfür ist die Unterstützung der USA für den drohenden Krieg zwischen der VR China und Vietnam.

Kriegsgefahr und Beschleunigung der Krisenentwicklung

Die aktuelle Forcierung der Krise hat einen besonderen Aspekt. Erstens:



die tiefen Ursachen der strukturellen Krise des US-Kapitalismus sind nicht verschwunden. Die tendenzielle Senkung der Profitrate, die Senkung der internen Produktion, die Minderung der Exporte (ob Kapital- oder Warenexport), die Verlagerung der Massenproduktionszentren nach außen haben die Profite annulliert, die nach 1975 aus der Erdölpreiserhöhung und aus der Senkung des Dollars gezogen wurden.

Ein neuer Rückgang der US-Wirtschaft beginnt. Das nationale Brutto-sozialprodukt der USA hat sich im Laufe eines Jahres um 2,4% reduziert. Eine generelle Wachstumsrate des kapitalistischen Systems von 4% ist zur Stabilisierung der Arbeitslosigkeit und Aufrechterhaltung des Gleichgewichts, das eine erweiterte Reproduktion des Kapitals garantieren könnte, mehr denn je notwendig, um sein Überleben zu sichern. Die Arbeitslosigkeit wächst schneller denn je (6% in den USA im August 79 gegenüber 5,7% im Juli und 5,6% im Juni); ebenso die Inflation (der Preisindex ist um 1,2% im August gestiegen, das bedeutet 11% mehr im Jahr und 14% mehr bei den Produktionskosten); ebenso die Preise der Rohstoffe.

Der Preis des Erdöls wird zwar ständig erhöht – die Erdölimporte wachsen in den USA dennoch weiter, genauso wie in Europa, trotz der „Beschlüsse“ auf den Antillen oder der „Beschlüsse“ von Tokio.

Das gesamte System kann keine bedeutende Währungserschütterung mehr vermeiden, ohne die Zinssraten zu erhöhen, d.h. ohne die Rezeption zu erhöhen, ohne die Investitionen zu senken und eine neue Minderung der Wachstumsrate zu provozieren.

Kurzum: unabhängig von der internationalen Krise befindet sich Carter in der gleichen Situation wie Nixon 1971. Eine Änderung der Politik ist notwendig. Das ist zunächst einmal das Problem, das sich der herrschenden Gruppe stellt.

Unter Carter und der „Demokratischen Partei“ sind die USA nach wie vor regiert durch die Multinationalen (siehe „Le Monde Diplomatique“, Nummer 306/ September 1979) – das heißt durch die Politik der Trilateralen Kommission.

Die Erdölgesellschaften, die Multinationalen, die auf der Verarbeitung importierter Rohstoffe basieren, um einen wichtigen Teil ihrer Produktion im Ausland abzusetzen (Automobilbau, Elektronik, Computer, Getreide- und Nahrungsgesellschaften), die großen Investitions- und Handelsbanken haben zweifellos von dieser Politik profitiert.

Der Absatz der 500 größten US-Multis hat 1978 1600 Milliarden Dollars erreicht, bei 90 Milliarden Nettogewinnen im Ausland. Die US-Auslandsinvestitionen sind von 29 Milliarden US-Dollar 1960 auf 150 Milliarden 1977 gestiegen.

Aufgrund der Erdölpreiserhöhung hat die Neuanlage der Erdöldollars die Bankprofite erhöht, die aus den Anleihen an die III. Welt (200 Milliarden US-Dollar 1978) gezogen wurden. Die USA bekommen aber heute die wirtschaftlichen und politischen Gegenschläge der westdeutschen und japanischen Gegenoffensive zu spüren.

1978 erlangte die BRD den Platz des größten Warenexporteurs (130 Mrd. US-Dollar gegen 120 für die USA und 95 für Japan 1978) und

von der Entspannung übriggeblieben ist, zu demontieren (die Salt II-Abkommen). Sie reisen um die ganze Welt und schüren dabei Sorgen um die militärische „Schwäche“ der USA. Gleichzeitig schüren sie auch Zweifel an der Entschlossenheit der USA, die „freie Welt“ in Europa und anderswo tatsächlich zu verteidigen.

Sie wollen zu Machtpositionen zurück. Sie stützen sich dabei auf die stetig wachsende Anziehungskraft der Spannungsstrategie bei der US-Bourgeoisie. Dies bieten sie als einzige mögliche Strategie für einen neuen wirtschaftlichen Aufschwung an, für die Zementierung einer neuen Einheit des imperialistischen Lagers gegenüber einer gemeinsamen Gefahr, gegenüber der SU und der III. Welt.

Der Aufbau einer europäischen Armee

Die Analyse der Entwicklung des realen militärischen Kräfteverhältnisses sprengt den Rahmen dieses Artikels. Die bekannten Elemente dieser Analyse bestätigen in keinem Fall die Analysen von Haig und Kissinger. (siehe „Le Monde Diplomatique“, Juni 1979). Der technische Rückstand der SU (bezüglich des „Cruise Missiles“, „Wild Weasel“ usw.) wird durch einen entscheidenden Tatbestand verstärkt, der von diesen systematisch ignoriert wird:

gressiven Charakter der SU beschwören, ist es klar, daß es absurd wäre, ihre eigene Sicherheit auf der Möglichkeit eines gegenseitigen Selbstmords der Amerikaner und der Sowjets zu gründen. Um die Terminologie von Kissinger selbst zu übernehmen: „Sie sollten nicht weiter uns ständig nach Garantien fragen, die wir tatsächlich nicht geben können, oder die wir, wenn wir sie geben könnten, nicht einlösen würden, weil wir dann die Vernichtung der menschlichen Zivilisation riskieren würden“ (so Kissinger in Brüssel). Die Konsequenzen solcher Prämissen sind klar.

Innerhalb eines solchen Kontexts bleibt den Europäern nur folgendes übrig:

- 1) Europa muß eine westdeutsche oder deutsch-französische autonome Atombewaffnung bekommen. Dadurch würde die existierende wirtschaftliche und politische Hegemonie der BRD von Strauß und Schmidt auf der militärischen Ebene vervollständigt werden;
- 2) selber massive Raketen mittlerer Reichweite herzustellen, die die SU und ihre Verbündeten schlagen können;
- 3) die französischen Atomwaffen in die neue europäische Verteidigung zu integrieren.

Diese drei Punkte in Gang zu setzen, ist nicht ohne Schwierigkeit. In Frankreich gibt es Widerstände gegen diese neue europäische Verteidigungsgemeinschaft, die über die KPF und die Gaullisten hinausgehen und die heute auch von breiten Teilen der PS mitgetragen werden. Präsident Giscard weiß das und manövriert demzufolge. Er bemüht sich, schrittweise die Gegner seiner militärischen Integrationspolitik zu liquidieren. Er scheint der Hauptautor der gegenwärtigen Massenmedienkampagne dazu zu sein. Er unterstützt die Bemühungen in den offiziellen Massenmedien, die das Ziel verfolgen, die Ängste und Sorgen zu bagatellisieren, die von der Politik der westdeutschen Rechten hervorgerufen werden.

Im Gegensatz dazu ist die Haig-Kissinger Analyse nunmehr offiziell in der BRD akzeptiert. Verbal wird sich zwar von der Absicht einer eigenen Produktion von Atomwaffen distanziert (ohnehin per Abkommen der BRD verboten) – gleichzeitig unterstützt aber Verteidigungsminister Apel in seinem „Weißbuch“ die Haig-Kissinger-Propaganda über die „so-wjetische Gefahr“ (1).

Er beklagt die europäische Schwächung der „so-wjetischen Gefahr“ (1).

Er beklagt die europäische Schwächung, was die Produktion von Raketen mittlerer Reichweite betrifft. Er beschwört die „unwiderrufbare Verbundenheit“ der BRD zur NATO und macht gleichzeitig entscheidende Schritte in Richtung der Analysen von Strauß, der den Wiederaufschwung der deutschen Aufrüstung als bedeutende Etappe hin zur Wiedervereinigung Deutschlands betrachtet.

Jetzt schon schlagen die offiziellen westdeutschen Militärexperten, die beim Brüsseler Treffen anwesend waren, vor, Cruise Missiles in England, Pershing-Raketen in der BRD und in Belgien zu stationieren. Parallel dazu rüstet die BRD wieder, um aus der Krise rauszukommen. Sie verfügt über Konventionalkräfte, die den französischen dreimal überlegen sind, sie stellt die Hälfte der Boden- und Luft-Verteidigungskräfte, ein Drittel der Luftwaffe und zwei Drittel der Kriegsmarine. Das Ganze manövriert von 500.000 Berufssoldaten.

Eine Schlussfolgerung bietet sich an. Die Beschwörung der Spannungsstrategie bestätigt die „pessimistischen“ Analysen der linken Gegner der europäischen Vereinigung. Das politische Europa, das in Straßburg gebaut wird, wird weder „links“ noch „sozialdemokratisch“ sein. Es wird das deutsch-amerikanische Europa von Strauß und Giscard werden, wie es Haig und Kissinger sich wünschen.

Das einzige Mittel, dieses Szenarium zu durchbrechen, d.h. das einzige Mittel, den Marsch hin zu einem III. Weltkrieg zu bremsen, ist, aus diesem Europa, wie es heute unter unseren Augen aufgebaut wird, herauszukommen.

(1) Die Realität ist anders. Die BRD produziert heute in Brasilien und in Südafrika Atomwaffen. Sie lagert auf ihrem eigenen Territorium das notwendige Plutonium, verfügt über die notwendige Technologie der Bombenherstellung und führt sogar (wie die Franzosen) miniaturisierte Atombombenexplosionen in Laboratorien durch.

Wachsender Protest gegen den Toten Trakt in Lübeck - Lauerhof

Seit dem 5. März sind die gefangenen Frauen der RAF, Christine Kuby, Inga Hochstein, Annerose Reiche und die Gefangene Brigitte Asdonk, die nach einem Hunger- und Durststreik wegen Lebensgefahr in ein Lübecker Krankenhaus und anschließend in das Hamburger Untersuchungsgefängnis verlegt worden waren, wieder im Toten Trakt der Anstalt Lauerhof untergebracht. Noch am Tag der Rückverlegung wurde den Frauen von der Kieler Landesregierung ein 7-Punkte-Plan vorgelegt:

1. Ziel der Vollzugsplanung ist es, die Gefangenen in den allgemeinen Vollzug einzugliedern, soweit dem nicht unüberwindliche, in der Person der jeweiligen Gefangenen liegende Hindernisse entgegenstehen.
 2. Die Gefangenen werden zunächst in Haus C (Toter Trakt - d. Verf.) untergebracht.
 3. Die Gefangenen Eckes und Reiche sollen mit ihrem Einverständnis nach einer Übergangszeit von etwa 2 Monaten in den allgemeinen Vollzug (Haus E) verlegt werden.
 4. Der Vollzug in Haus C wird im Sinne eines Wohngruppenvollzuges in der Weise nach innen geöffnet, daß die Hafträume tagsüber von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet bleiben und eine erweiterte Nutzung des Hofes (z.B. für Sport) ermöglicht wird. In diesem Zeitraum wird auch Gelegenheit zu gemeinschaftlichem Fernsehen geboten.
 5. Das Haus C soll in der Weise in den allgemeinen Vollzug einbezogen werden, daß dort Gefangene untergebracht werden können, für die besondere Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich sind.
 6. Weitere Einzelheiten der Vollzugsplanung, z.B. Teilnahme an Gemeinschaftsveranstaltungen der Anstalt, Tragen eigener Kleidung, notwendige Maßnahmen zur Vorbereitung der Entlassung, werden nach besonderer Erörterung mit den Gefangenen geregelt.
 7. Diese Planung setzt die Bereitschaft der Gefangenen voraus, zu einer erfolgreichen Durchführung beizutragen" (zitiert nach „taz“, 7.3.80).
- Unverkennbar enthält der Plan einige Haft erleichterungen, die entweder sofort - wie etwa die Öffnung der Zellen von 8 bis 18 Uhr - oder aber stufenweise - so die Integration der Frauen in den Normalvollzug - verwirklicht werden sollen. Diese Verbesserungen sind als ein erster Erfolg des Widerstandes der Frauen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Hochsicherheitstrakt, als ein unmittelbares Ergebnis ihres Hunger- und Durststreiks und der zunehmenden Protest zu werten.

Stimmen gegen den Lübecker Trakt

- Bereits am 3.2. sandte der Bundesvorsitzende der Humanistischen Union, Prof. Dr. Ulrich Klug, ein Telegramm an Schleswig-Holsteins Justizminister Claussen, in dem die Besorgnis der HU über Vorgänge in der JVA Lauerhof zum Ausdruck gebracht wurde, um vor einem neuen Fall Holger Meins zu warnen.
- Amnesty International (London) schickte am 6.2. eine dringende Mitteilung an die Landesregierung Holger Meins zu warnen.
- Amnesty International (London) schickte am 6.2. eine dringende Mitteilung an die Landesregierung von Schleswig-Holstein, worin angesichts des Hunger- und Durststreiks gegen den Hochsicherheitstrakt erneut gefordert wurde, „Einzelhaft und Kleingruppenisolation als reguläre Form der Haft abzuschaffen“.

Sicherheitsrisiko nicht gegeben ist, einigen namhaften Bürgern eine Begehung der Einrichtung zu gestatten, wie z.B.

Frau Gisela Böhrk, MdL (SPD-d. Verf.)
Frau Gunda Diercks, Rechtsanwältin
Frau Ursula Greiß, Dipl. Psychologin
Herrn Dr. D. Koke, Gesundheitsminister
Herrn H. Koscielski, Kultursenator
Herrn Markus Reinke, Pastor



Frau Sabine Rosenblatt, Journalistin (bei den „LN“ - d. Verf.)
Dr. med. Klaus Waterstradt, Arzt,

die sich bereitfinden. Die Möglichkeit weiterer Teilnehmer könnte offen bleiben. Vielleicht wollen Sie selbst, Herr Minister, oder von ihnen benannte Vertreter, teilnehmen.“

In dem Brief wurde ausführlich aus der Verurteilung des Traktes in Westberlin-Moabit durch Dr. Klug und Prof. Dr. Einsele zitiert.

- Die beiden oben genannten Offenen Briefe/Unterschriftensammlungen, für die ESG und der Ästa der Med. Hochschule verantwortlich zeichneten, wurden von diesen am 13.2. in einer Presseerklärung herausgegeben.

Der 7-Punkte-Plan - eine Beruhigungspille

Während die Lokalzeitung „Lübecker Nachrichten“ über die - immerhin doch namhaften - kritischen Stimmen gegen den Hochsicherheitstrakt keine Silbe berichtete, reagierte das Justizministerium auf ihm eigene Art: Vier Pressevertretern von den „LN“, den „Kieler Nachrichten“, der dpa und vom „stern“ wurde eine

Traktbesichtigung gewährt, über deren Ergebnis es dann in den „LN“ hieß: „Lauerhof weist Vorwürfe zurück. JVA: Keine unmenschlichen Haftbedingungen für Terroristinnen“. Da die Leser von sonstigen Protesten nichts erfuhren, mußten sie den Eindruck gewinnen, nur die RAF-Frauen selbst hätten ohne realen Grund etwas gegen den Trakt. Zynischer Kommentar von Wolfgang Freise, stellvertretender Leiter der Gnaden- und Vollzugsabteilung im Justizministerium: „Die Frauen klagten jedoch über fehlende Kontakte zu anderen Gefangenen, und sie vermißten Laute anderer Menschen. Wir gehen dem nach. Zwar litt jeder Gefangene, aber möglicherweise trübe die Haft diesen Kreis aufgrund seiner Herkunft stärker.“ Dazu kommtierte dann noch Greif, der JVA-Leiter in Lauerhof: „Man habe versucht, Terroristinnen mit anderen Gefangenen zusammenzubringen. Mit dem Erfolg, daß eine angezeigte Revolte in letzter Minute verhindert wurde“ („LN“, 21.2.80).

Daß mit solchen Meldungen bewußt Märchen verbreitet wurden, geht schon aus dem neuerlichen, plötzlich erfolgten Sinneswandel der Landesregierung hervor: Entgegen allen früheren Betuerungen der Herrschaften von notwendiger „Sicherheitsverwahrung“ erscheint mit einem Mal doch die Integration in den Normalvollzug möglich, wie sie jetzt im 7-Punkte-Plan versprochen wurde. Oder sollte gar kein echter Sinneswandel vorliegen, sondern mit diesem Plan bloß den Frauen etwas vorgesponnen werden, wie es der Öffentlichkeit gegenüber schon immer gemacht worden ist?

Tatsächlich bleibt bei dem 7-Punkte-Plan fragwürdig, ob die versprochenen Haft erleichterungen auch realisiert werden und an welche Bedingungen sie geknüpft sind. Erinnert sei nur daran, daß bereits während

Hochstein und Christine Kuby in den „allgemeinen Vollzug (Haus E) verlegt werden“ (siehe Pkt. 3)?

Weshalb ist überhaupt eine Aufspaltung der Gefangenen geplant, die zu einer noch schlimmeren Kleingruppenisolation - von dann nur drei Frauen im Toten Trakt! - führen könnte?

„Diese Planung setzt die Bereitschaft der Gefangenen voraus, zu einer erfolgreichen, mit dem Gesetz in Einklang stehenden Durchführung beizutragen“ (Pkt. 7) Noch deutlicher äußerte sich der oben genannte Wolfgang Freise anläßlich der Traktbesichtigung durch Pressevertreter: „Der Vollzug kann Lockerungen nur gestatten, wenn zu erwarten ist, daß die Gefangenen bei den Maßnahmen positiv mitwirken“ (zitiert nach „LN“, 21.2.80). Welche „Bereitschaft“ ist denn hier gemeint? Sollen die Frauen z.B. nicht mehr gegen das Vorhandensein der Trennscheibe bei Knastbesuchen protestieren dürfen? Falls sie doch protestieren: Signalisieren sie damit „mangelnde Bereitschaft“ zur „erfolgreichen Durchführung“ des 7-Punkte-Programms?

Lassen solche Formulierungen schon erkennen, daß der willkürlichen Auslegung Tor und Tür geöffnet ist, so enthält Pkt. 5 den eigentlichen Pferdefuß, der über die versprochenen Haft erleichterungen nicht übersehen werden darf: „Das Haus C (der Tote Trakt - d. Verf.) soll in der Weise in den allgemeinen Vollzug einbezogen werden, daß dort Gefangene untergebracht werden können, für die besondere Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich sind“. Im Zusammenhang mit Pkt. 3 des Planes deutet sich somit die Möglichkeit an, daß ein Teil der Frauen in den Normalvollzug integriert werden kann - was jederzeit wieder rückgängig zu machen ist! - und die übrigen zusammen mit anderen

Gefangenen im Hochsicherheitstrakt bleiben. Der ständig belegte Tote Trakt bleibt also trotz aller Proteste und versprochener Haft erleichterungen im 7-Punkte-Plan in jedem Fall erhalten. Längerfristig entpuppt sich der JuMi-Plan

- erstens als der Versuch, dem gerade anwachsenden Protest und Widerstand die Spitze zu brechen, indem jetzt scheinbar auf Liberalisierung und Haft erleichterung geschaltet wird und so Zündstoff entzogen werden soll;

- zweitens als der geschickt verpackte Plan, auch nicht-politisch-motivierte Gefangene im Trakt unterzubringen und hieran die Öffentlichkeit zu gewöhnen. Die Formulierung im Pkt. 5 ist nämlich zweideutig: Entweder sollen im Trakt Gefangene verbleiben, für die dann keine „besonderen Sicherheitsmaßnahmen mehr erforderlich sind, d.h. es ist an eine vorübergehende Ausschaltung des komplexen Überwachungs-

systems gedacht (was eh kein Mensch kontrollieren kann). Und/oder (?) im Trakt sollen auch solche Gefangene untergebracht werden, für die eigentlich nach der Lesart der Herrschenden „besondere Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich sind“, d.h. im Trakt sollen auch Nicht-„Terroristen“ untergebracht werden.

Beide Pläne sind unakzeptabel, jedoch enthielte die zweite Möglichkeit noch eine Verschönerung der Haftpraktiken über die bislang übliche Praxis hinaus. So wurde in Hamburg Anfang März der Hochsicherheitsbereich mit einem sog. normalen Gefangenen belegt, dem vorgeworfen wird, einen Spitzel im Hamburger Gefängnis getötet zu haben. Einem anderen wurde die Verlegung in den Toten Trakt angedroht, falls er weiterhin die Arbeit verweigere! In den USA, wo Isolationsstrakte schon länger bestehen, ist eine derartige Belegung bereits üblich (vgl. „Gehirnwäsche gegen den Umsturz“ von Karl-Heinz Roth in „Autonomie“ Nr. 2 - 10/79).

te schon länger bestehen, ist eine derartige Belegung bereits üblich (vgl. „Gehirnwäsche gegen den Umsturz“ von Karl-Heinz Roth in „Autonomie“ Nr. 2 - 10/79).

Angesichts solcher Aussichten auf die künftigen Haftbedingungen der fünf Frauen im Lauerhof-Knast und der möglichen Fortentwicklung des Hochsicherheitstraktes hat die Lübecker Initiative gegen Hochsicherheitstrakte Schritte in die Wege geleitet, um den Protest gegen die unmenschlichen Haftbedingungen noch auszudehnen. Vorbereitet wird eine größere Bündnis-Veranstaltung zur Isolationsforschung, zu Toten Trakten und der verschärften Repression gegenüber den politischen Gefangenen. Ferner ist an die Herausgabe einer Dokumentation sowie Aktionen wie Straßentheater u.ä. gedacht.

KB/Gruppe Lübeck

Spendenkonto der Initiative gegen Hochsicherheitstrakte:

Kto.-Nr. 23182-202
PschA-Hamburg
BLZ 200 100 20
Viktoria Koke (Stichwort: Trakt)
c/o Buchladen Huxtr. 69
2400 Lübeck

Protest gegen Hochsicherheitstrakte - Museumsbesetzung in Wuppertal

Am 4.3. besetzte eine Gruppe von 15 Leuten für fünf Stunden das Von-der-Leydt-Museum in Wuppertal. Sinn der Aktion war die Unterstützung der inzwischen wieder in den Lübecker Isolationsstrakt zurückverlegten fünf Frauen aus der RAF. Gefordert wurde: „1. Schließung aller Hochsicherheitstrakte; 2. Entlassung der haftunfähigen Gefangenen.“

Das Museum wurde für die Besetzung ausgewählt, weil dort zur gleichen Zeit eine Plakatausstellung von Amnesty International zum Thema „Folter und Menschenrechte“ stattfand. Die Besetzer schreiben in ihrer Presseerklärung: „Über Folter zu sprechen heißt für uns auch über Folter in der BRD zu sprechen, insbesondere Folter in den Knästen und deren schärfster Form, den Hochsicherheitstrakten.“ Für die Wuppertaler Presse war die Sache klar: hier

wollten „Linksextremisten“ ai zum „Sprachrohr“ ihrer „ultralinken Gruppe“ machen und auf die „Haftbedingungen in deutschen Gefängnissen, wo Gleichgesinnte untergebracht sind - übrigens „fünf rechtskräftig verurteilte und in Lübeck inhaftierte Terroristinnen“ - aufmerksam machen. Die Aktion hat immerhin den Effekt gehabt, daß sich die Wuppertaler ai-Gruppe jetzt für die Forderungen der Besetzer verwenden will. Da ai-Gruppen grundsätzlich „nie im eigenen Land tätig werden“, kündigte der Wuppertaler ai-Sprecher Dietrich Böttcher an: „Ich werde die Sache mit unserer Zentrale in London klären. Möglicherweise greifen dann unsere englischen Freunde das Thema „Isolationshaft in Deutschland“ auf.“ (Informationen und Zitate nach Wuppertaler Stadtzeitung und einem Flugblatt der Besetzer).

Kurzmeldungen

**Peter Egloff
aus dem Knast entlassen**

Nach über dreimonatiger Haft ist der Schweizer Peter Egloff, der im November letzten Jahres wegen des Verdachts der unethischen Falschaussage im Prozeß gegen Brigitte Heinrich trotz der Zusage des freien Geleits festgenommen worden war, am 22.2. freigelassen worden. In der Begründung hieß es lapidar, eine längere Inhaftierung stehe in keinem Verhältnis zum möglichen Strafmaß („FR“, 23.2.). Auf den breiten in- und ausländischen Protest gegen Egloffs Verhaftung wurde in keinem Wort eingegangen, der Prozeß gegen ihn soll nach wie vor stattfinden.

Als einziger Tatzeuge hatte Peter Egloff im Prozeß gegen Brigitte Heinrich bezeugen sollen, daß Brigitte vor vielen Jahren von ihm an der deutsch-schweizerischen Grenze Tretminen und Granaten für die RAF bekommen habe. Für diese Aussagen war ihm vom Gericht das „Freie Geleit“ zugesichert worden, wie es nach europäischem Recht für ausländische Zeugen üblich ist. Nachdem Egloff dann aber nicht im Sinne der Anklage ausgesagt hatte, wurde er sofort „wegen des Verdachts der unethischen Falschaussage“ festgenommen, denn schließlich könne es – so Staatsanwalt Ens – „nicht recht sein, daß freies Geleit den Zeugen berechnen, so zu lügen, daß sich die Balken biegen“ („Spiegel“, 28.1.80); das „Freie Geleit“ beziehe sich nur auf etwaige Straftaten, die der Zeuge vor der Einreise ins fremde Land begangen hat. Diese „Rechtsauffassung“ des Herrn Ens wurde inzwischen von allen Gerichten abgelehnt – nur der Spruch des Bundesverfassungsgerichts steht noch aus.

„Im Grunde genommen ist das eine Perversion des freien Geleits“, meint selbst der FDP-Fraktionsvorsitzende im Europaparlament, Martin Bangemann („Spiegel“, 28.1.). Das Rechtsinstitut des „Freien Geleits“ hat nämlich eigentlich den Zweck, ausländische Zeugen, auf deren Vernehmung es keinen Rechtsanspruch gibt, das freiwillige Aussagen vor Gericht ohne Risiko zu ermöglichen.

Aber Zweck hin, Zweck her: die Legitimations-Akrobatik deutscher Juristen hat Tradition: die entlastende Aussage Egloffs durfte natürlich nicht ungestraft im Raume stehen bleiben ...

Der „Fall Egloff“ wird nun noch ein Europa-rechtliches Nachspiel haben: Bei der zwölften Europäischen

Justizministerkonferenz am 20./21. Mai soll über die gesetzliche Regelung des „Freien Geleits“ (Artikel 12 des europäischen Rechtshilfeabkommens) beraten werden.

Herbert Soffel wieder im Knast

Nach dem Einbruch in eine Villa in Wiesbaden und einer Schießerei mit der herbeigerufenen Polizei ist Herbert Soffel, ehemaliges Mitglied des Frankfurter Gefangenerrates, wieder festgenommen worden.

Zur Erinnerung: Herbert Soffel wurde am 20.11.79 wegen mehrfachen „Bandendiebstahls“ und Urkundenfälschungen unter Einbeziehung einer bereits abgesessenen vierjährigen Haftstrafe aus dem Jahr 76 zu acht-einhalb Jahren Knast verurteilt. Die viereinhalb Jahre, die Herbert in Isolationshaft gesessen hat, haben ihn bereits lebensgefährlich krank gemacht. Schon zweimal mußte er im vergangenen Jahr in ein öffentliches Krankenhaus gebracht werden.

Nach seiner Verurteilung ist Herbert am 25. November 79 aus dem Krankenhaus geflüchtet. In einer Erklärung zu seiner Flucht schrieb er, „daß ich weder vier Jahre, noch ein paar Monate Knast unter den üblichen Haftbedingungen überleben kann ...“ („s.A.K. 168“).

Am 11.2. war dann in der „FR“ die erschreckende Meldung zu lesen: „Bei einem Einbruch mit Geiselnahme ist der von der Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen Einbruchs mit Haftbefehl gesuchte 27-jährige Herbert Soffel (gemeint ist Soffel – Anm. AK) von Polizeibeamten kampfunfähig geschossen worden.“ Der Schuß hatte ihn in den Oberschenkel getroffen. Herbert Soffel soll bei seinem Einbruch überrascht worden sein und einen Augenzeugen als Geisel genommen haben. Als die Bullen kamen, soll er angefangen haben zu schießen.

Jetzt ist zu befürchten, daß Herbert noch schärferen Haftbedingungen unterworfen und sein Leben erneut auf's Spiel gesetzt wird. Allein eine Haftverschonung wäre geeignet, ihm das Gesundwerden zu ermöglichen.

**Facharzt für Gerhard Albus
verweigert**

Der wegen eines angeblichen Brandanschlags gegen den terroristischen

Entebbe-Film zu 4 Jahren und 9 Monaten verurteilte Gerhard Albus kämpft seit einem Jahr um fachärztliche Behandlung seiner akuten Nierenerkrankung.

Im August 1978 war ihm noch die Untersuchung durch eine Vertrauensärztin genehmigt worden. Sie hatte Blut und Eiweiß im Urin, Koliken, hohen Blutdruck und Gewichtsverlust festgestellt, was den Verdacht auf Nierentzündung, Nierensteine oder Nierentuberkulose begründete.

Obwohl sich auch ein Jahr später die Beschwerden von Gerhard Albus nicht eingestellt haben, wurde der von der Vertrauensärztin aufgestellte und geforderte fachärztliche Untersuchungsplan so gut wie nicht eingehalten; der ebenfalls behandelnde Arzt Dr. Seifen – Leitender Regierunqsmedizinischer Direktor, ansonsten lediglich praktischer Arzt – hielt die Hinzuziehung eines Nierenfacharztes für „nicht erforderlich“.

Die Herausgabe der Krankenakte zur Einsicht wurde vom OLG Düsseldorf abgelehnt, „da die Unterlagen für die weitere Untersuchung ggfs. Behandlung des Herrn Albus hier fortlaufend benötigt werden und stets zur Hand sein müssen“.

Im Februar erlitt Gerhard Albus erneut eine schwere Nierenkolik, verbunden mit tagelangen Krämpfen, Schmerzen und Halsbeschwerden. Eine dringende erforderliche fachärztliche Behandlung ist ihm bis heute verweigert geblieben.

(Informationen aus „taz“, 10.3.80)

**Fantasia-Prozeß:
Jetzt alle Angeklagten
aus der Haft entlassen!**

Bert Schlage und Barbara Meyer-Schlage wurden am 25.2. nach acht- bzw. 11-tägiger Haft in Stammheim auf freien Fuß gesetzt. Wenige Tage später kam Birgit Rauth nach 13-monatiger U-Haft endlich frei. Die Entlassung von Bert und Babs wurde durch eine Haftbeschwerde ihrer Verteidiger beim Bundesgerichtshof bewirkt. Da die Staatsanwaltschaft allerdings für die beiden jeweils drei Jahre gefordert hat, ist damit zu rechnen, daß sie nach der Urteilsverkündung erneut verhaftet werden.

Westberliner
Antirepressionskommission des KB

»Komitee für Grundrechte und Demokratie« gegründet

Am 9. und 10. Februar dieses Jahres haben Wissenschaftler, Publizisten, Gewerkschafter, Juristen u.a. ein „Komitee für Grundrechte und Demokratie“ gegründet.

Diese Gründung geht zurück auf eine Initiative der Professoren Helmut Gollwitzer, Wolf-Dieter Narr, Uwe Wesel, Arno Klönne, Oskar Negt sowie Dr. Andreas Buro und Klaus Vack, die im Sommer 79 den Anspruch formuliert haben, das Versprechen des 3. Internationalen Russel-Tribunals, die Verteidigung der Grund- und Menschenrechte, „einzulösen, indem man das Engagement auf Dauer stellt“ („Die Neue“, 9.8.79).

In der Gründungserklärung nennt das Komitee konkret aktuelle Gefahren für die Freiheit in diesem Land, wie z.B. die Arbeit des Verfassungsschutzes (speziell gegen Betriebsräte), die Berufsverbote, Hochsicherheitstrakts, das Programm zum Ausbau von Atomkraftwerken und die Rasterfahndung. Insgesamt sieht das Komitee „strukturelle Entwicklungen in der Verbindung von Technologie, Wissenschaft und Machtkonzentration“, die „die Freiheit und Handlungsfähigkeit jedes einzelnen“ gefährden. Diese Gefahren will das Komitee aufdecken, um die Öffentlichkeit zu informieren, Betroffenen zu helfen und Gegenaktivitäten zu unterstützen (siehe Kasten:

Weiter so!

Am 12.3. lehnte ein Frankfurter Amtsgericht die Eröffnung der Hauptverhandlung gegen drei ehemalige ASTA-Mitglieder ab, die vor einem Jahr gegen die Erschießung von Elisabeth v. Dyck protestiert hatten.

In ihrer Erklärung hieß es damals: „... sie wurde von Vertretern der gleichen Staatsgewalt erschossen, die uns bedroht und verfolgt. Im Jahre 1979, dreißig Jahre nach dem Inkrafttreten des Grundgesetzes ist es praktisch unmöglich geworden, staatliche Mordmorde zu beweisen ...“

Wegen dieser Passage hatte die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet wegen „böswilliger Verächtlichmachung der BRD und ihrer Organe“.

Pressemitteilung zur Suspension Peter Brückners).

Das Komitee stellt sich seine Arbeitsweise so vor, daß Arbeitsgruppen zu verschiedenen Problemfeldern präzisieren, benennen und dokumentieren sollen. Diese Arbeitsgruppen stehen jedermann und jederfrau zur Mitarbeit offen. Die Untersuchungsergebnisse sollen veröffentlicht werden. Ins Auge gefaßt ist eine Rechtshilfe für all diejenigen, die in ihren Rechten eingeschränkt werden und das Komitee will denjenigen Hilfe anbieten, die durch Repressionen isoliert zu werden drohen. Angestrebt wird vom Komitee eine Zusammenarbeit mit anderen Gruppen und Organisationen, „die eine ähnliche, wenn auch im einzelnen andere Zielsetzung verfolgen“.

In der nächsten Zeit sollen vorrangig folgende Probleme behandelt werden:

- Zum Thema Berufsverbote soll in den nächsten Monaten eine Falldokumentation mit Analyse herausgegeben werden. Verschiedene Aktionen sind geplant.
- Hochsicherheitstrakte und die skandalöse Situation im Normalvollzug;
- Demonstrationsfreiheit und präventiver Polizeischutz;
- Einschränkung der Menschenrechte in Betrieben;
- Unterprivilegierung von Frauen.

williger Verächtlichmachung der BRD und ihrer Organe“.

Das Amtsgericht lehnte jetzt die Eröffnung der Hauptverhandlung ab mit der Begründung, die Äußerung sei zwar polemisch und emotionsgeladen, auf der anderen Seite müsse man ihnen zugute halten, daß sie keine „Kriminalisten“ oder „Kriminalaktiver“ seien.

Es würde uns ehrlich freuen, wenn wir in Zukunft staatlichen Meuchelmord auch so nennen dürfen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Das Komitee will jedoch im Rahmen seiner Kräfte kein Thema von vornherein ausklammern. Alleiner Maßstab für die Arbeit ist die „unverbo-gene“ Anwendung der Grund- und Menschenrechte.

Wolf-Dieter Narr äußerte im Sommer letzten Jahres mit Blick auf die Linke in der BRD in einem Interview: „Wichtiger (als die Vereinigung der Gesamtlinken unter einem Dach – Ergänzung: AK) wäre es eigentlich, diese linken Gruppierungen ... auf das Thema Menschenrechte zu beziehen“. Das Interview endet mit der Bemerkung Narrs, die Initiatoren wollten zwar andere Leute und Gruppierungen ansprechen und mit einbeziehen, jedoch ohne den Anspruch, eine politische Bewegung in Gang zu setzen. Narr: „Das überlassen wir anderen“ („Die Neue“, 9.8.).

Zu den Gründungsmitgliedern gehören u.a.: Sebastian Cobler, Kai Dieckmann, Ingeborg Drewitz, Iring Fetscher, O.K. Flechtheim, Heinrich Hannover, Hans-Heinz Heldmann, Willi Hoss, Robert Jungk, Jakob Moneta, U.K. Preuß, Jürgen Seifert, Dorothee Sölle, Otto Schily, Wilhelm Steinmüller und Klaus Traube.

Die Kontaktadresse des Komitees ist:
Klaus Vack
An der Gasse 1
6121 Sensbachtal

Antifa-Kommission Hamburg

Kommunist darf kein Richter sein

Das Obergerichtsgericht Münster hat endgültig dafür gesorgt, daß die eigenen Reihen „rein“ gehalten werden. Es lehnte die Klage von Volker Götz auf Anstellung als Richter auf Probe ab und bestätigte damit das Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf.

Volker Götz hatte 1973 nach abgeschlossener Richterausbildung seine Übernahme in den Richterdienst beantragt. Der damalige Justizminister in NRW, Posser, hatte die Einstellungsurkunde schon unterschrieben, in der Kenntnis, daß Volker G. Mitglied der DKP war. Er argumentierte damals, daß die Mitgliedschaft

Disziplinarverfahren gegen Lebenszeitbeamten

Ab Montag, den 24.3. findet vor dem Bundesdisziplinargericht in Frankfurt der Prozeß gegen den 49-jährigen Stuttgarter Postbeamten Hans Peter statt. Dies ist das erste derartige Verfahren gegen einen seit fast 30 (!) Jahren bei der Post tätigen Lebenszeitbeamten, dem ausschließlich die Mitgliedschaft in der DKP sowie Tätigkeit bzw. Kandidatur für diese Partei zum Vorwurf gemacht werden.

In diesem Fall, der allen Liberalisierungsversprechen Hohn spricht, ist es nun in den höheren Etagen unserer freiheitlich-demokratischen-Rechtsstaats-Verwalter zu gewissen Rangelen (man kann es auch Scheingefechte nennen) darüber gekommen, wem der Schwarze Peter hierfür zugeschoben werden soll.

Denn irgendwie unangenehm scheint die Angelegenheit sogar Minister Gscheidle (SPD) zu sein, der noch vor knapp 2 Jahren naßforsch erklärt hatte: „Ein Beamter, der aktives Mitglied der DKP ist, fliegt raus“ (Stern, 25/78). Inzwischen wurde er von seinen Parteifreunden soweit auf Linie gebracht, daß es immerhin „politisch gesehen ... nicht befriedigend“ findet, „daß jemand nach soundsovielen Jahren seine Beamtenstellung verliert, obwohl an neuerlichen Erkenntnissen nichts zu dem hinzugekommen ist, was hinsichtlich dessen Aktivitäten bekannt war“.

Wie günstig für den so bearbeiteten Minister, daß der Gesinnungswandel (sprich: Taktikwechsel) beim Bundesdisziplinaranwalt Hans Rudolf Claussen noch nicht angekommen ist. Dieser besteht – allen Liberalisierungsankündigungen der Bundesregierung zum Trotz – auf der Eröffnung des erwähnten Prozesses.

Mit kaum verhohlener Sympathie stellte sich Minister Gscheidle prompt vor Claussen und erklärte sein Verhalten ausdrücklich für „rechtmäßig“; und auch der liberale Bundesinnenminister Gerhart Baum, der gegenüber dem Bundesdisziplinaranwalt weisungsbefugt ist, konnte sich zu keinem Eingriff in den Ermessensspielraum Claussens entschließen.

Der Fall Hans Peter hat auch in der europäischen Öffentlichkeit Aufsehen erregt; die Solidarität mit dem Betroffenen wurde mit über 6000 Unterschriften dokumentiert. Selbst bei SPD-Bundestagsabgeordneten hat sich Unmut breitgemacht. 11 MdBs haben eine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet; Protest kommt vor allem von den Jusos und aus gewerkschaftlichen Kreisen. Auf den Ausgang dieses für eine volle Woche angesetzten Gesinnungsprozesses mit exemplarischer Bedeutung darf man gespannt sein.

Berufsverbote-Kommission, Hamburg

Zwei Ablehnungen durch das BAG bestätigt

In zwei Fällen hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) Berufsverbote durch die Landesregierungen in NRW und Hamburg bestätigt.

Im ersten Fall geht es um die Realschullehrerin Beate Bongart. Ihr wird von der sozialliberalen Regierung in NRW die Mitgliedschaft in der DKP vorgeworfen. Bei entsprechenden Anhörungen und in den bisherigen Gerichtsverfahren hatte Beate Bongart eine Antwort auf die Frage nach der Mitgliedschaft verweigert. Dies tat sie mit Hinweis auf das im Grundgesetz verankerte Parteiprivileg. In allen bisherigen Instanzen erhielt sie Recht und die Landesregierung wurde jeweils verpflichtet, sie ins Beamtenverhältnis einzustellen, was diese jedoch verweigerte. Das BAG entschied jetzt, daß die Behörden jederzeit das Recht hätten, „Bewerber nach ihrer Mitgliedschaft oder ihren Aktivitäten in Organisationen zu befragen, die ... als verfassungsfeindlich angesehen werden“ (FAZ, 10.3.). Noch krasser stellt sich dies dar, wenn das Gericht festlegt, daß die Verweigerung „schon geeignet sein (könne), Zweifel an (der) Eignung für den öffentlichen Dienst zu begründen“ (ebd.).

Im zweiten Fall geht es um die Ablehnung der Referendarausbildung von Ulrich Kranzusch durch den Hamburger Senat. Ulrich Kranzusch wurde die Mitgliedschaft in der „KPD“ und die Teilnahme an der Störung und Besetzung des Bonner Rathauses anlässlich eines Besuchs des südvietnamesischen Diktators Thieu vorgeworfen. Das Bundesarbeitsgericht Hamburg hatte den Senat verpflichtet, Ulrich K. die Beendigung seiner Ausbildung zu ermöglichen, also in den Referendardienst einzustellen. Das BAG hat diese Entscheidung jetzt aufgehoben.

Berufsverbote-Meldungen

Bottrop:
Die Schulbehörde beim Düsseldorfer Regierungspräsidenten hat sich jetzt entschieden, den Gymnasiallehrer Uwe Schipperer aus Bottrop zum 1. März in den Schuldienst einzustellen. Schippers hatte wegen seiner DKP-Mitgliedschaft und aufgrund seiner studentischen Aktivitäten am 15. Januar ein diskriminierendes Anhörungsverfahren über sich ergehen lassen müssen.

Celle:
In einem Urteil entschied das Arbeitsgericht Celle jetzt, daß der Sozialarbeiter Volker Croon für eine Tätigkeit in der Justizvollzugsanstalt eingestellt werden muß. Croon war zunächst abgelehnt worden, da er sich kritisch über Mißstände in der Jugendpflege der Stadt Hannover geäußert hatte. Dies genügt laut Urteil nicht, um Zweifel an seiner Eignung für diese Tätigkeit zu begründen.

Braunschweig:
Das Land Niedersachsen muß laut Urteil des Arbeitsgerichts Braunschweig den Lehrer Matthias Wietzer einstellen. „Der Vorwurf, er

gehöre der DKP an, sei keine ausreichende Begründung dafür, ihn vom Schuldienst fernzuhalten, auch dann nicht, wenn er Flugblätter für die Partei verteilt habe“. Das Land habe den Fall „zu einseitig gesehen“, die Persönlichkeit des Lehrers unzutreffend bewertet und „die hervorragenden Leistungszeugnisse nicht berücksichtigt“ (FR, 11.3.80).

Bayern:
Der bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) verpflichtete das Land Bayern jetzt in einer einstweiligen Verfügung, das SPD- und gleichzeitig SHB-Mitglied Peter Schallmoser in das Beamtenverhältnis auf Widerruf einzustellen. Der Lehramtskandidat Schallmoser war vom Schulamt Schwaben wegen seiner SHB-Mitgliedschaft (= „charakterliche Schwäche“) abgelehnt worden. Für den

VGH steht die charakterliche Eignung Schallmosers außer Zweifel. Der VGH geht davon aus, daß Schallmoser mit einiger Wahrscheinlichkeit im Hauptverfahren Erfolg haben wird (FR, 1.3.80).

kation mit den Zielen der DKP rechtfertigt in jedem Fall die bekannten „Zweifel“ an der Verfassungstreue. Wieder einmal wurde somit das schizophrene Spiel getrieben, daß zwar die Mitgliedschaft allein nicht ausreichte, aber die aus der Mitgliedschaft resultierende Identifikation mit der Partei für ein Berufsverbot allemal ausreichte. Chancen haben somit nur diejenigen, die es fertig bringen, in eine als verfassungsfeindlich bezeichnete Organisation einzutreten diese aber gleichzeitig bekämpfen. Das macht die ganze Liberalität aus, die dieser Staat noch zu bieten hat!

Thematisierung der Delinquenz

Grundvoraussetzung einer Gefangenearbeit, die keine mehr ist

I Hochsicherheitstrakt, Symbol des Scheiterns bisheriger Gefangenearbeit

Am 18.1.80 wurde in Berlin-Moabit der sogenannte Hochsicherheitstrakt mit den ersten Gefangenen „belegt“. Über seine technologische Seite wurde in den linken Medien bereits ausführlich referiert (Anm. 1). Es genügt hier, nochmals die beiden wesentlichen Prinzipien des Trakts zu benennen: Totale Isolation von allen natürlichen Umweltreizen durch architektonisch-technologische Abschottung nach „außen“, unter gleichzeitiger Errichtung eines perfekten, hochtechnisierten Überwachungs- und Kontrollsystems „innen“. Die so geschaffenen künstlich-sterilen Unterlebensbedingungen sind nicht mehr nur „steingewordene Isolation“. In ihnen realisiert sich vielmehr George Orwells 1984-Alptraum, vier Jahre zu früh.

Die seit Monaten mit Protestveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit in den linken Medien gegen den HS-Trakt kämpfenden Knastgruppen konnten weder Bau noch Inbetriebnahme — nichts anderes bedeutet die „Belegung“; Inbetriebnahme einer Vernichtungsmaschine — verhindern. Von der Linken, soweit diese Bezeichnung überhaupt noch zulässig ist, ganz zu schweigen. (Es könnte auch umgekehrt betrachtet werden).

Die Existenz des Hochsicherheitstraktes Berlin-Moabit, denen rasch weitere folgen werden, ist somit Symbol, gewinnt exemplarische Bedeutung für das endgültige Scheitern einer zehnjährigen Gefangenearbeit, deren sichtbarstes Merkmal immer ein hilfloses Reagieren, verzweifelte Anrennen gegen die staatlich virtuos gehandhabte „normative Kraft des Faktischen“ war.

Sie steht weiter symbolisch für das Scheitern einer Politik, die bis heute in der „deutschen Tradition des dualistischen Denkens/O. Negt“ gefangen ist, selten „sowohl als auch“, sondern fast immer „entweder oder“ zur Richtschnur erkort.

Typisch denn auch die Reaktionen des Zentralorgans der Oder-Subjektiven Sponti-Linken auf die Belegung des Trakts. Durchgängiger Tenor: Er ist unmenschlich, barbarisch, bedeutet Folter. Stimmt! Besser: stimmt a u c h. Mit der Betonung des Primats Inhumanität wird die politische

Typisch denn auch die Reaktionen des Zentralorgans der Oder-Subjektiven Sponti-Linken auf die Belegung des Trakts. Durchgängiger Tenor: Er ist unmenschlich, barbarisch, bedeutet Folter. Stimmt! Besser: stimmt a u c h. Mit der Betonung des Primats Inhumanität wird die politische Funktion des Modells HS-Trakt verdrängt. Die klingt nur einmal andeutungsweise, und sofort wieder reduziert auf den angeblichen gesellschaftlichen Randbereich Knast, an in einem Interview der taz (23.1.80) mit dem ehemaligen Hamburger Justizsenator und Vorsitzenden der Humanistischen Union, Prof. Dr. Ulrich Klug: „...andere sagen „neue Ära des Strafvollzugs“. Mit der Antwort Klugs, „wenn das so wäre, würde ich das für schlimm halten, denn das würde ein Zurückschrauben der Reform bedeuten“, hatte es sich denn auch schon. Kein sofortiges Nachhaken. Nichts.

Dabei ist gerade die, nein, nicht Frage „neue Ära des Strafvollzugs“, sondern „HS-Trakt als Symbol auch einer neuen Gesellschafts-ära?“ von entscheidender Bedeutung. Allein diese, nur zu berechtigte Fragestellung hätte die Institution Knast aus ihrer konstruierten Randexistenz herausgehoben, ihr den „gebührenden“ zentralen Platz im herrschenden Gesellschaftssystem als „Relaisstation in einem allgemeinen Netz der Disziplinierung und Überwachung“ (M. Foucault) zugewiesen.

Am Hochsicherheitstrakt wird also nicht zuletzt exemplarisch ein Grundfehler linker Gefangenearbeit sichtbar. Die fatale Blindheit gegenüber der zentralen Bedeutung und Funktion von Kriminalität/Delinquenz und Knast im gesellschaftsumfassenden Netz herrschaftssichernder Disziplinarmechanismen. Der Trakt steht für einen bestürzenden qualitativen Sprung in Richtung dauerhafter Perfektionierung dieses Netzes.

Eine Neuorientierung und -bestimmung von Theorie/Praxis des Schlagworts Gefangenearbeit wird an dieser grundlegenden Erkenntnis nicht vorbeikommen. Diese Neuorientierung wird in den letzten ein bis zwei Jahren von sich mehrenden Stimmen, „drinnen“ wie „draußen“, gefordert. Stellvertretend genannt Helmut Ortner und die Rote Hilfe München.

Ortner, neben zahlreichen anderen Veröffentlichungen zum Thema Strafvollzug (Anm. 2) auch bekannt als scharfer Kritiker der „einäugigen linken Solidarität“, Praktiker und Theo-

retiker, plädierte beispielsweise in „Gefangenearbeit, die aufhört Gefangenearbeit zu sein“ (Anm. 3) für eine „praxisorientierte Stadtteilarbeit“; unterbreitete konkrete Vorschläge.

Die RH München zeichnet als Herausgeber einer von drei weiteren Gruppen (GSI Hamburg, KG Berlin-Wedding, RH Westberlin) mitgetragenen „MAGNA CHARTA für alle Internierten in Gefängnissen, psychiatrischen Anstalten, Fürsorge- und Erziehungsheimen“ verantwortlich, die vor kurzem erschien.

Sowohl Ortners Arbeit als auch die MC bieten gute Ansätze für die Realisierung einer Gefangenearbeit, die letztlich keine mehr wäre. Ansätze, die nach Meinung des Verfassers aber zum Scheitern verurteilt sind, wenn sich die Linke nicht endlich wieder auf die Dialektik von Theorie und Praxis besinnt; nicht von den Knastaktivist(inn)en, gemeinsam mit allen interessierten Internierten der Versuch unternommen wird, „sich mit der zehnjährigen Geschichte der Knastarbeit auseinanderzusetzen, die Fehler und Schwächen dieser Arbeit zu analysieren“ (MC), nicht in Zirkeldiskussionen, sondern innerhalb der gesamten Linken; und wenn dieser Versuch nicht beim Beginn des Fadens, der Delinquenzthematization, ansetzt. Genau dies geschieht in Ortners o.a. Arbeit nur andeutungsweise, gar nicht in der MC. Konnte objektiv betrachtet auch nicht, da dies zum einen nicht Aufgabe von Einzelpersonen, ein, zwei Knastgruppen sein darf, zum anderen nicht auf wenigen Seiten Fehleinschätzungen korrigieren können, die weit über die Geschichte der Neuen Linken, die Geschichte der Knastarbeit zurückreichen, bis hin zu Marx/Engels und deren Einschätzung vom „Lumpenproletariat“. Aus diesem Grund ist auch die vorliegende Arbeit nicht mehr als ein Diskussionspapier, erhebt keinen Anspruch auf exakte, umfassende Analyse, soll lediglich deren Notwendigkeit nochmals untermauern, Denkanstöße dazu liefern.

II Tabuisierung von Kriminalität/Delinquenz — Voraussetzung staatlicher Resozialisierungslegitimation

II Tabuisierung von Kriminalität/Delinquenz — Voraussetzung staatlicher Resozialisierungslegitimation

Tabuisierung, Verdrängung und Ausklammerung des Themas Kriminalität/Delinquenz drückte — ohne daß dies wahrgenommen wurde — allen bisherigen Versuchen linker Gefangenearbeit den Stempel des Reformismus in des Wortes schlechtester Bedeutung auf. Weil sie am zweiten Glied, der Institution Knast „als einem Ort, an dem sich die staatlichen Repressionen und Unterdrückungsmaßnahmen am härtesten auswirken“ (H. Ortner) ansetzten. Voraussetzung der Gefängnisse aber ist die Delinquenz, die in ihnen reproduziert wird. Das utopische Ziel „reißt die Mauern ein — holt die Menschen raus!“ kann nie zu konkreter Utopie sich wandeln, wenn Knastarbeit weiterhin unter Ausklammerung der Delinquenz explizit als Kampf gegen das „Zwangssystem Gefängnis“ (H. Ortner) praktiziert wird; die Knastarbeit selbst bleibt dazu verurteilt „Spezialistenarbeit, Privileg oder Monopol von Roten Hilfen und Knastgruppen“ (Anm. 4) zu sein. Sie selbst produziert die Bedingungen ihrer Isolation innerhalb der Linken, indem sie nur die Form staatlicher Straf- und Resozialisierungspraxis angreift, in Frage stellt, nie aber deren Legitimationsbasis, die angebliche Resozialisierungsabsicht. Dabei wird übersehen, daß nicht die Form sich selbst legitimiert, vielmehr mit dem Postulat der „Besserung als Hauptzweck der Strafe seit beinahe 150 Jahren“ (Anm. 5) begründet wird. Diese Legitimationsbarriere schützt das Isolationsprinzip des Strafvollzugs, deckt die Stigmatisierung der Gefangenen, verschleierte die Funktion der Gefängnisse als perpetuum mobile der Delinquenz, tarnt die gesellschafts- und machtpolitische Bedeutung der so praktizierten Delinquenzentzug. Meint: Aus der Masse der in jeder auf Ausbeutung gegründeten Gesellschaftsform existierenden Gesetzwidrigkeiten werden einige durch Klassifikation herauskristallisiert und sanktioniert. Mit Gefängnis, um „eine Form der Gesetzwidrigkeit zu bezeichnen, zu isolieren und zu unterstreichen, die symbolisch alle anderen mit zu umfassen scheint, die es aber gera-

de gestattet, die anderen Formen zu übersehen oder zu tolerieren. Diese vom Gefängnis herausgehobene Form der Gesetzwidrigkeiten ist die Delinquenz“ (Anm. 6). Sie wird von und in ihm als geschlossenes Milieu organisiert. Nicht weil sie die gefährlichste Form der Gesetzwidrigkeiten wäre, sondern gerade, um sie dauerhaft an ihre „politisch ungefährliche und wirtschaftlich folgenlose“ Form zu binden. Mehr noch: Knast als Organisationsmaschine der Delinquenz erschließt durch deren Transformation in ein von der Gesellschaft isoliertes — scheinbar an deren Rand gedrängtes, „tatsächlich aber zentral kontrolliertes“/Foucault — geschlossenes Milieu den Herrschenden eine Vielzahl von Möglichkeiten ihrer Ausbeutung.

Freiheitsentzug, Isolation, nicht Folge also eines verqueren Resozialisierungsverständnisses, vielmehr Voraussetzung ständiger Reproduktion der als höchst nützlich erkannten Delinquenz, mit deren scheinbarer Bekämpfung wiederum ihre Reproduktionsbedingungen legitimiert werden.

Daß dies nicht nur eine abstrakte Hypothese ist, beweist allein die seit Jahrzehnten konstante Rückfallquote. In allen Ländern mit einem auf dem Prinzip totaler Isolation aufgebautem Strafvollzugssystem (USA, Frankreich, BRD z.B.) liegt sie zwischen 80 und 90 %. Gegenbeweis: Wo, hauptsächlich in den skandinavischen Ländern, eine weniger isolierende Form praktiziert wird, beträgt sie nur noch 50 bis 60 %.

Eine Gefangenearbeit, die aufhören will, Gefangenearbeit zu sein, darf sich nicht länger explizit an die Institution Knast ketten, muß die Delinquenz als deren Voraussetzung und Produkt thematisieren, befreien von Tabuisierung, konstruiertem Randgruppenstigma und verzerrendem Negativmythos. Tut sie's nicht, begibt sie sich weiterhin selbst auf die Ebene der Institutionen, objektiviert wie diese alle Gefangenen, reduziert sie auf die Funktion, Gefangener zu sein, auf den Aspekt „Opfer des Systems“ und beraubt sich damit der Möglichkeit

a) den Institutionen die Legitimationsbasis angeblicher Resozialisierungsabsicht, nachvollziehbar für die Öffentlichkeit zu nehmen, damit
b) deren Isolations- und Ausgrenzungsstrategien als gesellschaftsumfassende Machtpolitik zu entlarven und zu bekämpfen,
c) Gefangenearbeit nicht länger als „Spezialistenmonopol“ und Randgruppenstrategie zu vermitteln, sondern als zentralen Angriff auf das allumfassende, zwecks Kontrollierbarkeit isolierend-ghettoisierende Modell Deutschland Typ 1984, den totalen Überwachungsstaat schlechthin.

III Über das ungeklärte Verhältnis der Linken zur Delinquenz

Wie perfekt die ausgrenzende Tabuisierung von Delinquenz und — untrennbar damit verbunden — Delinquenten funktioniert, läßt sich an den Schwierigkeiten demonstrieren, die Linke mit der „Kriminalität“ haben. Seit sie im Zusammenhang mit den gegen sie selbst gerichteten staatlichen Kriminalisierungsstrategien den Knast „entdeckte“, „tat man sich schwer mit dem Begriff Kriminalität“ (MC). Mehr als schwer. Und genau diese Schwierigkeiten waren — sind es noch — eigentliche Ursache für zahlreiche Probleme und Fehleinschätzungen bisheriger Gefangenearbeit. Als deren auffälligste wären anzuführen:

1. Unsicherheiten, mehr noch Berührungängste, im Umgang mit Inhaftierten.
2. Falsche Erwartungshaltungen — „nun erwartete man dort, was woanders nicht gelaufen war, die Revolution“ (MC) — bei den einen.
3. Elitäre Oberlehrermanieren bei den Gefangenen als „Randgruppe, die man als Fußvolk für die Revolution einsetzen konnte; selbstverständlich unter Führung einer Avantgarde“ (MC) einschätzenden anderen.
4. Nicht zuletzt die theoretisch und praktisch vollzogene Einteilung in politische und unpolitische — neuerdings „soziale“ — Gefangene.

Aber welche konkreten Schwierigkeiten mit dem Begriff Delinquenz/Kriminalität hatten und haben die Linke eigentlich? Die in den meisten Köpfen herumspukenden zusammengeklumpten Gemische aus moralinsaurer, kleinbürglichen Vorurteilen, bruchstückhaftem Marxismus („Lumpen-

proletariat, passive Verfaulung der untersten Schichten...“), hängengebliebenen Fetzen ressentimentsbeladener, sensationsgeiler sex&crime-Berichterstattung in den Desinformationsmedien. Überspitzt? Von wegen! Wenn beispielsweise linke Frauen — und nicht nur radikal-feministisch orientierte — in linken Zeitungen seitensweise gegen die Verteidigung durch Linksanwälte in Vergewaltigungsprozessen polemisieren; wenn Alternativzeitungen die Legalisierung weicher Drogen fordern, gleichzeitig stillschweigend die beabsichtigte Straferhöhung für Dealer billigen, beweist dies mehr als genug ein ungeklärtes Verhältnis zur Delinquenz. Und wenn Mitglieder von Knastgruppen behaupten, sie sähen sich da keinerlei Problemen mehr gegenüber, ist Skepsis angebracht. Problemstellungen läßt sich auch mit Verdrängung begegnen... Warum sonst fände eine Auseinandersetzung mit den subjektiven Bedürfnissen der Gefangenen, die gerade in ihren Delikten, wenn auch verballhornt zum Klischee („Knete um gut zu leben“) sich artikulierten, kaum statt? Warum sonst beschränkte sich die Diskussion mit Inhaftierten vorwiegend auf deren objektive Situation „drinnen“? Warum sonst fiele es umgekehrt vielen Linken, Männlein wie Weiblein, so schwer, die Gefangenen mit dem eigenen Alltag, den eigenen subjektiven Problemen zu konfrontieren?

„Die können damit doch nichts anfangen. Die lebten, bevor sie einführen, in einer ganz anderen Welt als wir!“ (Anm. 7). Mag sein, nein, es ist so. In der Welt der Sonderschulen, Erziehungsheime, Ausbeuterlehren; der Märkischen Viertel, Betonklotz-Alpträume, 3-Zimmer-Wohnklos (genormt, wie die spätere Knastzelle), Obdachlosenquartiere, Wohn-„heime“, Bahnhofshallen, Kneipenviertel, „Vergnügungs“-Verteil und wieder Mietskasernen. Nicht in den BAFÖG-gesicherten Wohngemeinschaften mit — früher zumindest noch — Studienplatzgarantie. Und? Keine Menschen deshalb? Keine Träume, Sehnsüchte, Wünsche, Hoffnungen, Gefühle, Ängste? Kein Recht auf Kommunikation, Interaktion, Zuneigung, Geborgenheit, Vertrauen — Liebe?

Und die meist ungehört verhallenden moralischen Appelle von nicht sich für „die linke Prominenz“ engagierenden Knastgruppen um Spenden; die Vielzahl von „Kontaktanzeigen“ Ängste? Kein Recht auf Kommunikation, Interaktion, Zuneigung, Geborgenheit, Vertrauen — Liebe? Und die meist ungehört verhallenden moralischen Appelle von nicht sich für „die linke Prominenz“ engagierenden Knastgruppen um Spenden; die Vielzahl von „Kontaktanzeigen“ Internierter in den alternativen Stadtzeitschriften, ohne Resonanz auch sie, kein Beweis für Tabuisierung, Verdrängung? Kein Erfolg staatlicher Marginalisierungsstrategie, der die Linke einschließlich Knastspezialisten seit Ewigkeiten voll aufsitzt, die sie nachvollzieht, verkennend, welch zentralen Stellenwert Delinquenz und Delinquentenklasse für die Machticherungstechniken der Herrschenden besitzen?

Es war eine ausländische RH-Gruppe (Rote Hilfe Zürich), die 1976 erstmals in einer öffentlich geführten Auseinandersetzung mit der schweizerischen Aktion Strafvollzug (ASTRA, 1979 aufgelöst) hinwies auf diesen Stellenwert, der Wahrheit dabei sehr nahekommend: Die Fragestellung, „warum brauchen wir überhaupt eine Kategorie Kriminalität“ (Anm. 8), richtig im Denkansatz, falsch in der Formulierung. Warum brauchen die Herrschenden eine Kategorie Kriminalität, stellt das Ganze auf die Füße, ist notwendiger Ausgangspunkt, die undialektische Definition von Delinquenz als entweder „Waffe im Klassenkampf“ (Anm. 9) oder „systemkonforme Angelegenheit“ (MC) zu überwinden. Und erst wenn Delinquenz, der Linken Verhältnis ihr gegenüber, klar definiert ist, kann der zweite Schritt, „Abschaffung der Kategorie Kriminalität“ (Anm. 10), als in der Tat notwendige Konsequenz folgen. Ohne Bewußtsein über die Notwendigkeit dieser Konsequenz bliebe jede Verneinung der „Kategorie Kriminalität“ theoretische Willensklärung, verbaler Formalkraftakt allenfalls, vergleichbar staatlicher Umbenennung der Knäste in Justizvollzugsanstalten.

IV Die vielen Gesichter der Delinquenz oder Über die Notwendigkeit einer umfassenden Analyse

1
„Der Druck der Ausbeutung, der auf der ganzen Arbeiterklasse lastet, erzeugt nicht nur den kollektiven Gegen-
druck der Klasse, ihre Formierung in

Klassenkämpfen, sondern auch als Nebenprodukt gewisse Zersetzungsprozesse innerhalb der Klasse selbst. Diese Prozesse äußern sich als materielle Verelendung, als Atomisierung und Vereinzelung der Individuen, die aus dem sozialen Kontext der Klasse herausfallen, als Deklassierung. Im umfassenden Sinn kann Kriminalität daher als Ausdruck des materiellen und psychischen Elends der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgefaßt werden. Die proletarische Delinquenz hat keine emanzipatorische Kraft, da sie die Individuen anstatt im gemeinsamen Kampf immer mehr zu vereinigen, immer mehr isoliert“ (Diskussionspapier der dogmatisch marxistisch orientierten ASTRA als Antwort an die RH Zürich, 1976).

2
„Für den klassischen Kriminellen, d.h. den eigentumslosen Eigentumsloser, ist Kriminalität der Potenz nach immer der Versuch, sich vom Zwang der Lohnarbeit in deformierter Form zu emanzipieren, gezwungenermaßen als Karikatur die Perspektive eines kapitalistischen Aktienkupon-Abschneiders für sich zu verwirklichen. Durch die Nicht-Verfügung über Produktionsmittel genötigt, dies durch Eingriffe im Sektor der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu versuchen, stellen seine Handlungen sich als rechtswidrig dar...“ (F. Werketin/„Jenseits der Kriminalstatistik“, Berlin 1976).

3
„Die heute am weitesten verbreitete Form der Fehlsozialisation: ein ganzliches Versagen oder Fehlen der inneren Kontrollinstanz, entweder in der „psychopathologischen“ Form der völligen Über-Ich-Unterentwicklung oder als Über-Ich-Defizit bzw. Lücke oder aber — bei psychischer Intaktheit — in Gestalt eines „kriminellen Über-Ich“. Der Erziehungsstil bestimmt dabei die Verlaufsform der psychischen Entwicklung. Unmittelbar kriminogene Wirkungen haben hier die sogenannte overprotection einerseits und overprotection andererseits, oder ein Erziehungsstil, der inkonsistent zwischen beiden Extremen schwankt. (Inkonsistent = unbeständig; overprotection = überbehütet, umsorgt/d.A.) Stark verallgemeinert kann man sagen: Inkonsistentes, repressives oder allzu lockeres — und daher beispielsweise die Bildung von Identität erschwerendes — Erziehungsverhalten provoziert Delinquenz“ (K. Engelhardt, zitiert nach Moser „Jugendkriminalität und Gesellschaftsstruktur“, Ffm 1972).

4
„Die Exekution strafrechtlicher Sanktionen stiftet Konformität bei der Masse der Konformen, die dies nötig haben und die sich dem Appell der staatlichen Strafinstanzen zugänglich zeigen (...). Man bringt den Abweicher zur Strecke, um der Verführung des vorexerzierten Normverstößes zu widerstehen“ (Knut Engelhardt „Logik der Kriminalisierung“, Berlin 1976).

5
„Die staatlichen Instanzen können unabhängig von jeglicher Gesetzesbindung jedes beliebige Verhalten zum kriminellen Verhalten erklären und infolgedessen ist Kriminalität ein universelles, über alle Schichten hinweg gleichmäßig verteiltes Phänomen, denn nach der juristisch gesetzlichen Norm, nähme man sie wörtlich, wäre eine Mehrheit von Gesellschaftsmitgliedern kriminell“ („Definition von Kriminalität als politisches Handeln“ in „Kriminologisches Journal 1972“).

6
„Das Verbrechen spielt in der sittlichen Entwicklung sogar eine nützliche Rolle. Es hält nicht bloß den notwendigen Änderungen den Weg offen, in manchen Fällen bereitet es diese Änderungen auch direkt vor. (...) Wie oft ist das Verbrechen wirklich bloß eine Antizipation der zukünftigen Moral, der erste Schritt zu dem, was sein wird“ (E. Durkheim, „Regeln der soziologischen Methode“, Berlin 1961).

Sechs verschiedene Zitate, sechs Interpretationsansätze und Definitionsversuche. Keiner völlig falsch, nicht einer wirklich richtig. Das macht: sie stehen — auch die nichtbürgerlichen! — für Einbahnstraßen-Analyse. Alle aber weisen, für sich betrachtet, bereits auf die zentrale gesellschaftspolitische Bedeutung des „Phänomens Delinquenz“ hin. Würden die ver-

schiedenen Ansätze miteinander verknüpft, dialektisch aufeinander bezogen zur Grundlage einer umfassenden Analyse, stellte deren Ergebnis schlagartig Delinquenz, Strafjustiz, Gefängnis als Fundamenteile eines auf ihnen und um sie herum errichteten gewaltigen Disziplinärgebäudes „aus unterschiedlichen Elementen, Mauern, Raum, Institutionen, Regeln, Diskursen“ (Anm. 11) ins grelle Scheinverlichter der Erkenntnis. Deshalb darf diese Analyse nicht länger herrschaftswissenschaftlicher Fälschung überlassen bleiben. Die verschleierte, lügt um, biegt zurecht, benutzte gewonnene Erkenntnisse zu noch effizienterer Kontrolle und Disziplinierung.

Emanzipationsverpflichtete Auseinandersetzung, Analyse hat andere Ziele zu verfolgen. Im konkreten Fall unter anderem:

- Entmythologisierung der Delinquenz, damit
- Abbau von Berührungängsten, um
- den je nach Herrschafts-, Machtinteressenlage ausgerichteten Kriminalisierungs- und Delinquenzproduktionsstrategien staatlicher Institutionen eine entkriminalisierende Strategie entgegenzusetzen zu können, mit dem Endziel:
- Aufhebung des Stacheldrahtzaun-Begriffs Delinquenz/Kriminalität in Form und Inhalt; Reintegration der Delinquenten als gleichberechtigte, emanzipierte Menschen in eine emanzipierte, menschliche, resozialisierte Gesellschaft — ohne Mitwirkung der Strafjustiz. Die wird, ihrer Legitimation beraubt, schon vorher überflüssig.

V Everybody Is A Criminal - Die Crux mit den Spalt-Etiketten

Geschichte des Klassenkampfes war und ist immer auch Geschichte von Gesetzesbruch. Von der französischen Revolution über die russische Oktoberrevolution bis zu den heutigen Befreiungskämpfen in Lateinamerika, in der Dritten Welt. Von Robespierre über Lenin bis zu Che Guevara. Von Max Holz über Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Toller, Mühsam, Eisner, Levine & Co. bis zu den Arbeitsemigranten bei Ford (1973). Kein in den jeweiligen Strafrechtbüchern aufgeführtes Delikt fehlt in dieser Geschichte. Diebstahl ist ebenso vertreten wie Urkundenfälschung, Betrug wie Einbruch. Die Spanne reicht von Amtsmaßnahme bis — Mord. Delinquenz-Mythos, Kriminalitäts-Kainsmal mit dem ihm anhaftendem Pariageruch führten immer dazu, daß durch militante, strafgesetzbrechende Gegenwehr in die Maschinerie staatlicher Sanktionsinstitutionen Geratene als politische Gefangene bezeichnet wurden. Sie erhielten diesen Status von Gesinnungsgenoss(innen) zugewiesen und — bestanden selbst auf ihm (schon Gramsci beklagte sich, als politischer Gefangener „mit den gewöhnlichen Kriminellen“ zusammen gesperrt worden zu sein).

Der wegen Sprengstofftransports für die PFLP lange in Israel inhaftiert wöhnlichen Kriminellen“ zusammen gesperrt worden zu sein).

Der wegen Sprengstofftransports für die PFLP lange in Israel inhaftiert gewesene Schweizer Bruno Beguet schrieb in zahlreichen Briefen, zwischen Oktober 1974 und März 1976, unter anderem:

„In allen israelischen Gefängnissen sind die politischen Gefangenen gezwungen, mit den gewöhnlichen Gefangenen zusammen zu leben: meistens ein, zwei politische Gefangene auf zehn, zwölf gewöhnliche Häftlinge“ (23.10.1974).

„Unser Leben wird noch schwieriger durch die Gegenwart der gewöhnlichen Gefangenen, denn ich lebe schließlich mit jenen zusammen, die die Gesellschaft als Abschaum bezeichnet“ (22.1.75).

„Was das Gefängnis so schwierig macht, sind die gewöhnlichen Gefangenen. Mit dem größten Teil von ihnen habe ich nichts gemein“ (29.10.1975).

„Die Jahre vergehen und ich habe einen immer bittereren Eindruck von den Gefangenen...“ (16.3.1976). (Alle Hervorhebungen durch den Autor.).

Und neuestes, aktuellstes Beispiel solch dubioser Art „revolutionärer“ Gesinnung lieferten die RAF-Aktivisten K.D. Dellwo, Ali Jansen und Ronald Augustin Ende 1979 im Frankfurter „Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten“. „Der Unterschied zwischen uns und ihnen (der „normalen“ Gefangenen, d.A.) wird nicht aufgehoben, indem wir uns entpolitisieren, sondern indem die Sozialen politisch werden.“ Da errichten das Klassensystem Bekämpfende flugs ihrerseits Klassen-schranken bzw. übernehmen existente, grenzen aus, etikettieren, existieren sich in erbärmlichstem Elitedünkel. Und: „Keine fünf (Gefangene, d.A.), die ihre Menschlichkeit bewahrt haben oder bei denen es überhaupt eine Spur von Widerstand gibt“.

Ausgerechnet jene aufrechten, integrierten Genoss(innen) pausenlos mit stalinistischem Gezeir und Gesabbe das counterinsurgency-Spitzhütchen aufsetzende, alle Kritiker(innen) ihrer blinden Kamikaze-Praxis mit dem Verbal-Stilett „Staatschutzlinke“ erdolchende selbsternannten Avantgarde besitzen die Chuzpe (Dreistigkeit), anderen Gefangenen die Menschlichkeit abzusprechen. Gefangenen, deren sie auch dank eigener, elitärer Abgrenzungshaltung (Kleingruppenisolation) oft nur mehr oder weniger aus der Ferne ansichtig wurden.

Noch wichtiger an o.a. Zitaten: Sie beweisen, nicht irgendwelche praktischen Notwendigkeiten führten zur spalterischen Unterscheidung von politischen/normalen Gefangenen. Logisch konsequente Übernahme gesellschaftlicher Verteufelung, Fortschreibung der Parithese war und ist es.

Da sind die einen: ehrenvolle Helden im bewußten politischen Kampf gegen das herrschende System, hehre Ritter/innen gegen Tod und Teufel, kurz: Idealist(innen) in Reinkultur, zu Märtyrer(innen) berufen.

Die anderen: Bewußtlose, unmenschliche, soziale Außenseiter, Lumpen-Kriminelle eben, Delinquenten. Von denen gilt sich's abzugrenzen. Mit denen dürfen und wollen die Helden nicht gleichgesetzt werden. Zumal schon Justitia versucht, mit allen Mitteln sie zu Kriminellen zu stempeln. Nur, warum versucht sie dies? Weil die Trennung in Gut und Böse, brave Bürger und zu Ächtende, ihre ureigene Erfindung ist, den Herrschaftsinteressen dient. Welches Treppwitz des Klassenkampfes, wenn selbst Linke darauf hereinfallen, die Stigmatisierung von Menschen zumindest indirekt gutheißen, fördern und stützen, durch die eigenen Versuche, nicht als Kriminelle zu gelten. Welch Trauerspiel, wenn die Unterscheidung, verbal und praktisch vollzogen, in unpolitische und normale Gefangene den institutionalisierten Ausgrenzungsstrategien objektiv zuarbeitet. Und beileibe nicht nur, wie H. Ortner in „Normalvollzug“ schreibt, „unge-wollt“. Die Abgrenzung geschieht bewußt, ist gewollt. „Man“ will nichts mit „den Kriminellen“ gemein haben, dünk sich Besseres, hält diese — das linke Kleinbürgerhirn ausgefüllt mit asozialen Werturteilen — in der Tat für Abschaum, für Pack, für Pestilenz und Gottseibeiuns. („Man“ gibt's nur ungerne zu, verrät sich aber wieder und wieder mit der Praxis).

Nicht alle wenigstens. Viele der Undogmatischen nicht — wenn auch noch genug bleiben. Aber allemal die selbsternannten Avantgarde jeder Richtung und Couleur, deren Avantgarde- und Sendungsbewußtsein lillientreuen Dogmatismus — nicht umgekehrt! — voraussetzt.

Wo zu brauchen „wir eine Kategorie Kriminalität“? Wir, Linke, Alternative aller Strömungen, Richtungen, sämtlicher Rottöne, brauchen sie nicht nur nicht, wir dürfen sie nicht brauchen! Sie ist Herrschaftsbegriff, ist Ghetto-mauerstein, ist Zuchtrute. Was unterscheidet denn die sogenannten politischen Gefangenen von ihnen brauchen: Sie ist Herrschaftsbegriff, ist Ghetto-mauerstein, ist Zuchtrute. Was unterscheidet denn die sogenannten politischen Gefangenen von den sogenannten unpolitischen, sozialen? Das edle Bewußtsein da, bewußtlos egoistisches Handeln dort? Idealismus einerseits, systemkonforme Ellbogenmentalität andererseits?

Warum — wenn auch ins andere Extrem des typisch deutschen Entweder-dabei-fallend — wird von den Undogmatischen seit Ewigkeiten die Forderung „Politik in der 1. Person“ erhoben? Weil der Mensch Subjekt ist. Und genau darum gibt es die Top-Idealist(innen) nicht. Wer aus politischem Bewußtsein heraus handelt, tut dies immer auch für sich selbst. Nie nur für die ominösen Massen, denen eine bessere Welt beschert werden soll. Wer anderes behauptet, betreibt Rechtfertigungs-ideologie, um Heldenmythen stricken zu können. (Da war Bommi Baumann ehrlicher, viel ehrlicher, der vom Spaß an bestimmten Aktionen, Handlungen sprach). Um sich abzugrenzen vom anrüchlichen Kriminellenetikk. Motto: Nicht weil wir leben wollten, handeln wir a u c h kriminell, nach staatlicher Definition; um alle Welt zu beglücken, sehen wir uns dazu gezwungen. Ist nicht klar, welche klägliche Kapitulation vor institutionalisierter Randgruppenstrategie, Feindbild- und Sündenbockproduktion diese Rechtfertigungs-ideologie impliziert? Und welche Heuchelei? Nicht klar, leider! Nun denn:

Schwarzfahren, eine Massenpraxis bei den Linken, Alternativen — kriminell nach herrschaftlicher Definition! Erfüllt den StGB-Tatbestand der „Fahrgelderschleichung“, sprich: Betrug. Warum wird da massenhaft schwarzgefahren? Taktisch-politisches Kampfmittel, um die Monopole der Verkehrsbetriebe zu untergraben? Nicht auch — oder nur? — um schlicht und ergreifend Geld zu sparen?

„Aber“, las der Autor kürzlich in einem Brief, „die normalen Gefangenen schädigen mit ihren Handlungen andere, schädigen nur zu oft ihre eigenen Klassenangehörigen“. Ihre Klassenangehörigen? Die sie ausgrenzten, wie es die Ober-Kriminellen — die einzigen und wirklich Asozialen sitzen in der Gesellschaftspyramide immer oben! — befahlen; mit Fingern auf sie zeigend, zu kompensieren ihre eigenen Kaputtheiten? Das Lumpenproletariat ist eine eigene Klasse — geworden. Eine Unter-Unter-Klasse, gezwungen zum Unter-Unter-Klassen-Dasein. Sollten sie Rücksicht nehmen auf ihre Mitunterdrücker, von denen sie nichts als Verachtung erfahren? Gar den sie befreien wollenden Linken um den Hals fallen, deren zu viele ihren Springer klammheimlich im Kopf, die Kleinbürgermoral im Zeigefinger tragen? Blicke noch zu fragen, wenn schädigen die Schwarzfahrer? Was geschieht im Kapitalismus mit Unternehmerverlusten, privaten wie staatlichen? Die werden allemal sozialisiert, sprich: via höherer Preise umgelegt auf die Allgemeinheit. Ebenso wie die Kosten des linkerhand gleichfalls längst als Massensport und -hobby praktizierten Kaufhausdiebstahls.

Und die hochförmlichen Herrschaften Salon-Marxisten, mit Uni-Dozentur, Kilometerspauerschale, subventioniertem Mittagstisch? Die klauen nicht im Kaufhaus, haben Schwarzfahren nicht nötig, bezeichnen ihrerseits solche „Freak-Praktiken“ als kriminell. Werden aber höchst ungerne an die aus BAFöG-Zeiten stammenden teuren Fachbücher in ihren Privatbibliotheken erinnert, bei Montanus, in Büchereien, bürgerlichen — allzuoft auch linken! — Buchhandlungen geklaut; verdrängen, wie oft sie mit weit mehr als 0,8 Promille von Feten nach Hause führen. Letzteres ein Kavaliersdelikt, klar. Wie's wohl im Ernstfall der angefahrenen Arbeiter bezeichnen würde? Kurzum: Wen die bürgerliche Strafjustiz als Einbrecher, Dieb, Betrüger, damit als Kriminellen etikettiert — Delikte, die den Löwenanteil in den offiziellen Kriminalstatistiken ausmachen, mit 80-85% —, der ist nicht weniger politisch als Guerillaangehörige, schwarzfahrende, „einklaufende“ (Sprachregelung, um den Kriminalitätsgeruch zu verdrängen!) Linke; diese nicht weniger kriminell als die Geächteten.

Die Konsequenz dieser Tatsache liegt auf der Hand. Weg mit diskriminierenden Stacheldrahtbegriffen. Schluß mit akrobatischen verbalen Verrenkungen wie: „normale“ Gefangene, sogenannte normale Gefangene, soziale Gefangene und so weiter. Darin wird nur der Versuch sichtbar, um jeden Preis eine konstruierte Grenze zu bewahren. Voraussetzung für Gefangenenarbeit, die keine mehr ist, wäre Abschaffung dieser Grenze, Aufhebung des Herrschaftsetiketts Kriminalität, nicht verzweifelter Bemühen um einen gebührenden Sicherheitsabstand gegenüber diesem Paria-zeichen. Voraussetzung letztlich, um alle Internierten als Menschen zu sehen, denn reduziert auf die Funktionsabstand gegenüber diesem Paria-zeichen. Voraussetzung letztlich, um alle Internierten als Menschen zu sehen, denn reduziert auf die Funktion Gefangener. Nur zu berechtigt ist's, wenn H. Ortner (Normalvollzug, S. 251) schreibt, daß „der Gefangene mehr ist als nur Gefangener, eben ein Individuum, mit einem Ensemble sozialer und emotionaler Bedürfnisse“, woraus folgt: „politisch-praktische Gefangenenarbeit (muß) dieser Erkenntnis auch in ihrem Handeln Rechnung tragen.“

VI Gefangenenarbeit, die keine mehr ist

Würden Internierte nicht länger reduziert, funktionalisiert als soziale und/oder politische Gefangene, sondern als Menschen begriffen, entfiele die vielen Linken überhaupt erst eine Kontaktaufnahme ermöglichende permanente Konstruktion abstrakter Gemeinsamkeiten. Gemeinsamkeiten wie: Opfer des Systems; besonderer Repression ausgesetzt; wir könnten ja auch mal in den Knast kommen; usw. usf. An ihre Stelle träte eine unveräußerliche, unkonstruierte. Die Mensch zu sein, mit Hoffnungen, Wünschen, Träumen, Bedürfnissen, Gefühlen, Ängsten. Wo sich aber Menschen explizit als Menschen begreifen, ganzheitlich und umfassend, wird mitmenschliche Solidarität zur Selbstverständlichkeit (solte es zumindest); ist nicht länger abhängig von theoretischen Denkmodellen (oder, auf der einen Seite, vom pflichtbewußten linken Über-Ich); entsteht emotionale Wärme und Nähe; wachsen zwischenmenschliche Beziehungen. Damit spielten sich Besuchs- und Briefkontakte mit Internierten nicht — wie bisher in vielen Fällen — länger überwiegend auf der Knastschienen-Einbahnstraße, der Ca-

ritasebene ab; gäbe es keinen Grund mehr, weite Bereiche eigener Subjektivität vor den Gefangenen zu verbergen, fernzuhalten den Alltag von ihnen, sie auszuschließen davon. Die Zielobjekte politischer Arbeit verwandelten sich in potentielle Freunde, Freundinnen; in zukünftige Mitproduzent(innen) im alternativen Kollektiv; in Wohngemeinschaftsgenoss(innen) in spe. Ihre Angehörigen — in bisheriger institutionsfixierter Gefangenenarbeit kaum wahrgenommen — in sich an gemeinsamen Emanzipationskämpfen beteiligende Menschen, Verbündete. Alle zusammen in Kampfgenoss(innen). Es wüchse nach und nach ein Netz neuer sozialer Zusammenhänge und Verbindungen, von denen alle profitierten. Die im subkulturellen Ghetto isolierten und sich teils selbst isolierenden Linken ebenso wie die institutionell isolierten, deren „draußen“ in die Kriminellenstigmatisierung miteinbezogene, gleichfalls isolierte Angehörige. Ein Netz, Netz, geknüpft mit dem Ziel, alle Internierten zu befreien aus objektiver und subjektiver Isolation. Netze, „drinnen“ zwischen den Gefangenen, „draußen“ zwischen ihren Angehörigen und Freund(innen); Netze, das Drinnen und Draußen umfassend, verbindend, einend. Netze, gewebt nicht aus Resolutionen, Flugblättern und dergleichen, sondern aus praktischer Solidarität mitmenschlicher Zuwendung. Statt Gefangene hier und Betreuer da überall Menschen, die sich mögen, die bemüht sind, voneinander zu lernen.

Eine derartige konkret-utopische Praxis — für die das entsprechende Bewußtsein erst noch erworben werden muß —, machte sie organisierte Gefangenenarbeit überflüssig? Nein! Im Gegenteil! Einem hocheffizient organisierten Kontroll- und Disziplinarapparat, gesteuert, verwaltet, eingesetzt von der neuen Kaste der Normierungs-Technokraten, läßt sich in bestimmten Teilbereichen nur mit ebenso wirkungsvoller Organisation effizient begegnen. Organisation nicht verstanden im Sinne traditioneller Kader-Gruppchen, anachronistischer Links-Bürokratie und Hierarchie-Fetischisten. Gemeint ist, vonnöten wäre, Organisation von Arbeitszusammenhängen, -aufgaben, von Problemlösungen, die allgemeingültig sind, daher möglichst rationaler Techniken bedürfen. Womit genau genommen sich die Frage nach der Überflüssigkeit organisierter Gefangenenarbeit — immer unter o.a. konkret-utopischen Voraussetzungen! — als falsch gestellt erweist. Weil es die bisher gerade nicht gab. So falsch, wie von H. Ortner in „Normalvollzug“ (S. 250ff) formulierte Forderung nach „stadteilbezogener Gefangenenarbeit“ hier und heute. Diese setzte voraus, was es ebenfalls nicht gibt, Stadtteilarbeit eben. (Was existiert, sind zahlreiche linke, alternative Projekte, abgeschottet, sich selbst abschottend von anderen, oft arbeitsidentischen; nebeneinanderher- und vorschihinwurstelnd; mißtrauend allem und jedem außerhalb der jeweiligen „Scene“ Befindlichem). Beides, über die „Scene“ hinausreichende vorschihinwurstelnd, mißtrauend allem und jedem außerhalb der jeweiligen „Scene“ Befindlichem). Beides, über die „Scene“ hinausreichende Arbeitszusammenhänge, organisierte, kooperierende Gefangenenarbeit wo nötig, müßte erst geschaffen werden, wäre anzustreben. Voraussetzung wäre die Erkenntnis, daß und wo die Linken bisher mit künstlichen Antagonismen arbeiteten. Was meint: Wieso schließt dezentralisierte Basisarbeit organisierte Problemlösung — und umgekehrt — eigentlich aus? Widersprüche ein Beziehungsnetz wie oben skizziert der Schaffung einer Dachorganisation in Sachen Knast, Strafjustiz, deren einzige Funktion zu sein hätte, doppelte, dreifache Arbeit von einzelnen zu verhindern durch Koordination? Konkret: Einem Gefangenen in Hamburg nützt die erfolgreich ein- und durchgeklagte schulische, berufliche Ausbildung unter gleichzeitiger bezahlter Freistellung von der Knastarbeitspflicht — wie im StVollzG vorgesehen; aber von keiner Anstalt vorsehenslos gewährt — eines anderen Gefangenen in München nichts. Weil er's nicht erfährt, keine Kenntnis hat von Urteil, Urteils-tenor und Aktenzeichen.

Oder: Ein gut verdienender Genosse schreibt vor Weihnachten dem Verfasser, er hätte 500 DM für Weihnachtspakete zu vergeben, wüßte aber nicht an wen, wohin. Ihm werden fünf Adressen (je 100 DM) postwendend mitgeteilt, darunter die im Frankfurter „Informationsdienst“ angeführte einer Bielefelder Gefangenen-gruppe, die für Frankfurt selbst angegebene gleichfalls. Ergebnis: von den fünf Überweisungen kommen zwei zurück. Die nach Bielefeld, da die „ID“-Angabe hinten und vorne nicht stimmte und die nach Frankfurt aus dem gleichen Grund.

Warum also beispielsweise nicht ein Konto, dessen Mittel allen zur Verfügung stehen, die Geld für Gefangene benötigen? Warum an Weih-

nachten nicht eine Gruppe, die zentral bundesweit Spenden sammelt, Pakete verschickt. (Damit u.a. die Möglichkeit hätte, preisgünstige Groß-einkäufe zu tätigen).

Und: Ein Gefangener in X bittet die dortige politische Buchhandlung um zwei bestimmte Bücher, erhält sie. Drei Tage später fragt ein anderer Gefangener aus dem gleichen Knast (aber anderem Zellenflügel) beim Politischen Buchladen in Y an, bittet um die gleichen Bücher. Auch er bekommt sie. Dies mal zehn genommen, erweisen sich die Klageblätter linker Buchhandlungen über untragbaren finanziellen Aufwand als nur zu berechtigt. Anfragen an eine verantwortliche Stelle könnten Abhilfe schaffen. Bücher sind Gebrauchsgegenstände. Können, nein, müssen weitergegeben werden, sobald sie ausgelesen. Weshalb also nicht eine außerinstitutionelle zentrale Gefangenenbücherei, bestückt von den linken, alternativen Verlagen, patroniert von links-liberaler Prominenz (damit die Bücher auch in die Knäste gelangen), als Leihbibliothek?

Die Liste solch kleiner praktischen Details ließe sich beliebig verlängern.

Weshalb nicht ein Büro irgendwo in der BRD, das Kontakte vermittelt Informationen verteilt (z.B. via Rundbrief)? Wieso nicht zwei, drei Rechtsanwältinnen, Rechtsanwältinnen — so schwer zu finden? — deren einzige Aufgabe es wäre, bundesweit Rechtshilfe in Strafvollzugssachen zu leisten, wo immer es nötig; die bezahlt würden vom gemeinsamen Konto?

Was schließlich hindert die wenigen noch existierenden Gefangenen-gruppen — die Magna Charta wäre erster Schritt dazu! — Veranstaltungen, Kampagnen gemeinsam zu organisieren; was wiederum deren Mitglieder aufzugeben, die — nicht selbstgewählte — Spezialistenrolle? Warum, anstatt in der RH X, der Knastgruppe Y engagierte, nicht einen anderen, basisdemokratisch-politischen Alltag, bis hin zu Grünen/Bunten, in dem das Thema Internierte theoretisch und praktisch eingebracht wird? Was hindert die Verbindung notwendiger Organisation mit größtmöglicher Dezentralisierung? Wieso sollte es unmöglich sein, die zwangsläufig objektivierende Betreuung von zehn Gefangenen durch die RH X abzulösen durch Beziehungs-Integration dieser zehn Gefangenen in ebensovielen Wohngemeinschaften; während gleichzeitig eine Anlaufstelle, eine Adresse für nicht von den jeweiligen WGs zu lösenden Schwierigkeiten existiert? Kurz: Gefangenenarbeit, die keine mehr ist — dies Ziel zu verwirklichen, bedarf es noch vieler Anstöße, umfassender Analysen, intensiver Diskussionen; müssen liebgewonnene, verstaubte Denkschablonen, egozentrische Bequemlichkeit verabschiedet werden; gilt es, alles bisher Getane radikal in Frage zu stellen; haben sich Lehrenwollende wieder in Lernende, Erziehende in Erzo-genwerdende, politisch Bewußte in noch Bewußtere zu verwandeln.

Last not least: Gefangenenarbeit, die keine mehr ist — ein sozialistisch-emanzipatorisches Ziel, dessen Ferne wüßte zu verwandeln.

Last not least: Gefangenenarbeit, die keine mehr ist — ein sozialistisch-emanzipatorisches Ziel, dessen Ferne oder Nähe untrennbar gekoppelt ist mit dem Emanzipationswillen, der Emanzipationskraft jeder und jedes einzelnen Linken.

Der Hochsicherheitstrakt, Synonym kapitalistischen Seelenkanniballismus, Mahnmahl ihm immanenter Auswütscher „Arbeit-macht-frei“-Perversion ist hier und jetzt — wie anfangs konstatiert wurde — auch Betonsymbol des Scheiterns bisheriger Gefangenenarbeit. Mag er schon morgen zum Fanal, zur Wendemarke, zum Leuchtturm werden dessen, was Kampfeswille, was emanzipatorische Kraft zu leisten imstande ist, bevor eine Unterscheidung zwischen drinnen-draußen, großem und kleinem Knast unnötig wird, weil es nur noch erstern gibt, die Gesellschaft total verknastet ist. In dieser negativen Utopie wäre zwar der kleine Knast verschwunden, da anachronistisch, dafür alle ihre eigenen und des Nächsten Gefängniswärter. An den Schlüsseln hierzu wird längst gefeilt...

WERNER SCHLEGEL

Fußnoten

- 1 u.a. taz v. 21./22./23.1.80
- 2 u.a. „Normalvollzug“ (Hrsg.), IVA-Verlag Tübingen, 1978; „Gefängnis und Familie“ (mit R. Wetter), Karin Kramer Verlag, 2. erw. Auflage, Berlin 1978
- 3 „Normalvollzug“, S. 250 ff, sowie in „links“ und „pad.ex“
- 4 Magna Charta, S. 23
- 5 Michel Foucault, „Überwachen und Strafen“ (Suhrkamp-TB, Ffm 1977) S. 346
- 6 ebd., S. 355
- 7 aus einem Brief an den Verfasser
- 8 „Fuchs du hast sie ganz gestohlen“, RH Zürich, 1976
- 9 ebd., Hauptthese der Broschüre (und der RH Zürich 1976)
- 10 ebd.
- 11 M. Foucault, a.a.O., S. 395

Zimbabwe: Ein schwieriger Beginn

Nach dem großen Wahlerfolg der ZANU, der ihr die absolute Mehrheit einbrachte, steht die Befreiungsbewegung vor den schwierigen Aufgaben der Umwälzung des Rassistenregimes. Als eine der ersten Maßnahmen verfügte Robert Mugabe als Regierungschef die Auflösung der Terrorkampfgruppe der rhodesischen Armee Selous Scouts (SS). Die rhodesische SS verübte Massaker an Schwarzen und Morde an Missionaren (in Uniformen der Befreiungskämpfer), die dann mit lautem propagandistischem Trommelwirbel den Befreiungskämpfern in die Schuhe geschoben wurden. Ebenfalls wurden die berüchtigten „Schutzdörfer“ geöffnet und den 500.000 Schwarzen freigestellt, in ihre Heimatdörfer zurückzukehren. Die „Schutzdörfer“ waren eine Mischung aus KZ und Arbeitslager, um die schwarze Landbevölkerung vom Kontakt mit den Befreiungskämpfern abzuschneiden. Außerdem wurden das Kriegsrecht abgeschafft und alle politischen Gefangenen (5.000) freigelassen.

Nach einwöchigen Verhandlungen stellte R. Mugabe das neue Kabinett vor. In dem dreißigköpfigen Gremium befinden sich zwei weiße Minister (Landwirtschaft und Handel/Industrie), sie wurden „kooperiert“, sind also keine offiziellen Koalitionspartner. Von den 17 ZANU-Ministern sind 14 Mitglieder des Zentralkomitees. Die ZAPU, die 20 Sitze im Parlament einnimmt, hat vier Ministerposten für sich durchsetzen können. Innenminister wurde nach einwöchigen zähen Verhandlungen Nkomo, dem ursprünglich das Repräsentationsamt des Staatspräsidenten angeboten worden war. Allerdings wird Nkomo nicht allein über die Polizei verfügen können, da sich die ZANU die Zuständigkeit für die Innere Sicherheit vorbehalten hat; personell wird dies in der Regierung Mugabe zugeordnet. Die anderen ZAPU-Minister

sterien sind nicht von hervorragender politischer Bedeutung. Innerhalb der ZAPU gibt es eine Gruppierung, die dies Verhandlungsergebnis nicht befriedigte und die deshalb lieber in die Opposition gehen wollte. Sowohl diese Tatsache als auch die recht langwierigen Verhandlungen verdeutlichen, daß bereits in der Geburtsstunde des neuen Kabinetts der Kampf um die Richtung der weiteren Entwicklung beginnt. Die einzige Frau im Kabinett hat — wie so üblich — das Jugend- und Sportministerium als Verantwortungsbereich übertragen bekommen.

Die Aufnahme der weißen Minister, die auch im ZANU-ZK nicht umstritten war, bedeutet eine beträchtliche Rücksichtnahme auf den starken Block der rassistischen Weißen. Der Handels- und Industrieminister, David Smith, ist nicht nur stellvertretender Führer der rechtsradikalen „Rhodesischen Front“, sondern auch Mitinhaber eines der größten Farmunternehmen des Landes. Er war 1968 Landwirtschaftsminister unter Ian Smith und Finanzminister unter Muzorewa. Sein weißer Kabinettskollege Denis Norman hat das Landwirtschaftsministerium übernommen. Er selbst ist Präsident des sehr einflussreichen rassistischen Farmerverbandes. Angesichts der sehr kritischen Ernährungslage in Zimbabwe versucht die ZANU zunächst, die weißen Farmer zu „beruhigen“ und Sabotage und Massenflucht zu vermeiden.

Imperialistische Anbiederung

Während vor der Wahl die ZANU als „linksradikal“, „marxistisch“ oder gar „terroristisch“ von den imperialistischen Medien dargestellt wurde, ist nunmehr eine bemerkenswerte Anbiederung an die neue Regierung zu bemerken. Ausgerechnet die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ — „FAZ“

schreibt: „Die gewaltsame Aufhebung der schwarzen Rhodesier gegen den weißen Herrschaftsanspruch wurde pauschal als ‚Terrorismus‘ bezeichnet, während der Terror der Regierungstruppen nur selten mit der ihm zukommenden Bezeichnung belegt wurde“. Solche honigsüßen „Einsichten“, die gegenwärtig mit Kreditangeboten aus den imperialistischen Metropolen einhergehen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit der ZANU die den Imperialisten mißliebteste Organisation zur politisch dominierenden Kraft geworden ist. Aber die Imperialisten können sehr schnell umschalten. Neben der weiteren Vorbereitung von Sabotage und Intervention setzen sie in jedem Fall auf die ökonomische Durchdringung: „Der größte Fehler wäre jetzt, Mugabe und seine Anhänger durch voreilige Etikettierung als ‚eingefleischte Marxisten und Kommunisten‘ auf's Neue in die Arme des Ostblocks zu treiben. Man muß im Gegenteil versuchen, Mugabe vorsichtig aus diesen Banden zu lösen, indem man ihm partnerschaftliche Zusammenarbeit anbietet. Wenn sogar die weißen Rhodesier bereit sind, Mugabe — vorläufig (!) jedenfalls — Kredit zu geben, so besteht für uns erst recht kein Grund, es nicht zu tun“ („FAZ“, 10.3.).

Die Multis in Zimbabwe

Die Imperialisten wissen nur zu gut, daß sie trotz der Niederlage Muzorewas noch längst nicht alle Trümpfe verloren haben und daß die ZANU zunächst den Imperialisten entgegenkommen muß. Denn Besitz und Produktion in Landwirtschaft und Industrie werden in Zimbabwe nach wie vor durch eine kleine, qualifizierte weiße Minderheit kontrolliert, während die übergroße Mehrheit der

Schwarzen (73 % Analphabeten) systematisch von allen qualifizierten Ausbildungen und Aufgaben ferngehalten wurde. Der Industrialisierungsgrad in Zimbabwe ist hoch, 40 Mineralien werden gefördert, die meisten in guter Qualität: Chrom, Asbest, Gold, Kupfer, Nickel, Kohle, Silber, Zinn, Diamanten und Eisen. Die Chromvorräte betragen ungefähr ein Drittel der Weltvorräte. In der Goldförderung liegt Zimbabwe ungefähr an fünfter Stelle der goldproduzierenden Länder. Der größte Teil des im Abbau dieser Mineralien investierten Geldes stammt von amerikanischen Multis. Zu nennen wäre hier besonders Lonrho (Großbritannien), Rio Tinto Inc. (Großbritannien), Falcon Miners (Großbritannien) und die „Anglo-American Corporation of South Africa“, die von amerikanischem und britischem Finanzkapital beherrscht wird. Der Vorstandsvorsitzende Oppenheimer ist gleichzeitig im Verwaltungsrat der Barclays Bank (London), der zweitgrößten Bank in Zimbabwe. Nach Schätzungen stammt 90 % des im Bergbau investierten Geldes aus den Quellen dieser imperialistischen Multis („Frankfurter Rundschau“ — „FR“, 26.1.80). Darüber hinaus besitzt Zimbabwe eine einheimische Stahlindustrie und eine weitgefächerte, zum Teil hochentwickelte Weiterverarbeitungsindustrie, deren Werte rund ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Von 1966 bis 1967 stieg die Zahl der im Land hergestellten Produkte von 900 auf 5.000. Sie werden von 1.700 neuen Unternehmen hergestellt, wobei wiederum dreiviertel dieser Produktionskapazität auf ausländisches Kapital zurückgeht.

Wir haben diese Daten an dieser Stelle zitiert, weil sie recht gut die Schwierigkeiten der auf die schwarze Mehrheitsregierung zukommenden Aufgaben deutlich machen. Angesichts des enormen Mangels an

schwarzen Kadern einerseits und der Mißachtung der elementaren Lebensbedürfnisse der schwarzen Mehrheit hat die ZANU es sich zur Aufgabe gemacht, vor allem auf dem Gebiet der Ernährung, Gesundheit, Bildung und Arbeitsbeschaffung initiativ tätig zu werden. Gegenüber einer bulgarischen Zeitung kündigte Mugabe an, daß die Regierung eine Neuverteilung des Landes und eine Teilnahme der Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter plane. Außerdem würden die Basis-Löhne für weiße und schwarze Arbeiter angeglichen werden.

Nach wie vor besteht in Zimbabwe akut die Gefahr des Putsches und der Subversion bzw. Invasion. Zunächst hat Mugabe den alten Oberbefehlshaber der rhodesischen Armee, Walls, in seinem Amt gelassen. Er wurde damit beauftragt, in einem Ausschuss mit Vertretern von ZANLA und ZIPRA (die militärischen Organisationen von ZANU und ZAPU) eine Integration der verschiedenen Armeen vorzunehmen. Über Einzelheiten dieses brisanten Prozesses verfügen wir zur Zeit nicht. Außenpolitisch hat Mugabe den Beitritt zu den Blockfreien angekündigt und Anträge gestellt auf Mitgliedschaft im Commonwealth und der Lome-Konvention (Wirtschaftsabkommen mit den EG-Staaten). Gegenüber dem rassistischen Südafrika kündigte Mugabe eine Politik der nachbarschaftlichen Beziehungen an und versicherte, daß er innerhalb Zimbabwes keinem die Möglichkeit geben wolle, bewaffnete Kampfmaßnahmen gegenüber Südafrika zu planen. Gleichzeitig betonte er aber, daß Zimbabwe auf diplomatischen und moralischen Wegen jederzeit die Oppositionsbewegung gegen die Apartheidspolitik in Südafrika unterstützen werde („Guardian“, 10.3.).

Afrika-Kommission

Ford-Streik in der RSA

»...vor 10 Jahren noch fügsam«

Port Elisabeth. Ein über neun Wochen geführter Streik schwarzer Automobilarbeiter von der Strandale-Anlage des Ford-Konzerns wurde am 9.1. beendet. Die angedrohten Repressalien gegen die Streikenden nahm die Geschäftsleitung zurück. Die Geschäftsleitung hatte im Verlauf des Streiks 700 Arbeiter fristlos gekündigt, wobei es ihr gelang, einen Teil der Arbeiter zu schlechteren Bedingungen wieder einzustellen und damit eine Front zwischen Streikbrechern und Streikenden aufzubauen. Dabei kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen, 21 Streikende wurden von der Polizei außerhalb des Fabrikgeländes verhaftet und werden nunmehr nach dem „Riotous Assembly Act“ (sog. Aufruhrsgesetz) wegen Einschüchterung von Arbeitswilligen vor Gericht gestellt.

Einer der Sprecher der Streikenden, Thomazili Botha, wurde nach den Verhandlungen nicht wieder eingestellt, sondern von den Rassisten nach dem „terrorism act“ (Terrorismgesetz) angeklagt. Botha war der Anlaß für diesen erbitterten Streik, der Anfang November 1979 begann.

Überstunden für die Imperialisten — oder Verbannung

Der geheimen Sicherheitspolizei war Botha wegen seiner politischen Aktivitäten außerhalb der Fabrik aufgefallen. Er ist Mitglied einer lokalen Bürgerrechtsgruppe der Gemeinde (PEBCO), Teil der „Black Consciousness-Movement“. Die Geschäftsleitung forderte ihn auf, seine politischen Aktivitäten einzustellen bzw. zu reduzieren. Als er sich weigerte, wollte man ihn entlassen. Als offizieller Vorwand für seine Kündigung diente dann die Anschuldigung, er habe zu viele Tage ohne passende Entschuldigung gefehlt.

Daraufhin organisierten seine Kollegen aus Solidarität innerhalb von drei Wochen mehrfache spontane Arbeitsniederlegungen. Als die Arbeiter der Strandale-Anlage die Arbeit niederlegten, wurden die 700 Arbeiter als für gekündigt erklärt. Aus Solidarität traten 1.400 Arbeiter von zwei Ford-Zweigstellen in der Stadt ebenfalls in den Streik und organisierten gleichzeitig einen Boykott gegen die Kantinen-Einrichtungen.

Der Streik erfuhr landesweite Aufmerksamkeit, weil politische, soziale und vor allen Dingen rassendiskrimi-

nierende Zustände im Vordergrund standen, bei einer Firma, die von sich behauptet, keine rassendiskriminierenden Arbeitsbedingungen zu haben.

Der Streik entlarvte auch die „Reform“-versprechungen des Premierministers P.W. Botha, die Rassensanktionen in den Betrieben abzubauen und die gewerkschaftlichen Rechte auf alle Schwarzen auszudehnen. „Er versprach Kooperation zwischen den Rassen-gruppen statt Konflikt, Verhandlungen statt Diktat“ („NZZ“, 14.2.). Was davon zu halten ist, zeigt die Anklage gegen Thomazili Botha. Inzwischen ist er zusammen mit zwei anderen Angeklagten, einem Journalisten und einem PEBCO-Sekretär wieder aus der Haft entlassen worden, aber „umgehend unter Verbannungsbeehl gestellt worden“ („SZ“, 29.2.). Das bedeutet, er darf keiner Organisation mehr angehören, außer Arzt, Rechtsanwalt oder Angehörige niemanden sprechen, keine Versammlungen besuchen ...

Ford-Manager: Enthusiasmus gleich null

Nach dem Streik wurde ein von drei Akademikern der Grahamstown-Universität und einem bei Ford beschäftigten schwarzen Gewerkschaftsführer verfaßter Report herausgebracht, der die Zustände in diesem Unternehmen weiter präzisiert. Nach Untersuchung der Arbeitspraktiken bei Ford auf Grundlage eines Hearings und nach weiteren Diskussionen mit schwarzen Arbeitern, fand man folgendes heraus:

- das Ford-Management steht in Verbindung mit dem südafrikanischen Geheimdienst und der örtlichen Behörde, die als verlängerter Arm der Zentralregierung in Pretoria fungiert;
- die Reallohn waren im letzten Jahr stark gesunken und dies führte auch zur Unzufriedenheit unter den Arbeitern;
- die schwarzen Arbeiter müssen besser qualifiziert sein als die weißen Arbeiter, bevor sie befördert werden;
- obwohl das Lohngefüge der Firma theoretisch nicht rassendiskriminierend sein soll, werden die weißen Arbeiter über dem Lohnminimum bezahlt, die schwarzen Arbeiter dagegen unter dem Minimum.

Im Report wird weiter ausgeführt, daß die angeblichen Versuche des Unternehmens, faire und gleiche Arbeitsbedingungen zu bieten, mit „einem

beträchtlichen Mangel an Enthusiasmus“ durchgeführt werden (nach „The Guardian“, 26.2.). Dafür ist der Enthusiasmus des Managements, Arbeiterforderungen niederzuschlagen, umso größer.

Ford-Manager Ferreira meinte zu dem Report, daß man die Beschwerden prüfen wolle. Zu den tieferen Ursachen des Streiks äußerte sich Ferreira ebenfalls: „Vor zehn Jahren waren die Arbeitskräfte fügsam, in Gedan-

ken verloren mit der Erfüllung unmittelbarer Bedürfnisse. Aber jetzt beginnen die Menschen auf ihre soziale und politische Umgebung zu achten. Schwarze haben sehr wenig Mittel, sich politisch auszudrücken, wenn überhaupt. So könnten die Gewerkschaften in steigendem Maße zu einem Werkzeug politischen Ausdrucks werden, um für die Schwarzen politisch einen Platz an der Sonne zu sichern ... Menschen ohne Bürgerrechte schauen

auf ihre Arbeitgeber, als fühlten sie sich in der Rolle, an ihrer Stelle Einfluß ausüben zu müssen. Wenn die Politik nicht herausgehalten wird, dann könnten die Fabriken zu einem gewissen Grade ein politisches Schlachtfeld werden“ („Guardian“, 26.2.). Hoffentlich bald!

Afrika-Kommission

Annäherung Sudan — Äthiopien?



Die Beziehungen des antikommunistischen Sudan zum sowjetisch unterstützten Äthiopien waren in den letzten Jahren sehr gespannt. Nicht zuletzt auch wegen der vielen 100.000 eritreischen Flüchtlinge, die im Süden des Sudan vor dem äthiopischen Chauvinismus und Völkermord zu flucht suchten. Nunmehr hat ein vier-tägiger Besuch des sudanesischen Vizepräsidenten in Äthiopien stattgefunden. In einem Kommuniqué dazu heißt es, daß beide Länder übereingekommen seien, „ihre bilateralen Probleme so schnell wie möglich auszuräumen und die Lage am Horn von Afrika wieder zu beruhigen“ (SZ, 17.3.80). Auf Ministerebene werden Beratungsausschüsse installiert. Wird diese Annäherung dazu führen, daß die ohnehin im Sudan nur geduldeten Flüchtlinge aus Eritrea eine Verschlechterung ihrer Lage gewärtig sein müssen?

Im Januar hat der sudaneseische Präsident Numeiri erklärt, er sei von der äthiopischen Regierung aufgefordert worden, als Vermittler zwischen ihr

und der eritreischen Befreiungsfront tätig zu werden. Ziel soll eine „friedliche Lösung“ im Rahmen „regionaler Autonomie“ Eritreas sein. Diese „regionale Autonomie“ ist für das eritreische Volk natürlich nicht zu akzeptieren. In einer Erklärung des Zentralkomitees der EPLF heißt es dazu:

„Während der DERG einerseits Sudan als Vermittler anruft, bereitet er andererseits eine neue militärische Offensive gegen das eritreische Volk vor. Warum ruft der DERG nun den Sudan als Vermittler an, wo er doch kürzlich den Sudan verurteilt hat und sich weigerte, die eritreische Frage zu diskutieren (während des Monrovia-Treffens zwischen Mengistu und Numeiri im Februar 1979)? Mit diesem Schritt versucht das äthiopische Regime die Verbindungen zwischen der Widerstandsbewegung und dem Sudan zu beeinträchtigen und mit den eigenen militärischen und politischen Widersprüchen fertig zu werden. (...) Unabhängig von der Ankündigung des sudanesischen Präsidenten, daß Äthiopien Verhandlungen auf der Basis „regionaler Autonomie“ akzeptiert hat, stellen wir fest, daß das Schicksal des eritreischen Volkes in seiner eigenen Hand liegt. Keiner kann für uns sprechen. Wir wiederholen unsere Bereitschaft zu Verhandlungen mit dem äthiopischen Regime. Es muß seinerseits:

1. Seine Bereitschaft bestätigen, die eritreische Frage friedlich lösen zu wollen und ohne Vorbedingungen zu verhandeln.
2. Seine Deklaration der „regionalen Autonomie“ muß widerrufen werden und eingewilligt werden in Verhandlungen mit der Vereinigten Politischen Führung (von EPLF und ELF)“ (Presseerklärung vom 31.1.80).

Das jüngste durchsichtige Entspannungsmanöver des DERG ist Ausdruck des militärischen Scheiterns der sogenannten „Fünftens Offensive“, die im Sommer '79 gestartet worden ist. Nach der schweren Niederlage im Norden Eritreas ist de facto der gesamte nordöstliche Sahel-Bereich, der an den Sudan angrenzt, wieder fest in eritreischer Hand! Die Schlachten um Nacfa und Mahmimet im Norden brachten die entscheidende Wende. 30.000 äthiopische Soldaten (darunter viele sehr schlecht ausgerüstete Bauern) wurden trotz sowjetischer Luftunterstützung vernichtend geschlagen. Sowjetische Kriegsschiffe liefen den Hafen von Marsa Teklay im Norden an und nahmen die Reste der 3. Division Äthiopiens an Bord. Sie hatte 8.000 Mann innerhalb von fünf Tagen verloren. Nun rücken die eritreischen Truppen auf Afabet, die zweitgrößte Stadt im Sahel-Gebiet, vor.

Afrika-Kommission

Das Eritrea-Hilfswerk in Deutschland e.V. hat eine kleine, informative Broschüre über „Frauen in Eritrea“ herausgebracht (DM—,50). Es handelt sich um Reisenotizen aus dem vergangenen Jahr und dokumentiert zahlreiche Gespräche mit eritreischen Frauen. Das EHD hat übrigens in der Weihnachtszeit 1979 150.000 DM an Spenden für Eritrea gesammelt!

Bezug: Eritrea-Hilfswerk in Deutschland e.V.
Brüsseler Platz 19
5000 Köln 1

El Salvador: Interview mit einem Genossen der FPL (Volksbefreiungskräfte — Farabundo Marti)

Am Rande des Treffens zwischen lateinamerikanischen und europäischen linken Organisationen am 1. und 2. März dieses Jahres konnten wir ein kurzes Interview mit dem Genossen Claudio machen. Claudio ist Vertreter der Frente Popular de Liberacion (FPL), Volksbefreiungskräfte, Farabundo Marti in Europa. Die FPL und der ihr angeschlossene Revolutionäre Volksblock (BPR) ist die stärkste Organisation der radikalen Linken. Die FPL spaltete sich 1970 von der revisionistischen salvadorianischen KP ab. Die Genossen kritisieren die alleinige Orientierung der KP auf den „friedlichen Weg“ und Beteiligung an den Wahlen sowie ihre Hoffnung auf einen Staatsstreich fortschrittlicher Militärs.

AK: Die Linke El Salvadors ist seit langem in verschiedene Fraktionen gespalten. Kannst Du uns bitte erklären, um welche Widersprüche es hierbei geht und wie weit der Einigungsprozess innerhalb der Linken vorangekommen ist?

Claudio: Die Widersprüche zwischen den linken Organisationen sind vor allem taktischer Natur. Das heißt, Einheit herrscht in der Frage, daß dies System gestürzt werden muß, daß eine gerechtere, demokratische Gesellschaft aufgebaut werden soll, sehr strittig ist aber die Frage nach dem Weg dorthin. Die Kommunistische Partei z.B. wollte die Macht ausschließlich auf dem politischen Weg erkämpfen. Dann gab es die Position mehrerer progressiver Gruppen, die die Revolution über einen Volksaufstand erreichen wollten. Die Gruppe „Resistencia Nacional“ z.B. betont sehr stark den militärischen Kampf und vernachlässigt dabei den politischen und legalen Kampf. Die nationale Opposition versucht zunächst einen Mittelweg zwischen den Positionen der revolutionären Linken und mehr reformistischen Strömungen zu erreichen, aber das war nicht möglich. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß ein reformistischer Weg nicht möglich ist. Diese Erkenntnis führte zur Gründung der Revolutionären Koordination. Die Basis für die Gründung der Revolutionären Koordination war die Einsicht des Volkes, daß man dem doppelten Feind, internationaler Imperialismus und Bourgeoisie, eigene Strukturen entgegensetzen muß. Die wichtigste Aufgabe des salvadorianischen Volkes ist es im Moment, die notwendige Einheit und Geschlossenheit zu schaffen und geeignete Kampfformen zu entwickeln.

Es gibt zwei Zusammenschlüsse in El Salvador, die Koordination auf Parteiebene, an der sich außer den Volksbefreiungskräften Farabundo Marti auch noch der „Nationale Widerstand“ und die KP beteiligen; und zweitens die Koordination auf Massenebene, an der der „Revolutionäre Volksblock“ (BPR), die „Volksfront des 28. Februar“ (LP 28), die „Frente de Accion Popular Unificada“ (FAPU) und die „Union Democratica Nacionalista“ (UDN) beteiligt sind.

AK: In Nicaragua hat die bürgerliche Opposition eine bedeutende Rolle beim Sturz Somozas gespielt. Welche Rolle spielt die bürgerliche Opposition in El Salvador? Strebt Ihr ein ähnliches Bündnis wie in Nicaragua an?

Claudio: Die bürgerliche, die liberale Opposition ist in El Salvador nur sehr klein und mußte mehrere Spaltungen hinnehmen, vor allem die Christdemokraten haben keinen Rückhalt mehr im Volk. Die Christdemokratische Partei konnte keine Alternativen zu den Vorschlägen der vereinten revolutionären Organisationen bieten, sie stellt insofern auch keine Gefährdung für diese politischen Kräfte dar. Die vereinigten revolutionären Kräfte haben einen großen Teil der Bevölkerung einen können, vor allem natürlich die Arbeiterklasse und Landbevölkerung, aber auch Teile des Kleinbürgertums und der mittleren Klassen; diese Bewegung läuft unter der Vorherrschaft der Landbevölkerung, der kleinen Landbesitzer und der Arbeiterschaft. Wir versuchen, die reformistischen Kräfte, die ebenfalls eine Änderung des Systems anstreben, in unseren Kampf zu integrieren, um unsere Kräfte dadurch zu verstärken. Der Kampf des salvadorianischen Volkes ist in erster Linie ein ant imperialistischer und ant oligarchischer Kampf. In diesem Kampf müssen alle oppositionellen Kräfte Salvadors vereinigt werden, aber unter Führung der Arbeiterklasse und der Landbevölkerung.

Die katholische Kirche spielt in El Salvador eine sehr wichtige Rolle, was vor allem auf der langen religiösen Tradition des Landes beruht. Der Kardinal Romero hat schon früher das Regime immer sehr stark kritisiert und mo-

mentan ist er den Positionen der Revolutionären Linken recht freundlich gesonnen. Unter den vielen Gefallenen der salvadorianischen Revolution sind auch zahlreiche Priester, vor allem möchte ich nennen den Genossen Ernesto Varea Moto, der Mitglied des Farabundo Marti war.

Wie dieser Priester haben sich viele andere auch in den Kampf der vereinten Opposition eingereiht, sie unterstützen diesen Kampf.

AK: Der US-Imperialismus hat in Nicaragua eine Niederlage hinnehmen müssen. Er wird sicher alles unternehmen, um eine ähnliche Entwicklung in El Salvador zu verhindern. Ein erster Schritt hierzu war der Putsch im Oktober und die Errichtung eines pseudodemokratischen Regimes. Wie wird die Strategie des Imperialismus weiter aussehen?

Letzte Meldungen aus El Salvador

Alle Befürchtungen, die auftauchten, als die Regierung Anfang März die tatsächliche Durchführung der Landreform ankündigte und dabei gleichzeitig den Ausnahmezustand verhängte, haben sich inzwischen in brutaler Weise bestätigt: Militäreinheiten wurden aufs Land geschickt, angeblich um die Landreform gegen den Widerstand der Großgrundbesitzer und ihrer bewaffneten Banden durchzusetzen. Tatsächlich handelt es sich aber um eine Generaloffensive gegen die kämpferische Landbevölkerung, gegen die gewerkschaftlichen Organisationen und die Linke. Nach Berichten von Amnesty International griffen Militäreinheiten gezielt Dörfer an, in denen die Bevölkerung überwiegend in Campesino-Gewerkschaften organisiert und eine starke linke Opposition vorhanden ist. Um das Dorf Chalaenango wurde z.B. ein Feuerrieg gelegt, um die Bewohner an der Flucht zu hindern. Dann wurde das Dorf gestürmt, 40 Menschen wurden getötet und

pesino-Gewerkschaften organisiert und eine starke linke Opposition vorhanden ist. Um das Dorf Chalaenango wurde z.B. ein Feuerrieg gelegt, um die Bewohner an der Flucht zu hindern. Dann wurde das Dorf gestürmt, 40 Menschen wurden getötet und

Claudio: Wir gehen davon aus, daß die konterrevolutionären Machenschaften des Yankee-Imperialismus bereits an ihre politischen Schranken stoßen. Dies zeigt sich besonders in der Krise der gemischt zivilen/militärischen Junta, die schon jetzt kein Vertrauen im salvadorianischen Volk besitzt.

In Salvador zeigt sich ganz deutlich, daß nur grundlegende politische-ökonomische Veränderungen die Situation des Volkes verbessern können, z.B. die Besitzverhältnisse auf dem Land, ein verändertes Erziehungssystem. Die Oligarchie hat sich diesen Forderungen der Bevölkerung bisher immer widersetzt. Dabei wurde immer mehr deutlich, daß diese Forderungen nicht mehr in dem gewohnten politischen Rahmen durchzusetzen sind. Angesichts dieses Scheiterns der politischen Maßnahmen sieht sich der Imperialismus gezwungen, zu militärischen Methoden zu greifen. Die Maßnahmen, die der Imperialismus und die salvadorianische Oligarchie momentan treffen, bestehen in der Verstärkung der militärischen Unterstützung, in der Entsendung von Militärberatern und in dem Aufbau von Söldnerheeren in Guatemala und Honduras, um in Salvador intervenieren zu können.

AK: Vielen Dank für dieses Interview.

Lateinamerikakommission

viele andere verschleppt. Bei einer ähnlichen Aktion wurden 80 Menschen, davon 28 Kinder, getötet. Die Terrororganisation Orden ist unmittelbar an den Aktionen beteiligt und ihre Mitglieder sollen bereits Landzuweisungen erhalten haben.

Die Linke hat für den 17./18. März zu einem Generalstreik aufgerufen. In verschiedenen Städten und Regionen kam es zu Demonstrationen und Barrikadenkämpfen, gegen die überall mit offener Gewalt vorgegangen wurde. Zahlreiche Menschen wurden erschossen. Die Universität von San Salvador, in der sich Tausende von Studenten und Bauern verschanzt haben, wird von der Nationalgarde belagert. Die militärische Räumung steht offenbar bevor.

Die Entschlossenheit der kämpfenden Bevölkerung El Salvadors drückt sich in einem Satz aus, der an einer Mauer der Uni steht und sich an die Soldaten richtet: „Ihr wißt nicht, weshalb ihr mich tötet, aber ich weiß, warum ich sterbe“ („SZ“ 19.3.80 und „TAZ“, 19.3.80).

fenden Bevölkerung El Salvadors drückt sich in einem Satz aus, der an einer Mauer der Uni steht und sich an die Soldaten richtet: „Ihr wißt nicht, weshalb ihr mich tötet, aber ich weiß, warum ich sterbe“ („SZ“ 19.3.80 und „TAZ“, 19.3.80).

Die Organisationen der Linken in El Salvador



Straßenkämpfe in El Salvador

Die drei politisch/militärischen Organisationen FPL (Volksbefreiungskräfte), Farabundo Marti, RN (Nationaler Widerstand) und PCS (Kommunistische Partei) haben sich Anfang des Jahres zur Revolutionären Koordination zusammengeschlossen. ERP (Revolutionäres Volksheer) beteiligt sich bisher nicht an dieser Koordination, es bestehen aber offensichtlich trotz dem Absprachen zu konkreten Aktionen. Alle vier Organisationen arbeiten jeweils eng mit einer Massenorganisation zusammen: FPL mit dem Revolutionären Volksblock (BPR), RN mit der Front der einheitlichen Volksaktion (FAPU), die PCS mit der nationalen demokratischen Union (UDN) und die ERP mit den Volksfronten des 28. Februar (LP 28).

Ganz grob lassen sich die politischen Linien dieser Organisationen so charakterisieren: PCS ist eine traditionelle revisionistische KP. Die FPL hat sich von der PCS abgespalten. Die ERP ist eine traditionelle Guerillaorganisation mit starker Betonung des militärischen Kampfes. Speziell die LP 28 wird von der bürgerlichen Presse (le Monde u.a.) als trotzkistisch eingeschätzt. Die RN (bekannt auch als FARN = Bewaffnete Kräfte des nationalen Widerstandes) hat sich von der ERP abgespalten, die Genossen kritisieren eine Überbetonung des militärischen Kampfes.

Wirbel um Pascal Allende

Die westdeutsche Presse entdeckt zur Zeit, daß Pascal Allende sich wieder in Chile befindet, im Jargon der Bildzeitung: als Führer einer „Terroristenorganisation“ — siehe Faksimile.

Bekannt geworden war Pascals Rückkehr durch das Gefecht von Arrayan am 4.8.79; damals hatten chilenische „Sicherheitskräfte“ das Haus, in dem Pascal mit anderen MIR-Genoss/innen ein Treffen abhielt, umzingelt und angegriffen. In dem darauffolgenden Kampf wurde ein Genosse des MIR getötet und einige verhaftet, alle anderen konnten entkommen (vergl. AK 160). Um der Hetze, die in der chilenischen Presse folgte, entgegenzutreten, schickte der MIR eine Erklärung an die Zeitungen, die zugleich breit in Chile verteilt wurde und die wir hier abdrucken:

„Herr Direktor:
Im Auftrag des Inlandssekretariats des MIR sowie im Namen der Politischen Kommission wende ich mich an Sie.

Ziel dieses Briefes ist es, ihnen mitzuteilen, daß sich der Generalsekretär unserer Partei, Andres Pascal Allende in Chile befindet und die Führung des antidiktatorischen Kampfes der Partei übernommen hat. Die Politische Kommission möchte Ihnen offiziell die Wahrheit über das Gefecht in Arrayan mitteilen, wo unser Generalsekretär dem gigantischen Repressionsring entweichen konnte, den die Kräfte

der Diktatur geschlossen hatten, dies dank der Hilfe unserer Kämpfer sowie der Offenherzigkeit der Arbeiter und des organisierten Widerstandes der Gegend. Unsere Überlegenheit stützt sich nicht auf die Zahl der Waffen. Unsere Überlegenheit ruht in der Entscheidung, den Kampf zu führen und allem voran auf der gewaltigen Unterstützung, die wir seitens unseres freiheitsliebenden Volkes erhalten.

Um die Wahrheit über das Geschehene zu verbreiten, läßt Ihnen die Politische Kommission die beigefügte Erklärung zukommen, mit der sämtliche angeblichen Meinungsverschiedenheiten und interne Auseinandersetzungen innerhalb des MIR Lügen gestraft werden, die nichts anderes als Erfindungen der korrupten CNI und einiger Presseorgane sind, die sich als ernsthafte Presse in diesem Lande bezeichnen. Wie wir verschiedentlich gesagt haben, werden jene Lügner und Verdreher des Kampfes der Partei und des Widerstandes von der Geschichte gerächt werden und bestraft werden von den Volkskräften.

Wir fordern, daß die Medien, die Sie leiten, den beigefügten Text der Erklärung verbreiten.

Hernan Aguilo
Politische Kommission MIR
10. August 1979

PS: Anbei die Fotografie des wohl bekannten linken Daumenabdrucks und die Größe unseres Generalsekretärs.

Allendes Neffe ist Terroristenchef

Sein Onkel war Salvador Allende, chilenischer Staatschef, 1973 erschossen. Und Andres Pascal Allende (35) kämpft weiter für den toten Onkel. Er führt eine Terroristenorganisation in Chile, die schon drei Fabriken überfallen und mehr als 120 000 Mark geraubt hat, meldet der chilenische Geheimdienst. Der Allende-Neffe will Diktator Pinochet stürzen.



1973 erschossen:
Salvador Allende

Irre, der MIR eine „terroristische Vereinigung“

Nikaraguanische Regierungsdelegation besucht die BRD Nikaraguanische Regierungsdelegation besucht die BRD

In Frankfurt fand am 13.3. eine Veranstaltung zu Nicaragua statt, an der sich eine Regierungsdelegation, darunter Or. Ramirez (Mitglied der Junta) und Bayardo Arce (führendes Mitglied der FSLN), beteiligte. Zu dieser Veranstaltung hatten aufgerufen: Nicaragua-Initiative, ESG, KSG, DGB-Ortskartell Dietzenbach und Medico-International. Gekommen waren etwa 450 Menschen.

Zuerst spielte die nikaraguanische Musikgruppe „Los Palacaguinas“ Lieder aus dem Bürgerkrieg und der Revolution. Danach sprach ein Vertreter der Nicaragua-Initiative Frankfurt über die Solidaritätsarbeit in der BRD und bedauerte, daß die Solidarität nach dem Sieg nachgelassen hat, obwohl sie nach wie vor notwendig ist.

Anschließend sprach Bayardo Arce. Er grüßte die Versammlung im Namen des revolutionären Volkes von Nicaragua, der Regierung und der FSLN. Er bedankte sich für die aus der BRD erhaltene Solidarität. Dann berichtete er aus der Geschichte Nicaraguas, wie die USA per Intervention die Somoza's an die Macht gebracht haben, und was dies für das Volk bedeutete, nämlich: 20% Kindersterblichkeit, ca. 50% Analphabeten, 85% konnten keine Schule besuchen, 280.000 Familien waren ohne menschenwürdige Wohnung, 5.000 Ärzte und 5.000 Lehrer fehlten und außerdem 1,6 Milliarden Auslandsschulden, die nur Somoza und seinen Anhängern Nutzen brachten. Um dies zu beenden, sei das bewaffnete Volk von Nicaragua an der Macht. Der Krieg hat 20.000 Menschen das Leben gekostet.

Als erste Maßnahme der Revolution zählte er auf: die Alphabetisierungskampagne, die am 24. März beginnt, und an der sich 200.000

Menschen beteiligen sollen. Die Banken, der Außenhandel und der Besitz Somoza's bzw. seiner Anhänger sind nationalisiert. Damit ist der wesentliche Teil der Wirtschaft in der Hand des Volkes. Der Besuch von Schulen und Hochschulen ist kostenlos, genauso wie die medizinische Versorgung (siehe auch Interview zu Nicaragua in AK 173). Die Mieten und die Kosten für den Hausbau sind für die Bevölkerung um 50% gesenkt worden.

Zur Zeit boykottierten die finanzstarken Länder den Aufbau in Nicaragua; ebenso gäbe es Störmanöver des CIA. Bayardo Arce grenzte sich auch von „angeblichen Revolutionären“ die ihre Basis „im Ausland“ hätten ab und von Bourgeoisie-Vertretern, die sich als Demokraten tarnen würden. Als Garantie dafür, daß die nikaraguanische Revolution weitergeht, nannte er die massenhafte Beteiligung der Arbeiter, Bauern, Frauen, Jugendlichen und Kinder an der Revolution. Der Wille des Volkes, etwas für den Wiederaufbau und die Revolution zu tun, sei mindestens so groß, wie die Kampfbereitschaft gegen Somoza gewesen ist. Außerdem soll die Organisation der Bevölkerung in den entsprechenden Organisationen und Verteidigungskomitees immer noch zunehmen. Trotzdem ist zur Zeit eine Solidarität enorm wichtig, da das Land durch den Krieg ziemlich zerstört wurde, und es an fast allem mangelt.

Leider gab es danach keine weitere Diskussion, da die Delegation nach Bonn weiterreisen mußte und keine Zeit mehr hatte. Trotzdem ist es bemerkenswert, daß es für diese Leute klar ist, trotz Terminusdruckes an linken Veranstaltungen teilzunehmen.

KB/Gruppe Frankfurt

Interview mit M-19

Guerilla in Kolumbien

Die ersten Ansätze bewaffneter Kämpfe waren in Kolumbien in der Zeit der Violencia in Form von Selbstschutzeinheiten entstanden (1948-1953 als Grundbesitzer, liberale und konservative Partei bewaffnete Banden gegeneinander und vor allem gegen die Bauern hetzten — Kämpfe, die nach Schätzungen 200 000 Tote gefordert haben). In den 60er Jahren, zur Zeit des Aufschwunges der Guerilla-Kämpfe (nach dem Sieg der kubanischen Revolution), gab es in Kolumbien mehrere befreite Zonen. Diese wurden Ende der 60er Jahre im Rahmen der gezielten Anti-Guerilla-Strategie zerschlagen (Kolumbien war u.a. ein Versuchsgebiet für die counter-insurgency der USA), ohne allerdings die Guerilla völlig aufreiben zu können. Bis heute operieren in Kolumbien die „castristische“ ELN, zu der der legendäre Priester Camilo Torres gehörte; die FARC, die bewaffneten Einheiten der revisionistischen KP (!), deren bewaffnete Aktionen zwar zeitweise von der Partei kritisiert und abgeschwächt, aber nie völlig unterbunden wurden. Die PCC/ML (Bruderpartei der KPD/ML) soll ebenfalls in einigen Gebieten bewaffnete Gruppen haben und schließlich M-19, die einzige der genannten Organisationen, die den Schwerpunkt ihres bewaffneten Kampfes in den Städten sieht.

M-19 ist aus der Anapo (Nationale Volksallianz) hervorgegangen. Die Anapo war der bis 1970 recht erfolgreiche kolumbianische Versuch, eine populistische Bewegung zu entwickeln. Am 19. April 1970 wurde ihr Vorsitzender Rojas Pinilla durch massiven und offenen Wahlbetrug an der Übernahme der Regierung behindert; die Teile der Anapo, die diese Manipulation im Gegensatz zur Parteiführung nicht kampflos hinnehmen wollten, fanden sich in M-19 (=Bewegung 19. April) zusammen. Die Anapo nahm dann den Weg aller populistischen Bewegungen in Lateinamerika, entwickelte sich immer deutlicher nach rechts und verfügt heute über keinen nennens-

werten Einfluß mehr (ausführlich zur Situation in Kolumbien s. AK 147).

Einige Positionen von M-19

El Pais brachte im Dezember '79 ein Interview mit Carlos Toledo Plata, einem Leitungsmitglied von M-19.

Auf die Frage, ob der bewaffnete Kampf tatsächlich notwendig sei, sagt Carlos Toledo: „Er ist nicht nur notwendig, sondern unverzichtbar. Der Sieg des kolumbianischen Volkes wird durch die Verbindung verschiedener Kampf-formen erreicht werden, durch politische Kämpfe, durch Erhebungen (bewaffnete Aktionen, AK) von städtischen Kommandos und der Landguerilla. Es werden Leute benötigt, die in der Lage sind, die politische und militärische Leitung zusammenzufassen. Und heute sind wir in der Phase der Vorbereitung, deswegen haben wir eine politisch-militärische Struktur gewählt. Das Ideal ist ein sozialistischer Staat, aber wir halten Etappen für notwendig und zur Zeit muß der Kampf des kolumbianischen Volkes sich auf die Errichtung eines demokratischen Staates orientieren. Und wir wissen, daß diese Demokratie nicht allein durch politischen Kampf erreichbar ist, sondern daß der militärische Kampf notwendig ist....“

Die kolumbianische Linke ist sehr zersplittert und sehr schwach. Die KP, die stärkste der linken Kräfte, ist mit dem bewaffneten Kampf in den Städten nicht einverstanden. Sie betrachten den militärischen Kampf als einen strategischen, nicht als einen beständigen, taktischen Einsatz. Die FARC, bewaffnete Organisation aus dem Umfeld der KP, operieren ausschließlich auf dem Land; obwohl sie viel Geld haben, konzentriert sich ihr Kampf nur auf diesen Sektor. Die KP sagt, daß der totale militärische Kampf in einer anderen Etappe stattfinden wird, wenn alle legalen Möglichkeiten erschöpft sind. Das ist der

Widerspruch zu uns. Wir glauben, daß man jetzt kämpfen muß und daß es keinen Sinn ergibt, den Feind auf dem Lande zu schlagen, ohne ihn auch in der Stadt anzugreifen und zwar permanent“ (übersetzt nach El Pais, 5.12.79).

Haltung zur Sowjetunion und VR China

„Ohne hier darüber eine Diskussion entfachen zu wollen, welches die besseren oder schlechteren Wege zur Errichtung des Sozialismus seien, müssen wir doch das sozialistische Lager als einen in sich nicht geschlossenen Block ansehen, dem ein international geeintes Zentrum fehlt, mit Differenzen unter sich, die weit über den sowjetisch-chinesischen Konflikt hinausgehen. Auf jeden Fall jedoch meinen wir, daß besagter Konflikt weiterhin das schwierigste Problem bleibt, aus Gründen seines großen internationalen Gewichtes, was dazu führt, daß in allen Ländern der Welt in Theorie und Praxis unterschiedliche Linien vorangetrieben werden.“

Wir glauben, daß man in der Diskussion von der vietnamesischen Erfahrung lernen und einen ähnlichen Weg gehen sollte:

1. Entwicklung der tatsächlichen nationalen Revolution verknüpft mit der Kraft, dem Ideenreichtum und der Organisation des eigenen Volkes bis zum äußersten Möglichen.
2. Keine Parteinahme zur internationalen Polemik im sozialistischen Lager, demhingegen tatsächliche Unterstützung siegreicher Revolutionen.
3. Beibehaltung brüderlicher, freundschaftlicher Beziehungen zu allen Kräften im sozialistischen Lager ohne Ausnahme.
4. Bewahrung der Unabhängigkeit in Bezug auf die verschiedenen Positionen innerhalb des sozialistischen Lagers, Annahme einer kämpferischen Haltung an der Seite des Sozialismus gegenüber je-

der imperialistischen Aggression, sowie die entschiedene Vortreibung internationalistischer Standpunkte in der wirklichen

Solidarität mit allen für ihre Befreiung kämpfenden Völkern“ (Nach: „Chile-Dokumentation“ des MIR, Febr. 79).

Internationale Spezialisten bereiten Sturm auf die besetzte Botschaft vor

Die Internationale des Terrors macht offensichtlich Fortschritte. Was in westdeutschen Zeitungen gar nicht oder nur sehr zurückhaltend unter der Rubrik „Gerüchte“ gebracht wurde, wird in den mexikanischen Zeitungen „El Dia“ und „Uno Mas Uno“ eindeutig festgestellt: Spezialisten bzw. sogar „Spezialkommandos“ aus den USA, der BRD, Großbritannien, Frankreich und wahrscheinlich auch aus Israel (El Dia) sind auf Anforderung der kolumbianischen Regierung nach Bogotá eingeflogen worden, um die Regierung in der Geiselafläre „zu beraten“. Hodden Carter, Vertreter des Außenministeriums in Washington, hat durchblicken lassen, welcher Art diese „Beratung“ ist. Er gab zu, daß US-Experten das Gebiet um die besetzte Botschaft inspiziert und in einem in der Nähe gelegenen Haus elektronische Ausrüstung und „Geräte (was das wohl für „Geräte“ sein mögen!) installiert haben. Die Botschaftsbesitzer haben auf einer Tonbandkassette Repräsentanten gegen die betreffenden Regierungen angekündigt, wenn ihre Anti-Guerilla-Spezialisten nicht sofort aus dem Gebiet um die Botschaft zurückgezogen werden (El Dia, 10.3.80 und Uno Mas Uno, 9.3.80).

Die Aktion scheint — zumindest was die BRD betrifft — Ergebnis einer längeren fruchtbaren Zusammenarbeit auf dem Gebiet der „Terrorismusbekämpfung“ zu sein. Deutsche „Terroristen“, die sich nach den Ereignissen in Mogadischu in Kolumbien aufgehalten haben sollen, dienten als Vorwand, um damals schon personelle, finanzielle und ausbildungsmäßige Unterstützung aus der BRD an den kolumbianischen Staat zu leisten.

Vorbereitungen zum Sturm auf die Botschaft

Während die internationalen „Antiterror“-Spezialisten das Gebiet um die Botschaft inspizieren, verschleppt die Regierung die Verhandlungen mit den Besetzern. Das Kommando von M-19 hatte während der Verhandlungen seine Forderungen heruntergeschraubt: Freilassung von 70 statt bisher über 300 politischen Häftlingen und 10 statt 50 Mio. Dollar Lösegeld. Die Regierung dagegen beharrt auf ihrem Standpunkt. Sie würde den Besetzern freie Ausreise garantieren, verweigert aber die Freilassung auch nur eines politischen Gefangenen. Außerdem lehnen Kolumbien und ein Teil der Regierungen, deren Botschafter als Geiseln festgehalten werden, die Zahlung jeglichen Lösegeldes ab („SZ“, 14.3. und 15/16.3.80). Das einzige „Angebot“ bestand darin, die Prozesse zu beschleunigen, die zur Zeit gegen etwa 200 Linke, darunter ein Teil der M-19-Führung, unter Ausschluss der Öffentlichkeit vor einem Kriegsrat (!) anlaufen.

Eine Juristenkommission wurde eingesetzt, um die verfassungsmäßigen Möglichkeiten für eine solche Beschleunigung zu prüfen. Dieses Projekt wurde teilweise als Hinweis der Regierung gedeutet, daß in diesen Prozessen mit einigen Freisprüchen bzw. einem leichten Strafmaß zu rechnen sei. Die Antwort der Botschaftsbesitzer auf dieses „Angebot“ war allerdings eindeutig: „Wir werden siegen oder sterben“ rief die Unterhändlerin zum Schluß der bisher letzten gescheiterten Verhandlungsrunde aus.

Inzwischen hat Fidel Castro Asyl in Kuba für die Botschaftsbesitzer und die freizulassenden Häftlinge angeboten.

Argentinien 24.3.80 — 4. Jahrestag des Putsches

4 Jahre Videla in Argentinien, fast 7 Jahre Pinochet in Chile, 7 Jahre Militärdiktatur in Uruguay, 16 Jahre Militärdiktatur in Brasilien und trotzdem ist es mit der Friedhofsruhe in Südamerika vorbei!

Nicht nur Mittelamerika (das augenblicklich Schauplatz der am weitesten entwickelten Kämpfe ist), sondern auch der Süden des Kontinents ist in Bewegung geraten.

Die letzten Jahre haben wieder gezeigt, daß der Imperialismus und die Bourgeoisien auch mit Pinochets und Videlas und ihrer grausamen Unterdrückung nicht in der Lage sind, die Volksbewegungen dauerhaft zu schlagen.

In Argentinien führte die traditionell starke Arbeiterbewegung

schon wenige Monate nach dem Putsch die ersten großen Streik-kämpfe durch. Nach einer ersten Phase des eher verdeckten, aber spürbaren Widerstandes in Form von Sabotage-Aktionen (Produktionsverlust in der Autoindustrie: etwa 30 - 40%). Ab Herbst '76 entwickelten sich dann immer neue massive Streikbewegungen, u.a. bei den Arbeitern der Automobilindustrie, Transport-, Hafenwirtschaft, Eisenbahnen, Metallindustrie — meist für Lohnforderungen und gewerkschaftliche Rechte. Die Hauptschwäche dieser Bewegungen besteht bis heute darin, daß sie meist regional begrenzt und ohne einheitliche Führung sowie Koordinierung ablaufen. Eine besondere Schwierigkeit in

Argentinien war immer die enge ideologische Bindung der Arbeiterbewegung an den Peronismus (dritter, nationaler Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus). Nach dem repressiven, korrupten und arbeiterfeindlichen Regime der Isabel Peron, das auch den Peronismus insgesamt diskreditierte, blieb die Arbeiterbewegung ideologisch ohne neue Orientierung. Ziel der Videla-Junta war es, den durch die Isabel-Regierung angekratzten Einfluß der peronistischen Gewerkschaften zu brechen und eine neue Sammlung und Ausrichtung der Arbeiterbewegung zu verhindern. Deswegen wurden die linken Kräfte zu Tausenden umgebracht, verschleppt und in die KZs gesteckt, die peronistischen

Gewerkschaften verboten oder unter militärische Verwaltung gestellt, alle gewerkschaftlichen Rechte aufgehoben. Den linken Organisationen, Monteneros und PRT/ERP wurden schwere Schläge versetzt. Wir wissen nicht, ob die PRT als Organisation noch existiert und arbeitet; von den Monteneros sind manchmal Aufrufe und Stellungnahmen zu hören; bis einschließlich 1978 wurden auch bewaffnete Aktionen bekannt, sie scheinen aber derzeit außer durch die Repression durch innere Differenzen, Austritte (es gibt auch darüber kaum genauere Informations-)geschwächt.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen keine Neuausrichtung und zentrale Zusammenfassung der Arbeiterbewegung möglich war. Der Versuch der Monteneros, die 1976 die CGTR (CGT im Widerstand) gründeten, konnte diese Aufgabe nicht lösen. Die CGTR scheint örtlich in einzelnen Betrieben oder Branchen Einfluß zu haben, ist aber schon allein durch die mörderische Repression sehr eingeeengt.

Die Reste der rechtsperonistischen Gewerkschaftsbürokratie nutzten die Lücke und gründeten 1977 und '78 zwei konkurrierende Dachverbände (Gruppe der 25 und CNT), die sich Mitte '79 zur CUTA zusammenschlossen. Die CUTA ist nach dem neuen Gewerkschaftsgesetz der Junta illegal. Das Gesetz verbietet jeglichen überregionalen Zusammenschluß, jegliche politische Aktivität. Es hebt die Einheitsgewerkschaft auf, das Streikrecht wird darin nicht erwähnt usw. D.h. das neue Gesetz zielt auf die weitere Entpolitisierung und Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung. Trotzdem wird die CUTA zur Zeit nicht gezielt bekämpft, unter anderem weil die CUTA-Führer den halblegalen Status der Organisation nicht gefährden wollen und äußerst vorsichtig taktieren. D.h. eine wirklich schlagkräftige gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterbewegung ist zur Zeit kaum in Sicht, noch viel weniger eine politische Organisation.

Trotzdem bleibt festzuhalten, daß die Junta den inneren Frieden, den sie eigentlich braucht, nicht herstellen kann.

Nach der sehr öffentlichkeitswirksamen Kampagne zur WM 78 „Fußball ja — Folter nein“, die von einem breiten Spektrum von 3. Welt-Gruppen und linken Organisationen getragen wurde, haben die Informationsstelle Lateinamerika in Bonn (ila) und Kinderhilfe Köln (stellvertretend für andere hier genannt) ständige Solidaritätsaktionen entwickelt und koordiniert. So gab es mehrere Donnerstagsdemonstrationen vor der argentinischen Botschaft in Bonn aus Solidarität mit den Müttern von der Plaza de Mayo, verschiedene Petitionen, Unterschriftenlisten, Aktionstage, Veranstaltungen.

Erfolgreiche Veranstaltung in Hamburg

Leider haben wir es bislang versäumt, über die sehr gelungene ai-Veranstaltung im audi-max zu Argentinien und Uruguay zu berichten. Wolf Biermann sang den „Kameramann“ und dazu wurde der Film, auf den sich Biermanns Lied bezieht, gezeigt. Daniel Viglietti (Gitarrist aus Uruguay) und Eduardo Galleano (Autor von „Die offenen Adern Lateinamerikas“) trugen argentinische Gedichte vor, die im Gefängnis geschrieben worden waren. Oswaldo Bayer sprach über die Beziehungen BRD-Argentinien, alles vor total ausverkauftem audi-max. Zur intensiveren politischen Information gab es anschließend Diskussionsmöglichkeiten in der ESG. Ein gelungener Solidaritätsabend.



Straßenszene in Argentinien nach einem Attentat

»Politische Lösung« für Afghanistan?

Nach den Unruhen Ende Februar in Kabul hat die Karmal-Regierung durch Verhängung des Kriegsrechts und andere repressive Maßnahmen die Situation „befriedet“ und gleichzeitig Maßnahmen getroffen, die der längerfristigen innenpolitischen Stabilisierung dienen sollen. Dazu gehört die Einbeziehung von Teilen der Opposition in Regierungsämter, sowie das Aufstellen von „Volksmilizen“. Außerdem hat Karmal eine „Internationale Afghanistan-Konferenz“ vorgeschlagen. Karmals weitreichender Vorschlag (Grenztruppe zur Sicherung der pakistanisch-afghanischen Grenze) dürfte nicht nur aus der innenpolitischen Entwicklung in Afghanistan zu erklären sein. Dabei wird wohl u.a. auch der in naher Zukunft bevorstehende Termin eine Rolle gespielt haben, auf dem über das Stattfinden der Olympiade in Moskau entschieden wird.

Die Unruhen und die Folgen

Nach übereinstimmenden Berichten der bürgerlichen Presse, die sich allerdings in aller Regel auf dieselben „Kabuler Gewährsleute“ oder dieselben „Guerillakräfte“ („SZ“, 26.2.) beziehen, begannen die Unruhen in Kabul mit einem Streik der Ladenbesitzer am 22. Februar („FR“, 23.2.). Der gesamte Basar Kabul's soll seit diesem Tag – von wenigen Ausnahmen abgesehen – geschlossen gewesen sein. Am 23.2. – einen Tag nach Beginn des Streiks – fand eine ca. 2000köpfige Demonstration statt, die mit antisowjetischen Parolen vor das Regierungsgebäude zog. Bereits diese Demonstration soll durch Militär zerschlagen worden sein („FR“, 23.2. und 25.2., „FAZ“, 25.2.). In den folgenden Tagen sollen dann laufend Demonstrationen, Straßenschlachten und Schießereien entbrannt sein („taz“, 25.2.). Über das Ausmaß der Kämpfe gibt es völlig unterschiedliche Aussagen. Wurde anfänglich von „einigen Toten“ („FAZ“, 23.2.) berichtet, steigerte sich dies 50 bis 100 („taz“, 25.2.), auf „300 Tote“ („SZ“, 27.2.) bis hin zu „5000 getötete Bürger“ in Kabul („Radio Teheran“, 23.2. lt. „SWB“, 25.2.).

Der Streik der Ladenbesitzer soll sich nach der Niederschlagung der ersten Demonstrationen dann ausgebreitet haben auf die Beamten und Arbeiter in Kabul („FR“, 25.2.).

Das damals verhängte Kriegsrecht wurde seither nicht aufgehoben. Lediglich der Zeitpunkt der Ausgangssperre wurde um eine Stunde verkürzt („Kabul Home Service“, 4.3. lt. „SWB“, 6.3.). Um Kabul bestehen starke Verkehrs- und Personenkontrollen („TASS“, 4.3. lt. „SWB“, 6.3.). „Um eine mögliche Infiltration feindlicher Elemente nach Kabul und heimliche Waffen und Munitionslieferungen zu verhindern, führen die Sicherheitsorgane zusammen mit Repräsentanten der Volksmiliz ... Kontrollen ... durch“ (ebd.). Während und kurz nach den Unruhen gingen die Sicherheitsorgane mit aller Schärfe vor. Mindestens 1078 Personen wurden verhaftet („Kabul Home Service“, 12.3. lt. „SWB“, 14.3.). Sovile wurden jedenfalls laut offiziellen Angaben inzwischen wieder freigelassen. Da jedoch noch längst nicht alle Inhaftierten freigelassen wurden, liegt die tatsächliche Zahl noch höher. In Kabul ist offenbar mit größeren Prozessen zu rechnen, denn alle „Personen, die wissenschaftlich mit imperialistischen Spionageorganisationen und regionalen Reaktionen kollaboriert haben ... werden von einem revolutionären Gericht ... verurteilt, werden“ („Kabul Home Service“, 8.3. lt. „SWB“, 14.3.).

Weitere Unruhen werden anscheinend befürchtet. Über Rundfunk warnte die Regierung vor neuen „feindlichen Verschwörungen“ („Kabul Home Service“, 7.3. lt. „SWB“, 12.3.).

Die sowjetischen Truppen hielten zusammen mit der afghanischen Armee in Kabul zusätzlich eine Art Machtdemonstration ab. Mitte März wurden in Kabuler Stadtteilen Militärmanöver durchgeführt. „Radio Kabul hat bekanntgegeben, daß in der afghanischen Hauptstadt Militärmanöver im Gange sind. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, sich nicht durch laute Geräusche beunruhigen zu lassen. In dem Bericht hieß es, die Manöver dauerten fünf Tage und würden nahe einem Industriekomplex im Süden von Kabul sowie in Karkah südlich von Kabul abgehalten“ („SZ“, 13.3.).

Trotzdem behauptet die Kabuler Regierung: „Die ganze Situation überall im Lande ist unter voller Kontrolle der Regierung“. Obwohl die konkreten Maßnahmen auf starke Unruhen innerhalb der Kabuler Bevölkerung hindeuten, spricht die Regierung fast ausschließlich von äußerer Infiltration. „Wir haben sicher Beweise für die Komplizenschaft der Kräfte des internationalen Imperialismus und Reaktion, vor allem und zuerst der USA, China, Ägypten und Pakistan“ sagte Innenminister Sarwari („TASS“, 25.2. lt. „SWB“, 28.2.). „Er gab an, daß über 90% der verhafteten Leute sind, die ihren Weg heimlich in die Stadt machten“ (ebd.). Von diesen wiederum kamen „viele aus Pakistan“ (ebd.). Zugleich verurteilt die Regierung „viele heimlich in die Stadt machten“ (ebd.).

mus und Reaktion, vor allem und zuerst der USA, China, Ägypten und Pakistan“ sagte Innenminister Sarwari („TASS“, 25.2. lt. „SWB“, 28.2.). „Er gab an, daß über 90% der verhafteten Leute sind, die ihren Weg heimlich in die Stadt machten“ (ebd.). Von diesen wiederum kamen „viele aus Pakistan“ (ebd.). Zugleich verurteilt die Regierung „viele heimlich in die Stadt machten“ (ebd.).

Inzwischen gibt es offenbar eine regelrechte „Welle“ von Milizbildungen. Bereits am 26. Februar bildete sich in den Kabuler Automobilwerken eine „Arbeitermiliz“ („TASS“, 26.2. lt. „SWB“, 29.2.). „Tausende Kabuler Bürger haben sich zur Bildung von Freiwilligen-Widerstandsgruppen entschlossen. Sie wurden mit Waffen und Uniformen ausgerüstet“ („Kabul Home Service“, 8.3. lt. „SWB“, 14.3.). Auch aus einzelnen anderen Provinzen berichtet der afghanische Rundfunk über die Bildung von Milizen („Kabul Home Service“, 11.3., 8.3. lt. „SWB“, 14.3.).

Ihren Platz haben diese Gruppen vor allem in der Propagandaaufarbeit und der direkten Unterstützung der Sicherheitskräfte. Dies ist der erste Versuch seit der „April-Revolution“ 1978, die Basis der Regierung durch eine organisierte Mobilisierung und den Aufbau bewaffneter Gruppen außerhalb der Armee zu festigen. Zugleich wird versucht, Verbündete für die Regierungspolitik zu finden: Am 10.3. kündigte Karmal die Bildung einer „breiten vaterländischen Nationalen Front“ an. Ein Treffen mit „Vertretern verschiedener Nationalitäten, Religionen und sozialen Klassen“ hat stattgefunden („Kabul Home Service“, 10.3., lt. „SWB“, 12.3.). Am 12. März gab der afghanische Rundfunk eine Vergrößerung der afghanischen Regierung bekannt. Insgesamt sollen „einige Hundert“, „rehabilitierte Politiker, Technokraten, Diplomaten und Beamten“ neu in den Regierungsapparat aufgenommen worden sein. Unter ihnen „sind viele ... mit dem Rang eines stellvertretenden Ministers“. „Einige von ihnen, obwohl Rechte, kennt Karmal persönlich aus der Zeit vor der April-Revolution 1978“ (alles Kabul Home Service 9.3. und „PTI“, 12.3. lt. „SWB“, 14.3.).

Zwischen einzelnen Stämmen (leider nicht näher genannt) und der Karmal-Regierung konnte angeblich eine Übereinkunft erzielt werden: „Gerade hat die Regierung erfolgreich Verhandlungen mit Repräsentanten einiger Stämme ... abgeschlossen. Als ein Ergebnis haben ihre Repräsentan-

ten sich entschlossen, ihre Waffen zu übergeben“ („TASS“, 10.3. lt. „SWB“, 14.3.). Ähnliches berichtet die bürgerliche Presse.

Verhandlungen bahnen sich auch zwischen Karmal und der sozialdemokratischen Partei Afghanistans an. „Der afghanische Rebellenführer und Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei des Landes, Mohammad Amin Wakman, hat in Delhi seine

Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion oder dem von Moskau gestützten Babrak Karmal signalisiert“ („SZ“, 10.3.).

„Internationale Afghanistan-Konferenz“?

„Internationale Afghanistan-Konferenz“?

„Internationale Afghanistan-Konferenz“?

Seit einiger Zeit häufen sich die Stimmen aus den unterschiedlichsten „Lagern“, die nach einer „politischen Lösung“ für Afghanistan suchen. Inzwischen hat auch die afghanische Regierung selbst einen Vorschlag unterbreitet.

– Zu nennen sind die „Vorschläge“ der EG und der SU. Der EG-Vorschlag geht davon aus, daß die „Neutralität“ Afghanistans „international garantiert“ wird („FAZ“, 26.2.). Im Gegensatz zur Haltung der USA beinhaltet dieser Vorschlag praktisch den Versuch einer „gütlichen Einigung“ über Afghanistan mit der SU. Die Sowjetunion ist auf den Zug immerhin soweit ausgesprochen, daß sie ihre alte Aussage wiederholte, bereits eine Absichtserklärung der USA über ihre Nicht-Einmischung würde für einen Truppenabzug ausreichen („FAZ“, 26.2.).

– Innerhalb der Blockfreienbewegung ist angeblich ein Vorschlag in der „Mache“, der einen „bedingten Rückzug der sowjetischen Truppen“ („taz“, 28.2.) bei Wahrung der Interessen der afghanischen Regierung vorsieht. Hierbei soll Kuba seine Bereitschaft zur Unterstützung signalisiert haben („taz“, 28.2.). In eine ähnliche Richtung geht die „Idee“ Babrak Karmals selber, eine „Internationale Afghanistan-Konferenz“ durchzuführen („SZ“, 6.3.). In einem Interview mit der indischen Zeitung „Blitz“ erklärte er die „Bereitschaft seines Landes“, einen „Vorschlag für eine Konferenz in der Art der Indochina-Konferenz von Genf zu akzeptieren“ („New Delhi Home Service“, 5.3., lt. „SWB“, 7.3.). „Bei dieser Konferenz sollten die beteiligten Seiten über die Aufstellung einer Streitmacht beraten, die künftig die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan überwachen soll“ („SZ“, 6.3.). Auch eine „Grenztruppe zur Sicherung der pakistanisch-afghanischen Grenze“ würde er akzeptieren, „wenn diese mit der UN-Charta konform geht“ („New Delhi Home Service“, 5.3., lt. „SWB“, 7.3.). Dieses Interview mit dem „Blitz“ wurde auch von „TASS“ übermittelt, allerdings etwas später von afghanischen Regierungsoffiziellen dementiert („Kabul Home Service“, 10.3., lt. „SWB“, 12.3.). Wie dem auch sei, im Gespräch ist der Karmal-Vorschlag trotz des Dementis und wurde sogleich von Pakistan aufgegriffen. Pakistan erklärte sich praktisch mit einer solchen Konferenz einverstanden. Auch Willy Brandt meint, „der Westen sollte ... genau prüfen, welche Chancen der Vorschlag des afghanischen Regierungschefs, Babrak Karmal bietet“ („SZ“, 10.3.).

»Verleumderisch«?

Unsere Berichterstattung über einen gewaltsamen Überfall auf mehrere TLDler am 25.1. in Frankfurt (siehe AK 171) sei die „Krönung der verleumderischen Berichterstattung“ gewesen, meinen die Gruppen ATIF, ATÖF, GUAFS, Fight Back, GEGEN DIE STRÖMUNG, Lateinamerika-Initiative (Frankfurt) und eine nicht näher bezeichnete CISNU-Gruppe in einem Offenen Brief an den AK. Mitglieder dieser Gruppen waren an der Schlägerei beteiligt gewesen, die mit einem Messerstich in den Rücken eines TLD-Mitglieds geendet hatte. Dazu der Offene Brief: „Wir haben... nicht vor, auf Euren diffamierenden Tathergangsbericht einzugehen“. Warum denn nicht, wenn der AK-Artikel angeblich „verleumderisch“ war? Tatsache ist ja schließlich, daß diese Gruppen bereits in einem ersten Offenen Brief (an die „taz“) zugegeben und gerechtfertigt hatten, mit Gewalt gegen die TLD vorgegangen zu sein. Wir bitten darum, künftig mit bedrucktem Papier dieser Herrschaften verschont zu werden, es sei denn, es handelt sich um Selbstkritiken, Austritts- oder Auflösungs-erklärungen.

Eine grobe Fälschung ist es zudem, den einzig guten Namen unter dem illustren Unterzeichnerkreis – CIS-

NU – zu mißbrauchen. Bestenfalls kann es sich bei dieser Unterschrift um die „Darmstädter Zentrale“ handeln. Denn der Iranische Studentenverein, Mitglied der CISNU (CISNU-Avantgarde), Frankfurt, hat z.B. eine Protesterklärung der TLD mitunterzeichnet.

Erklärung

Wir haben die Veranstaltung zu Afghanistan und Iran am 25.1.80 in der Frankfurter Universität aus politischen Gründen weder unterstützt noch an ihr teilgenommen. Ungeachtet der massiven politischen Differenzen zur TLD, verurteilen wir den brutalen Überfall auf die TLD, der auf der obengenannten Veranstaltung stattgefunden hat.

Wir haben den „Offenen Brief an die Redaktion des „Arbeiterkampf““ nicht mitunterzeichnet.

CISNU (Ffm. Zentrale, Mitglied der demokratischen Nationalfront),

CISNU (FIS), ISU (Avantgarde)

CISNU (Ffm. Zentrale) unterzeichnet die letzten beiden Sätze der Erklärung (hatten an der Erklärung nicht teilgenommen).

Widersprüche

Liebe Genossinnen und Genossen!

In der Berichterstattung des AK zur Intervention der SU in Afghanistan sind mir einige widersprüchliche Aussagen bzw. Einschätzungen aufgefallen.

Im AK 169, S. 2 heißt es: „Diese Reaktion (imperialistischer Aufmarsch im Nahen Osten, Einkreisung der SU) auf ihre Intervention müßten auch der sowjetischen Regierung vorher bewußt gewesen sein. Was unter diesen Umständen den Ausschlag für das Eingreifen in Afghanistan gegeben hat, ist unklar“. Im selben AK S. 39 schreibt die Asien-Australien-Kommission, „daß die SU hier aus ihren eigenen strategischen

stan gegeben hat, ist unklar“. Im selben AK S. 39 schreibt die Asien-Australien-Kommission, „daß die SU hier aus ihren eigenen strategischen Überlegungen (stabiles, SU-freundliches Afghanistan) handelt“. Im AK 170, S. 43, schreibt die Kommission gar, „daß die SU in ihrer Außenpolitik ... nur (hrvg. v. Verf.) von militärstrategischen Überlegungen ausgeht“.

1) Wenn diese militärstrategischen Überlegungen als Grund für die Intervention die einhellige Meinung der Redaktion ist, sollte das auch im AK deutlich werden. Im Leitartikel „Krieg um's Erdöl“ steht was anderes und der ist halt nicht wie die beiden anderen erwähnten Artikel von der Kommission geschrieben.

2) Die Außenpolitik der SU geht nicht nur von militärstrategischen Gesichtspunkten aus. Wenn dem so wäre, würden politische Gesichtspunkte wie Verurteilung der SU durch die UN, Einfluß auf die Bewegung der Blockfreien etc. überhaupt keine Bedeutung haben. Aber das war wohl nur eine Nachlässigkeit.

3) Meiner Meinung nach hat sich die SU mit ihrer Intervention politisch eine Niederlage eingehandelt:

– Die Imperialisten haben eine Rechtfertigung, ihre aggressiven Pläne (Naher Osten, Einkreisung der SU, Zusammenarbeit mit China, Einsatz der NATO und Bundeswehr) beschleunigt voranzutreiben.

– Die SU ist in der UN politisch isoliert.

– Die Führer des islamischen Lagers können den Antimperialismus der Volksmassen gegen die SU lenken.

China bricht Gespräche mit Vietnam einseitig ab

Ein Jahr nach der chinesischen Invasion in Vietnam hat sich das Verhältnis zwischen den beiden Staaten nicht gebessert. Im Gegenteil. Die chinesische Führung scheint ihren Konfrontationskurs wieder zu verstärken. Während der in Südostasien herumreisende Außenminister Huang Hua versucht, die ASEAN-Staaten (Thailand, Indonesien, Singapur, Malaysia und die Philippinen) im Sinne der chinesischen „antihegemonistischen“ Politik auszurichten und offen mit weiteren „Lektionen“ gegen Vietnam droht, hat die chinesische Seite einseitig die Gespräche über eine Normalisierung des Verhältnisses zu Vietnam abgebrochen. Vorher war bereits dem neuen vietnamesischen delegationsleiter ein chinesisches Einreisevisum verweigert worden.

Die chinesische Seite hatte immer wieder versucht, die Anwesenheit vietnamesischer Soldaten in Kampuchea zum Gegenstand der Verhand-

– Die Auswirkungen auf den Einfluß der SU auf die Blockfreien sind noch gar nicht abzuschätzen.

– Die Widersprüche im Warschauer Pakt nehmen zu.

Daß die SU diese politische Niederlage in Kauf genommen hat für militärstrategische Vorteile (es wäre ganz gut, wenn das mal näher ausgeführt wird, ich weiß nichts über Bodenbeschaffenheit, Transportwege, Flugplätze etc., die im Falle militärischer Auseinandersetzungen Zeitersparnis, größeren Aktionsradius etc. brächten) ist mir nur dann erklärlich, wenn tatsächlich kurzfristig eine imperialistische Intervention bevorstand. Als Fakten dafür wird neben der Propaganda und materieller

Unterstützung der konterrevolutionären Banden durch das islamische Lager als Wesentliches die Behauptung der „Neuen“ über die Ausbildung von 5000 Söldnern durch die CIA und das Treffen von Ziya Nezm mit Mitarbeitern des US-Außenministeriums genannt.

Ich bin mir bei diesen Fakten unsicher, ob eine Intervention seitens des Imperialismus kurzfristig bevorstand. Wenn nicht, bleibt mir nur übrig zu folgern, daß die SU die Reaktion auf ihren Einmarsch unterschätzt hat oder aber die Führer der SU politisch blind sind. Warum hat die SU auf die Intervention gesetzt, wenn auch andere Methoden der Einflußnahme wie z.B. mehr Berater, Waffen etc. drin waren? Denn immerhin wird zur heutigen Rolle der SU-Truppen vorsichtig eingeschätzt, daß sie eher die Rolle eines stabilisierenden Faktors einnehmen und weniger als direkte Eingreiftruppe anzusehen sind. Das legt die Vermutung nahe, daß die afghanischen Streitkräfte eher loyal sind. Andererseits war die innenpolitische Lage instabil, – wie instabil? So instabil, daß nur durch den Einmarsch eine Stabilisierung zu erreichen war? Wie steht das im Verhältnis zur Rolle der SU-Truppen in Afghanistan? Fragen über Fragen – mit einer Antwort kann ich leider nicht dienen.

Uwe, BO Harburg/ KB Hamburg

lungen zu machen und von deren Abzug eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen beiden Ländern abhängig zu machen. Gleichzeitig kam es immer wieder zu chinesischen Übergriffen auf vietnamesisches Territorium. Mit sicherem Gespür für die Ziele imperialistischer Politik schreibt dazu die „Frankfurter Allgemeine“: „China ist immer noch davon überzeugt, daß es das wirtschaftlich angeschlagene Vietnam durch eine Zermürbungstaktik zu Konzessionen in Kambodscha bewegen kann. Nach Pekings Kalkulation muß das militärische Engagement in Kambodscha für hanoi so kostspielig wie möglich gemacht werden. Darüberhinaus versucht Peking, Vietnam durch Drohungen mit einer zweiten militärischen „Strafexpedition“ in Schach zu halten. Hanoi soll gezwungen werden, seine knappe Wirtschaftskraft durch ständiges Rüsten zu verschleiben“ („FAZ“, 11.3.80).

Asien/Australien-Kommission

3. Konferenz der Komitees für Demokratie und Sozialismus

Was schon im letzten AK angekündigt worden war (S.49 - „Komitees ...“ (Ex-KBW) planen „Revolutionären Block“?), ist jetzt von der 3. Konferenz der Komitees für Demokratie und Sozialismus, die am 8./9. März in Köln stattfand, offiziell bestätigt worden: „Die Konferenz unterstützt die Initiative zur Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift und zur Bildung der tragender örtlicher Zusammenschlüsse der sozialistischen kommunistischen Bewegung... Die in Köln verabschiedete Resolution unterstützt den entsprechenden Artikel von Ralf Fücks, „Für die Bildung eines revolutionären Blocks“, in Nr. 1/80 der „Hefte für Demokratie und Sozialismus“. Fücks entwickelt in diesem Artikel Vorstellungen weiter, die er und Willfried Maier schon auf dem KB-Kongreß vorgetragen hatten. Die Notwendigkeit der „revolutionären Blockbildung“ ergibt sich für Fücks einerseits aus dem „massierten ideologischen Bombardement“ gegen kommunistische Positionen, aus einem „ideologischen Kreuzzug gegen die radikale Linke“, der auf ihre „Umwandlung in eine staatsfromme, konstruktive Opposition“ abziele; andererseits aus der theoretischen Schwäche der revolutionären Linken: „Die Praxis des theoretischen und politischen Kampfes hat so bloßgelegt, daß das theoretische Rüstzeug, mit dem die kommunistischen Gruppen bisher operiert haben, den Anforderungen des Klassenkampfes nicht standhält“. Die These, daß der „Krisen des Marxismus-Leninismus“ eine „Krise des Marxismus-Leninismus“ entspreche, veranlaßt Fücks, vorzugsweise gegen den KB zu polemisieren: „... wollen sich einige Schiffbrüchige in die Einöde des Dogmatismus flüchten und ein Museum zur Bewahrung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus eröffnen“.

K-Gruppen-Reste gesucht zwecks Blockbildung

Angesichts der in der Linken fehlenden Bereitschaft „zur Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift und zur Bildung der tragender örtlicher Zusammenschlüsse der sozialistischen kommunistischen Bewegung“ (Resolutionstext), wollen die Komitees ihren schon in der Gründungserklärung formulierten Anspruch, eine revolutionäre Sammlungsbewegung zu organisieren, zunächst zurückstellen, ohne ihn allerdings aufzugeben. Umworben werden einstweilen vor allem

die „Z“-Gruppe sowie nicht näher definierte Teile von KB und „KPD“ - diese drei Gruppierungen wurden in zahlreichen Redebeiträgen auf der Konferenz als einzige konkret genannt. Die „KPD“ hatte allerdings - unter Hinweis auf ihren gleichzeitigen 3. Parteitag - keine Vertreter zur Konferenz der „Komitees“ geschickt. Der „Z“-Vertreter auf der Konferenz wies auf die strategischen Differenzen zur „KPD“ hin („Vaterlandsverteidigung“!) und kritisierte auch einige bei den Komitees verbreitete KBW-Marotten; er begrüßte aber das Angebot einer gemeinsamen theoretischen Zeitschrift und machte seinerseits den Vorschlag, eine „Kommission“ zu bilden, um die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Komitees und „Z“-Gruppe festzustellen. Zur Bildung des „revolutionären Blocks“ soll nach Vorstellung der Komitees zunächst eine sehr knappe Plattform - die „Quintessenz des Kommunismus“ (Fücks) - vereinheitlicht werden. Die Meinungsverschiedenheiten um strategische Fragen („Drei-Welten-Theorie“, „Vaterlandsverteidigung“, „nationale Frage“) sollen dann in der gemeinsamen Zeitschrift - mit gewählter Redaktion - ausgetragen werden. Um kein Debattierclub zu bleiben und um nach außen handlungsfähig zu werden, machte Dietrich Hildebrandt (Mitglied der „Hefte“-Redaktion) einen Vorschlag, wie man bei strittigen internationalen Fragen (er nannte als Beispiele u. a. Angola und Afghanistan) dennoch zu einheitlichen Stellungnahmen kommen könnte: per Mehrheitsabstimmung.

Los geht's zum „Durchbruch“!

Willfried Maier und Ralf Fücks als die wesentlichen Initiatoren des „revolutionären Blocks“ haben auf der Konferenz darauf hingewiesen, daß es sich bei ihrem Plan um eine Neuaufgabe ihres vor knapp einem Jahr mit den Komitees unternommenen (und gescheiterten) Versuchs einer revolutionären Sammlungsbewegung handelt. Die gegenwärtig stattfindende „rasche Umgruppierung“ der Linken und ihre gewachsene Bereitschaft zur Auseinandersetzung verspreche diesmal mehr Erfolg. In der selbstkritischen Bestandsaufnahme von knapp einem Jahr Komitee-Arbeit waren sich sämtliche Konferenzteilnehmer einig: der überparteiliche Anspruch sei nicht eingelöst worden - nach wie vor kommen 80% der Komitee-Mitglieder aus dem KBW. Hier und

da klangen Stimmen an, daraus die Konsequenzen zu ziehen und sich entweder aufzulösen oder den Anspruch der Sammlungsbewegung aufzugeben und sich als eigenständige Fraktion innerhalb der Linken zu konstituieren. Mit Hilfe einiger agitatorischer Einlagen konnten die Resignierten wieder aufgerichtet werden. Insbesondere Ralf Fücks ging kurz vor der Abstimmung noch einmal in die Vollen. In Abgrenzung zum KB, der in seiner „selbstgenügsamen Verteidigung des Marxismus“ den bestehenden Zustand zementieren wolle und den Ernst seiner eigenen Lage nicht erkannt habe, rief er die Versammlung auf, jetzt den „Durchbruch“ zu organisieren. Die Resolution zum „revolutionären Block“ wurde schließlich ohne Gegenstimme bei drei Enthaltungen angenommen.

Resolution zur Bundestagswahl

Bei der Diskussion um das Eingreifen der Komitees in den Bundestagswahlkampf wurde die uneinheitliche Praxis der Komitees deutlich: Während einige Komitee-Mitglieder mit viel Einsatz innerhalb der Grünen Partei arbeiten, heben andere die Notwendigkeit einer linken Arbeiteropposition hervor; der Stärkung der autonomen bunten und alternativen Listen wird anscheinend von keiner Seite besondere Bedeutung beigemessen. Die schließlich verabschiedete Resolution nimmt fast ausschließlich auf die Grünen Bezug. Auf eine Wahlempfehlung wird aber noch verzichtet. Eine Unterstützung der Grünen soll von bestimmten Bedingungen abhängig gemacht werden: „Eine Unterstützung der Grünen bei den Wahlen wird davon abhängen, ob diese eine Stoßrichtung gegen die Strauß-Kandidatur entwickeln und inwiefern es gelingt, die genannten Forderungen (gemeint sind die „Forderungen aus verschiedener sozialer Bewegungen aus dem Volk“) im Programm zu verankern und ihnen im täglichen politischen Auftreten dieser Partei auch Gewicht zu verschaffen neben weltanschaulichem Dunst und z.T. direkt reaktionären Äußerungen einiger prominenter Sprecher der Grünen“. Das ist immerhin um einiges deutlicher und „prinzipienfester“ als manches, was heute von neu-grünen Linken geboten wird.

Beobachter des KB auf der Konferenz

An LG des Kommunistischen Bundes
Redaktion des Arbeiterkampf
Lerchenstr. 75
2000 Hamburg 50

Mannheim, den 11.3.80

Liebe Genossinnen und Genossen,

trotz der offenkundig gewordenen Differenzen fand ich es nützlich, daß eine Delegation von Euch zu unserer Konferenz gekommen ist. So weit ich die Stellungnahme Eures Genossen verstanden habe, steht Ihr inzwischen der Möglichkeit einer gemeinsam getragenen politisch-theoretischen Zeitschrift ablehnend gegenüber, als noch auf Eurem Kongreß. Da hatte ich Euch so verstanden, daß Ihr zwar der Entwicklung einer gemeinsamen Publikation der Bunt-Alternativen Listen Vorrang einräumt, auch daran festhaltet, als KB weiterzuarbeiten, weil ein größerer Zusammenhang Euch gegenwärtig nicht möglich erscheint. Daß Ihr es aber nicht von vornherein strikt ablehnt, Euch an einer gemeinsamen Zeitschrift mit anderen Strömungen der revolutionären Linken zu beteiligen. Davon war jetzt keine Rede mehr. Euer Genosse betonte ausschließlich die Differenzen. Nun beobachte ich zwar auch, daß sich gegenwärtig von verschiedener Seite, namentlich von grüner Seite das Feuer auf Euch konzentriert, was angesichts Eurer differierenden Einschätzung über die Politik der linken Grünen freilich kein Wunder ist. Aber ich finde es falsch, wenn Ihr darauf reagieren würdet, indem Ihr allgemein die Brücken hochzieht. Ich lege Euch eine Kopie unseres letzten Zirkulars bei mit dem Wortlaut der Beschlüsse unserer Konferenz.

Mit solidarischen Grüßen

Willfried Maier

An Gen. Willfried Maier
und Redaktion der Hefte für Demokratie und Sozialismus

Lieber Genosse, deinen Brief vom 11.3. nehmen wir gern zum Anlaß, unsere Haltung zu euren Vorschlägen (gemeinsame Zeitung, „Revolutionärer Block“) etwas ausführlicher zu erklären.

1. Wir haben im Gespräch mit dir am Rande unseres Kongresses Anfang Januar unser Interesse an dem von dir angeregten Projekt einer gemeinsamen Zeitung verschiedener Strömungen der revolutionären Linken bekundet. Diese Stellungnahme von uns kannst du und könnt ihr nach wie vor als gültig ansehen. Uns würde es also interessieren, wenn dieses Projekt inzwischen über den ganz verschwommenen Zustand bloßer „Idee“ hinausgekommen wäre und sich bei euch oder/und im Dialog mit anderen Strömungen schon konkreteres herausgebildet hätte. Der Teufel wird auch bei diesem Projekt gewiß im Detail liegen, also bei der Einigung auf Redaktions-Bildung, Redaktionsarbeit usw. In diesem Zusammenhang erwähnten wir bei dem damaligen Gespräch mit dir auch unsere Skepsis, was letztlich die konkrete „Machbarkeit“ angeht. Trotz dieser Skepsis stehen wir nach wie vor als Interessierte für dieses Projekt zur Verfügung und wären gern in konkretere Diskussion einbezogen, falls und sobald solche geführt werden.

2. Ein neues Problem, das uns bei unserem Gespräch Anfang Januar so noch nicht bewußt sein konnte, ergibt sich aus dem Neben- und Gegeneinander von „gemeinsamer Zeitung“ und „revolutionärer Block“ in euren Vorschlägen. Die auf eurer 3. Konferenz angenommene, von eurer Redaktion vorgeschlagene Resolution verknüpft u n m i t e l b a r die „Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift“ mit der „Bildung der tragender örtlicher Zusammenschlüsse der sozialistischen kommunistischen Bewegung“. Tatsächlich setzt in unseren Vorstellungen die Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift nicht notwendig die Bildung örtlicher Zusammenschlüsse voraus. Der Kreis von Gruppen, Strömungen und Einzelpersonen, der für eine gemeinsame Zeitung in Frage kommt, ist breiter als der für einen (organisatorischen) Zusammenschluß in Frage kommende Kreis - notwendigerweise, da die Zeitung ja gerade M i t t e l zu engerem Zusammenschluß sein soll, also diesen nicht zur Voraussetzung haben kann.

3. In der Theorie wirst du uns wahrscheinlich bis hierhin zustimmen.

3. In der Theorie wirst du uns wahrscheinlich bis hierhin zustimmen. Trotzdem ergibt sich - so jedenfalls unser Eindruck aus unseren bisherigen Informationen - in der Praxis ein Widerspruch zwischen der „großen Lösung“ (Zusammenschluß) und der „kleinen Lösung“ (gemeinsame Zeitung, die einen Zusammenschluß noch nicht voraussetzt). Aus eurer eigenen Optik als Komitees für Demokratie und Sozialismus gesprochen: die Bildung eines engeren und eines weiteren Kreises - im engeren Kreis die Komitees und andere zum Zusammenschluß in absehbarer Zeit geeignete und/oder geeignete Gruppen/Personen; im weiteren Kreis diejenigen, die „nur“ für die Mitarbeit an einer gemeinsamen Zeitung, nicht aber für die Perspektive eures „revolutionären Blocks“ (zumindest nicht in absehbarer Zeit) in Frage kommen.

In einem solchen Widerspruch liegt mit einiger Zwangsläufigkeit das Risiko von Konkurrenz und neuer Privilegierungen. Also - wieder aus eurer Optik gesprochen - der Trennung zwischen „wichtigen“ und „weniger wichtigen“ Ansprechpartnern für euch in der „revolutionären Linken“. Wenn die gemeinsame Zeitschrift gemeint ist als Vehikel für den „örtlichen Zusammenschluß“ bzw. darüber hinausgehend für einen späteren bundesweiten organisatorischen Zusammenschluß, so liegt darin unserer Ansicht nach zugleich die Gefahr begründet, diese Zeitung zunehmend zum „O r g a n“ des „engeren Kreises“ zu machen. Diese Gefahr bestünde wohl nur d a n n nicht, wenn sich euer Vorschlag zur Bildung eines „engeren Kreises“ als nicht durchführbar erweist. Schlüsselfrage ist dabei die weitere Entwicklung in der Konkurs-Masse der „KPD“.

Über diese Überlegungen würden wir gern mit dir und mit euch wie auch mit anderen interessierten Gruppen/Strömungen/Einzelpersonen diskutieren und beraten. Wir werden diesen Briefwechsel auch veröffentlichen, um zu verhindern, daß von irgendjemand Unzutreffendes über unsere Haltung zu diesen Fragen verbreitet werden kann.

Mit solidarischen Grüßen

LG des KB

Hamburg, 16.3.80

In eigener Sache

In der „Z“ Nr. 3/4, die von einer ehemaligen Fraktion des KB herausgegeben wird, ist an 5 verschiedenen Stellen von einem „LG-Vorsitzenden“ des KB die Rede. Wer noch rätselt, um wen es sich dabei handeln mag, erfährt auf S. 28: Gemeint ist Kt. - Nun hat es im KB so etwas wie einen „LG-Vorsitzenden“ noch nie gegeben und wird es hoffentlich auch zukünftig nicht geben. Andererseits: da diese Benennung fünfmal auftaucht, ist die Sache wohl auch für einen Witz etwas fade und überstrapaziert. Die Auswirkung ist jedenfalls, daß hier jemand öffentlich zum Chef des KB nominiert wird, um die einschlägigen Stellen auf ihn aufmerksam zu machen. Außerdem werden mir in dieser „Z“ zwei Artikel angedichtet, die ich beide nicht geschrieben habe. In dem einen Fall („Wahlkongreß in Offenbach - schlechte Karten für Bunte und Al-

ternative Listen“ aus AK 165) ist das nicht so schlimm, da ich mit diesem Artikel einverstanden bin. Ärgerlich ist aber, daß mir ein Artikel aus AK 131 (12.6.78) zur Situation der Wahlbewegung in Niedersachsen und zur Politik der GIM zugeschrieben wird, den ich ebenfalls nicht geschrieben habe. Dieser Artikel enthält in der Bewertung der GLU Niedersachsen einige kapitale opportunistische Fehler, die mir auf diesem Weg in die Schuhe geschoben werden sollen. Das wird immerhin über zwei volle Seiten der „Z“ strapaziert. Nach dieser Methode läßt sich selbstverständlich jede beliebige persönliche Polemik führen. Während mir so Artikel angedichtet werden, die ich nicht geschrieben habe, heißt es in derselben „Z“ (S.30) aber „u n s e r e programmatische Resolution“ über ein

Fortsetzung nächste Seite

worden werden einstweilen vor allem

„KPD“ aufgelöst

Der III. Parteitag der „KPD“ am 7. bis 9. März endete mit der Auflösung der 1970 in Westberlin entstandenen Organisation. Dieses Ergebnis zeigt, daß die „KPD“ noch weiter heruntergewirtschaftet war, als z.B. von uns angenommen worden war. Nachdem sich kurz vor dem III. Parteitag eine „Gruppe der 99“ formiert hatte, die mit Semler, Horlemann, Heuler, Plato, Lenz u.a. den größten Teil der bisherigen Führungskader der „KPD“ umfaßte, waren wir im AK 173 noch von der Spekulation ausgegangen, daß dieser Block Anziehungskraft und Entschlossenheit genug haben könnte, eine Weiterarbeit der „KPD“ (wenn auch voraussehbar unter neuem Namen) in reduziertem Umfang zu gewährleisten. Das war auf dem III. Parteitag nicht der Fall. Die „Gruppe der 99“ trat auf dem Parteitag mit einem Antrag auf, der zwar das „Scheitern“ der „KPD“ konstatierte und für deren Auflösung plädierte, immerhin aber eintrat „für die Bildung einer Organisation von Kommunisten“, „die sich gemeinsam mit anderen kommunistischen und sozialistischen Kräften... für den Aufbau einer revolutionären proletarischen Partei einsetzt“. Bei über 300 Delegierten bekam dieser Antrag 110 Für-Stimmen und 173 Gegenstimmen. Ein Antrag von 13 Westberliner Delegierten sah nach Auflösung der „KPD“ die koordinierte Zusammenarbeit in den einzelnen Arbeitsbereichen vor - offenbar ein ähnliches Modell wie das Sozialistische Büro Offenbach. Dieser Antrag bekam 69 Für-Stimmen und 165 Gegenstimmen. Ein dritter Antrag wurde von den sogenannten „Gruppe der 41“ unterstützt. (Eine Fraktion, die sich stark gegen das bisherige Marxismus- und Politik-Verständnis der „KPD“ wendete). Dieser Antrag beinhaltete: 1. Auflösung der „KPD“ (ohne Ersatzorganisation). 2. Herausgabe einer letzten „Roten Fahne“ mit den Ergebnissen des Parteitags und Diskussionsbeiträgen. 3. Abhaltung einer „Arbeitskonferenz“ innerhalb der nächsten drei Monate, um über die weitere Arbeitsperspektive zu beraten. Dieser Antrag wurde zwar mit 115 Für-Stimmen und 129 Gegenstim-

men ebenfalls abgelehnt - bildete aber nichtsdestotrotz den Inhalt einer Resolution, die schließlich mit mehr als 2/3-Mehrheit angenommen wurde. Wie gering die Chancen der knallharten Weitermacher waren, zeigte sich an der Abstimmung über den Antrag zweier Wandorfer Delegierter, die „KPD“ nicht aufzulösen: Ganze 8 Für-Stimmen, 14 Enthaltungen, der Rest Gegenstimmen! Am Rande des III. Parteitags löste sich übrigens auch gleich noch der KSV auf, die Studentenorganisation der „KPD“. Die „Gruppe der 99“ hat angesichts der Mehrheitsverhältnisse auf dem III. Parteitag sehr wenig „Flagge gezeigt“. Trotzdem fungiert sie aber weiterhin als bisher einigermaßen geschlossener Block für eine organisierte Weiterarbeit. Das deutete sich nach außen zunächst in dem Kuriosum an, daß der ehemalige Ständige Ausschuß der nunmehr aufgelösten „KPD“ nach dem Parteitag eine Presse-Erklärung gab, und daß Christian Semler als ehemaliger Vorsitzender der aufgelösten „KPD“ persönliche Stellungnahmen und Interviews an die bürgerliche Presse gab. Über diesen Umstand empörte sich denn auch Willi Jasper, der ehemalige Chefredakteur der „Roten Fahne“: „Die nicht von den Parteitagsdelegierten legitimierte Pressepolitik des ehemaligen Ständigen Ausschusses des ZK der KPD ist der Form nach die Fortsetzung der alten undemokratischen Praktiken“. In der Tat!

Als nächsten Schritt plant die „Gruppe der 99“, die sich schon vor dem III. Parteitag offiziell als Fraktion in der „KPD“ organisiert hatte, ein Arbeitstreffen am 26./27. April. Zu dieser Konferenz sollen „auch Vertreter anderer revolutionärer Gruppierungen und einzelne Persönlichkeiten eingeladen werden“. Diese Konferenz der „99“ soll u.a. der fraktionellen Vorbereitung auf die beschlossene Arbeitskonferenz der „KPD“-Reste dienen. Als Termin für diese Arbeitskonferenz hat das Präsidium des III. Parteitags den 31.5.1.6. vorgeschlagen. Eine Woche vorher (Pfingsten) ist eine Konferenz der Komitees für Demokratie und Sozialismus (Ex-KBW) geplant. Das Partei-

tags-Präsidium der „KPD“ hat vorgeschlagen, diese beiden Konferenzen z u s a m m e n z u l e g e n. Überhaupt sollte die Arbeitskonferenz für „alle interessierten sozialistischen und kommunistischen Kräfte“ offenstehen. (Genau so offen wie der Parteitag selbst!...)

Die formale Auflösung der „KPD“ als Organisation und damit auch eine finanzielle Regelung ihrer horrenden Verschuldung kann selbstverständlich nicht so interpretiert werden, als würden die Kräfte, die diese Organisation immerhin 10 schlimme Jahre lang getragen haben, nun einfach verschwinden. In der einen oder anderen Form - als Fraktion in der alternativen Wahlbewegung, als Geschäftspartner der Komitees für Demokratie und Sozialismus sowie der „Z“-Gruppe, als vaterländischer Störfaktor in internationalistischen Bewegungen wird die „KPD“ - als Summe von verbliebenen Individuen - noch präsent bleiben. Besondere Bedeutung dürfte dabei dem Projekt zukommen, sich über das Instrument einer gemeinsamen Zeitung eng mit den „Komitees“ zusammenzuschließen, mit denen globalstrategisch („Theorie der drei Welten“) einige Übereinstimmung besteht.

Für die Auflösung der „KPD“ gilt insofern dasselbe wie für die seit 1976 eingetretene f a k t i s c h e Auflösung des KBW: In beiden Fällen gingen zwar Organisationen mit schädlicher Politik zugrunde (Im Falle des KBW war es vor allem seine Unfähigkeit, den Stand der Klassenkämpfe und sein eigenes Vermögen - das politische, nicht das finanzielle! - richtig einzuschätzen). In beiden Fällen fand aber für die Mehrheit der (ehemaligen) Mitglieder kein Lernprozeß über das W e s e n der von ihnen jahrelang betriebenen Politik statt. So ist es für die „KPD“ typisch, daß deren gesamte sozialchauvinistische „Strategie“ (Hauptstoßrichtung gegen die Sowjetunion, Unterstützung der NATO-Aufrüstung usw.) nicht Gegenstand ihrer Krisen-debatte war, Quer durch die Gruppierungen und Fraktionen galt bis zum Schluß die chinesische „Theorie der drei Welten“ nahezu einmütig als d e r Bezugspunkt.

ZL-intern

Was tut sich so bei der ZL-Gruppe, ehemals Fraktion im KB? Man/frau möchte Anteil nehmen am Denken und Streben unserer von uns gegangenen Genoss(innen) — ein Bedürfnis, das durch die Lektüre der „Z“-Hefte nur unvollkommen befriedigt werden kann. Wir freuen uns deshalb besonders, daß über die grün-rote „Z-Info-Schiene“ nicht nur KB-Internas ans linksgrüne Publikum gelangen, sondern diese Info-Schiene auch in umgekehrter Richtung funktioniert. Aus Rundbriefen der „Fraktionsleitung“ der ZL-Gruppe (20.1. und 3.2.) möchten wir hier einige besonders schöne Gedanken unserer ZL-Genoss(innen) zu Fragen der Zeit veröffentlichen.

Unbürokratisch-antisektierendes Selbstverständnis

„Die politische, ideologische und organisatorische Stärkung der Zentrumsfraktion bleibt — bis auf Weiteres — nicht nur hauptsächlich, sondern ausschließlich Aufgabe der ZL. Unter dieser Prämisse lehnen wir jeden schwärmerischen Denkanlass in Richtung auf ‚Vereinheitlichung der Linken‘ oder sonst was strikt ab“.

Geschickte Rekrutierungspolitik

„Der in der westdeutschen Linken bekannte Gen. (...), Sprecher des (...) Komitees (...), hat erklärt, mit uns zusammenarbeiten zu wollen und (...) Mitglied unserer Organisation zu werden. Da es sich bei diesem Genossen nicht um eine sog. ‚Basis-Rekrutierung‘ handelt, werden La. (und Wl.) beauftragt, einen Rekrutierungsprozeß über die Propaganda-Arbeit einzuleiten“.

(Kürzungen von uns).

Emanzipatorische Schulung

„Die Artikel (zwei Artikel aus der „Z“-Wahlbroschüre — Anm. AK) sollten in der gesamten Fraktion (= ZL-Gruppe — Anm. AK) geschult werden. Dabei kann die Schulung des ersten Artikels in die Eigenverantwortung der Bereiche und gegebenenfalls Ortsgruppen gestellt werden. Ziel dieser Schulung sollte sein, daß alle Mitglieder der Zentrumsfraktion die dort vorgestellten Argumente aus dem „ff“ beherrschen und in die öffentliche Debatte jederzeit einbringen können.“

Konstruktive Zusammenarbeit

fraktionale und parteipolitische Argumente aus dem „ff“ beherrschen und in die öffentliche Debatte jederzeit einbringen können.“

Konstruktive Zusammenarbeit mit Bunt/Alternativen Listen: Vor Münster...

„Strittig war v.a. die Frage, ob wir — wie bisher — wieder versuchen sollten, dem politischen Streit mit der KB-Mehrheit (auf der BuLi-VV — Anm. AK) mit mehr oder weniger geschickten „Schachzügen“ der Taktik aus dem Wege zu gehen oder den uns hingeworfenen Fehdehandschuh aufnehmen sollten. Konkret entwickelte sich die Debatte an der Fragestellung, ob wir den vom KB (Mehrheit) vorbereiteten Beschlüssen (Zustimmung zu Münster, Dachverbandsgründung dort, gemeinsame bunt/alternative Zeitung) formal zustimmen sollten, und danach die mit diesen angestrebten Beschlüssen transportierten machttaktischen Tricks unterlaufen sollten oder aber, ob wir jetzt erstmals deutlich — und auch außerhalb Hamburgs erkennbar — gegen die spalterische Linie der KB-Mehrheit Stellung beziehen sollten, auch auf die Gefahr hin, daß wir Teile des sog. „Mittelfeldes“ durch eine eher etwas „streitlustigere“ Haltung kurzfristig vorübergehend vergrätzen sollten...“ (Die ZL-Gruppe entschied sich dafür, offen gegen Münster Stimmung zu machen).

...Und nach Münster

„Am 2./3. Feb. fand der 3. „Autonomen-Kongreß“ statt, der ganz den Charakter einer Spezialinitiative der KB-Mehrheit angenommen hat, was schon vorher erkennbar war... Statt der erwarteten (ohnehin bescheidenen) 500 — 600 auswärtigen Gäste (für die Schlafstellen besorgt waren) erschienen insg. max. 200 Bunt/Alternative... Dieser Kongreß markiert den höchsten Grad politischer Isolierung des KB in der Linken seit seiner Gründung... Hinsichtlich der Ergebnisse dieses Kongresses gilt das Sprichwort: „Außer Spesen nichts gewesen“.“

Fortsetzung von Seite 52

Arbeitspapier zum Vorkongreß des KB (Dez. 79), das ich in der Tat „ganz allein“ geschrieben hatte. Hier wird eine Form der Geschichtsfälschung praktiziert, die in der kommunistischen Bewegung schon eine traurige Tradition hat.

Kt. (Mitglied der AK-Redaktion)

Leipziger Frühjahrsmesse: Kalter Krieg und »Ökonomische Entspannung«

Mitten im frostigen Afghanistan-Klima fand vom 9. bis 15. März die Leipziger Frühjahrsmesse statt. Die Geschäftsbeziehungen scheinen durch die „politische Großwetterlage“ nicht allzu sehr beeinträchtigt worden zu sein. Insbesondere hinsichtlich der Handelsbeziehungen zwischen der DDR und der BRD/Westberlin — mit ca. 800 Firmen der zweitgrößte Aussteller in Leipzig — äußerten alle mehr oder weniger Zufriedenheit: eher verhalten der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) („ein normales Geschäft“), überschweglich Erich Honecker: „1980 wird ein besonders gutes Jahr in den ökonomischen Beziehungen zwischen der BRD und der DDR“ („Wahrheit“, 10.3.).

Noch im Februar hatte das Barometer eher auf tief gestanden: zwei von der DDR angeregte Großprojekte (Elektrifizierung der Transit-Eisenbahnstrecke Helmstedt — Westberlin; Bau eines Braunkohle-Großkraftwerkes bei Magdeburg) waren von der Bundesregierung als „noch nicht entscheidungsreif“ erst einmal aufs Eis gelegt worden. Gleichzeitig wurde die Absicht bekundet, „mit der Führung der DDR auch in Zukunft über alle Projekte [zu] sprechen, die dazu beitragen können, das Leben der Bürger in der DDR und in der BRD leichter zu machen und Barrieren zwischen den Menschen abzubauen“ („Tagespiegel“, Tsp., 19.2.).

Kurz vor der Messe äußerte sich das Bundeswirtschaftsministerium für die Wirtschaftsbeziehungen mit der DDR „ausgesprochen optimistisch“: nach einer gut zweijährigen Stagnationsphase habe der Handel mit der DDR 1979 kräftig expandiert. Während im ersten Halbjahr ein Rückgang von 1,5% zu verzeichnen gewesen sei, habe der Handel im 2. Halbjahr um 25% zugenommen (auf Jahr berechnet: 12,1%). Die Marke von 10 Mrd. Mark sei mit 9,9 Mrd. (gegenüber 8,8 Mrd. 1978) nur knapp verfehlt worden. Dabei hat die DDR ihre Lieferungen kräftiger um 17,8% auf 4,8 Mrd. Mark gesteigert, während sie gleichzeitig mit 5,1 Mrd. Mark 7,1% mehr bezogen hat (BM und Tsp., 7.3.).

Zu ähnlichen Ergebnissen kam der DIHT, der seit Juli 1979 eine „föhlbare“ Belebung des BRD-DDR-Handels notierte (Tsp., 6.3.).

Zu ähnlichen Ergebnissen kam der DIHT, der seit Juli 1979 eine „föhlbare“ Belebung des BRD-DDR-Handels notierte (Tsp., 6.3.). Skeptischer äußerte sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), das eine Zunahme der Warenlieferungen um 9% nominal auf 9,2 Mrd. Mark errechnete; real — bei Abzug der Preissteigerungen — bedeutet dies einen Rückgang um 5% („Welt“, 7.3.). Seit 1973 (also etwa mit dem Amtsantritt der Schmidt-Regierung) habe es nur in einem Jahr (1976) eine nennenswerte reale Zunahme im Handel zwischen der BRD und der DDR gegeben („Neue“, 12.3.). Der Bundesregierung schlug das DIW vor, ihre „Beziehungen (zu) liberalisieren... um der DDR mehr Absatzmöglichkeiten zu eröffnen“ („Tsp.“, 7.3.).

Wirtschaftssanktionen oder „Wandel durch Handel“?

Gleichzeitig wurde in den bürgerlichen Parteien und Medien darüber diskutiert, ob sich die Stabilisierung oder gar der Ausbau der ökonomischen Beziehungen mit den RGW-Staaten mit dem seit Afghanistan angesagten schärferen Konfrontationskurs vereinbaren lasse.

Biedenkopf, Mitglied des CDU-Präsidiums und Vorsitzender im Wirtschaftsausschuß des Bundestages, forderte, daß es „angesichts der Bedrohung unserer Freiheit“ ein „Business as usual“ nicht geben dürfe. Und weiter: „Unsere eigentlichen Möglichkeiten, zusätzlich und außerhalb der diplomatischen Bühne zu handeln und unsere nationalen Interessen zu schützen, liegen in der Wirtschaftskraft unseres Landes“ („Welt“, 7.3.). Als „mögliche“ wirtschafts- und handelspolitische Reaktionen benannte Biedenkopf: Einschränkung der Kreditgewährung an die SU, Entmutigung des Exports von Technologie und industriellen Anlagen, Verweigerung staatlicher Garantien und Bürgschaften für langfristige Investitionsvorhaben, Einschränkung des Handelsverkehrs auf die Aufrechterhaltung der Gegenlieferungen, teilweises oder vollständiges Embargo für wichtige Produkte und notwendige Technologien (ebd.).

Wirtschaftliche Sanktionen der BRD gegen die Sowjetunion — z.B. die Einschränkung der Hermes-

Exportkreditversicherung (Bürgschaft der Bundesregierung für privatkapitalistische Unternehmen, die mit RGW-Ländern Handel treiben) — forderten auch Strauß (BM, 28.2.) und die USA („FAZ“, 26.2.; „Welt“, 27.2.). Dem wurde von SPD, FDP und westdeutschen Kapitalistenverbänden einhellig widersprochen.

Von Otto Wolf von Amerongen (Vorsitzender des DIHT), Rolf Rodenstock (BDI-Präsident) und Hans Hartwig (Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels) wurden wirtschaftliche Sanktionen gegen die RGW-Länder und auch gegen die SU als ineffektiv und politisch eher schädlich abgelehnt. („Welt“, 7. und 12.3., „Bild“, 14.3., „Tsp“, 14.3.).

— Boykott- und Embargomaßnahmen seien in der Vergangenheit meist unterlaufen worden. „Selbst wenn alle Embargo-Maßnahmen griffen, seien zwar erhebliche volkswirtschaftliche Verluste der östlichen Planwirtschaft die Folge, ein wirtschaftlicher Kollaps sei jedoch „wenig wahrscheinlich“ („Welt“, 12.3.).

— Übereilte westliche Maßnahmen — so warnte Otto Wolf — könnten „womöglich ihr Ziel verfehlen und noch einen desintegrierenden Effekt auf den Westen haben“ („Tsp“, 14.3.).

— Es sei zu berücksichtigen, „daß ein Embargo auch politische Prozesse auslöse, beispielsweise den eines beschleunigten Integrationsprozesses innerhalb des Comecon“. Selbst wenn Embargomaßnahmen ausschließlich gegen die SU gerichtet wären, träfen sie in erster Linie die osteuropäischen Volksrepubliken. („Welt“, 12.3.).

Demgegenüber erinnerte Otto Wolff daran, „daß der Handel im Vorfeld der politischen Entspannung mit dem Ostblock Pionierarbeit geleistet hatte“. Auch in heutiger Zeit taue der Handel „als positives Element in den Beziehungen zwischen Völkern“, während „seine Unterbindung nach allen Erfahrungen die politischen Ziele nicht erreicht“ („Welt“, 7.3.).

Um auch US-Präsident Carter diese Gedanken nahezubringen und um zu einer gemeinsamen Strategie im „westlichen Bündnis“ zu kommen, begleiteten Wolff und Rodenstock Kanzler Schmidt auf seiner USA-Visite — anscheinend mit Erfolg: „Nach den mühevollen Gesprächen in Washington, bei denen Schmidt immer wieder auf Grundzusammenhänge der deutschen Exportwirtschaft hinwies, lautet die Einschätzung von Industrie und Außenhandel jetzt: Regierung, Opposition und deutsche Wirtschaft befinden sich auf einem nahezu deckungsgleichen Kurs, und es ist in Washington gelungen, Verständnis für unsere ökonomische Flanke nach dem Osten zu erwecken“ („Welt“, 12.3.).

Auf der Ebene der praktischen Politik reduziert sich der Streit zwischen SPD/FDP und CDU/CSU, welche Wirtschaftspolitik gegenüber der DDR künftig eingeschlagen werden soll, auf einen Clinch darüber, wie viele und wie große politische Zugeständnisse man von der DDR als Gegenleistung für die ökonomische Kooperation erpöckern könnte: So fordert die CDU z.B. hinsichtlich der 1981 auslaufenden Swing-Vereinbarung mit der DDR (zinsloser Überziehungskredit im Handel BRD-DDR), den Swing nicht schon jetzt auf über 1 Mrd. Mark zu erhöhen, sondern erst einmal auslaufen zu lassen und dann neu zu verhandeln („Tsp.“, 19.3.).

„Ökonomische Entspannungspolitik“ ist eine Messe wert

Ungeachtet aller lauten Nachdenkübungen von Strauß und Biedenkopf über ein Wirtschaftsembargo, reiste Leiser-Kiep, CDU-Finanzminister in Niedersachsen und „Bundesfinanzminister“ im Schattenkabinett Strauß — wie Ertl, Gaus und von Würzen für die Bundesregierung — in offiziellem Auftrag zur Leipziger Messe. Dort versuchte er die Bedenken der DDR-Führung, die CDU könne im Falle eines Wahlsieges vom bestehenden östpolitischen Kurs prinzipiell abgehen (Honecker: „Nur bei einem CDU-Wahlsieg im Herbst könnte das gespannte Handelsklima verdorben werden“, zit. lt. „Neue“, 12.3.), zu zerstreuen. Nach einem Gespräch mit dem Leiter der Westabteilung des SED-ZK, Häber, erklärte Kiep ausdrücklich „Sanktionen gegen die DDR im Zusammenhang mit den internationalen Ost-West-Spannungen



„... und belaufen sich die Schulden der DDR mittlerweile auf ...“

für unangebracht“. Niemand denke daran, die Beziehungen zur DDR zum Gegenstand solcher Sanktionen zu machen („Tsp.“, 11.3.).

Die in Leipzig vertretenen Kapitalisten äußerten sich über den Verlauf der Messe und die dort getätigten Geschäftsabschlüsse im großen und ganzen zufrieden: Das sog. Grundgeschäft (Handel mit traditionellen Konsumgütern einschließlich Textilien und Bekleidung) entwickle sich „normal“. Unzufriedenheit herrsche nur über den härteren Konkurrenzdruck aus anderen kapitalistischen Ländern sowie über die nach wie vor aufrechterhaltene Forderung der DDR nach Kompensationsgeschäften (bei Geschäftsabschlüssen werden Gegengeschäfte bis zu 100% verlangt). Satte Aufträge werden vor allem im Bereich der Investitionsgüter und technischen Erzeugnisse erwartet:

— Noch während der Messe wurde in Schkopau/Halle das für 1,2 Mrd. Mark von Hoechst-Udde errichtete Kunststoffwerk (Chlor, Vinylchlorid, PVC) Buna II in Betrieb genommen. Buna II, das bisher teuerste „Westprodukt“ in der DDR, wurde mit bundesdeutschen Bankkrediten finanziert und soll zehn Jahre lang mit Warenlieferungen abbezahlt werden („Welt“ und „Tsp.“, 14.3.).

— Nach Angaben des DIHT seien in Leipzig bei mittleren Industrieanlagen Abschlüsse im Wert von 100 bis 150 Mio. Mark zu erwarten. Die BC Berlin-Consult bekam den Auftrag, in

— Nach Angaben des DIHT seien in Leipzig bei mittleren Industrieanlagen Abschlüsse im Wert von 100 bis 150 Mio. Mark zu erwarten. Die BC Berlin-Consult bekam den Auftrag, in Bernau eine Produktionsanlage elektronischer Leiterplatten für ca. 30 Mio. Mark zu errichten („Welt“, 14.3.).

— Einen ganz dicken Fisch stellte Honecker dem Vorstandsvorsitzenden der Krupp GmbH, Heinz Petry, in Aussicht: Errichtung eines Stahlwerkes in Eisenhüttenstadt im Wert von 1,6 Mrd. Mark. Die DDR und Krupp könnten sich im übrigen bei Anlagen-Importen und Großanlagen gut ergänzen („Abend“, 10.3.).

— Insgesamt ist im Zuge der Vorbereitung des neuen Fünfjahresplanes (1981 — 1985) von Anlagegeschäften im Wert von drei bis vier Mrd. Mark mit westlichen Industrieländern die Rede („Welt“, 10.3.).

Die DDR-Führung verbreitete in Leipzig („Für weltoffenen Handel und technischen Fortschritt“) hinsichtlich ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit kapitalistischen Ländern — insbesondere der BRD — gezielten Optimismus. Wie aus Honeckers Bericht an das 11. ZK-Plenum der SED am 13./14.12.1979 hervorgeht, wurden umfangreiche Handelsbeziehungen mit kapitalistischen Ländern für die weitere Entwicklung der DDR fest eingeplant, um der wirtschaftlichen Probleme Herr zu werden. Im dritten Jahr hintereinander konnte das gesteckte Planziel von 4,3% bei einem Zuwachs des produzierten Nationaleinkommens von 4% nicht erreicht werden („Welt“, 29.2.). In einer Zusammenfassung für „Neuer Weg“ 1/80 heißt es:

„Die Meisterung der außenwirtschaftlichen Aufgaben spielt für die Erfüllung des Planes 1980 eine ausschlaggebende Rolle. Die Außenwirtschaft ist noch mehr zu einer Grundfrage für das gesamte volkswirtschaftliche Wachstum, für die Dynamik und Stabilität unserer Entwicklung geworden. Es gilt, mehr Erzeugnisse für den Bedarf der äußeren Märkte zu produzieren. Die Devisenrentabilität unserer Exporte muß erhöht, die Struktur unseres Exportes vor allem in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet bedeutend verbessert werden. Dazu ist der Plan Wissenschaft und Technik weit stärker auf die ausenwirtschaftlichen Anforderungen auszurichten...“

Angestrebt werden von der DDR möglichst längerfristige Wirtschaftsbindungen mit BRD-Firmen (etwa für den Zeitraum 1981 bis 1985) nach Vorbild des im letzten Jahr abgeschlossenen Energievertrages, in dem sich die BRD für fünf Jahre verpflichtete, Rohöl in die DDR zu schicken; von dort werden im Gegenzug Mineralölprodukte wie Benzin und Heizöl zurückgeliefert („Tsp.“, 12.3.).

Der BRD-Imperialismus sucht — neben guten Geschäften, versteht sich — die Chance, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR optimal zu politischen Zugeständnissen (z.B. in der Berlin-Frage beim Kohlkraftwerk) und verstärkten ökonomischen Bindungen und damit Abhängigkeiten der DDR zu nutzen. Andererseits darf der Bogen — insbesondere nicht im Alleingang — nicht allzu sehr überspannt werden, um nicht von der kapitalistischen Konkurrenz anderer Länder ausgestochen zu werden und um den „Integrationsprozeß innerhalb des Comecon“ nicht unnötig zu beschleunigen. Hier die „ausgewogene“ Mischung zu finden, war ein wesentliches Ergebnis von Schmidts USA-Reise.

DDR-Kommission
KB Westberlin

Freiheit statt Sucht! Freiheit statt Sucht!

Wie man auf eine blöde Frage noch blöder antworten kann, demonstrierte der stellvertretende Kultusminister der DDR, Klaus Höpcke, in der „UZ“ vom 11.3.80. Die „UZ“ fragte nach der Freiheit der Schriftsteller in der DDR. Eine blöde Frage, da die „UZ“ selbstverständlich weiß, daß die Schriftsteller in der DDR total frei sind. Das hat doch in der „UZ“ schon x-mal schwarz auf weiß gestanden, muß also stimmen. Höpckes Antwort: „Für den sozialistischen Schriftsteller ist es wichtig, frei zu sein, zu etwas... und frei zu sein von allem, was ihn hindern würde, diese Ansprüche ernst zu nehmen. Hindern könnten zum Beispiel Vorstellungen einer Bindungslosigkeit gegenüber der Gesellschaft oder die Sucht, eine neutrale Beobachterposition einzunehmen.“

Soviet ist klar: Wer süchtig ist — und sei es auch nur nach einem neutralen Beobachterposten — kann nicht frei sein. Eine Entziehungskur könnte angebracht sein. Gegebenenfalls könnte auch die DDR-Staatsbürgerschaft entzogen werden, wie im Falle Biermanns. Das fällt der Partei- und Staatsführung bestimmt nicht leicht, aber für die Freiheit der Kunst müssen schließlich Opfer gebracht werden.

20 Monate Knast für Biermann-Fan

Der 35-jährige Diplom-Ingenieur Frank Nötzold ist in der DDR zu einem Jahr und vier Monaten Knast verurteilt worden, wegen Besitzes und Weitergabe von Tonbandkassetten mit Liedern von Wolf Biermann.

Frank Nötzold, der während seines Dienstes bei der Nationalen Volksarmee 18 Monate lang als Wachhundeführer an der Berliner Mauer eingesetzt war, hatte Freunden und Bekannten gestattet, Biermann-Lieder von seinen Kassetten überzuspielen.

(„FR“, 19.3.)

RGW-Kommission

Frankreich:

Appell für die Einheit im Kampf

Im Dezember 1979 ergriffen rund hundert Intellektuelle, zum Teil aus der KPF, zum Teil aus der PS und ansonsten Unorganisierte, die Initiative zu einem nationalen Aufruf „Pour l'union dans les luttes“ (für die Einheit in den Kämpfen).

Bis Anfang März waren schon 45 000 Unterschriften gesammelt worden. Komitees „für die Einheit in den Kämpfen“ haben sich in der Zwischenzeit in verschiedenen Städten Frankreichs gebildet, u.a. in Toulon, Aix-en-Provence, Troyes und Paris.

„Die Einheit der Linken ist von entscheidender Bedeutung“

Zunächst der Wortlaut des Textes: „Nun ist die Linksunion bereits seit über 2 Jahren zerbrochen. Die Geduld auch der Optimistischsten geht zu Ende. Die Resignation breitet sich aus, und keiner weiß, wohin eine solche Entwicklung noch führen kann.“

Auf der Gegenseite nutzen die Rechten an der Macht diese Situation voll aus, um im Rahmen der kapitalistischen Krise neue Formen der Herrschaft und der Ausbeutung zu entwickeln zugunsten der nationalen und internationalen Bourgeoisie. Die Werktätigen kennen die Rechnung: Arbeitslosigkeit, eine unerträgliche Inflation, Abbau der politischen, gewerkschaftlichen und individuellen Freiheiten.

Nach außen übernimmt der französische Imperialismus die Rolle eines Gendarmes in Afrika und manipuliert in Asien. Der französische Staat beschleunigt die Entwicklung zu einem gemeinsamen, repressiven europäischen Raum. Es wäre verhängnisvoll, würde man vor sich selber die reale, sich anbahnende Gefahr verschleiern wollen: die Gefahr eines Autoritarismus als Folge der einschneidenden Verschlechterung des politischen Kräfteverhältnisses. Allein die Entschlossenheit der Arbeiter, allein ihre Kampffähigkeit in den Betrieben lassen den Staat und die Unternehmer noch zögern.

Wir, Männer und Frauen der Linken, Mitglieder der KPF, der PS und anderer Organisationen, wollen nicht resignieren. Wir rufen zur Aktion auf.

Die Einheit an der Basis ist möglich. Sie ist zwingend. Um unsere Differenzen und Widersprüche in aller Klarheit zu lösen, rufen wir zur Realisierung der Einheit auf.

Erstens dadurch, daß wir alle gleich. Sie ist zwingend. Um unsere Differenzen und Widersprüche in aller Klarheit zu lösen, rufen wir zur Realisierung der Einheit auf.

Erstens dadurch, daß wir alle gemeinsam uns an den Kämpfen der Arbeiter beteiligen. Dadurch, daß wir auf jeden Angriff gegen unsere Freiheiten gemeinsam antworten. Dadurch, daß wir gegen die Wiedergeburt des Faschismus, des Rassismus und des Antisemitismus uns gemeinsam mobilisieren.

Dadurch, daß wir gemeinsam uns am Kampf zur Befreiung der Frauen beteiligen.

Dadurch, daß wir überall gegen die alten Unterdrückungsformen neue Formen der Demokratie entwickeln, auf neuen und erweiterten Grundlagen.

Dazu ist die Einheit aller Kräfte der Linken von entscheidender Bedeutung.

Wir werden es nicht dulden, daß dieser Aufruf einmal mehr zu Wahlzwecken benutzt wird.

Wir werden es nicht dulden, daß die Kämpfe der Massen einmal mehr durch Generalstabsstrategien ersetzt werden.

Fordern wir schon heute alle gemeinsam, daß die Bedingungen einer Einheit zu den nächsten Wahlen in voller Öffentlichkeit diskutiert werden!

Es gibt keine andere Alternative zu den heute Herrschenden, es gibt keinen anderen Weg zum Sozialismus als die Entwicklung einer Massenbewegung auf neuen und erweiterten Grundlagen.

Wir bitten euch, aus diesem Aufruf eine nationale Petition zu machen, indem ihr ihn überall verbreitet, wo ihr lebt, arbeitet und politisch aktiv seid.“

Die Initiatoren des Appells sind guter Hoffnung, die Zahl von 100 000 Unterschriften in Kürze zu erreichen. Sie sprechen sich für die Koordinierung vieler sog. „Basiskomitees“ auf regionaler und nationaler Ebene aus. In der Linken wird diese Initiative verschiedentlich bewertet.

Während die LCR (französische Sektion der IV. Internationale) trotz einiger Kritik massiv den Aufruf unterstützt, wird er bislang von „Lutte

Ouvrière“ (ebenfalls eine trotzkistische Organisation) und von der PSU ignoriert.

Die OCT lobt auf der einen Seite den neuen Tonfall, der hier von Mitgliedern der KPF angestimmt wird („Der Aufruf der 100 spricht von 'wir' und nicht von 'sie' oder 'ihr'“). Das ist nicht wenig – „Eincelle“, Februar 1980). Andererseits befürchtet die OCT, daß mit den Formulierungen am Ende des Textes eine Neuaufgabe der „Linksunion“ (KPF + PS) beabsichtigt sein könnte.

Die LCR kritisiert wiederum etwas völlig anderes. Ihrer Ansicht nach ist gerade das Hauptziel der Linken nicht klar ausgedrückt, nämlich: „Der KPF und der PS den Weg aufzuzwingen, ... wieder eine gemeinsame Kandidatur für die Regierung aufzustellen“ (nach „Eincelle“, Februar 80). Weiter möchte sie, daß im Aufruf das Kampfziel eines Generalstreiks aufgenommen wird.

Die OCT widerspricht der Position der LCR scharf:

„... Es ist ein erster Schritt hin zur Rekonstruktion der politischen Einheit der Arbeiterklasse. Gerade heute, wo die Führung der KPF sich den Staatsinteressen der herrschenden sowjetischen Klasse unterordnet, wo im Pendelspiel dazu andere Sektoren der Arbeiterbewegung sich eventuell der Verteidigung der sogenannten 'freien Welt' zuwenden könnten, gibt es keinen Fortschritt im Kampf um die politische Einheit, indem man immer mehr traumtänzerische Appelle an Marchais und Mitterrand aneinander reiht. Es gibt keinen Fortschritt ohne bewußten Kampf für die Klassenunabhängigkeit der Arbeiter“. An anderer Stelle schreibt die OCT, sie wolle die Auseinandersetzung mit den Unterzeichnern auf jeden Fall führen, trotz aller Differenzen (Zitate aus „Eincelle“, Februar 1980).

Welche Ziele die Initiatoren selber verfolgen, kann aus einem Interview der „Eincelle“ mit David Kaisergruber entnommen werden.

David Kaisergruber ist Herausgeber der KPF-nahen Zeitschrift „Dialectiques“ (Auflage 10 000) und selber Mitglied der KPF. Er und seine Zeitschrift gehören zum Initiatorenkreis des Appells.

„Ohne Dialektik von direkter und repräsentativer Demokratie – kein Sozialismus“

„Ohne Dialektik von direkter und repräsentativer Demokratie – kein Sozialismus“

Etincelle: Mit unverkennbarem Erfolg wird seit ca. 6 Wochen die Petition „Für die Einheit in den Kämpfen“ verbreitet: jetzt schon sind 10 000 Unterschriften gesammelt worden. Aus welchen Hauptgründen unterschreiben Linke verschiedener Tendenzen deiner Meinung nach diesen Text?

D. Kaisergruber: Ganz offensichtlich spielt die Erinnerung an die „Linksunion“ eine Rolle, insofern sie Trägerin von Hoffnungen auf die Erfüllung sozialer und politischer Forderungen gewesen ist. In dieser Erinnerung gibt es meiner Meinung nach ein positives Element: der einheitliche Wille der Basis nach einer Veränderung dieser Gesellschaft. Und es gibt ein konfuse Element: wieso Einheit, welche Einheit, für welche Veränderungen und mit welchen Mitteln?

Eine zweite Bemerkung: ich sehe in der Bewegung der Unterzeichner einen in dieser Stärke erstmaligen Ausdruck der Krise der „Partei“ als „Form“.

Damit will ich sagen: die Masse der Unterzeichner desavouiert durch ihre Unterschrift ihre eigenen Organisationen, ob kommunistische Partei oder Sozialistische Partei; sie desavouiert ihre innerorganisatorische Demokratielosigkeit und ihre politische Strategie, die schon seit einer längeren Periode auf die nationalen und internationalen Grundfragen keine Antwort weiß.

Es handelt sich also um einen Ausdruck expliziter Kritik an den beiden großen linken Parteien, um ein „Wir machen nicht mehr mit“ mit der Strategie, mit der Organisationsform der beiden großen linken Formationen, 11 bis 12 Jahre nach dem Mai 68.

Es gibt eine ähnliche Krise innerhalb der CFTD und der CGT (Anm. U.: die beiden großen französischen Gewerkschaften). Um noch etwas zu sagen zur Krise der „Parteiform“: diese Krise hat auch andere Ausdrucksformen als die Unterzeichnung dieses Aufrufes. Es gibt den Streik

der Füße, den Streik der Hände, den Streik der Köpfe und den ganz simplen Streik: den Nicht-Militantismus (Anm. U.: Ablehnung politischer Aktivitäten), den Absentismus (Anm. U.: „Abwesenheit“, d.h. Teilnahmelosigkeit am politischen Leben), die Ablehnung, Plakate zu kleben, mit welchen man nicht einverstanden ist, die gleiche Ablehnung Flugblätter zu verteilen.

Ich glaube, daß Mangel an Demokratie heute nicht mehr geschluckt wird – ob in den Parteien oder in den Gewerkschaften.

Ein Grund hierfür ist meines Erachtens die strategische Unklarheit. Weshalb die „Linksunion“ zerbrach – das ist nie tatsächlich öffentlich dargestellt und diskutiert worden.

Die tatsächlichen Gründe, weshalb sich Marchais jetzt auf die internationale Politik der Sowjetunion eingeschworen hat – das ist ebenso wenig öffentlich begründet und diskutiert worden.

Genauso verhält es sich mit der Auseinandersetzung zwischen Rocard und Mitterrand innerhalb der PS (Anm. U.: Rocard und Mitterrand sind die beiden Hauptkonkurrenten für den Kandidaten der PS zu den nächsten französischen Präsidentschaftswahlen).

Die Menschen haben diese Geheimnispolitik, diese Generalstäbe, diese künstlichen Debatten und die aufgesetzten Querelen einfach satt.

Eine dritte Bemerkung: meiner Meinung nach betrifft diese Krise nicht die Parteien der Linken alleine, sondern sämtliche politischen und auch gewerkschaftlichen Organisationen.

Es handelt sich um eine generelle Fragestellung von zwei Prinzipien: das der Repräsentativität und das der Delegation – der Delegation des Redens, des Denkens und der Macht.

Das hat meiner Meinung nach schon im Mai 68 begonnen und ist seitdem unaufhörlich weiter gewachsen. Vor allem im Aufschwung der Frauenbewegung und der Ökologiebewegung kommt das zum Ausdruck. Durch den Bruch der „Linksunion“ hat sich das noch mehr verbreitet.

In dieser Petition wird die Stellvertreterpolitik angegriffen. Die Petition fordert einen Austausch, eine Debatte und einen Kampf ausgehend von der Basis, das heißt unabhängig von den traditionellen Parteien und

vertreterpolitik angegriffen. Die Petition fordert einen Austausch, eine Debatte und einen Kampf ausgehend von der Basis, das heißt unabhängig von den traditionellen Parteien und Gewerkschaften. Die Petition ist ein Aufruf zur Selbstorganisation der Massen, dort wo sie leben und arbeiten.

Dieser Appell an die Mobilisierung der Massen ist meiner Meinung nach ein bedeutendes historisches Moment: er entspricht einem neuen Wunsch nach Demokratie, nach Verantwortung und Leitung von der Basis aus.

Etincelle: Die Selbstorganisation der Massen wird aufgerufen in einer Situation, die, wie die Petition es auch selber schreibt, sehr viel schlechter geworden ist seit 1978 (Anm. U.: 1978 waren die Parlamentswahlen in Frankreich, in denen die Linksunion scheiterte). Dennoch werden konkrete Kampfziele vorgeschlagen: Arbeiterkämpfe, Kämpfe der Frauen und Kampf gegen die Repression.

Wie sollten deiner Meinung nach diese Ziele heute konkretisiert werden?

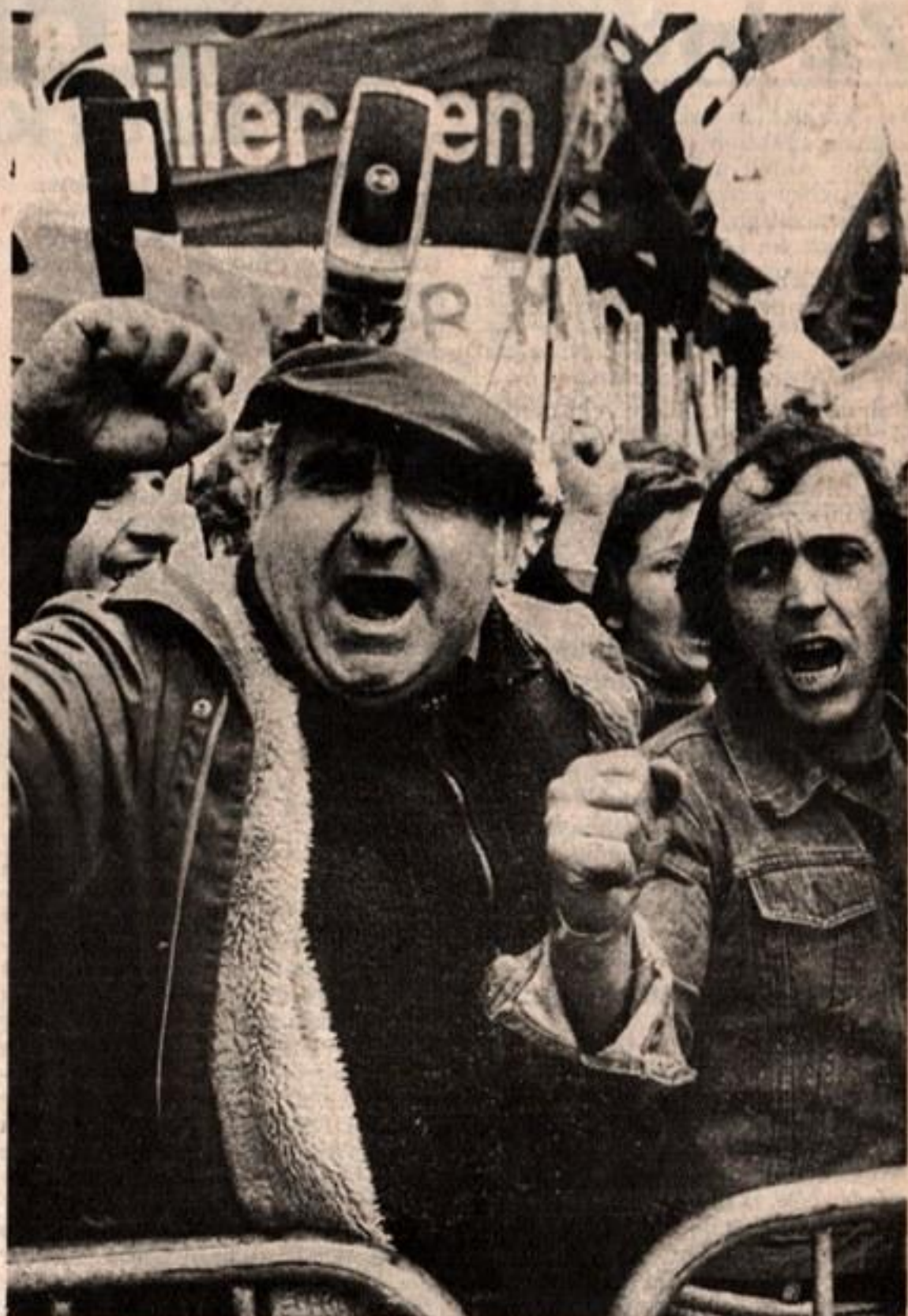
Kaisergruber: Unter diesem Gesichtspunkt scheint mir der Text noch zu allgemein zu sein.

Das konkret auszuarbeiten sollte die Aufgabe derjenigen sein, die diesen Aufruf unterzeichnen oder unterstützen, ausgehend von einer Position der Revolte und des Widerstands.

Wir selber diskutieren schon darüber. Allerdings muß auch berücksichtigt werden, daß dieser Text eine Auftaktfunktion hat und sich die Dinge in einer pluralistischen, nicht bürokratischen Logik weiter entwickeln werden. Es werden Antworten kommen, wahrscheinlich auch Widersprüche, und neue Auseinandersetzungen werden geführt werden müssen.

Etincelle: Hier und dort ist die Rede vom Aufbau von Basiskomitees. Bist du selber Befürworter solcher Komitees? Wenn ja, unter welcher Form? Sollen das offene Komitees sein, oder sollen sie nur den Unterzeichnern zugänglich sein?

Kaisergruber: Ich bin ein ganz entschiedener Befürworter solcher



Komitees und zwar als völlig offene Einrichtungen. Mir geht es dabei um das Prinzip der direkten Demokratie. Ich befürworte Werkstätten-Räte in den Betrieben, Büro-Räte und Stadtteil-Räte. Diese Räte sollten jedem ohne jegliche Unvereinbarkeit offenstehen. Es sollten einheitliche Strukturen der Selbstorganisation der Massen werden.

Meines Erachtens werden die Kräfte sowohl der Linken als auch der revolutionären Linken nur ausgehend von der Entfaltung der politischen und gewerkschaftlichen Basisdemokratie regeneriert werden können. Dies ist in meinen Augen der einzige tatsächlich revolutionäre Weg, auch wenn es schwierig, langwierig und pluralistisch sein wird.

Etincelle: Im Aufruf ist sowohl von der „Einheit der Kräfte der Linken“ als auch von der „Entwicklung einer Massenbewegung auf neuen und erweiterten Grundlagen“ die Rede.

Etincelle: Im Aufruf ist sowohl von der „Einheit der Kräfte der Linken“ als auch von der „Entwicklung einer Massenbewegung auf neuen und erweiterten Grundlagen“ die Rede. Welche Bilanz würdest du persönlich aus der Strategie der Linksunion ziehen?

Welche strategische Erneuerung siehst du für Frankreich als notwendig an, bzw. für alle entwickelten kapitalistischen Länder?

Kaisergruber: Dazu möchte ich drei voneinander grundverschiedene prinzipielle Bemerkungen anführen.

1. Bemerkung: genauso stark, wie ich mich innerhalb und für die Linksunion zwischen 1972 und heute engagiert habe (was diskussionswert ist), genauso oft habe ich – und dies öffentlich – meine Skepsis gegenüber dem Gemeinsamen Regierungsprogramm ausgedrückt. Mir scheint, daß kein einziger Prozeß des demokratischen-revolutionären Übergangs zum Sozialismus sich mit der Aufstellung eines Wahlprogramms für 2, 3 oder 5 Jahre lösen läßt. Meiner Meinung nach kann man auch keine demokratisch-revolutionäre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Politik antizipieren. Das Gemeinsame Programm schien mir über der Zeit, außerhalb des Raums und über den Klassen zu stehen. Dies sagte ich schon damals. Ich wünsche also absolut keine Rückkehr zum Gemeinsamen Programm, wie es damals verstanden wurde. Das heißt: als ein Konglomerat technokratischer miteinander verbundenen Reformen, die sich auch als Barriere verstanden gegen potentielle Auswüchse der Kämpfe der Massen.

Es war in manchen Aspekten ein fortschrittliches Programm, aber auch in vielerlei Hinsicht ein bremsendes Programm gegenüber den Forderungen der Werktätigen. Damals äußerte ich diese Bedenken, wir waren dabei leider viel zu wenige. Hätte die Linksunion nicht selber ihr Bündnis aufgekündigt, hätte sich dieses Programm vermutlich keine 6 Monate halten können – oder man hätte mit größter Brutalität gegen die Kämpfe der Massen vorgehen müssen.

2. Bemerkung: Das Problem der Strategie stellt sich heute als sehr

akutes Problem dar. Eine Strategie des demokratischen-revolutionären Wegs zum Sozialismus wird wahrscheinlich nur im Rahmen einer Rekonstruktion (Anm. U.: „neue Zusammensetzung“) der Arbeiterklasse und des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und großen Teilen der Mittelschichten neu definiert werden können.

Für mich bedeutet demokratisch und pazifistisch einfach das Gegenteil von Gewalt. Soweit es möglich ist, sollten gewaltsame Lösungen von Konflikten innerhalb der Arbeiterklasse vermieden werden.

Das bedeutet nicht, den Widersprüchen aus dem Weg zu gehen. Im Gegenteil: Diese Widersprüche müssen tatsächlich diskutiert werden, es muß versucht werden, sie zumindest partiell zu lösen, um vorwärts zu kommen.

All diese Fragen führen m.E. zur müssen tatsächlich diskutiert werden, es muß versucht werden, sie zumindest partiell zu lösen, um vorwärts zu kommen.

All diese Fragen führen m.E. zur folgenden Grundsatzfrage: Wie entwickelt sich ein gewerkschaftlicher, politischer und kultureller Pluralismus innerhalb eines breiten Bündnisses, wobei dieser Pluralismus die Existenz scharfer Widersprüche ohne gewaltsame Lösungsversuche beinhaltet? Das scheint mir in der Petition mitenthalten zu sein.

In dieser Petition gibt es einen tatsächlichen Pluralismus und breit gefächerte Widersprüche. Der Wille aber nach einer demokratischen und pluralistischen Führung ist vorhanden, um diese Widersprüche, die auch klassenmäßige Widersprüche sind, zu lösen.

Allerdings kann kein einziges gemeinsames Programm die Entwicklung und die politische Handhabung dieses Pluralismus vorwegnehmen.

3. Bemerkung: Meiner Meinung nach ist die Dialektik zwischen klassischer repräsentativer Demokratie und den gesamten Prozessen der Basisdemokratie andererseits konstitutiver Bestandteil sowohl des Wegs zum Sozialismus als auch des Sozialismus selber. Ich kann mir keinen Weg zum Sozialismus vorstellen, ohne diese komplexe Dialektik zwischen direkter und repräsentativer Demokratie. Wenn man sich diesen Typus von Widerspruch ersparen will, kommt man meines Erachtens, ob man das will oder nicht, notwendigerweise zu bürokratischen Formen.

Etincelle: Eine der Hauptfragen unserer Zeit ist diejenige nach der internationalen Rolle der Sowjetunion und daraus folgend, die der Möglichkeit einer neuen Polarisierung der internationalen Arbeiterbewegung zwischen Befürwortern der SU und Befürwortern der sogenannten „westlichen Welt“. Was hältst du von der Politik der Sowjetunion? Wie würdest du die SU charakterisieren? Als einen bürokratisch-degenerierten Arbeiterstaat, als einen Staat des realen Sozialismus oder als einen Staatskapitalismus?

Kaisergruber: Diese Frage ist von größter Wichtigkeit. Sie legt das

»Klarheit« kontra »Wahrheit«

Formiert sich in der SEW eine eurokommunistische Opposition?

Fundament für die Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses und determiniert die Klassenanalyse der demokratischen und revolutionären Prozesse in unserer Gesellschaft. Ich glaube nicht, daß die Gesellschaften des sog. „real existierenden Sozialismus“ sozialistisch sind.

In diesen Gesellschaften existieren Klassenkonflikte, existiert Ausbeutung und Klassenherrschaft und sogar eine bestimmte Form von Imperialismus. Ich bin allerdings nicht der Meinung, diese Phänomene seien vergleichbar mit denen, die in den kapitalistischen Ländern existieren. Es sind völlig neue Gesellschaftstypen, die nicht vorhersehbar waren innerhalb der klassischen Konzeption von Marx, Lenin und Mao. Aber auf der anderen Seite zu behaupten, Sozialismus und Demokratie sei ein und dasselbe, während gerade diese Gesellschaften genau das Gegenteil von sozialistisch sind — das ist m.E. einer der Widersprüche der Eurokommunisten. Eurokommunist zu sein bedeutet für mich gerade, den nichtsozialistischen Charakter dieser Gesellschaften aufzuzeigen. Nun bin ich aber auch nicht der Meinung, daß diese Gesellschaften staatskapitalistisch seien.

In dieser Hinsicht bin ich Rudolf Bahro nahe, der von einem nicht-kapitalistischen aber auch nichtsozialistischen Industrialisierungsweg vieler Länder spricht.

Um vorwärts zu kommen bei der theoretischen Erforschung dieses Problems, hat die Zeitschrift „Dialectiques“ mit tschechoslowakischen Dissidentenbewegungen zusammen ein Studien und Forschungszentrum über die CSSR aufgebaut.

Etincelle: Kann man gleichzeitig bei „Dialectiques“ mitarbeiten und in der KPF Mitglied sein?

Kaisergruber: Zunächst einmal glaube ich nicht, daß die weitere Aufrechterhaltung einer monolithischen Fassade durch die Führung der KPF lange haltbar sein wird.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß das Nationale Sekretariat, das Politbüro und das Zentralkomitee tief gespalten sind.

Innerhalb dieser führenden Gruppe gibt es vor allem folgende vertretenen Strömungen: eine pro-sowjetische Strömung, eine liberale Strömung, die parlamentarisch-humanistisch, gegenüber Christen sehr offen, sehr kritisch gegenüber den östlichen Ländern und gleichzeitig stark anti-PS ist. alle drei Monate werden Bündnisse neu geschmiedet und verworfen. In diesem Kampf um die Macht scheint der Generalsekretär mehr das Resultat eines Provisoriums als ein realer Machtbesitzer zu sein.

Die Krise innerhalb der Führungsgruppe wird intern geführt, in der Abwesenheit der Mitglieder der Partei, ihrer Wähler und der Werktätigen.

Ich bleibe Mitglied einer KPF, die über schwierige Wege, über ihre Zellen, über die revolutionäre Presse oder auch über „Le Monde“ von ihrem eigenen Pluralismus erfährt. Für diesen Pluralismus kämpfe ich.

Ich bin für eine pluralistische, demokratische, revolutionäre und massenverbundene KP — die, wenn sie so konzipiert wäre, ein sehr breites politisches Feld abdecken könnte, von einem Teil der Linken aus der PS bis zur Quasi-Gesamtheit der revolutionären Linken.

• • •

Soweit das Interview aus „Etincelle“/Februar 1980. Für eine endgültige Bewertung dieser Initiative scheint es noch zu früh zu sein; bei aller Undurchsichtigkeit der Situation innerhalb der KPF scheint klar zu sein, daß es heftige Widersprüche in der Partei gibt (z.B. in der Afghanistan-Frage). Kaisergrubers Positionen sind natürlich nicht repräsentativ für das gesamte Spektrum der Unterzeichner des Appells. Auch Marchais hat sich übrigens wohlwollend über den Aufruf geäußert. An Kaisergrubers Argumentation fällt auf, daß er sich wiederholt von einer „gewaltsamen Lösung“ von Widersprüchen innerhalb des Bündnisses, das ihm vorschwebt, abgrenzt. Dies ist eigentlich nur dann logisch, wenn das „demokratisch-revolutionäre“ Bündnis, das er propagiert, außerordentlich breit angelegt ist bzw. auch Teile der Bourgeoisie umfassen soll.

Ob es sich bei dieser Initiative mehr um einen Versuch zur Herstellung einer „Aktionseinheit der Linken“ oder mehr um eine französische Variante des „historischen Kompromisses“ handelt, bleibt abzuwarten.

Frankreich-Kommission

Als „Faschingsscherz“ kommentierte die SEW-Zeitung „Wahrheit“ einen Bericht der „TAZ“ vom 18.2. über die „Klarheit“, einer von oppositionellen SEW-Mitgliedern herausgegebenen innerparteilichen Zeitung. Wahrer Grund für die verdorbenen Faschingsfreuden des „Wahrheit“-Chefredakteurs Grünberg dürfte allerdings weniger der reißerische „TAZ“-Aufmacher sein, als vielmehr jenes „partei-feindliche Pamphlet“ („Wahrheit“, 19.2.), das seit Ende letzten Jahres in mittlerweile drei Ausgaben unter den Mitgliedern der SEW kursiert. Die Herausgeber — „aktive Genossen aus vielen wichtigen Bereichen und Gremien der Partei“ („Klarheit“ 1/79) — haben sich zu diesem Projekt entschlossen, weil sie keine andere Möglichkeit sahen, „den desolaten Zustand unserer Partei zum Besseren zu verändern. Die Parteiorgane „Die Wahrheit“ und „Konsequent“ erfüllen nicht die notwendige Aufgabe, Diskussionsforum der Partei zu sein. Sie sind im wesentlichen Sprachrohr eines Teiles der Partei, ob dieser Teil die Mehrheit vertritt, mag noch dahingestellt sein. Auf jeden Fall haben größere Teile der Partei nicht mehr die Möglichkeit, sich zu artikulieren, zu diskutieren, Kritik zu äußern. ... Um der Partei ein innerparteiliches Forum zu geben, in dem ein offenes Wort möglich ist, geben wir jetzt „Die Klarheit“ heraus...“ (1/79). Themen der bisher erschienenen drei Ausgaben: Die Haltung des SEW-Vorstands bzw. der „Wahrheit“ zu Afghanistan und den Dissidentenprozessen in der CSSR, zum Eurokommunismus und zum 100. Geburtstag Stalins, die Bündnispolitik der SEW (Initiative Freiheit statt Strauß, Friedenspolitik, Anti-AKW-Demonstration), die Massenentlassungen bei der Deutschen Reichsbahn und nicht zuletzt — die innerparteiliche Demokratie innerhalb der SEW.

Der SEW-Vorstand reagierte prompt: Gegen Rainer S., presserechtlich verantwortlich für die „Klarheit“ wurde umgehend ein Parteiverfahren eingeleitet; er wurde seiner Mitgliedsrechte enthoben, die Teilnahme an Parteiversammlungen wurde ihm untersagt.

Diagnose ...

Diagnose ...

Die Diagnose, die die Genossen der „Klarheit“ ihrer Partei SEW ausstellen, klingt alles andere als rosig.

„Seit 1975 gaben viele Genossen die engagierte Arbeit in der Partei auf, traten aus oder blieben einfach weg. Wir schätzen, daß die Partei seither um ca. 1.000 Mitglieder geschrumpft ist. Ähnliches dürfte für die Zahl der „Wahrheit“-Abonnenten gelten“ (1/80).

Trotz einiger Erfolge in den vergangenen Jahren haben diese „weder die Wahlniederlagen alle vier Jahre verhindert, noch insgesamt zu einer perspektivreichen, wissenschaftlich fundierten und bündnispolitisch überzeugenden kommunistischen Politik für Westberlin geführt“ (1/80).

Über Fehler (z.B. „partieegoistische Politik zum 1. Mai 1974“) konnte nur schwierig in den Parteigruppen, auf Konferenzen und in Leserbriefen diskutiert werden: „...Für uns ist dies ein Ziel geblieben. Es erwies sich aber, daß die Widerstände seitens führender und mittlerer Funktionäre zusammen mit Feigheit und alten Gewohnheiten bei vielen Genossen stark und erfolgreich waren: Auch der nächste und übernächste 1. Mai wurde sektiererisch organisiert, in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit häuften sich Niederlagen und schrumpfte der Kreis der Aktiven, nach kurzer und ermutigender Diskussion über die vorletzte Wahlniederlage 1975 wurde jede Fortführung als „Fehlerdiskussion“ geißelt und erlahmte...“ (1/80).

Um die innerparteiliche Demokratie und Diskussion ist es äußerst schlecht bestellt: Die Isolation der Parteigruppen untereinander ist zu groß, Konferenzen sind zu selten (so soll der VI. Parteitag, der spätestens im Herbst 1979 hätte durchgeführt werden müssen, erst 1981 stattfinden). „Weder die „Wahrheit“ noch „Konsequent“ öffnen sich für Probleme und neue Lösungen (bei „Konsequent“ wurde sogar mit den Machtmitteln des damaligen Herausgebers KV Zehlendorf eine an solchen Diskussionen interessierte Gruppe von Genossen aus der Redaktion entfernt. Bei der „Wahr-

heit“ geschieht ähnliches in weniger auffälligen Formen: Redakteure werden hinausgedrängt oder ziehen sich selbst zurück“ (1/80). Ähnlich erging es im November 1979 drei hauptamtlichen Funktionären, die als unliebsam „verabschiedet“ wurden (1/79).

... und Rezepte der „Klarheit“

„Wir machen die „Klarheit“ — und geben auch nicht auf —, weil wir überzeugt sind, daß die antikapitalistischen Kräfte aus Arbeit, Wissenschaft und Kultur eine wirksame kommunistische Partei brauchen und daß in unserer SEW Kräfte für eine solche Partei stecken“, so die Begründung in Nr. 1/80. In der folgenden Ausgabe wird korrigiert: „weil ... in unserer SEW Kräfte für eine solche Partei stecken“. Nur ein Schreibfehler, wie es heißt...? Die Genossen der „Klarheit“ selbst verstehen sich als Teil einer von mehreren Strömungen der SEW, „die sich durch bestimmte Meinungen ... sowohl von Führungsmeinungen als auch von anderen unterscheiden“ (1/80) — nicht aber als Fraktionen im leninschen Sinn.

Als wesentliche Ziele ihrer Bemühungen werden benannt: — ein neues Programm der SEW und — als Voraussetzung dafür — eine breite und qualifizierte Diskussion für eine neue Politik, eine marxistische Kritik der bisherigen Politik der SEW, um Maßstäbe zu finden, sowohl Falsches zu verwerfen als auch Richtiges zu unterstützen, um auf Fehlendes, fehlende Analysen und fehlende Theorien stoßen zu können. Für notwendig halten es die Genossen, sich dabei, neben eigenen theoretischen Anstrengungen, auch in der Theorie und Praxis anderer kommunistischer Parteien und anderer Linker in Westberlin umzusehen (1/80). Insbesondere dürfte — wie aus verschiedenen Artikeln (s.u.) hervorgeht — an die eurokommunistischen Parteien gedacht worden sein.

Ihre eigene Funktion dabei umschreibt die „Klarheit“ so: „Genossen fordern, wir von der „Klarheit“ sollen Konzeptionen vorlegen und Programmatik entwickeln. Andere wollen die „Klarheit“ nur als Informationsorgan und Meinungsforum genutzt wissen. Das eine erscheint uns zu viel matisches entwickeln. Andere wollen die „Klarheit“ nur als Informationsorgan und Meinungsforum genutzt wissen. Das eine erscheint uns zu viel und das andere zu wenig“ (1/80).

Die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und Förderung einer breiten politischen Diskussion über die zukünftige Politik der SEW: „Wir meinen, daß diese Absichten mit unserem Parteistatut vereinbar sind. Das Statut zu verwirklichen, ist aber selbst noch eine Aufgabe. Die schließt vielleicht auch Veränderungen mit ein“ (1/80). Konsequenterweise wird die „Klarheit“ allein unter SEW-Mitgliedern verbreitet. Die verdeckte Form ihrer Aktivitäten ist für die Genossen ein Tribut an die derzeitigen Kräfteverhältnisse in der SEW, sprich: an die Ausschlußgewalt der Parteiführung. Nicht geteilt wird die Angst von SEW-Mitgliedern, die „Klarheit“ behindere laufende Diskussionen und Entwicklungsprozesse innerhalb der SEW.

„Realer Sozialismus“ raus — „Eurokommunismus“ rein?

Soweit aus ihren ersten drei Ausgaben zu entnehmen ist, orientiert sich die „Klarheit“ in wesentlichen politischen Fragen an den eurokommunistischen Parteien. Insbesondere in den Artikeln, die sich mit der allzu unkritischen Anlehnung der SEW/„Wahrheit“ an die DDR bzw. KPdSU auseinandersetzen, werden die entsprechenden Stellungnahmen eurokommunistischer Parteien deutlich als positive Alternative herausgestrichen.

Gleich in der ersten Ausgabe werden die Euros gegenüber Angriffen der KPdSU, SED und SEW verteidigt. Einer Veröffentlichung von Boris Ponomarew, Kandidat des Politbüros der KPdSU, in der der Eurokommunismus als „dem Marxismus-Leninismus zutiefst wesensfremde“ Ideologie „analysiert“ wird, die „dank der Flexibilität und Beharrlichkeit der KPdSU“ aber bereits habe eingedämmt werden können, werden entgegengehalten: die Wahlerfolge gerade der (euro-)kommunistischen Parteien, die „unter die Ponocarewsche Krankheitsdiagnose fallen würden, weil sie sich ihren eigenen Kopf zerbrechen, wie der Weg zum Sozialismus in ihrem eignen Land aussehen

soll“ (KPs Spaniens, Japans und Schwedens). Als weitere Beispiele werden die Wahlerfolge „ähnlich orientierter Parteien“ wie der Sozialistischen Volkspartei Dänemarks und der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) verbucht. „An die Substanz ginge die Wahlen des Jahres 1979 jedoch den Parteien, die „gesund“, weil immer noch jenem proletarischen Internationalismus verbunden sind, der sich in erster Linie nach den außenpolitischen Interessen der UdSSR richtet“ (DKP, SEW, die KPs Luxemburgs, Österreichs und Norwegens) (1/79).

In weiteren Artikeln wird die Haltung der SEW zu zentralen politischen Fragen wie Afghanistan und Dissidenten in der CSSR kritisiert. Zu Afghanistan habe sich die SEW „die Einschätzung wieder einmal einfach, allzu einfach“ gemacht: Die wahren Gründe des sowjetischen Eingreifens (Schwierigkeiten der afghanischen Regierung mit der einheimischen Konterrevolution; „Präventivschlag“ der SU, um die drohende Umklammerung durch die VR China und die USA zu durchbrechen) würden nicht offen benannt. Stattdessen würden allein Geschichten von als Afghanen verkleideten Persern und Pakistani sowie vom „CIA-Agenten“ Amin aufgetischt: „Der bisherige Präsident Afghanistans, Amin, war tatsächlich ein Diktator, dem Demokratie und Menschenrechte nichts galten... Das aber schert — wie früher im Falle Pol Pot — weder die „Prawda“ noch das „Neue Deutschland“ noch die „Wahrheit“. Solange der Bruch nicht vollzogen ist, sind sowohl Pol Pot als auch Amin weise Führer und treue Internationalisten; nichts über innere Vorgänge dringt in unsere Zeilen vor. Wird mit ihnen gebrochen oder stürzen sie, kommt eine abrupte Wendung um 180°. Dann werden die soeben Gefeierte zu immer schon blutrünstigen Verbrechern und CIA-Agenten“ (1/80).

Zusammenfassend schließt sich die „Klarheit“ der Stellungnahme der PCI an: „Objektiv könne man zwar verstehen, warum die SU die Kontrolle über Afghanistan behalten wolle — gegen Versuche der USA, sie dort hinauszudrängen. Das Eingreifen sowjetischer Truppen verstoße jedoch gegen Grundsätze, die die friedliche Koexistenz beherrschen sollten und die zu den besten Traditionen der Arbeiterbewegung gehören“ (1/80).

Zu den Prager Dissidentenprozessen wird moniert, daß die „Wahrheit“ unkritisch die Version der CSSR-Presseagentur ORBIS übernommen habe. Hinweise darauf, daß sich zahlreiche KPs außerordentlich kritisch zu den Prager Prozessen geäußert haben, seien in der „Wahrheit“ nicht zu finden gewesen.

Für eine flexiblere Bündnispolitik

Einer scharfen Kritik wird auch die Bündnispolitik der SEW unterzogen: — Anstatt sich an der Initiative „Gewerkschafter gegen Rechts — Freiheit statt Strauß“ zu beteiligen, versuchten führende SEW-Funktionäre, „Genossen mit platten Schmidt-gleich-Strauß- und Geht-uns-nichts-an-Argumenten von der Unterstützung (dieser) Initiative abzubringen“ (1/80). Demgegenüber treten die Genossen der „Klarheit“ — angesichts der strategischen Bedeutung der Straußkandidatur und der Rechtsanpassung der SPD — dafür ein, Strauß eine breite Bewegung entgegenzusetzen, die von einem Linksbündnis getragen wird, „das von wichtigen Teilen der Sozialdemokratie über die alternative Bewegung bis hin zu den Kommunisten reicht. Dieses Bündnis muß eine gemeinsame Wahlstrategie entwickeln, die verhindert, daß infolge einer irrsinnigen Wahlarithmetik SPD, FDP, Grüne und DKP zwar die meisten Stimmen, Strauß aber die absolute Mehrheit im Bundestag bekommt. Nach den Wahlen kann solch ein Bündnis der Grundstein für eine fortschrittlichere Perspektive der BRD (und Westberlins) werden“ (1/80).

Am Beispiel der Anti-AKW-Demonstration anläßlich des letzten SPD-Parteitags, an der sich die SEW — im Gegensatz zu der an ihr orientierten Studentenorganisation ADSen — nicht beteiligt hatte, wird „die Sektentmentalität in allen Teilen der Westberliner Linken“ kritisiert: „Da werden Bedingungen gestellt, wenn man bei anderen Organisationen gerade noch akzeptiert und wen nicht, wird getrickt und taktiert wie in einer Schmier-

komödie und nur ein Ziel immer fest im Auge behalten: daß die eigene Organisation strahlend aus dem Bündnis herauskommt und alle anderen auf die Schnauze fallen“ (1/79). Eine solche Politik liefere der SEW ein herrliches Alibi, „im Winkel zu bleiben und unsere Mitglieder aus Bündnissen rauszuhalten, in denen sie sich mit anderen Meinungen auseinandersetzen und diese kennenlernen müssen“ (1/79).

Organisiert sich eine eurokommunistische Opposition?

Außerhalb der SEW — und vielleicht des SEWnahen Spektrums — wurden Existenz und Aktivitäten der „Klarheit“ erst mit dem ersten „TAZ“-Bericht vom 18.2. bekannt. Zweifellos ist die „TAZ“ mit ihrer Schlagzeile („SEW vor der Spaltung?“) und mit ihren Spekulationen, daß die SEW den nächsten Parteitag nicht mehr überleben könnte, weit übers Ziel hinausgeschossen. Umgekehrt dürfte der „Wahrheit“-Kommentar („partei-feindliches Pamphlet eines aus der Partei ausgeschlossenen ehemaligen Mitglieds“) rein von dem Interesse am Herunterspielen der Resonanz der „Klarheit“ bestimmt sein. Die Herausgeber der „Klarheit“ geben selbst an, daß nach der ersten Ausgabe ca. 200 mündliche oder schriftliche Stellungnahmen bei ihnen eingegangen seien, in denen das Erscheinen der „Klarheit“ begrüßt wurde; von der ersten Ausgabe habe eine 2. Auflage gedruckt werden müssen; „allenthalben“ sei die „Klarheit“ von Genossen vervielfältigt worden. Die nervösen Reaktionen der SEW-Führung (Parteiverfahren gegen Rainer S., Repressalien gegen vermutete Anhänger der „Klarheit“) widersprechen der öffentlich zur Schau gestellten Gelassenheit. Insbesondere die eurokommunistische Orientierung der „Klarheit“, die bei zahlreichen Mitgliedern auf offene Ohren stoßen dürfte (eurokommunistische Sympathien hatte schon 1977 eine aus der SEW ausgetretene Gruppe; der „Eurokommunismus“ war meist Bezugspunkt bei innerparteilichen Auseinandersetzungen — z.B. bei der Ausbürgerung Biermanns), scheint der SEW-Führung einige Kopfschmerzen zu bereiten. Es ist sicher kein Zufall, daß in dem Parteiverfahren gegen Rainer S. gerade der Artikel zum Eurokommunismus als „Kopfschmerzen“ zu defekt. Es ist sicher kein Zufall, daß in dem Parteiverfahren gegen Rainer S. gerade der Artikel zum Eurokommunismus als Beleg für „wüsten Antikommunismus“ der „Klarheit“ herangezogen wurde. Welche Resonanz die „Klarheit“ in der SEW-Mitgliedschaft erreichen wird, ob sie einen Ansatz zur Organisierung einer eurokommunistischen Opposition bilden könnte, wird sich in den nächsten Monaten zeigen müssen. Die Herausgeber der „Klarheit“ haben angekündigt, in diesem Jahr mindestens zehn Ausgaben ihrer Zeitung herauszubringen. Sollte eine kontinuierliche Diskussion mit den Lesern zustande kommen, soll auf dem VI. Parteitag der SEW versucht werden, „unsere politische Linie qualifiziert voranzubringen“ (1/80).

DDR-Kommission
KB-Westberlin

Aus 2. Hand

Einige Zeilen widmet die „Klarheit“ in ihrer 2. Ausgabe auch dem KB. Wir zitieren vollständig: „Der „KPD“ und dem „KB“ scheinen ihre Umarmungen mit Grünen und Bunten nicht mehr gut bekommen zu sein. Etwa ein Fünftel der KB-Mitglieder sind aus ihrem Verein ausgetreten, um sich mehr oder weniger direkt zu den Bunten (!?) zu begeben. Sie sollen aus dem gemeinsamen Vermögen eine fünfstellige Summe mit auf die Reise bekommen haben, damit im KB endlich wieder Ruhe herrscht“ (1/80). Vielleicht täte es den Genossen der „Klarheit“ gut, sich über den KB im „Arbeiterkampf“ zu informieren (von wegen „sich mit anderen Meinungen auseinandersetzen und diese kennenlernen“...), anstatt sich die Informationen „aus der linken ‚Halbwelt‘“ zu holen, wie die sinnige Überschrift des Kurzeilers lautet.

Studentenbewegung 1980:

Resigniert im Kopf — radikal im Bauch?

Bereits 1977 — an einigen Hochschulen stand immer noch der Traum von der neuen Studentenbewegung — begann innerhalb der linken Bewegung die Diskussion um Krise und Perspektive der Studentenbewegung. Heute, nach drei Jahren, läuft diese Diskussion immer noch, manchmal intensiver und sehr engagiert, meist jedoch etwas schwerfällig und zähflüssig. Fortschritte und Ergebnisse in Bezug auf eine Einschätzung der veränderten Lage an den Hochschulen sind zu verzeichnen, in der Diskussion um die praktischen Konsequenzen für eine sozialistische basisorientierte Politik herrscht allerdings nach wie vor breiteste Ratlosigkeit, die sich nicht selten von der Praxis recht abgehobenen Diskussionsbeiträgen äußert. Die praktischen Probleme sind noch lange nicht gelöst, sind für viele eher zu einem unübersichtlichen Berg angewachsen. Nicht wenige Basisgruppen und auch Hochschulgruppen des KB haben in der Folge einer aktiven Politik an den Hochschulen den Rücken gekehrt. Andere bemühen sich — recht vereinzelt, denn es gibt kaum eine Koordinierung der verschiedenen Überlegungen — um eine neue Orientierung. Inzwischen hat sich selbst der MSB Spartakus (Studentenorganisation der DKP), dem noch vor einigen Monaten diese Auseinandersetzung gerade wichtig genug war, sie als resigniertes Spont-Gewächs abzutun, mit ernsthaften Beiträgen in die Debatte eingemischt. Ich möchte den MSB jedoch erstmal hinstellen und mich auf andere Ansätze, vornehmlich aus dem Basisgruppenspektrum konzentrieren. Der erste Teil des Artikels beinhaltet eine Darstellung einiger mir bekannter Veröffentlichungen zum Thema, wobei es mir weniger um bekannte Veröffentlichungen zum Thema geht, sondern mehr darum, mir typisch erscheinende Überlegungen an Beispielen zu verdeutlichen. Eine Auseinandersetzung soll im nächsten „Arbeiterkampf“ erfolgen. Von Resignation und Krise ist nicht nur an den Hochschulen, sondern in der gesamten Linken die Rede, es gibt nicht nur die „Uniflucht“, es gibt gleichzeitig die „Lehrerflucht“, es gab oder gibt auch die „Stadtflucht“. Der Artikel wird diese allgemeinen Probleme wohl miteinbeziehen, sich aber in erster Linie mit den hochschulspezifischen Aspekten beschäftigen.

„Die träge Masse...“

„Der wichtigste Grund für mich, mit der Fachschaftsarbeit aufzuhören, war eben die Tatsache, daß ich keine Resonanz auf unsere Arbeit sah. Ich gebe zu, daß wir nicht alle Dinge, die wir vorhatten, genau durchdacht haben oder daß einige Sachen durch unsere eigene Schuld (keine richtige Lust, keine Zeit) im Sande verliefen. Aber selbst Aktionen, wo wir unsere ganze Kraft eingesteckt hatten, die mit der nötigen Unterstützung wirklich Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, konnten meine schön vor sich hin studierenden Kommiliton(innen) nicht aus ihrer Trägheit holen... Ich hatte (habe vielleicht noch) ein richtiges „Leck-mich-am-Arsch“-Gefühl der „trägen Masse“ gegenüber“ (1). So begründet eine Aachener Studentin ihren Ausstieg aus der Fachschaftsarbeit. Fast alle sind sich einig in der Einschätzung, daß die Haltung der (?) Studenten heute bestimmt ist von größerer Anpassung und Angst, von Resignation und Frust, welcher sich inzwischen auch unter den ehemals aktiven Linken rapide ausgebreitet hat. Diese haben ihre Aktivitäten „infolge der Apathie eines Großteils der Student/innen auf ein Minimum reduziert“ (2). Die AStA-Leute arbeiten isoliert und basisabgehoben vor sich hin“ (2), während die Basis die Organe der Verfaßten Studentenschaft allenfalls noch als willkommenen Dienstleistungsbetrieb begreift. Während die ASten früher eine recht breite Anerkennung als soziale und politische Vertretungen erfahren haben, ist Gleichgültigkeit gegenüber diesen Organen heute ein Anzeichen für zunehmendes Desinteresse an Politik in der Studentenschaft.

Demgegenüber meint ein Diskussionsbeitrag in der „Solidarität“, der sicherlich nur die Meinung einer kleinen Minderheit der an der Diskussion Beteiligten widerspiegelt, es sei falsch, von Resignation und Apathie der Studenten zu sprechen, man müsse vielmehr „von allgemeiner Resignation und Apathie der Linken an den Hochschulen reden“ (3). Denn sie seien es schließlich gewesen, die

sich einen neuen Aufschwung versprochen, ihre Kräfte in die politische Arbeit gesteckt hätten und umso tiefer enttäuscht waren, als sich ihre Erwartungen nicht erfüllten. Während nicht wenige Linke sogar zu der Einschätzung kommen, die Bourgeoisie habe die Hochschulen zurückerobert, meint der oben erwähnte Genosse, eine Schwächung der Linken in den letzten Semestern sei nicht zu verzeichnen, sei auch für die kommenden Semester nicht zu erwarten, wenn sich die Bewegung auf die veränderte Situation an den Hochschulen einstelle.

An vielen Orten wird bemerkt, daß Linke der Hochschule den Rücken kehren, ihr Studium entweder aufgeben oder es in den meisten Fällen mit möglichst geringem Aufwand abreißen und sich gleichzeitig in anderen gesellschaftlichen Bereichen engagieren. „Im Gegensatz zum immer mehr schwindenden Interesse an hochschulpolitischer Arbeit ist auf der anderen Seite aber wiederum vielfach das Interesse gewachsen, sich in unterschiedlichen Bereichen und Initiativen zu engagieren“, z.B. zu den Themen Antifaschismus, Atomkraftwerke und Frauen, stellt ein Darmstädter Genosse fest. Eine ähnliche Tendenz beschreiben die Bochumer Basisgruppen, meinen aber gleichzeitig: „Wenn damals alle möglichen Probleme vom Vietnamkrieg über Fahrpreise ... auf breiter Front die Gemüter erhitzen ..., so entwickeln sich heute allenfalls Protest a n s ä t z e bei konkret am eigenen Leibe erfahrbaren Studienproblemen“ (4). Liegt hier nicht ein Widerspruch — auf der einen Seite die beschriebene Hinwendung zu „allgemeinpolitischen“ Arbeitsbereichen,

wird zumeist an erster Stelle die Entwicklung der Hochschule von der Elite- zur Massenuniversität, von einer Institution des wissenschaftlichen Arbeitens zur sterilen Lernfabrik genannt, in Zusammenhang damit schlechter werdende Berufsaussichten für Hochschulabsolventen. Die Zahl der Studenten hat sich in den letzten 20 Jahren verdreifacht, 1960 gab es 291.000 Studenten, heute über 900.000, d.h. ungefähr 20 % eines Jahrganges besuchen heute eine Fachhochschule oder Universität. Die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt hat sich jedoch nicht im gleichen Maße erhöht, so daß heute durchschnittlich 2,6 % der Absolventen arbeitslos werden, allerdings durchaus nach relativ kurzer Zeit einen Arbeitsplatz finden können, wenn sie bereit sind, ihre Ansprüche herunterzuschrauben.

„Während die klassische Universität noch eine relativ geringe Anzahl von Studenten in die Künste der wissenschaftlichen Arbeit einweihte, ist die Vermittlung von Wissenschaft heute fast überall dem Einpausen von ... als nicht hinterfragbar dargestelltem Wissen gewichen ... Der selbst bürgerlichen Maßstäben hohnsprechende Lernstoff-Kanon, der allgemein verkauft wird, verliert mehr und mehr von seinem ohnehin schon geringen Gebrauchswert und wird lediglich zum Tauschwert, der gegen gute Examensnoten eingetauscht werden kann“ (6). Sogar für die spätere berufliche Existenz hat das erworbene Wissen an Wichtigkeit verloren, ist längst keine Garantie mehr für einen angemessenen Arbeitsplatz. Während sich in den sechziger Jahren jeder Akademiker einer „gehobenen“ Stellung

lichkeit wird, sondern eine verschärfte hochschulinterne Selektion und gestiegene Arbeitslosigkeit. Zugenommen hat allerdings der Anteil von Studenten aus Angestellten- und Arbeiterfamilien (von 6,7 % 1967 auf 14 % 1979) sowie der Anteil an Frauen (von 24,5 % 1966 auf 34 % 1979). Ihnen jedoch fällt es weit schwerer, sich in den Hochschulbetrieb einzufinden, sich damit zu identifizieren, als der früher zum Studium zugelassenen Elite, denn die Hochschulen bieten ihnen eine „Art der Bildung und des Wissens, die nur denen wirklich zugänglich ist, welche die implizit vorausgesetzte Bildung bereits besitzen“ (7).

„Der neue Sozialisationstypus“

Nicht selten taucht in dieser Diskussion als Produkt der veränderten gesellschaftlichen Bedingungen das Bild vom „neuen Sozialisationstypus“ an den Hochschulen auf, welches inzwischen schon Gegenstand einer ganzen Reihe von ausführlichen Abhandlungen und Theorien geworden ist. Ich will an dieser Stelle lediglich einige Grundgedanken anhand des Aufsatzes „Der neue Student“ und die alternde Linke“ skizzieren (8).

„Jugend bricht sich, noch bevor sie so recht beginnt, bereits den Hals...“. Heute werden der Phantasie zeitig die Flügel gestutzt; der sogenannte Ernst des Lebens wird um Jahre vorverlegt und läßt die Sorge ums spätere Geldverdienen wichtiger erscheinen als sich „dumme Gedanken“ zu machen. Doch niemand ist für den erlittenen Druck persönlich verantwortlich zu machen, vermeintliche Sachzwänge erklären alles, Ag-

kann gegen die aufgebauten inneren Widerstände und Abwehrmechanismen des „neuen Studenten“ gar nicht ankommen.

Einen ähnlichen Gedanken entwickeln die Bochumer Basisgruppen: „Erziehung zu Konkurrenz und Leistungsverhalten in den Oberstufen der Schulen; Verschulung und Formalisierung des Studiums; Verschärfung der Prüfungsanforderungen; unbewußte Selbstzensur erzeugende politische Disziplinierung in Uni und Gesellschaft; auf Konsum, Passivität, Individualität und Konformität orientierende gesellschaftliche Zwänge und anderes haben eine qualitativ neue, eigentümliche Mentalität produziert, die es zu erforschen gilt“ (4).

Es gibt allerdings Stimmen, die Theorien vom „neuen Sozialisationstypus“ für wenig hilfreich halten bei dem Versuch, eine Perspektive für die Linke an den Hochschulen zu entwickeln: „Der neue Student ist eine Mystifikation, in der die alternde Linke ihre eigene Ratlosigkeit ansiedeln kann... Die Rede von der ‚alternierenden Linke‘ und den ‚neuen Studenten‘ ist geeignet, einen ideologischen Graben zu ziehen, der gemeinsame Praxis gegenüber der aktuellen Entwicklung behindern könnte“ (9). Der „neue Sozialisationstypus“ ist demnach nichts weiter als eine Konstruktion der Linken, um den eigenen Schwierigkeiten auszuweichen. Die Autoren dieses Artikels wollen nicht danach fragen, was die Studenten einmal waren, was sie heute sind, sondern die Bedingungen untersuchen, aus denen die Studentenrevolte damals erwuchs, und die neuen Probleme, die heute Antwort erfordern.

„Unvermeidbare Niederlagen“

„Unvermeidbare Niederlagen“

Während recht lebendige, zum Teil auch militante Aktionen der Studentenschaft im Wintersemester 75/76 noch Anlaß zu Befürchtungen vor oder Hoffnungen auf eine „neue Studentenbewegung“ gaben, hatten sich einige Monate später Krisenerscheinungen und -diskussionen schon ziemlich verbreitet. Das Hochschulrahmengesetz ist 1976 verabschiedet worden. Jahrelang hatten die Studenten sich dagegen zur Wehr gesetzt, materiell und gesetzlich haben sie keines der gesetzten Ziele erreicht. Ein Genosse des SSB beschrieb die Hauptprobleme der entstandenen Resignation folgendermaßen: „Diese liegen meines Erachtens in der unmateriellen Herangehensweise an spontane Bewegungen und deren notwendigerweise auftretenden Auf- und Abschwüngen und dem damit eng verknüpften ebenso unmateriellen Verhalten gegenüber eigenen — unvermeidbaren — Enttäuschungen und Niederlagen“ (10). Demnach hat sich die Linke die Zwangsläufigkeit eines Abschwügs der spontanen Bewegung nicht bewußt gemacht, ebensowenig wie den Charakter dieser Niederlage. Im gleichen Beitrag widerspricht der Genosse der Auffassung eines anderen Schreibers, die Linke habe ihre Erwartungen zu hoch geschraubt. „Denn wie wollen wir jemals in die Lage kommen, eine so entstehende Bewegung optimal auszunutzen, wenn wir ihr nicht alles abverlangen, was in ihr steckt?“

Viele Basisgruppen werfen die Frage auf, inwieweit nicht in den Fehlern linker Politik eine Ursache für den Niedergang der Studentenbewegung liegt. Kritik richtet sich insbesondere an den MSB Spartakus, der Semester um Semester aufs neue bemüht ist, „Massenkampagnen“ zu initiieren, sei es früher in Form von Sternmärschen oder heute in Gestalt von Aktionstagen und bundesweiten Streiks, die nicht selten einer realen Basis völlig entbehren. Kritik richtet sich allerdings auch in die eigenen Reihen. Man habe sich zu häufig auf für die Masse der Kommiliton/innen nicht nachvollziehbare Grabenkämpfe eingelassen. Man habe es nicht verstanden, die eigenen Vorschläge verständlich zu vermitteln, Aktionen relativ unabhängig von den wirklichen Interessen und dem tatsächlichen Engagement an der Basis durchgeführt. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Ursache für den Abschwung einer Bewegung nicht in unserer eigenen Politik begründet liegen kann, daß unsere Fehler allenfalls eine vorhandene Tendenz verstärken können. Dies macht selbstverständlich eine Auseinandersetzung um die politische Praxis in Vergangenheit und Zukunft nicht weniger wichtig, was im folgenden anhand der vor-

Fortsetzung nächste Seite



Mit großen Zielen brach die Studentenbewegung in die 70er Jahre auf — viele der Hoffnungen sind nicht erfüllt worden. Resignation ist aber nur eine Reaktion auf diese Situation, denn unbestreitbar stellen Studenten immer noch einen großen Teil der linken Bewegungen.

auf der anderen eine Hinwendung zum eigenen Heim, was ich nur als Feststellung einer Entpolitisierung in der Studentenschaft verstehen kann?

Niemand wertet die verbreitete Inaktivität als eine gewachsene Zustimmung zur staatlichen Bildungspolitik. Wer könnte auch übersehen, daß sich die von bürgerlichen Politikern sehr beklagte „Staatsverdrossenheit“ insbesondere unter Jugendlichen und Studenten breitmacht. Dieter Asselhorn kommt zu der Ansicht, neben der Anpassung existiere gleichzeitig „eine breite Einsicht in den Zwangscharakter der institutionellen Anforderungen, eine ‚innere‘ Radikalität, emotionale Ablehnung der bestehenden Verhältnisse und eine ungezielte Protesthaltung, die gebremst wird durch das Gefühl, daß Engagement sowieso nichts bringt. Die gebetsmühlartige Beschworung des Bildes der angepaßten Studiosi unterschlägt gerade diese widersprüchliche Haltung und stellt die Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten sozialistischer Gruppen“ (5). Außen tot — innen rot?

„Politisches Handeln ist nicht mehr funktional“

Als Ursache für das sinkende politische Engagement an den Hochschulen

lung absolut gewiß sein konnte, werden individuelle Aufstiegs Wünsche heute mehr und mehr enttäuscht. Als Folge dieser Situation tritt bei vielen Studenten eine zunehmende Gleichgültigkeit gegenüber den Inhalten des Studiums ein, die sich auf zwei Arten äußern kann: in Überanpassung oder Verweigerung (7). Ein Teil bemüht sich, dem Konkurrenzdruck standzuhalten und paukt kritiklos, was verlangt wird; andere wollen das Studium mit möglichst wenig Aufwand hinter sich bringen. Warum sollten sie sich für bessere Studienbedingungen engagieren, hat doch dieses Studium für sie keinen oder nur einen sehr zweifelhaften Sinn. „Kein Wunder ist es also“, meinen die Bochumer Basisgruppen, „wenn mehr und mehr Studenten keinen Handschlag an der Uni tun, der nicht einen sichtbaren Gewinn bringt. Politisches Handeln ist in solch einem Zusammenhang nicht mehr funktional“ (6).

Nicht nur die Ausbildungsstruktur hat sich geändert, auch die Sozialstruktur an den Hochschulen hat eine Veränderung erfahren. Die Hochschulen wurden aufgrund wirtschaftlicher Erfordernisse geöffnet; nicht so sehr Zulassungsbeschränkungen zu den Hochschulen sorgen heute dafür, daß das sozialdemokratische Versprechen von der Chancengleichheit nicht Wirk-

Fortsetzung von Seite 56

handenen Vorschläge für ein weiteres Vorgehen der Studentenbewegung gesehen soll.

Vorschläge einer zukünftigen Strategie

„Die Arbeitsstrukturen der Studentenbewegung sind im Laufe der siebziger Jahre erstarrt — zum Teil aufgrund objektiver Handlungswänge, aber auch angesichts eines verhängnisvollen Dogmatisierungsprozesses innerhalb der organisierten studentischen Linken. Stichworte genügen: Defensivkampf, ständiger Reaktionszwang auf neue Reglementierungen, Politik nicht mehr, um etwas durchzusetzen, sondern etwas zu verhindern...“ (11). Ein neues Schlagwort wurde in die Debatte eingeführt: die „Ungleichzeitigkeit“. Gemeint ist eine Zeit hinter der Entwicklung herhinkende Linke, deren Handeln auf bloßen Abwehrkampf und Reaktion reduziert ist, wobei sie sich auf die vordergründige Repression, auf besonders eklatante Angriffe fixiert (12). Neue Handlungsrichtlinien für die Linke an den Hochschulen sollen entwickelt werden. Es existieren folgende (mir bisher bekannte) Überlegungen:

— **„Wissenschaftskritik“:** Bewußt nennt die Basisgruppe an der TU Braunschweig diesen Punkt in ihrem Papier nicht mehr, um etwas durchzusetzen, sondern „Kritik an und Alternativen zu der kapitalistischen Ausbildung und ihren Lernformen“ (13). Denn so wichtig eine allgemeine und prinzipielle Diskussion um Wissenschaftskritik für die Aktivisten sei, so „total geht sie in ihrer relativen Abgehobenheit an der Masse der Kommilitonen vorbei“. Allerdings stößt auch eine konkrete Kritik bestimmter Lehrinhalte und Forschungsvorhaben an ihre Grenzen. Erstens ist es insbesondere an den naturwissenschaftlichen Bereichen, nicht so sehr das vermittelte Wissen, welches die Studenten auf die Anforderungen der Industrie ausrichten soll, sondern hauptsächlich die Art, wie Lehrbetrieb und Prüfungen organisiert sind. Zweitens ist der

Hochschulbetrieb nicht gerade dazu angetan, das Interesse der Kommilitonen an einer weitergehenden Auseinandersetzung mit der angeblichen Wissenschaft zu fördern. „So gerät Wissenschaftskritik häufig ... zur Redeschlacht der aktiven Wissenschaftskritiker mit den Dozenten.“ Für wichtig halten es die Braunschweiger, Alternativen zum herrschenden Lehrbetrieb zu organisieren und als Bestandteil des Studiums durchzusetzen, um kollektive Lernprozesse zu fördern. Gedacht ist an selbstorganisierte Projekte, die sich in ihrer Zielrichtung an der gesellschaftlichen Veränderung der Verhältnisse ausrichten.

— **Berufsperspektive**
Die Diskussion um die wenig erfreulichen Aussichten einer späteren beruflichen Praxis soll in die politische Arbeit einbezogen werden. Denn „Studenten sind gesellschaftlich überhaupt erst über ihre zukünftige Berufsperspektive interessiert“ (11). Die in der Ausbildung festgeschriebene Trennung zwischen Theorie und Praxis müßte abgebaut werden, wozu u.a. die oben vorgeschlagenen Projekte nützlich sein könnten, wenn sie hochschulübergreifend organisiert werden.

— **Zusammenarbeit mit Gruppen außerhalb der Hochschule**
Die Tatsache, daß die Situation an der Hochschule immer abhängiger ist von der gesamtgesellschaftlichen, macht ein Ausbrechen aus dem studentischen Ghetto ebenso notwendig, wie die Aufgabe der Linken, sich nicht nur für eine bessere Ausbildungssituation einzusetzen, sondern diejenigen, die nur mit den Zuständen an der Universität unzufrieden sind, auf die Unzulänglichkeit des ganzen Systems zu stoßen. Konkret bedeutet diese Zusammenarbeit: Organisation eines regen Informationsaustausches zwischen studentischen Gruppen einerseits, Initiativen, gewerkschaftliche Gruppen usw. andererseits; Durchführung gemeinsamer Aktivitäten, wie Veranstaltungen, Demonstrationen, Arbeitsgruppen (13).

Eine Studentengruppe aus Hannover äußert allerdings Bedenken, daß eine derartige Hinwendung zu außeruniversitären Projekten „ein Kampf-

loses Räumen des Bereichs Universität bedeuten würde, wo kein Anhaltspunkt für die Rückführung in die Universität gegeben ist, sondern vielmehr ein Versinken im privaten Verkehr“ (14).

— **„Kampf um Spielräume“**
Dieter Asselhoven und Richard Meng betonen, daß die Einflußnahme auf Entscheidungsprozesse in den Hochschulen aufrechterhalten werden muß, denn dort hat studentische Enthaltsamkeit noch immer dazu geführt, daß die Reglementierung des Studiums noch größer geworden ist.

— **„Privatleben“ einbeziehen**
Studentische Politik soll dazu beitragen, die bei vielen entstandene Trennung zwischen Hochschule und Privatleben aufzuheben, was bedeutet, daß die Art und Weise, wie man als Student/in unter den gegebenen Bedingungen arbeitet und lebt, nicht als nebensächlich betrachtet werden darf. Denn „wenn von politischer Emanzipation die Rede ist, dann ist diese Rede erst glaubwürdig, wenn sie den eigenen Lebensbereich nicht ausgrenzt“ (11).

Ganz zum Schluß eine Konsequenz, die sicherlich nicht nur die Bochumer Basisgruppen aus ihrer Diskussion um die augenblickliche Lage an den Hochschulen gezogen haben: „Zunächst sollten wir uns bewußt machen, daß sich die Studentenschaft angesichts der vorherrschenden Mentalität zu „Massenaktionen“ zur Zeit nicht aktivieren läßt. Das bedeutet, die Erwartungen bezüglich unmittelbarer Erfolge unserer Arbeit erheblich runterschrauben, da geringere Ansprüche weniger Frustrationen nach sich ziehen, die gegenwärtig allenthalben in Resignation umschlägt“ (15).

Backen wir wirklich kleinere Brötchen — oder vielleicht nur andere als bisher?

Eine Genossin des SSB/Hamburg — in der Hoffnung, daß Ihr in die Diskussion einsteigt.

Anmerkungen:

- (1) „Klinker“, 27/78, BG-Zeitung an der TH/Aachen, S.6
- (2) „Bochumer Studenten Zeitung“ (BSZ), Nr. 200, S.13



- (3) „Solidarität“ Nr. 44, S.10
- (4) „BSZ“ Nr. 203, S.5
- (5) D. Asselhoven (Mitglied im SB und der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft/SAG) in „rote blätter“ Nr.9/79
- (6) WahlInfo der Bochumer Basisgruppen vom 2.11.78
- (7) Lehnhardt/Volmer, „Politik zwischen Kopf und Bauch“, Druckladen-Verlag S.235
- (8) „Politikon“ Nr. 53, Studentenzeitschrift Göttingen, S.10 ff

- (9) „Politikon“ Nr. 55, S.22
- (10) „Solidarität“ Nr. 45, S.16
- (11) Richard Meng (Juso) in „betriebl. erziehung“, Extraausgabe zum Thema „Studentenstart“
- (12) „Politikon“ Nr. 55, S.32
- (13) Papler der BG an der TU Braunschweig, zitiert nach einer „Rote Fahne“-Beilage vom 8.2.79
- (14) „Politikon“ Nr. 55, S.13
- (15) „BSZ“ Nr. 200, S.13

4 Jahre Knast für Seminarstreik?

Heidelberg: Seit über einem Jahr zieht sich ein Prozeß gegen drei Studentinnen und Studenten hin, die vor vier Jahren, im Wintersemester 76/77, aktiv gegen die Einführung von Klausuren in Mittelhochdeutsch für Germanistik-Studenten Widerstand geleistet hatten.

Die drei stehen stellvertretend für die große Mehrheit der Germanistik-Studentinnen und -Studenten, die derzeit durch Diskussionen, Boykott von Klausuren und Lehrveranstaltungen sowie Streikmaßnahmen über Monate hinweg die Einführung der Klausuren zu verhindern suchten.

Sie wurden auf Betreiben einer Frau Prof. Wisniewski, die Vorsitzende der CDU-Frauenvereinigung und CDU-Bundestagsabgeordnete ist, der „gewaltsamen Nötigung“, „Beleidigung“, des „Hausfriedensbruch“ etc. in knapp 50 Fällen angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte im Februar des Jahres in seinem Plädoyer für die drei Haftstrafen ohne Bewährung in Höhe von 3 Jahren 10 Monaten, 3 Jahren 6 Monaten und 3 Jahren 4 Monaten!

Dieser Prozeß wird betrieben als Staatsschutz-Prozeß, in dem die Gesinnung der Angeklagten mit Knast bestraft, der Studentenbewegung selbst, wo noch ca. 100 Strafverfahren gegen Studentinnen und Studenten anhängig sind, ein Musterprozeß

gemacht werden soll und die Kriminalisierung der Studentenbewegung insgesamt — nach den letztlich weniger „erfolgreichen“ Mescalero-Prozessen — einen großen Vorantreiber werden soll.

„Solidarität mit dem Streik der Germanisten“ — Die Vorgeschichte

„In den Seminaren sitzen bis zu 200 Studenten, einige finden nur noch auf dem Papierkorb oder dem Fußboden Platz...“

Statt 25 bis 30 Studentinnen und Studenten saßen 1976 in den Seminaren am Germanistischen Seminar 120 oder sogar 200. Seit 1970 hatte die Zahl der Studierenden kontinuierlich zugenommen. Lehrkörper-Stellen wurden demgegenüber gestrichen. Von Hochschullehrern und Studenten wurde die unerträgliche Situation kritisiert und Protestaktionen durchgeführt.

Von einigen Professoren wurde ein Ausweg aus der ständigen Überbelastung gesucht: (Wieder-)Einführung von Klausuren um die Teilnehmerzahl in ihren Lehrveranstaltungen zu drücken, eine Methode sogenannter „innerer“ Auslese.

Selbstherrlich bestimmte eine Clique rechter Profs, daß von nun an nur die erfolgreiche Ableistung einer Mit-

telhochdeutsch-Klausur zur Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen legitimiere. Federführend hierbei: Frau Prof. Wisniewski, die auch im Lehrkörper ihre einsamen Entscheidungen mittels Drohungen und Disziplinarverfahren durchzusetzen trachtete.

Ein Dozent: „Ich bekam ein Disziplinarverfahren, weil ich mich weigerte, die Polizei zu holen.“ Ein anderer: „Wir haben unsere Überarbeit mit den Klausuren auf die Studenten abgewälzt. ... So gut wie alle Studenten haben die Studienbedingungen abgelehnt, und damit hatten sie ja auch recht.“

Der Widerstand der Studentinnen und Studenten gegen die Klausuren dauerte fast ein halbes Jahr an. Nachdem mehrere hundert Polizeieinsätze eine Urabstimmung über einen Streik verhindert worden war, beschloß die studentische Vollversammlung die Fortsetzung des Streiks ohne Urabstimmung.

In den Seminaren wurde diskutiert, der Aufruf zum Boykott der Klausuren durchgehend befolgt. Im Wintersemester 76/77 wurde von den Germanistik-Studenten ein Streik durchgeführt, der von anderen Teilen der Universität unterstützt wurde.

Frau Prof. Wisniewski fuhr von Anfang an einen offenen Provokations- und Konfrontationskurs. Sie forderte Polizei, „schutz“ an, ließ das Institut vorübergehend schließen, versuchte wiederholt studentische Wandzeitungen abzureißen, drohte Lehrkörpermitgliedern und Studenten mit Disziplinarverfahren. Scheinverweigerung, Relegation, etc. Schließlich ging sie anstelle eines erkrankten Kollegen in eine bestreikte Lehrveranstaltung und provozierte so weitere Strafverfahren, weil die anwesenden Studentinnen und Studenten selbstverständlich gerade bei ihr während des Streiks nicht studierten, sondern diskutierten wollten.

Bilanz: Mehrere Polizeieinsätze, Hausverbote gegen die jetzigen Angeklagten und Relegationen, Strafverfahren gestützt auf Frau Prof. Wisniewski als Hauptbelastungszeugin, Unterstützung von einer Frau Gottmann, deren „Doktormutter“ sie ist, (ebenfalls CDU-Frauenvereinigung) und ein paar anderen Profs aus dem „Bund Freiheit der Wissenschaft“. Eine rechte Mafia auf Kreuzzug gegen „psychischen und physischen Terror durch kommunistische Gruppen“.

Frau Prof. Wisniewski brachte so-

gar zu diesem Zwecke eine „Dokumentation“ heraus, in der sie behauptet, die Strategie der studentischen Proteste sei es, zielstrebig auf den Einsatz von Polizei hinzuwirken, um damit die Richtigkeit kommunistischer Thesen zu demonstrieren: „Nun wird die Ursache allen Übels nicht mehr in den angeblichen oder tatsächlichen Mißständen gesehen, sondern es wird jetzt die Folge der Störaktion zum Grund alles Bösen erklärt: Es ist nun der Polizeistaat, der die „armen Studenten“ unterdrückt und mit dem Knüttel Studierwilligkeit erzwingt“ (Wisniewski-Dokumentation).



Der Prozeß: Ein Gesinnungsurteil soll gesprochen werden

Insgesamt 16 Studentenvertreter, in erster Linie Mitglieder des damaligen Boykott-Ausschusses, der Fachschaft und des AstA wurden entsprechend dieser Strategie vor Gericht gestellt. Gegen zwölf von ihnen wurden zusätzlich für die Dauer von ein bis zwei Jahren Studierverbote (Relegationen) ausgesprochen. Der Prozeß gegen die drei ehemaligen Fachschaftsvertreter(innen) Cornelia, Sylvia und Hans wurde von vornherein als „Höhepunkt“ der Abschreckung angesetzt. Er findet vor der Großen Strafkammer der Landgerichts Heidelberg statt. Damit ist die höchste Instanz gewählt und sind Berufungsmöglichkeiten von vornherein beschränkt, ein hohes Strafmaß wurde so vorprogrammiert.

Die Liste der Anklagepunkte umfasst fast 50 strafbare Handlungen, darunter z.B. in 19 Fällen bloße Anwesenheit im Gebäude entgegen einem Hausverbot = „Hausfriedensbruch“. Gefordert sind Strafmäßigkeiten: Für die drei zusammen 58 Monate (5 Jahre 2 Monate) Knast! (Siehe nebenstehende Tabelle).

In dem jetzt seit über einem Jahr laufenden Prozeß stehen sich die Aussagen der Hauptbelastungszeugin Wisniewski, die nur von einem kleinen Kreis rechter Profs des „BuFW“ unterstützt wurde, den Aussagen zahlreicher Lehrkörpermitglieder, Studentinnen und von über 70 studentischen Zeugen gegenüber. Zeugenaussagen der Rechten wie „...das geht ja auf keine Kuhhaut, was bisher durch die Prüfungen gerutscht ist.“ „...Abstimmungen ließ ich nie zu“, standen der überwältigenden Mehrheit von Aussagen entgegen, die die Berechtigung des studentischen Protests und die Provokationsstrategie von Wisniewski und Co. darstellten. Der Hausmeister: „Ich weigerte mich dann, weiter Wandzeitungen abzureißen.“ „Die meisten Teilnehmer waren für eine Diskussion...“, eine Studentin.

Zahlreiche Beweisanträge und Gutachten wurden gestellt, um auch die juristische Haltlosigkeit der Anklagen deutlich zu machen und zu beweisen, daß eine Vorverurteilung über dem Verfahren und insbesondere in den Köpfen der Hauptbelastungszeugin und dem Staatsanwalt Olbrich existiert.

Ungetrübt von allen aufgedeckten Widersprüchen in den Aussagen der rechten Profs und unbeindruckt von der Vielzahl der „Entlastungszeugen“ hielt der Staatsanwalt sein Plädoyer im Februar des Jahres im wesentlichen in Anlehnung an die Anklageschrift und ignorierte das Jahr Verhandlungen weitgehend.

Die drei Angeklagten zur Zeit verurteilt werden, weil sie zur Zeit der Aktionen Mitglieder der KHG bzw. des KBW waren, in ihrer Funktion als gewählte studentische Vertreter/innen besonders aktiv die Boykottmaßnahmen getragen haben und auch heute „ihrer Verteidigung zu den damaligen studentischen Aktionen stehen.“

Im Plädoyer des Staatsanwalts wurde eine „Argumentation“ entwickelt, die auf eine sehr nahe geistige „Verwandtschaft“ zu Frau Prof. Wis-

Fortsetzung nächste Seite

Die Taten:	C. Koepsell	H. Sautmann	S. Schmitt
3 Fälle: Diskussion im Seminar und Verhinderung von Wandzeitungsabrisse = Hausfriedensbruch, Nötigung, Körperverletzung, ...	13 Monate	12 Monate	7 Monate
17 Fälle: Durchführung des Streiks in Seminaren = Hausfriedensbruch und Nötigung, ...	56 Monate	24 Monate	45 Monate
19 Fälle: Bloße Anwesenheit im Seminar und auf Vollversammlungen = Hausfriedensbruch, ...	14 Monate	24 Monate	18 Monate
Verhinderung einer Klausur = Hausfriedensbruch, Nötigung, ...	6 Monate	2 Monate	8 Monate
Versammlung gegen Aussperrendrohung der Institutsleitung = Hausfriedensbruch, Nötigung, ...	-	3 Monate	3 Monate
2 Fälle: Aktionen zur Durchführung der Streikabsimmung = Hausfriedensbruch, Nötigung, ...	9 Monate	9 Monate	6 Monate
Streikkette vor dem Seminar = Nötigung, ...	-	2 Monate	-
Zimbabwe-Solidaritäts-Basar = Hausfriedensbruch, Nötigung, ...	3 Monate	-	3 Monate

Fortsetzung von Seite 57

niewski schließen läßt: „Zunächst ging es um den Klausurenboykott. ... Aber die Angeklagten brauchten den Schein gar nicht, sie hatten das längst hinter sich. Das war für sie der Ansatz. ... Die Angeklagten brachten viele Studenten in Schwierigkeiten. ... Dann wollten die Angeklagten die Polizei. ... Damit hoffte man auf weitere Eskalation. ... Jetzt konnte man gegen die Polizei agieren. ... Sie wußten genau, daß jetzt Hausverbote, Relegationen und Strafverfahren kommen würden. ... Dann hatte man wieder das ‚Weg mit den Straf- und Relegationsverfahren‘ für weitere Aktionen.“ An die Stelle von Beweisen von juristischen Straftatbeständen tritt hier ein grenzenloser Zynismus gegenüber den Protestaktionen der Heidelberger Germanistik-Studenten, verbunden mit dem oft geübten Verfahren in Kommunisten- und anderen Staatsschutzprozessen, die politische Überzeugung der Angeklagten als Gegner des bürgerlichen Staates zum kriminellen Delikt zu machen.

„Für die Angeklagten sind die einfachen Tatbestände Teil eines Gesamtkonzeptes, das angelegt ist auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und der bürgerlichen Wis-

senschaft insgesamt.“ So faßte der Staatsanwalt zusammen, warum die drei verurteilt werden sollen. Gestört durch die Anstrengungen der Verteidigung, die Vorwürfe gegen die Angeklagten zu entkräften, forderte er ein Strafmaß, das die „Vergehen“ der drei strafrechtlich auf eine Stufe stellt mit „Vergewaltigung“, „Körperverletzung mit Todesfolge“, vor allem also Delikten der sogenannten Schwerkriminalität.

„Die Angeklagten haben es vermocht, daß das ganze Institut über Wochen lahmgelegt wurde. ... Sie haben sich dabei des selektiven Psychoterrorismus gegen Hochschullehrer bedient. ... Die Angeklagten haben sich als völlig unbelehrbar erwiesen. ... Festnahmen, Hausverbote, Relegationen, Institutschließung, es ist unverständlich, daß das alles nicht vermocht hat, sie von ihrem Tun abzuhalten. ... All das läßt auf eine dreiste Beharrlichkeit und eine doch beachtliche kriminelle Energie schließen. ... Freiheitsstrafen sind unerlässlich zur Einwirkung auf die Angeklagten und zur Abschreckung weiterer potentieller Täter. Man muß klar machen, daß die Rechtsordnung vor der Universität nicht halt macht.“

Noch ist es nicht zu spät für Solidarität

Während sich in Heidelberg eine „Aktionseinheit gegen den Großen Strafkammerprozeß“ gebildet hat, die über den Prozeß informiert und Veranstaltungen etc. mitveranstaltet, ist der Prozeß außerhalb Baden-Württembergs bisher kaum beachtet worden. Eigentlich sollte Ende Februar die Urteilsverkündung stattfinden, durch neugestellte Beweisanträge wird nun auch nach einer Pause der Prozeß weitergehen.

Auf der VDS-Mitgliederversammlung im Februar wurde eine Solidaritätsadresse beschlossen, in der aufgerufen wird zur „politischen und materiellen Solidarität mit den Angeklagten“. Es wird aufgerufen, Proteste, Erklärungen an den Rektor der Universität und an das Landgericht Heidelberg zu schicken, sowie hoffentlich zahlreiche Solidaritätserklärungen an: Fachschaftsrat Germanistik c/o Torsten Bultmann Ringstr. 4, 6906 Leimen 3

SSB-Hamburg

Alle Informationen aus: „Dokumentation der KVZ Baden-Württemberg“, 3.3.1980, Prozeß-Infos der AE, Mitschrift des Plädoyers des Staatsanwalts

Studentenheim geräumt

Frankfurt. Am 14. März wurde der Bunker in der Frankfurter Konrad-Bröwitz-Straße, der lange Zeit als Wohnheim des Studentenwerkes für Studenten herhielt, geräumt. Angesichts der Wohnungsnot hatten die Bewohner das Haus besetzt. Inzwischen hat das Studentenwerk das Haus an einen amerikanischen Football-Club abgetreten.

Alle Sprüche der Universitätsleitung, sie sehe die Wohnungsnot der Frankfurter Studenten, haben sich so als leere Phrasen erwiesen.

In der für Frankfurt üblichen Weise drang die Polizei ins Haus morgens um 6.00 Uhr ein und schmiß die Bewohner mit ihrer persönlichen Ha-

be raus; sechs Bewohner wurden vorläufig festgenommen. Verfahren wegen Hausfriedensbruchs sind eingeleitet. Den Zynismus auf die Spitze trieb der Einsatzleiter der Polizei, Schutzpolizeidirektor Vogel: von Obdachlosigkeit der Bewohner könne auch jetzt keine Rede sein. „Wir haben jeden einzelnen befragt ... hätten wir von Obdachlosigkeit gehört, dann hätten wir selbstverständlich Sozialamt und Wohnungsamt eingeschaltet“ („FAZ“, 15.3.). Das sagt der Mann, während Studenten seit Monaten in der Jugendherberge, in Zelten oder im Auto übernachteten.

Unigruppe, KB-Gruppe Frankfurt

Ordnungsstrafe wegen Nicaragua-Solidarität

Wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats wurde vom Frankfurter Uni-Präsidenten Kelm gegen den ASa ein Zwangsgeld in Höhe von 3.000 DM verhängt.

Der ASa hatte mit anderen eine Solidaritätsveranstaltung organisiert, auf der u.a. eine Delegation aus Nicaragua, auch in Bonn mit allen Ehren empfangen, referiert hatte (siehe Artikel in diesem AK). In der Begründung für die Strafe wird angeführt, daß das Flugblatt des ASa „eindeutig agitatorischen Charakter“ gehabt habe. Schon mit dem Titel „Solidarität mit Nicaragua“ habe man Partei ergriffen und den neutralen Standpunkt verlassen. Die Dinge werden dann weiter ihren Gang gehen: In zwei, drei Jahren werden die Leute vom ASa-Vorstand wegen „Veruntreuung studentischer Gelder“ angeklagt werden, vielleicht auch verurteilt, wie geschehen

gegenüber dem Frauen-ASa von 1976/77. Der ASa betont allerdings sein Recht auf politische Information, denn im Hessischen Hochschulgesetz (HHG) ist es nach § 63 Aufgabe der Studentenvertretung, u.a. die „Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewußtseins der Studenten zu betreiben“.

Schwierigkeiten hat die Uni-Spitze gegenwärtig mit der Beantwortung einer Anfrage des ASAs, ob auch die geplante Durchführung einer Veranstaltung unter dem Titel „Jugend und Terrorismus“ unter das Verbot fällt. Seit Wochen drücken sich Uni-Präsident und Rechtsabteilung um die Beantwortung dieser Frage. Wahrscheinlich wird man sie erst mit einer Dienstaufsichtsbeschwerde wegen „Untätigkeit“ aktivieren können.

Unigruppe, KB-Gruppe Frankfurt

Morgens ein joint und der Kultusminister ist dein Feind

Schärfstens, nein allerschärfstens, hat sich der Vorstand des hessischen Landesschülerrats distanziert. Das kann man doch nicht machen! Da gibt man sich doch dem Klassenfeind gegenüber eine wahnsinnige Blöße (und was wird der DGB dazu sagen...?). Der Grund: Auf einer Tagung des erlauchten Gremiums am ersten Märzwochenende in Rüsselsheim hatten Schüler(innen) es gewagt, hemmungslos den joint kreisen zu lassen. Und nun ist's mit der „Glaubwürdigkeit“ und Seriosität der Schülervertretung dahin. Kultusminister Krollmann nämlich bekam Wind von dem verbrecherischen Treiben, wandte sich zutiefst bestürzt an die Öffentlichkeit und übergab den „Fall“ der Staatsanwaltschaft. Die Presse

ließ sich nicht lumpen und stieg voll in den Skandal ein. So bekommt der deutsche Bürger wenigstens eine Ahnung davon, weshalb z.B. am Abendgymnasium in Frankfurt Lehrer an den Marterpfahl gefesselt und mit brennenden Zeugnissen angesengt wurden: Rauschgift wird's wahrscheinlich gewesen sein. Aber zum Glück gibt es im LSR-Vorstand sozialistische „Arbeiter“(?)jünglinge, die der Allgemeinen Spießer Zeitung und dem Frankfurter Rundfunk versicherten, sich künftig mit aller Kraft dem moralischen Verfall entgegenzustemmen. Unser Tip: Wie wär's mit einem Interview der Jugendzeitung „elahn“ mit Schmollmann?

RCDS-Bundesdelegiertenversammlung

Am 8./9. März hat der RCDS in der Uni-Frankfurt seine 31. Bundesdelegiertenversammlung abgezogen. Da Semesterferien sind, war der akademische CDU-Nachwuchs vor größeren Störungen seiner Veranstaltung einigermaßen sicher. Neben Vorstandswahlen beschloß man den Olympia-Boykott, eine Forderung, die in diesen ersten Zeiten bei keiner Unions-Veranstaltung fehlen darf.

Der RCDS hat Beachtliches vorzuzeigen: Nach eigenen Angaben ist es seiner Politik der kleinen Schritte und seinem unermüdlichen Gespräch mit verantwortlichen Politikern zu danken, daß die Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung der Studienzeit aus dem HRG gestrichen werden soll. Die Streichung des „ärgerlichsten Paragraphen“ zeige, daß das Gesetz keine „heilige Kuh“ sei. „Das revolutionäre Pathos des Alles oder Nichts“ hingegen, dem andere Gruppen huldigten, vor allem die Jusos, führe in die Resignation.

Der RCDS beschloß weiterhin, dafür einzutreten, den durch ASTen beschickten VDS aufzulösen und ein Bundesstudentenparlament zu wählen. Darüber erhofften sie sich eine Stärkung des reaktionären Flügels in der Bundesstudentenpolitik durch die sogenannte Schweigende Mehrheit; ge-

genwärtig hat der RCDS zu seinem Bedauern auf dieser Ebene wenig zu melden.

In einer Studienreform soll eine „Stoffüberfrachtung“ in vielen Fächern abgebaut und das „exemplarische Lernen“ verstärkt werden. Also weniger wissenschaftliche Reflektion und kritische Auseinandersetzung mit Studieninhalten, dafür mehr tumbes Pauken abfragbaren Wissens über streng eingegrenzte Spezialthemen. Früher nannte man sowas schlicht: Fachidiotentum.

In einem Leitantrag des Vorstandes sorgte man sich auch um ethische Werte: Der Antrag beschreibt die Familie als „die wichtigste soziale Institution vom und zum Ausgleich für den Vertrauensschwund in der modernen Gesellschaft“.

Illustre Gäste besuchten die RCDS-Tagung: Stoltenberg ermunterte die vom Verfassungsschutz gesponserten Jung-Christen, indem er feststellte, „daß der RCDS das einzige Gegengewicht zu den linken und linksradikalen Studentengruppen an den Universitäten bilde“ („FAZ“, 10.3.). Ähnliche Auffassungen ließ auch der Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz, Turner, in einem Grußwort vom Stapel. Dem RCDS komme beim Zurückführen einiger Studentenver-

bände auf den demokratischen Konsens „unserer“ Gesellschaft eine Leitfunktion zu. Das Bekenntnis zur Vielfalt müsse sich mit einer energischen Abgrenzung gegen „linkstotalitäre“ Gruppen verbinden (nach „FAZ“ vom 10.3.).

Ganz störungsfrei lief der Sermon allerdings zum Glück nicht ab. Als Stoltenberg, der „Lichtblick im Düstern“ (Originalton RCDS) sprechen wollte, spielte die Elektrizität nicht mehr mit, und die Versammlung saß für längere Zeit im Dunkeln ohne Lautsprecher, bis der abhandelngekommene Hauptsicherungsschalter wieder installiert werden konnte. So was kann schon mal vorkommen, wenn man sich gerade Frankfurt als Tagungsort auswählt...

Wes Geistes Kind die Teilnehmer der RCDS-Tagung sind, mußten auch die Teilnehmerinnen des Frankfurter Frauenfestes vom 8. März, das im gleichen Haus stattfand, erfahren. Jede Menge RCDS-Chauvis schwarzenzelten vor dem Eingang des Festsaales herum und begafften die feiernden Frauen wie Besucher in einem Sonntagszoo, teilweise verbunden mit ekeligen sexistischen Anmachern.

Unigruppe, KB-Gruppe Frankfurt

Was Bayerns Politiker hassen:

Bildung für die Massen

Schon auf der Jahrestagung des Philologenverbandes im November 1979 gab sich der bayerische Kultusminister Maier besorgt: Wenn die Begabungen weiter so „widernatürlich“ vermehrt würden, daß die Übertrittsquote von der Grundschule aufs Gymnasium „bedrohliche“ 30 % erreichen würde, wäre zu fürchten, „daß das Gymnasium auf kaltem Wege zu einer Gesamtschule wird. Das wäre ein Unglück für das gegliederte Schulwesen“.

Inzwischen mußte das bayerische Kultusministerium feststellen, daß im vergangenen Schuljahr 30 % der Zehnjährigen auf das Gymnasium übergewechselt sind. Einflußreiche

Schulpolitiker der CSU nannten diese Entwicklung „teilweise bedächtigend“ und sann auf Abhilfe: „Es stelle sich die Frage, ob das Übertrittsverfahren, dessen zentrale Aufgabe die begabungsgerechte Zuteilung wäre, noch in der Lage sei, das politisch gewünschte dreigliedrige Schulwesen zu erhalten“ („FR“, 19.3.80). Geplant ist eine Verschärfung der Auslese in der Grundschule sowie beim „Grundschulabitur“. Vollends entpuppt sich hier die Demagogie der CSU-Politiker. Während F.J. Strauß auf dem CSU-Parteitag 1979 mit dem Satz: „Wir wissen, daß man die Zahl der Diplome vermehren kann, wenn

man die Anforderungen vereinfacht, aber nicht die Begabungen vermehren kann“ gegen mehr Chancengleichheit polemisierte, wird jetzt durch eine Verringerung der Übergangsquoten aufs Gymnasium auf die angeblich naturgegebene Begabung Einfluß genommen. Für diese Politiker steht fest, daß nur 20 % der Schüler fürs Gymnasium „begabt“ sind; wenn die danach geschaffenen Auslesemechanismen andere Ergebnisse bringen, werden sie nach den Wünschen der CSU geändert.

Das Grundschulabitur

1976 war die Welt aus bayerischer Sicht noch in Ordnung. 19,1 % eines Schülerjahrgangs besuchten das Gymnasium, während es z.B. in Hamburg damals schon 30,7 % waren (Drucksache 8/1255 der Bundesregierung vom 13.4.78). Dies war das Ergebnis eines in der BRD ziemlich einmaligen Ausleseverfahrens, das als „bayerisches Grundschulabitur“ Berühmtheit erlangt hat. Aufgrund von Schulleistungstests und regional einheitlichen Probearbeiten wird vom Lehrer entschieden, ob der Grundschüler fürs Gymnasium geeignet ist. Ist er nur „bedingt geeignet“ oder „nicht geeignet“, so muß er sich, wenn er doch aufs Gymnasium will, einem dreitägigen Probeunterricht unterziehen. Ist der Sprung aufs Gymnasium geschafft, so geht die Eliteschulung erst richtig los. Die Rücklaufquoten vom Gymnasium zurück auf die Volksschule sind enorm und in der zur Kollegstufe ausgebauten gymnasialen Oberstufe kommt ein enormer Leistungsdruck hinzu. Kein Wunder, daß immer noch als „Rezept für Genies“ gilt: „Vater Akademiker und Schule in Bayern“ („Welt“, 6.11.79).

Inzwischen hat sich auch in Bayern die Situation etwas geändert. Für die

steigende Zahl von Gymnasiasten wird vom Kultusminister die „mangelnde Loyalität der Grundschullehrer gegenüber dem Ministerium“ („FR“, 19.3.80), die die Schüler zu gut beurteilen würden sowie „die Verkleinerung der Klassen an der Grundschule durch den Schülerrückgang“ (ebd.) verantwortlich gemacht. Hier sind demnächst wohl einige Änderungen zu erwarten, um der Linie, die KuMi Maier schon vor Jahren verkündete, zu entsprechen: „Wir werden all die Filter, die man in Bonn ausbauen will, in Bayern wieder einbauen.“

Modell Bayern

Die bayerische Schulpolitik ist jene Linie, die Kanzlerkandidat Strauß der ganzen Bundesrepublik verordnen möchte. In der schon erwähnten Rede auf dem CSU-Parteitag 1979 hat Strauß festgestellt, „daß es auf vielleicht 1.000 Kinder ein vielleicht hochbegabtes, schöpferisches Kind und darunter auch eine etwas größere Zahl von Begabten gibt“. Und sein Ziel ist es, „diese Begabten in einem humanen Schulsystem herauszufinden, sie besonders zu fördern und sie und sie zur vollen Entfaltung zu bringen.“ Während also die Kinder von Arbeiteltern künstlich dumm gehalten werden, wird eine kleine Elite herangezogen, die dann quasi naturgegeben berechnungsfähig ist, die führenden Stellungen in Staat und Wirtschaft einzunehmen.

Es wäre ein großer Fehler, derartige Bildungspolitik als hinterwäldlerisch und Relikt vergangener Zeiten abzutun. Vielmehr gehen von Bayern gegenwärtig wesentliche Ansätze der bildungspolitischen Gegenreform aus, die zum Teil auch von sozialdemokratischen Politikern aufgegriffen werden.

So führte Bayern aufgrund einer Empfehlung der Kultusministerkonferenz als erstes Bundesland das Modell der muttersprachlichen Nationalklassen für ausländische Schüler ein. Diese diskriminierende und einer Integration entgegenstehende Praxis wurde inzwischen auch von anderen Bundesländern, besonders NRW, übernommen. Die von Strauß ausgegebene Linie, die Gesamtschulen abzuschaffen, wurde in Bayern schon weitgehend verwirklicht. Von hier aus werden auch die Bedingungen diktiert, unter denen Gesamtschulabschlüsse aus anderen Bundesländern anerkannt werden. Auch in der Lehrerbildung ist Bayern in der reaktionären Ausrichtung vorn: 1977 wurde ein erst 1974 geschaffenes Gesetz wieder geändert und die alte Aufteilung in Kurz- und Ausbildungsgänge für Grundschullehrer und bessere Ausbildung für Gymnasiallehrer wieder eingeführt. Inzwischen ist auch in anderen Bundesländern eine Abkehr von auf Stufen bezogenen Ausbildungsgängen zugunsten einer Ausbildung entsprechend dem dreigliedrigen Schulsystem festzustellen. Aber auch bei den Unterrichtsinhalten liegt Bayern in der reaktionären Ausrichtung vorn: Die Zensur in bayerischen Schulbüchern war nur der Beginn einer restriktiven Handhabung der Schulbuchzulassung im gesamten Bundesgebiet. Und er KMK-Beschluß „Zur Behandlung der nationalen Frage im Unterricht“ wird von Bayern aus wirkungsvoll in die Tat umgesetzt. Mit Schülerwettbewerben über die „ostdeutsche Vergangenheit“ und über das Leiden der Deutschen in den „deutschen Ostgebieten unter polnischer bzw. russischer Verwaltung“ (siehe „Spiegel“ 12/80) werden Ressentiments gegen Polen und die Sowjetunion geschürt.

Ein Hamburger Lehrergenosse



Hält Kinder künstlich dumm: Kultusminister Maier



Rock gegen Remmers

Unter diesem Motto protestierten am 19.3. in Hannover ca. 12 000 Schüler, Lehrer und Eltern (- laut Stadtschülerrat, laut Polizei 5000, laut NHP 7000) gegen das geplante niedersächsische Schulgesetz.

Nachdem verschiedene Rockgruppen (Eisland, Grace und Rockomotive) auf dem Klagesmarkt den Auftakt gemacht hatten, zog ein eindrucksvoller Demonstrationzug durch die Stadt und blockierte, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, die für Demos verbotene Hochstraße am Aegi.

Neben Vertretern des Landesschülerrats, Landeselternrats und des DGB schloß Dietrich Kittner die sehr lebendige und gelungene Aktion.

Mit dem Aufruf zu dieser Demonstration wollte der Stadtschülerrat den Widerstand gegen das neue niedersächsische Schulgesetz einleiten, das, von der CDU vorgelegt, auch vom DGB als „rückschrittlich und restaurativ“ bezeichnet wird.

Wie erwartet folgt der Gesetzesvorschlag der bei Regierungsantritt von Remmers ausgegebenen Linie „Ruhe an Niedersächsischen Schulen“ herzustellen.

Er sieht unter anderem vor:

- die Gesamtschule zur Angebotsschule zu machen,
- Schulleitern mehr Kompetenzen einzuräumen,
- Schülerpresse weiter zu zensurieren,
- die Freiheit der Fächerwahl einzuschränken,
- das Prüfungsemester wegzufallen zu lassen,
- Schulen der Pflicht zu entheben, ein zehntes Schuljahr anzubieten!

Angesichts dieser Pläne sollten nach Ostern eigentlich noch viel mehr Schüler gegen Remmers rocken!

Bremen: Schüler gegen Einschränkung der Wahlmöglichkeit

Am 26.2. war vormittags auf dem Bremer Marktplatz vor dem Parlamentsgebäude der Bär los: Mit Trillerpfeifen und Fußballtrötchen protestierten ca. 8.000 Schüler(innen) gegen die von der Schulbehörde vorgesehene weitere Einschränkung von Wahlmöglichkeiten in der gymnasialen Oberstufe (NGO).

Schon am 14.2. war eine Schülerdemonstration — damals noch außerhalb der Unterrichtszeit — mit über 1.000 Teilnehmern zum Haus des Bildungsensors gezogen. Obwohl der neue Senator von Hassel seiner Eigenwerbung nach viel von Schüleraktivitäten hält, hatte er mit massiven Drohungen versucht, den Unterrichtsboykott zu verhindern: Eltern und Schüler waren brieflich mit Disziplinarmaßnahmen bedroht worden, Lehrer dazu verdonnert worden, Namenslisten streikender Schüler weiterzugeben.

Daß am 26.2. dann trotzdem ca. jeder zehnte Schüler streikte und auf dem Marktplatz protestierte, zeigt, daß der Protest und Zorn der Schüler größer war als die Einschüchterung. Schon seit längerer Zeit gibt es Streit

um die NGO: Ursprünglich mit dem Versprechen eingeführt, die Schüler könnten ab der elften Klasse weitgehend selbstständig nach eigener Interessenlage Kurse und Kursfolgen wählen und in den Fächern Abiturleistungen erbringen, in denen sie sich sicher fühlten, wurde die NGO sehr schnell von den Kultusministern der Länder in Richtung herkömmlicher Oberstufe zurückgedreht.

Erst im letzten Jahr haben die Bremer Schüler mit erfolgreichen Protestaktionen verhindern können, daß das sog. „Tossens-Papier“ in Kraft treten konnte: Danach sollte die NGO-Eingangsphase um ein halbes Jahr auf den gesamten elften Jahrgang verlängert, und damit das Abitur auf das Ende der 13. Klasse — wie gehabt — verlegt werden.

Bei den Protesten jetzt geht es darum, daß die Abiturprüfungsfächer nur noch bei dem Eintritt in die NGO gewählt werden können und die Schüler auf eine inhaltliche aufeinander bezogene Kursfolge (Sequenzialität) über die gesamte Oberstufenzeit festgelegt werden sollen. Wahlmöglichkeiten — z.B. aufgrund aktueller Inter-

essen oder weil ein Thema zum An-öden ist — fallen völlig weg. Die Lerninhalte werden natürlich von der Schulbehörde festgesetzt.

Dieser Rückschritt ist auf Betreiben der CDU/CSU regierten Länder bereits 1977 „verbindlich“ von der Kultusministerkonferenz beschlossen worden (lt. „Bremer Nachrichten“, 15.2.80).

Daher bezog Senator von Hassel auch seine „stärksten“ Argumente: Bremen könne gar nicht anders, es sei an die Lübecker Beschlüsse gebunden. Aber: Jede Bindung ist nur so stark, wie sie durchgesetzt werden kann. Nach dem massenhaften Unterrichtsboykott hat die Bildungsbehörde schon etwas verbindlichere Töne gegenüber den Schülern angeschlagen: Man wolle zunächst erstmal alle Schülerargumente sorgfältig prüfen und erst dann entscheiden („Bremer Nachrichten“, 12.3.80).

Den Schulpolitikern in Bremen könnte ein heißer Sommer blühen. Hoffen wir's.

KB/Gruppe Bremen



8.000 Schüler versammelten sich vor dem Parlament, um gegen die neue Oberstufenregelung zu protestieren.

KB Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND | 32

Dokumentation zum 1. Kongreß des KB

72 Seiten
DM 5.—

Aus dem Inhalt:

Referat des LG zur Krisendebatte, Berichte: AG Frauen, Situation der Kinder im KB und unsere Kinderpolitik, RGW-Kommission, Antifa-Resolution, Statut des Kommunistischen Bundes, ... Grußadressen und Beiträge der Gäste, Berichte und Presseecho u.a.m.

Aufruf an unsere Leser!

Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Wir brauchen dringend die solidarische Hilfe aller Leser/innen des ARBEITERKAMPF, um die rückläufige Verkaufs/Auflagenentwicklung zu stoppen und damit das weitere Erscheinen dieser Zeitung zu sichern.

Wir haben weder die Mittel noch die Absicht, den ARBEITERKAMPF mittels Werbetricks oder aufwendiger Waschmittelreklame unter die Leute zu bringen. Eine radikale, linke Zeitung wie diese hat unter den hierzulande herrschenden Verhältnissen nur dann eine Chance, wenn sie sich auf ein genügend großes Kontingent regelmäßiger Leser stützen kann und von diesen weiterempfohlen wird.

+ Nur mit einer verkauften Auflage von etwa 20.000 Exemplaren und dabei einem hohen Abonnenten-Stamm ist eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF auf Dauer am Leben zu erhalten. Wir brauchen etliche tausend Abos, haben derzeit aber erst 1.600.

Jedes neue Abo hilft das weitere Erscheinen des AK sichern.

+ Nur Abonnenten des ARBEITERKAMPF haben die Gewißheit, wirklich jede neue Ausgabe pünktlich einen Tag nach Erscheinen in ihren Briefkästen zu haben. Ein kontinuierlicher breiter Straßenverkauf (wie ehemals) ist z.Zt. und in absehbarer Zukunft nicht zu gewährleisten.

An alle diejenigen, die den ARBEITERKAMPF für sich selbst und/oder ihre Arbeit in Bürgerinitiativen, in Betrieb und Gewerkschaft, in Frauengruppen, in Antifa-Arbeitskreisen, in Internationalismusgruppen etc. brauchen, möchten wir appellieren

abonniert selbst

und

werbt weitere Abonnenten

unter Euren Kollegen, Kommilitonen, Freundinnen und Freunden, Verwandten etc.



Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* den Verlag J. Reents, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementpreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos

Kto. Nr.

Kto. Inh.

bei der

BLZ

mittels Lastschrift einzuziehen.

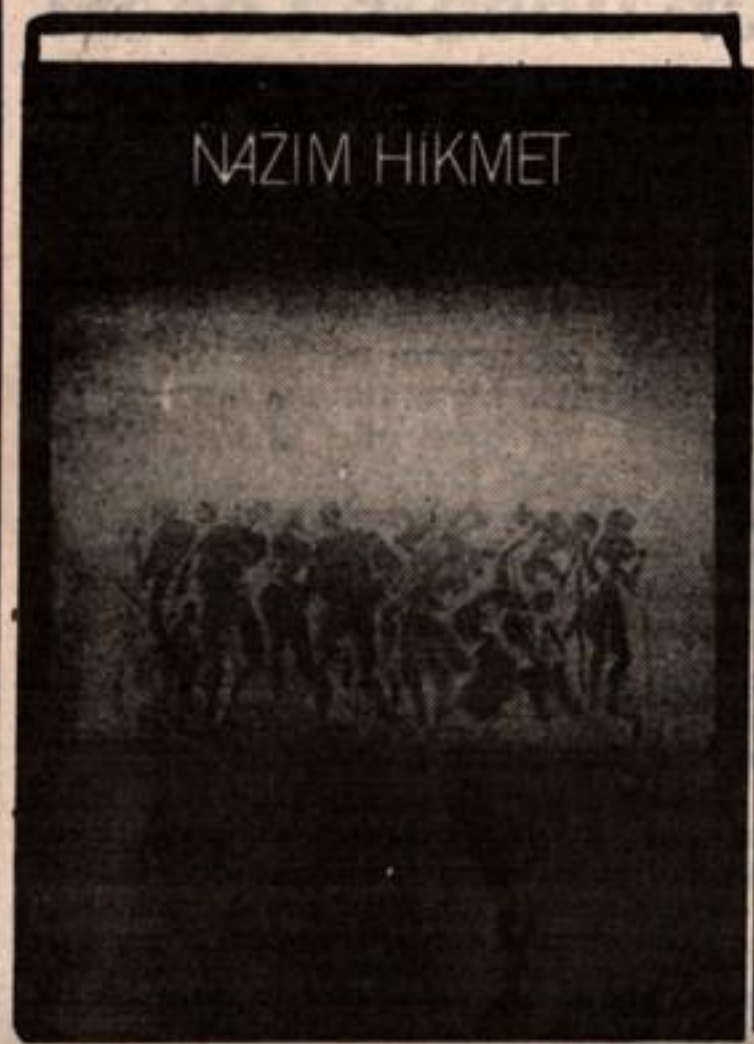
....., den.....
Unte. schrift

* Nichtzutreffendes bitte streichen

Jahrgangsband 1976

jeder
Band
80,-

Für Liebhaber und all diejenigen, die die politischen Aussagen des Kommunistischen Bundes anhand der Zeitung ARBEITERKAMPF kennenlernen oder nachlesen wollen: Nach den gebundenen Jahrgangsbänden des ARBEITERKAMPF von 1973, 1974 und 1975 gibt es nunmehr in begrenzter Auflage (100 Stück) den Jahrgangsband 1976 (in festem Kunstledereinband). Greift zu, solange der Vorrat reicht! Bestellt sofort! Lieferung erfolgt nur gegen Vorkasse.



Erstes Buch
120 Seiten
Vorwort von P.P. Zahl
ISBN 3-88305-021-0

DM 14

Zweites Buch
184 Seiten
Vorwort von Abidin Dino
ISBN 3-88305-022-9

DM 15

Drittes Buch
ca. 100 Seiten
ISBN 3-88305-023-7

ca. DM 13

Drittes Buch
ca. 100 Seiten
ISBN 3-88305-023-7

ca. DM 13

Im „ersten Buch“ wird von Passagieren im Anatolienzug erzählt, die alle Menschen aus dem Volk sind. Mit Hilfe der Erlebnisse und Charakterzüge von ihnen werden in gewissem Maße die werktätigen Klassen der Türkei und ihre gesellschaftliche Lage ermittelt. Im „zweiten Buch“ wird von den Passagieren erzählt, die im Schlafwagen des Schnellzuges reisen. Es sind: Journalisten, Politiker, Kapitalisten. Wie im ersten Buch ermöglicht uns der Dichter, die klassische gesellschaftliche Struktur unseres Landes zu erkennen. Das „dritte Buch“, das in Kürze erscheinen wird, berichtet aus dem Leben eines mitfahrenden Gefangenen, des Kommunisten Hahl, während seiner Zeit im Gefängnis und im Krankenhaus. Desweiteren beschreibt es in inhaltlicher Vielfalt die Persönlichkeiten und Erlebnisse der anderen Gefangenen, der Kranken, der Schwestern, der Ärzte und Bauern.

ausschneiden
und in einen
Umschlag stecken!

Abs.
(bitte in Blockschrift ausfüllen)

Ich/wir wollen den Arbeiterkampf im Abonnement beziehen.

Der Bezugspreis soll

halbjährlich -- DM 27,50 O
jährlich -- DM 55,- O

abgebucht werden (bitte Rückseite beachten).

wird überwiesen auf das Konto J. Reents,
Postcheckamt Hamburg BLZ 20010020
Kt. Nr. 2405 95-203

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar.

Ort, Datum Unterschrift

**AK
Abo
Karte**

J. Reents Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Buchbesprechung

Eine Jüdin

verläßt die
Bundesrepublik



Dies ist nicht mein Land

Unter diesem Titel ist bei Hoffmann und Campe ein Buch von Lea Fleischmann erschienen, das sich mit der „deutschen Ideologie“ auseinandersetzt. „Der Mensch ist frei geschaffen, ist frei“, sagt Schiller. Das stimmt, aber die deutsche Erziehung macht ihn zum Knecht, zum Befehlsempfänger, zum Untertanen ... Die wenigen, die das sehen und versuchen, dagegen anzugehen, werden von der Masse und ihren Vertretern eingeschüchtert und abgedrängt. Verantwortung in Deutschland heißt peinlichst korrekt Anweisungen durchzuführen, persönliche Verantwortung ist nicht gefragt“ („Eine Jüdin verläßt ...“, S.249f).

Deswegen hat Lea Fleischmann, die fünf Jahre lang an einer Frankfurter Berufsschule unterrichtete, die BRD verlassen und ist nach Israel gezogen. Als sie vor ungefähr einem Jahr auf einer Frankfurter Veranstaltung dies ankündigte, erregte sie den Zorn nahezu sämtlicher deutscher Teilnehmer. Wie könne man bloß in ein Land ziehen, wo ein Beginn herrscht? Sei denn die BRD etwa für Juden nicht mehr gut genug? Und überhaupt – diese Kapitulanterstrategie, wieso kämpfte sie denn nicht hier weiter, bitte schön?! Nestbeschmutzung – und das auch noch von Ausländern, gar von Juden?! Henryk Broder, der das Nachwort zum diesem Buch geschrieben hat, meint: „Minderheiten und Außenseiter haben es nirgendwo leicht, in Deutschland haben sie es besonders schwer, sie stören die Harmonie, den nationalen Konsens, jenes Gefühl, das sich in der Parole „Ein Reich, ein Führer“ seinen ehrlichsten Ausdruck verschaffen hat“ (S. 271).

Leas Buch ist in zwei größere Abschnitte unterteilt: „Ich hatte einen deutschen Paß, aber eine Deutsche“ und „Fünf Jahre lebte ich mit ihnen. Es ist genug“.

Leas Buch ist in zwei größere Abschnitte unterteilt: „Ich hatte einen deutschen Paß, aber eine Deutsche“ und „Fünf Jahre lebte ich mit ihnen. Es ist genug“.

Im ersten Abschnitt beschreibt Lea ihre Kindheit und ihre Jugend. Aufgewachsen ist sie in einem bayerischen DP (DP: „displaced persons“) - Lager. Bewohner des Lagers waren überlebende Juden und Jüdinnen aus Osteuropa, Litauen, Polen, Rumänien. In ihrer frühen Kindheit „bestand die Welt aus zwei Sorten von Menschen – aus Juden und Nazis ... Deutsch und Nazi waren damals für mich austauschbare Begriffe ... In meiner Kindheit wimmelte es von Morden, Demütigungen und Leiden“ (S. 25). Später zieht sie nach Frankfurt, mit ihren Eltern zusammen: „In zwei Wohnblocks wohnten fortan die Juden aus Föhrenwald, man blieb unter sich. Ein kleines jüdisches Ghetto in Frankfurt“ (S.31).

Kontakte mit Deutschen wurden ausschließlich über den Schulbesuch hergestellt. Dann wurde sie Jugendleiterin im jüdischen Jugendzentrum. Dort wurde viel über das „gelobte Land“, Israel, gesprochen: „Alles ist dort gut und schön. Die Jugend ist prächtig und gesund, am Himmel lacht immer die Sonne, die Menschen tanzen und singen dauernd vor Freude, zumindestens in den Filmen. Alle Israelis waren natürlich Helden. Jeder ein kleiner David, der den arabischen Goliath zur Strecke gebracht hat. Wir haben aus der Wüste ein fruchtbares Land gemacht, mit blühenden Gärten und idyllischen Dörfern, kurzum das Paradies“ (S.54).

Die Universität? „Traute man sich nicht, in einem überfüllten Seminar etwas zu sagen, dann hatte man Kommunikationsschwierigkeiten, klappte es mit dem Freund nicht, dann hatte man Beziehungsprobleme. War man nicht so wie die Anderen, dann lag es an den Sozialisationsbedingungen, drückte man sich unverständlich aus, dann beherrschte man nicht die wissenschaftliche Terminologie, wollte man nicht mehr verhei-

ratet sein, dann förderte man die individuellen emanzipatorischen Prozesse und weigerte man sich, mit jedem zu vögeln, dann war man als Frau das Produkt einer repressiven Sexualerziehung“ (S.69).

Der Gebrauch des eigenen Kopfes war und ist nicht gefragt: „Wenn jemand im Seminar gewagt hätte, er sei nicht der Meinung dieses oder jenes bewunderten Wissenschaftlers, ohne es mit einem anderen Literaturgott zu belegen, sondern mit seinem eignen Verstand als Maß, er wäre größtenteils sinnlos, unqualifiziert und dumm genannt worden“ (S.70). Später wird sie Lehrerin. Ein Herr Leuenberger, der Rektor, erklärt ihr: „Wenn die Schüler sich ungerecht behandelt fühlen, dann müssen sie oder die Eltern Beschwerden beim Regierungspräsidenten einlegen. Wir als Beamte sind an Weisungen gebunden, und es ist nicht unsere Aufgabe, über Anordnungen zu diskutieren“. „Wieder einmal lernte ich: der deutsche Beamte hat auszuführen und nicht zu diskutieren“.

Lea zieht den Vergleich: „Wie oft habe ich gehört, „Wir fanden, was Hitler mit den Juden gemacht hat, auch nicht richtig, aber wir mußten die Anordnungen ausführen“ (S.144). Mit „nicht richtig finden – aber die Anordnungen durchführen müssen“ sind immerhin 6 Millionen Menschen umgebracht worden ...

In einer Silvesternacht nimmt sie die Trambahn. Ans Fenster klopfte ein junger Mann, nur mit einer dünnen Jacke bekleidet. Draußen: Schneeverwehungen. Warum er denn nicht öffne, fragt Lea den Schaffner. „Das geht nicht – das ist gegen die Dienstordnung“ (S.205). Ob in der Schule, in der Straßenbahn oder im Kreißsaal: „Reißen Sie sich zusammen – benehmen Sie sich anständig. Sie sind nicht die erste Frau, die ein Kind bekommt!“ Überall triumphiert die Ordnung über die Menschlichkeit.

Ein Mathematiklehrer sagte dem Schüler Broder: „Aber Broder, wenn Sie nur machen, was Ihnen Spaß macht, dann können Sie kaum was ernst meinen“ (S.254). „Es wird eben alles sehr ernst genommen – das Vergnügen, die Arbeit, die Kindererziehung, der Humor und auch die Revolution“ (Henryk Broder, S.255).

Das Wort „Holocaust“ gab Lea „den Rest“. „Und plötzlich erinnert sich das deutsche Volk an Einzelheiten, an Kleinigkeiten, an Details, die es vierzig Jahre lang geleugnet hat. Wir wußten nichts, aber ich habe gehört ... Den Zeugen wird bei den Massenmordprozessen immer wieder vorgeworfen, daß sie sich nicht genau erinnern. Deswegen muß man die unschuldigen Mörder freigesprochen. Andererseits erinnern sich die Deutschen auf einmal an Vorgänge, die sie vorher nicht wahrgenommen haben“ (S.246).

„Der durchschnittliche Deutsche, dieser Homunkulus des kleinsten gemeinsamen Vielfachen ist nicht verbohrt, als sein französisches oder englisches Gegenstück, er bestimmt nur viel stärker den Charakter der Gesamtgesellschaft als der französische oder englische Spießer. Der durch andere Kräfte in der Gesellschaft wenigstens zum Teil neutralisiert wird: liberale, bürgerliche, republikanische Kräfte, an denen in Deutschland immer ein Mangel herrscht hat“ (Henryk Broder, S. 261). Lea erinnert sich an ein Gespräch mit ihrer Mutter: „Die Deutschen sind ein Volk, das sich vor jeder Uniform in die Hosen macht, das aus Angst denunziert ...

– Aber, Mama, meine Freunde sind nicht so.
– Solche Freunde, wie deine Freunde, die gab es auch damals. Es gab die wenigen, die mit uns in den Konzentrationslagern gesessen und mit uns

gelebt haben. Es gab ein paar im Widerstand, aber längst nicht so viele, wie sie es der Welt heute einzureden versuchen. Und eines kannst du dir glauben, diejenigen, die damals Menschlichkeit gezeigt haben, die im Widerstand waren, die haben doch heute wieder die größten Schwierigkeiten. Wer nicht so ist, wie die deutsche Masse, wird von ihr selber ausgeschlossen und verfolgt. Ganz egal, ob sie sich heute demokratisch nennen oder nicht“ ... Wir sind in das Unglück hineingeschlittert, weil wir nicht mit bloßen Händen auf sie losgegangen sind. Weil wir nach dem Krieg Prozesse zugelassen haben, in denen die Opfer als Zeugen aussagten und im nachhinein gedemütigt und erniedrigt wurden, weil wir ihnen für ihre Urteile im Ausschwitzprozeß nicht ins Gesicht gespuckt haben und weil wir ihnen die Hand gereicht haben“ (S. 247).

Der letzte Satz des Buches: „Fünf Jahre lebte meine Mutter unter den Deutschen, und fünf Jahre lebte ich mit ihnen. Das ist genug“ (S. 250).

Ordnung, Geld, Fleiß, Gehorsam und Vaterland: eine deutsche Tradition, die unaufhaltsam ihren Weg geht? Intoleranz, Verfolgung und Liquidierung Andersdenkender, Andersseiner, Andersaussehender: „typisch deutsch“?

Viele werden empört protestieren: Das sei unmateriellistisch, ahistorisch, Kollektivschuldideologie, vielleicht gar „anti-deutsch“?! Dennoch – wer kann leugnen, daß der Standard der sogenannten Vergangenheitsbewältigung, wie Lea ihn wiedergibt, stimmt: „Wir konnten nicht anders – wir mußten die Befehle ausführen“. „Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps“ – ein ebenso deutscher Satz wie „Wir redeten bis zum Vergessen“ ... Als der Massenmörder bewältigt, wie Lea ihn wiedergibt, stimmt: „Wir konnten nicht anders – wir mußten die Befehle ausführen“. „Dienst ist Dienst und Schnaps ist Schnaps“ – ein ebenso deutscher Satz wie „Wir redeten bis zum Vergessen“ ... Als der Massenmörder Heinrichsohn vor kurzem tatsächlich inhaftiert werden sollte, konnten es sich die Bürger von Bürgstadt nur so erklären, daß die Verhaftung eine Schutzmaßnahme gegen anrückende Juden horden sei.

Die merkwürdige sprachlich-inhaltliche Kontinuität bei der Hetze gegen die „Anderen“ sollte auch einmal überlegt werden: War früher das Weltjudentum verschlagen, verlogen, hinterhältig, macht- und gewaltlüstern und wollte die ganze Welt unterwandern – dient dieses Klischee, teilweise bis in die Reihen der Linken hinein, zur Charakterisierung aller möglichen verhassten Minderheiten: ob Terroristen, K-Gruppen und ausländische Arbeiter in der BRD oder Russen, Araber u.a. außerhalb.

„Walter Scheel sagte einmal, als er noch Präsident war, die große Mehrheit dieser Bürger sehe diesen Staat als das Beste an, was sie gehabt habe“. Es kommt auf den Maßstab an. „Wenn wir uns vorstellen, daß das Dritte Reich immer noch andauert“, sagt Ossip K. Flechtheim, „dann müssen wir zugeben, daß sich vieles zum Guten entwickelt hat“ (Henryk Broder, Nachwort, S. 272). Denk ich an Deutschland in der Nacht Rebellion ist gerechtfertigt!

E., KB - Gruppe Frankfurt

Das Buch (14,80 DM) ist beim Verlag Hoffmann und Campe erschienen. Vor 1933 gab es in Hamburg zwei Heinrich - Heine - Denkmäler. Das eine wurde von den Nazis eingeschmolzen. Das andere wurde kurz vor der Machtergreifung vom Verlag Hoffmann und Campe gerettet und „ins Exil“ gebracht. Ein neues Heinrich - Heine - Denkmal gibt es bis heute in Hamburg nicht. Stattdessen gibt es immer noch am Hamburger Dammtor das widerliche Monument „Deutschland muß leben – auch wenn wir sterben müssen“.